Geschichte

der

Preußischen Politik

von

Joh. Gust. Droysen.

Dritter Theil.

Der Staat des großen Kurfürsten.

Zweite Abtheilung.

Leipzig,
Verlag von Veit und Comp.
1863.

Der Staat des großen Kurfürsten

von

Joh. Gust. Droysen.

Zweiter Band.

Leipzig,
Verlag von Veit und Comp.
1863.

Inhalt.

Der Feldzug von 1651.

Der Feldzug von 1631

Die Ereignisse, bis an deren Schwelle unsre Darstellung geführt hat, erscheinen in der herkömmlichen Ueberlieferung weder bedeutend an sich noch in ihren Wirkungen nennenswerth.

Aber sie sind in der tiefen Erschlaffung Deutschlands, die dem furchtbaren Kriege folgte, die ersten Pulsschläge wiederkehrender politischer Action. Und Angesichts ihrer ist am kaiserlichen Hofe gesagt worden: „der Kurfürst von Brandenburg ist nach dem Kaiser an Land und Leuten der größte und considerabelste Herr im Reich und hat eine überaus große Ambition sich noch größer zu machen.“

Wenigstens, daß er die Ambition hatte, nicht unter dem zu bleiben, was er gelten konnte, daß er die Energie besaß, in Mitten tiefster Erschöpfung die Kräfte zu einer That zu spannen, daß er die Einsicht hatte wagen zu müssen, — das zeigen die Vorgänge von 1651.

Die deutschen, die europäischen Verhältnisse lagen so, daß auch ein verwegner Versuch gelingen zu können schien.

Es wäre irrig, wenn man meinen wollte, daß der Friede von 1648 eine neue Ordnung der Dinge geschaffen habe. Weder ein neues Staatensystem noch eine Neugestaltung des Reichs gab er.

Die Siege Frankreichs und Schwedens hatten den Kaiser zu diesem Frieden gezwungen; er hatte in demselben die Bedingungen aufgegeben, auf die der Dominat des Hauses Oestreich gegründet war; er hatte

der Waffengemeinschaft mit Spanien entsagt, die Parität der Bekenntnisse im Reich, die volle Libertät der Reichsglieder anerkannt.

Mit der Hälfte dieser Zugeständnisse zu rechter Zeit hätte er die Partheien im Reich versöhnen, die Einheit der Nation retten können. Er hatte erst nachgegeben, als die Eroberung die Kronlande erreichte, die Erblande bedrohte. Sie zu retten, hatte er so viel Reichsgebiet und Reichsgewalt aufgegeben, als die beiden Kronen forderten. In der Form einer Garantie des Friedens hatte er ihnen eine Competenz über die inneren Angelegenheiten Deutschlands zugestanden, die im Reich nur noch Raum zu localen Bildungen ließ.

Dreißig Jahre Krieg hatten die deutschen Lande von den Alpen bis zum Meer in Eine Brandstätte verwandelt, sie entvölkert. Das vordem der Zahl nach größte, durch den Umfang seines Gebietes und dessen Lage in der Mitte Europas mächtigste Volk war auf weniger als die Hälfte zusammengeschmolzen, sein Wohlstand bis auf die Wurzeln verkommen, Handel und Gewerbe todt, die Fluren verwildert. Auf lange hinaus waren die Elemente der Macht dahin.

Nicht der Friede von 1648 schuf ein neues Staatensystem; aber daß die Mitte Europas politisch und national so zusammengebrochen war, veränderte alle Bedingungen des Gleichgewichtes; in ungeheuren Schütterungen rangen die äußeren Glieder um das, was werden sollte.

Im Westen kämpfte Spanien weiter gegen Frankreich, mit größerer Anstrengung, mit besserem Erfolg; es erwehrte sich Portugals, es behauptete Italien, es hatte mit der seemächtigen Republik der Staaten einen billigen Frieden geschlossen, der den Heeren in den burgundischen Landen ihre ungetheilte Kraft gegen Frankreich zu richten gestattete. Aber schon trat England, so lange in inneren Kämpfen zerfleischt, mit heran, nach dem Königsmorde mit der ganzen Hast und Kühnheit einer militärisch abschließenden Revolution nach Außen gewandt, zunächst gegen Holland um die Herrschaft der Meere zu ringen.

Und Schweden, von der Beute und dem Ruhm des deutschen

Krieges nicht gesättigt, nach neuem Raub um so viel gieriger als es mächtiger geworden war, stand wie zum Sprunge bereit gegen Dänemark, Deutschland, Polen. Schon hatte Polen, durch den Abfall seines Bauernvolks in der Ukraine auf das tiefste erschüttert, zugleich Krieg mit diesem und der wüsten Macht der Moscowiter, die unter dem neuen Hause Romanow nach dem Westen und nach dem Meer drängte. Die „Barbaren des Ostens", die Moscowiter, die Kosacken der Ukraine, die Tartaren der Krimm drohten die abendländische Welt längs der Nordseite der Karpathen eben so zu überfluthen, wie im Süden derselben die Türken, die schon das Donauland bis über Ofen und Gran hinaus inne hatten.

Wie immer die Bewegungen im Osten und Westen sich schließlich klären mochten, Eins war seit dem Frieden von 1648 gewiß: daß nur noch ein Staatensystem sich bilden könne, dessen Schwerpunkt nicht mehr in der Mitte Europas lag, dessen Mitte nicht mehr beherrschend die Peripherien überragte, sondern, wie eingesunken zwischen ihnen, allem schmutzigen Ab- und Einfluß von allen Seiten her offen, mehr und mehr in sich versumpfen werde.

Die Summe jener Verträge von 1648 war, daß die deutschen Territorien zwischen Oestreich und Frankreich, Oestreich und Schweden lose, ohnmächtig, im Namen des Reichs formlos und unformbar blieben.

So heftig in allem Andern die drei großen Mächte in Osnabrück und Münster gegeneinander gestanden, darin waren sie einig, dafür gemeinsam thätig gewesen, daß innerhalb des Reiches kein Machtgebiet entstand, groß genug, um die deutschen Interessen zu sammeln und zu vertreten, dem vielleicht einst wieder erwachenden Leben der Nation einen Kern der Einigung zu bieten.

Vor Allem hatten sie dafür gesorgt, den Besitzstand des Hauses Brandenburg in einer Weise zu ordnen, die dessen dauernde Inferiorität

sicher stellte. Die weit zerstreute Lage der brandenburgischen Territorien, der confessionelle Gegensatz in ihnen und gegen das reformirte Bekenntniß des Landesherrn, die Libertät der Stände, in Preußen unter dem Schutz der polnischen Krone und der Adelsrepublik, in den rheinischen Landen unter dem noch eigensüchtigeren der Staaten, endlich die Nähe der schwedischen Uebermacht in Liefland, Pommern, den Weserlanden, — das alles schien dazu angethan, die Besorgniß, als könne aus diesen allerlei Territorien je eine norddeutsche Macht werden, für immer zu beseitigen.

In demselben Sinn war gegen Brandenburg bei der Ausführung des Friedens verfahren worden. Der Uebermuth Schwedens fand in dessen Bestimmungen immer neue Vorwände, es zu drücken, zu erniedrigen, zu brutalisiren. Erst nach Jahr und Tag hatte die schwedische Verwaltung das Fürstenthum Halberstadt, erst nach zwei Jahren das Fürstenthum Minden geräumt, die beide gleich nach der Ratification in des Kurfürsten Hand hätten kommen müssen. Zur Uebergabe Hinterpommerns und des Fürstenthums Cammin wurde noch gar keine Anstalt gemacht: erst müsse die Grenze festgestellt sein, sagten die Schweden; aber sie hinderten diese Feststellung, indem sie immer weiteres Gebiet, als ihnen zugestanden, in Anspruch nahmen; es war nur zu deutlich, daß sie das ganze brandenburgische Pommern in der Hand zu behalten wünschten, das ihnen zum Westen Polens den Zugang gab, wie Liefland zum Osten. Einstweilen erhoben sie dort die Einkünfte, trieben Contributionen ein, holzten die Forsten aus trotz aller Proteste Brandenburgs; ihre Regimenter pflegten sich in den hinterpommerschen Quartieren; sagte man doch am Hofe zu Stockholm von den deutschen Landen, sie sind wie Mehlsäcke, je mehr man darauf schlägt, desto mehr geben sie Mehl heraus[1]). Mit dem herrischen Verfahren der Krone wetteiferte

1) So hat einer der schwedischen Großen zu König Carl Gustav gesagt, wie die brandenburgische Schrift: „kurzer Entwurf der rechtmäßigen Waffen u. s. w. 1648" p. 16 angiebt.

der Hochmuth und die Habgier der schwedischen Generale und Obersten, der Civilbeamten; sie alle hatten gelernt, wie man sich die Taschen füllt, und übten diese Kunst mit doppeltem Eifer in dem Gebiet, das doch nicht schwedisch bleiben sollte; sie sogen die Domainen, die Ordensgüter aus, die ihnen hier von der Krone als Dotationen überwiesen waren; und während sie praßten und prunkten, sagten sie den jammernden Ständen: es sei mehr als zu viel, wenn ein Edelmann zwei- oder dreihundert Thaler Einkommen habe. Des Rechtes, das der Kurfürst auf diese Lande habe, lachten sie.

Nicht bloß erniedrigend war seine Lage diesem Nachbarn, diesem neuen Mitstand im Reich gegenüber. Er stand wie vor der Degenspitze Schwedens, außer Stande auszuweichen oder vorzugehen. So unzweifelhaft sein Recht war, niemand vertrat es. Wenn er den Kaiser anrief, so war die Antwort Achselzucken; wenn er sich an die Reichsdeputation in Nürnberg wandte, so warf man ihm vor, daß er immer noch nicht zum Schluß wegen Pommerns komme, und der Pfalzgraf Karl Gustav, welcher in Nürnberg Schweden vertrat, versicherte: nur Brandenburg verzögere den Abschluß.

Wenigstens äußerlich, wenigstens in den Formen der diplomatischen Etikette bemühte sich Friedrich Wilhelm zu zeigen, daß er noch nicht am Boden liege. Aber er mußte fürchten, daß Schweden irgend einen Anlaß, eine unvorsichtige Wendung benutzen werde, die Waffen gegen ihn zu erheben[1]); und Kaiser und Reich hätten auch das geschehen lassen, Frankreich, von Spanien bedrängt, hätte mit Freuden solchen Preis für schwedische Hülfe gezahlt.

Und zu alle dem mußte der Kurfürst noch den Schein bewahren, als ob er doch in allen großen Interessen, denen des Evangeliums und der

---

2) Der dänische Gesandte in Haag sagte dem brandenburgischen: es seien viele, die es lieber sähen, daß der Kurfürst sich den Schweden widersetzte, damit sie Pommern nicht allein, sondern auch Preußen einzunehmen Anlaß hätten. Bericht von Blaspiel, Haag 20. Mai 1650.

deutschen Freiheit mit Schweden eins sei. Schon wühlten wieder die Papisten im Reich; sie hatten die Majorität in der Nürnberger Commission; mit den Erfolgen Spaniens gegen Frankreich schwoll ihre Zuversicht. Spanien hatte Neapel wieder, es war Meister in Norditalien, es war in Elsaß und Lothringen, auf den Grenzen des burgundischen Kreises im Vordringen. Was Oestreich hatte opfern müssen, hofften sie durch Spanien wieder zu gewinnen, das den westphälischen Frieden nicht angenommen hatte, so wenig wie die römische Curie. Sie gaben das Restitutionsedict keineswegs für immer auf. Und des Kurfürsten Entschädigung für die Hälfte Pommerns und die Odermündungen war Minden, Halberstadt und die Aussicht auf Magdeburg.

Wenn irgendwo in deutschen Landen, so hatte man am Hofe zu Berlin zu empfinden, was der Friede von 1648 bedeute.

„Unser edles Vaterland ist unter dem Namen der Freiheit und Religion jämmerlich zugerichtet; wir haben unser Blut, unsre Ehre und unsern Namen hingegeben und nichts damit ausgerichtet, als daß wir uns zu Dienstknechten, fremde Nationen berühmt und die wir kaum dem Namen nach kannten, zu Herren gemacht haben. Was sind Rhein, Weser, Elbe, Oder anders als fremder Nationen Gefangene? was ist unsere Freiheit und Religion mehr, als daß andere damit spielen?[1])

Die Basis des neuen Staatensystems, das sich zu bilden begann, war die Ohnmacht Deutschlands; der Zweck des Friedens, sie dauernd zu erhalten, im Interesse fremder Mächte zu erhalten, von denen die eine — nicht oft genug und nicht hart genug kann es gesagt werden — den kaiserlichen Namen trug.

Denn mit dem Frieden waren die östreichischen Reichslande eben so gut von dem Körper des Reichs gelöst, wie die, welche an Schweden mit, an Frankreich ohne den Titel der Reichsstandschaft überwiesen

---

1) Aus einer brandenburgischen Brochüre vom Jahr 1658, „Churbrandenburgischer an die Königl. Maj. von Schweden abgelassener Gesandtschaft Verrichtung" u. s. w. Theilweise abgedruckt in Theat. Eur. VIII. p. 758.

waren; eben so gut wie der burgundische Kreis und die alten Reichslehen in Italien, welche Spanien besaß. Die Krone Böhmen mit Schlesien und Mähren gehörte eben so wenig zu den zehn Reichskreisen wie der Rest Ungarns, den das Haus Oestreich noch besaß. Der östreichische, der burgundische Kreis stand nicht unter den Reichsgerichten und in der Reichsexecutionsordnung, zahlte nicht zu den Lasten des Reichs; die andern acht waren und hießen die Zahlkreise.

Und weiter: mit dem Frieden von 1648 war das Reich in allen seinen Competenzen, in seiner ganzen Verfassung in Frage gestellt; es war ein Ding ohne Form, ein leerer Name, ein Problem. Erst der nächste Reichstag sollte die Verfassung feststellen. Das Friedensinstrument bestimmte, daß er sechs Monate nach erfolgter Ratification zusammentrete; die kaiserliche Politik fand es angemessen, die Berufung weiter und weiter hinauszuschieben. Einstweilen war sie bemüht, von dem was sie völkerrechtlich aufgegeben, das und jenes thatsächlich wieder zu gewinnen, da und dort ihre Fäden wieder anzuknüpfen, Competenzen zu üben, die der nächste Reichstag erst feststellen sollte. Sie mischte sich in die unzähligen streitigen Verhältnisse zwischen den Territorien und in denselben, zwischen den Confessionen und deren Besitzstand; sie ließ den Reichshofrath judiciren und gab auf künftige Römermonate Anweisungen; in den Reichsstädten, den kleineren Territorien erneute sie ihren alten Einfluß. Was das Interesse Oestreichs im Reich brauchte und suchte, mußte der kaiserliche Name decken.

So die deutschen Zustände nach dem Frieden von 1648. So trostlos sie waren, trostloser war, daß man sie ertrug. Aber mußte man sie ertragen?

Der Brandenburger war so gepreßt, so ausgemattet, wie nur irgend ein Fürst im Reich. Es konnte ihm nicht in den Sinn kommen, den einmal geschlossenen Frieden in Frage zu stellen; er mußte ihn nehmen, wie er war. Aber er hatte ein Recht darauf, daß seine Bestimmungen auch ihm gehalten, daß sie nicht einseitig und willkührlich gegen ihn gedeutet wurden.

Mochten andere sich darin gefallen, „den so theuer erkauften Frieden“, wie man officiell sagte, als ein heiliges Werk und den Namen Kaiser und Reich als das rettende Heiligthum der Nation zu preisen, ihm war der Friede nicht erfüllt und bei Kaiser und Reich fand er keinen Schutz. Er sah, daß er mit seinem Recht zum Spiel der Mächtigen und zum Gespött der Ohnmächtigen werde, wenn er es nicht selbst verträte. Noch war im Reich, im Osten und Westen Alles formlos, im Schwanken, unberechenbar; wollte er sich aufrichten, so mußte er eilen, so lange die neue Ordnung der Dinge noch weich und im Werden war.

So ergriff er die Initiative. Er erhob sich zu einem Gewaltact, zu einem Act der Selbsthülfe trotz Kaiser und Reich. Er trat plötzlich mit Waffengewalt ein an einer Stelle, die scheinbar fern ab von dem, was ihn am schwersten belastete, ihm in den großen Machtconflict des Westens eine Rolle zu bieten schien.

Die Vorbereitungen.

Weder die Ueberlieferungen, noch die Actenstücke jener Zeit legen die Combinationen dar, auf die der junge Fürst sein Unternehmen stellte. Aus dem Zusammenhang der Thatsachen ergiebt sich das Wesentliche.

Nur eine Macht gab es, die ihn gegen Schweden decken zu können, nach ihrem eigenen Interesse decken zu müssen schien. Die Staaten konnten es nicht geschehen lassen, daß sich die schwedische Uebermacht noch weiter über die baltischen Küsten ausdehnte, daß die Herrschaft der Ostsee, „der Mutter aller Commercien“, völlig in Schwedens Hand falle.

Seit 1647 unterhandelte Friedrich Wilhelm um ein Bündniß im Haag. Aber immer wieder scheiterte das Werk an den Bedenklichkeiten Hollands, das nur Cleve und Mark, nicht auch die entlegneren brandenburgischen Lande zu garantiren übernehmen wollte.

Seit der junge Prinz Wilhelm II., des Kurfürsten Schwager, Statthalter geworden, waren die Staaten von Holland um so widerstrebender;

sie sahen des Prinzen Energie und Thätigkeit, sie fühlten die wachsende Gewalt seiner Popularität; mit doppeltem Mistrauen überwachten sie alles, was oranisch war oder schien. Selbst daß der Kurfürst — im Frühjahr 1650 — den Abschluß einer Allianz mit Schweden, die jetzt Oxenstjerna befürwortete, fürchten ließ [1]), wäre erfolglos geblieben, wenn nicht der Stand der Dinge im Haag sich plötzlich verändert hätte.

Es erfolgte jener Zug des Prinzen gegen Amsterdam, die Demüthigung der stolzen Stadt (3. Aug.) [2]), die Gefangensetzung der sechs einflußreichsten Magistrate von Holland, der vollständige Sieg der oranischen Politik.

Es war diejenige Parthie niedergeworfen, die 1647 den Separatfrieden mit Spanien durchgesetzt, damit die große Richtung der Politik, in der die Union gegründet und emporgeblüht war, aufgegeben hatte, um die Interessen der kaufmännischen Aristokratie von Holland an ihre Stelle zu setzen. [3]) Nicht bloß die sechs anderen Provinzen, die mit Widerwillen das drückende Uebergewicht Hollands trugen, sprachen dem muthigen Prinzen ihren Dank aus; die Staaten von Holland selbst, die Edel Groß-mögenden gaben in aller Ergebenheit ihre Gutheißung zu dem, was geschehen war, und fügten sich in Allem den Forderungen des Prinzen. [4])

Er hatte die umfassendsten Pläne. Er wußte, daß nichts dem Volk

---

1) Nach einer Aeußerung des Reichskanzlers gegen Ewald von Kleist, auf die Adolph Friedrich Schlezer in seinem Bericht vom 16. Aug. 1651 zurückweist. Die Allianzverhandlungen mit den Staaten seit 1647 hat Pufendorf V. 21 ungenügend; die Acten derselben sind mir für das Verständniß der Politik des Kurfürsten in dieser Zeit besonders lehrreich gewesen.

2) Dieses Datum, wie alle von hier an im Text, sind nach dem Kalender neuen Styls. Die kurfürstliche Kanzlei selbst rechnet, wenn sie von Preußen, meist auch wenn sie von den Rheinlanden aus datirt, nach dem neuen Styl. In den Anmerkungen gebe ich die originalen Datirungen, nur dann, wenn es zur Vermeidung von Mißverständnissen nöthig scheint, füge ich in Klammern die andere Datirung bei.

3) le regime tombe en mains de marchands. Brasset an Mazarin bei Groen van Prinsterer. II. 5. p. 11.

4) Aitzema VII. p. 106. „Alle de Heeren haer retirerende, als aquila veniente columbae. Und das gewiß unpartheiische Zeugniß von Schele Annal. Belg. II. p. 73. erubuit plura jubere quam nos pati.

der Niederlande fremder und unbegreiflicher war, als Frieden mit der Macht zu haben, gegen die man seit drei Menschenaltern nicht aufgehört hatte zu kämpfen. Er schickte sich an den Kampf gegen Spanien wieder aufzunehmen; er verständigte sich mit Mazarin. Er wollte sich zur Vermittlung erbieten, die, so durfte man erwarten, Spanien zurückweisen werde; dann sollten im nächsten Frühling die staatischen und die französischen Heere von Norden und Süden zugleich in Belgien einbrechen, dort den entscheidenden Schlag führen. Zugleich rüstete sich des Prinzen Schwager Karl II., den die Schotten nach seines Vaters Hinrichtung als König anerkannt hatten, nach Schottland zu gehen, von dort an der Spitze der nun vereinten Royalisten und Presbyterianer nach England vorzubringen, den legitimen Thron der Stuarts herzustellen.

Den Kurfürsten knüpfte das verwandtschaftliche wie das politische Interesse an diese oranisch-stuartische Verbindung. Er befahl seinem Kriegscommissar für Cleve-Mark alles aufzubieten, damit die Stände dort noch auf ein Jahr den Unterhalt der Truppen ermöglichten: er könne sie zur Zeit durchaus nicht entlassen aus höchst triftigen Gründen, „die wir, so sagt er, noch zur Zeit keinem Menschen, auch unsern intimis selbst nicht geoffenbaret." [1])

Des Prinzen plötzlicher Tod im November 1650 veränderte Alles.

Die nächste Wirkung war, daß Mazarin der feudalen und parlamentarischen Opposition, deren er nur noch durch große Erfolge nach Außen hätte Meister bleiben können, erlag und als Flüchtling Frankreich

1) Schreiben des Kurfürsten an Paul Ludwig, Cöln a/S. 30. Okt. 1650. Noch zehn Jahre später hat man Brandenburgischer Seits große Sorge um eine Kiste mit Papieren über die Dinge „die Prinz Wilhelm 1650 mit dem Cardinal geprojectiret" .... „denn dadurch nicht allein der schlafende Hund wacker gemacht, sondern auch Ursach und Anlaß gegeben werden könnte zu einer unheilbaren Ruptur mit Holland und vielen andern." Weimann an den Kurfürsten, Haag 18. Feb. 1661, Weimann bemächtigte sich der Kiste durch förmlichen Raub. Leider haben sich weder in dem Berliner noch in dem ehemals cleve'schen Archiv Acten über den brandenburgischen Antheil an diesen Verhandlungen von 1650 gefunden. Der Kurfürst war 1649 und bis in den Frühling 1650 in Cleve und Sparenberg.

verließ. In Madrid und Brüssel athmete man auf; jetzt waren es die Machthaber in Paris, die Prinzen von Geblüt, Orleans und Condé an der Spitze, welche den Spaniern Frieden antrugen.

Und in den Niederlanden ergriff die so eben niedergeworfene Parthei sofort das Ruder. Behutsam, unter dem Schein treuer Fürsorge für das gemeine Beste, begünstigt durch den Umstand, daß der Erbe des Hauses Oranien Wilhelm III. erst nach des Vaters Tod geboren wurde, leitete sie eine völlige Umgestaltung der Unionsverfassung ein.

Die Loosung dieser Parthei, der „Cabale", wie die Gegner sie zu nennen begannen, war: Friede mit Jedermann, Friede um jeden Preis. „Krieg führen ist nicht der Städte Werk; die Neutralität steht ihnen am besten an; so lange sie neutral sind, können sie Handlung treiben." 1) Man hatte Kriegsruhm übergenug; und sollte man einen Säugling zum Statthalter der Union machen, um sofort einen Stellvertreter für ihn zu bestellen? etwa Graf Wilhelm Friedrich, den Statthalter von Friesland, der die Truppen gegen Amsterdam geführt hatte? oder Graf Moritz, den Helden von Brasilien, den man vor vier Jahren aus der Mitte zu glänzender Erfolgen abberufen hatte und der nun des Kurfürsten Statthalter in Cleve war?

Die Herren von Holland begannen damit, thatsächlich die Befugnisse des Statthalters in ihrer Provinz auszuüben, die Truppen, auch des Prinzen Leibwache in Pflicht zu nehmen. Die Dinge wenigstens unionsmäßig weiter zu führen, trat am 18. Januar eine außerordentliche Versammlung aller Provinzen im Haag zusammen. Holland setzte es durch, daß das hohe Amt eines Generalstatthalters, eines Chefs der Land- und Seemacht, das sich von Neuem der Freiheit so gefährlich gezeigt habe, beseitigt wurde. Dann schritt man dazu, die Kriegsmacht zu reduciren; die Besatzungen in den clevischen Festungen, in Staatsflandern, Princeland

1) Aus einer etwas späteren Druckschrift: „Zwei Gespräche, welche zwischen einem Holländer und einem Dänen über dieser Zeiten Zustand gehalten", aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt.

und den andern Generalitätslanden schienen zur Sicherung der Landesgrenzen zu genügen. Bisher hatten die sechs Provinzen der Republik England nicht anerkannt; jetzt scheute Holland sich nicht mehr Cromwells Gesandten im Haag zu empfangen und die Sache Karls II., den man so lange als den legitimen König und des Prinzen Statthalter Schwager geehrt hatte, zu verläugnen. Man nahm den Schein an, als halte man die Erfolge Cromwells wie die der Fronde für Siege derselben großen Principien, welche in den vereinigten Staaten nur das Haus Oranien gefährdet habe und welche nun erst und für immer gefestigt seien.[1]) Und als die Stände von Cleve in Besorgniß vor den lothringischen Kriegsvölkern an ihrer Grenze, im Haag um den vertragsmäßigen Schutz „durch lebendige Sauvegarden" baten, wurde der Garantievertrag und der durch denselben verheißene Schutz durch staatische Garnisonen auch auf den Fall gedeutet, wenn des Kurfürsten Regierung in Cleve Contributionen, die von den Ständen nicht bewilligt seien, erhebe oder von derselben „fremde Kriegsvölker", Kurfürstliche, ins Land geführt würden.[2])

Die Cabale war im besten Gang. Aber das neue statthalterlose Regiment, das „Regiment von Wenigen und nicht einmal den Besten",[3]) war in den Provinzen nichts weniger als populär; selbst in Holland war

---

1) Sommelsdyck an Graf Wilhelm Friedrich von Nassau 22. Jan. 1651 j'apprens que dans les conférences nos gens trouvent peu de résistance par leur grandes offres et le bel estalement d'une entière liberté et indépendance.

2) Aus Aitzema und Wortmanns historischer Beschreibung (handschriftlich im Düsseld. Arch.) Wortmann war drei Jahrzehnte später Kanzler in Cleve und benutzte den reichen handschriftlichen Nachlaß Weimanns, aber auch Aitzema. Aitzema (VII. p. 557) stellt diese Dinge keineswegs so genau dar, wie er sie als Agent der clevischen Stände im Haag wissen konnte; daß er in alle Umtriebe der clevischen Stände eingeweiht war, ergiebt das Verzeichniß der 1684 von den Ständen an den Kurfürsten ausgelieferten Acten, die leider selbst nicht mehr vorhanden sind. Aus diesem Verzeichniß ergiebt sich, daß Freiherr v. Wylich zu Lottum am 16. März 1651 nach dem Haag gesandt war, um Guarantie contra quoscunque zu bitten und 8000 Gulden dafür zu bieten.

3) Een Oligarchie in handen van weynige ende noch niet van de beste, heißt es im Herstelde Leeuw door LVA. (Leo van Aitzema) 1652.

und blieb der gemeine Mann oranisch. Die beiden englischen Gesandten St. John und Strickland, die mit anmaaßlicher Pracht, mit einem Comitat von mehr als hundert Edelleuten eingezogen waren, wurden nur mit Mühe vor Insulten geschützt. Was sie beantragten, war die völlige Union beider Republiken; sie warfen den bloßen Handelsvertrag, den Holland anbot, weit hinweg.

Um so mißtrauischer wurden die Provinzen; nichts schien schimpflicher als die „nähere Vereinigung“ mit der königsmörderischen Republik „als mit einem Volke, da man Aversion vor hat.“ Die Nachricht von Karls II. Krönung in Schottland, von Cromwells Erkranken wurde mit Jubel begrüßt; die Aufläufe vor der Wohnung der Gesandten wiederholten sich, wurden bedrohlicher; schon hieß es im Parlament, man könne mit Ehren nicht länger im Haag verhandeln. St. John reiste ab, die meisten Herren des Comitats folgten ihm, „da sie keinem angenehm seien, auch niemanden vertrauen könnten“. Noch wurde weiter verhandelt, aber in gereiztem Ton, mit steigender Entfremdung.

Mit Sorge sahen die Führer der holländischen Parthei die Erregung wachsen; auf allen Gassen hörte man das Lied vom kleinen Prinzen, „der doch Statthalter müsse sein“. In den Reformverhandlungen wurden immer ernstere Bedenken laut; selbst die Beauftragten von Rotterdam, anfangs die eifrigsten für die Neuerung, sprachen schon von der Nothwendigkeit, wieder ein Haupt an die Spitze der Union zu stellen.[1]) Friesland hatte noch seinen Statthalter, jenen Graf Wilhelm Friedrich, und gleich nach des Prinzen Tod hatte ihn auch Gröningen zum Statthalter gewählt; er warb jetzt um die Princessin Agnes, die jüngere Schwester der Kurfürstin; und die Mutter, die Princessin Hoheit wie man sie nannte, verschob ihre Antwort, „bis sie mit dem Kurfürsten

1) ... qui ont été du commençement les plus eschauffés à la nouveauté, ont déclaré qu'ils recognoissoient bien qu'il estoit impossible que sans Chef cest estat se peust bien gouverner. Schreiben Sommelsdycks vom 17. Mai 1651 bei Groen van Prinsterer p. 39.

gesprochen haben werde". Man hatte wohl zu beachten, daß der Kurfürst nach dem kleinen Prinzen der nächste Erbe des Hauses Oranien, ein sehr großes Interesse an den Dingen im Haag habe; und er rüstete, während die Union entwaffnete, und auch die Truppen, die sie im Dienst behielt, sichtlich erbittert waren. Wer konnte berechnen, was geschehen werde, wenn er mit Heeresmacht am Rhein erschien, wenn er für die Sache des Prinzen aufrief?

Freilich für den Augenblick war in der Familie selbst Zwiespalt. Gleich nach dem Tode Wilhelms II. hatte seine junge Wittwe, die Princeß Royal, die Vormundschaft und die ganze Verwaltung der Güter und Herrschaften des Hauses übernommen. Dagegen war Seitens der Princeß Hoheit und des Kurfürsten Einsprache gethan: ihnen gebühre die Vormundschaft um so mehr, da die Princeß Royal selbst noch unmündig sei. Mit großem Geschick benutzten und nährten die Herren von Holland diesen Zwiespalt; bald war zu erkennen, daß die Princeß Royal bei ihnen Rückhalt suchte und fand. Nur um so mehr hatten sie Anlaß vor der oranischen Parthei, vor dem Kurfürsten auf ihrer Hut zu sein. Sie wußten, daß es ihm nur einen Entschluß kostete und er hatte das schwedische Bündniß; und man war mit Schweden bereits in sehr peinlichen Verwickelungen wegen des Sundzolls, wegen des baltischen Handels. Wie wenn nun jene Allianz geschlossen wurde, wenn Schweden, das auf neue Unternehmungen brannte, seine Völker in Bremen und Verden, mit denen des Kurfürsten zugleich gegen das Gebiet der Union losbrechen ließ? auf wessen Beistand hätte man rechnen können?

Allerdings war jetzt in Frankreich die „Parthei der Freiheit" oben auf; aber die Prinzen, das Parlament, die Frondeurs waren nichts weniger als einig. Die Prinzen eilten vor Allem die Statthalterschaften der Provinzen an sich zu reißen, und die Machthaber in Paris rivalisirten gegen den stolzen Condé, den „alten Fuchs" Longueville. Mit jedem Tage zeigte sich die neue Ordnung der Dinge unfähiger; die Armee löste sich in Partheien auf; schon stand Turenne mit seinen Kriegshaufen bei den

Spaniern in Geldern, mit denen des Lothringers vereint, die er so oft bekämpft hatte. Um so thätiger war Mazarin, der sich nach Brühl am Rhein begeben hatte; täglich correspondirte er mit der Königin.[1]) Hatte Orleans seinem Schwager Lothringen Erbietungen gemacht, um sein Heer an sich zu ziehen, so bot Mazarin diesem die Zurückgabe seines Herzogthums, wenn er ihm helfen wolle, die Empörung in Frankreich niederzuwerfen.[2]) Er hielt unablässig die „weiten Pläne" Spaniens im Auge; er sah in dem, was in den Staaten vor sich ging, in den Forderungen der englischen Republik, eine „spanische Intrigue"[3]). Daß er auch mit dem Kurfürsten in Beziehung trat, ist zu vermuthen; die Kurfürstin sandte als sie nach Achen kam, einen ihrer Cavaliere, ihn zu begrüßen; weiteres ergeben die Acten nicht[4]); aber die ausführlichen Berichte des brandenburgischen Residenten aus Paris zeigen, mit welcher Aufmerksamkeit der Kurfürst die dortigen Vorgänge verfolgte.

Es kam für ihn noch ein besonderes Interesse hinzu. Es wurde in Paris alles Ernstes davon gesprochen, daß man das Fürstenthum Oranien, das ja in Frankreich liege, einziehen müsse, um Longuevilles Verdienste um die Freiheit zu belohnen. Von andrer Seite wurde dafür gearbeitet,

---

1) La reine ne se gouvernoit en secret que par les conseils de Mr. le Cardinal. Mem. de Turenne bei Michaud et Poujoulat III. p. 432.

2) Staveren brandenb. Agent in Brüssel, 9. März 1651. Le cardinal Mazarin faict offre au Sr. le Ducq de la restitution de toute la Lorraine en cas que Jcelluy veut joinder ses trouppes aux siennes.

3) So in dem sehr merkwürdigen Schreiben des französischen Residenten Brasset an Mazarin, Haag 25. Jan. 1651: „il est bien apparent que c'est l'effet d'une pratique Espagnolle . . . tandis que l'on y songe à des choses pour le dedans de l'Estat.... les Espagnols trament au dehors un grand circuit de desseins qu'ils feront enfin abboutir au préjudice commun de ces provinces (Groen van Prinsterer II. 5. p. 23.)

4) Später, als Mazarin nach Frankreich zurückkehrt, protestirt der Kurfürst gegen des Pfalzgrafen Anzeige in Wien „als wenn der Cardinal auch von unsern Völkern an sich gezogen und wir also ohne Zweifel auch unser Interesse bei dem Werke haben". Schreiben des Kurfürsten an den Pfalzgrafen, 9. Feb. 1652. Auch der Pfalzgraf wandte sich an Mazarin und der Cardinal verspricht beizutragen was er kann, um die Differenzen con un buon e stabile accomodamento zu enden. Schreiben vom 22. Juni (Düsseld. Arch.)

es der Princeß Royal, die es für sich zu erhalten wünschte, durch Ausspruch des Pariser Parlaments zuzuwenden. Der Kurfürst ergriff diesen Anlaß, eine besondere Gesandtschaft an die Königin abzusenden; aber, so meldete der holländische Resident aus Paris nach dem Haag, „es sind, dem Muthmaßen nach andre Geschäfte dahinter verborgen; man wird in Haag wissen, daß sich die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg in Lichtenberg gesprochen, daß sie sich mit Eiden verpflichtet, hinfort keine Wahl aus dem Hause Oestreich zu dulden; Pfalz, Mainz, Trier werden sich ihnen anschließen; auch wäre der Krone Frankreich nicht zuwider, daß ein neuer Krieg in Deutschland entstehe, wenn sie auch nicht mehr so viel Mittel hat wie früher, ihn im Gang zu halten.“[1])

Wohl mochte das in sich zerrüttete Frankreich nach irgend einer Rettung umherspähen. Der Friede mit Spanien, auf den die Prinzen so gut wie die Frondeurs ihre Hoffnung gesetzt, war in den Vorfragen gescheitert; die Krone Spaniens fühlte sich stark genug, nicht weniger zu fordern als die Rückgabe alles dessen, was Frankreich ihr in so vielen Feldzügen entrissen. Der Friede mit den Staaten und das Verständniß mit Cromwell gab ihr freie Hand gegen das verhaßte Frankreich. Sie hatte ihre Heere in Belgien, in Catalonien, in Mailand verstärkt,[2]) von dem noch besetzten Frankenthal aus Werbungen im obern Deutschland gemacht. Von den lothringischen Regimentern hielten die einen eine Reihe Festen von Frankenthal bis zur Mosel, andere die an der Mosel hinab im Bisthum Metz und im lütticher Land besetzt, andere standen im spanischen Geldern. Schon war der größte Theil Flanderns wieder gewonnen, nur Dünkirchen und ein Paar kleine Festen in der Nähe

1) Copes, brandenburgischer Agent im Haag, 6/16. Mai 1651. Jene Mittheilungen Boreels haben natürlich großes Aufsehen gemacht; der Kurfürst schreibt am 3. Aug. an Blumenthal, wie er die brandenburgische Sendung nach Paris am Kaiserhofe zu deuten habe.

2) Staverens Bericht aus Brüssel, 9. März 1651. on s'appresse tellement du costé d'Espagnols, qu'on tient pour asseuré toutes les armees en campagne à sçavoir de Paysbas, Naples, Milan et Catalogne sur la fin du mois prochain.

waren noch in französischen Händen; jetzt zogen zwei spanische Heere gegen Dünkirchen, nahmen im Norden der Stadt Veurne, im Süden Mardyk, begannen sie selbst einzuschließen, während ein drittes Heer in Artois dem zum Ersatz heranrückenden Feinde den Weg sperrte. Im Mai waren die spanischen Werbungen in Deutschland so weit, daß sie sich in drei großen Colonnen in Marsch setzten, über Frankfurt nach Luxemburg zu gehen.[1]) Nur ihre Ankunft schien der Erzherzog Statthalter zu erwarten, um sich zum entscheidenden Schlage zu erheben.

In dem Maaße als sich die spanische Macht erhob, wuchs die Bewegung unter den eifrig Katholischen im Reich; ihnen schien endlich die Zeit nahe, wo die gute Sache, die der Kaiserhof hatte aufgeben müssen, durch die Krone Spanien triumphiren werde; unter ihren Siegen hofften sie das verhaßte Friedenswerk zerfallen zu sehen.

Vor Allen der alte Pfalzgraf von Neuburg war thätig, die neue Wendung der Dinge zu seinem Vortheil auszubeuten.

Es galt, den Provisionalvertrag von 1647 abzuthun. Der Kurfürst hatte ihn damals erzwungen, indem er mit einigen tausend Mann ins Jülichsche einbrach mit der Erklärung, nicht eher zu weichen, als bis ihm der Pfalzgraf die alten Verträge erfüllt habe.[2]) So war jener Vertrag zu Stande gekommen, in dem bestimmt wurde, daß in den Erbschaftslanden die kirchlichen Verhältnisse in dem Bestand von 1612 erhalten bleiben und daß diese Bestimmung auf zehn Jahre gelten solle, wenn nicht inzwischen der Erbfolgestreit geschlichtet sei. Man hatte sich in dieser Formel vereinigt, nachdem ausdrücklich die Annahme des in Osnabrück schon festgesetzten Normaljahres 1624, die der Pfalzgraf forderte, abgelehnt worden war. Unermüdlich in Rabulistereien, wie er

---

1) Waldpott von Bassenheim an den Pfalzgrafen, 13. Juni. Der Pfalzgraf (an den Markgraf von Baden, 14. Juni) wünscht, daß die Truppen ihren Marsch von dem Land Jülich ab auf St. Veit nehmen.

2) Daß zur Ergänzung des früher III. 1. 312 Gesagten; erst kürzlich habe ich die Acten gesehen, die von jener Occupation bis unter die Wälle von Jülich Nachricht geben.

war, begann er gleich nach Verkündigung des allgemeinen Friedens, den er selbst nicht unterzeichnete, geltend zu machen, daß das in demselben festgesetzte Normaljahr die Bestimmungen von 1647 beseitige; er wandte sich mit Beschwerden über die kurfürstliche Regierung, die die Ausführung jenes Friedensartikels hindere, an den kaiserlichen Hof; er bewirkte, daß Kurcöln und Braunschweig zu kaiserlichen Commissarien bestellt wurden, nicht um die streitige Frage zu untersuchen, sondern „die kirchlichen Verhältnisse in Jülich und Berg nach dem Stand von 1624 herzustellen".[1]) Gestützt auf diese reichsoberhauptliche Entscheidung — gleich als habe der Kaiser das Recht, allein und ohne Weiteres die Artikel des Friedens zu erklären — begann der Pfalzgraf die Evangelischen in beiden Landen zu bedrücken, sie mit Einquartierungen zu belasten, ihre Kirchen, ihre Friedhöfe einzuziehen, ihre Prediger auszutreiben. Die Bedrängten wandten sich an den Kurfürsten als Mitherren auch ihres Landes; auf seine Abmahnung antwortete der Pfalzgraf mit höchst schnöden Gegenbeschuldigungen, mit ärgeren Bedrückungen, mit neuen Klagen in Wien; es folgten neue kaiserliche Mandate an die Commissarien.[2]) Die Bedrängten riefen — im Frühling 1650 — die Staaten an als Garanten des Provisionalvertrages; diese ergriffen ohne Weiteres Repressation, sie ließen von ihren Garnisonen in Orsoy und Rheinberg katholische Priester aus dem Jülichschen aufgreifen und gefangen setzen. Da erhob der Pfalzgraf großen Lärm; die noch in Nürnberg tagende Executionscommission erließ zugleich mit dem Kaiser Weisungen an die beiden Commissarien, protestirte bei den Generalstaaten gegen ihr „wider alles Völkerrecht, Reichsabschiede und Billigkeit streitendes Verfahren". Zugleich wandten sie sich gegen den Kurfürsten; er wurde bezüchtigt, fremde Mächte in die Angelegenheiten des Reiches zu ziehen; die kaiserlichen

---

1) Das Commissorium ist vom 16. April 1649 (gedruckt in der seltenen Schrift: „Dero Churbrd. fürstl. Durchl. d. d. 17. Juli abgelassene kurze Anzeige, an Statt Manifests" vom Jahr 1651.

2) d. d. 1. Dec. 1649. Schreiben des Kurf. vom 20. Mai, Antwort des Pfalzgrafen vom 9. Juli 1650.

Commssarien setzten ihm einen Tag, vor ihnen zu erscheinen. Daß er den Tag „rückstellig machte", wurde am Hofe zu Wien sehr ernsthaft genommen, als eine Sache von höchst bedenklichen Consequenzen; einstweilen bestellte man — der Erzbischof von Cöln war gestorben — an seiner Statt den Bischof von Münster, den kriegerischen Bernhard von Galen, als Commissarius, sandte auf neue Klagen des Pfalzgrafen neue Mandate (1. Febr.); im vollen Gefühl des siegreichen Vordringens erließ der Pfalzgraf (7. März) ein Edict, in dem „alle Pacta und Privilegien, die dem Stand von 1624 zuwider seien, in den Landen Jülich und Berg für aufgehoben und ungültig" erklärt wurden.

Man scheute die Herren Staaten nicht mehr, die mit sich selbst genug zu thun hatten; wie hätte man sich um den Kurfürsten und seine Proteste kümmern sollen. Man schien ihn geflissentlich zu reizen; wenn er sich endlich hinreißen ließ, den Evangelischen in beiden Landen mit der That zu helfen, desto besser, so rief man des Reichs Executionsordnung wider ihn auf. Schon unterhandelte der Pfalzgraf mit Münster und Osnabrück, mit Trier und Cöln um ein Bündniß „zu gegenseitigem Schutz auf jeden Fall". Sein Erbprinz, der noch papistischer war als der Vater, ließ sich vernehmen: „der Kurfürst solle keinen Fußbreit Landes am Rhein behalten."

Nur diese brandenburgischen Gebiete, ein schmaler Streif Landes, unterbrachen die Kette von Territorien gut katholischer Fürsten, die sich von der Mosel bis fast zur Emsmündung erstreckten, Trier, Jülich-Berg, Cöln-Westphalen, Münster, Osnabrück; und Franz Wilhelm von Osnabrück, der wittelsbachische Bastard, jener rücksichtslose Vorkämpfer des Restitutionsedictes, der gründlicher als irgend ein anderer Prälat in seinen Gebieten reformirt hatte, war durch den Frieden von 1648 gezwungen worden sein Bisthum Verden an Schweden, sein Bisthum Minden an Brandenburg abzutreten, ja es war bestimmt worden, daß Osnabrück selbst nach ihm an einen evangelischen Bischof übergehen solle. Wenn jetzt Spanien siegte, dann war die Zeit da, die Verträge

von 1648 zu revidiren, die ja ohne Spanien geschlossen, die vom heiligen Stuhl nicht anerkannt waren. Wahrlich, es hatte einen guten Sinn, wenn demnächst in Rom daran gedacht wurde, für die Sache des Pfalzgrafen die Schätze der Propaganda zu verwenden.[1])

So die große westeuropäische Krisis, die mit dem Tode Wilhelms II., mit der Flucht Mazarins einsetzte. Man durfte von der erneuten Gefahr einer Universalmonarchie, die Europa bedrohe, sprechen.[2])

Noch war sie in ihren ersten Stadien; noch schien es möglich, sie zu brechen. Aber es war Gefahr im Verzuge.

Des Kurfürsten Plan.

Im Frühjahr 1651 war Graf Moritz von Nassau in Berlin gewesen.

Gleich darauf ließ der Kurfürst Unterhandlungen in Dresden anknüpfen. Er erbot sich, um für immer jeden Anlaß zu Mißtrauen und Streit mit dem engverbrüderten Kurhause zu beseitigen, für die sächsischen Ansprüche auch Jülich drei vier Aemter des Fürstenthums Magdeburg an Kursachsen abzutreten.[3]) Er ließ zugleich auf die Rüstungen aufmerksam machen, die im westphälischen, ober- und kurrheinischen Kreise begonnen seien und trotz kaiserlicher Abmahnung fortgesetzt würden;

---

1) Der Papst sagte dem pfalzgräflichen Gesandten Ritter Promontorio: Veramente noi haveresimo stimate che la congregazione di Propaganda havesse potuto suministrar al Signor Duca qualche somma u. s. w. Aus Promontorios Bericht, Rom 3. Feb. 1562. Düsseld. Arch.

2) So schon die französische Erklärung an die Staaten, 30. Oct. 1650 . . . de woeste desseyns van een huys, dat opentlijck weder in gaet den wegh van de universale Monarchie, daer het selve nae aspireert van langer hant af. Aitzema VII. p. 174.

3) Memorial der Verhandlungen mit Burgsdorf in Dresden 11. März 1651 (Dresd. Arch.) Schreiben des Kurfürsten an Burgsdorf 27. März. Die angebotenen Aemter waren Jüterbock, Zinna, Jerichow, dann auch Sandau; außerdem die Cession gewisser Schuldverschreibungen im Betrag von $\frac{m}{120}$ Thlr.

er wies darauf hin, daß Frankenthal noch immer nicht von den Spaniern geräumt und an Kurpfalz überwiesen sei, daß von den lothringischen Völkern im Elsaß, an der Mosel, im spanischen Geldern die Reichsgränze auf das Aeußerste gefährdet sei; und wenn so viel Fürsten und Stände des Reichs, ja fast das ganze Europa sich in Verfassung setze, scheine es geboten das Gleiche zu thun und sich in den niederdeutschen Kreisen zu einem Defensionswerk zu einigen.[1]) Er bat um eine persönliche Zusammenkunft mit Johann Georg. Auf dem Wege zum Rhein — es hieß, er begleite seine kränkelnde Gemahlin in die Bäder von Spaa — verweilte er einige Tage auf Schloß Lichtenberg. Man wetteiferte in gegenseitiger Aufmerksamkeit und Herzlichkeit, der Brandenburger entzückte alles durch seine geistvolle Unterhaltung, seine heitere Anmuth, seine glänzenden Geschenke; er hat auch, sagen die sächsischen Berichte, unsern gnädigsten Herrn zu einem Vater angenommen.

Der Dresdener Hof meldete alles sofort nach Wien. Dort war man schon über die brandenburgischen Rüstungen in Unruhe; man hatte Anlaß genug zu vermuthen, daß des Kurfürsten Geduld gegen den Pfalzgrafen zu Ende sei; man sagte für gewiß, er wolle ihn „in Düsseldorf überrumpeln".[2]) Man fürchtete größere Combinationen, die umfassendsten Einverständnisse; man glaubte, daß bereits Hessen, Braunschweig Kurpfalz, die Staaten mit im Plan seien; vor Allen die Schweden „fürchtete man aufs Aeußerste".

In der That hatte der schwedische Kanzler jüngst den bestimmten Wunsch einer Allianz mit Brandenburg wiederholt; ein sichres Zeichen, daß das Verhältniß zwischen beiden Höfen sich freundlicher gestalte, war daß

---

1) Memorial für Burgsdorfs Sendung 3. März. Burgsdorfs Bericht vom 1. April. Protocoll der Lichtenberger Verhandlungen 22. April (Dresd. A.) Es sind die Verhandlungen unmittelbar vor des Kurfürsten Ankunft; Seidel, Kleist, Löben und Burgsdorf verhandeln mit Friesen und Leube.

2) Blumenthal schreibt 21. Juni aus Wien, daß schon vor drei Wochen ein kaiserl. Geheimrath eine vornehme Person gefragt habe, warum der Kurfürst den Pfalzgrafen von Düsseldorf überrumpeln wolle.

die Conferenzen wegen der pommerschen Sache, die vor einem Jahr abgebrochen waren, seit im März wieder eröffnet wurden. Schweden schien — denn der Congreß in Lübeck stockte in den Vorfragen — ganz dicht vor einem Kriege mit Polen; zugleich wuchs die Spannung Schwedens mit dem neuen Regiment in Holland, man reizte sich mit gegenseitigen Tariferhöhungen und Einfuhrverboten. Um so wichtiger war es dem stockholmer Hofe, Brandenburg jetzt nicht aus der Hand zu lassen. Aber in Stettin zeigten sich die schwedischen Herren nichts weniger als entgegenkommend; namentlich seit der lichtenberger Zusammenkunft wurde der Ton, in dem sie verhandelten, so gereizt und hochfahrend, als ob sich Schweden vom Kurfürsten alles Uebelste zu versehen habe; jene Rüstungen, ward in Stockholm gesagt, bedeuteten nichts anderes, als daß der Kurfürst unter dem Vorwande, den Pfalzgrafen zu bekriegen, ein Heer gegen Schweden zusammenbringen wolle und daß er mit der Krone Polen im Einverständniß handle. Nur um so mehr steigerten sie ihre Forderungen; sie deuteten den Ausdruck der Friedensinstrumentes so,[1]) als ob auch Colberg noch an Schweden kommen müsse; sie warfen dem Kurfürsten vor, daß er allein den Abschluß verzögere, ihn unmöglich mache und die Krone Schweden verläumde, als ob sie die Schuld trage.[2])

Freilich für jetzt lag dem Kurfürsten alles daran, die Verhandlung mit guter Manier hinzuziehen. Sein Interesse, seine ganze Kraft war auf den Rhein gerichtet.

In und außer dem Reich wußte das Gerücht schon gewiß, was er dort wolle. Aber seinen Plan, sein Ziel kannten auch die Vertrautesten nicht. Daß er sich gegen den Pfalzgrafen wenden wolle, schloß man aus der Richtung seiner Reise, aus den Rüstungen in Minden, in der

1) adjacente utrinque (zu beiden Seiten der Oder) terra, ea latitudine litoris orientalis; statt litoris hatten die Schweden schon in Osnabrück lateris zu setzen gefordert.

2) „Gerade als ob sie legulegi wären" sagte der alte Kanzler zu Schlezer. (Bericht vom 16. Aug. 1651) und darnach bei Pufendorf III. 47. artes legulegorum sibi incognitas.

Grafschaft Mark. Gegen den Pfalzgrafen hatte er ein vertragsmäßiges Recht zu schützen, hatte er kraft dieses Rechts mehr als 62000 Evangelische in ihrem Glauben zu vertreten; da war für persönliche Beleidigungen, die sich der Pfalzgraf in seinen Zuschriften wiederholt erlaubt hatte, endlich Genugthuung zu fordern. [1])

Aber wenn er nur aus diesen Gründen, für diese Zwecke die Waffen erhob, so schienen die Bedenken derjenigen seiner Räthe, welche dringend abmahnten — und deren waren die meisten — sehr beherzigenswerth. Allerdings, sagten sie, hat der Pfalzgraf zu dergleichen nachdrücklichen Wegen Anlaß genug gegeben; aber noch sind nicht alle friedlichen Mittel erschöpft und die gewaltsamen von nichts weniger als sicherem Erfolg; der Pfalzgraf wird seiner Gewohnheit nach alle Katholischen aufrufen, Himmel und Erde in Bewegung setzen; er wird thun, als wenn die Reichsverfassung, das Friedenswerk, alle löbliche Ordnung an ihm gebrochen sei; das Reich wird Execution verhängen, und sie zu vollstrecken werden sich Reichsstände genug finden, denen das Aufnehmen des Hauses Brandenburg ein Aergerniß ist; Schweden wird in der pommerschen Sache um so halsstarriger werden und der Polenkönig für seinen Schwager, wie er schon früher gedroht, eintreten; alles wird wider das Haus Brandenburg sein und für dasselbe niemand. [2])

Nicht minder erheblicher Art waren die finanziellen Bedenken, die erhoben wurden: des Kurfürsten Aemter seien meist alle verkauft oder versetzt, und von den Ständen, die schon die Friedensgarnisonen mit äußerstem Widerstreben unterhielten, werde man keine weitere Bewilli-

---

1) Der Kurfürst hebt in seinem Schreiben an den Erzherzog Statthalter 29. Juli hervor, daß der Pfalzgraf ihm zu nahe getreten sei, ihn „in seiner kurfürstlichen Ehre touchirt habe", . . . „mit fast schimpflichen und unter Fürsten ganz ungewöhnlichen Schreiben nicht ein sondern mehrmal uns affrontirt und so nachdenkliche Drauworte vernehmen lassen, daß" u. s. w. Aehnlich in der Instruction für Blumenthal bei v. Mörner Sparr p. 271.

2) Aus der Denkschrift von Portman und Seidel „zu S. Cf. D. eigenen Handen überreicht zu Cleve 2. Juni 1651."

gungen erhalten; zu Subsidien von irgend einer Seite her sei keine Aussicht.[1])

Nur einzelne im Rath des Kurfürsten waren der Ansicht, daß der Handel mit dem Pfalzgrafen eine Ehrensache für ihn geworden sei, daß er dem Unwesen ein Ende machen, „den alten Gauner in Düsseldorf zur Raison bringen müsse". Sie empfahlen, ihn in Düsseldorf zu überfallen, sich seiner Person zu bemächtigen, sein Land zu besetzen, um so mehr, da die 160,000 Thlr., die er und sein Land nach dem Vertrag von 1647 als Recompens habe zahlen sollen, noch immer nicht gezahlt seien. Man wird Graf Friedrich von Waldeck als denjenigen bezeichnen dürfen, der am meisten vorwärts drängte, zu den gewaltsamsten Schritten rieth,[1]) während der alte Oberkammerherr Burgsdorf, der immer noch die erste Stelle im Rath und die Leitung der Geschäfte hatte, eben so dringend empfahl, nicht die bisherige Politik des Unterhandelns zu verlassen, nicht über Demonstrationen hinauszugehen, nicht sich auf Wege zu begeben, auf denen die getreuen Stände, auch die brandenburgischen, schwerlich folgen würden.

Seit Ausgang Mai war der Kurfürst auf dem Sparenberg; dort werden die verschiedenen Ansichten heftig genug wider einander gerungen haben.[2]) Es folgte die Entlassung Burgsdorfs. Es wurde ein vorläufiger Kriegsplan festgestellt; indem der Kurfürst genehmigte, auch jenseits des Rheins im Jülichschen vorzudringen, dort Brügge, Heinsberg

---

1) Es scheint namentlich Blumenthal, der vortreffliche Finanzier, diese Bedenken hervorgekehrt zu haben, wie sie denn demnächst in seinen zahlreichen Briefen aus Wien eine große Rolle spielen.

2) Leider liegt über diese Verhandlungen in Sparenberg in den Acten nichts direct vor. In Wien wurde geglaubt, der Mindensche Statthalter Graf Witt genstein und Graf Moritz von Nassau „hätten die meiste Schuld". (Blumenthals Schreiben 9. 19. Juli.) Dagegen sagt Wortman in seiner „historischen Beschreibung" (Düsseld. Arch.): „Graf Nassau, welcher ein alter erfahrener Kriegsheld war, urtheilte von diesem extremo remedio nichts guts, mit vermuthen, wenn drei Rädelsführer von Kandt wären geholfen, quos hic reticere Plato jubet, daß diese Action wol sollte zurückgehalten sein." Er kann Waldeck, Wittgenstein, Schwerin gemeint haben. Das im Text über Waldeck Gesagte ergiebt sich aus dem weiteren Verlauf der Dinge.

und Düren, die Hauptplätze gegen die spanisch-niederländische Grenze sofort zu besetzen, damit das noch von den Spaniern besetzte Jülich zu flankiren, schien er auf den Fall zu denken, daß der bevorstehende Kampf größere Dimensionen gewinnen werde.

Unmittelbar vor seiner Abreise vom Sparenberg sandte er Blumenthal nach Wien, mit dem Auftrage, dort anzuzeigen, daß er sich „aus hochdringenden Ursachen, nach lang erwogener Sache, zu einer Entreprise auf ...." (der Name ist in der von Schwerins Hand geschriebenen Instruction ausgelassen) entschlossen habe. Blumenthal wurde angewiesen, erst gegen Ende Juli am kaiserlichen Hoflager einzutreffen, den Schritt, den der Kurfürst gethan, in dem rechten Licht darzustellen, namentlich darzulegen, wie der Pfalzgraf, schon mit dem Lothringer, mit Münster und Osnabrück im Verständniß, alles zu einem Gewaltact vorbereitet habe, daß man sicher wisse, er habe nur des Kurfürsten Abreise nach Preußen erwarten wollen, um sich dann der brandenburgischen Lande am Rhein zu bemächtigen.

Blumenthal war allerdings von dem festgestellten Kriegsplan unterrichtet; aber er kannte seinen Herrn genug, um zu vermuthen, daß hinter jenem Plan noch andere, weitere Dinge verhüllt seien; daß der Kurfürst noch niemanden an Burgsdorfs Stelle berufen, noch keinen obersten Befehlshaber für den Feldzug ernannt habe, noch alles selbst in der Hand behielt, schien zu beweisen, daß sein Ziel, sein letzter Gedanke weit hinaus reiche. Nur einen Anhaltpunkt gab es: die beabsichtigte Besetzung der drei Grenzfestungen gegen die Niederlande; würde der Kurfürst eine so provocirende Aufstellung gegen Spanien genehmigt haben, wenn er nicht mit derselben oder mit dem Gerücht, daß er sie nehmen werde, bestimmte Wirkungen bezweckte? „Wenn ich nur eigentlich wüßte, schreibt er aus Wien, was der Finalscopus wäre, ob und wie weit die Staatengeneral in dieser Sache interessirt sind." [1])

1) Blumenthals Schreiben aus Wien 21. Juni; er war Tags vorher angekommen und das Kriegsmanifest dort bereits bekannt.

Die ersten Schritte, die der Kurfürst that, waren in der That von der Art, daß es unklar blieb, ob er in dem Angriff auf den Pfalzgrafen nur den Ausgangspunkt zu größeren Combinationen sah, oder ob er diese suchte, um den Angriff gegen den Plalzgrafen desto sicherer durchzuführen.

Allerdings war zunächst seine ganze Aufmerksamkeit auf den Haag gerichtet. Ob der Gang, den die Dinge dort nahmen, dem entsprach, was Graf Moritz bei seinem Besuch in Berlin mitgetheilt haben mochte, vermag ich nicht zu sagen. Noch war die große Staatsveränderung bei Weitem nicht zum Abschluß gekommen; eben jetzt handelte es sich um eine Hauptfrage, um die neue Militairverfassung, und Friesland widerstand hartnäckig den Anträgen Hollands. Daneben wurde unter wachsender Aufregung über die nähere Vereinigung mit England verhandelt; der englische Gesandte beschwerte sich (27. Mai) über die unerträgliche Langsamkeit der Verhandlung; je ernstere Nachrichten über die Fortschritte Karls II. in Schottland kamen, desto ungeduldiger wurde sein Drängen, desto lebhafter die Spannung in den Generalstaaten und in den Provinzen.

Während der Kurfürst seine Truppen, etwa 4000 Mann, eilig, ohne die aus den Marken beorderten Regimenter abzuwarten, auf Duisburg vorgehen ließ, begab er sich selbst nach Cleve, wo Graf Moritz zugleich als sein Statthalter und als Befehlshaber der staatischen Garnisonen stand. Von dort aus erließ er am 13. Juni sein Manifest gegen den Pfalzgrafen; zugleich verkündete er durch ein Patent den jülich-bergischen Ständen, aus welchen Gründen er sich „hochgenöthigt befinde“, sich eines und andern Platzes in beiden Landen zu bemächtigen; er verspricht den Ständen — er braucht den Ausdruck: „unserer Ritterschaft, Städten und gemeinen Unterthanen“ — Schutz aller ihrer Rechte und Freiheiten; er befiehlt ihnen, dem Pfalzgrafen hinfort keine Steuern und Dienste, keinen Gehorsam mehr zu leisten, sondern „sich einzig und allein zu ihm, seinen Erben und Nachkommen zu halten“.

Am 14. Juni rückten seine Truppen vor Angermund, besetzten das Städtchen bis auf das Schloß, nahmen am 15. Angerort; dann wandte sich ein Theil derselben gegen Düsseldorf, plünderte das vor den Wällen der Stadt liegende Pempelfort; ein anderer Theil ging über den Rhein, marschierte nach Brügge; auch auf Brügge wurde kein ernstlicher Angriff gemacht. [1])

Der Kurfürst schreibt am 19. an Blumenthal: „er habe aus gewissen Erheblichkeiten den ihm bekannten Kriegsplan geändert.“[2])

Wurde der Kriegsplan geändert, weil der Angriff auf Düsseldorf, auf Brügge mißlungen war? oder begnügte sich der Kurfürst mit bloßen Demonstrationen gegen beide Plätze in Folge des geänderten Kriegsplans? und warum hatte er ihn geändert?

Für ihn lag alles daran, „die Staaten mit ins Spiel zu ziehen“; je nachdem es ihm gelang oder mißlang, hatte er den Umfang seines Unternehmens zu bestimmen. Die Entscheidung hing davon ab, wie der Kampf der Partheien im Haag sich wenden, ob Holland durchdringen oder den andern Provinzen erliegen werde.

Frieslands und Gröningens mochte er durch Graf Wilhelm Friedrich gewiß sein; bei den Staaten von Geldern fanden seine Eröffnungen die bereiteste Aufnahme. Nach dem Haag sandte er Schwerin; der Auftrag, den er ihm gab, zeigt, wie behutsam er verfahren zu müssen glaubte; Schwerin sollte ihn entschuldigen, daß er fünfzig Mann von der Besatzung zu Wesel zu seiner persönlichen Bedeckung sich erbeten habe, da

---

1) Nach dem Journal eines Düsseldorfers über diese Vorgänge (Düsseld. Arch.) Der Befehl des Kurfürsten an Obrist Wolf von Eller 16. Juni lautet: „mit 300 Dragonern die Mühle von Düsseldorf zu ruiniren und das Vorwerk (Pempelfort) auszuplündern,“ also kein eigentlicher Angriff auf die Stadt.

2) „Nachdem wir unsre Haupintention mit der entreprise auf den wohlbekannten Ort aus gewissen Erheblichkeiten geändert, doch gleichwol unsre bei einander habenden Völker in das Fürstenthum Berg gehen lassen, uns Angerorts bemächtiget und sobald unsre aus Brandenburg im Marsch begriffenen Völker angelangt sein werden, weiter gehen werden, um hierdurch den Pfalzgrafen zur raison zu bringen.“

er, „um den Herren Staaten keine Jalousie zu geben", keine von seinen Truppen mit ins Clevische habe bringen wollen; zugleich ließ er bitten, daß ihm zu demselben Zweck noch 150 Mann angewiesen werden möchten.

Schwerin fand die Lage der Dinge über Erwarten übel. „Die Provinz von Holland hat einen Widerwillen, sich in die Differenzen des römischen Reichs zu mischen, vielweniger dieselben zu befördern; sie will, daß alles in Ruhe und Frieden bleiben soll." Man war in großer Aufregung über das Manifest vom 13. Juni und den Beginn der Feindseligkeiten,[1]) noch mehr darüber, daß Graf Moritz jene 50 Mann hergegeben habe.[2]) Man mochte darin ein Zeichen sehen, daß er seinen Entschluß gefaßt habe, daß er auch den zweiten Schritt thun werde; und wer war populärer als der Held von Brasilien, der Gründer jener herrlichen Colonie, die freilich seitdem und mit so schwerer Schuld der Staaten von Holland wieder verloren war; und im Frühjahr hatte er ihren Antrag, eine neue Expedition dorthin zu führen und das Land wieder zu nehmen, abgelehnt, um jene Reise nach Berlin zu machen.

Den Herren von der Cabale schien es nothwendig, den oranischen Stimmungen eine Diversion zu machen. Prinz Wilhelm II. hatte eine schriftliche Erklärung über sein Unternehmen gegen Amsterdam verfaßt und in die Hände des Rathspensionärs von Holland niedergelegt. Das Schriftstück wurde jetzt an die Staaten von Holland gebracht und verlesen; es wurde von den Edel-Großmögenden beschlossen, Untersuchung gegen die bei dem Unternehmen Betheiligten einzuleiten, zugleich eine Resolution gefaßt, daß das Geschehene ein Attentat auf Freiheit, Hoheit

1) Aitzema p. 560 spricht von der großen Jalousie gegen das Haus Oranien ende wat daer aen dependeerde, soo dat desen oorlogh soo onverwacht ende onversiens voorkomende alhier meer ombrage als genegentheyt verweckte.

2) Ob im Haag bekannt war, daß Graf Moritz auch Geschütz, Pulver, Pallisaden u. s. w. nach Angerort geschickt hatte, weiß ich nicht; daß es geschehen, ergiebt ein Schriftstück d. d. Wesel 17. Juni von Tileman Becker „Commissarius über die Vivres" nebst einem Verzeichniß „was er geliefert".

und Souveränetät der Provinz gewesen sei, und daß die sechs Männer, welche der Prinz gefangen gesetzt, sich „als treue Liebhaber des Vaterlandes" erwiesen und Dank verdient hätten. Es war eine Demonstration, deren Bedeutung und Gewicht niemand verkennen konnte.

Dann wurde in der Versammlung der Hochmögenden von Seiten Hollands empfohlen, den Antrag des Kurfürsten mit geziemender Entschuldigung abzulehnen, beide Fürsten zum Frieden zu ermahnen und die Vermittelung der Staaten anzubieten. Wenigstens der Antrag der Mediation wurde genehmigt.

Man sieht, wie diese Dinge den Plan des Kurfürsten trafen. Daß er bereit sei, in der Richtung der oranischen Politik mitzugehen, ja die Initiative zu ergreifen, hatte sein Vorgehen bis Brügge gezeigt. Aber wenn es den Herren von Holland gelingen konnte, die bloße Mediation durchzusetzen, wenn ihr Einfluß so viel mächtiger war als die öffentliche Meinung und das Gewicht des oranischen Namens, so hatte er allen Grund, nicht weiter zu gehen; um so weniger, als die Stände, auch die in der Grafschaft Mark,[1]) in höchster Aufregung waren, in Jülich und Berg der papistische Fanatismus hoch aufflammte.[2])

Der Kurfürst hatte der Princessin Hoheit seinen und seiner Gemahlin Besuch versprochen. Am 22. Juni in der Nacht traf er im Haag ein; von Seiten der Staaten wurde nicht Notiz davon genommen.

Eben jetzt war die Nachricht eingelaufen, daß die Spanier sich zum Sturm auf Dünkirchen anschickten, daß eine englische Flotte von 18 Schiffen vor dem Hafen liege, „die nichts aus- noch einlasse", daß König Karl II., 16000 Mann stark, vordringe, während Cromwell „immer noch

---

1) Wenigstens diejenigen, welche sich dem v. Romberg auf Gladenhorst anschlossen, hatten bereits seit dem 4. Mai mit den Cleveschen sich verständigt, s. Verzeichniß von 1684.

2) „Die Verbitterung gegen die Religionsverwandten ist so groß, daß da das Werk sollte übel ausschlagen, ein grausames Blutbad entstehen sollte, daher sind die Leute in großer Furcht und Angst". Anonymes Schreiben an Graf Moritz 21. Juni.

still liege". Tags nach des Kurfürsten Ankunft stellte die englische Gesandtschaft ihr Ultimatum: in acht Tagen müsse entweder die Vereinigung beider Republiken angenommen sein oder sie würde abreisen.[1])

Der Kurfürst seiner Seits zeigte recht geflissentlich, daß er als Freund zu Freunden komme. Er ließ die vornehmsten Herren der Regierung begrüßen, ihnen die Lage der Dinge darlegen, sie aufmerksam machen, daß des Pfalzgrafen Sohn in Brüssel sei, spanische Hilfe zu fordern, daß die Republik England und die Krone Spanien in höchst bedrohlichem Einverständniß seien. Das Memorial, das er dann überreichen ließ, wiederholte nur jenen Antrag auf eine Bedeckung für seine Person in dem Bereich des clevischen Landes, eine Forderung, die, wenn einmal die Staaten dort das Besatzungsrecht hatten, sich so gut wie von selbst zu verstehen schien.

Die entscheidende Frage drängte sich in dem Gegensatz des englischen Ultimats und dessen, was der Kurfürst beantragte, zusammen. „Viele Gemüther, schreibt man nach Düsseldorf, gelten dafür, seinem Wunsche geneigt zu sein." Die Staaten von Geldern empfahlen die Alliance mit Brandenburg; Gröningen und Friesland hatten eben jetzt an die Princessin Hoheit gesandt, die Werbung ihres Statthalters zu unterstützen; und nach des Kurfürsten Rath gab sie ihr Jawort. Das Haus Nassau, an dem das Herz des Volkes von Niederland hing, für immer abzuthun gleich dem der Stuarts, war der ausgesprochene Zweck des englischen Antrages; ihn durchzusetzen war jenes drohende Ultimatum gestellt, das jedes patriotische Gefühl empören mußte.

---

1) „Daß man sich innerhalb acht Tagen categorice über die mit demselben einzugehende Allianz erklären soll; wo nicht, daß sie dann ohne Verzug ihre Rückreise nehmen wollen und müssen." Aus dem schon erwähnten Bericht aus dem Haag an den Pfalzgrafen d. d. 27. Juni. Wahrscheinlich ist dieser Bericht von dem pfälzischen Residenten Kuylenburg, demselben, dessen „Bestechungen vieler vornehmer Glieder dieser Regierung" noch vor Ablauf des Jahres entdeckt und Anlaß schwerer Processe gegen diese und ihn selbst wurden; Copes Berichte aus dem Haag vom 10. Oct. 1651, 5. Feb. 1652. Sommelsdyck Brief vom 6. Feb. 1652 bei Groen van Prinsterer II. 5. p. 64.

Aber statt in Antwort darauf der Gesandtschaft sofort Valet zu geben, wurde die Sache, so groß war der Einfluß der Herren von Holland, nur noch ernstlicher erwogen; „Holland und Seeland, so hieß es, werden zur Erhaltung und Befreiung ihrer Commercien wohl abschließen, im Nothfall absonderlich." Also ein Abschluß ohne die Union und trotz ihrer.

Daneben gingen die fortgesetzten Verhöre über das Attentat auf Amsterdam; Tag für Tag beschäftigten sie das Publicum, erinnerten es an die Gefahren der „Tyrannei". Und in den Differenzen über die oranische Vormundschaft fanden die Anwälte der Princeß Royal Gelegenheit auch den Kurfürsten so darzustellen, als ob er der Freiheit und dem Gesetz mit Willkür und Gewalt entgegenzutreten für fürstlich halte.[1]) Zugleich wurde Graf Moritz vorgeladen, um sich wegen jener funfzig Mann zu verantworten; es wurde den Herren von Styrum, Bylandt, Spaen, anderen Officieren aus Cleve und Mark, die Patente vom Kurfürsten angenommen, die Beurlaubung aus dem staatischen Dienst geweigert. Die schließliche Antwort auf den kurfürstlichen Antrag war: ohne ausdrückliche Bewilligung aller conföderirten Provinzen könne auf denselben nicht beschlossen und es müßten dieselben zu diesem Zweck erst „beschrieben" werden.

In ähnlicher Weise, nur in rücksichtsvolleren Formen ausweichend, vertagte man die Verhandlung mit England; es war wohl ein Compromiß zwischen Holland und den andern Provinzen, daß man nach beiden Seiten hin unter solcher Form versagte; „die moderaten Consilien" blieben oben auf; „man will hier, daß alles in Ruhe und Frieden bleiben soll".

Am 29. Juni reiste der Kurfürst ab, Tags drauf der englische

---

1) buyten fatsoen ordre ende redenen, naer sine phantasie. Die Edel Großmögenden tadeln gewisse Aeußerungen, soodanige manieren van doen als na de constitutie van desen staet nit lijdelijck waren, improberende. Aitzema VII. p. 343.

Gesandte; dieser, indem er die glänzenden Geschenke, die ihm von Seiten der Staaten gesandt wurden, wieder zurück schickte; der Kurfürst sich mit bestem Dank verabschiedend, als wenn er von dem Eifer der Herren Staaten für sein Interesse durchaus befriedigt sei und die angebotene Mediation, die ja ihnen als Garanten zukomme, gern annehme, wenn der Pfalzgraf sie bestimmt und ohne Vorbehalt angenommen haben werde, wie nach der Versicherung der Herren im Haag ja schon geschehen sei.

Es mußte sich zeigen, ob dem so sei. Der Kurfürst rechnete auf einen anderen Verlauf der Dinge.

Der zweite Plan.

Daß man am Hofe zu Düsseldorf höchst alarmirt war, daß man den geschehenen Angriff ein Attentat gegen den Reichsfrieden, gegen die allerheiligste Religion u. s. w.,[1]) ein himmelschreiendes Unrecht, das dem friedfertigsten aller Fürsten im Reich angethan sei, nannte, lag in der Natur der Sache. Der Erbprinz war sofort nach Brüssel geeilt, den Erzherzog Statthalter, den Herzog von Lothringen um Hülfe zu bitten;[2]) Graf Johann von Nassau Siegen, der katholisch geworden war, erbot sich zu jeder Hülfe; Landgraf Ernst zu Rheinfeld, der im Begriff war es zu werden, eilte selbst nach Düsseldorf. Im Reich nah und fern war große Aufregung, und kaum an irgend einem Hofe fand man des Kurfürsten Verfahren auch nur entschuldbar. In Wien arbeiteten die Grafen Fürstenberg, mit deren Schwester der alte Pfalzgraf sich jüngst

1) affin che la causa della nostra religione sia difesa contro de suoi nemici Schreiben des Pfalzgrafen an den Papst, das der Ritter Promontorio überbringen sollte, 28. Aug. 1651.

2) Dort kam er am 10/20. Juni an; „da wir aber selbst unser Volk von Nöthen und man darüber dem Ansehn nach allererst nach Spanien schreiben muß, so wird der gute Prinz wenig Trost bei uns finden". Schreiben des sächsischen Agenten Molzer vom 24. Juni 1651. (Dresdn. Arch.)

vermählt hatte; und wer in Wien hätte jene Vorgänge nicht entsetzlich finden sollen? man erging sich bei Hofe in den heftigsten Ausdrücken;[1]) man sprach davon, des Reiches Acht über den Kürfürsten zu verhängen.[2])

Aber „an den höchsten Orten haßt jeder den Krieg", meldet Blumenthal gleich nach seiner Ankunft. Der Kaiser war früh gealtert, kränkelte, und noch hatte er seinem Sohn die deutsche Königswahl nicht gewonnen; seine Mittel waren durch die langen Kriege völlig und auf lange hinaus erschöpft; die furchtbaren Maaßregeln zur Ausrottung der Ketzerei hatten in den Kron- und Erblanden einen Zustand hervorgebracht, in dem der bloße Namen eines Religionskrieges alles in Frage gestellt hätte. Man glaubte zu sehen, und Blumenthal verstand vortrefflich diese Furcht zu nähren, daß die Staaten, Schweden, wohl gar die evangelischen Fürsten im Reich, Kurpfalz und Hessen gewiß, mit im Verständniß seien. Den Versicherungen des schwedischen Gesandten, daß sein Hof jenen Dingen völlig fremd sei, glaubte man nicht; und daß er hinzufügte, der Kurfürst habe sich mit Polen verbunden, um demnächst Schweden anzugreifen, machte seine Betheuerungen noch verdächtiger. Es schien nur ein weiteres Zeichen umfassender Verabredungen, daß eben jetzt Kurpfalz die endliche Rückgabe von Frankenthal forderte; man antwortete, daß von dem Abzuge der spanischen Besatzung nicht die Rede sein könne, so lange nicht der Friede am Unterrhein hergestellt sei. Aber zugleich gab man Blumenthal die besten Versicherungen von der Friedensliebe des Kaisers; man gestand ihm auch wohl, daß der Pfalzgraf nicht ganz ohne Schuld sei. Man wies den Antrag Fürstenbergs zurück, die für Spanien geworbenen 4000 Mann dem Pfalzgrafen zu überlassen; der spanische Gesandte selbst hatte dringend abgerathen. Es war deutlich, daß der Kaiser

1) Blumenthal 12/2. Juli. „Hier ist groß Feuer und jeder will dreinschlagen."

2) per haver contro le leggi Imp. fatto legha con altri principi incominciato la guerra e senza niuna ragione una causa civile fatto criminale. Schreiben aus Wien an den Hof zu Warschau, 10. Juli 1651. (Düsseld. Arch.)

alles zu vermeiden wünsche, was „Größere mit hineinziehen könne"; selbst das bereits am 3. Juli vorgelegte Abmahnungsschreiben an den Kurfürsten ließ er noch unvollzogen; der Kaiser persönlich sprach es aus, daß er den Frieden wolle, daß er Commissarien zur Ausgleichung zu schicken beabsichtige.[1])

Auch die größeren katholischen Fürsten am Rhein, Cöln, Mainz waren nicht eben geneigt, sich in einen Handel einzulassen, hinter dem, so meinten sie, Schweden, Frankreich, Holland stehe; sie mahnten zum Frieden. Auch der Erzherzog Statthalter, dem Friedrich Wilhelm vom Haag aus Erklärungen gleich den in Wien vorgebrachten geschickt hatte, sandte einen seiner Officiere, zur Einstellung der Feindseligkeiten zu rathen und seine Vermittlung anzubieten. Und der Lothringer erwiderte des Kurfürsten Mittheilung mit der Zusendung eines Rathes, der unter dem Erbieten zu vermitteln sich die Lage der Dinge ansehn sollte.[2])

Vor Allem auf den Lothringer hatte man in Düsseldorf gerechnet; natürlich hatte er auch dort sich zu allem erboten, was man wünschen mochte. Dem länderlosen Herrn kam es nur darauf an, sein Volk dort auf dem Kampfplatz zu haben und ein Stück Land für sich zu gewinnen.[3]) Schon zog ein Theil seiner Regimenter die Mosel hinab; er ließ dem

---

1) Blumenthals Schreiben 5. Juli in Chiffern: der Kaiser werde nichts weiter thun, als was er „mit Befehlichen und wörtlichen Bedrohungen und Abmahnungen als summus judex juxta stylum consuetum thun muß, aber jedermann, groß und klein, besonders der Kaiser sehen gern und verlangen, daß S. Ch. D. sich bald vergleiche und inzwischen still liege".

2) Schreiben des Kurfürsten 18. Juni. ... je vous prie, qu'il vous plaise ne vous en mesler pas ni faire aucune assistance au dict duc, mais faire plustost en sorte que les susdicts differents soyent vuidés entre nous deux en particulier. Der Herzog sendet am 23. Juni aus Brüssel seinen Rath Rousselot, der am 1. Juli Audienz beim Kurfürsten hat. Vom Erzherzog kam Freiherr v. Ribeaucourt, Gouverneur von spanisch Geldern, der dem Kurfürsten bekannt und ergeben war.

3) Der kursächsische Agent in Brüssel Molzer schreibt 24. Juni: „Das heißt den Bock zum Gärtner gesetzt; denn seine Soldaten verschonen weder geist- noch weltliches; und die Hülfe wird eine theure Hülfe sein, indem er genugsam Versicherung auf Städte und Schlösser begehren und die in Ermangelung des versprochenen recompens incorporiren wird". (Dresd. Arch.)

Kurfürsten sagen: wenn es S. Kurf. Durchl. Wille sei, sich an des Pfalzgrafen Ländern zu erhohlen, so werde er ihm gern dazu helfen und zu dem Ende Assistenz leisten.

In dem Rath des Kurfürsten fehlte es nicht an solchen, die der Meinung waren, man müsse diese Hülfe annehmen, man müsse, da man einmal das Spiel angefangen, alle Mittel benutzen es zu gewinnen. [1])

Es wäre die Politik eines Abentheurers gewesen; am wenigsten zu dem eigentlichen Ziel, das der Kurfürst verfolgte, hätte sie geführt. Noch gab es andere Wege. Zur Offensive hatte er die Staaten nicht mit sich reißen können; vielleicht, daß es mit der Defensive gelang, sie ins Spiel zu ziehen.

Er hatte auf Anlaß der staatischen Mediation, auf die Zusicherung, daß der Pfalzgraf sie annehme, seine militärischen Bewegungen eingestellt. Erst am 10. Juli kamen die Committirten der Staaten nach Cleve; sie mußten bekennen, daß der Pfalzgraf keineswegs unbedingt ihre Vermittlung angenommen habe. Sie eilten nach Düsseldorf. Schon durch eigene Werbungen stark und in Zuversicht auf die schon heranziehenden Lothringer war der Pfalzgraf nur um so widerstrebender, sprach von schon erlassenen kaiserlichen Mandaten, forderte, daß, wenn unterhandelt werden sollte, auch das katholische Spanien, die katholischen Kurfürsten an der Mediation Theil nehmen müßten, daß überhaupt dieselbe erst eintreten dürfe, wenn die brandenburgischen Truppen aus Jülich und Berg durchaus zurückgezogen seien. Vergebens wurde von den Herren aus dem Haag auf besseren Bescheid, auf entschiedenes Ja oder Nein gedrungen; man hielt sie mit allen möglichen Aufmerksamkeiten hin, um für die Ankunft der Lothringer Zeit zu gewinnen.

Das Heranziehen dieser fremden Kriegsvölker gab dem Kurfürsten den Vorwand, seine Truppen von Neuem vorgehen zu lassen. Am 17. Juli wurde Angermünd genommen, am 19. Rattingen; dann Haus Horst,

---

1) car il ne faut pas faire une follie à demy (Wortman). Sollte nicht Waldeck so gerathen haben?

schon südlich von Düsseldorf. Die noch vor Brügge liegenden Truppen brachen auf vorzudringen, besetzten die festen Häuser Horst und Forst.[1]) Zugleich ließ Graf Moritz seines Neffen Feste Siegen angreifen.[2]) Der Kurfürst übertrug dem General Otto v. Sparr das Commando der ganzen Armee.[3])

Auf erneutes dringenderes Ansuchen der staatischen Committirten erklärte er sich bereit, die Mediation seiner Seits anzunehmen „im Vertrauen", daß die Staaten sein Interesse und das der Evangelischen in Jülich und Berg zu vertreten wissen würden.

Er konnte voraussehen, welchen Lärm sein erneutes Vorgehen in Wien machen werde. Es schien zweckmäßig, die Besorgniß dort noch zu steigern. Er schrieb am 15. Juli an Blumenthal, er solle des Kaisers Gunst in aller Weise zu gewinnen suchen, er selbst wolle gern den Frieden und werde sich mit dem Fürstenthume Berg begnügen; „wir wollen allhier die bleiernen Kugeln brauchen, braucht ihr die goldenen." Er rechnete darauf, daß man in Wien diesen Brief so gut wie die früheren auffangen und öffnen werde.

Zugleich mußte Graf Moritz nach dem Haag melden, daß der Kurfürst sich in Cleve nicht mehr sicher halte, sondern nach Wesel gehen werde, wo er seinen eigenen Truppen näher sei, und daß er, Graf Moritz, im Begriff stehe mit Aufträgen nach Brüssel zu gehen. Die Herren von Holland hatten kurz vorher nach Wien die dringende Bitte gesandt, der Kaiser möge gegen Brandenburg in aller Strenge nach der Kreisordnung einschreiten, es sei das einzige Mittel, das Reich vor großen Unruhen

1) Im Theatr. Eur. VII. p. 23 heißt es: „die beiden festen Häuser Horst und Forst im Jülich'schen erobert, Hattingen occupirt." Hattingen ist wohl ein Druckfehler für Rattingen; die Besetzung von Haus Horst (Schenkenhorst) zwischen Düsseldorf und Solingen, erhellt aus einem Briefe s. d. des v. d. Recke für seine Mündel, die Besitzer des Ortes.

2) Dieß ergiebt sich aus Blumenthals Schreiben vom 26. Juli; man ist in Wien besonders über Graf Moritz empört, der „als einer der kleinsten wie sie sagen propria authoritate mit Vorbeigehn S. Kf. M." sich das erlaube.

3) Die Ernennung als „Generalfeldzeugmeister und capo bei gegenwärtiger vorhabender Expedition" ist d. d. Wesel 9. Juli 1651.

zu bewahren. Jetzt vernahm man im Haag mit Bestürzung, was Graf Moritz meldete; die Einen fürchteten nichts Geringeres, als daß der Kurfürst mit Schweden, mit Frankreich im Verständniß sei, die Andern, daß er sich rasch, vielleicht unter Beistand des Erzherzogs mit dem Pfalzgrafen verständigen, dann sich auf Cleve werfen, die staatischen Besatzungen dort austreiben werde. [1]) Man schickte schleunigst Verstärkungen den Rhein hinauf, besonders nach Wesel, befahl dem Commandanten die höchste Vorsicht, namentlich gegen fremde Officiere und Soldaten, die sich etwa verkleidet einschleichen möchten; man schickte sich an, ein fliegendes Lager auf den Rhein zu legen.

Schon war noch ein anderes Mittel in Bewegung gesetzt. Was sollte aus der Herren Stände Libertät werden, der Heeresmacht des Kurfürsten gegenüber? drohte ihr nicht sichtlich ein Attentat nach dem Muster des amsterdamer Vorgangs vom vorigen Jahr? Am 14. Juli hielten die Stände der vier unirten Landschaften in Wesel eine Zusammenkunft; sie beschlossen eine Erklärung und veröffentlichten sie des Inhalts: „ihre gnädigsten Landesherren hätten sich unterstanden ein großes Kriegsvolk zu armiren, ohne der Landstände Vorbewußt, Consenz und Bewilligung"; sie wiesen die Eingesessenen des Landes, namentlich alle Drosten, Richter, Rentmeister, alle Gebot und Verbot habenden Bedienten an, sich „zur Gravirung der Unterthanen" nicht gebrauchen zu lassen; sie ermächtigten zur Weigerung der Contribution und zur Wiederforderung des Erpreßten. Also Acte förmlicher ständischer Souveränität. Zugleich forderten sie die Staaten auf zum Schutz der Lande nach der übernommenen Garantie einzuschreiten. [2])

Sofort ließ der Kurfürst mehrere dieser Herren Stände, die als

---

1) Die staatischen Besatzungen im Clevischen betrugen zusammen 56 Compagnien, also wohl 4—5000 Mann; Herstelde Leeuw p. 501.

2) Die Aufforderung an die Staaten nach dem Protocoll und die in Beziehung darauf an Aitzema geschickte Instruction vom 21. Juli giebt das mehrerwähnte Verzeichniß von 1684.

Amtleute und Drosten in seiner Pflicht waren, festnehmen; andere flüchteten, unter ihnen der Freiherr Wylich von Winnenthal, der Präsident des clevischen Gerichtes, unter den schlimmen der schlimmste. Nicht alle Stände billigten ihr Verfahren; vierzehn Herren von Adel, auch einige clevische darunter, erließen einen Protest gegen jenes Placat vom 14. Juli, als dem Kurfürsten „verkleinerlich und schimpflich." 1)

Am 21. Juli standen die Lothringischen Völker unter Feldmarschall de Fauge noch bei Andernach. Es waren kaum 2000 Mann; 2) mit den Truppen, die der Pfalzgraf, sein Schwager Fürstenberg, Landgraf Ernst geworben, mochte die ganze Heeresmacht, die dem Kurfürsten gegenüberstand, der seinigen gleich sein. Vorerst hatte er sie nicht zu fürchten, vielmehr man fürchtete ihn; man war auf das Aeußerste besorgt, daß er auch die Beienburg nehmen werde, den Paß an der märkischen Grenze, der das Wupperthal beherrschte. 3)

Da überraschte er den Pfalzgrafen mit einem eigenthümlichen Schreiben; es werde ihm, schrieb er, fremd vorkommen, daß er es thue; er forderte ihn zu einer persönlichen Zusammenkunft auf, um ihn, wie er hoffe, zu überzeugen, daß seine Intention „ungeachtet der Vortheile, die er durch göttliche Verleihung und durch seine Waffen erhalten habe und in Kurzem weiter erlangen könne, nur auf die allgemeine Ruhe und des Pfalzgrafen eigenes Beste gerichtet sei. 4)

---

1) Dieser Protest ist vom 27. Juli; die Festgenommenen sind die kurfürstlichen Amtmänner zu Altena und zum Hamm, der v. Neuhoff und v. d. Mark. Die Stände intercediren zu ihren Gunsten und sie werden gegen Revers freigelassen.

2) Nach dem Bericht eines Corporals, der in Neuß die Truppen vorüberziehen sah: 45 Compagnien Reiter zu höchstens 25, 20 ja 15 Mann, 2 Regimenter Fußvolk „die über 600 Mann nicht gewesen". So meldet van Juchen (wohl ein Officier der staatischen Besatzung) dem Kurfürsten, Wesel 27. Juli Abends.

3) Nach demselben Bericht: eben diese Besorgniß sei der Anlaß gewesen, die Lothringer über den Rhein zu bescheiden.

4) Das Theatrum Europ. hat nur das kurfürstliche Schreiben, wie es scheint, nach einer holländischen Uebersetzung; das des Pfalzgrafen vom 27. Juli fügt Aitzema hinzu mit dem Bemerken, beide seien sie vom Pfalzgrafen veröffentlicht; daß eine Antwort des Kurfürsten vom 30. Juli nicht mit veröffentlicht ist, scheint den Beweis zu geben, daß sie nur concipirt, nicht an ihre Adresse geschickt ist.

Er konnte voraussehen, daß der Pfalzgraf auf die Lothringer hoffend seinen Antrag zurückweisen werde. Es geschah, und zwar in so schroffer Form, wie nach dem, was vorausgegangen, begreiflich war. Warum also hatte der Kurfürst das Erbieten gemacht?

Wechsel der Basis.

Seine ursprüngliche Combination war mißlungen. Er war zum zweiten Mal im Haag gewesen,[1]) in aller Stille, nicht um zu unterhandeln, sondern zu beobachten. Er mochte gehofft haben, daß das Einrücken der Lothringer in die Erbschaftslande auf die Herren im Haag Eindruck machen werde; er sah vielmehr, daß sie völlig gleichgültig blieben, daß unter allen Gesandtschaften keine mehr Ansehn hatte als die spanische.

Und wie stumpf war die Mediation der staatischen Committirten gewesen. Freilich war man im Haag eifersüchtig darauf, daß jede Mitwirkung andrer Mächte ausgeschlossen blieb; aber es zeigte sich, daß die Staaten nur darum die schützende Hand über die Erbschaftslande halten wollten, damit ihnen der Vorwand blieb, die Festungen im Clevischen als Barierre zu behalten, daß sie nur darum das Recht ihrer Garantie geltend machten, damit dieser höchst abnorme Zustand trotz Kaiser und Reich erhalten werde.

Unter dem Schutz der Staaten war 1609 der provisorische Zustand hier gegründet worden, der noch bestand; seit der Pfalzgraf Convertit geworden, hatte Brandenburg nur um so mehr seinen Rückhalt gegen die spanisch-katholische Uebermacht im Haag suchen müssen. Seit dem Tode des Prinzen Statthalter war die staatische Politik von Grund aus ver-

---

1) sonder besocht ofte eenige conferentie van Staet ofte ceremonie, sagt Aitzema, der den Besuch am 23. Juli enden läßt; die Angabe Wortmans, daß der Kurfürst vom 3. bis 12. Juli im Haag gewesen, ist unrichtig; ein Handschreiben an den Erzherzog Statthalter vom 11. Juli ist aus Cleve datirt.

ändert; der Versuch, sie auf ihre alten Bahnen zurückzuführen, war gescheitert; die alten Garantieverträge wurden eine Gefahr für das brandenburgische Interesse. Der Kurfürst mußte eine andre Basirung suchen.

Aber er mußte höchst behutsam verfahren; es durfte auch nicht den Schein haben, als ob er seine Verpflichtungen gegen die Staaten, die der Staaten gegen ihn nicht im vollsten Maaße für geltend erachte.

Nicht minder groß als im Haag, das wußte er, war das Friedensbedürfniß am Kaiserhofe. Er hatte dort fürchten lassen, daß der begonnene Hader zu einem allgemeinen Kriege ausschlagen könne, aber immer von Neuem versichert, daß er ihn nicht dazu werden zu lassen wünsche, daß er nur für das Künftige Sicherheit und eine genügende Satisfaction wolle. Jetzt hatte der Pfalzgraf fremdes Kriegsvolk ins Reich gerufen, jetzt hatte er die zum Frieden gebotene Hand zurückgewiesen; wenn jetzt die Kriegsflamme weiter griff, wenn das gefürchtete incendium generale folgte, so war der Pfalzgraf und nur er Schuld daran.

Allerdings hatte das erneute Vorgehen der brandenburgischen Truppen, Nassaus Angriff, die Hindeutung auf das Fürstenthum Berg in Wien die größte Aufregung hervorgebracht; „das heiße das Faustrecht wieder einführen und die kaiserliche Autorität für nichts ansehn." Der alte Johann de Werth erbot sich, 4000 Mann Reuter zu werben; von Cassel, von Braunschweig lief die Versicherung ein, daß man dem Handel völlig fremd sei; es zeigte sich, daß die gefürchteten großen Verbindungen des Kurfürsten gar nicht vorhanden seien, daß er vielleicht ganz isolirt stehe; nur um so empörter war man über den Gewaltact; schon klagte auch Sachsen als Kreisoberster, daß der Kurfürst „die verwilligten 100 Römermonate difficultire"; ob er sich denn „ganz dem Reich entziehen wolle?" In Blumenthals Gegenwart sprach man davon, daß man mit Kurbrandenburg verfahren müsse wie einst mit Kurpfalz, und wenn man einen Evangelischen an die Stelle bringe, werde alle Welt damit zufrie-

den sein.[1]) Der schwedische Hof erbot sich, die Execution zu übernehmen.[2]) Noch wies der Kaiser äußerste Maaßregeln zurück; aber, so war Blumenthals Meinung, „er wird endlich auf Andrängen der Katholischen nachgeben müssen“.

Der Kurfürst ließ die Gefahr ganz dicht an sich heran kommen. Er mußte den Moment erwarten, wo es ihm Dank einbrachte, wenn er der kaiserlichen Mahnung Folge leistete und damit das von den Staaten so eifersüchtig gehütete Privilegium, allein in den Erbschaftslanden mitzusprechen, beseitigte.

Aber zugleich hatte er, wenn er so verfuhr, eine andere Gefahr zu meiden. In Wien war natürlich die größte Neigung, diesen ganzen Handel reichsrechtlich zu behandeln; und in der That bot er die schönste Gelegenheit, Competenzen, die mit den Verträgen von 1648 abgethan waren, wieder zur Geltung zu bringen. Mit der Ernennung der kaiserlichen Commissarien, mit den wiederholten kaiserlichen Mandaten auf des Pfalzgrafen Antrag war der Weg dazu geöffnet; immer wieder kam man in Wien auf diese schon angeordnete Form zurück, wenn schon der Kurfürst sie von Anfang an nicht anerkannt hatte.

Es war ein kecker Schachzug, daß er die Intercession kaiserlicher Commissarien in den pommerschen Verhandlungen forderte, während er gegen den Neuburger, trotz der schon ernannten Commissarien, in Waffen stand. Wenn er der Hülfe von Kaiser und Reich, da wo sie ihm nöthig genug war, entbehren und selbst für sich sorgen mußte, so durfte sie nicht an einer andern Stelle, wo sie ihm entbehrlich war, als durch die Reichsordnung geboten, eintreten wollen, zumal in einem Handel, der aus noch

---

1) Diese merkwürdige Aeußerung findet sich in Blumenthals Brief vom 9/19. Juli; wie denn überhaupt aus diesen Briefen die hier mitgetheilten Notizen sind; zum Theil finden sie sich in den Auszügen bei v. Mörner, p. 282 ff.

2) Der Kaiser sagte in Betreff der schwedischen Execution: „behüthe Gott, diese Execution wäre uns sowohl als dem Herrn Kurfürsten viel zu gefährlich“. Blumenthals Schreiben 5. Aug.

viel willkürlicherer Deutung der Verträge von 1648 erwachsen war als der Grenzstreit in Pommern. Wenn er sich von der Politik der Staaten loszulösen begann, wie hätte er sich der noch viel verworrneren und zweideutigeren des officiellen Römischen Reichs unterordnen, wie sich den völlig controversen Reichsordnungen unterwerfen sollen, die durch den Frieden von 1648 antiquirt waren und erst von Neuem verfaßt werden sollten?

Nach diesen Gesichtspunkten hatte Blumenthal in Wien zu verfahren; immer von Neuem drang er darauf, „seinem gnädigsten Herrn nicht mit mandatis vor den Kopf zu stoßen". Nicht als Reichsoberhaupt, sondern als befreundete Macht mußte sich der Kaiser zu Brandenburg verhalten wollen; erst dann war es möglich, dem Rathe des wiener Hofes Folge zu geben, seine Vermittelung anzunehmen.

Es kam darauf an, ob es möglich sein werde, in so verwickelten und rasch weitertreibenden Verhältnissen ein so fein combinirtes System durchzuführen.

Zunächst ließen sich die Dinge in Wien übel an. Man bestürmte den Kaiser, endlich einzuschreiten; mehrere Stände des westphälischen Kreises riefen seinen Schutz an; angesehene „Kriegspersonen" ermahnten zur Eile, so lange es noch möglich sei, die aufgehende Feuersbrunst eines allgemeinen Krieges zu dämpfen. Den aufregendsten Eindruck machte die Klage, welche die clevischen Stände, fast alle evangelischer Confession, nach Wien schickten, und ihre beigefügte Erklärung, daß sie in Folge dieses Kriegszustandes sich ihrer Dependenz frei und ledig erachteten, daß sie, von Kaiser und Reich ungeschützt, sich unter andere Protection begeben würden. Sie lagen den Staaten nah und bequem; unzweifelhaft, daß sie dort willkommene Aufnahme finden würden. Bedurfte es weiteren Beweises, daß es höchste Zeit sei, einzuschreiten?

Der Kaiser widerstand nicht länger; er beauftragte Graf Hatzfeld an den Rhein zu gehn, um Frieden zu schaffen; er gab ihm Vollmacht, im Nothfall Volk zu werben und mit den vornehmsten Ständen der

Nachbarschaft zu communiciren, wie die Sache nach Inhalt der Kreisordnung zu erledigen sei. Ein officielles Schreiben (5. Aug.) sprach von der schuldigen Parition, deren der Kaiser nochmals gewärtig sei, von Herstellung in den früheren Stand und daß in puncto religionis der Kurfürst sich der kaiserlichen Commission gebührend zu unterwerfen habe.

Aber unter der Hand wurde Blumenthal von Hatzfeld selbst über den Zweck dieser Sendung unterrichtet und daß er Weisung habe, dieselbe nichts weniger als zu beschleunigen, damit der Kurfürst seine Entschlüsse fassen könne; und wenn derselbe vorher, seiner Ehre unbeschadet, Frieden mache, so wäre es „ein gewünschtes Werk"; der Kurfürst werde gut thun, wenn er dem Kaiser melden wolle, daß es „aus untherthänigstem Respect gegen Kais. Maj." geschehen sei.

Als wenige Tage drauf ein Handschreiben des Kurfürsten an den Kaiser (vom 5. Aug.) einlief, daß er „Kais. Maj. zu unterthänigster Ehre bereit sei, die Sache in Güte beilegen zu lassen", war man am kaiserlichen Hofe aufs höchste befriedigt. „Keine Sache in der Welt, schreibt Blumenthal am 19. Aug. in höchster Freude, hätte jetzt mehr und besser à propos kommen können."

Die Freude währte nicht lange. Sein nächstes Schreiben, zwei Tage später, zeigt, wie sich plötzlich alles verändert hat, wie höchst bedrohlich die politische Lage geworden ist. Er mahnt zum schleunigsten Abschluß; es liegt alles daran, daß man des Lothringers los werde; man wird ihm von Wien aus schreiben, sein Volk zurückzuführen, aber es ist mehr als zweifelhaft, ob er folgen wird; die Spanier werden sich einmischen, und sie sind sicher, darüber nicht zum Bruch mit Holland zu kommen; sie werden den Handel am Rhein so lange fortsetzen, als sie im Kriege mit Frankreich sind; sie werden sagen, der Herzog von Lothringen sei dort aus eignem Antrieb, in eigenem Interesse, da er selbst Ansprüche auf Cleve und Mark habe. Blumenthal hat harte Worte mit dem spanischen Gesandten gewechselt: das habe sein Herr nicht um Spanien verdient, daß man drei Regimenter Spanier mit gegen ihn ins Feld

sende. Der Gesandte hat das zwar höchlich in Abrede gestellt, aber doch gesagt, der König könne den Herzog, dem er durch Tractate verpflichtet sei, nicht verlassen.

Also die spanische Politik war mit eingetreten. Das lothringische Kriegsvolk war ihr vorgeschobener Posten, und sie war sicher, daß man vom Haag aus sie nicht hindern werde. Jene gefürchtete spanisch-katholische Combination, der der Kurfürst mit seinem dreisten Vorgehn im Juni hatte zuvorkommen wollen, war nun in Folge eben dieses Vorgehens zu Stande gekommen und in voller Action; die Politik der Staaten, die er nicht mit sich zu reißen vermocht hatte, gab den Gegnern die Zuversicht des Gelingens.

Der drohende Angriff.

Es ist nicht mehr zu ergründen, welche Umstände den Hof zu Madrid oder den Erzherzog Statthalter bestimmten, Parthei zu nehmen. Der Wechsel trat ein, nachdem der Lothringer den Rhein überschritten hatte, während Graf Moritz in Brüssel war.[1])

Die lothringischen Völker waren am 25. Juli über den Rhein gegangen, vereinten sich mit dem pfalzgräflichen Feldmarschall v. Reuschenberg. Am 30. streiften ihre Reiter gegen Rattingen, sie wurden zurückgetrieben; am 5. Aug. wiederholten sie den Versuch, auch da zogen sie sich nach einem kurzen Gefecht wieder zurück.

Aber fort und fort verstärkte sich die Heeresmacht in und um Düsseldorf; auch cölnisches, triersches Volk zog zu.[2]) Auf die erneuten drin-

1) Ueber die Sendung des Grafen Moritz liegt mir nur die Instruction vor (Wesel den . . . Juli 1651), mit unausgefülltem Datum, er empfing sie am 29. Juli; namentlich sollte er versichern, daß „im Allergeringsten nicht die Krone Spanien und die Herren Staaten in diesen Krieg einzuflechten des Kurfürsten Absicht sei".

2) Nach Angaben von Sparr und dem Kriegscommissar Paul Ludwig und einem Schreiben des Obersten Franz Bodelschwingh, Hamm 7. Aug. Sie geben die Stärke des Feindes auf 8000 Mann an.

genden Mahnungen der staatischen Committirten, auf ihren Vorschlag in Essen zur Verhandlung zusammenzukommen, antwortete der Pfalzgraf mit der Gegenforderung, daß man Neuß oder Cöln wählen möge, damit die zahlreichen Gesandtschaften, die eintreffen würden, von Bayern, Mainz, Cöln, dem Erzherzog Statthalter, die kaiserlichen Commissarien ein angemessenes Unterkommen „und einen guten Trunk Wein" finden könnten. Das hieß die staatische Mediation zur Seite schieben und die Zeit hinziehen, um immer weitere Verstärkungen anrücken zu lassen. Vor allen der Erbprinz schürte und trieb zum Aeußersten; er hatte keinen andern Gedanken als die Kirche zu retten und den Kurfürsten „abzustrafen".

Zum dritten Mal war der Kurfürst im Haag. Eben jetzt vollendete der Abschluß des neuen Verfassungswerkes und die gleichzeitig erlassene Amnestie wegen des Attentats auf Amsterdam den Sieg der „moderaten Consilien". Der letzte Rest einer Hoffnung schwand damit dem Kurfürsten.

Wie ernst ihm seine Lage erschien, zeigte sich darin, daß er in diesen Tagen seinen Residenten in Stockholm anwies, die im vorigen Herbst von Schweden gewünschte Allianz seiner Seits in Anregung zu bringen, daß er durch seinen Gesandten auf dem Congreß zu Lübeck den schwedischen und französischen Gesandten in gleichem Sinn Eröffnungen machen ließ.[1]) Er mochte auf Erfolg hoffen, da die rasch schwellende Bewegung, die ihre Spitze jetzt gegen ihn wandte, zugleich eine entschieden katholische und antifranzösische war. Zugleich entschloß er sich, die staatische Mediation „einfach und ohne Bedingung" anzunehmen.[2]) Dann stand er,

1) Dieß Memorial hat Schlezer in Stockholm am Sonntag den 20. Aug. dem Kanzler vorgetragen. Schlezers Bericht 26/16. Aug. Wie Philipp von Horn in Lübeck mit Adler Salvius über die Allianz verhandelt, erzählt Chanut. Mém. II. p. 266.

2) Diese Erklärung hat Aitzema VII. 572; sie datirt Cleve 9. Aug., wohl am Tage der Rückkehr des Kurfürsten aus dem Haag.

wenn es zum Verhandeln kam, doch nicht völlig isolirt den katholischen Helfern des Pfalzgrafen gegenüber.

Aber noch schien ein Weg möglich, den Dingen eine andere Wendung zu geben.

Die beiden Gefechte bei Rattingen hatten dem Pfalzgrafen zeigen können, daß er mit seiner großen Kriegsrüstung keineswegs ohne Weiteres das brandenburgische Heer niederrennen könne. Und einstweilen mußte sein bergisches Land diese Tausende, Freund und Feind, erhalten; so gern die Herren in Düsseldorf ihr Volk ins Märkische hätten einbrechen, dort den Krieg sich einnisten lassen,[1]) es war unmöglich, so lange das Bergische bis Rattingen, ja bis Haus Horst hinauf in Feindes Hand war.

Der Kurfürst wußte, daß die kaiserlichen Commissarien kommen würden, daß man in Wien nichts mehr wünsche als Beilegung des Streits vor ihrer Ankunft. Für ihn war es das Wichtigste, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Und noch war er militärisch in solcher Lage, daß er sich nichts vergab, wenn er dem alten Herrn in Düsseldorf zum zweiten Mal die Hand der Versöhnung bot. Er betraute Graf Waldeck mit dieser Sendung.

Am Morgen des 12. Aug. war Waldeck beim Pfalzgrafen. Er konnte ihm sagen, daß der Kurfürst, um ihm einen Beweis seiner Friedensliebe zu geben, Rattingen räume, sofort auch die anderen Plätze in Berg und Jülich, die er besetzt habe, aufgeben werde.[2]) Zu der persönlichen Zusammenkunft, die er vorzuschlagen hatte, fand er den Pfalzgrafen bereit, verabredete mit ihm einen einstweiligen Waffenstillstand, eilte nach Cleve des Kurfürsten Genehmigung einzuholen.

---

1) „Daß man sich zu moviren und in die Grafschaft Mark zu gehen gänzlich intentionirt sei", meldet dem Kurfürsten Oberst v. Bodelschwingh 7. Aug.

2) Waldeck schreibt dem Düsseldorfer Vicekanzler v. Althof aus Cleve 13/3. Aug.: „man führt hier die Rede, wie ich gesagt, man hätte mit Willen Rattingen quittirt, habe an andern Orten fortfahren wollen, so sei man jenseits fortgegangen und man wolle noch mehreres erwarten, um sich an den Platz zu stellen, der S. F. D. zuvor am kaiserlichen Hof zugestanden." (Düsseld. Arch.)

An dieser fehlte es nicht. Waldeck meldete sie sofort dem Kanzler in Düsseldorf: er habe gemerkt, daß das Mitleiden, so er den Kurfürsten mit einem so alten abgelebten Herrn zu haben gebeten, dessen Herz gerührt habe; wenn wir nur zusammenkommen, habe er gesagt, soll alles gut werden; aber er bitte um Eile, damit nicht an beiden Orten ein böses Auge dazu komme und das gute angefangene Werk wieder umstoße. 2)

Wenigstens in Düsseldorf war große Aufregung über die eingeleiteten Verhandlungen. Die Kriegsobristen meinten, sie hätten die Feinde zum Abzug aus Rattingen genöthigt, sie wollten nun in die Mark einbrechen; sie waren schon auf dem Marsch, als der Trompeter in Düsseldorf einritt, der jene zustimmende Antwort des Kurfürsten überbrachte. 3) Ihnen wurde der Befehl nachgesandt, in ihre früheren Quartiere zurückzukehren; der Pfalzgraf bestimmte Sonnabend den 19. August zur Zusammenkunft.

Zur bestimmten Zeit trafen sich beide Fürsten bei den Zelten, die auf freiem Felde bei Angerort hergerichtet waren, jeder mit zahlreicher Begleitung; auch die staatischen Committirten waren auf des Kurfürsten

1) Der als Geschäftsmann höchst accurate Pfalzgraf hat eigenhändig ad acta geschrieben: „Anzeig, so ich den 12. Aug. ante prandium dem Grafen Waldeck geschrieben habe", folgen dann die Einzelnheiten; zum Schluß: „und möcht man bei Angerort im Feld ein jeder mit etwa 100 Pferden zusammenkommen; und wenn ich werde wissen, daß S. Cf. D. aus dem Haag nach Cleve komme, will ich den Tag benennen, welches der Graf Waldeck angenommen". Also Waldeck wußte noch nicht, daß der Kurfürst bereits am 9. Aug. in Cleve war; also hatte der Kurfürst noch vor der unbedingten Annahme der staatischen Mediation diese Weisungen an Waldeck gesandt. Uebrigens hat Waldeck auch nicht einmal den Schein angenommen, als ob er wie vor sich selbst handle, sondern, wie der Pfalzgraf notirt, angegeben, „daß S. Cf. D. nochmals zu persönlichem abboccament inclinire".

2) Waldecks Schreiben an Vicecanzler Althof, Cleve 13. Aug., das anfängt: „Gott Lob und Dank".

3) So Waldeck an den Kurfürsten, Düsseldorf 16. Aug. Er schließt mit begeistertem Ausdruck seiner Ergebenheit, der „ohnaussprechlichen Begierde mich würdig zu machen des Nahmens so ich will führen bis in mein Grab von E. Cf. D. unterthänigsten und treu gehorsamsten Diener." Der Vertrag vom 16. Aug. über das „abbocamento" hat v. Mörner p. 315.

Einladung zur Stelle. Der Kurfürst ging rasch und zuversichtlich ans Werk; er ließ dem alten Herrn die Wahl, ob man einen neuen Provisionalantrag oder einen völligen Abschluß machen solle; er unterbrach, als die Räthe weitläufig aus den Acten zu referiren begannen, den Vortrag mit den Worten: „Vetter, wir sind hergekommen, Frieden und Freundschaft zu machen, nicht um alle die Acten nachzusehen; lassen wir, wenns E. L. gefällt, das Disputiren.“ Das Erbieten der Committirten mitzuhelfen, lehnte der Pfalzgraf ab; nur Waldeck blieb. Man hatte bis zur Tafel wenigstens einiges abgemacht; da kam über Tisch die Meldung an den Kurfürsten, daß sich lothringisches Kriegsvolk in der Nähe zeige; in höchster Aufregung erhob man sich, eilte zu den Pferden, machte sich zum Kampf fertig. Es war ein lothringischer Obrist, der erschien, gegen diese Verhandlung ohne Theilnahme seines Herren, des Herzogs, Einsprache zu thun.

Der Zweck der Zusammenkunft schien völlig verfehlt; mit Mühe gelang es Waldeck und den Committirten, daß die Fortsetzung der Unterhandlung am Montag und die Verlängerung des Waffenstillstands verabredet wurde. [2])

Der Waffenstillstand war inzwischen auf die übelste Weise gebrochen. Reuschenberg und de Fauge hatten, sobald Rattingen geräumt war, unbekümmert um des Pfalzgrafen Befehle — falls sie überhaupt an sie gelangt waren — ihren Marsch nach dem Märkischen fortgesetzt, in Herbede ihr Hauptquartier genommen, sich rechts und links an der

1) Waldeck aus Duisburg an den Pfalzgrafen 17. Aug. Der Kurfürst sei etwas gealterirt gewesen, daß er nachdem er seine Armee in seine eigenen Lande zurückgezogen, auf des Pfalzgrafen Erklärung nach Duisburg gekommen, erfahren müssen, daß dessen Armee aufgebrochen und nach der Mark im Marsch sei, „auf welchen Fall, den ich jedoch nicht hoffen will, J. Cf. D. Armee auch marschieren wird, selbiger zu begegnen.“

2) Nach Aitzema, der den Bericht eines Herrn aus der Kurfürsten Suite benutzt hat. Pufendorf folgt Aitzema zum Theil wörtlich. Ich benutze das Conceptprotocoll über die Zusammenkunft und ein Schreiben des Kurfürsten an Blumenthal, Duisburg 22/12. Aug. Den lothringischen Obristen nennt dieß Schreiben Bötzelaer, er wird aus der Cleve'schen Familie des Namens sein.

Ruhr ausgebreitet, entsetzlich gehaust. Den entlegeneren Städten Bochum, Unna, Kamen schickten sie, ohne darum gebeten zu sein, Sauvegarden zu, „Landaussauger und Preßsoldaten", wie der Kurfürst sie nennt, die vorgeschobenen Posten zu weiterer Occupation.

Der Kurfürst erfuhr von diesem Einfall am Sonntag; dennoch ritt er Montags früh nach Angerort. Er wartete Stunden lang; aus Düsseldorf erschien niemand.

Dort war Verwirrung an allen Enden. Man hatte den alten Pfalzgrafen bestürmt, den heillosen Vergleich nicht einzugehen: täglich komme neues lothringisches Volk, er sei des Kurfürsten Meister. Vergebens drängte der Committirte van Gent, der mit nach Düsseldorf gegangen war, die Ordre zu weiterer Waffenruhe zu erlassen; erst wurde dieselbe in ungenügender Form concipirt, dann, als sie abgesendet werden sollte, sagte der Secretair, sie liege beim Pfalzgrafen, der Pfalzgraf, er habe sie verloren. In der Nacht zum Montag kam der Erbprinz und viele Officiere aus dem Felde, den Waffenstillstand zu hindern; auch geistliche Herren waren zahlreich im Schloß und in unruhiger Thätigkeit; der Pfalzgraf sei krank, hieß es. Endlich gelang es Herrn van Gent zu ihm zu dringen; aber all sein Bitten und Mahnen war vergebens. Da ward gemeldet, daß ein Trompeter vor dem Stadtthor sei, Namens des Kurfürsten zu fragen, ob es S. D. beliebe zu kommen oder nicht. Man beschloß ein paar Herren vom Hofe nach Angerort zu senden, um den Pfalzgrafen als krank zu entschuldigen. Sie trafen den Kurfürsten, als er im Begriff war, hinwegzureiten. Er war im hohen Grade entrüstet über die „Indiscretion, mit der man ihm begegnet", diese späte Sendung sei nichts weniger eine Satisfaction; er werde nicht unterlassen, Kais. Maj. und die Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs von dem Geschehenen zu benachrichtigen. Waldeck und Gent bemühten sich wenigstens die Fortsetzung der Verhandlungen offen zu halten; er gab endlich nach, daß es geschähe, und zwar in Essen.

Aber die Officiere, die Patres, die Räthe des Pfalzgrafen waren

außer sich, daß doch verhandelt werden solle; „um Gottes Willen“ flehte Reuschenberg ihn an, nicht abzuschließen, da der Kurfürst nur ihn übervortheilen, ihn um Land und Leute bringen wolle. Der Erbprinz wandte sich mit Klagen und Anklagen nach Wien: „sein Vater sei in Angerort, von all den Calvinisten gleich wie von brüllenden Löwen umringt, einzig und allein gewesen, habe sich allzu weit mit dem Religionswesen herausgelassen; trotz aller ihrer unterthänigsten Devotion für das Haus Oestreich, trotz alles ihres Religionseifers verlasse man sie; man möge doch bedenken, was erfolgen werde, wenn man die zwei allein noch übrigen katholischen Fürsten im Reich unterdrücken lasse; daß es Gott erbarme.“

Aber am Kaiserhofe war und blieb die Ansicht, daß man den Streit am Rhein abthun müsse „bevor Größere sich einmischten“. Man hatte die Sicherheit, daß der Kurfürst zum Abschluß bereit sei; man ließ ihm Zeit, die Verständigung mit dem Pfalzgrafen zu suchen; wenn sie nicht gelang, so waren die kaiserlichen Beauftragten, Graf Hatzfeld und der triersche Kanzler Anethanus, mit Vollmachten versehen, als Friedensrichter einzuschreiten. Wenn dann gelegentlich des Kaisers Autorität und sein reichsoberhauptlicher Einfluß in jenen Territorien erweitert werden konnte, desto besser; aber selbst diese Rücksicht trat zurück gegen die Hauptsache, „das locale Feuer zu löschen, damit nicht ein allgemeiner Brand daraus werde.“

Eben das war jetzt auch des Kurfürsten Interesse; es war für ihn kein Nachtheil, daß der Pfalzgraf durch den schlimmen Eifer seiner Umgebung, den schlimmeren des Lothringers und seiner Soldatesca mehr und mehr ins Unrecht kam. Nach dem Affront bei Angerort folgten trotz des Waffenstillstandes jene Aussendungen von Sauvegarden, Widerstand einzelner Ortschaften gegen diese ungebetenen Gäste, blutige Conflicte da und dort. Bei Bochum kam es zu einem förmlichen Gefechte. Erst der Beginn der essener Verhandlungen brachte den Abzug der Feinde aus der Mark und Waffenruhe auf dreitägige Kündigung.

Am 28. August kamen Räthe der beiden Partheien, staatische und

cölnische Räthe als Vermittler auf dem Rathhause zu Essen zusammen. Aber wie hätte man sich verständigen sollen. Mit jedem Zugeständniß der brandenburgischen Räthe spannten die pfalzgräfischen ihre Forderungen höher; schon Zugestandenes, schriftliche Zusagen ihres Herren nahmen sie zurück, läugneten, daß sie gegeben seien. Und statt als Vermittler mit Eifer einzugreifen, sahen die Herren aus dem Haag nur darauf, das Recht der staatischen Garantie sicher zu stellen, die cölnischen nur darauf, eben diese Garantie zur Seite zu schieben; jene, ohne auch nur die Gewähr für die Waffenruhe bis zum Schluß der Verhandlungen übernehmen zu wollen, diese mit dem Entschluß, es ohne die kaiserlichen Commissarien nicht zum Abschluß kommen zu lassen.

Es schien unmöglich, irgend einen Ausweg zu finden; „mit jedem Tage, schreibt Waldeck, kommen Briefe, so wohl Blasebälge genannt werden können; aber der Kurfürst bleibt beständig zu Respect Kais. Maj. und Nutzen des Röm. Reiches, abwartend, daß man einen Streich gegen ihn thue, was Gott verhüthe; es würde einen Gegenstreich geben, daß man sich verwundern sollte."

Auch der Kurfürst hatte seine Werbungen fortgesetzt, er hatte seine Festen und Häuser im Märkischen zum Theil mit aufgebotenem Landvolk besetzt; er hatte während die Gegner im Bergischen zerstreut lagen, den besten Theil seiner Macht bei Duisburg in einem Lager vereint,[1]) dort an der Mündung der Ruhr in den Rhein hatten sie eine Stellung, die zur Abwehr und zum Angriff gleich günstig war.

---

1) Das ergeben die kurfürstlichen Schreiben an die Stände von Cleve, Mark, Ravensberg, Minden und Halberstadt vom 9. Sept. wegen Auseinanderlegung der Truppen, die zahlreichen Dislocationsbefehle vom 8. Sept., gerichtet an 8 Regimenter zu Fuß und 6 zu Roß; unter diesen sind wenigstens vier erst in den letzten Wochen errichtet. Wenn das namentliche Verzeichniß im Theat. Eur. VII. 23 die Stärke des brandenb. Heeres auf 10 Regimenter zu Fuß in 86 Compagnien und 7 zu Pferd in 48 Compagnien ergiebt, so ist diese Angabe eher zu niedrig als zu hoch. Einzelne Obriste, so Graf Lynar, Puttlitz u. a. waren noch im Werben begriffen. Auch mit Gen. Rosen und den alten weimarischen Regimentern wurde unterhandelt, namentlich ein H. v. Osten, der später in schwedischen Dienst trat, 1658 Oberst war, wurde dazu verwendet, wie dessen Schreiben an Schwerin, Tönningen 4. Oct. 1659 ergiebt.

Mit Sorge sahen die Herren im Haag das Wachsen, die Concentrirung der kurfürstlichen Kriegsmacht. Eben jetzt kam die Nachricht aus England, daß Karl II. die schottische Grenze überschritten habe, daß er auf dem Wege nach London dem Heere Cromwells um zwei Tage voraus sei, daß eine Erhebung aller Gemäßigten gegen die Militärherrschaft des Protectors erwartet werde.

Wie hätte man im Haag nicht fürchten sollen, daß mit dem Siege der stuartischen Politik die oranische wieder aufleben werde; und der Kurfürst war jetzt in der Rüstung, ihr einen Rückhalt zu geben. Die holländischen Herren riethen ihm dringend, zu seinem Besten sein Lager aufzulösen; sie konnten sich darauf berufen, daß es auf clevischen Boden liege, wohin ja nach den Verträgen nur staatische Truppen zur Sicherung der Festungen kommen dürften. Und der Kurfürst befahl die Auflösung des Lagers (8. Sept.).

Gleich darauf am 12. Sept. kündigte der Pfalzgraf den Waffenstillstand, „weil seinen billigen Forderungen nicht nachgegeben sei und weil er seine und die lothringischen Truppen nicht länger seinen Unterthanen auf dem Halse lassen könne". Nun konnten nach drei Tagen die Feindseligkeiten von Neuem beginnen; das Gerücht sagte, die Lothringer würden über den Rhein zurückgehen, um ins Cleve'sche einzubrechen. Der Congreß von Essen löste sich auf (15. Sept.).

Also Cleve war bedroht. Auf des Kurfürsten Anfrage, was Seitens der Staaten zum Schutz des Landes geschehen würde, lautete die Antwort: „sie würden keine fremden Truppen im Bereich der Kanonen der von ihnen besetzten Festungen dulden"; darüber hinaus mochte geschehen, was da wollte. „Sie hatten mehr Jalousie gegen den Kurfürsten als gegen den Pfalzgrafen, sie blieben darum bei der puren Neutralität".

Schon war die Anzeige der beiden kaiserlichen Commissarien, daß sie in Cöln eingetroffen seien, in des Kurfürst Hand. Die Herren im Haag hatten ihre Rechnung darauf gestellt, daß er sich um keinen Preis dem Ansinnen des kaiserlichen Hofes fügen werde; sie hatten das als eine

Verletzung seiner Hoheit bezeichnet. Am 19. Sept. empfing er die kaiserlichen Commissarien in Cleve.

Es begann der letzte Act des verworrenen Spiels und vielleicht der merkwürdigste.

Der Vergleich.

Die beiden Herren traten mit dem vollen Gewicht reichsoberhauptlicher Machtvollkommenheit auf. Sie erklärten, daß vorerst die Waffen niederzulegen seien, daß sie kaiserliche Mandate hätten, im Nothfall alle Reichskreise aufzubieten, daß sie dem Pfalzgrafen davon sofort nach Kündigung des Waffenstillstandes Nachricht gegeben, daß sie ihn bestimmt hätten, noch weitere vier Tage die Waffen ruhen zu lassen, um des Kurfürsten Erklärung zu vernehmen. Sie forderten von diesem Anerkennung der 1649 vom Kaiser bestellten Commission; sie forderten weiter, daß jetzt ein Verfahren zur definitiven Regelung des ganzen Erbschaftsstreites festgestellt und die oberste Entscheidung durch Kaiser und Reich in demselben vorbehalten werde; sie verwiesen die Entscheidung über Schadenersatz und künftige Sicherstellung auf fernere Erörterungen. Sie luden Deputirte der Stände dieser Lande zum 3. Oct. nach Cöln, um sie mit ihren Beschwerden zu vernehmen.

So schien sich hier die kaiserliche Autorität in vollstem Umfang installiren, sie schien die Stelle, welche die Staaten mit ihrer „puren Neutralität" aufgegeben, als Lohn für die eben so pure Neutralität des Wiener Hofes gewinnen zu wollen.

Nur ein Kleines fehlte zum Gelingen; der Kurfürst war nicht der Neuling in der Politik, sich die Frage so falsch stellen zu lassen. Wie die die Dinge lagen, handelte es sich zunächst darum, daß der Pfalzgraf genöthigt werde, auf die Entscheidung der Waffen zu verzichten; gegen ihn, der die brandenburgischer Seits so oft gesuchte Verständigung immer wieder zurückgewiesen, hatte sich die kaiserliche Autorität zu wenden, gegen

ihn und das fremde Kriegsvolk, das er ins Reich gerufen und dessen er nicht mehr mächtig war. Waren die lothringisch-spanischen Regimenter abgeführt, dann mochten die kaiserlichen Commissarien helfen, daß das Weitere geordnet werde; in den Formen, die in einer Reihe von Verträgen seit 1609 zwischen beiden possidirenden Fürsten festgestellt waren, hatte man alles Nöthige, die obwaltenden Differenzen zu schlichten. Entstanden waren sie nur dadurch, daß der Pfalzgraf mit dem Geltendmachen des Normaljahres 1624 einen dieser Verträge verletzt, daß der kaiserliche Hof, ohne auf die Einwendungen Brandenburgs zu achten, jene Commission von 1649 bestellt hatte; war es denn ein Reservatrecht des Kaisers, die Artikel des westphälischen Friedens zu interpretiren? oder durch welchen reichsverfassungsmäßigen Act war der Hof zu Wien autorisirt, die Rechtsverhältnisse dieser Territorien zu reformiren? Die kaiserlichen Commissarien mochten ihren ganzen Einfluß verwenden, um zu vermitteln; aber die Schiedsrichter durften sie nicht spielen wollen.

So die Gesichtspunkte, von denen des Kurfürsten Gegenerklärung vom 20. Sept. ausging. Das Erste war, daß er der Forderung der kaiserlichen Commissarien eine vorher zu erfüllende Bedingung entgegenstellte. Es war die, daß der Pfalzgraf nicht bloß auf vier Tage, sondern bis zum Abschluß des Vergleichs zur Waffenruhe verpflichtet werde. Wie hätten sie es weigern können?[1])

Damit aber hörte die Möglichkeit auf, über die rechtlich begründeten Verhältnisse hinaus auf den Kurfürsten einen Druck auszuüben, ihm Zugeständnisse abzuzwingen für die guten Dienste, die man kaiserlicher Seits ihm zu leisten scheinen wollte. Es war nur die Anerkennung einer Thatsache, wenn er zugab, daß über die Geltung des Normaljahres ein Zweifel obwalte. Er durfte es als einen Ausdruck seines „besonderen

1) Es wird nicht groß Gewicht darauf zu legen sein, daß der dem Kurfürsten wohlgesinnte Ribeaucourt am 16. Sept. ihm schreibt: Les armes de S. M. (von Spanien) ont maintenaut assez d'excercice contre la France qu'elles n'ont loisir de penser à se mesler d'autre guerre.

Respectes" gegen den Kaiser bezeichnen, wenn er weiter zugab, daß über diesen Zweifel eine kaiserliche Commission entscheide; nur nicht jene frühere, die er nie anerkannt; er schlug vor, daß den vom Kaiser 1649 ernannten Commissarien von ihm so gut wie vom Pfalzgrafen je zwei andere beigefügt würden; es wurde ihm, so sehr sich der Pfalzgraf dagegen wehrte, zugestanden. Die neue Commission, zwei reformirte Fürsten neben Braunschweig, zwei andere Bischöfe neben dem von Münster, sollte des Pfalzgrafen Erweis für 1624, des Kurfürsten Gegendeduction entgegennehmen und entscheiden; bis zur Entscheidung sollte der vorige Stand gelten.

Vergebens forderte der Pfalzgraf Schadenersatz, Satisfaction, Sicherstellung; er wurde auf rechtliche Entscheidung verwiesen; selbst ein Vorbehalt „seine besonderen Desiderien dem Kaiser vorzutragen, wurde ihm versagt[1]); einstweilen mochte er sehen, wie er die Lothringer aus seinem Lande schaffe.

Eine weitere Bestimmung in dem Vergleich betraf die Stände der Lande. Gewiß sehr gern gaben die Commissare ihre Zustimmung, daß festgestellt würde, sie sollten sich, wenn sie sich beschwert glaubten, nicht an auswärtige Mächte, sondern an ihre Landesherren wenden. Damit war einer der wichtigsten Punkte in der staatischen Garantie getroffen.

Aber an die Stelle dieser Garantie ein kaiserliches Aufsichtsrecht treten zu lassen, war keineswegs die Meinung des Kurfürsten. Mochten die Stände von Jülich und Berg der Ladung nach Cöln Folge leisten, denen von Cleve und Mark verbot er desgleichen zu thun; bei einer zweiten Ladung im Januar wiederholte er sein Verbot.[2])

---

1) Daß erwähnt eine kurfürstliche Resolution an die brandenb. Reichsgesandten d. d. 31. Juli 1653.

2) Nach dem Verzeichniß von 1684 ergeht bereits am 17. Sept. die Aufforderung des jülichschen und bergischen Syndicus an die clevische Ritterschaft nach Cöln zu kommen; und am 22. Sept. wird Aitzema beauftragt, die Staaten um Erfüllung der Garantie zu mahnen „und sich vernehmen zu lassen, daß sie sonst auf eine andere Weise würden Hülfe und Rettung suchen müssen".

Am 11. Oct. war der Vergleich fertig.[1]) Der Kurfürst sprach gegen die Committirten der Staaten sein Bedauern aus, „daß er gezwungen gewesen sei, ohne Zuthun und Mediation der Herren Staaten abzuschließen". Mochten sie in bündigster Form alle Rechte, die ihnen aus den früheren Garantieverträgen zuständig seien, vorbehalten, sie hatten allen Grund zu bedauern, daß „diese Tractaten mit Ausschließung ihrer gemacht seien".

Allerdings die Sorge, welche ihnen die Vorgänge in England gemacht hatten, war nun vorüber; am 3. Sept. hatte Cromwell bei Worcaster gesiegt und König Karl hatte England als Flüchtling verlassen. Aber am 9. Oct. folgte die Navigationsacte; sie war recht eigentlich gegen den holländischen Handel und die Doctrin vom freien Meere, auf die er sich stützte, gerichtet; sie war denen, welche den Frieden um jeden Preis vertraten, ein Schlag ins Gesicht; nach zwei Monaten war der Krieg zwischen England und den Staaten erklärt.[2])

Ergebniß.

Geschickt genug hatte Friedrich Wilhelm die Verhandlungen zum Schluß geführt.

Aber entsprach dieser Abschluß den Anstrengungen, die er gemacht, den Kosten, die er aufgewendet, den Hoffnungen und Besorgnissen, die der Beginn des weitaussehenden Unternehmens erregt hatte?

Er war nur eben ohne Verlust davon gekommen. Den nächsten Zweck seines Angriffs, die Sicherstellung der Evangelischen in Jülich

---

1) Den Gang der Verhandlungen hat Pufendorf und Aitzema; der Vergleich wurde am 11. Oct. in Cleve, den 12. in Düsseldorf unterzeichnet. Die Notizen über die Stände sind aus Wortmans historischer Beschreibung.

2) Sommelsdyck schreibt am 29. Jan. 1652. si selon les grandes apparences la pacience nous echappe contre les Anglais, on en pourroit revenir plutost à nostre vieille forme de gouvernement, par ou l'Estat se raffermiroit et les gens de bien et d'honneur se releveroient." Groen van Prinsterer p. 63.

und Berg, hatte er nicht erreicht; in jenen weiteren Combinationen, in der Hoffnung, den großen Schritt aus der nur territorialen in die europäische Politik zu thun, hatte er sich vollständig verrechnet. Er hatte keinen neuen Freund gewonnen und diejenigen verloren, die er etwa gehabt oder die dafür gegolten, es zu sein; selbst die reformirten Höfe von Heidelberg und Cassel hatten sich beeilt zu erklären, daß sie nichts weniger als mit ihm seien. Es war offenbar geworden, wie isolirt er stand.

Und in seinen eigenen Landen hatte eben dieß Unternehmen die bedenklichsten Oppositionen entzündet. Die Stände in Cleve und Mark waren auf das Heftigste erregt; er hatte ohne alle Schonung ihrer Privilegien Steuern, Werbungen, Einquartierungen verfügt; er hatte Männer, die nach ihrem guten Recht zu verfahren meinten, ins Gefängniß geworfen, ihnen den Weg zu ihrer, wie sie sagten, höchsten Obrigkeit, den Kaiser, verlegt. Die Stände der Kurmark hatten auf seinen Antrag um Geldhülfe auf die Landesreverse verwiesen, nach denen er sie vorher hätte befragen müssen als in einer Sache, an der des Landes Gedeihn und Verderben hange; sie hatten von den unsäglichen „Mitteln und Spesen“, die der Krieg kosten werde, von dem „Seufzen und Winseln der getreuen Unterthanen“ gesprochen, auch bemerkt, daß er nachgerade „mit Landen und Leuten genugsam gesegnet sei“, um nicht noch mehr zu begehren. Vor Allen Burgsdorf, der beseitigte Minister, schürte da die Opposition, zeigte die Gefahr neuer Bewilligungen, die nur zum Unterhalt eines stehenden Kriegsvolkes dienen sollten; wenn das geschähe, so sei die Libertät dahin. Nicht minder fürchtete man in Halberstadt, in Minden den miles perpetuus; die Stände in Preußen mochten Gott danken, daß sie für ihre Verfassung und Libertät den Schutz der Republik Polen hatten; sie betrieben am Hofe zu Warschau, daß die Berufung eines allgemeinen Landtags befohlen werde.

Bedenklicher noch mußte die Lage der Dinge erscheinen, wenn man auf das Ausland sah. In mehr als einem der Gutachten, die der Kurfürst damals von jedem seiner Geheimenräthe forderte, ist von der „Dis-

reputation" die Rede, in der Brandenburg sei. Was war es anders als ein Zeichen dieser Disreputation, wenn die Krone Polen nach beendeter Sache einen Botschafter nach Cleve sandte, dem Kurfürsten mit stolzen Worten anzukündigen: „der König finde es beleidigend für seine Person, daß der Kurfürst nicht seine des Oberlehnsherren Vermittelung angerufen habe, und nehme den Pfalzgrafen, als seinen Freund und Schwager, in seinen besonderen Schutz, dem er Nachachtung zu geben wissen werde."[1]) Und in Wien rüstete man sich, die jülichsche Sache vor dem Kaiser zu Recht zu entscheiden, bestellte Referendarien aus den kaiserlichen Räthen, bezeichnete die Reichsfürsten, die den Spruch fällen sollten, traf die Einleitung, „die sämmtlichen Prätendenten an den kaiserlichen Hof zu laden". Namentlich Kursachsen betrieb die Sache in Wien auf das Eifrigste, in der Hoffnung, jetzt bei der allgemeinen Entrüstung über das brandenburgische „Attentat" einen günstigen Entscheid zu erzielen.[2]) Und nun gar Schweden; der Kurfürst hatte sich gleich nach dem clevischen Vergleich entschlossen, in Betreff der Grenzlinie in Pommern nachzugeben; statt nun abzuschließen, kamen die schwedischen Herren mit der Frage der Zölle, sie erklärten, daß nach dem Frieden von 1648 ihnen die Seezölle im brandenburgischen Pommern allein zuständen, und daß sie das Land nicht eher räumen würden, als bis der Kurfürst dieß ihr Recht anerkannt habe.[3]) Ja mehr noch: es kam in Stockholm ein Project zum Vorschein und fand Beifall, dahin gehend, daß Polen das

---

1) Aus der Brochüre „Eines getreuen Preußischen Patrioten summarische eilfertige Interimsbeantwortung derer dreizehn Motiven, welche im vergangenen Monat allhier zu Danzig bei Philipp Christian Rhat gedruckt worden" 1657. Der Botschafter war der v. Grotkowsky und die Brochüre giebt den Wortlaut seiner am 8/18. Januar in Cleve überreichten Proposition an; er habe „dergleichen ungereimte beschwerliche und unleidliche Händel fürbracht, daß er auch für seine Person ein anderes Tractement als ihm S. Cf. D. aus angeborner Milde habe anthun lassen, verdient".

2) Diese Nachrichten über Wien und Dresden sind aus einem Gutachten Seydels über die neue Ordnung des Geheimraths d. d. Cleve 19. Decb. 1651.

3) J. P. O. 10. 13. ad haec concedit (der Kaiser und das Reich den Schweden) moderna vectigalia vulgo Licenten vocata ad litora portusque Pomeraniae et Megalopoleos jure perpetuo, sed ad eam taxae moderationem redu-

Herzogthum Preußen zur Entschädigung erhalten und dafür Liefland definitiv der Krone Schweden abtreten, Brandenburg entweder mit Bremen und Verden oder mit einer Geldsumme entschädigt werden solle. Der Plan war von dem französischen Gesandten vorgelegt, er war empfohlen worden als „ein Mittel, das Haus Oestreich und die deutschen Fürsten im Zügel zu behalten"; und daß die Krone Polen und der Adel in Polen wie in Preußen mit Freuden darauf eingehen würden, bezweifelte man keinen Augenblick. 1)

Also auf Kosten des Kurfürsten sollte der Friede zwischen Schweden und Polen geschlossen, sollte dem in sich zerrütteten Frankreich in seinem schweren Kampf gegen Spanien eine Hülfe geschaffen werden. Damals forderte der französische Hof von seinem Gesandten in Stockholm eine Nachricht über den Kurfürsten, und Chanuts Anwort lautete: „er halte ihn für einen Fürsten von viel Urtheil und guter Gesinnung, aber er habe den Erbfehler seines Hauses, sich zu sehr leiten zu lassen; und da er nicht so glücklich gewesen, bedeutende Männer zu finden, auf die er die Last und Sorge der großen Geschäfte legen könne, so seien sie in große Verwirrung gerathen; sein Haus sei sehr verschuldet; ein Herr von Burgsdorf, der ihn so lange geleitet, prunke nun in Berlin in seinen Reichthümern, die er der Gnade seines Herrn verdanke, spotte

---

cenda, ne commercia in iis locis intercidant. Man hatte in den später abgefaßten Artikeln über die Rückgabe Hinterpommerns und Rostocks unterlassen hinzuzufügen, wie J. P. O. 10. 12, 13. in locis coronae Sueciae cessis, weil es sich von selbst zu verstehen schien.

1) Von diesem „französischen Consilium" meldet Schlezer aus Stockholm 21. Decb. 1651, daß der Kurfürst es ihm vor acht Tagen mit zugesandt, daß er bei näherer Erkundigung erfahren, es stamme von Chanut, der zu den schwedisch-polnischen Tractaten als Mediator bestellt sei, es enthalte die Ansichten, die dessen Vertreter Picquet in Stockholm schon mehrfach ausgesprochen. Picquet hat den Ausdruck gebraucht que l'amitié entre la Suède et la Pologne pourroit brider l'empereur, la maison d'Autriche et les Princes d'Allemagne, que l'Empereur, les Anglois, le Roy d'Espagne, les Turcs et les Tartares seroyent contraires à ceste paix. Dieß französische Project spielt in der Correspondenz der nächsten Monate eine große Rolle. In des Kurfürsten Hand war es aus dem Haag Ende November gekommen, s. Cf. Rescripte an die preußischen Oberräthe 28. Nov. 1651 29. Januar 1652 bei Orlich III. p. 43.

über seine Nachfolger in der Gnade und deren Leitung; auch die Princessin von Oranien habe große Macht über den jungen Fürsten, und seine Gemahlin beginne Einfluß auf seine Entschließungen zu üben."

So wurde damals geurtheilt, so und noch härter an den Höfen im Reich, den geistlichen wie weltlichen. Man sprach mit sittlicher Entrüstung von dem Attentat auf den ehrwürdigen und frommen Pfalzgrafen von Neuburg; man meinte ein solches Abenteuer unreifen Ehrgeizes oder misleiteter Ungeduld habe zum wenigsten solche Demüthigung verdient. Die Wohlgesinnten hofften, daß der junge Herr sich für alle Zeit eine Lehre daraus nehmen werde.

Daß er selbst die Bedeutung dieses Miserfolges und die größere Gefahr seiner Lage erkannte, zeigen die nächsten Schritte, die er für nothwendig hielt. Aber es findet sich keinerlei Thatsache oder Aeußerung, daraus zu schließen wäre, daß er das, was er gethan, misbilligt, die Art wie er es gethan, für unpolitisch oder unrecht gehalten hätte. Denen unter seinen Räthen, die ihm so gerathen, blieb sein volles Vertrauen.

Die stolze Politik eines mächtigen Staates zu machen, lag außer dem Bereich seiner Mittel. Aber er hatte so kühn gewagt, wie ihm möglich war. Und daß er keinesweges einen Stoß in die Luft gethan, ward bald genug erkannt.

Vor Allem, es war die Frage, die für ihn die wesentliche war, um einen entscheidenden Schritt weiter gebracht.

Der westphälische Friede hatte ihm, wie allen Fürsten und Ständen, die freie Ausübung der Landeshoheit, das Recht der Souveränität gebracht; sie sollte, so hieß es in dem Friedensinstrument, von niemand, unter keinerlei Vorwand beschränkt werden dürfen.

Wie weit entfernt war er vorerst, sie auch der That nach zu haben; für das Herzogthum Preußen galt jene Bestimmung überhaupt nicht; und die Krone Polen war beflissen, das Recht ihrer Oberhoheit um so höher zu spannen, je ohnmächtiger sie selbst war.

Das brandenburgische Pommern war immer noch in der Hand der

Schweden; die Art, wie sie die Frage der Seezölle behandelten, zeigte, daß sie, wenn sie endlich doch es räumen müßten, in der Verwaltung des Landes die Hand mit im Spiel behalten wollten.

In Cleve hatten die Staaten kraft ihres Besatzungsrechtes, kraft der Garantie eine mehr als bloß militärische Mitregierung. Da und überall war der Wiener Hof beflissen, sich einzumischen, die alten Bezüge der kaiserlichen Oberhoheit, die der Friede gelöst haben sollte, wieder aufzunehmen, zu verfahren als ob Kaiser und Reich in alter Weise noch beständen, nicht erst, wie der Frieden bestimmte, sich neu constituiren sollten.

Und welche Handhaben dazu die ständischen Verhältnisse der Territorien boten, hatten die Vorgänge in den Erbschaftslanden nur zu deutlich gezeigt. Wie auch hätten die Herren Stände nicht alles daran setzen sollen, die alte Libertät und Anarchie zu retten? was hätte aus dem Particularrecht der Länder und Ländchen, was aus den Freiheiten und Privilegien der Prälaten, Ritterschaft und Städte werden sollen, wenn jene Souveränität des Friedensinstrumentes zur Wahrheit wurde?

Aber war dieß Wesen darum gut, darum erträglicher, weil es sich in allen deutschen Gebieten wiederholte? Sollte der alte Reichsschlendrian, der das Reich und die Nation in so furchtbares Elend gebracht, wieder aufleben und weiter wuchern, jetzt wo mit dem Frieden, mit den remden Garanten des Friedens, mit dem Trugbild ohnmächtiger Souveränetät die Kraftlosigkeit und Schutzlosigkeit jedes Reichsstandes nur um so größer geworden war?

Wie verhängnißvoll immer jener Friede gewesen sein mochte, verhängnißvoller als Alles wäre es gewesen, wenn das deutsche Wesen in seine alten Formen zurückgesunken, wenn der einzige Keim neuer Bildungen, den es in sich trug, erstickt wäre, der Keim, aus dem in der Verwesung des Reichs staatliche Bildungen erwachsen konnten.

Gegen solches Versinken und Versumpfen hatte sich Brandenburg erhoben; immerhin mit einem Gewaltact, aber gegen einen Mitstand im

Reich, der nicht müde wurde unter der Larve des Rechtes Unrecht zu üben, gegen Competenzen, die nicht mehr galten oder in Frage gestellt waren.

Die Vorgänge von 1651, nach den alten Reichs- und Kreisordnungen rechtlich unmöglich, waren der erste Versuch, die neuen Rechtsprincipien, die das Friedensinstrument ausgesprochen, practisch anzuwenden.

Wie wenig immer erreicht sein mochte — kaum der Anfang eines Anfangs — es war schon ein Großes, daß verhindert war, was gedroht hatte.

Gedroht hatte, daß die papistischen Umtriebe den Nordwesten des Reichs überwucherten und in die spanisch-burgundische Politik hineinrissen. Auf die Gefahr, einen allgemeinen Brand zu entzünden, wie mit brennender Lunte neben der offnen Pulvertonne stehend, hatte Friedrich Wilhelm ihnen Halt zugerufen; und sie machten Halt; sie scheuten fortan jene Grenzen.

Gedroht hatte ferner, daß auf diesen Anlaß Kaiser und Reich und Reichshofrath und Reichsexecutionsordnung sich erheben und die rasch fortschreitende Rückbildung zu den alten Reichsformen, jenen Scheinformen von Friede, Recht und Ordnung, die immer nur das Gegentheil von dem enthielten, was sie besagten, vollenden, die Schlinge zuschnüren würden. Mit unermüdlicher Behutsamkeit hatte der Kurfürst sich herausgewunden, er hatte jenes Princip von 1648 wenn nicht durchgekämpft, so doch festgehalten und factisch behauptet. Es war, trotz Oestreich und ohne Schweden und Frankreich, behauptet von einem Fürsten, der nicht wie Spanien oder Oestreich, wie Schweden oder Dänemark schon außer dem Reich souverain war, sondern nach der Meinung der großen Mächte sich mit dem Schein und Namen der Selbstherrlichkeit begnügen, von ihnen sich als Schützling behandeln und gelegentlich verhandeln lassen sollte. Wenigstens Ein deutscher Fürst hatte gezeigt, daß er nicht gemeint sei es geschehen zu lassen.

Erreicht war wenigstens ein Weniges. Es war das Mitregieren fremder Mächte vorerst in einem der kurfürstlichen Territorien zwar nicht beseitigt und unmöglich gemacht, aber seines Scheines entkleidet, in seinem Grund und Wesen entlarvt; es war die Landeshoheit da noch nicht hergestellt, aber sie begann sich zu fühlen und fühlbar zu machen trotz der Herren Staaten und der Stände und der kaiserlichen Intervention; sie begann sich aufzurichten.

Freilich nach diesen Vorgängen von 1651 war Friedrich Wilhelm völlig isolirt; alles war gegen ihn; „ich weiß keinen, weder in- noch außerhalb des Reichs," sagt ein Gutachten dieser Zeit, „welchem E. Kf. D. dergestalt zu trauen hätten, daß sie sich nicht vor und wider ihn in etwas vorzusehen hätten." Mit Misachtung und Entrüstung nannte man den Namen Brandenburg; alle Gutgesinnten waren empört, daß es den theuer erkauften Frieden zu stören gewagt, die Gefahr eines neuen allgemeinen Brandes über das Reich gebracht habe, in den Augen der Lutheraner wie Katholiken ein neuer Beweis, wie gefährlich, wie gewaltsam, wie radical der Calvinismus sei; und selbst die reformirten Mitfürsten Hessen und Kurpfalz verläugneten die Gemeinschaft mit dem Brandenburger.

„Es ist eine ganz generale Regel, sagt dasselbe Gutachten, „daß je geringere Macht derjenige hat, vor dem ich mich zu besorgen habe, je größer ist die Sicherheit, wenn er noch geringer werden könnte."[1]) Alle, die Schwachen wie die Starken, hätten Ja und Amen gesagt, wenn so mit Brandenburg geschehen wäre.

So stand jetzt der Kurfürst. Er konnte wie einst Hutten sagen: ich hab's gewagt. Er mußte vorwärts.

Es folgte eine Entwickelung seiner äußeren Politik, welche zeigte,

1) Aus Blumenthals Gutachten, Halberstadt 19. Feb. 1652; er fügt hinzu, nur auszunehmen sei „das eigene Kurhaus, das Haus Hessen und, wenn der jülichsche Streit nicht wäre, wegen der Erbverbrüderung das Haus Sachsen, dann das Kurcollegium". Er meint mit Hessen natürlich weder die Darmstädter Linie, noch die von Rheinfels.

daß er aus dem falschen Zirkelschluß der Territorialpolitik für immer hinaus sei. Es folgten Reorganisationen im Innern, die, zum ersten Male umfassend und durchgreifend, die Umbildung der Territorien zu Einem Staat begannen und für immer entschieden.

Die Reorganisation.

Gleich nach dem Abschluß des clevischen Vergleichs forderte der Kurfürst von jedem seiner Geheimenräthe ein Gutachten über seine politische Lage; er stellte ihnen die Fragen: wie er sich zu den verschiedenen Potentaten in und außer dem Reich bei jetzigen Conjuncturen zu verhalten, wem zu trauen, oder vor wem sich zu hüten habe, ob und mit wem er Allianz suchen solle.[1])

Es fehlte nicht an sorgenvollsten Aeußerungen, an Mahnungen, von allen Händeln fremder Potentaten fern und in den Grenzen einer rechten Neutralität zu bleiben, in Streitigkeiten mit Reichsgliedern Kais. Maj. unpartheische, rechtmäßige Decision zu erwarten, und „was das Beste, ein gutes Gewissen zu haben und zu behalten". Es wurde wohl das „hochgepriesene Beispiel" Joachims zur Nachahmung empfohlen, der sich den Ruhm eines communis pacificator imperii erworben habe. Der Krieg dagegen, sagt eines dieser Gutachten[2]), ist wie „wenn man eine goldene Angelruthe benutzt, um einen armseligen Fisch zu fangen; sie kostet mehr als man damit fängt; oft auch gewinnt man nur Disreputation damit oder muß das übel Gewonnene mit neuen Kriegen behaupten und den Helfern mehr zahlen als man gewonnen hat".

Ein andres Gutachten, das Blumenthals, der noch unter Schwarzen-

1) Des Kurfürsten Rescript ist d. d. Cleve 9. Jan. 1652.

2) Gutachten von Philipp von Horn, der zum Statthalter von Pommern designirt war d. d. Kartzig 26. Jan. 1652.

3) Gutachten Blumenthals Statthalters von Halberstadt d. d. Halberstadt 19. Feb. 1652.

berg Burgsdorfs Gegner gewesen, dann in kaiserliche Dienste getreten und Reichshofrath geworden war, beginnt mit einer sehr offenen Kritik des burgsdorfischen Einflusses: „obwohl er, seit ihm der stets gehoffte Wiedereintritt in des Kurfürsten Dienst zu Theil geworden, ein herzliches Mitleid gehabt, daß auf solche Weise der damalige status schwerlich bestehen könne, vielmehr in Kurzem auf einmal zu des Kurfürsten Disreputation und eigenem höchsten Misfallen und Unbefriedigtheit zerfallen müsse, so erfreue er sich aus innerstem Grund seines Herzens, daß sein gnädigster Herr das nun selbst erkenne und redressiren wolle; denn die gewisseste Anzeige der Besserung sei, wenn man den üblen Zustand, in dem man sich befinde, vollkommen erkannt habe, die heilsamen Mittel ergreife und steif und fest darüber halte". Er antwortet klug und treffend auf jene Fragen; aber die Hauptsache ist, sagt er, „daß E. Kf. D. ihre Sicherheit auf ihre eigene Macht, auf ihre eigenen Kräfte und deren Vermehrung sowohl in öconomischer wie politischer Hinsicht, und dann auf ihre eigene Autorität stellen, daß E. Kf. D. alle ihre actiones zur Ehre des großen Namens Gottes und zur Gründung und Beförderung des Heils und der Wohlfahrt ihrer Unterthanen jeder Zeit lenken und bestimmen."

Was Blumenthal aussprach, war eben das, was der Kurfürst immer gewollt, immer verfolgt hatte, freilich mit der Vorsicht und Zurückhaltung, die in jenem Vorwurf, der gegen Burgsdorf gerichtet war, nicht eben gewürdigt wurde. Und doch war sie nothwendig gewesen, um zu dem Punkt zu gelangen, auf dem man jetzt stand und von dem aus Blumenthal so bequem tadeln konnte, daß er nicht rascheren Schrittes erreicht sei.

Erinnern wir uns der traurigen Anfänge von 1640. Nur durch Burgsdorf war es möglich gewesen, die Marken den Händen Schwarzenbergs zu entwinden; es gab damals keinen General oder Obristen, keinen Festungscommandanten in den Marken, der gegen den Grafen und seinen Anhang aufzutreten gewagt hätte; und in Burgsdorf, dem mär-

kischen Edelmann, sahen die Stände ihren Vertreter und Führer gegen das eben so selbstsüchtige, wie streng fiscalische Regiment des verhaßten katholischen Grafen aus den Rheinlanden; Burgsdorfs Eintritt bezeichnete ihnen das Ende des „absoluten Dominats". Die Berufung des Markgrafen Ernst, die Verträge mit Schweden, alle äußeren Verhältnisse zeigten, daß der junge Kurfürst keineswegs in Burgsdorf einen leitenden Minister nur von anderer Richtung gewählt haben wollte; aber so lange der schwere Krieg währte, so lange die Libertät in Preußen und die höchst gespannten Verhältnisse in den Rheinlanden den Kurfürsten zwangen, sich wesentlich auf seine Kurlande zu stellen, konnte er nicht anders, als die nur märkische Richtung, die Burgsdorf vertrat, gewähren lassen; um so mehr, da mehrere der alten Geheimenräthe, der Kanzler v. Götze, der unermüdliche Arbeiter Striepe, der gewandte und vielseitige v. Löben sich ihm anschlossen. Der Kurfürst überschätzte ihn nicht; wie oft hatte er Anlaß, sein gereiztes Selbstgefühl durch reiche Schenkungen zu begütigen, wie oft es hinzunehmen, wenn er von Verhandlungen an fremden Höfen Geldsummen heimbrachte, die weit über das Maaß angemessener Belohnungen hinausgingen; er kannte sein mehr als anstößiges Privatleben, und nur zu merklich war unter den Hofleuten der Einfluß des Oberkammerherrn und seiner renommistischen Formen, die damals für cavaliermäßig galten. Die junge Kurfürstin, so wird erzählt, sei nicht müde geworden, auf die Entfernung des ihr widerwärtigen Edelmannes zu dringen. Der Kurfürst scheute mit Recht einen plötzlichen Wechsel; aber daß er Blumenthal in seinen Dienst zog, daß er Sparr für das Heerwesen berief, daß jüngere, wie Schwerin, Waldeck, Claus Ernst von Platen, Somnitz zu den wichtigsten Aufträgen gewählt wurden, löste das Verhältniß zu Burgsdorf mehr und mehr, bis endlich

---

1) Das von Cosmar Schwarzenberg, Beil. IX. angeführte Schreiben aus Cöln 1. Juli 1649 (Berl. Bibl. Man. Bor. 4°. No. 19) das ein höchst abscheuliches Bild von Burgsdorf entwirft, zeigt wenigstens, wie groß der Haß in gewissen Kreisen gegen ihn war.

im Frühling 1651 seine Verabschiedung erfolgte. Von Untersuchung gegen den, wie viele glaubten, vielfach Schuldigen, von Acten der Ungnade gegen den „gestürzten Günstling" war nicht die Rede, einfach darum nicht, weil der Kurfürst in Burgsdorf nie einen Günstling gesehn hatte, sondern den Diener, dem er auch jetzt noch die geleisteten Dienste anrechnete; er ließ ihm die Papiere, die ihn compromittiren konnten, aus dem Archiv überweisen; er nahm nicht Notiz von den Klatschereien und üblen Nachreden, mit denen der Undankbare ihm vergalt; sein Tod 1652 machte weiteren Aergernissen ein Ende.

Früher sind die Bemühungen erwähnt worden, die der Kurfürst machte, seine verwüsteten Lande wieder empor zu bringen. Je länger, je mehr hatte ihn Burgsdorf gehemmt; seinem Plan, die Spree mit der Oder durch einen Canal zu verbinden, war er entgegengetreten, „weil es den Schweden Ombrage geben würde"; er hätte von den Territorien seiner Güter hergeben müssen, die der Canal durchschneiden sollte. Und wie seine Ansichten den Geheimenrath bestimmten, sollte sich in einem sehr bezeichnenden Fall zeigen.

Schon 1647 hatte Curt Bertram von Pfuel, der mit dem prager Frieden sich aus dem Geheimenrath hatte zurückziehen müssen, den Kurfürsten in Cleve aufgesucht, um ihm einen Plan „zur Verbesserung und Aufnehmung des kurfürstlichen Estats" vorzulegen. Sein Gedanke war, durch ein neues Besteuerungssystem, durch gleiche Vertheilung der Steuerlast nach dem wirklichen Vermögen, durch Ermittelung und Feststellung desselben in den Städten und auf dem platten Lande die zerrütteten Finanzen zu ordnen und dem erschütterten Credit in dem nachgewiesenen Gesammtvermögen eine neue Basis zu geben. Der Kurfürst fand den Plan „nach reiflicher Erwägung" durchaus zweckmäßig und ausführbar; er wies den Geheimenrath in Berlin an, dem Pfuel „alle Beförderung zu leisten".

Pfuel begann damit, dem Geheimenrath den Entwurf zu umfassenden statistischen Erhebungen zuzustellen, auf die das neue System begründet

werden sollte; in einem beigefügten Publicandum an die Ritterschaft, die incorporirten Städte und Kreiscommissarien wurde hervorgehoben, wie das durch den langen Krieg ruinirte Land noch viel schlimmer durch die Art, wie die Contribution von ihnen erhoben werde, leide; „durch diese nach Unverstand, nach Gunst, nach Haß, und nur zu oft zu merklichem eigenen Nutzen angelegten und ausgeschriebenen, darauf ungerechtfertigst abgemahnten, sonderlich durch die Militärexecutionen unbarmherzig erpreßten Kriegscontributionen seien viele tausend Land- und Stadtleute von Brod und Nahrung, von Haus und Hof, an den Bettelstab und ins Elend getrieben". [1])

Allerdings war der Zustand des Landes trostlos. Im Teltow allein waren seit 1624 von 1175 Bauernstellen 841, von 720 Kossathenstellen 420 wüst geworden [2]); und wem anders fielen die verlassenen Felder zu als dem Gutsherrn? Er war die Bauern losgeworden, ohne sie erst auskaufen zu müssen; auf den wüstgewordenen Feldern konnte er um so größere Schaafheerden halten, deren Wolle den sichersten Ausfuhrartikel gab; und wenn er die Stellen, um die für sein erweitertes Hoffeld nöthigen Frohnden und Dienste zu beschaffen, theilweise wieder besetzte, so geschah es zu minderem Recht, als der frühere angesessene Hufner gehabt hatte. Damals entstanden die großen Güter, und nur zu oft wurden die so zu Hoffeld geschlagenen, einst contribuablen Hufen gleich den alten Ritterhufen steuerfrei. [3])

Nicht diese Gesichtspunkte waren es, welche die in Berlin anwesen-

1) Rescript des Kurfürsten an den statthaltenden Kanzler und Geheimenräthe in Berlin d. d. Cleve 1. Nov. 1647. Pfuels Eingabe an den Geheimrath d. d. Berlin 26. Mai 1648; es sind 43 sehr geschickt gestellte Fragen, die von den betreffenden Obrigkeiten beantwortet werden sollen.

2) Fidicin Territorien der Mark Brandenburg I. p. 150 ff. Im Dorf Selchow hatte 1610 die Gutsherrschaft 5 freie Hufen, neben 11 Hufnern mit 53 Hufen; 1624 war das Gutsfeld auf 22 freie Hufen gewachsen, das Bauernfeld auf 36 Hufen mit 8 Hufnern gemindert; 1652 war nur einer von den Hufnern übrig, zwei fremde zogen ein.

3) Daher 1669 und 1670 die Verhöre derer „so bisher einige Hufen von der Contribution eximiret" abgedruckt bei v. Eickstedt Beiträge p. 349 ff.

den Räthe, unter ihnen der alte Kanzler Götze, ins Auge faßten.[1]) Wenn sie voraussetzten, daß Pfuels Plan auf eine Steuerausgleichung gehe, wenn sie eine solche widerriethen, weil daraus „ein ganz confuses Chaos" werden müsse, wenn sie empfahlen, es bei der bisherigen Weise zu lassen, in der verfassungsmäßig die Quoten der verschiedenen Stände und Kreise feststünden und der Kurfürst wisse, was er zu erwarten habe, wenn sie beifügten, solche Maaßregel werde den Schweden allerlei Nachdenken verursachen und im Lande selbst Ombrage machen, so war das freilich nicht dem dringenden Bedürfniß der Reform, nicht der Aufgabe und dem hohen Standpunkt einer obersten Behörde entsprechend, jedoch immerhin nicht ohne allen Grund. Aber sie verwarfen auch jene Erhebungen und zwar aus Gründen höchst auffallender Art: „wie will man denn jemanden, der das Seine zu thun und als getreuer Patriot die Last des Vaterlandes mitzutragen bereit ist, zwingen, sein ganzes Vermögen zu entdecken, als wären E. Kf. D. getreue Unterthanen Hörige und Leibeigene? unser Bemühen ist immer gewesen, gute Vertraulichkeit und Correspondenz zwischen der gnädigen Herrschaft und den Landständen zu erhalten, aber solchem unsern Intent laufen jene Rathschläge ex diametro entgegen; denn es ist in Wahrheit sehr hart, einen liberum et ingenuum hominem so rudement zu tractiren und ad pandenda patrimonii sui arcana zu zwingen". Sie schließen mit dem Antrag, wenn der Kurfürst die Sache weiter führen wolle, „dem von Pfuel andre Leute zu adjungiren, sie aber, welche in dieser Sache mit keiner Verantwortung zu thun haben wollen, daraus zu lassen."

So scharf war damals dem Kurfürsten diese märkische Richtung im Geheimenrath entgegengetreten. Er hatte den Plan fallen lassen.

Jetzt nach der Entlassung Burgsdorfs, welcher der Tod Striepes (1649), der des alten Kanzlers (Dec. 1650) vorausgegangen war, nach

---

1) Der statthaltenden Kanzler und Räthe Gutachten vom 26. Mai 1648, unterzeichnet von Götze (dem Kanzler) A. G. v. Putlitz, Löben, Thomas, v. Knesebeck und Striepe.

der Krisis von 1651, war Größeres möglich und nothwendig; jetzt war Raum für die „Männer der neuen Ordnung", für ein neues System.

Die Grundzüge desselben ergaben sich aus den gemachten Erfahrungen, den gegebenen Verhältnissen, der Individualität des Kurfürsten. Man würde vergebens nach einem Vorbilde suchen, nachdem er sich habe richten wollen.

Angesichts der Gefahren, die ihn umgaben, und in der herausfordernden Stellung, die er, um sich, seine Lande, sein Recht zu schützen, hatte nehmen müssen, erkannte er die Nothwendigkeit, seine Kraft zu sammeln und zu ordnen, auf alle Fälle gerüstet zu sein. Auf fremde Hülfe konnte er nicht rechnen; auf seine eigne Macht, auf seine eigne Autorität, wie Blumenthal es ausgesprochen, mußte er seine Sicherheit stellen.

Drei Dinge waren es, auf die er sein neues System gründete: einheiliches Regiment, Ordnung der Finanz, Organisation der Armee.

Allerdings hatte der Geheimerath von seinem Ursprung an die Bestimmung gehabt, alle Interessen des kurfürstlichen Regiments zu vereinigen und unter Direction des Kanzlers wahrzunehmen. Aber Graf Schwarzenberg hatte ihn mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt, ihn fast aussterben lassen. Mit des Grafen Sturz und in dem ausgesprochenen Gegensatz zu dessen Art des Regiments war er wieder in volle Thätigkeit gesetzt worden; aber weder die Competenz dieses Collegiums, noch dessen Geschäftsführung war geordnet; es erschien überwiegend als eine Institution für die Marken, in der gelegentlich auch von den anderen Territorien und von Fragen der allgemeinen Politik gehandelt wurde. Unter Götzes Führung, unter Burgsdorfs Einfluß waren mehr und mehr die Misstände des Collegialsystems an höchster Stelle hervorgetreten.

Der Kurfürst hatte zunächst die Stelle des Kanzlers nach Götzes Tod unbesetzt gelassen; sein Aufenthalt am Rhein, seine Berathungen mit den dort um ihn versammelten Geheimenräthen vermittelten den

Uebergang zu einer anderen Ordnung. Durch Rescript vom 4. Dec: 1651 wurde sie eingeführt.

Scheinbar enthält dasselbe nur eben eine neue Vertheilung der Arbeiten. Es wurden die Geschäfte in etwa zwanzig verschiedene Titel getheilt, und jeder derselben, mit Ausnahme der Finanzen und der Militärsachen, je einem der Räthe zu steter Bearbeitung überwiesen, zugleich derjenige, der für den Fall einer Behinderung für ihn einzutreten habe, bestellt. Der Kurfürst selbst behielt sich vor die eingehenden Sachen zu eröffnen und an die Betreffenden zu vertheilen, ihr Referat entgegenzunehmen, um, wenn er die Sache dazu angethan hielt, darüber im Rath Vortrag halten und stimmen zu lassen; auf Grund dieser Berathung wollte er dann entweder in der Sitzung selbst oder „im Geheim" (aus dem Cabinet) entscheiden, worauf der betreffende Rath das Weitere zu veranlassen und zu überwachen hatte. 1)

Man sieht, was der Kurfürst wollte. Allerdings sollten alle Geschäfte, „unsere geheime und Landessachen", wie er sagt, in den Geheimenrath münden; aber dieser sollte nicht ein oberstes Regierungscollegium, nicht die Centralregierung sein. In seiner Gesammtheit war er eine berathende Behörde, zusammengesetzt aus den Vertretern der verschiedenen Departements. Nach deren Vortrag und, wenn es *ihm* angemessen schien, nach Anhörung des Geheimenrathes, entschied der Kurfürst; er selbst regierte nicht mit dem Geheimenrath, sondern durch die einzelnen Räthe; im Geheimenrath oder aus dem Cabinet befahl er, was geschehen solle.

Die Theilung der Geschäftszweige war, abgesehn von den Finanzen

---

1) Cleve 4. Decb. 1651. „Neue Verordnung und Disposition, darnach . . . unsre sämmtlichen Geheimenräthe allhier und zu Cöln a/S. unsre Landesgeschäfte künftig zu expediren und zu verrichten haben sollen." Cosmar in der Geschichte des Staatsraths p. 198 ff. hat diese Dinge nichts weniger als richtig aufgefaßt, namentlich der weiteren Ausbildung der neuen Anordnung eine Deutung gegeben, die den Acten nicht entspricht, wie namentlich das Gutachten Seidels zeigt (d. d. Cleve 19. Decb. 1651), der, wie jeder der Geheimenräthe aufgefordert war, sich über den neuen Plan zu äußern.

und den Militärsachen, nicht im heutigen Sinn principiell; bei Weitem die meisten inneren Angelegenheiten blieben den Statthaltern und Regierungen der Territorien und ihren Verhandlungen mit den Ständen. Das Wesentliche war, daß in dem Geheimenrath für jedes Territorium und dessen Angelegenheiten ein Rath bestellt war, so daß alle jene Fäden hier zusammenliefen und nach ihrem Interesse für das Ganze, nach ihrem Zusammenhange auch mit den allgemeinen Fragen der Politik beobachtet und geleitet werden konnten.[1]) Da hatte Schwerin die pommerschen, Seidel die preußischen, Platen die minden-halberstädtschen, Tornow die kurmärkischen Sachen zu bearbeiten, während von den auswärtigen Waldeck die französischen und dänischen, Kleist die polnischen und schwedischen, Löben die den Kaiserhof betreffenden erhielt u. s. w. Für Graf Moritz von Nassau wurde „keine gewisse Expedition" bestimmt, weil er nicht immer bei Hofe sein könne, doch solle er von den Verhandlungen unterrichtet, auch ihm, wenn er anwesend sei, freigegeben werden, „was er zu expediren übernehmen wolle". Aehnliches wurde für Blumenthal, den Statthalter von Halberstadt, bestimmt.

Im Lauf der Zeit ergaben sich manche Modificationen. Namentlich überzeugte sich der Kurfürst von der Unmöglichkeit, selbst, so zu sagen, sein Kanzler zu sein; „um seinen Staat besser zu fassen und sich einige Erleichterung zu schaffen", übertrug er die laufenden Geschäfte des Geheimenrathes 1652 Blumenthal als Director, dann (1656) dem Grafen Schwerin als Oberpräsidenten; nur um so bestimmter entwickelte sich das Verhältniß des Cabinets zum Geheimerath.[2]) Die wachsende Masse der Geschäfte führte weiterhin dazu, das minder Wichtige ohne

1) In diesem Theile des neuen Systems, der Geschäftsführung im Geheimenrath erinnerte Manches an die Rathseinrichtungen, die seit 1553 Wilhelm IV. von Jülich, Cleve, Berg u. s. w. eingeführt hatte, namentlich die Scheidung von Rath und Cabinet.

2) Aus diesem Verhältniß erklären sich die tadelnden Bemerkungen Waldecks über die gegen frühere Zeit mindere Tüchtigkeit des Geheimenrathes, über seine oft schläfrigen Berathungen, über ungenügende Protocolle (aus einem denkwürdigen Gutachten vom Februar 1655).

unmittelbare Mitwirkung des Kurfürsten zu erledigen; zu einer festen Scheidung der Ressorts kam es nicht.

Nur die der Finanzen und des Kriegswesens wurde schon 1651 abgesondert und in eigenthümlicher Weise organisirt.

Die Finanzen des Kurfürsten waren gründlichst zerrüttet, nicht bloß in Folge der langen, furchtbaren Kriegszeit und der Rüstungen von 1651, sondern und mehr noch durch den Mangel an Ordnung und Controlle, durch die „vielen Unterschleife, die sich bisher eingeschlichen", durch die immer lähmende und verzettelnde Einwirkung der Stände, die sich in allen deutschen Territorien wiederholte und welche mehr als alles andere die Hülflosigkeit, die Erniedrigung des deutschen Wesens in den dreißig Kriegsjahren verschuldet hatte, durch sie ins Unermeßliche gesteigert war.

Auch in anderen Territorien sind damals Versuche gemacht worden, Abhülfe zu schaffen; Seckendorfs „deutscher Fürstenstaat", der 1656 erschien, zeigt, wie eingehend auch theoretisch diese Fragen erörtert worden sind. Der Weg, den Friedrich Wilhelm einschlug, hatte mit den finanziellen zugleich sehr bestimmte politische Ziele.

Zwei Grundfehler hatte das hergebrachte System: einmal die verfassungsmäßige Gesondertheit jedes Territoriums und die damit zusammenhängende Vielheit coordinirter und ständisch gelähmter Finanzverwaltungen; sodann die Naturalwirthschaft, in der der Ertrag der Domainen, Bergwerke, Jagden, Forsten u. s. w. fast für die Verwaltung drauf ging.

Mit dem Rescript vom 4. Dec. 1651 begründete der Kurfürst eine Centralstelle für seine Finanzen. Er ernannte vier Mitglieder des Geheimenrathes, Waldeck, Schwerin, Blumenthal und Dr. Tornow zu Staatscammerräthen und gab ihnen in einer eingehenden Instruction (von Schwerins Hand) die Grundsätze an, nach denen sie zu verfahren hätten.

Das Einzelne und Technische muß ich übergehen. Vor Allem forderte er von ihnen, daß „das Einkommen in eine richtige Verfassung gebracht, die Ausgaben damit recht proportionirt werden", weil man

„viele Lande und Leute eher nicht recht genießen könne", vielmehr sie „ohne solche Balance zu Beschwer und Confusion dienen". Er wies sie an, wie sie über alle Einnahmen, Ausgaben, Schulden u. s. w. Buch zu führen, wie sie „in allen unsern Landen die Rechnungen sowohl unsrer Domainen, wie auch bei den Landschaften, Städten und Contributionseinnehmern zu betreiben" hätten; „wir haben, sagt er, seit dem hergestellten Frieden unsre Gedanken vornehmlich darauf gerichtet, daß wir einen präcisen Staat aller unsrer Lande stets bei uns haben, damit wir die Verbesserung unsres Einkommens um so viel leichter befördern und den vielen Unterschleifen und Unordnungen abhelfen können." Er beauftragte sie, dafür zu sorgen, daß alles, was in den einzelnen Landschaften über die ordentlichen Ausgaben einkomme, „zu unserm eigenen Gewahrsam gebracht und mit der Zeit ein Vorrath gesammelt werde". Er überträgt ihnen das ganze Finanzwesen, seine Chatoulle, seine persönlichen Einkäufe mit eingeschlossen, und verpflichtet sich, „wenngleich einer oder der andere auf unrechten Bericht etwas dagegen erhielte, solches auf ihr unterthänigstes Erinnern wiederum abzustellen".

In Betreff der Domainen — und damit trifft er den zweiten Hauptfehler — trägt er ihnen auf, zu untersuchen, ob es nicht besser sei, den Hofstaat, wie zunächst für das nächste Jahr geschehen soll, allezeit aus baaren Mitteln zu unterhalten und die Aemter an gute Wirthe zu verpachten. „Theils durch die Hofhaltung", die bisher auf die Naturallieferungen der Domainen gestellt gewesen ist, „theils durch die in den Aemtern gewesenen und zum Theil noch seienden vielen Diener" sind dieselben „sehr ruinirt". Es ist das dringendste Bedürfniß, daß sowohl der Vergeudung am Hofe, wo hunderte mit zehren, als der faulen und unordentlichen Verwaltung auf den Gütern durch Baarzahlung hier und dort, durch Einführung der Geldwirthschaft ein Ende gemacht wird. [1])

1) Rescript an die Amtskammer zu Cöln a/S. d. d. Cleve 14. Jan. 1652. „Und sind wir also im Werk begriffen, unsern Hofstaat also zu reduciren, daß hinführo alle unsre Diener mit einem gewissen Gelde richtig gezahlt und dagegen alle Deputatstücke.... aufgehoben werden sollen".

Schon im Anfang 1652 werden die Publicationen „zur Arendirung“ erlassen; die Amtsräthe in den verschiedenen Aemtern haben bereits ihre Anschläge über die vorhandenen Vorräthe eingeliefert und werden angewiesen, sie zum Verkauf bereit zu halten. Die Amtskammer selbst braucht fortan nicht als besondere Behörde zu bestehen, sie wird mit der Hofrenthei vereinigt.[1])

Zugleich wird dem Staatskammerrath aufgetragen, ein genaues Verzeichniß der zum Hofstaat gehörigen Personen und ihrer Besoldungen zu machen, „in dem S. Kf. D. deren zwar seinem Stande gemäß, aber nicht unnütze haben will“, und zugleich einen Anschlag, was „der so verfaßte Hofstaat“ kosten wird, festzustellen. Sie sollen jede Woche die Rechnungen des Hofstaates revidiren, um allen Unterschleif gründlichst abzustellen.

So wie man einmal ernsthaft anfaßte, zeigte sich, wie heillos überall gewirthschaftet war. In Cleve war 1641 der Nettoertrag der Domainen jährlich 40,000 Thlr., in der Grafschaft Mark 8000 Thlr., und sie waren seitdem durch Verpfändung, durch Kriegsschäden u. s. w. bedeutend gemindert.[2]) Im Herzogthum Preußen, wo fast 50,000 Hufen landesherrlicher Güter waren, verschlangen, wie die spätere Darstellung zeigen wird, die Kosten der Verwaltung fast den ganzen Ertrag. In den Marken waren die Misstände fast nicht minder groß. Die bei den Zöllen Angestellten waren mit ihren Zahlungen im Rückstande, während sie die Schiffer und Frachtfuhrleute „übersetzten und unordentlich mit ihnen procedirten“; namentlich von Hamburg kam Klage darüber, „und die Kaufmannschaft sucht andere Wege zu Wasser und zu Lande“.[3]) Eine ganze Reihe landesherrlicher Güter in den Marken war zum Theil für

---

1) Rescript d. d. Cleve 29. Jan. 1652.

2) Dieß nach dem „Status der clevisch und märkischen Rechenkammer aufgesetzt den 19. Aug 1641“ (Düsseld. Arch.) ein Actenstück, das in seiner Ausführlichkeit mir besonders lehrreich gewesen ist.

3) Bericht der Rechenkammer über den Zoll in Lenzen 24. Feb. 1652.

unverhältnißmäßig geringe Schuldforderungen Edelleuten überwiesen worden, von denen mehr als einer die Zeit günstig hielt, solchen Besitz „gewisser Maaßen erblich an sich zu bringen“.[1]) Die Instruction für den Staatskammerrath empfahl daher dringend „die Einlösung derjenigen Pfandschaften, woraus die Creditoren unbillig Wucher ziehn“.

In der That der Kurfürst brauchte nicht neue Provinzen zu erobern, um seinen Staat emporzubringen; und sein ganzer Sinn war darauf gerichtet, die größeren friedlichen Eroberungen im eigenen Lande zu machen, die durch Ordnung, Aufsicht, Gewöhnung an Treue und Pflicht zu gewinnen waren.

Freilich es gab da unermeßlich zu thun, tief eingerostete Schäden zu beseitigen, den zähesten Widerstand der faulen Gewohnheit und des Eigennutzes zu brechen; und bei Weitem nicht wurde es möglich, auch nur in den Marken leidliche Ordnung zu schaffen. Auch die zunächst eingeführte Form der Finanzverwaltung erfuhr noch mancherlei Veränderungen; mehr als ein Versuch sollte noch mislingen, mehr als ein Conflict mit den Ständen noch durchgekämpft werden.

Aber es war doch ein Anfang gemacht; es waren die richtigen Principien erkannt, um die schlimmsten Schäden der feudalen Wirthschaftsweise zu beseitigen, ohne daß man sich zu dem Radicalismus ihrer Ausführung hinreißen ließ, der demnächst in Schweden den Namen der Reductionen so furchtbar machen sollte. Nicht minder vermied man die Gefahr, an der Frankreich krankte, die Gefahr, durch das abstract durchgeführte System der Verpachtungen auch die Zölle und Steuern in die Hände von Unternehmern fallen zu lassen, welche sich auf Kosten des Staats und der Pflichtigen zugleich bereicherten; „es wird uns zwar“,

---

1) Rescript des Kurfürsten an die Amtskammer d. d. Cleve 29. Jan. 1652, in Betreff des Hans v. Rochow, der das Lehninsche Gut Phöben, und des Georg Wilke v. Rochow, der das Amt Potsdam, das die v. Haakschen Erben in Pfand hatten, zu erwerben wünschte. — Besonders lehrreich sind für die Domainenverhältnisse in den Marken die jüngst von Herrn Zietelmann herausgegeben Etats für die Neumark 1652 (Zeitschrift des historischen Vereins für d. Neumark 1863).

schreibt der Kurfürst, „von vielen gerathen, unsre Wasser- und Landzölle ebenfalls zu verpachten, aber wir können uns noch nicht dazu verstehen.“ 1) Es leitete ihn nicht bloß das fiscalische Interesse; überall bestimmten ihn zugleich die Rücksichten, die er auf des Landes Gedeihen, auf „seiner armen Unterthanen Aufnehmen“ zu nehmen habe; mit Vorliebe braucht er den Ausdruck, daß er sich ihnen „als ein rechter Landesvater“ zu erweisen habe. Auf das Behutsamste und mit selbstständiger Kunde verfuhr er in allen diesen Dingen der inneren Verwaltung; er widmete ihnen unausgesetzt seine Sorgfalt, „da ein wohlbestelltes Regiment, so ist sein Ausdruck, auf nichts fester und gewisser beruht, als auf eine accurate Oeconomie und deren sorgfältige Beobachtung“, und da man in ihr und nur in ihr „die Mittel gewinnt, allen anstoßenden Mächten alle Augenblicke begegnen zu können“.

Freilich mit den finanziellen Mitteln allein war es nicht gethan; die Sicherheit des Landes forderte noch etwas anderes als daß Mittel vorhanden seien, im Nothfall Kriegsobristen in Dienst nehmen und Volk werben zu können. Es mußten dauernde militärische Einrichtungen, eine feste und allezeit fertige Kriegsverfassung geschaffen werden, und dazu bedurfte es vor Allem einer einheitlichen und geregelten Leitung der einschlagenden Geschäfte.

In dem Rescript, das die Thätigkeiten des Geheimenrathes ordnet, heißt es: „alle Sachen, so die militia concerniren und Expedition fordern, es sei denn, daß wir sie ins Geheim und allein resolviren, sollen in des Grafen von Waldeck Expedition gehören und ihm in ordinariis der von Putlitz und Ewald von Kleist adjungirt werden“. Also Waldeck erhielt diese Expeditionen und ihm, dem General, wurden zwei Männer der Verwaltung beigegeben. Dem Feldzeugmeister Otto von Sparr blieb, wie es scheint, der Oberbefehl der Armee, wie er ihm im Sommer 1651 übergeben war; aber die Militärverwaltung erhielt Waldeck; von

1) Rescript an die Amtskammer d. d. Cleve 29. Jan. 1652.

ihm und, wenn der Kurfürst selbst resolvirte, durch ihn wurde sie geführt. Es war der entschiedene Gegensatz der collegialischen Form, welche früher auch in militärischen Sachen, wohl nach dem Muster des kaiserlichen Hofkriegsrathes, beliebt worden war.[1])

Eine Kriegsmacht, die allen anstoßenden Mächten in jedem Augenblick hätte begegnen können, dauernd in Sold zu halten, würden die Mittel des kurfürstlichen Etats nicht hingereicht haben. Indem man Aushülfe suchte, kam man auf Combinationen eigenthümlicher Art.[2])

Die eine war, daß man sich entschloß (1654) „etliche Völker in Wartegeld zu nehmen", und zwar in der Art, daß die Dörfer (Amtsdörfer) angewiesen wurden, bereits gediente und mit guter Kundschaft versehene Leute auch mit Weib und Kind aufzunehmen, ihnen freie Wohnung, Brodkorn u. s. w. nebst 3 Thlr. jährlich Wartegeld zu geben gegen die Verpflichtung, sich, wenn sie einberufen würden, zu stellen und gegen den gewöhnlichen Sold zu dienen; bis dahin wurde ihnen gestattet ihrem Erwerb nachzugehen; eine Maaßregel, die zugleich für den Wiederanbau des verödeten platten Landes die besten Folgen versprach.

Die andere Maaßregel griff tiefer ein. Rechtlich bestand überall noch die alte Lehnsfolge und Landfolge und deren Pflicht zur Landesvertheidigung. Daß sie so völlig hatten verkommen können, war eine der schlimmsten Folgen der Libertät; in dem Maaße als man dieser Herr wurde, konnte man die alte Pflicht wieder geltend und den veränderten militärischen Verhältnissen entsprechend machen.

---

1) Waldeck sagt in dem angeführten Gutachten vom Feb. 1655, indem er, sonderbar genug ein laudator temporis acti, den derzeitigen Zustand des Staates lebhaft tadelt, „ein Kriegsrath war bestellt, welcher auf alle Kriegssachen sahe, welcher jetzt fehlt." Waldeck hat dann diesen Satz wieder gestrichen.

2) Von den Acten, welche diese Dinge betreffen, scheint außerordentlich wenig erhalten zu sein; vielleicht, daß sich in den Provinzialarchiven noch manches verbirgt. Die „militärische Geschichte des großen Kurfürsten", die in Aussicht steht, wird hoffentlich weitere Aufklärung bringen. Ich folge dem, was mir aus den Acten des Staatsarchives und aus den Arbeiten von Orlich, Gansauge, Hennert, Baczco u. s. w. bekannt geworden ist.

Schon 1651 hatte der Kurfürst in der Grafschaft Mark, als der Einfall der Lothringer sie bedrohte, die Amtseingesessenen aufgeboten, die Pässe und Landwehren zu besetzen, während er sein Kriegsvolk nach Duisburg zusammenzog. Als 1654 die clevischen Lande von Condé und Lothringen bedroht schienen — die staatischen Besatzungen deckten nur das Gebiet der Festungen auf Kanonenschußweite — ließ er „die Lehnsleute Sattelmeier und den Ausschuß" aufbieten, das Volk in Compagnien theilen, Officiere bestellen, übertrug seinem Obristleutnant Hundebeck das Commando; der Grafschaft Mark wurde befohlen, die Festung Hamm, wenn die kurfürstliche Besatzung zum Rhein abrückte, mit „Landschützen" zu besetzen. Im Jahr drauf, als bei drohendem Kriege Kolberg stärker besetzt werden mußte, wurden 400 Mann von der pommerschen „Landfolge" in die Festung commandirt, die terminweise von andern aus der Landfolge abgelöst wurden.

Versuche, aus der alten Land- und Lehnsfolge ein dauerndes „Defensionswerk" zu schaffen, waren in Preußen seit 1602 mehrere gemacht worden; natürlich da wie überall in der Weise, daß der Gutsherr mit seinem Vasallendienst zugleich für seine Gutsunterthanen genug that, selbst die Werbung in seiner „Herrschaft" versagen konnte. Neben der Lehnsfolge und der bürgerlichen Bewaffnung, der zunächst die Vertheidigung der eigenen Stadt oblag, standen die „Wibranzen" aus den Aemtern — im Jahr 1639 neben 2000 Ritterpferden 700 Wibranzen; sie waren schon nicht mehr bloß loses Volk unter Waffen; sie wurden ordentlich „gedrillt", sie erhielten, wenn sie zum Drillplatz eingezogen wurden, Sold und Verpflegung, ihre Hauptleute reisten jährlich zweimal in die Aemter, sie, ihre Waffen und Bekleidung zu inspiciren.

Man sieht, welche Elemente der Weiterbildung da vorhanden waren. Die großen Rüstungen von 1655 führten sie einen großen Schritt weiter. Da wurde angeordnet, daß, wer zum Lehndienst aufgerufen nicht erschien, nach der ersten Ladung 50, nach der zweiten 100, nach der dritten 200 Thlr. Strafe zahlen müsse; es wurde unter ähnlichen Stra-

fen von den Städten auf zehn Häuser, von dem platten Lande (den Rittergütern) auf zwanzig Hufen ein Bewaffneter gefordert. Es folgte ein General-Aufgebot „Mann für Mann". So zunächst für Preußen.[1])

Man hätte mit dem aufgebotenen Volk nichts als todte Masse gehabt, wenn man es nicht durch Abrichtung und Disciplin soldatisch zu machen verstand. Noch bestanden die Compagnien des Fußvolks ungefähr zu zwei Dritteln aus Musketieren, einem Drittel aus Pikenieren; die 32 Griffe mit dem Spieß, die mehr als 40 mit der Muskete, das Dubliren der Reihen, das Schließen der Glieder, das Aufmarschieren aus der Colonne in Linie[2]) mußte geübt sein, um den Massen das Gefühl der Festigkeit und des sichren Erfolges zu geben. Ausgebildete waren dann, auch wenn man sie vom Pflug oder aus der Werkstatt einberief, in kürzester Frist wieder eingewöhnt, zumal wenn man sie in altgediente Compagnien einordnete; man hatte das Material, im gegebenen Fall die Armee rasch und in tüchtiger Weise zu verdoppeln.

Ich wage nicht zu sagen, in wie weit man die Wirkungen dessen, was man so angeordnet, im Voraus übersah und berechnete. Aber demnächst, im Gedränge der Gefahr zeigte sich, daß es richtig gedacht und practisch wirksam war.

Und das ist in dieser wie in allen Neuerungen Friedrich Wilhelms das Bezeichnende. Es ist die gesunde Empfindung für das Wirkliche und Wirksame, mit der er die Dinge erfaßt; es ist der große und sichre Instinct des Staatszweckes, der ihn leitet. Dieser erfüllt ihn ganz; auf ihn bezieht sich ihm, von ihm aus bestimmt sich ihm Alles.

---

1) Für Preußen ist besonders lehrreich, was König in einem Heft seiner Collectaneen (Bibl. zu Berlin Ms. bor. Fol No. 317) gesammelt hat. Ein Defensionsplan für die Mark (Mss. bor. 4° No. 41), der nach Gansauge (das brandenb. preuß. Kriegswesen p. 44) aus der Mitte des 17. Jahrhunderts ist, ist nach 1610 und vor 1620 geschrieben.

2) Leider ist von Acten, welche diese Dinge betreffen, im Staatsarchiv so gut wie nichts mehr vorhanden; sie sind wohl nie in dasselbe gekommen, sondern im Kriegsdepartement verblieben, wo sie wohl im Anfang des 19. Jahrhunderts cassirt sein dürften. Eine genauere Erforschung der Provincialarchive, namentlich

Was jetzt geordnet worden, war noch bei Weitem kein abschließendes und fertiges Werk; es waren Grundzüge, die in der Ausführung sich näher bestimmen, in mehr als einer Umformung sich berichtigen und vertiefen sollten.

Aber der Gedanke war gefunden, der eines Regiments, das sich über die hergebrachten Hemmungen des bloß territorialen und ständischen Wesens, über die falsche Alternative von Libertät und dynastischer Landesherrlichkeit erheben, und die Summe der öffentlichen Macht, alle ihre Functionen in der Hand des Regenten monarchisch vereinigen sollte. Nicht ein höchstes Collegium, nicht Minister für die verschiedenen Verwaltungszweige, noch ein einzelner Premierminister, sondern der Kurfürst persönlich regierte.

Man hat von Louis XIV. gesagt, er zuerst habe es unternommen, sein eigener Minister zu sein; er habe die ministerielle Allgewalt, in der Richelieu und Mazarin das Wesen des modernen Staates entwickelt, mit der Majestät des Königthums vereinigt; seine nächste Bedeutung für die europäische Geschichte liege darin, daß er diese Vereinigung vollzogen; alle Fürsten, die als Selbstherrscher sich einen Namen gemacht, seien seinem Vorbilde gefolgt.

Ein Jahrzehent, bevor Ludwig XIV. die Zügel der Regierung selbst ergriff, hatte der Kurfürst jene neue Ordnung seines Staatswesens gegründet, nicht indem er, wie der junge Monarch Frankreichs, eine fertige ministerielle Allgewalt in seine Hand nahm — er hatte damit begonnen, die Anfänge einer solchen, wie sie Graf Schwarzenberg gemacht, zu zerbrechen — sondern so, daß er selbst erst die einheitliche Gewalt schuf, kraft deren aus so und so vielen Territorien Ein Staat, aus der hergebrachten deutschen Landeshoheit die Monarchie werden sollte. Nicht nach dem Vorbilde Ludwig XIV. hat er Selbstherrscher zu sein versucht;

---

des Königsberger, dürfte vielleicht noch Einiges ergeben; hoffentlich wird die Bearbeitung der „militärischen Geschichte des großen Kurfürsten", die in Aussicht steht, dazu Anlaß bieten.

in ihm selbst war das Bild des Staates, der wohl monarchisch, aber doch wesentlich aus deutschem Wesen und im reformirten Geist sich gestalten sollte, eines Staates, von dem er, als er begann, nichts fand, als die leere Stelle, wo er ihn gründen, die wüsten Stoffe, aus denen er ihn auferbauen konnte, und welchem am Ende nichts als die Majestät des Königthums, ja von dieser auch nur der Name fehlen sollte.

Es kostete noch lange und schwere Kämpfe, ihn aufzurichten, Kämpfe gegen die Reichsgewalt, gegen das Ausland, gegen die eignen Stände.

Die deutsche Frage.

Der Friede von 1648 hatte bestimmt, daß sechs Monate nach der Ratification ein Reichstag gehalten werden solle.

Am 8. Febr. 1649 waren die Ratificationen ausgewechselt; aber es verging Jahr auf Jahr, ohne daß ein Reichstag zusammenkam.

Nach dem, was ihm das Friedensinstrument zu erledigen zugewiesen hatte, war seine Aufgabe eine andere als die irgend eines früheren Reichstages. Das Reich war ohne Verfassung und Regiment, so lange diese constituirende Versammlung aller Glieder des Reichs nicht eine neue Ordnung der Dinge vereinbart hatte.

Das Reichsoberhaupt hatte kein Interesse dabei, es zu festen Formen kommen zu lassen, die einmal geordnet dem im Trüben fischenden östreichischen Einfluß das Spiel verdorben hätten. Und der Kurerzkanzler, der das Directorium der Reichsgeschäfte führte, der kluge Johann Philipp von Schönborn, Kurfürst zu Mainz, glaubte besser als mit einem neuen Reichsrecht sei dem gemeinen Wesen gedient, wenn man diplomatisirend die Dinge hinhalte und den Umständen Rechnung trage.

Desto rühriger war die Krone Schweden, ihre Gegenstellung im Reich zu organisiren. Sie trat für ihre Fürstenthümer Bremen und Verden mit den Herzogen von Braunschweig, dem Grafen von Hoya, dem Landgrafen von Cassel zu der sog. hildesheimischen Allianz zusammen (14. Febr. 1652), deren Zweck dem Wortlaut des Vertrages nach bloß „auf Conservirung von Land und Leuten" gerichtet war. Aber die Verbündeten verpflichteten sich zu einer geordneten Kriegsverfassung, zu steter

Kriegsbereitschaft ihrer Contingente. Schon darin unterschied sich dieser Bund von den üblichen Kreisvereinigungen; er nannte sich zwar für den niedersächsischen Kreis bestimmt, aber mit Cassel griff er in den rheinischen, mit Hoya und Verden in den westpfälischen hinüber. [1])

Mit dieser Union verband Schweden sofort ein weiteres Project. Schon 1642 in der Schrift des sog. Hyppolithus a Lapide, die für ein Programm der schwedischen Politik gelten durfte, waren in Betreff der Kaiserwahl Vorschläge sehr radicaler Art gemacht; es war empfohlen worden, durch die Reichsstände insgemein die Capitulation feststellen, die Wahl vollziehen zu lassen: nur so könne man, was die dringendste Nothwendigkeit sei, das Haus Oestreich zur Seite schieben; man müsse, um eine Dotation für den künftigen Kaiser zu schaffen, theils gewisse östreichische Lande einziehen und in Kronlande des Reichs verwandeln, theils den Kurfürsten ihre Zölle und andre stattliche Stücke, die ihnen das Haus Oestreich für die Wahl zugewandt, wieder nehmen und der kaiserlichen Krone zuweisen. [2]) Hiernach war es zu verstehen, wenn die Schweden in das Friedensinstrument den Ausdruck gebracht hatten: „über die künftige Königswahl und die beständige Wahlcapitulation solle der nächste Reichstag Bestimmungen treffen [3])"; es war damit das Recht der Kurfürsten zu wählen und in der Form der Capitulationen „neue Gesetze und Statuten für das Reich zu machen" in Frage gestellt.

Daß von Schweden dieser Gedanke festgehalten, daß „bereits stark

---

1) Mir hat eine Abschrift des hildesheimischen Vertrages mit den Bemerkungen der kurfürstlichen Räthe d. d. 10. Nov. 1654 vorgelegen.

2) So Blumenthal in seinem Gutachten vom 19. Feb. 1652. Seine Angaben aus dem Hippolithus a Lapide sind nicht ganz genau, das Wesentliche steht allerdings P. III. sect. 2. domus Austriacae exstirpatio u. sect. 3. novi Imperatoris electio et capitulationis eidem praescribendae modus.

3) J. P. O. 8. 3. (M. 9. 64) habeantur autem comitia Imperii intra sex menses a dato ratificatae pacis . . . In proximis vero comitiis emendentur inprimis anteriorum conventuum defectus, ac tunc quoque de electione Romanorum regum, certa constantique Caesarea capitulatione concipienda . . . . legitimo munere directorum in Imperii collegiis et similibus negotiis, quae hic expediri nequiverant, ex communi statuum consensu agatur et statuatur.

dafür gearbeitet werde", war reichskundig. Was half, wenn er durchdrang, dem Hause Oestreich die mit so vielen Freveln erkaufte Majorität der katholischen Kurfürsten? es hatte dann doppelt zu bereuen, daß es zur Verwandlung so vieler geistlicher Reichsfürstenthümer in weltliche seine Zustimmung gegeben. Und den Kurfürsten im Reich entging mit dem Wahlrecht der Mittelpunkt ihrer „Präeminenz", ihr „größtes und köstlichstes Kleinod"; ja mehr als das, sie waren dann von der Majorität der Kleinen und Kleinsten abhängig, die, meist evangelisch wie sie waren, unfehlbar der Führung der kühnen und rücksichtslosen Politik Schwedens folgten. Der Friedensstand des Reiches wiederholte und verewigte dann die Gegenstellung des furchtbaren Krieges, und die Krone Schweden hatte die Geschicke Deutschlands in ihrer Hand.

Begreiflich, daß Friedrich Wilhelm die drohende Gefahr am lebhaftesten empfand. Aber er sah zugleich, welche Waffe sie ihm gegen Schweden, welche Handhabe in den deutschen Dingen bot.

Man war bisher am Kaiserhofe mehr als gleichgültig gegen sein Interesse gewesen; vergebens hatte Crocow, der nach Wien gesandt war, um Intercession wegen Pommerns gebeten; der Auftrag, den der Kaiser an Kursachsen und Brannschweig gab, in Stockholm die Ueberweisung Pommerns zu befürworten, steigerte nur den Uebermuth der Schweden. Zu der Forderung der Seezölle fügten sie jetzt auch noch die von rückständigen 200,000 Thlr. Armistitiengelder: auch diese müßten gezahlt sein, ehe Hinterpommern geräumt werden könne. „Sie werden mit stetigen und nichtigen Vorwänden so lange fortfahren, bis sie von den Polen entweder alles erlangt oder gar keine Hoffnung mehr dazu haben."[1]) Der Kurfürst erbot sich ihnen bis zu rechtlicher Entscheidung die Seezölle zu lassen; selbst der Reichshofrath erklärte, daß Brandenburg in vollem Recht sei, wenn es auf die Räumung Pommerns bestehe.

Dem siechen Kaiser lag nichts mehr am Herzen, als die Nachfolge

---

1) So Blumenthal in dem Gutachten vom 19. Feb. 1652.

im Reich sicher zu stellen. Kam es nicht vor dem Reichstag zu der gewünschten Wahl, erhielt Schweden wegen der Reichsfürstenthümer, mit denen es noch nicht belehnt war, Session auf demselben, so mochte er die Hoffnung auf die Wahl des jungen Königs von Ungarn aufgeben. Es war auch im Interesse des Hauses Oestreich, wenn Brandenburg hartnäckig in der Pommerschen Sache den Schweden widerstehend den Vorwand gab, ihnen die Investitur für Pommern, Bremen, Verden noch vorzuenthalten.

Auch die Präeminenz der Kurfürsten deckte jetzt noch der Widerstand Brandenburgs; mochten sie endlich lernen, daß sie sehr wenig in ihrem Interesse handelten, wenn sie ihn so ohne allen Beistand gegen Schweden ließen, oder gar wenn Kurcöln aus Rücksicht auf Pfalz Neuburg, Kursachsen in erneuter Hoffnung auf die jülichschen Lande, der Hof von München auch jetzt nach Maximilians Tod in der hergebrachten Weise wider ihn Parthei hielten.

Die Kurfürsteneinung war während des langen Krieges völlig in Abgang gekommen; der alte Johann Georg von Sachsen war der letzte, der sie beschworen; „sollte er Todes verfahren, ehe er andere wieder aufgenommen, so ist jene ganze Einigung verloren und es ist sehr zu zweifeln, ob die übrigen Fürsten eine Erneuerung derselben zulassen werden.“ Bald waren von Berlin aus Unterhandlungen um die Erneuerung der Union, um die Berufung eines Reichstages im Gang. [1])

Nur um so lebhafter forderten jetzt die Fürsten und Stände namentlich Norddeutschlands den Reichstag. Björnclou, der seit acht Monaten in Wien als schwedischer Gesandter war, aber seine Creditive noch nicht überreicht hatte, weil er für seine Königin Titel in Anspruch nahm, die ihr erst die förmliche Belehnung geben konnte, erklärte jetzt, daß er Auftrag habe, über die Investitur zu verhandeln; die Erbietung schien ge-

1) Kleist wurde an die rheinischen Kurfürsten, Platen nach Dresden, Crocow nach München gesendet, Jan. 1652, also vor dem oft erwähnten Gutachten Blumenthals, das Aehnliches räth.

nügend, sie zu erhalten; um so herrischer wurden die schwedischen Commissare, die in Stettin mit den Brandenburgern tagten. Aber auf den Widerspruch Brandenburgs in Wien versagte der Kaiser die Investitur.

Der Kurfürst hatte keineswegs die Zustimmung aller seiner Räthe in seinem bisherigen Verfahren gegen Schweden gehabt; manche meinten, nur Schweden könne ihm den Besitz der säcularisirten Bisthümer sichern, die der Kaiser und die römische Kirche nicht aufhören würden zurückbringen zu wollen. Selbst Blumenthal hatte allen Nachdruck auf das doch gemeinsame Interesse mit Schweden gelegt: man möge sich nach Möglichkeit überwinden und um eines Geringen willen die Erlangung des Uebrigen nicht aufhalten. Jetzt begann sich zu zeigen, was es bedeute, daß der Kurfürst hart gegen Schweden hielt, daß er an seinem Theil es möglich machte, den entscheidenden Reichstag, ja die Königswahl ohne Schweden, wenn es in seinem Trotz verharrte, zu halten.

In des Kurfürsten Hand lag es, die herrische Schwedenmacht mit ihrer deutschen Politik auflaufen zu lassen.

Nicht ohne Erstaunen sah „die ehrbare Welt" jetzt den Kaiserhof die Berufung des Reichstags betreiben. Es kamen Botschafter an die Kurfürsten, ihre Zustimmung einzuholen.[1]) Der Kaiser ließ andeuten, daß er zugleich die Wahl eines römischen Königs wünsche. Er sprach gegen Crocow den Wunsch aus, demnächst, wenn er sich nach Prag begeben werde, den Kurfürsten dort zu empfangen.

Die Dinge waren endlich im rechten Gleis. Mochte man in Wien noch voller Bedenken sein, ob man wagen dürfe, Schweden nicht zum Reichstag zu laden, ob es nicht genüge, wenn man die Ladung bedingungsweise fasse[2]), mochten Kurpfalz und die drei geistlichen Kurfürsten vor

1) Caesari placebat auctoritati Electorum conservandae praecavere, ne reliqui ordines hunc actum si citra praeviam Electorum requisitionem comitia nunc haberentur in praejudicii vicem deinceps allegarent Puf. III. §. 60. Das Ausschreiben zum Reichstag nach Regensburg auf den 1. Oct. 1652 ist datirt Wien 22. April 1652. Londorp VI. 658.

2) Die Bedingung sollte lauten, daß Schweden praestanda prästire, ohne bestimmte Angabe der Leistung. Puf. III. §. 60.

einer so schweren Beleidigung der mächtigen Königin warnen, Friedrich Wilhelm erklärte dem kaiserlichen Gesandten, der des Reichstags wegen zu ihm kam: „je lebhafter Schweden auf dem Reichstage zu erscheinen wünsche, desto mehr habe man Grund zu fordern, daß es den Frieden, kraft dessen es dort zu erscheinen einen Anspruch habe, erst selbst erfülle“.

Im Juli 1652 kam der Kaiser nach Prag; nach und nach fanden sich die meisten Kurfürsten dort ein; Friedrich Wilhelm nicht: er sei, sollte Cracow, wenn er gefragt würde, erklären, noch nicht in der Lage, daß dem Kaiser seine Ankunft angenehm sein könne, er wünsche vor dem Kaiser mit Dank zu erscheinen, nicht mit Beschwerden; zu andern sollte er sagen, daß der zwischen Holland und England entbrannte Krieg ihn noch nöthige in Cleve zu bleiben.

Allerdings war das schonende Verfahren des Kaisers nicht eben geeignet, die Schweden zu entmuthigen; es gab eine Parthei am Hofe, die eine Allianz mit der Krone Schweden wünschte, da der Kaiser sich auf sie besser als auf irgend einen Fürsten im Reich verlassen könne. Der spanische Gesandte, der am kaiserlichen Hofe den größen Einfluß hatte, wirkte in diesem Sinn. Man war nicht abgeneigt, einen Indult auszustellen, der die Berufung Schwedens zum Reichstag auch ohne Investitur gestatte. Jetzt kam Benedict Oxenstjerna nach Prag als außerordentlicher Gesandter, um die Belehnung in aller Form zu empfangen. Mit größter Sorge sah Crocow, wie sich die Gesichter aufheiterten; er fürchtete, daß die Investitur wegen Bremen und Verden ertheilt werden und Schweden dann für diese Session nehmen, die Belehnung mit Pommern gern entbehren werde. Oxenstjerna hätte erreicht, was er wollte, wenn er die stattlichen Lehnsgebühren, auf die man längst lüstern war, mit sich gebracht hätte. Aber die Schwedischen Herren waren nicht gewohnt zu zahlen, sondern zu fordern; da offenbar wurde, daß mit leeren Händen gekommen, eilte man, den schon ausgefertigten Indult zu cassiren.

Nur um so dringender empfahl man dem Kurfürsten, wegen der

Zölle es nicht zum Aeußersten zu treiben, mit der angebotenen Hälfte des Ertrages zufrieden zu sein; wenn er auch das Recht auf seiner Seite habe, so sei es doch ganz unmöglich, dasselbe von Reichs wegen geltend zu machen; schon habe der Kurfürst von Heidelberg erklärt, daß er für die Herstellung Pommerns auch nicht einen Kreuzer zahlen werde; und wenn man ja, was Gott verhüte, zu den Waffen greifen wolle, so sei der Ausgang höchst zweifelhaft, und auf den Beistand der Reichsstände gar nicht zu rechnen, von denen die einen zu Schweden hielten, die andern dem Kurfürsten die Entschädigungen, die er erhalten, misgönnten.

Freilich das Hauptgeschäft, um das es sich in Prag handelte, die Verabredung zur Wahl eines römischen Königs, kam damit nicht weiter. Die glänzenden Zusicherungen, welche bereits jeder der Herren Kurfürsten für seine Wahlstimme erhalten hatte, steigerte den reichspatriotischen Eifer derselben zur Ungeduld.[1]) Dringend baten Mainz und Sachsen den Brandenburger, daß er kommen möge, dann werde sich leicht alles weitere finden; sie erinnerten an die Gefahr, die der Präeminenz des Kurfürsten drohe, und daß auf dem Reichstag Schweden und Frankreich gemeinschaftlich den Wortlaut des Friedensinstrumentes geltend machen würden. Der Kaiser selbst schickte den Grafen Hatzfeld nach Berlin, wohin der Kurfürst zurückgekehrt war, ihn auf das Verbindlichste um seinen Besuch in Prag zu bitten.

Es handelte sich um eine große Entscheidung. Das Friedensinstrument hatte in völlig unzweifelhafter Weise die Frage der Wahl dem nächsten Reichstage vorbehalten, wenn auch der Wortlaut unbestimmt ließ, in welchem Umfang. Der Kurfürst hatte bisher immer die Verträge von 1648 in ihrem ganzen Umfang gelten zu lassen und

---

1) Einiges darüber enthält Vautorte Bericht vom 10. Juli 1653. (Negoc. Secr. III. p. 558), unter andern erhielt Kurpfalz die Zusage, daß Lautern, seines Oheims des Pfalzgrafen von Simmern Land, kurpfälzisch sein sollte. Andere Zuwendungen für Mainz, Sachsen u. s. w. zählt das braunschweigische Memorial bei v. Meiern Acta comit. I. p. 1148 auf.

geltend zu machen gefordert; wenn er sich jetzt, mit Berufung auf jenen Artikel — und niemand hätte ihm einen Vorwurf daraus machen können, — gegen die Einleitung einer Wahl, bevor der Reichstag darüber entschieden, erklärt hätte, so würden die übrigen Kurfürsten nicht haben wagen dürfen, sie vorzunehmen, und das Haus Oestreich hätte den Schwerpunkt seiner Politik vielleicht für immer verloren. Wenn er der Aufforderung des Kaisers und der übrigen Kurfürsten folgte, um mit ihnen die Wahl zu verabreden, so hieß das den Frieden in einem wesentlichen Punkt auf eine Weise deuten, die der Krone Schweden den vielleicht ersehnten Vorwand gab, den Frieden für gebrochen zu erklären, und dann traf Brandenburg die nächste und schlimmste Gefahr. Waren die Worte des Friedensinstrumentes in Betreff der Wahl unklar, so handelte es sich darum, ob die Schweden auch hier ihre Deutung durchsetzten, oder ob die Wähler des Reiches dem zuvorkommen sollten, in dem sie ihr altes Recht ausübten. Die Frage der Wahl bedeutete, ob trotz Schwedens ein Act vollzogen werden sollte, der wenigstens die ersten Fürsten des Reichs unter sich und mit Oestreich einigte und einig zeigte, oder ob der Machteinfluß der beiden Kronen, der wie ein Kiel in das deutsche Wesen getrieben war, es völlig auseinander sprengen sollte.

Daß die katholischen Kurfürsten die Wahl wünschten und östreichisch wünschten, lag in der Natur der Sache; und Kursachsen ging ein für allemal mit Oestreich; Kurpfalz hatte mehr vom Kaiser zu hoffen, als von den Schweden zu fürchten. Die Entscheidung und die ganze Gefahr hatte Brandenburg.

Friedrich Wilhelm hatte noch völlig freie Hand. Daß Schweden drohte, der Kaiser bat, konnte ihn nicht vergessen machen, daß sein Entschluß für weit hinaus entscheidend sein werde. Das Kaiserthum im Hause Oestreich war weder für ihn und sein Haus, noch für das deutsche Wesen, noch für sein Bekenntniß eine erfreuliche Aussicht. Entsetzlich, wie seine Glaubensverwandten in den Kron- und Erblanden gedrückt wurden; und das Friedensinstrument hatte für sie keine Sicherheit bestellt, nur

die Fürbitte der evangelischen Stände für sie vorbehalten. War augenblicklich die Stimmung am Kaiserhofe für Brandenburg günstig, so konnte jeden Augenblick der jesuitische, der spanische Einfluß, die größere Gunst für Kursachsen, für Pfalz Neuburg wieder empor kommen; und selbst mit Schweden hatte die östreichische Politik sich mehr als einmal gegen Brandenburg und auf dessen Kosten verständigt.

Unter den vertrauteren Räthen des Kurfürsten ist die Frage, ob der Einladung Folge zu leisten, sehr lebhaft erörtert worden. Fast nur Blumenthal sprach dafür[1]); er hob hervor, daß man gewiß gern bereit sein werde, dem Kurfürsten jetzt endlich zu gewähren, was er zu fordern ein Recht habe, nicht bloß in Betreff der pommerschen Sache, sondern auch in denjenigen Dingen, die das kaiserliche Haus unmittelbar angingen, der sog. breslauschen Schuld und der Zurückgabe Jägerndorfs.

Der Kurfürst entschied sich für die Reise. Der Empfang, der ihm bereitet wurde, zeigte, wie man ihn auszuzeichnen wünschte. Auch in Betreff seiner Forderungen fand er die größte Zuvorkommenheit. Man erinnerte sich sehr wohl, daß schon seit Markgraf Hans von Cüstrin Zeiten jene Schuld von 180,000 Thlr. stehe und nicht verzinst sei; man versprach, sofort die nöthigen Berechnungen zusammenstellen zu lassen und hoffte die Sache noch in Prag oder demnächst in Regensburg zu erledigen. Man wiederholte in Betreff Jägerndorfs, was man schon 1636 anerkannt hatte, daß die Confiscation von 1621 den agnatischen Rechten des Kurhauses nicht habe Abbruch thun dürfen, und daß es seit dem Tode des Markgrafen Ernst rechtmäßiger Erbe sei; man bedauerte nur, daß man das Land dem Fürsten Liechtenstein nicht ohne Weiteres nehmen könne, und versprach die Sache so zu erledigen, „daß des Kaisers Affection für den Kurfürsten offenbar werden solle". Der Kurfürst von Mainz, der sich für diese Verständigung auf das lebhafteste bemüht hatte, sagte gut dafür, daß das Versprochene und mehr als das gern und mit Dank ge-

---

1) Dies ergiebt sich aus Blumenthals Schreiben aus Regensburg den 25. Juli 1653.

leistet werden solle. In Betreff Pommerns erließ der Kaiser ein Rescript, in dem er erklärte, daß Schweden, bevor es nicht Hinterpommern geräumt habe, weder die Investitur noch einen Indult erhalten, auch nicht zur Session auf dem Reichstage gelassen werden solle.[1]) Ja man fand es nur billig, wenn der Kurfürst dafür, daß er nun schon volle vier Jahre den Besitz und die Erträge Pommerns entbehre, eine Erschädigung erhalte, „und werde der Kaiser gern auf anderweite Ergötzlichkeit denken".[2])

Nach etwa achttägigem Aufenthalt verließ Friedrich Wilhelm Prag, nicht ohne die Hoffnung, mit dem Kaiserhause endlich zu einem guten und dauernden Verhältniß, wie er es lebhaft wünschte, zu kommen.

Den Rückweg nahm er über Dresden, um von dem alten Kurfürsten in die Kurfürsteneinung aufgenommen zu werden.

In derselben Zeit wurde auf dem niedersächsischen Kreistage — es war die erste Wirkung des hildesheimschen Bündnisses — der schwedische Gesandte für das Fürstenthum Bremen trotz des Protestes von Brandenburg-Halberstadt zur Session zugelassen.[3])

Regensburg und Augsburg.

Der kaiserliche Hof hatte sich nach Regensburg begeben; im Lauf des December sammelten sich dort allmählig die Stände oder ihre Gesandtschaften.[4]) Sofort trat der schwedisch-brandenburgische Conflict in den Vordergrund.

---

1) Dieß sog. prager Rescript vom 21. Nov. 1652 bei v. Meiern Acta Comit. Ratisb. I. p. 21.

2) So ergaben sich die kaiserlichen Erklärungen, über die mir kein unmittelbares Actenstück vorgelegen, aus dem, was der Reichsvicekanzler Graf Kurz der brandenb. Gesandtschaft in Regensburg sagt. Rel. 30 vom 5. Mai 1653.

3) Der Receß des Kreistages ist vom 7. Nov. 1652 Londorp VI. p. 687.

4) Brandenb. Gesandte waren Crocow, Platen, Fromhold, Portman; von Schwedischer Seite waren Bohlen und der höchst geschickte und thätige Björnclou anwesend.

Der schwedische Gesandte forderte Session, um der Eröffnung der kaiserlichen Propositionen beizuwohnen. Dem entgegen stand das prager Decret, auf das ein neues kaiserliches Rescript den Reichserbmarschall ausdrücklich verwies. Nach mehrfachen Erörterungen her und hin erklärte Friedrich Wilhelm, daß er, um den Streit in Güte zu schlichten, sich der Krone Schweden erboten habe, für die Ueberlassung der Seezölle in Hinterpommern 130,000 Thlr. zu zahlen, daß seine Bevollmächtigten noch sechs Wochen in Stettin bleiben würden, auf die Annahme dieses Erbietens zu warten, daß er nach dieser Frist allerdings weder an diesen Vorschlag noch an die Punctationen über die Grenztheilung gebunden sein wolle; in der Hoffnung, Schweden werde so billige Vorschläge annehmen, ließ er die Eröffnung des Reichstages auf einige Wochen zu vertagen beantragen. Ein kaiserliches Decret vertagte die Verlesung der Propositionen „auf vier oder fünf Wochen". (11. Febr.)

Während die schwedischen Herren in Regensburg versicherten, daß der Entscheid mit jedem Tage in Stettin zu erwarten sei, daß der Courier, den man von Regensburg hinzuschicken beschlossen, ihn schon vorfinden werde, daß sie selbst ja nichts wünschten, als zugelassen zu werden, wurde in Stockholm selbst in sehr anderer Weise gesprochen: diese Verschiebung, die man ein lächerlich Ding nannte, werde das Mittel sein, die hinterpommersche Sache noch in 30 Jahren nicht zu erledigen, man werde die Gesandtschaft aus Regensburg abberufen, es sei Schweden an dem Reichstag nicht so viel gelegen, um sich da von den Deutschen beschimpfen zu lassen.[1])

Und einstweilen nahmen die Vorberathungen in Regensburg einen Gang, der nur zu deutlich zeigte, bis zu welchem Grade das Reichswesen in Auflösung sei. Daß es ein gemeines deutsches Interesse sei, dem Uebermuth der Schweden entgegen zu treten, wollte niemand gelten

---

1) Nach des badischen Gesandten v. Merkelbach mündlicher Nachricht in dem brand. Bericht vom 31. Jan.

lassen; von allen Seiten wurde gemurrt, daß man Geld und Zeit verthun müsse um Brandenburgs willen. Und gab es nicht gegen Brandenburg selbst ganz analoge Klagen? Im Interesse der Stadt Hervord, die reichsunmittelbar zu sein behauptete, beantragte das Collegium der Städte beim Kaiser, Kurbrandenburg nicht eher zur Session zu lassen, bis der Stadt ihr Recht zugestanden sei. Zugleich forderte Pfalz Neuburg Session für Cleve-Jülich, da Brandenburg „durch das Attentat von 1651 seine vermeinten Prätensionen auf diese Lande ipso jure et facto verwirkt und sich deren verlustig gemacht habe".

Daß das kaiserliche Ausschreiben erklärt hatte, es sollten auch die abwesenden Stände durch die Beschlüsse der Anwesenden gebunden sein, erschien den Evangelischen im Fürstenrath unerträglich: von ihnen seien nur 30, von den katholischen 54 Stimmen anwesend, über Religionssachen dürfe nach dem Friedensinstrument nicht per majora entschieden werden, und wer könne sich durch die Mehrheit mit Reichssteuern belasten lassen? höchstens könne man zugeben, daß Steuern mit $^2/_3$ oder lieber mit $^5/_6$ der Stimmen für bewilligt gelten sollten. Wenn Kurbrandenburg die evangelischen Mitstände aufforderte, sich des jammervollen Zustandes der Evangelischen in den Erblanden so wie in mehreren Reichsstädten anzunehmen, wie ihnen nach dem Friedensinstrument das Recht der Intercession für dieselben zustehe[1]), so ging der kaiserliche Hof so weit, die anwesenden evangelischen Grafen und Herren aus seinen Landen, „bei Vermeidung kaiserlicher Ungnade", ausweisen zu lassen, nicht ohne anzügliche Bemerkungen darüber, daß einer derselben, der über Berlin gekommen, zur kurfürstlichen Tafel geladen worden sei und für seine Klagen „ein mitleidiges Gehör" gefunden habe.[2]) Die kursächsische

1) . . . facultatem sibi reservant in proximis comitiis aut alias apud S. C. M. . . . . ulterius respective amice interveniendi et demisse intercedendi J. P. O. 5. 41.

2) Die Relat. 30 vom 5. Mai, der diese Dinge entnommen sind, nennt den Conrad von Sacken, von den Schlesischen Evangelischen gesandt, den Oestreicher Rückhammer, der von dem kais. Oberhofmarschall in seine Carosse miteinzusteigen aufge-

Gesandtschaft hatte jene Evangelischen gedrängt, nur schleunigst abzureisen, da man für sie gar nichts thun könne; Kurpfalz, wo freilich mit den Katholischen um nichts glimpflicher verfahren wurde, erklärte, „es befinde sich in seinem estat nicht also befestigt, daß es sich dieser oder anderer der Religion halber Bedrängter sonderlich annehmen könne". Wohl mochten jene Evangelischen „mit thränenden Augen" erklären, sie setzten ihre ganze Hoffnung nächst Gott auf den Kurfürsten von Brandenburg; aber sein Bemühen für sie verstimmte den kaiserlschen Hof nur zu merkbar.

Indeß wurde von Cöln Beschwerde erhoben über die lothringischen Völker, die von spanischen und condéschen Regimentern unterstützt, in seinem Stift Lüttich heerten und Contribution eintrieben; von Trier, daß sie schon bis eine Stunde von Trier brandschatzten und sich immer weiter zum Rhein hin bewegten; von beiden, daß es dem Kaiser und dem ganzen Reich zum höchsten Despect gereiche, wenn as gleichsam im Angesicht des Reichstags geschehen könne und daß der Kaiser zwar den von Stahrenberg gesendet habe, aber „mit gütlichen Worten". Allerdings, erklärte der Herzog von Lothringen, habe er als Reichsfürst, der sein Land durch den Frieden verloren habe, vom Reich Entschädigung, eine Million Thaler zu fordern, und nicht eher werde er weichen, als bis sie gezahlt sei; und Spanien machte geltend, daß es wegen des Herzogthums Luxemburg ein Schutzrecht über das Erzstift Trier habe. Andere lothringische Völker heerten an der oberen Mosel und im Elsaß, in dem vom Reich an Frankreich abgetretenen Lande, so wie in den Gebieten der zehn freien Städte; „es ist zu beklagen, sagte Cöln, daß so gar keine Verfassung im Reich ist und sich kein Stand des andern annimmt". Das Reich lag nach Westen hin völlig offen. Es tauchte der Argwohn auf,

---

fordert, dann vor das Thor der Stadt gefahren und kais. Trabanten übergeben wurde, ihn als Gefangenen nach Wien abzuführen; auch einen jungen Cavalier v. Wendischcreuz, der sich zu seiner Ausbildung in Regensburg aufhalten wollen, aber auch „solchen vigor" habe erdulden müssen.

daß jene Gewaltsamkeiten jenseits des Rheins mit Wissen und Willen des kaiserlichen Hofes geschähen, daß er vorerst in dieser Form die Krone Spanien unterstütze, die sich allerdings nichts besseres wünschen konnte, als das unbeschützte und wehrlose deutsche Land hinter sich zu haben, da zu werben, zu zehren und zu heeren. Man fand darin, daß der spanische Hof immer noch nicht seine agnatische Zustimmung zur Abtretung des Elsaß an Frankreich gegeben habe und der Kaiser sie zu betreiben unterließ, eine Bestätigung für das, was man argwöhnte; ja man fürchtete, daß Frankreich geflissentlich mit solchen Dingen gereizt, ein neuer Krieg mit Frankreich gewünscht werde, daß Oestreich „unter diesem Prätext eine neue Armada ins Reich führen und auf Kosten der evangelischen Stände unterhalten wolle".

Nicht mindere Gefahr schien im Osten des Reichs zu drohen; der schwere Kampf Polens gegen die verbündeten Kosacken, Tartaren, Moscowiter nahm so furchtbare Dimensionen an, daß der polnische Gesandte in Regensburg erklärte, wenn Kaiser und Reich nicht eiligst helfe, so werde die Republik erliegen und den wilden Horden der Weg über Schlesien ins Reich hinein offen sein.[1]) Aber der Kaiserhof schien bei diesen Nothrufen völlig taub: Polen habe bei dem vorigen schweren Kriege ja auch nichts für Kaiser und Reich gethan. Man meinte, die Absicht sei, Polen erst tiefer in Noth kommen zu lassen, um dann die Wahl eines Erzherzogs als Bedingung der Hülfe zu stellen.

Dazu endlich die Schwedenmacht im Norden, die wie mit gezücktem Schwerte dastand, in jeder, auch der willkürlichsten Deutung des Friedens ihr Interesse gegen das Reich und die ihr nächstgelegenen Territorien durchzusetzen. Denn dasselbe Spiel mit den Licenten, das sie gegen Brandenburg trieb, wiederholte sie in Mecklenburg; und im Münsterlande hielt sie auf deutsche Kosten die Festung Vechte besetzt, bis alle

---

1) „intra praesens tempus et mensem Sept. vel victores erimus aut omnes ad internecionem occisi; aber das Reich muß schleunigst helfen, sagte der Gesandte." Croccows Bericht vom 5./15. März.

Satisfactionsgelder gezahlt seien. Schon bedrohte sie auch die Stadt Bremen, die sie als landsässig in Anspruch nahm; sie hatte bereits beim niedersächsischen Kreistage durchgesetzt, daß sie nicht mehr zur Session zugelassen wurde.

Mit vollem Recht machte der Kurfürst geltend, daß er in seinem Widerstand gegen die Krone Schweden nicht bloß sein Sonderinteresse, sondern und vor Allem seine Pflichten gegen Kaiser und Reich, „die gemeine Wohlfahrt und deren einigen und wahren Grund, nemlich die Vollziehung und Stabilirung des inneren Friedens im Reich" im Auge habe.[1]) Der Ertrag der pommerschen Zölle, um den es sich jetzt noch handelte, war an sich unbedeutend; selbst den Besitz Hinterpommerns hätte der Kurfürst ohne zu schwere Einbuße noch länger entbehren können.[2]) Aber ihn zu erzwingen, war für ihn und das Reich eine Ehrensache; es kam darauf an, daß den Schweden überhaupt einmal ernstlicher Widerstand gezeigt, daß das tief erniedrigte deutsche Wesen in irgend einem Interesse vereinigt werde.

Die schwedische Diplomatie rechnete darauf, daß die in Regensburg versammelten Stände, welche schon die Vertagung der Propositionen höchst übel empfanden, bald genug des Wartens müde sein würden; sie hoffte, weiter zögernd mit halben Zugeständnissen in Stettin die Session in Regensburg durchzusetzen, und dann hatte sie gewonnen Spiel. Schon erklärte Graf Kurz, der Reichsvicekanzler, daß am 10. März die Propositionen jedenfalls verlesen werden sollten; mehrere fürstliche Gesandte traten zusammen, eine Eingabe für die Zulassung Schwedens an den Kaiser zu richten; die kurbairische Gesandtschaft erklärte, wenn Schweden nicht zugelassen werde, selbst nicht mehr erscheinen zu wollen; das Kur-

1) Kaiserliches Schreiben 21./31. März 1653 bei Londorp Act. pub. VI. p. 352.

2) Blumenthal sagt in seinem Gutachten vom 19. Febr. 1654: „der größte Theil des Herzogthums Hinterpommern sei in der pommerschen Wittib Hand und wenn der Kurfürst es noch ein halbes oder ganzes Jahr länger entbehre, sei der Schade nicht so groß."

collegium beschloß einen Antrag an den Kaiser, daß er einen Courier nach Berlin senden möge, „um endliche und gewisse Resolution zu haben, damit es theils fernerer Dilation nicht bedürfe, theils auch keine Ungelegenheit im heiligen römischen Reich entstehe".

Wie gern auch der kaiserliche Hof dem allgemeinen Drängen gefolgt wäre, die Wahl, die er wünschte, nöthigte ihn fest zu halten. Und es war nicht schwer nachzuweisen, wie die Angaben der schwedischen Herren in Regensburg über den Stand der stettiner Verhandlungen mit den dort geführten Protocollen in Widerspruch seien. Aber der Kurfürst mußte erkennen, daß er den Bogen nicht zu straff spannen, daß er den Schweden keinerlei Vorwand in Händen lassen dürfe. Er entschloß sich, seine Forderungen wegen der Seezölle zu ermäßigen, auf die früher von Schweden eingeschlagene Theilung ihrer Erträge, auf deren Erhebung durch die Schweden einzugehen. Er ließ in Regensburg eine neue Vertagung der Propositionen bis zur Annahme dieser Erbietungen beantragen; er schlug vor, einstweilen vorläufige Berathungen, namentlich der Wahlcapitulation, vorzunehmen; er sprach ausdrücklich den Wunsch aus, daß diese nicht bloß im Rath des Kurfürsten, sondern, nach dem Wortlaut des Friedensinstrumentes, auch von den anderen Ständen erörtert werden möchte. (23. März.)

Daß der Kaiser diese weitere Vertagung bewilligte, brachte unter den Versammelten große Aufregung hervor; größere, daß das Collegium des Kurfürsten die Berathung der Capitulation allein begann. Und was Brandenburg jetzt angeboten, erklärten die Schweden, sei ein ganz neuer Vorschlag, für den die Commissarien in Stettin keine Instruction hätten und erst neue Weisungen aus Stockholm erwarten müßten.

Woche auf Woche verging, ohne daß die ersehnte Nachricht aus Stettin kam. Ausgangs März überreichte Brandenburg dem Kaiser ein Memorial, in dem es hieß: „S. Kf. D. habe es nothwendig erachtet, das ganze Werk in seinem wahren Grunde zu beleuchten; es gelte, aus so vielerhand gefährlichen Zweifelhaftigkeiten mit Recht, Bestand und

Reputation des Reichs hinauszukommen und in dieser wichtigen, voller Gefahr steckenden Sache den rechten Entschluß zu fassen; die sicherste und beste Resolution sei, via regia zu verfahren und Gott, dem rechten Richter aller menschlichen Gedanken, das Uebrige anheim zu geben; so möge denn der Kaiser den Schweden zur Räumung Pommerns einen Termin setzen und nach dessen Ablauf zur Eröffnung des Reichstags schreiten, der Königin aber anzeigen, daß ihre Gesandten nicht eher zugelassen werden könnten, als bis sie dem Frieden ein Genüge gethan."

Schon der Antrag war in den Augen der schwedischen Herrn zu Regensburg eine unerhörte Beleidigung. Um keinen Preis durfte ihm Folge gegeben werden; sie setzten alle Hebel in Bewegung, es zu hindern. Unter den Kurfürsten und Ständen wurden die ängstlichsten Bedenken, die bittersten Misbilligungen laut. Aber die brandenburgischen Gesandten setzten ihren ganzen Eifer dagegen; es war klar, daß die Königswahl ohne ihre Zustimmung nicht geschehen könne, und nur bei Brandenburg hatte bisher Cöln und Trier in der lothringischen Sache Beistand gefunden, nur Brandenburg hatte in Betreff der Wahlcapitulation den Wünschen der Fürsten Rücksicht geschenkt. So unerträglich die Brandenburger mit ihrem Eigensinn waren, wie die Dinge lagen, durfte man es nicht mit ihnen verderben.

So kam ein Gutachten zu Stande, das wenigstens in der Hauptsache dem Antrag entsprach (7. April). Der Kaiser sandte einen Courier nach Schweden mit einem Schreiben, das zwar keinen Termin setzte, aber doch eine endgültige Erklärung forderte und die Hoffnung aussprach, „daß die Königin in der bis zur Eröffnung des Reichstags noch übrigen Frist das Nöthige thun werde, damit dann ihre Gesandtschaft an den Berathungen Theil nehmen könnte."[1])

1) Das Gutachten der Stände (7. April) so wie das kaiserliche Schreiben (12. April) steht bei Londorp VI. 855. 857.; in letzterem heißt es: spe freti hanc nostram requisitionem utpote in pace conventa funditam, aequo animo acceptam fore, insuper enixe postulantes ut per expressum hunc cursorem mentis Suae declarationem ad nos perscribere ac sine longiore mora eundem remittere ne gravetur.

Man hatte allen Grund gespannt zu sein, wie die stolze Königin auf dieß verblümte Ultimatum antworten werde. In der Mitte April hatte man in Regensburg Nachrichten aus Holstein, daß 36 schwedische Orlogschiffe zu einem Einfall in das Herzogthum Preußen versammelt seien, um Kurbrandenburg zu züchtigen, daß es Schweden von der Reichsbelehnung und Session bisher ausgeschlossen. Von den eigenthümlichen Vorgängen am Hofe zu Stockholm, von den Einwirkungen des spanischen Gesandten Pimentell und der rasch wachsenden Neigung der Königin zur römischen Kirche wußte man diesseits der Ostsee noch wenig oder nichts.

Wie freudig war man überrascht, als am 2. Mai die brandenburgische Gesandtschaft dem Kaiser meldete, daß sein ernstliches Wort den gewünschten Effect gehabt habe, daß die schwedischen Commissarien in Stettin den 1. (11.) Juni zur Räumung Hinterpommerns angesetzt hätten; der Kurfürst bitte, Kais. Maj. wolle über diese höchst rühmlich begonnene Sache auch ferner die Hand halten.

Also die Räumung hatte Schweden zugesichert. Aber es war deutlich genug zu erkennen, daß Brandenburg noch voll Mistrauen sei. Man glaubte in Berlin zu wissen, daß die Herrn in Stettin schon längere Zeit die Weisung zum Abschluß in Händen gehabt, sie erst auf die Nachricht von dem kaiserlichen Ultimat hervorgeholt hätten; am 9. (19.) April war in Stettin der Abschluß vollzogen, aber mit einer Clausel, die noch weitere Zögerungen voraussehen ließ. Zugleich kamen Schreiben der Königin an den Kaiser und an die Reichsstände, in denen sie ihren lebhaften Wunsch aussprach, daß der junge König von Ungarn gewählt werden möge.[1]) Und dem zur Seite ging ein Memorial der schwedischen Gesandtschaft an den Kaiser, voll heftiger Beschwerden über den Kurfürsten und das Verfahren seiner Gesandtschaft, mit der Forderung, nun

1) Die betreffenden Schreiben der schwedischen Gesandtschaft stehen in Londorp VII. 1. ff.

sofort zu den Propositionen zu schreiten und die längst erbetene Session zu gewähren.

Wie wenn sie nun gewährt wurde? Schon war der Wahltag angesetzt. Die kaiserlichen Räthe meinten, daß genug geschehen sei, um das in Prag in Betreff Pommerns Versprochene zu erfüllen; in Betreff Jägerndorfs und der breslauschen Schuld erklärte Graf Kurz: „der Kaiser erinnere sich wohl, was er versprochen, und hoffe, daß man die Sache noch in Regensburg zu des Kurfürsten Befriedigung zu Ende bringen werde.“ Aber dazu geschehen war noch nichts, erneutes Drängen half zu nichts; die nahe Wahl ließ zu keinem andern Geschäft Zeit; alles, was erreicht wurde, war, daß der Kaiser für beide Forderungen eine Commission in vier Wochen zu berufen versprach. Am 18. Mai brachen die Kurfürsten und kurfürstlichen Gesandten nach Augsburg auf, wo die Wahl vor sich gehen sollte.

In Berlin, wohin die Nachrichten von Regensburg erst in zehn bis zwölf Tagen kamen, erwartete man nichts weniger als solchen Verlauf der Wahlfrage. Allerdings hatte der Kurfürst in Prag sich für die Vornahme der Wahl erklärt, aber unter Bedingungen, von denen ihm noch keine erfüllt war. Er war der Meinung, daß nach dem Wortlaut des Friedensinstrumentes der Reichstag über die Wahl zu hören sei, und die in Regensburg Versammelten wurden erst durch die feierliche Eröffnung, durch die kaiserlichen Propositionen zum Reichstag. Er erwartete, daß diesen Gesichtspunkt, den das Kurfürstencollegium nicht hoch anschlagen mochte, die Fürsten und Stände um so hartnäckiger festhalten, daß namentlich Schweden ihn vertreten werde. Als Anfangs April ein kurmainzischer Gesandter die formelle Einladung zur Wahl nach Berlin brachte, war man nicht wenig erstaunt, zu erfahren, daß den Versammelten von Fürsten und Ständen die auf den 24. Mai anberaumte Wahl einfach zur Kenntnißnahme mitgetheilt sei; der Kurfürst sagte dem Gesandten: „er willige seinerseits nur unter der Bedingung in die Wahl,

daß weder seine besonderen Forderungen, noch die dem Reichstag zustehende Befugnisse darüber zu kurz kämen."

In solchem Sinn war die Instruction abgefaßt, mit der der Freiherr v. Blumenthal als Wahlbotschafter gegen Ende April abreiste. Es schien sich von selbst zu verstehen, daß die Verhandlung über die Frage, ob eine Wahl vorzunehmen sei, ob und in welchem Umfang die Fürsten und Stände an der Capitulation Theil nehmen sollten, die Nothwendigkeit, erst den Reichstag zu eröffnen, die Wahl weit über den angesetzten Termin hinausschieben werde. Blumenthal erhielt die Weisung, „unter der Hand und unvermerkt" für den Aufschub zu wirken; zur Erleichterung der Verhandlung über Jägerndorf und die breslausche Schuld sollte er ein Aequivalent an Land und Leuten, etwa das Fürstenthum Glogau, in Vorschlag bringen. Vor Allem wurde ihm ans Herz gelegt, für die bedrängten Evangelischen in den Erblanden einzutreten.

Blumenthal reiste langsam über Nürnberg, wo er sich einige Tage verweilte, nach Augsburg. Er hatte die beste Zuversicht. Er kannte ja die Herren des kaiserlichen Hofes persönlich, er hatte als Reichshofrath unter Graf Kurz gearbeitet; durch ihn selbst hatte einst der Kaiser Glogau den Schweden anbieten lassen; und sein ganzes Bemühen war darauf gerichtet, die Beziehungen Brandenburgs zum Kaiserhofe möglichst intim und dauernd zu machen; er hoffte, daß man ihm sofort mit Gewährung jener „Privatforderungen" entgegenkommen und so seinen Einfluß am berliner Hofe gegen Waldeck und andere Gegner Oestreichs verstärken werde.

In Donauwörth erwarteten ihn Platen und Frommhold, um ihn nach Augsburg zu begleiten. Von ihnen erfuhr er die jüngsten Vorgänge in Regensburg und daß die kaiserliche Politik alle Schwierigkeiten, alle Verzögerung zu beseitigen verstanden habe; man habe wiederholentlich das Fürstencollegium bei Graf Kurz versammelt und diese Zusammenkünfte unter dem Namen „außerordentliche Sessionen" Beschlüsse fassen lassen; da sei denn auch die Frage der Wahl und der Wahlcapitulation

behandelt und durch Mehrheit der Stimmen ganz nach dem Wunsch des Kaiserhofes entschieden; und mit diesen Beschließungen meine man den Forderungen des Friedensinstrumentes genug gethan zu haben; auch nicht von den evangelischen Fürsten sei ein ernstlicher Versuch zum Widerstand gemacht worden, und mit jenen Zuschriften der Krone Schweden sei auch das letzte Bedenken geschwunden.

Blumenthal mußte sich überzeugen, daß die Dinge sehr anders, viel weiter seien als er erwartet hatte. Aber seine Instruction lautete ganz bestimmt auf Versagung der Wahl, bis die Forderungen des Kurfürsten erfüllt seien. In Augsburg angekommen, begab er sich zum Kurfürsten von Mainz, trug ihm vor, daß sein Herr bei dem beharre, was er im April geantwortet habe. Mit Bestürzung, sagte dieser, höre er, daß man um solcher Privatsachen willen, ganz gegen die goldene Bulle, die Wahl verzögern wolle; gewiß sei dies nicht des Kurfürsten Wille, er habe ja des Kaisers Wort; die Räthe, die ihm zu solchem Argwohn gerathen, meinten es nicht gut mit ihm oder sähen nicht, was ihm aus solcher Verzögerung für Schaden und Disreputation entstehen könne; er wolle seinerseits gewarnt haben. Noch peinlicher war es, daß der Kaiser in der Audienz, in der er Blumenthal empfing, sich ähnlich äußerte: „er sei dem Kurfürsten ansehnliche Summen und Satisfaction wegen Jägerndorf schuldig; das alles könne bei der Commission in Regensburg abgemacht werden; hier in Augsburg habe er weder die Acten noch Räthe, die von der Sache Wissenschaft hätten; er bitte den Kurfürsten, ihm, dem Kaiser, und seinem Hause nicht solchen unverdienten Schimpf anzuthun; er sei mit den andern Kurfürsten und sie mit ihm einig, und er bitte, die Wahl so vor der Thür nicht aufhalten zu wollen"; er schloß mit einer Andeutung, daß er mit der Königin von Schweden durchaus verständigt sei.

Auch die letzte Hoffnung schlugen die Aeußerungen von Graf Kurz und Graf Auersperg nieder; beide sprachen es klar aus, daß der Kaiser Glogau, den wichtigen Paß an der Oder, seiner daran hängenden Erb-

lande wegen, nicht aufgeben werde, daß überhaupt an Entschädigung durch Land und Leute nicht zu denken sei; auch Schwarzenberg habe 1636 beide Prätensionen vorgebracht, wäre aber auf geschehene Demonstration davon abgestanden, und man hoffe von Blumenthal dasselbe; man werde sonst, fügte Auersperg hinzu, an Seneca's Spruch denken müssen: wer zögernd giebt, hat nicht geben wollen.[1])

„Wir sind in großer Angst und Fluctuation," schreiben die Gesandten dem Kurfürsten; sie fürchten, daß sein wachsendes Ansehen im Reich den empfindlichsten Stoß leiden werde, ja daß der noch größere Schimpf zu befahren sei, daß ohne Brandenburg zur Wahl geschritten werde. Auch in der Feststellung der Wahlcapitulation sei all ihr Einreden umsonst; die Forderung der Parität im Reichshofrath, der freien Religionsübung in Wien für die evangelischen Fürsten, deren Gesandten und Agenten werde selbst von Pfalz und Sachsen nicht unterstützt; es seien dies Sachen, heiße es, die nicht in die Capitulation, sondern in die Reichsversammlung gehörten; sie hätten sich mit einer feierlichen Protestation begnügen müssen.

Von allen Seiten wurde ihnen ihr Widerstand zum Vorwurf gemacht: Monate habe man in Regensburg um Brandenburgs willen verlieren müssen, man wünsche nicht, in Augsburg dasselbe Spiel wiederholt zu sehen, man sei nicht darauf eingerichtet, hier Wochen lang zu bleiben. Am 29. Mai in der Nacht wurde die Capitulation zu Ende gelesen, ohne daß die Erinnerungen Brandenburgs zur Aufnahme kamen: „man kann, hieß es, keine weiteren Aenderungen machen"; am andern Morgen lag sie dem Könige von Ungarn vor, der „seines Ortes" nichts bei derselben zu erinnern fand.

Fast im letzten Augenblick, am 30. Mai, trafen neue Weisungen des Kurfürsten ein: Blumenthal solle die Wahl so lange als möglich verzögern und fest darauf bestehen, daß den Evangelischen in den Erb-

1) qui tarde dat diu noluit.

landen zuvor Sicherheit gegeben werde, er solle mit den anwesenden Kurfürsten „von mehreren Subjecten zur königlichen Wahl" reden [1]); Weisungen, die sich auf die Berichte gründeten, welche vor etwa drei Wochen aus Augsburg gesandt worden waren; für die jetzige Lage der Dinge paßten sie nicht mehr.

Die Wahl war auf den folgenden Tag angesetzt; es gab kein Mittel mehr, sie aufzuhalten; selbst das Versagen der brandenburgischen Stimme hätte nichts mehr genützt; am 31. Mai wurde König Ferdinand IV. einstimmig gewählt.

Friedrich Wilhelm hat das Verfahren seiner Gesandten gebilligt; aber, so schreibt er ihnen, „wenn der Kaiser durch dasselbe, wie sie meldeten, disgustirt sei, so habe er mehr Anlaß es gegen den Kaiser zu sein; wenn man ihm die Verschiebung der Proposition als großen Dienst zur endlichen Erhaltung Pommerns anrechnen wolle, so könne er darin keine große Gnade und Wohlthat des Kaisers erkennen."

Allerdings war das die Auffassung des Kaisers und seines Hofes; daß man, nach Regensburg zurückgekehrt, nicht sofort zur Verlesung der Propositionen schritt, sondern erst die Krönung des Neugewählten im Dom zu Regensburg vornahm, ward als ein neuer Act besonderer Rücksicht für Brandenburg ausgegeben, da inzwischen die Nachricht von der am 16. Juni geschehenen Räumung Hinterpommerns eintraf.

Wie vortrefflich hatte die östreichische Politik operirt. Sie hatte erreicht, was ihr vor Allem und allein am Herzen lag; mochte nun des Weiteren der Reichstag und des Reiches Geschäfte laufen wie sie wollten.

Eröffnung des Reichstags.

Gleich nach der Krönung schreibt Blumenthal dem Kurfürsten: „E. Kf. D. können nicht glauben, wie der kaiserliche Hof sich geändert hat; es ist hochnöthig, daß man gut Acht habe und vor Allem dahin trachte,

1) Kurfürstl. Rescript vom 7./17. Mai, in Augsburg 20./30. Mai angekommen.

wie die Kurfürsten und vornehmsten Fürsten mögen einig werden; hier aber gehet es also zu, daß die meisten für das Reich reden und ein jeder sucht dabei sein Privatinteresse und meint, er könne dasselbe nicht erhalten, ohne etwas nachzugeben, welches in allen Sachen das Gefährlichste ist." Am Tage der Propositionen wiederholt er: „in Summa, der Hof ist sehr geändert, die Fürsten, sonderlich die Evangelischen, sind sehr perplex." Acht Tage später: „ich kann nicht absehen, was aus diesem Handel hier werden soll; die meisten Kurfürsten, fast alle Fürsten und Reichsgrafen sind disgustirt, die Baiern sind ganz unzufrieden, wiewol sie es sich nicht wollen merken lassen, Cöln ist ganz disgustirt weggezogen, Trier desgleichen und selbst die Kurpfälzer ziehen stärkere Saiten auf." Er bemerkt, daß unter allen vornehmen Sachen die vornehmste sein werde dahin zu wirken, daß der spanische Gesandte sich nicht, wie bisher, in alle Dinge mische, sondern ihm sein Handwerk gelegt werde, „denn sonst wird in ganz Kurzem aus übel ärger werden."

Daß Seitens der officiellen Reichsregierung nichts geschehen werde, die Geschäfte des Reichstages zu fördern und im gemeinen Interesse helfend und vermittelnd einzugreifen, war nur zu klar. Und doch lag Alles daran, daß man diesem völlig aufgelösten, völlig ohnmächtigen, völlig unhaltbaren Zustand des Reichs ein Ende machte, daß man Formen fand, in denen das immerhin tief veränderte Wesen des Reichs wenigstens das zu leisten vermochte, was ohne den schwersten Schaden für alle und für jeden nicht unterbleiben durfte. Und außer diesen allgemeinen constituirenden Fragen hatte der Reichstag zugleich zahllose dringende Geschäfte und Streitfragen zu erledigen, die aus allen Theilen des Reichs an ihn kamen. Dringender als alles war der Schutz der schwergefährdeten Reichsgrenze gegen Westen, waren die Hülferufe Polens gegen die Barbaren im Osten, war die Bedrängniß, die der schwere Krieg zwischen England und den Staaten den norddeutschen Städten und ihrem Handel brachte. Oder war das alles nichts und brauchte von weiteren Reichsgeschäften nicht die Rede zu sein, weil die

östreichische Politik mit der Wahl das erreicht hatte, was sie wollte? Man sprach am kaiserlichen Hofe nur noch von demnächstiger Abreise und war spanischer als je. [1])

Jeder, die Kleinen wie die Großen, die Katholischen wie die Evangelischen klagten über den Kaiser und seine Räthe; selbst Johann Philipp von Schönborn barg im vertrauteren Gespräch seinen Mismuth nicht [2]); aber nach seiner friedenssüchtigen Art schmiegte er sich, wo er gern widerstanden hätte. Und wer hätte mehr wagen oder des Kaisers Ungnade auf sich ziehen mögen? Die Brandenburger, die so hartnäckig, so ohne Bedenken ihres Weges gingen, sah man kopfschüttelnd an; man mied sie.

Aber man konnte nicht leugnen, daß das Verfahren Brandenburgs, wenn auch nicht staatsklug und gewinnend, doch tadellos sei; Brandenburg hatte sich überall fest und gemäßigt gehalten; es hatte energisch für die bedrängten Evangelischen gesprochen, ohne die Katholischen zu erzürnen; es hatte die Präeminenz der Kurfürsten gewahrt, und zugleich die Anträge der Fürsten und Stände in Betreff der Capitulation auf das lebhafteste vertreten; es hatte sich den gefährdeten Kurfürsten am Rhein zu jeder Art Hülfe gegen die lothringischen Völker bereit erklärt; es empfahl dringend die Unterstützung Polens, des englischen Königs, der Staaten gegen Cromwell: „der Krieg gegen die Republik England, die Rettung der Niederlande sei eine Sache, die alle Potentaten angehe; wenn diese beiden Republiken verbunden würden und sich gegen die souverainen Herren wendeten, so würde keiner derselben ihnen bastant sein". [3])

Freilich vorerst waren alle diese Bemühungen ohne Erfolg: „das

1) Vautorte 18. Juli (p. 569.) jamais la cour de Vienne n'a été plus Espagnolle qu'elle est, et jamais les Etats n'ont été plus soumis à l'Empéreur.

2) „Der „westerwaldische Edelmann", wie sich Johann Philipp gern nannte, „griff sich in die Hüfte, kratzte den Kopf, wie er denn vorher auch etlichemal gethan," schreibt Blumenthal nach einer solchen Besprechung mit ihm.

3) Dieß sagt Blumenthal dem Kaiser in einer Audienz 1./11. Sept.

Reich ist wie ein aufgelöster Besen, schrieb Blumenthal, wenn E. Kf. D. Pommern nicht schon hätten, so würde ich mein Leben wetten, daß wir es durch Hülfe des Kaisers und der Stände in zwanzig Jahren nicht und vielleicht nie würden erlangt haben".[1]) Er fügt hinzu: „Cöln und Trier haben erklärt, sie würden in keiner Sache mehr votiren, wenn man nicht entweder Geld bewillige, um den Lothringer zu befriedigen, oder sich in Verfassung setze, um ihn abzuwehren; es geht aber zu einem Ohr herein, zum andern hinaus; Geld wollen die Stände nicht bewilligen, und Rüstung in den Kreisen („Kreisverfassungen") will der Kaiser nicht; er fürchtet, wenn die Stände oder das Reich ein Heer hätten, würde seine Autorität so groß nicht bleiben, noch die Stände so sich eingreifen lassen, wie jetzt täglich geschieht".

Der Kurfürst von Trier erklärte öffentlich: „er sei gut spanisch hergekommen, ziehe aber gut französisch wieder ab." Und die Schweden hatten kaum den pommerschen Handel abgethan, so wandten sie sich gegen Bremen mit gewaffneter Hand und sagten in Regensburg jedem, der es hören wollte: „sie müßten die Stadt haben, es möchte auch gehen wie es wolle".

Der Kurfürst war nicht schwedisch noch im hildesheimischen Bunde, er war nicht spanisch noch französisch; er hatte die hartnäckigste Opposition gegen Schweden durchgeführt, und das Verfahren des kaiserlichen Hofes gegen die Evangelischen, in den Reichssachen, gegen ihn selbst drängte ihn mit jedem Tage mehr in Opposition gegen Oesterreich.

Freilich war endlich Ende Juli jene Commission ernannt, auf die der Kaiser vertröstet hatte. Aber gleich ihre erste Erklärung entmuthigte selbst Blumenthal vollständig. Die östreichischen Herren erkannten die breslausche Schuld und deren Zinsen völlig an; aber die eine Hälfte dieser Summe sei an Kursachsen übertragen, für die andere Hälfte

---

1) Blumenthals Schreiben an den Kurfürsten vom 18./28. Juli: una scopa dissoluta.

habe der Kaiser wegen der seit lange nicht gezahlten Contribution von Crossen eine Gegenrechnung von ungleich größerem Betrage, so daß der Kurfürst nicht Geld zu empfangen, sondern zu zahlen haben werde. Diese Forderung beruhte auf jener „Mitleidenschaft", die brandenburgischer Seits nie anerkannt, östreichischer Seits nie durchgesetzt worden war. Fast noch beleidigender war der Bescheid wegen Jägerndorf: das Herzogthum sei einfach dem Kaiser heimgefallen, da mit Markgraf Ernst die belehnte Linie ausgestorben sei; der Kaiser habe also gar keinen Anlaß, irgend eine Entschädigung dafür zu leisten; habe der Kurfürst eine andere Ansicht, so stehe ihm der Weg Rechtens, natürlich bei den kaiserlichen Gerichten in Schlesien oder dem Reichshofrath, offen. Eine Entschädigung endlich für die vier Jahre lang entbehrten hinterpommerschen Einkünfte wurde völlig abgelehnt als eine Sache, die nicht den Kaiser, sondern das Reich angehe.

Und schon war der junge Pfalzgraf von Neuburg angekommen, jetzt, nach dem Tode seines Vaters, das von diesem, so sagte er, zu säumig betriebene Recht seines Hauses zur Geltung zu bringen. Er wurde vom kaiserlichen Hofe mit der größten Aufmerksamkeit behandelt. Bald wandten sich alle, die etwas am Hofe erreichen wollten, evangelische wie katholische, an ihn um Fürsprache und Empfehlung. Der junge Herr ließ sich öffentlich vernehmen, daß der Brandenburger sich seiner jülich-clevischen Rechte verlustig gemacht habe und daß er mit Kursachsen bereits verständigt sei. Den brandenburgischen Räthen schien die Gefahr so groß, daß sie dringend Verständigung mit Dresden empfahlen, so lange noch der alte Kurfürst lebe. 1)

Nun trafen auch Deputirte der jülich-clevischen Stände in Regensburg ein, an ihrer Spitze der von Winnenthal, wie man glaubte, auf Betreiben des Pfalzgrafen; sie hatten den Auftrag, Kaiser und Reich zum Schutz der Libertät der Stände dort anzurufen und vor Allem die

1) „Wenn der Kurprinz nicht nach seines Vaters Tod katholisch wird, sondern evangelisch bleibt" u. s. w. Blumenthals Schreiben vom 18./28. Juli.

Abführung der brandenburgischen Garnisonen aus Hamm und Lippstadt, die Schleifung der beiden Festungen zu fordern. Wie hätten nicht alle Stände des westphälischen Kreises — sie waren ja meist katholisch — einstimmen, wie nicht der kaiserliche Hof solchen reichspatriotischen Eifer gutheißen sollen?

Bisher hatte Blumenthal wenigstens in seinen alten Beziehungen mit Graf Kurz einige Hülfe gehabt; und er war unermüdlich, in Berlin zu bitten, daß man dem so einflußreichen Rechtsvicekanzler die 16,000 Thlr. aus den brandenburgischen Römermonaten, auf die ihn der Kaiser angewiesen, zahlen möge; sonst werde er sich solche Anweisung auf irgend einen andern Reichsfürsten geben lassen und dem gefällig sein. Jetzt aber kam Graf Auersperg mehr und mehr in Gunst, wurde vom Kaiser zum Reichsfürsten gemacht mit einer Dotation von 30,000 Thlr.; bald war er, wie Blumenthal schreibt, der Mann, „nach dessen Kopf alles geht; er wird wie ein Altar respectirt, und wenn er durch den Saal geht, ist kein geringeres Bücken, als wenn der Kaiser selbst kommt.“

Von nun an schwand auch der bisher noch gewahrte Schein, als ob die kaiserliche Politik „reichspatriotisch“ sei und nicht östreichisch sein wolle. In allen Fragen, die sie angingen, war sie der Majorität im Kurcollegium gewiß, und im Fürstencollegium hatte sie sie nicht minder, sobald die neuernannten Fürsten Session nahmen, sieben an der Zahl, alle katholisch, alle aus dem Kreise des östreichischen Beamtenthums. Man hatte den Eindruck, daß der Kaiser den Reichstag in der Hand habe.[1]) Die Opposition Schwedens wurde, Dank den jesuitischen Einwirkungen in Stockholm, lahm und lahmer; die Evangelischen waren ohne Führung und schlimmer als das, da Kursachsen herkömmlich das Directorium hatte, Kursachsen, das da erklärte: „es sei kein besser Mittel, sich zu mainteniren, als J. Kais. M. Respect zu augmentiren.“[2]) Die

1) Vautorte 24. Juli. l'Empereur peut tout ici et les Etats sont dans une bassesse extrême.

2) Blumenthals Schreiben 13./23. October 1653. Vautorte schreibt: Mr. l'Electeur de Saxe est Autrichien selon sa coutume.

Erörterungen über die Reichsangelegenheiten gingen mit jedem Tage trostloser und die kaiserliche Politik schien zufrieden, wenn die Verhandlungen fortfuhren sich im Kreise zu drehen. Schon galt die baldige Abreise des Kaisers für unzweifelhaft; und noch war nichts gethan; schon sagte man, die ganze Berufung des Reichstages sei nur pro forma gewesen.

Mit wachsender Spannung sah Friedrich Wilhelm diesen Gang der Dinge. Schon konnte es geschehen, daß der Pfalzgraf von Neuburg, ohne in Berlin vorzufragen, den westphälischen Kreistag berief, um die Rüstung gegen den Lothringer beschließen und einen Kreisobristen wählen zu lassen. Und wie dem Kurfürsten zum Hohn gewährte der kaiserliche Hof den ständischen Gesandten aus den Rheinlanden Gehör. Der Bemerkung: „was Kais. Maj. in seinen Erbländern begegnen werde, wenn solche landständische Praktiken aufkommen dürften", entgegneten die Kaiserlichen, „daß J. M. beide Partheien hören und ihnen gerecht werden müsse". Ein kaiserliches Decret befahl die Demolirung von Hamm und Lippstadt und die Abführung der kurfürstlichen Soldateska.[1]) Die immer erneuten Bitten für die Evangelischen in den Kron- und Erblanden hatten nur härteren Druck zur Folge; und wenn dann Blumenthal warnte, hervorhob, daß man mit solcher „unerhörten Härtigkeit alle kaiserlichen Acquisita in Frage stellen werde", antworteten die Kaiserlichen: „das wollten sie nicht hoffen, aber wenn es geschehen sollte, würden sie S. Kais. M. Dienst und Sicherheit zu beobachten wissen". Von jenen Versprechungen, die in Prag gemacht worden waren, war kaum mehr die Rede, und Blumenthal selbst bekannte, daß er keine Hoffnung mehr habe; er klagte sich an, daß er nicht wohl gerathen habe.

Hatte der Kurfürst gehofft, mit Oestreich zu einer dauernden Verständigung zu kommen, so zeigte sich jetzt, daß man ihn nur hatte

---

1) Kaiserliches Decret vom 16. Oct. 1653, auf der ständischen Deputirten petitum. (Aus dem Verzeichniß der 1684 von den Jülich-Clevischen Ständen abgelieferten Acten).

misbrauchen wollen. Hatte er das Seine gethan, in dem Kurverein einen Kern deutscher Gemeinschaft und gleicher Fürsorge für das gemeine Wesen herzustellen, so gab jeder Tag neue, ärgere Beweise, „wie jeder von ihnen nur darauf sein Absehn hat, sich Gunst und Vortheil zu gewinnen“.[1]) Und doch war nicht blos Brandenburg den Schweden gegenüber in steter Gefahr und des Rückhaltes bedürftig, den nur die geeinte Wehrkraft Deutschlands geben konnte; Cöln und Trier waren schon unter der entsetzlichen Pressung feindlicher Invasionen, jeden Tag konnten auch die oberrheinischen Gebiete von Mainz und Kurpfalz überschwemmt sein. Aber die furchtbaren Erfahrungen der letzten dreißig Jahre schienen völlig vergessen; geflissentlich schien man davon, daß dieser Reichstag das Wesen des Reichs neu zu ordnen habe, abzusehen, gleich als ob der verfassungslose und formlose Zustand der für Deutschland normale sein und bleiben solle. Die östreichische Politik schien nichts anderes zu wünschen.

Am Hofe zu Berlin war man sehr anderer Ansicht. Und wenn der Kurfürst nicht den Velleitäten des Kaisers nachgab, nicht im Nichtsthun mit den andern Kurfürsten und Fürsten einig zu bleiben vorzog, so wird man darum seine Politik nicht undeutsch nennen dürfen.

Schon war er mit dem Verfahren Blumenthals nicht zufrieden; er forderte mehr Energie, mehr Selbstgefühl, schärferes Entgegentreten. Wenn Blumenthal sich entschuldigend das Misliche eines solchen Verfahrens hervorhob, so wiederholte er nur bestimmter seine Weisung. Er verkannte die Gefahren nicht, die ihm daraus entstehen könnten. „Wir wollen“, sagt er in einem Rescript, „in allen diesen Reichssachen nicht den Kaiserlichen favor, so wir jedoch hoch achten, sondern Gottes Ehr und unser ruhiges Gewissen unsern Zweck sein lassen, es gehe uns

1) Dieß sagt Blumenthal, 19. Oct., auf Anlaß der Bemühungen des heidelberger Kurfürsten, seinen Oheim aus dem Besitz von Lautern und der Reichsstandschaft zu drängen; er fügt hinzu: „ein jeder sagt, jener habe Recht und niemand ist, der diesem nicht suche seinen Zweck zu befördern, außer wir.“

hiernächst wie es der Höchste verhängt hat; wenn Kursachsen meint, es sei kein besserer Weg sich zu mainteniren, als Kais. Maj. Respect zu augmentiren, so stellen wir das dahin; wir aber sind gänzlich der Meinung, daß nächst der Ehre Gottes kein ander Mittel sei, sich zu schützen, als wenn über die goldene Bulle, die Reichsabschiede und die zulässigen Verfassungen strict gehalten werde; welche nothwendig fallen müssen, wenn jeder nur seine Sache und kaiserlichen Respect suchen wollte."[1])

Was in den Ordnungen des Reichs noch zulässig sei, darüber hatte das Friedensinstrument bestimmte Weisungen. Es war nicht des Kurfürsten Schuld, daß die Verträge von 1648 so und nicht anders geschlossen waren; aber waren sie einmal völkerrechtlich garantirt und eine pragmatische Sanction für das Reich, so durften sie nicht von Oestreich überfahren oder von der katholischen und katholisirenden Majorität beliebig gedeutet werden; der Kurfürst war nicht gemeint, mit ihnen, mit sich und dem deutschen Wesen spielen zu lassen.

Die kaiserlichen Propositionen hatten die Fragstellung so geschickt verwirrt, daß man Monate lang sich wie im Kreise umtrieb. Erst mit dem September traten zwei Fragen von constitutiver Bedeutung in den Vordergrund, die über die Majorität bei Bewilligung von Reichssteuern und die der Parität der evangelischen und katholischen Stimmen in den Deputationstagen.

Das Friedensinstrument hatte den alten Schaden der Reichssteuer behandelt, aber nicht zum Schluß gebracht; bezeichnend genug faßte es diese Frage zusammen mit der von der itio in partes in Religionssachen. Es war natürlich für den Kaiserhof von größtem Interesse, eine Form der Bewilligung aufrecht zu erhalten, in der auch die nicht zahlenden, wie Trident, Brixen, Oestreich, Burgund mit entscheiden konnten, ob und was die Stände der acht „Zahlkreise" aufbringen sollten. Wie man

1) Dieß Rescript vom 23. Oct. ist von Tornows Hand und dann, wie natürlich, dem Kurfürsten vorgelesen; die Worte „es gehe uns ... verhängt hat", sind am Rande beigeschrieben und wohl des Kurfürsten eigene Worte.

östreichischer Seits verfahren zu dürfen glaubte, zeigten die letzten 100 Römermonate. Im Friedensinstrument stand, die Stände hätten versprochen, eine Zahlung auf dem nächsten Reichstage zu bewilligen. [1]) So bestritten das Versprechen war, sofort verfuhr der kaiserliche Hof, als ob schon die Bewilligung erfolgt sei, gab Anweisungen auf einzelne Territorien an Zahlungsstatt oder erließ den mächtigeren — so dem Dresdner Hofe — die betreffende Summe, nachdem nicht viel weniger an die kaiserlichen Räthe gezahlt war, damit sie diesen Erlaß bewirken möchten; das war der Weg, die Majorität für Bewilligungen zu gewinnen, die dann von den kleineren Ständen, namentlich von den Städten, unnachsichtig gefordert wurden. Für die breslausche Schuld und Jägerndorf bot man dem Kurfürsten an, ihm sein Contingent an den 100 Monaten für die Kurmark zu erlassen, also 120,000 Thlr., eben so, was davon noch für Cleve, Mark, Minden u. s. w. rückständig sei, was man auf 100,000 Thlr. berechnete; die Zinsen der Schuld, hoffe man, werde er fallen lassen, der Kaiser sei ärmer als er und habe „120 Millionen Goldes Capitalschulden" zu bezahlen.

Fast noch dringender war die Frage der Parität in der Reichsdeputation. Das Friedensinstrument hatte sie ganz unzweifelhaft ausgesprochen; es fand auch keine Schwierigkeit, die Zahl der deputirten Fürsten und Stände durch „Adjunction" zu vermehren, damit die Parität der Bekenntnisse hergestellt werde. Aber wie sollte man die drei evangelischen und vier katholischen Kurstimmen ausgleichen? Die Majorität des Kurcollegiums erklärte, es sei durchaus kein Ausweg zu finden. Kam sie damit durch, so war nicht bloß die im Frieden angeordnete Gleichstellung der Bekenntnisse in eclatanter Weise gebrochen, sondern in dem

1) J. P. O. 16. 11. factam in hoc pacificationis conventu a statibus Imperii promissionem, se in proximis Imperii comitiis S. C. Mti. pro hactenus toleratis belli sumtibus subsidium e collectis Imperii praestandum decreturos. Das kurfürstl. Rescript vom 26. Oct. sagt: „anlangend der 100 Römermonate, so wüßten wir uns nicht zu erinnern, daß dieselben vom Kurfürstencollegio zu Osnabrück und Münster so schlechter Dinge sollten bewilligt sein". Aehnlich andere Reichsstände.

ständigen Ausschuß des Reichs, der so umfassende Befugnisse hatte, stand neben den paritätischen Städten und Fürsten die feste katholische Majorität der Kurstimmen.

Die evangelischen Fürsten — und alle weltlichen, bis auf Kurbaiern, Pfalz Neuburg und die neuernannten, aber noch nicht zur Session gelangten, waren evangelisch — erkannten die Gefahr, die ihnen drohte. Sie hatten nach dem Friedensinstrument die gleiche Souveränität mit den Kurfürsten; sie hatten gehofft, unter Führung Schwedens an der Königswahl, an der Abfassung der Capitulation, an allen Functionen des Reiches den gleichen Antheil zu erringen; von Schweden so gut wie im Stich gelassen [1]), warfen sie sich auf diese Frage, ihren Anspruch durchzusetzen; sie gaben ihr eine Wendung, mit der sie auch von den Katholischen die meisten gewannen.

„Hier ist großer Allarm," schreibt Blumenthal, 1. Sept. Die Fürsten hatten gefordert, daß in den Deputationstagen nicht, wie bisher, nach den drei Collegien, sondern nach Köpfen gestimmt werde; nur so durch die „Conjunction" sei, da im Kurcollegium nicht mehr Parität sei, dem Frieden nachzukommen. Auf das Entschiedenste erhoben die katholischen Kurfürsten und Sachsen dagegen Einspruch: die Präeminenz der Kurfürsten sei bedroht. Die mittleren Wege, die Brandenburg vorschlug, wurden verworfen; die Fürsten beharrten bei ihrer Forderung.

Beide Collegien kamen überein, das Votum der Städte zu fordern. Die Reichsstädte, um die man sich bisher so gut wie nicht gekümmert hatte, begannen mit einem Protest gegen das bisherige Verfahren, da ihr Collegium nach dem Friedensinstrument eben so eine Stimme wie die der Kurfürsten und Fürsten habe; dann trugen sie ihre Beschlüsse vor. Kurfürsten und Fürsten traten ab, um über das Gehörte zu berathen. „Nun ist", schreibt Blumenthal, „Gebrauch, daß die Fürsten im

1) Etwas später schreibt Vautorte (12. Febr. 1654) von den Schweden: ils temoignent peu de chaleur pour les intérêts des Protestans, qui en sont fort scandalisez.

Saal eine Stufe höher sitzen, als der Boden ist, die Herrn Kurfürsten aber sitzen zwei Stufen höher. Als wir nun den Herrn Fürsten unsre Meinung, nämlich daß die Sache bedenklich wäre, durch den mainzer Kanzler sagen lassen, und sie mitten im Saal standen, haben sie fingirt, sie würden es nicht glauben können, daß das unsre Meinung sei, wenn wir nicht näher zu ihnen träten. Darauf sind die Kurfürstlichen dicht an den Rand ihrer Stufen getreten und haben ihre Meinung gesagt; und die Fürsten antworteten: es sei gegen ihre Reputation, daß die Kurfürstlichen oben ständen; sie würden nicht weiter handeln, jene seien denn erst heruntergestiegen. Da ein solches die Kurfürstlichen nicht thun wollen, hat man sich wieder niedergesetzt und sind die Kurfürsten in ihrer Präeminenz geblieben." [1])

Der Zwiespalt war so schroff wie möglich; vom kaiserlichen Hofe geschah weniger als nichts ihn auszugleichen.

Nun griff Brandenburg ein. Der Kurfürst tadelte die Gesandten, daß sie in diesen Dingen „zu leise gegangen"; er begreife nicht, „was sie Ursach hätten, sich bei diesem Werk also kühl anzustellen." Er befahl ihnen, daß sie nicht in die „Conjunction" willigen, aber die Parität fordern sollten; eben so wie er über die Rechte der Kurfürsten und ihres Collegiums gehalten habe, wolle er das Friedensinstrument aufrecht erhalten sehen, es nicht durchlöchern lassen; es müsse Parität im Kurcollegium geschaffen werden, „etwa durch die Gründung einer neuen evangelischen Kur". Zugleich gab er seinen Gesandten in Betreff der Reichssteuern nähere Weisung: es sei durchaus der Unterschied von freiwilligen und nothwendigen festzuhalten, für die nothwendigen eine Majorität von zwei Dritteln der Stimmen zu fordern, auf Revision der Matrikel, gehörige Berechnung und Controlle zu dringen.

Vergebens versuchte Blumenthal mit dem Hinweis auf die schon üble Stimmung des Kaisers und der Kurfürsten, auf die Schwierigkeit,

---

1) So Blumenthals Bericht vom 8./18. Sept. Etwas abweichend v. Meiern 1. p. 472. Der Scandal fiel 7./17. Sept. vor.

von einem schon gefaßten Beschluß des Kurcollegiums zurückzutreten, gelindere Maßnahmen zu veranlassen. Ihm wurde die harte Antwort (26. Nov.): „ihr scheint gar ein ander Concept und Deutung unsrer Meinung von diesem Punkt zu haben oder weiter hinaus zu sehen, als unsre Gedanken sich erstrecken.“ Er mußte sich fügen.

Jene brandenburgischen Eröffnungen über die Parität machten allerdings einen außerordentlichen Eindruck. Im Kurcollegium sagte man: das hieße den Kurverein verletzen, die Kurfürsten den Fürsten gleich machen; wie viel Kurfürsten man endlich machen solle? Die Forderung, die Frage von Neuem mit den Fürsten zu verhandeln, wurde von allen Stimmen verworfen. Der Kurfürst von Mainz ließ nach der Sitzung Blumenthal zu sich bescheiden: „er sei nur von adligem Geschlecht, aber er werde der Dignität seines Kurfürstenthums nimmermehr etwas vergeben; er werde sich solcher Novität mit allen Kräften, so lange noch ein warmer Athem aus seinem Munde gehe, und wenn er ganz allein damit stehe, widersetzen.“

Auch im Fürstenrath hatte ein kaiserliches Rescript die Katholischen bestimmt, von der Conjunction abzustehen; die Evangelischen beharrten bei ihrer Meinung. Ihrem ausführlichen Votum wurde die Aufnahme ins Protocoll versagt, ihres Protestes nicht geachtet. Die Sache sollte, als in beiden Collegien durch Majorität entschieden, zur Verhandlung den Städten zugesandt werden. Die Brandenburger forderten zuvor die Aufnahme des Votums der evangelischen Fürsten: „sie würden, wenn man ihrer Forderung nicht nachgebe, nicht umhin können, sich zu den Evangelischen Fürsten zu begeben.“

Man stand dicht vor der förmlichen Spaltung, „vor der Ruptur wenigstens dieses Reichstages“.

Sie zu vermeiden, beantragte Blumenthal, die Sache auf einige Zeit zu vertagen; Kursachsen empfahl, des Kaisers Entscheidung einzuholen; des Kaisers Antwort lautete: „da auf Seiten des Kurfürsten einiger Abfall geschehen, solle die Sache bis Weihnachten vertagt sein; einst-

weilen werde ein Courier an den Kurfürsten gesendet werden, dessen Resolution zu vernehmen."

Mit dieser Vertagung waren die Evangelischen keinesweges zufrieden, und sie schrieben sie der Anhänglichkeit Blumenthals an Oestreich zu.[1]). Aber es war doch ein Großes, daß der Kurfürst von Brandenburg ihre Sache zu der Seinigen machte, daß er ihnen den Rückhalt gab, den sie von Schweden vergebens erwartet hatten. Es war in demselben Sinne, wenn schon vorher der Kurfürst die Weisung gegeben hatte, sich des Directoriums der Evangelischen anzunehmen, das in kursächsischer Hand übel genug verwahrt schien[2]), „nicht unvermerkt und in unlöblicher Weise", sondern „wenn in Sachen der Religion Kursachsen sich der Direction nicht unterziehen will, mit guter Bescheidenheit und nach förmlichen Ansuchen bei Sachsen".

Es konnte scheinen, als ob Brandenburg sich an die Spitze der evangelischen Partei gegen die katholische, einer Fürstenpartei gegen die Kurfürsten stellen werde. Schon hoffte man in Paris auf die Herstellung einer französischen Partei im Reiche, an deren Spitze Brandenburg treten werde.

Friedrich Wilhelms Gedanken waren am wenigsten auf eine französische Liga gewandt; er glaubte, daß das Reich, der spanischen Oestreichs gegenüber, ihrer nicht bedürfe, wenn es gelänge, die Stände über ihre wahren Interessen aufzuklären und sie in ihnen zu vereinigen. Durchaus nicht in den „Extremitäten" sah er das, was dem deutschen Wesen fromme[3]); sein Bemühen war darauf gewandt, über dem Gegen-

---

1) Je vois ici quelques Protestants, qui n'ont pas en lui une entière confiance, toute fois son Maître l'a en apparence et je n'ai encore rien vu dans sa conduite, qui put donner du soupçon, sinon qu'elle est plus reservée à notre égard. Vautorte, 12. Febr. 1654.

2) „Nachdem wir befunden, daß es uns in vielen Wegen zuträglich sein würde, es auch unsres Amtes, den Evangelischen beizustehen, so zielen wir dahin, wenn Sachen vorfallen, so dem I. P. gemäß oder sonst den Evangelischen zu Statten kommen ... Rescript vom 23. Nov. 1653.

3) Blumenthal sagt zu dem braunschweigischen Gesandten: sein Kurfürst habe immer darauf hingearbeitet, „daß man in beiden sowohl kur- als fürstlichem Collegien nicht in extremis bestehen möchte." Bericht vom 12. Jan. 1654.

satz der Confessionen und über den falschen Alternativen, in denen Spanien und Oestreich, Frankreich und Schweden das Reich auseinander zerrten, das doch gemeinsame Interesse aller Stände und des ganzen deutschen Wesens zu erfassen und zur Geltung zu bringen.

Mit dem lebhaftesten Eifer ergriff er einen Anlaß, von Neuem zu zeigen, daß in gerechter Sache, in deutschem Interesse auch diejenigen auf ihn rechnen könnten, die schon im Begriff waren, ihn als ihren gefährlichsten Feind anzusehen.

Der Schutz der Reichsgränze.

Der Herzog von Lothringen hatte nach höchst weitläuftigen Verhandlungen sich anheischig gemacht, gegen terminweise Zahlung von 300,000 Thlrn. die noch von seinen Völkern besetzten Festen zu räumen. Er konnte darauf rechnen, daß es mit der Annahme des Vorschlags in den drei Collegien, daß es mit der wirklichen Zahlung noch weite Wege haben werde. Vorerst war es ihm wichtiger, die noch besetzten Festen auf Reichsboden zu behalten, den kurtrierschen Hammerstein bei Neuwied am Rhein, den Falkenstein, den Sickingenschen Landstuhl und Homburg, die den Weg von Mainz und Speier zur Saar beherrschten, endlich Saarwerden an der Grenze von Elsaß, wo sein Volk den Franzosen gegenüberstand, wie um Stenay und Arras die spanischen und condéschen Truppen.

Das Heer des Lothringers war vielleicht 5000 Mann stark [1]), das des Prinzen Condé, in dem viele französische Edelleute, ungefähr von gleicher Stärke. Ueber weites Gebiet, in viele Festen zerstreut, suchten sie nicht den Feind zu entscheidenden Schlachten; der ganze Krieg löste sich auf in Belagerungen, Handstreiche, verheerende Streifzüge, unermeßliche Erpressungen in Feindes und Freundes Land; und in den deut-

1) Nach einem Verzeichniß im Theatr. Eur. VII. p. 163, hatte der Herzog Ende 1652 16 Regimenter zu Roß mit 2344 Mann, 12 Regimenter zu Fuß mit 1163 Mann; je nachdem der Zulauf war, wechselte die Stärke seines „Kriegsstaates“.

schen Territorien links vom Rhein fanden sie nirgends Widerstand, mit einer Handvoll Leuten konnten sie weite Gebiete in Schrecken setzen und ausheeren; für die Truppen, die nicht in festen Plätzen lagen, waren die Reichslande am Rhein die bequemsten Winterquartiere.

Im Sommer 1653 hatte Condé seine Feste Stenay, Lothringen St. Menehould verloren; seit Graf Harcourt mit 800 Mann frischer Truppen nach dem Elsaß gekommen war, schien hier das Uebergewicht der Franzosen entschieden. Condé und Lothringen fanden für gut, im Stift Lüttich Winterquartiere zu nehmen; wieder von spanischen Regimentern unterstützt, brachen sie dort ein mit der Verkündigung: das Land und dessen Stände bei allen Privilegien zu schützen und gegen die Willkührherrschaft ihres Bischofs, des Kurfürsten von Cöln, vertheidigen zu wollen. Auch das Gebiet von Stablo, Cornelismünster, das Reich von Aachen wurde von den wilden Haufen besetzt. Sofort ließ die Krone Frankreich in Regensburg erklären, auch sie werde ihre Völker nach dem Boden des Reiches vorgehen lassen, wenn man es ihren Gegnern gestatte; und diesseits des Rheins war Breisach französisch, in Philippsburg eine französische Garnison. Zugleich wurde dem cölner Kurfürsten französische Hülfe angeboten, ihm angezeigt, daß 50 Compagnien bei Sedan zusammengezogen würden, sich ihm zur Verfügung zu stellen.

Schimpflich genug, daß der Kaiser Jahr und Tag diesen Scandal mit den lothringenschen Völkern angesehen und sich immer nur bemüht hatte, dem Herzog einen Tribut vom Reich zu schaffen, ein Bemühen, welches die burgundische Stimme am Reichstag bestens unterstützte; schimpflicher, daß man muthmaßen durfte, im Einverständniß mit dem kaiserlichen Hofe habe der Erzherzog Statthalter in Brüssel diese neuen Invasionen veranlaßt.[1]) Wer sollte des Reiches Grenzen hüten, wenn der Kaiser sie verrieth?

1) Daß Condé gesagt habe: „Kais. Maj. sei es nicht zuwider, ja von ihm gleichsam erlaubt," steht in Churcölns Schreiben an den Kaiser, d. d. Lüttich, 2. Jan. 1654, „welches dann bei dem gemeinen Mann den Gedanken erwecket, als thäte E. Kais. M. solches der Krone Spanien zu gefallen."

Der Kurfürst von Cöln fürchtete die französische Hülfe und hoffte nichts von Kaiser und Reich. Er selbst, die nächstgesessenen Fürsten und Stände waren ungerüstet; niemand dort hatte Lust, sich in den mißlichen Handel einzulassen. Er wandte sich an den Hof zu Berlin (6. Jan.).

Sofort war Friedrich Wilhelm zu helfen entschlossen; der Zusage folgte nach zwei Tagen die Meldung, daß 800 Mann unter dem Generalfeldzeugmeister Sparr auf dem Marsch seien (22. Jan.). Zugleich wurden die westphälischen Kreisstände zu einer Besprechung nach Minden geladen, es wurde dem dresdener Hofe, den braunschweigischen Herzögen auf das Eindringlichste geschrieben, Berufung des ober- und niedersächsischen Kreistages beantragt, Hessen-Cassel, Würtemberg aufgerufen: „in gestalt sich die evangelischen Stände sehr considerabel machen würden, wenn sie bei dieser Occasion einem katholischen Kurfürsten assistiren und durch einmüthige Zusammensetzung es dahin bringen würden, daß fremde Völker von des Reiches Boden weichen müßten." Es wurde nach Regensburg der gefaßte Entschluß „wirklicher Assistenz" gemeldet: „der Kurfürst könne nicht länger zusehen, daß vom burgundischen Boden und gleichsam unter dem Schilde von Freunden und Mitständen das Reich und dessen vornehmste Glieder unterminirt würden." [1])

Wenn nun, Angesichts solcher Vorgänge, der kaiserliche Hof die Stirn hatte, ein neues Rescript wegen Demolirung der Festungen Lippstadt und Hamm zu erlassen [2]) und den Bischof von Münster zu beauftragen, „daß er sich nicht davon solle abwendig machen lassen", so war das jetzt, wo die Lothringer vom Hammerstein aus jeden Tag über den Rhein her vorbrechen konnten, mehr als sinnlos. Und nicht weniger arg, daß die cleve-märkischen Deputirten auch jetzt noch in Regensburg

1) „quasi per cuniculos so jämmerlich zugerichtet und zerlegt werden." Rescript vom 15./25. Januar 1654.; jussu Serenissimi praes. Graf Waldeck, Puttlitz, Knesebeck, Somnitz, Tornow; im Concept von Weymanns Hand.

2) Kais. Commission auf den Bischof von Münster, d. d. 23. Febr. 1654, aus dem früher erwähnten Verzeichniß cassirter clevischer Ständeacten. Zugleich wurde an Kurbrandenburg ein kais. Schreiben erlassen mit der Weisung, „sich zu der Demolition von Hamm und Lippestedt gebührend zu bequemen".

wegen Abschaffung aller kurfürstlichen Soldatesca in ihrem Lande queruliren und fordern durften, daß der Kurfürst ohne des Landes Vorwissen „solche Hostilität und erschreckliche Gefahr“ nicht über das Land bringen dürfe. Friedrich Wilhelm war nicht gemeint, sich durch diese Querulanten und ihre Libertät aufhalten zu lassen; an den Statthalter von Cleve erging die Weisung, „die Landvölker“ aufzubieten.

Freilich, des Kurfürsten Eifer fand bei den Mitständen im Reich wenig Anklang. Kursachsen hatte Bedenken her und hin: Kreistage seien sehr weitläuftig und würden nicht viel ergeben, es sei Sache der Nächstgesessenen beizuspringen, Fürsprache der kaiserlichen Majestät bei Spanien, dem Erzherzog Statthalter und Lothringen werde am sichersten helfen. Hessen-Cassel bedauerte, keine Völker bereit zu haben, auch sei solche „absonderliche Hülf“ weder gerathen noch zukommlich. Und in Regensburg entsetzte man sich vor der Möglichkeit, daß große Hostilität daraus werden könne, glaubte, daß Kurbrandenburg den Krieg wolle, ihn mit Braunschweig und in Minden verabredet habe, wies erst auf einige Wochen die Verhandlung zurück „wegen mangelnder Instruction“, beschloß dann einzuschreiten „nach der Reichsexecutionsordnung“, d. h. daß erst der gefährdete Kreis „seine vires zur Assistenz anstrenge“, und zwar „mit dem einfachen oder Römerzug“; „langsam verstehe ich,“ schreibt Blumenthal, „wird Kurcöln gefressen werden, ehe der Succurs kommt“. Nur die braunschweiger Herren waren bereit, 400 Mann Reiter zu senden; sie rüsteten sie trotz des hildesheimer Bündnisses, und obschon Schweden wegen Verden den Tag in Minden unter stumpfen Vorwänden ablehnte, gegen den niedersächsischen Kreistag in Hamburg protestirte, weil schon in Minden verhandelt sei. [1])

Indeß kam ein zweiter Hülferuf aus Lüttich (6. Febr.), zur höchsten Eile mahnend. Schon waren auch die französischen Völker auf dem

1) Vautorte 5. Febr. 1654, les députes des Ducs de Brunswick me firent dire hier que leur Assemblée avoit été empêchée par les Suedois.

Wege ins Bisthum, um nichts minder schlimme Gäste als die Lothringer und Condé's Haufen; die Spanier schickten sich an, ihre meisten Völker ins Cölnische zu werfen, „weil der Kurfürst die Franzosen gerufen"; die auf dem Hammerstein griffen Rhein auf und ab Cölns Vasallen, Beamte und Unterthanen auf, um hohes Lösegeld zu erpressen; im Trierschen wurde ähnlich gehaust; die nach Jülich, nach den Plätzen in Luxemburg Geflüchteten wurden von den spanischen Garnisonen dort ausgeliefert. Es war entsetzlicher Jammer, schon begann auch auf der rechten Rheinseite das Flüchten.

Man sieht, was es bedeutete, daß Friedrich Wilhelm marschieren ließ; er zeigte in Braunschweig an, daß er entschlossen sei, mehr Truppen nachzusenden, wenn es nöthig sei; und nöthig wurde es, wenn seine erneuten Mahnungen in Dresden, Cassel, Stuttgart, wie schon vorauszusehen war, keine Wirkung hatten. Brandenburg trat ein, damit die Reichsgrenze Schutz, der Reichsfeind einen Gegner finde, während die eifrigst Katholischen — Münster an der Spitze — still saßen, der Pfalzgraf von Neuburg den Durchmarsch der Brandenburger verbat und die Schweden sich mit Heeresmacht auf Bremen warfen, die Stadt, der so eben in Regensburg Session unter den freien Städten des Reichs zugesprochen war, zur Unterthänigkeit zu zwingen.

Daß Graf Königmarks Angriff auf Bremen mit Condé's und Lothringens Einbruch ins Lüttich'sche im Zusammenhang stehe, wird man am Hofe zu Berlin sofort vermuthet haben. Noch an einem dritten Punkt geschah höchst Auffälliges.

Spanien hatte bisher die Abtretung des Elsaß nicht anerkannt, und die Krone Frankreich weigerte sich, die drei Millionen Entschädigung an den Erzherzog von Tyrol zu zahlen, bevor die spanische Zustimmung erfolgt sei. Nicht blos, daß nun der Kaiser die drei Millionen vom Reich forderte; er hatte Hoffnung, den Elsaß obenein wiederzugewinnen. Graf Harcourt war aus dem Hause Lothringen; wie lange und wie mit Ruhm er den Lilien gedient, die Aussicht, ein Fürstenthum im Elsaß oder in

Deutschland zu erhalten, gewann ihn völlig. [1]). Er lag in dem festen Breisach; im tiefsten Geheimniß spann er seinen Verrath weiter; man hoffte, sein Beispiel werde den großen Anhang des Hauses Guise in Frankreich mitreißen, Mazarin zum zweiten Mal und für immer stürzen.

Anfangs Januar wurde bekannt, daß Graf Harcourts Sohn in Paris, der dort bei den Jesuiten erzogen wurde, festgenommen, bald darauf, daß er selbst seines Hofamtes entsetzt sei. Also der Verrath war verrathen; aber Harcourt hatte den Elsaß so gut wie in seiner Hand.

Aber warum warf Frankreich nicht alle verfügbaren Truppen sofort nach dem Oberrhein, namentlich Breisach zu retten? warum eilten seine Heere erst, dem Kurfürstan von Cöln zu helfen, nach Lüttich?

Noch währte der Seekrieg der Staaten gegen England; nur mit Mühe behauptete sich ihre Seemacht, ihr Handel litt unermeßlich. Schon wurde das Volk schwierig, der Ruf nach dem Oranier erneute sich. De Witte mußte Frieden haben; es schien das wirksamste Mittel, den Protector fürchten zu lassen, daß Holland in das alte, innige Bündniß mit Frankreich, das der Friede von 1647 gelöst hatte, und damit zur oranischen Politik zurückkehren werde. Schon war Dänemark mit Holland in Allianz; König Karl II. rüstete in Norwegen zu einer neuen Landung in Schottland.

Nur um so kühner wurde Cromwells Politik. Ein Gesandter des Protectors erschien am Hofe zu Stockholm; er wurde auf das Zuvorkommendste empfangen; „fast jeden Tag war er mit dem spanischen Gesandten zusammen", und Pimentell hatte ganz der Königin Ohr. Das Unerhörte, ein Bündniß zwischen der Tochter Gustav Adolphs, der katholischen Majestät und dem Usurpator von England, war so gut wie fertig.

In Regensburg sahen Katholiken wie Protestanten mit Staunen, wie die schwedischen Gesandten dem spanischen „den Hof machten", man

---

1) un principado en Alsacia o alemannia en soveranidad, so Harcourts Propositionen bei Ranke franz. Gesch. III, p. 155.

glaubte zu erkennen, daß der Angriff auf Bremen nicht wider des Kaisers Willen erfolge.[1]) Noch bewahrte der kaiserliche Hof den Schein, sich und das Reich um jeden Preis in dem „theuerkauften Frieden" halten zu wollen; aber condé'sche Werber erhielten die Erlaubniß, in den Erblanden zu werben. Und jetzt wurde bekannt, daß die Vermählung des jungen Königs Ferdinand IV. mit der Infantin Maria Theresia beschlossene Sache sei, und sie war die älteste Tochter und Erbin Philipps IV

„Welche entsetzliche Aussicht," schreibt der staatische Gesandte in Paris an de Witte, „wenn demnächst die sämmtlichen Lande des Hauses Oestreich wieder vereint sein werden, wie zu Karls V. Zeit."[2]) Nur daß jetzt diese spanisch-östreichische Macht auf den Beistand der gewaltigen Kriegsmacht Schwedens, der emporsteigenden Seemacht Englands rechnen durfte.

Im Haag erkannte man wohl die Größe der Gefahr; man sah, daß der furchtbare Kreis sich zu schließen im Begriff war, der die Staaten noch schwerer als Frankreich bedrohte. Aber war das einzige Mittel ihn zu sprengen, die Allianz mit Frankreich? mit demselben Mazarin, der sich vor vier Jahren mit dem Prinzen von Oranien gegen die Freiheit der Staaten verbündet hatte? Die leitenden Staatsmänner in Holland kannten den Preis, um den sie den Frieden mit Cromwell erkaufen konnten; „die ewige Ausschließung des Hauses Oranien" entsprach auch ihrem Interesse. In aller Stille, ohne Frankreich, unterhandelten sie in London. Aber sie unterhandelten noch, sie wußten wohl, welchen Widerstand bei den übrigen Provinzen, welche Erbitterung im Volke eine so schimpfliche Bedingung hervorrufen würde.

Frankreich warf, was es an Kriegsvolk frei machen konnte, nicht nach dem Elsaß, sondern nach Lüttich; „denn das Lütticher Gebiet reicht

---

1) ils lui font la cour. Vautorte 12. Februar 1654. Genaueres in dessen Schreiben vom 15. Jan.

2) Davon handelt Boreels Brief an de Witte, Paris, 2. Jan. 1654. daer uyt dan veele sware ende vreeselycke inconvenienten souden staen te verwachten.

von der französischen Grenze bis zu der der Staaten, so daß das Bisthum als Passage für die Hülfstruppen, die man sich gegenseitig senden wird, dienen kann". Eben darum sah man im Haag nicht ungern, daß diese Passage von den Spaniern besetzt wurde; von der Verbindung mit Frankreich abgeschnitten, konnte man den Frieden mit England um so mehr nothwendig nennen.

So die Lage der Dinge. Ob man sie in Berlin völlig übersah, mag dahingestellt bleiben. Unter den Concepten kurfürstlicher Rescripte im Januar und Februar finden sich viele von Weimanns Hand; also er war aus dem Haag nach Berlin gekommen, und er hatte das Vertrauen der Prinzessin Hoheit. Sie wird gewußt haben, daß die Acte van Seclusie im Werk sei. Des Kurfürsten rascher Entschluß, marschieren zu lassen, galt zugleich der oranischen Sache; begreiflich, daß er in Holland „sehr übel genommen wurde". [1])

Zugleich ließ der Kurfürst in Regensburg dringend mahnen, über die Reichssubsidien für Karl II., die er beantragt hatte, zum Schluß zu kommen. Karl II. ließ ihn ersuchen, 500 Mann „alte Knechte", die ihn als Leibgarde nach Schottland begleiten sollten, zu werben und nach Holstein zu schicken.

Man sieht, es ist ungefähr die Combination von 1651, die sich dem Kurfürsten wiederholt, aber in größeren Dimensionen, in schärferen Gegenstellungen, vor Allem darin günstiger, daß Brandenburg jetzt nicht eine europäische Verwickelung herbeiführen muß, um seine Stellung in Deutschland zu gewinnen, sondern daß seine deutsche Stellung ihm ein freies und klargezeichnetes Auftreten den wirren Rivalitäten der Mächte gegenüber giebt. Seit lange zum ersten Mal sieht man in deutschen Landen eine Politik, die weder östreichisch noch französisch, weder spanisch noch schwedisch ist.

Freilich, in Paris begriff man nicht, daß Brandenburg und die

1) Aus einem Schreiben des Grafen Moritz von Nassau; Cleve 10. Febr. 1654.

evangelischen Fürsten nicht kamen, um Schutz und Hülfe zu bitten; man entschloß sich, ihnen mit Erbietungen entgegen zu kommen. Man sprengte aus, demnächst werde in Meudon eine Conferenz gehalten werden, zu der Kurbrandenburg, Kurpfalz, die Braunschweiger, Hessen=Cassel u. s. w. erscheinen würden. Und der geschäftige Wicquefort überreichte dem Cardinal eine Denkschrift, in der er nachwies, wie diese Allianz, die der Kurfürst wünsche, ein europäisches Bedürfniß sei.[1]) Aber er verbarg nicht, daß der Kurfürst von Frankreich den Titel „Bruder" fordere, bevor weiter verhandelt werde; und in Regensburg war es allbekannt, daß dieses Titels wegen zwischen Bautorte und Blumenthal die Schreiben ihrer Souveraine nicht ausgetauscht wurden.

Dem Kurfürsten lag jetzt wenig an Frankreichs Gunst oder Ungunst. In Regensburg war der Schwerpunkt seiner Politik. Dort wurde, während seine Truppen dem Rhein zu marschierten, unter den pedantischen Formen der Reichshandlung ein erbitterter Kampf gekämpft, der Kampf um die Lebensfrage des deutschen Wesens.

Der Conflict in Regensburg.

Zweierlei war es, was den Frieden von 1648 für die östreichische Politik unleidlich machte: daß sie sich von Spanien hatte trennen und daß sie eine förmliche Revision der Reichsverfassung, einen constituirenden Reichstag hatte zusichern müssen.

Den ersten Schaden hatte sie bereits so gut wie völlig ausgeheilt, und die beschlossene Vermählung des Nachfolgers im Reich mit der In=

---

1) S. A. E. reçoit les propositions qui en ont été faites avec le respect qu'elle . . . doit, et supplie d'en faire presser l'execution pendant que la maison d'Autriche fait ses derniers efforts pour désunir les princes, l'union des quels peut seule empêcher l'établissement de cette souveraineté, auquel on travaille depuis tant d'années en Allemagne et laquelle se trouvant un jour unie à la puissance d'Espagne se rendra formidable à tout le reste de l'Europe.

fantin zeigte der Welt, daß Spanien und Oestreich ihr gemeinsames Interesse für immer sicher zu stellen eilten.

Wenn es in gleicher Weise gelang, mit den versprochenen Reichsreformen fertig zu werden, so hatte Oestreich von dem Frieden, der sich so arg angelassen, den reinen Gewinn der freien Verfügung über die Ketzer in den Kron- und Erblanden, der Beseitigung aller Concurrenz des Reichs in den doch deutschen Landen des Erzhauses.

Der Kaiser konnte hoffen, den Reichstag auch des Weiteren völlig zu beherrschen; seine Räthe mit dem Kurerzkanzler um die Wette sorgten dafür, daß sich die Berathungen möglichst in Nebenwege verliefen. Als es endlich zu den constituirenden Berathungen kommen sollte, begann man zur Eile zu drängen, da der Kaiser heim wolle.

Da ward man höchst peinlich davon überrascht, daß Brandenburg, welches man mit der jülichschen, der jägerndorfischen, der breslauschen Sache am Schnürchen zu haben meinte, mit den Bestimmungen des Friedens Ernst zu machen begann; noch peinlicher davon, daß es nicht ungestüm noch übergreifend, sondern gemäßigt und das Wohl des Reiches sehr richtig bezeichnend bald diese, bald jene, schon auch katholische Stimmen für sich gewann.

Der erste harte Zusammenstoß war der in der Frage der Parität gewesen und Oestreich hatte nicht gesiegt. Um keinen Preis durfte irgend Wesentliches im Sinn des Friedensinstrumentes neu geordnet werden; wenn es nicht möglich war, die vorbehaltenen Punkte formell und im östreichischen Sinn zu erledigen, so mochte der verworrene und breiartige Zustand des Reiches bleiben, wie er seit dem Frieden war; um so besser konnte der kaiserliche Einfluß anstatt einer Reichsregierung gelten und fortfahren im Trüben zu fischen.

Von Neuem hieß es, der Kaiser wolle den Reichstag schließen und abreisen. Vielleicht hätte er es gleich nach jenem „Abfall" Brandenburgs gethan; aber noch waren zwei Dinge durchzusetzen, die ihre Schwierigkeit hatten.

Der 100 Römermonate, die angeblich 1648 bewilligt worden waren, war man ziemlich gewiß; man wünschte deren noch 50 oder 60 (5 oder 6 Mill. Thlr.) neu bewilligt zu erhalten, etwa für die großen Unkosten, die dieser Reichstag dem Kaiser verursacht habe.

Wichtiger noch erschien ein zweites. Kaiser Ferdinand II. hatte bereits einige verdiente Edelleute, die Liechtenstein, Eggenberg, Lobkowitz, in den Reichsfürstenstand erhoben. Es schien ein vortreffliches Mittel, die durch so viele Säcularisationen verkürzte katholische Majorität im Fürstenrath herzustellen, wenn man noch mehr zuverlässige Diener des Hauses Oestreich beförderte. So wurde Piccolomini, Auersperg, Dietrichstein hinzugefügt.[1]) Freilich, der Reichstag von 1641 hatte gewisse Bedingungen festgestellt, unter denen solche neue Fürsten erst zur Session gelangen könnten. Eggenberg hatte sie erfüllt, Lobkowitz war im December glücklich eingeführt, ohne, wie vor Allem gefordert wurde, ein reichsunmittelbares Reichsgebiet zu besitzen, wofür er zur Matrikel gezogen werden konnte. Es galt, auch die andern hineinzubringen.[2])

Während um diese Dinge geworben und intriguirt wurde, war ein neuer, heftiger Streit entbrannt, der um die dauernde Wahlcapitulation.

Gleich in der Vorfrage, ob eine solche zu verfassen ausführbar und nützlich sei, ergab sich die heftigste Discussion. Das Kurfürstencollegium wünschte, daß darüber „im pleno der drei Collegien" entschieden werde. Die evangelischen Fürsten forderten Vorberathung in einer Deputation, also mit Parität der Confessionen. Aber beide Directorien des Fürstenrathes, Oestreich und Salzburg, weigerten sich, den Schluß nach der

1) Die Hohenzollern, Salm, Nassau, die zugleich mit in Frage standen, waren wenigstens aus der Nobilität des Reichs. Das Haus Nassau erhielt Session für zwei Stimmen, eine für die evangelische, eine für die convertirte Linie des Hauses, die des Grafen Johann Ludwig, der für Oestreich den Frieden von 1648 unterhandelt hatte.

2) Si on n'y pourvoyait de bonne heure, les négociations de Ratisbonne feraient plus de tort à leur liberté qu'ils ne pourraient appréhendre de trente années de guerre ouverte. Wicquefort.

Mehrheit der Stimmen zu machen; den trotzdem begonnenen Deputationsberathungen versagte ein kaiserliches Decret die Genehmigung.

Die brandenburgischen Gesandten hatten geschwankt, wofür sie sich erklären sollten. Um alles gern hätte Blumenthal endlich einmal entschieden nach des Kaisers Wunsch gestimmt; aber er mußte neue Verweise fürchten; er bat um bestimmte Befehle, indem er die Gefahr für das Vorrecht des Kurfürsten, die üble Stimmung des kaiserlichen Hofes und der übrigen Kurfürsten, die dann gewiß verlorne Hoffnung auf Jägerndorf, ja auf die breslausche Forderung hervorhob.

Wieder lautete die Weisung aus Berlin auf einen mittleren Weg: „allerdings müsse die Präeminenz der Kurfürsten gewahrt werden, und es sei bedenklich, „des Reiches Wohlfahrt an gar zu viele Interessen und Sentiments zu theilen"; aber eben so billig sei es, daß man doch erst der evangelischen Fürsten Monita lese, ehe man sie verwerfe[1]); sie sollten dahin wirken, aber mit Bescheidenheit, daß die Evangelischen sich mäßigten; es seien die von Brandenburg bei der Wahl in Augsburg gemachten Bemerkungen wohl von der Art, daß sie alle befriedigen könnten; man hoffe, daß die Fürsten nicht weiter gehen und Brandenburg nöthigen würden, „von ihnen zu dissentiren oder sonst den Widrigen Gelegenheit zu geben, sich über die Uneinigkeit zwischen Brandenburg und den Evangelischen zu freuen."

Noch merkwürdiger war ein zweiter Entscheid. Blumenthal wiederholte mit dem Wunsch, abberufen zu werden, seine sehr ernsten Bedenken: der meisten Fürsten Sinn gehe dahin, den Kurfürsten nichts als das nackte Wählen zu lassen, die übrigen Rechte des Kurfürsten aber, auf denen deren Präeminenz beruhe, „mit ihnen ganz gemein zu machen". Er ersuche den Kurfürsten, im Geheimenrath erwägen zu lassen: worin diese Rechte bestehen, ob es S. Kf. D. und Dero Landen

1) „Da sie zu weit heraus wollten, das man solchen Falls ihnen ihren Unfug, des Reichs Gefahren, das kurfürstliche Vorrecht zu Gemüthe führe und dermaaßen zurede, daß sie auf den Weg der Billigkeit und zur raison wieder gebracht werden möchten." Rescript vom 29. Jan. 1654. Concept von Weimanns Hand.

dienlich sei, sie aufzugeben. Allerdings, lautet die Antwort, sind gewisse Rechte, das der Wahl, der Kurfürsteneinung, des geschlossenen Kurcollegiums nicht aufzugeben; aber daneben sind andere, „die ihnen nicht ausdrücklich von den Reichsgesetzen gegeben sind", und an diesen wird die kurfürstliche Dignität theils gar nichts, theils nicht so viel verlieren, daß man darüber in Uneinigkeit mit den Evangelischen kommen möchte. [1])

Also der Kurfürst war bereit und entschlossen, diese oligarchische Sonderstellung der Kurfürsten aufzugeben und zwischen den Ständen des Reiches diejenige Gleichheit eintreten zu lassen, die, freilich ganz gegen den alten schnörkelhaften Bau des Reichswesens, mit dem Princip der Souveränetät im Friedensinstrument begründet war. Eben dieser Reichstag war durch den Frieden dazu bestimmt, auf der nun einmal völkerrechtlich festgestellten neuen Basis das öffentliche Recht des Reichs zu ordnen, und nur das bereitwillige Zusammenwirken aller, namentlich der vornehmsten Glieder des Reiches war im Stande, den Widerstand der östreichischen Politik zu überwinden. Wenn der Kaiser immer wieder vom Schluß des Reichstages sprach, so machte Brandenburg geltend, derselbe dürfe nicht eher enden, als bis die neue Ordnung der Dinge festgestellt sei; der Kaiser dürfe nicht abreisen, bevor man die Propositionen erledigt habe. Unablässig war er bemüht, darzulegen, wie alle Stände ein gleiches Interesse hätten, ein solches, das in Wahrheit größer und mächtiger sei, als die noch so lockenden Sonderinteressen, und daß

---

1) In dem denkwürdigen Rescript vom 5. Febr. (von Weimanns Hand) nennt der Kurfürst als Punkte, über die mit den Fürsten „im Nothfall" gehandelt werden könne, 1) daß, was die Kurfürsten in Collegialtagen beschließen, von Fürsten und Ständen genehm gehalten werden muß; 2) daß sie allein zu bestimmen, ob ein König zu wählen; 3) daß sie die Capitulation, auch ohne Fürsten und Stände zu hören, allein machen; 4) daß es ein Effect ihrer Hoheit sei, nicht die Revision der letzten Wahlcapitulation zuzugeben. — Ohne Weiteres will er aufgeben 5) daß die Achtserklärungen, 6) daß die Direction der Miliz, 7) daß die Machung neuer Fürsten, 8) daß die Bestellung des Reichshofrathes, 9) daß Deputationen für Friedenschlüsse „nicht anders als in der Capitulation" behandelt werden, 10) daß die parificatio votorum nicht im Kurfürstencollegium eingeführt werde „und was dergleichen mehr."

man allerseits nachgeben, sich verständigen müsse, wenn man nicht Aergerem, als man schon erfahren, entgegen gehen wolle. Dem altöstreichischen divide et imperabis trat er mit der Politik des Einigens und Ausgleichens, des gegenseitigen Helfens entgegen, in der richtigen Erkenntniß, daß in dieser Richtung die deutsche Aufgabe liege, die gelöst werden müsse und deren Lösung den, der sie brachte, zum Träger der deutschen Interessen gegen die undeutschen Oestreichs machen mußte. Conjunge et imperabis.

Die Frage der Capitulation kam nach jenen Vorgängen nicht mehr auf den Tagezettel, so wenig wie die Parität nach den Vorgängen im December. Wohl aber war die Angelegenheit der neuen Fürsten jetzt so weit vorbereitet, daß der erste Schritt geschehen konnte. Einige der 1641 festgestellten Bedingungen waren ihnen durch kaiserliche Indulte, gegen welche Brandenburg vergebens Protest einlegte, erlassen, wegen anderer sollten sie Reverse ausstellen; dann, so gaben auch die evangelischen Fürsten nach, durften sie im Fürstenrath Session nehmen.

Der Ansagezettel vom 27. Febr. besagte, daß folgenden Tages früh 8 Uhr die vechtische Sache verhandelt werden solle; eine Stunde vorher wurde angezeigt, daß die Session mit Einführung der neuen Fürsten beginnen werde. Die Evangelischen waren höchst überrascht, sie hatten kaum noch Zeit, sich zu besprechen; Portmann, der die Stimme für Hinterpommern führte, empfahl, sofort bei Dr. Volmar, als dem östreichischen Directorium, zu protestiren und Aufschub zu fordern, bis die Reverse beigebracht seien. Indeß war Volmar bereits zum Sitzungssaal gekommen; er entgegnete: „die neuen Fürsten und der kaiserliche Commissarius, Bischof von Osnabrück-Regensburg, seien im Begriff einzutreten; ihnen und besonders Kais. Maj. werde es schimpflich sein, jetzt noch die Einführung auszusetzen; sie sei beschlossen und die Reverse dem Beschluß gemäß ausgestellt.“ Man forderte diese zu sehen; es hieß, sie seien beim Kurerzkanzler; man ließ sie von dort holen; es fand sich, daß

wesentliche Punkte ausgelassen seien.[1]) Portmann forderte „Namens S. Kf. D." die evangelischen Fürsten dringend auf, die Einführung nicht zu gestatten, sie könnten den Weg jetzt erkennen, wie man die Evangelischen in Sclaverei zu bringen suche. Wenigstens so weit folgten die Evangelischen, daß sie jetzt noch die Punkte formulirten, die in den Revers aufzunehmen seien; gegen die Zusage, daß es geschehen solle, gaben sie die Einführung zu; nur Portmann und die Gesandten für Braunschweig-Celle und Meklenburg entfernten sich.

Die Opposition in dieser Sache wurde am Kaiserhofe besonders übel vermerkt; sie zeigte, daß Brandenburg wachsam und energisch, daß es geeignet und Willens sei, für diejenigen einen Mittelpunkt zu bilden, welche zu begreifen anfingen, daß das deutsche Interesse nicht in der Linie der östreichischen Politik liege. Schon daß sich die Evangelischen so zu Brandenburg hielten, war bedenklich genug; noch viel bedenklicher, daß es mit jener Hülfesendung auch Trier und Cöln gewann. Man glaubte nicht anders, als daß die Liga mit Frankreich fertig sei; man wußte von einem Briefe, den Waldeck nach Regensburg geschrieben, in dem es hieß: „wenn die andern Fürsten der Kreise, in denen der Kurfürst Gebiet habe, sich nicht in Verfassung setzen wollten, so werde sich der Kurfürst nicht hindern lassen, es seiner Seits zu thun und die andern nöthigen, das Gleiche zu thun".[2]) Man glaubte, daß des Kurfürsten Völker über den Rhein gehen sollten, sich mit den französischen zu vereinigen, die bereits 6000 Mann stark ins Lüttichsche eingerückt waren.

„Daß dem Kaiser bei diesem Handel nicht wohl zu Muthe sei, dessen habe ich vollkommen Gewißheit und Bericht," schreibt Blumenthal am 23. Febr.

---

1) Es war das Fürstenrecht nur bewilligt für die Leibeserben der Ernannten und mit der Bedingung, daß sie sich zu einem gewissen Kreis setzen sollten; beides hatten die evangelischen Fürsten erinnert; in dem producirten Revers hieß es „Erben" statt Leibeserben, und von den Reichskreisen war nichts erwähnt. Bericht vom 2./12. März 1654.

2) Erwähnt von Vautorte 19. März 1654.

Der Ausgang.

Am Montag den 2. März erschien der lothringische Gesandte Fournier, der bisher über die Satisfaction seines Herrn in Regensburg verhandelt hatte, im Fürstenrath, um die Stimme für Lothringen zu führen. Der kurcölnische Gesandte für Hildesheim protestirte gegen die Aufnahme des Reichsfeindes in die Session, andere Stimmen schlossen sich an; das Directorium vertagte die Sitzung, „damit der lothringische Gesandte durch öffentliche Abweisung nicht beschimpft werden möchte".

Kurcöln hatte desselben Tages ein Memorial, in dem es die arge Wirthschaft der spanischen und lothringischen Völker in seinen Landen darlegte, zur Dictatur gegeben. Zwei Tage darauf erfolgte Fourniers Erklärung, daß sein Herzog die Satisfaction von 300,000 Thlrn. anzunehmen und die Abführung seiner Völker vom Reichsboden zu befehlen beschlossen habe.

Das kaiserliche Decret zur Annahme dieses Erbietens sollte Sonnabend den 7. März zur Berathung kommen. Da eröffnete das östreichische Directorium, daß der Erzherzog Statthalter „aus sonderbaren Ursachen und ohne Zweifel auf Befehl J. M. des Königs von Spanien" den Herzog Karl von Lothringen in Arrest habe nehmen lassen.

„Ich glaube," schreibt Blumenthal, „es sind nicht zwanzig Personen in dieser Stadt, die nicht froh über diese Gefangennehmung sind." Natürlich gab man östreichischerseits dem Vorgang die Bedeutung, als wenn damit für alles Geschehene Genugthuung gegeben sei.

In jener Sitzung brachte das Directorium, „da nun die lothringische Frage erledigt sei", andere Geschäfte zur Verhandlung. Bei der Umfrage erinnerte Hildesheim, daß wohl das cölnische Memorial zur

---

1) . . . que le Gouvernement des armes et trouppes du dit Sr. Duc passe et demeure sequestre es mains du Sr. Prince François son frère du bon naturel et droicte intention . . . lautet des Königs Wille nach dem Manifest des Erzherzog Statthalter, Brüssel, 25. Febr. 1654.

Tagesordnung gestellt werden könne. Burgund erwiederte lateinisch: das sei ein famos Libell, für den König von Spanien beleidigend, enthalte völlig unwahre Angaben, müsse, bevor man es in die Versammlung bringe, erst corrigirt werden. Hildesheim sprach sein Erstaunen aus, wie man den Einfall spanischer Truppen ins Lüttich'sche und deren Verhalten dort, das durch die mitgesandten Protocolle bezeugt sei, bestreiten könne. Da unterbrach Burgund lateinisch: der Herr für Hildesheim müsse lateinisch sprechen, damit man ihn verstehen könne. Und Hildesheim: er spreche hier, wie es im Reich und den Reichsversammlungen Herkommen sei; es scheine, als wenn Burgund sich entweder selbst zum Director machen wolle, oder mit dem Directorium colludire. Burgund beharrte bei seinem Protest und forderte dessen Aufnahme ins Protocoll. Und das Directorium fügte hinzu: es sei nicht die Behandlung des Memorials geweigert, sondern nur gefordert, daß es erst corrigirt werde; von Collusion mit Burgund könne keine Rede sein, da ja das Directorium die Verhandlung des Memorials nicht beantragt habe. Hildesheim schloß mit der Bemerkung: es scheine, als wolle man einem Gesandten, der seines Herrn Sache urgire, „das Maul mit Gewalt stopfen".

Schon war Botschaft nach Wien an des arretirten Herzogs Bruder Franz von Lothringen gesandt, sich schleunigst über Regensburg nach den Niederlanden zu begeben, um in seines Bruders Stelle zu treten. [1]) Die lothringenschen Truppen wurden einstweilen unter den Befehl des Herzogs von Lingeville gestellt und blieben in ihrer bisherigen Stellung.

Als Gründe der Arretirung gab das Manifest des Erzherzog Statthalters die Zügellosigkeit und abscheuliche Barbarei, die der Herzog seine Truppen habe üben lassen, und gewisse heimliche Einverständnisse und Entwürfe an. Man sagte in Regensburg, er habe mit den spani=

1) So der Bericht bei v. Meiern I. p. 954. Die brandenburgischen Relationen weichen hier, wie oft, sehr von den braunschweigischen, denen v. Meiern folgt, ab.

schen Gouverneuren der Grenzfesten in Artois und Flandern verabredet, alle an demselben Tage den Franzosen zu übergeben.

Indeß war General Sparr mit seinen Brandenburgern bis gegen Lippstadt gekommen, und die Franzosen, etwa 6000 Mannstark, nahten sich der Stadt Lüttich. Aus Brüssel kamen Eilboten an den Kurfürsten von Cöln mit dem Erbieten, das Stift zu räumen, wenn auch die Franzosen abzögen. Schon war es kein Geheimniß mehr, daß Holland seinen Frieden mit Cromwell so gut wie geschlossen. Damit hatte für Frankreich die Occupation des lüttticher Landes ihren Zweck verloren. Unter Stahrenbergs Vermittlung wurde in Tirlemont ein Vertrag zwischen Cöln, Spanien und Frankreich geschlossen, der die Neutralität des Stiftes und die Räumung auch des Hammersteins sicherstellte. [1])

Dennoch bat Cöln, daß Sparr weiter marschieren möge; die Gefahr schien noch keineswegs vorüber; die Lothringer auf dem Hammerstein weigerten sich, zu weichen; erst als Sparr sich mit ein paar hundert Mann Cölnern und Brandenburgern davor legte und die Feste zu beschießen begann, ergab sie sich. [2])

Noch einen zweiten Dienst mußten die Brandenburger, wenigstens die Drohung mit ihnen, leisten. Der cölner Kurfürst war mit seinem lütticher Domcapitel im Hader, ließ ein Mitglied desselben arretiren und nach einer Feste am Rhein abführen; darüber entstand Lärm in der Stadt, das Schlimmste war zu fürchten; Sparr eilte auf des Kurfürsten Bitte nach Lüttich, und die Furcht vor seinen anrückenden, schon ganz nahen Brandenburgern stellte rasch die Ruhe wieder her. [3])

Verbindlich genug war das Dankschreiben, das der Cölner nach

---

1) Vertrag von Tirlemont 17./7. März 1654, bei Londorp VII. p. 608.

2) Die Mitwirkung Sparrs und der Brandenburger beim Hammerstein berichtet eine in das Theatr. Europ. VII. p. 583 übergegangene Zeitung. Daß Sparr bereits am 3. April (24. März) einen Brief aus Lüttich schreibt, schließt die Richtigkeit der Zeitung nicht aus.

3) Nach Sparrs kurzem Bericht an den Kurfürsten. Lüttich, 3. April (24. März) 1654.

Berlin sandte; aber im Vertrage von Tirlemont hatte er „keinen andern Stand im Reich erwähnt und mit eingeschlossen"; und so war die Krone Spanien ihrer Verbündeten nicht mächtig, daß sich Condé durch den Vergleich hätte gebunden halten sollen; er hatte ihn nicht unterzeichnet. Seine Obersten „ließen sich ohne Scheu vernehmen", daß sie im nächsten Winter ihr Quartier im Reich nehmen würden; schon nach wenigen Wochen kamen Streifparthien von ihnen auch ins Clevische. 1) Der Reichstag war zu Ende gegangen ohne die geringste Vorsorge gegen die Wiederkehr solcher Gefahr und solcher Schmach, wie man sie erlitten hatte.

Von diesem Ausgang des Reichstages nur noch Weniges. Schon Ende Februar hatte der Kaiser ankündigen lassen, daß er seine Abreise auf den 20. April festgesetzt habe und daß die Stände sich über die wichtigsten Gegenstände, die sie noch vornehmen wollten, verständigen möchten. Natürlich kam man darüber zu neuen Controversen.

Indeß verlautete, daß ein kaiserlicher Antrag auf neue Römermonate bevorstehe. Man sprach davon, wie unermeßliche Kosten dem Kaiser dieser Reichstag gemacht, welches Opfer er damit, daß er so lange geblieben, dem gesammten Reich gebracht habe. Auch erfuhr man, daß er dem englischen Könige 100,000 Thlr. „aus den Römermonaten, die man ihm hoffentlich bewilligen werde", angeboten habe. 2) Freilich waren auch noch die 100 Römermonate, die 1648 in Aussicht gestellt waren, formell zu bewilligen. Man hoffte, wenn man nur Brandenburg gewinnen könne, wohl zum Ende zu kommen.

Es blieb am kaiserlichen Hofe nicht unbemerkt, wie lebhaft Blumenthal wünschte, wenigstens die breslauische Sache fertig zu machen. Man bot ihm ein neues Arrangement; Graf Schwarzenberg hatte auf die Aemter, die sein Vater inne gehabt und die eingezogen waren, eine

---

1) So des Kurfürsten Schreiben an den Kaiser, 28. Juni (8. Juli) 1654 und ähnlich an Cöln, 28. Mai (7. Juni).

2) Blumenthal 29. März (8. April) 1654.

vom Kurfürsten anerkannte Forderung von 300,000 Thlrn.; diese erbot man sich an den Grafen aus den Römermonaten, die man demnächst beantragen werde, zu bezahlen; man ersuchte Brandenburg, seinen Einfluß anzuwenden, daß die Bewilligung Seitens der evangelischen Fürsten erfolge.

Blumenthal empfahl dem Kurfürsten die Annahme; aber, fügte er hinzu, seine Mitgesandten Platen und Portmann seien nicht gleicher Ansicht mit ihm, sie nähmen Anstand, das Geringste, was nicht ausdrücklich befohlen sei, vorzunehmen, weil es ihnen Ungnade oder Ungelegenheit bringen möchte, obschon auch Platen bekenne, daß die Stände die Bewilligung wohl machen würden, wenn Brandenburg sie empfehle.[1])

Der Kurfürst sah die Frage doch sehr anders an. Er habe, schrieb er an Blumenthal, in Rücksicht auf die große Gefahr, in der das Reich sei und um des Kaisers Fürsorge für das Reich zu stärken, seine Stimme zur Wahl seines Sohnes gegeben, aber solche Bedingungen beigefügt und in der Wahlcapitulation solche Anträge gemacht, die die alte Harmonie zwischen dem Haupt und den Gliedern und zwischen den Gliedern unter sich hätten herstellen können. Aber keineswegs sei er gemeint „um einiges particulären Vortheils Willen" etwas zu thun oder zu gestatten, was den andern Ständen und ihren Unterthanen zur Beschwer gereiche und wider sein Gewissen und Reputation sei; noch weniger wolle er sich „mit vielerlei Vertröstung die Augen blenden lassen oder zu dem Vorwurf Grund geben, als habe er, was er vornehme, nicht wohl überlegt" oder als sei er „in seinen festgegründeten consiliis und genommenen Resolutionen" nicht beständig zu verharren gemeint, sondern mit einigen hundert tausend Thalern „hin und wieder zu locken"; es gereiche ihm „zu besonderem Gefallen", daß Platen und Portmann in Betreff der neuen 50 Römermonate „ihre Fürsichtigkeit" bezeugt hätten; er könne sich in keiner Weise dazu verstehen, daß darein gewilligt, noch

1) Blumenthals Schreiben 6./16. April 1654.

weniger, daß andere Stände in seinem Namen dazu bewogen würden, da sein ganzes Bemühen darauf gerichtet sei, daß der Reichstag fortgesetzt und zum gewünschten Schluß gebracht werde. „Nachdem wir aber jetzt gesehen, daß derselbe gleichsam zerschlagen, daß außer der Wahl, Einführung der neuen Fürsten und Feststellung der 100 Römermonate nichts ausgerichtet wird, daß das Friedensinstrument in größerer Unrichtigkeit als zuvor sich befindet, daß so viele mächtige Potentaten auf den Grenzen des Reichs in Waffen, die gesammten Reichsstände hingegen bis auf den Grund ausgemergelt und ruinirt sind, so können wir nicht zugeben, daß der armen, auf den äußersten Grad ausgesogenen Menschen Klagen und Seufzer auf uns fallen, denen diese neue Last neben ihrer ordentlichen Schuldigkeit gegen ihre Herrschaft und der Unterhalt der nöthigen Defensionsvölker unerschwinglich sein würde"; vielmehr möge dem Kaiser in aller Ehrerbietigkeit zu Gemüthe geführt werden, „in welchem Maaße wir gegen Kais. Maj. in der Wahl und sonst unsre gute Intention zur Genüge an den Tag gegeben; es erfordert aber unsere obliegende Schuldigkeit, daß wir bei dieser Conjunctur und da das Reich unsre Vorsorge als eines von J. Kais. M. innersten Räthe erheischet, wir unsres kurfürstlichen Amtes nicht vergessen". Er befahl Blumenthal, mit den dargelegten Gründen auch andere Stände dahin zu bestimmen, „daß sie ihre Kräfte zusammenhalten und in dieser Frage nicht weichen". „Wenn der Reichstag künftiges Jahr continuirt und wie es des Reiches Wohlfahrt fordert, abgethan sein wird, so werden wir nicht unterlassen, Kais. M. wirklich zu bezeugen, daß man derselben, so weit die Kraft und die Zeitläufte es zugeben, nach Möglichkeit zur Hand zu gehen beflissen sein wird."[1])

---

1) Dieß Schreiben vom 16. April ist von Meinders Hand, der damals Secretair Waldecks war, concipirt. Tornow hat darunter geschrieben: „dieß Schreiben haben E. Exc. der Herr Graf v. Waldeck an den von Blumenthal angegeben und ist gestern im Rath verlesen, auch von S. Kf. D. beliebet worden".

Schon vorher hatte der Kurfürst ein sehr energisches Schreiben[1]) an den Kaiser gerichtet, die Fortsetzung des Reichstages zu fordern. Auch andere begannen sorgenvoll die Consequenzen zu erwägen, welche die Schließung des Reichstages haben würde. In der Berathung über das kaiserliche Mandat, welches den Schluß auf den 27. April definitiv festsetzte, und alle noch unerledigten Fragen, eben die wichtigsten für die Verfassung des Reichs, für dessen Schutz nach Außen, für die Sicherstellung der Evangelischen, theils auf einen andern Reichstag, theils an die Reichsdeputation verwies, wurde es ausgesprochen, daß das Friedensinstrument die Aufgaben dieses Reichstages festgestellt habe und daß man ihn nicht schließen, sondern höchstens auf einige Zeit vertagen dürfe.

In vertrauteren Berathungen erörterte man, daß wenn der Reichstag so wie das kaiserliche Mandat wolle, geschlossen werde, das Friedensinstrument „ganz durchlöchert" sei, daß eben dahin die Absicht des kaiserlichen Hofes gehe, daß die kaiserlichen Minister vom Abschluß des Friedens an nur darauf bedacht gewesen seien, denselben thatsächlich unwirksam zu machen, die Stände der verschiedenen Bekenntnisse in Spaltung zu erhalten, den Reichshofrath durchaus nicht paritätisch zu reformiren, sondern dahin zu arbeiten, daß möglichst alle Sachen vor denselben gezogen werden könnten.[2])

Vor Allem gefährlich mußte es erscheinen, die Reichskriegsverfassung in dem Zustande zu lassen, in dem sie war. Der entsetzliche Zustand in den überrheinischen Landen zeigte, was es heiße, daß der Kaiser das Directorium habe. Es lag alles daran, eine Ordnung zu schaffen, die es möglich machte, für die Sicherheit des Reiches auch ohne den Kaiser und trotz der östreichischen Politik einzustehen. Schon Mitte

---

1) une lettre fort hardie, sagt Vautorte 2. April. Das Schreiben des Kurfürsten vom 2. (12.) März steht bei v. Meiern I. p. 1042.

2) Ueber diese Besprechungen einiger confidentiores hat v. Meiern I. p. 1056 gute Angaben.

März war ein Ausschuß niedergesetzt, diese Frage zu behandeln. Aber wenn der kaiserliche Hof dabei blieb, mit dem Ende April den Reichstag zu schließen, so war keine Hoffnung, diese höchst schwierige Frage zum Schluß zu bringen.

Umsonst bemühten sich die brandenburgischen Gesandten mit den evangelischen Fürsten, den Dingen noch eine andere Wendung zu geben; im Kurfürstenrath stimmten auch Pfalz und Sachsen wie der kaiserliche Hof wünschte, im Fürstenrath wurden die Evangelischen ebenfalls überstimmt. Sie stellten, als die Collegien zusammentraten (14. April) über des Kaisers Abreise zu beschließen, die Forderung, daß nicht allein die Processe beim Reichshofrath, sondern „alle Mandate, Decrete, Commissionen und Sentenzen in suspenso bleiben, daß kein Stand gegen den andern etwas attendiren, keiner gegen seine Unterthanen von Reichs wegen Execution vornehmen solle". Auf den Widerspruch des östreichischen Directoriums erklärte Brandenburg: wenn solches nicht beliebt würde, müßten die Stände dabei beharren, daß der Reichstag nicht geschlossen, sondern nur vertagt werde. „Gott gebe," fügt die Relation an den Kurfürsten hinzu, „daß dieser Punkt von den Evangelischen beherzigt werde, weil sonst viele evangelische Bürger und Unterthanen von katholischen Ständen ins Elend gejagt werden dürften, ehe ein neuer Reichstag zusammentritt." [1])

Auf Grund der gefaßten Beschlüsse erfolgte am 29. April die kaiserliche Resolution über den Schluß. Es war nicht geringe Gefahr, daß jetzt in der unschicklichen Eile des Schließens Dinge höchst präjudicirlicher Art durchgebracht würden. Die brandenburgische Gesandtschaft hatte die bestimmtesten Instructionen, zu wachen, daß nicht die Schlinge zugezogen werde.

Die einzelnen zum Theil sehr heftigen Debatten dürfen übergangen werden. Es wurde noch erreicht, daß der Ausschuß wegen der Reichs-

1) Bericht vom 27. April 1654.

defension Bericht erstattete, daß für den nächsten Deputirtentag, um die Parität herzustellen, einer der drei evangelischen Kurfürsten alternirend zwei Stimmen führen sollte; in Betreff des Reichshofraths und andrer Fragen legten die evangelischen Fürsten mit Brandenburg Verwahrung nieder; sie sprachen noch einmal beim Kaiser für die Evangelischen in seinen Kron- und Erblanden, worauf ihnen die „gewöhnliche Resolution" wurde, „der Kaiser werde nachsehen und den evangelischen Ständen eine Antwort wiederfahren lassen."

Den Geldpunkt betreffend hatte der Kaiser am 23. April den Antrag auf Bewilligung von 60 Römermonaten stellen lassen. Noch immer wurde wegen der breslauschen Schuld weiter gehandelt; am 15. Mai kamen jene Römermonate im Kurfürstenrath zur Umfrage; alle andern erklärten sich bereit zu bewilligen und über die Summe mit den andern Collegien zu verhandeln; Brandenburg's Votum lautete: für dießmals könne sich S. Kf. D. zu nichts verstehen. Ein Paar Stunden darauf kam an Blumenthal die kaiserliche Resolution wegen der breslauschen Schuld, „daraus zu verspüren, warum man so lange zurückgehalten"; sie war der Art, daß nach den kurfürstlichen Weisungen nicht darauf eingegangen werden konnte.

Folgenden Tages traten die drei Collegien über die Römermonate zusammen. Ungeachtet des brandenburgischen Widerspruchs wurde die Bewilligung des Kurcollegiums verlesen. Als Beschluß der Fürsten wurde mitgetheilt, daß erstens die 100 Monate durch Majorität bewilligt seien; die Evangelischen protestirten: es könne hier die Mehrheit der Stimmen nicht gelten, da es sich um eine freiwillige Subsidie, nicht um eine nothwendige handle; sie setzten durch, daß gesagt werde: die mehreren hätten sie verwilligt. Dann in Betreff der neuen 60 Monate sagte das Directorium:

1) Das Antragschreiben ist vom 16. April und kam am 23. zur Dictatur (v. Meiern I. p. 1072); es enthielt zugleich den Antrag auf Zahlung der noch rückständigen Posten von den 100 Römermonaten, nicht den auf definitive Bewilligung derselben.

manche hätten sich mit mangelnder Instruction entschuldigt, andere 40, andere 30 Monate bewilligt mit der Bedingung, daß davon die Zahlung für den Herzog von Lothringen abgehen solle; der mehrere Theil aber habe Hoffnung gemacht, daß ihre gnädigen Herrn dem Wunsche Kais. Majest. Folge leisten würden. Auch dagegen protestirten die Evangelischen; es mußte gesagt werden, daß ein Theil sich so habe vernehmen lassen. Die Städte endlich beschwerten sich, daß auf die 100 Monate vor erfolgter Bewilligung schon Anweisungen erfolgt und zum Theil durch Execution beigetrieben seien; sie forderten, daß es bei den 63 Monaten, die an den meisten Orten schon gezahlt seien, bleiben, und daß ganz eingeäscherten Städten wie Wimpfen auch diese Zahlung erlassen werden möge; mit den neuen 60 Monaten wolle Kais. Maj. sie verschonen.

Endlich am 17. Mai sollte die feierliche Verlesung des Reichsabschiedes geschehen; zu derselben wurden die Stände in den kaiserlichen Hof geladen, weil Kais. Maj. nicht wohl genug sei, sich zu den versammelten Ständen ins Rathhaus zu begeben. Mehrere von den Evangelischen erschienen darum nicht.

Schon bei der vorläufigen Zusammenstellung der gefaßten Beschlüsse hatten die evangelischen Fürsten ihre Monita eingereicht mit der Forderung, daß sie in den Abschied eingerückt würden. Die Verlesung zeigte, daß sie nicht aufgenommen seien.

Gleich nach der Sitzung versammelten sich die Evangelischen und Kurbrandenburg, ein Memorial an den Kaiser zu richten, in dem sie freie Religionsübung für die am kaiserlichen Hofe zu Wien befindlichen evangelischen Gesandten, Agenten, Reichshofräthe u. s. w., so wie die in dem Friedensinstrument angeordnete Parität im Reichshofrath forderten und sich gegen alle Functionen desselben, so lange nicht evangelische Räthe neben den katholischen in gleicher Zahl bestellt seien, verwahrten. Der Kaiser reiste bereits am 18. Mai ab, sie mußten sich begnügen ihr Memorial dem Reichsvicekanzler durch Kurbrandenburg und Magdeburg zu überreichen; er verweigerte es eine Bescheinigung des Empfanges aus-

zustellen: das sei nicht stili, auch alle Secretaire bereits abgereist. Nach einigen Tagen wurde ihnen durch Volmar mündlich eröffnet, daß Kais. Maj. „mit sonderbarer Befremdung" vernommen, daß etliche evangelische Stände, nicht einmal alle, nach geschlossenem Reichstage, also dem Herkommen zuwider, ein Ansuchen gethan, es müsse bei den früheren kaiserlichen Erklärungen lediglich sein Bewenden haben, und könnten die evangelischen Gesandten, Agenten, Räthe u. s. w. „auf wenig Stunden außerhalb der kaiserlichen Residenz" ihre Religion üben. Diesen Bescheid schriftlich auszustellen, weigerte sich Volmar.

Bei genauerer Durchsicht des Reichsabschiedes fanden sich noch andere sehr bedenkliche Stellen; auch gegen diese legten die Evangelischen Verwahrung ein, die wieder durch Kurbrandenburg und Magdeburg am 24. an Volmar überbracht wurde. Volmar nahm das Schriftstück gar nicht an; „er habe eine kaiserliche Resolution ihnen mitgetheilt, nicht um eine neue Antwort darauf zu erhalten; er wollte nicht ihr Briefträger sein, und könne man ja diese Sachen mit der Post an den Kaiser schicken."

So endete dieser Reichstag. Die östreichische Politik hatte allen Grund sich über ihre Erfolge Glück zu wünschen. Von allen den großen Dingen, die das Friedensinstrument angeordnet, war nichts zu Stande gebracht als eine Revision der Kammergerichtsordnung, die für den kaiserlichen Hof sehr gleichgültig war, wenn daneben der Reichshofrath unverändert blieb.

Es war nicht bloß der unklare, formlose, hülflose Zustand des deutschen Gemeinwesens erhalten, sondern durch die Differenzen zwischen Kurfürsten und Fürsten, zwischen beiden und den Städten nur ärger geworden; und indem dieser, und nur dieser Reichstag im Friedensinstrument zur neuen Constituirung des Reiches bestimmt gewesen war, durften die in demselben festgestellten Principien selbst als beseitigt gelten. Zu dem allen hatte die kaiserliche Politik die Wahl Ferdinands IV. erreicht, mit einer Wahlcapitulation, die sich der wiener Hof gar wohl ge-

fallen lassen konnte; auf ein Menschenalter hinaus war das Hauptinteresse Oestreichs im Reich wieder sichergestellt.

Unter unendlichem Jubel, mit ungewöhnlicher Pracht hielt der Kaiser am Pfingsttage seinen Einzug in Wien. Wenige Wochen darauf erkrankte der junge König Ferdinand IV.; am 9. Juli starb er.

Nach dem Reichstag.

„Zwar ist bei den jüngst vorgenommenen Reichshandlungen die Wohlfahrt und Beruhigung des Reiches allenthalben an die Spitze gestellt, als wenn Kais. Maj. zu diesem Endzweck allein den Reichstag berufen habe; aber näher betrachtet zeigt sich, daß der eigentliche Zweck nur gewesen, die Wahl und Succession im Hause Oestreich zu erhalten und das aristokratische Regiment allgemach in einen statum monarchicum zu verkehren.“ So äußert sich ein braunschweigisches Gutachten nach beendetem Reichstag 1); schon sei Oestreich daran, mit jenen neu ernannten Fürsten die Majorität im Fürstenrath zu gewinnen; und wenn erst dieser „unter das östreichische Joch“ gebracht sei, so werde die Reihe auch an das Kurfürstencollegium kommen und demselben sich das Beispiel der Polyphemshöhle wiederholen.

Ein Mittel, solcher Gefahr vorzubeugen, sieht das Gutachten darin, „wenn man Brandenburg, welches bei diesem Reichstag für die gemeine Libertät gute Consilien geführt, bei so guter Intention erhalten, auch etwa Cöln auf die Seite der Fürsten bringen könnte“; dafür kann man ihnen zusagen, auch ihr Interesse wahrzunehmen und nichts zu beabsichtigen, als daß jeder Stand im Reich seine alten Rechte behalte, insbesondere der Präeminenz der Kurfürsten in keiner Weise zu nahe treten zu wollen.

1) Dieß von v. Meiern I. p. 1147 mitgetheilte „Bedenken eines ungenannten Verfassers“ ist, wie der Inhalt ergiebt, von dem braunschweig-zelleschen Rath Dietrichs verfaßt.

Auch das Ausland hatte mit Aufmerksamkeit das Ringen Brandenburgs erst gegen Schweden, dann gegen die kaiserliche Politik verfolgt; in Paris war man über den Kurfürsten des Lobes voll, wenn man auch nicht umhin konnte, zu bedauern, daß er nicht mit gleichem Eifer ein vertrauteres Verhältniß mit Frankreich suche.[1])

Wie man in Berlin selbst die Ergebnisse des Reichstages und die veränderte Stellung Brandenburgs ansah, ergiebt eine Vorlage an den Geheimenrath zur Begutachtung von 14 Punkten[2]); ein Schriftstück, das seiner Bedeutsamkeit wegen der Hauptsache nach mitgetheilt zu werden verdient.

1) Man habe bemerkt, daß etliche Reichsstände, namentlich unter den Evangelischen, in Betreff der Capitulation und in andern Sachen dem kurfürstlichen Collegium zu nahe treten wollen unter dem Vorwand, als ob der Stände Freiheit und des Reiches Wohlfahrt es erfordere; diesem Vorhaben sei S. Kf. D. begegnet und habe zu Nutz der Evangelischen, zur Befestigung der deutschen Freiheit und sonderlich zur Erlangung der eigenen Sicherheit solche Consilien geführt, daß die genannten Stände nicht allein erfahren, welchen Nachdruck es habe, wo ein Kurfürst für das gemeine Beste rede, sondern auch S. Kf. D. Rath und Willen gefolgt seien und ferner zu folgen versprochen hätten. Sei demnach zu erwägen, wie dies Einvernehmen ferner zu erhalten und zu befördern sei.

---

1) „Man lobt an diesem Hofe Kurbrandenburg als den einzigen deutschen Fürsten, welcher mit Eifer für die Erhaltung der Reichsfreiheit handelt," so meldet der kursächsische Agent aus Paris nach Dresden den 25. Febr. 1654. Ganz in demselben Sinn äußert sich Vautorte in seinem Schreiben vom 2. April: l'Electeur de Brandebourg à fait le brave pendant toute cette diète; folgen dann die Punkte, in denen er mit Erfolg Opposition gemacht.

2) Dieß Actenstück liegt in den Protocollen des Geheimen Rathes; von der Hand eines Beamteten, die in den späteren Jahren des Kurfürsten öfter vorkommt, ist beigeschrieben: „Dieses scheint ein Memorial zu sein, so der Herr Graf von Waldeck von der andern Herren Räthe einen im Geh. Rath mag haben proponiren und der Herren Collegen Gutachten darüber vernehmen lassen." Es ist nach dem Ende des Reichstags und vor dem frankfurter Deputationstag, der auf den 1. Oct. 1654 angesetzt war, verfaßt.

2) Ueber solches Verfahren hätten sich die anderen Kurfürsten disgustirt gezeigt und in demselben eine Trennung Brandenburgs, einen Bruch der Kurfürsteneinung sehen wollen; man habe deshalb, was in Regensburg zwischen den kurfürstlichen Gesandten vorgegangen, bei deren Herren wieder auszugleichen gesucht und es dahin gebracht, daß sich Cöln mit S. Kf. D. näher verbunden, Trier dasselbe zu thun gewünscht, Sachsen seine Affection versichert habe.[1]) Sei zu erwägen, wie dies fortzusetzen und zu beständiger Wirkung zu bringen sei.

Allerdings kam es zu einer Verbindung Brandenburgs einerseits mit Cöln, andrerseits mit den drei braunschweiger Herren, Verbindungen, welche im diplomatischen Europa dafür galten, gegen die drohende Macht des Hauses Oestreich gerichtet zu sein.[2]).

3) Während gegen das Friedensinstrument, gegen die Ehre der evangelischen Kurfürsten und den Nutzen aller Evangelischen die Parität in den Deputationstagen von den Katholischen umgestoßen und von einigen Evangelischen aufgegeben worden sei, habe S. Kf. D. solches gehindert und für den nächsten Deputationstag das geforderte Zugeständniß erhalten. Es sei zu erwägen, wie ein dauerndes Ergebniß zu gewinnen sei.

4) Durch die meisten Stimmen sei eine große Anzahl Römermonate bewilligt worden, dadurch S. Kf. D. Lande oder auch anderer Reichsstände Unterthanen ganz hätten ausgesogen und mittelbarer Weise die Religion gedrückt werden können. S. Kf. D. habe die beinahe verlorne Sache in so weit wiederhergestellt, daß die Zahlung von dem freien Willen jedes Standes abhänge.

---

1) Boreel an de Witte, 30. Oct. 1654. Uyt Duytschland heeft men van goeder handt, dat alrede eenige Vorsten hebben begonnen haer te versterken met Alliancie tegens de groote magt van het Huys van Oostenryck etc.

2) Der alte Johann Georg von Sachsen sandte Pflugk mit einem sehr verbindlichen Handbrieflein nach Berlin, und Friedrich Wilhelm antwortete eben so verbindlich, u. a. „was aus Mistrauen zwischen nahen Verwandten und Nachbarn für Uebel entstehen kann, ist genugsam am Tage". (Dresd. Arch.)

5) Wie das Reich jedermann zum Raube gleichsam offen gestanden und man jedem, der martialisch gefordert, Tribut gezahlt habe, so habe S. Kf. D. nicht allein durch seine Vota in Regensburg, sondern auch durch seinen Entschluß kräftigen Widerstandes es in so weit abgewendet, daß die Wirkung davon in etwas sowohl in der bremischen Sache als auch jenseits des Rheins zu sehen sei. Es werde zu bedenken sein, wie man beständige Sicherheit erlangen könne.

In der That hatte der Kurfürst den schwedischen Befehlshaber im Fürstenthum Bremen erinnert[1]), die Dinge nicht zum Aeußersten zu treiben, und Graf Waldeck warb ein Regiment, wie man glaubte, die Stadt Bremen zu unterstützen. Der bald mit erneuter Heftigkeit wieder entbrannte Kampf gab dem Kurfürsten Anlaß, in Gemeinschaft mit den Braunschweigern und mit Cöln eine bedeutende Truppenmacht aufzustellen, um den niedersächsischen und westphälischen Kreis gegen Schweden zu sichern und der begonnenen Vermittlung zwischen Schweden und der Stadt Bremen Nachdruck zu geben.[2])

6) „Da die Direction der Waffen im Reich in des Kaisers Händen absolut gestanden und dadurch allen Reichsständen, namentlich dem Kurhaus Brandenburg, merklicher Schaden zugefügt worden, habe S. Kf. D. dieselbe soweit in der Kreisstände Hände gebracht, daß diese, wenn sie davon Gebrauch machen wollen, es mit Nutzen thun können. Weil aber wenige Kreise in ihren gehabten Versammlungen solchen Vortheil beobachtet, so sei zu überlegen, wie der verhoffte Zweck zu erreichen."

---

1) satis abrupte et velut pro imperio; Pufend. Carl. Gust. I. § 12. Das Schreiben ist vom 2. Juli 1654.

2) L'armement qu'on fait en Allemagne est considérable; l'Electeur de Brandebourg avec les Princes de Lunebourg auront vers le 20 de ce mois sous les armes une armée de 10,000 fantassins et de 6000 chevaux, sans comter les trouppes qu'y envoyeront l'Electeur de Cologne et les autres Princes de la Ligue, (genauer im Original nogh andere Heeren, die haer mede tot de Ligue sullen begeven). Der Zweck ist, die Schweden zu hindern non seulement de prendre Bremen, mais encore de s'étendre d'avantage et de devenir plus puissant dans l'Empire. Boreel an de Witte, Paris, 13. Nov. 1654.

Er war eine der wichtigsten Entscheidungen, die der Reichstag gebracht; der Kaiser stand nicht mehr an der Spitze des Reichskriegswesens.[1]) Wenn jeder Fürst und Stand im Reich seine Schuldigkeit that und wenn man wenigstens nach außen hin in dem Interesse des Vaterlandes einig war, so war mit der Kriegsverfassung der Kreise die Form gefunden, die Gefahren zu beseitigen, welche die Verträge von 1648 mit der völligen Libertät über das Reich gebracht hatten. Nach diesen blieb dem Reich nur noch die Form der Föderation, und die Kreisordnung gab den Weg, sie zunächst militärisch gesund und stark zu entwickeln.

7) Weil S. Kf. D. wegen seiner clevischen Landstände, wegen der Prätensionen einiger katholischen Geistlichen[2]) und wegen anderen Sachen vom Reichshofrath durch Citationen und Mandate sehr beunruhigt worden, so habe auf Mittel, dem zu begegnen, gedacht werden müssen, und sei demnach anderen Reichsständen vorgeschlagen, denselben, weil er nicht dem Friedensinstrument gemäß bestellt sei, zu recusiren; man habe in dieser Sache „harte Schreiben" an Kais. Maj. abgehen lassen, und sei jetzt zu erwägen, wie man die damit gewonnene Zeit benutzen und alles, bis der Reichshofrath richtig bestellt, in guten Stand zu setzen oder sonst Sicherheit zu finden habe.

8) Nachdem S. Kf. D. wegen Unterhalts der Garnisonen und des Defensionswerkes viel Widerwärtigkeiten erfahren und namentlich im Clevischen fast alles „mit Hingebung Dero Respects" habe kaufen müssen, sei es nothwendig geworden, dahin zu wirken, daß solchem verdrieß-

---

1) Nach dem sehr treffenden Ausdruck von Würzburg, in der Sitzung vom 19./29. April 1654: den Kreisen sie anheim zu geben, sich einer gewissen Verfassung pro moderno statu zu vereinbaren, zumalen da status Imperii ein compositum aus dem Creyß-statu wäre. v. Meiern II, p. 666.

2) Es ist u. a. am 7. Juli 1653 ein Mandat an die brandenburgische Gesandtschaft in Regensburg übergeben, die Probstei Halberstadt zu restituiren oder auf des Cardinals (v. Harrach) Klage in 3 Monaten zu antworten. Bericht vom 7. Juli 1653.

lichen Wesen durch einen Reichsschluß begegnet werde; dieser sei gefaßt, und sei nun zu erörtern, wie man demselben Wirkung zu geben habe.

Diese unscheinbare Bestimmung Art. 180 des „jüngsten Reichsabschiedes" steht an principieller Wichtigkeit der über das Reichskriegswesen zur Seite. Bisher hatte es von dem Belieben der Landstände abgehangen, ob sie und was sie zur Landesdefension bewilligen wollten, und wenn sie sich, wie hundertfache Beispiele des entsetzlichen Krieges zeigten, bei offenbarster Landesnoth weigerten, irgend ein Opfer zu bringen, so hatten sie mit ihren Rechten und Privilegien Schutz bei den Reichsgerichten suchen und finden können. Jetzt war entschieden: daß die Landsassen und Unterthanen schuldig seien, in Besetzung und Unterhaltung der Festungen, Plätze und Garnisonen ihren Landesherrn „mit hülflichem Beitrag gehorsamlich an die Hand zu gehen", und daß sie beim Reichshofrath und Reichskammergericht dagegen Protest zu erheben „sich nicht gelüsten lassen", sondern von denselben ab und zu schuldiger Parition gewiesen werden sollten. Man sieht, damit ist die Libertät der Landstände an ihrer Wurzel getroffen; sie haben nicht mehr zu fragen, ob die geforderten „Defensionsgelder" mit Recht gefordert werden, ob sie zu hoch sind, ob man für die Bewilligung ihnen anderweitige Zugeständnisse gewähren werde; und der Weg der Klage an den Kaiser und die Reichsgerichte ist ihnen abgeschnitten.

Wir werden sofort sehen, wie der Kurfürst diesen Artikel zur weiteren Regelung innerer Fragen verwendete. Die nächstfolgenden Punkte, die der Geheimerath erörtern soll, betreffen Verhältnisse, die nicht das Reich, sondern Brandenburg in seinen besonderen Beziehungen angehen; auch sie bezeichnen deutlich, wie bedeutend die Lage der Dinge verändert ist.

9) Während die Schweden früher im niedersächsischen Kreise alles nach ihrem Willen gethan haben, hat jetzt S. Kf. D. Vornehmen dort mehr Beifall gefunden; und

10) im westphälischen Kreise ist der Pfalzgraf von Neuburg daran

gewesen, sich oder wenigstens seinen Diener, den Feldmarschall Reuschenberg, ins Kreisoberstenamt zu bringen, das ist gehindert und wird nach mehrerer Stände Versicherung auch künftig nicht geschehen, vielmehr

11) ist in demselben Kreise, wo man weder dem Kurfürsten selbst, noch dessen Vater eine Stimme für die clevischen Lande hat zugestehen wollen, jetzt von den meisten Kreisständen die Zusicherung auf drei Stimmen (für Cleve Minden, Ravensberg) gegeben worden.

12) Da S. Kf. D. sich früher keines einzigen Reichsstandes hat versichert halten, noch darüber auch nur eine Zusage erhalten können, ist jetzt ein guter Anfang mit Kurcöln und Braunschweig gemacht und das Heranziehen noch anderer Reichsstände vorbehalten. Auch darüber, wie über die früheren Punkte, hat der Geheimerath zu erwägen, wie weiter zu verfahren sein wird.

13) Man hat besorgt, daß die Vereinigung der Evangelischen Anlaß zu einer katholischen Liga geben könnte; dem sei zwar durch das Bündniß mit Cöln vorgebeugt, doch sei theils noch die Rede von Verhandlungen zwischen mehreren Katholischen, theils gehe die Verhandlung mit den Evangelischen langsam vorwärts und müsse man daher überlegen, was da zu thun sei.

14) „Da nach Ausweis vieler Schreiben aus Regensburg und von andern Orten her, S. Kf. D. außer aller Consideration gewesen, nunmehr aber von Königen und Republiken gesucht werde, so ist die Ursache, wodurch Sie in Consideration gekommen, zu untersuchen, dieselbe beizubehalten, und, wie man beständig sich bei solchem Zustand manuteniren könne, ein unveränderlicher Schluß zu machen."

So die Vorlage für den Geheimenrath. Außer der sehr merkwürdigen Darlegung der Situation bietet sie noch Aufklärungen anderer Art. Sie ist gewiß nicht unmittelbar vom Kurfürsten ausgegangen; der Ton, in dem sie gefaßt ist, scheint sagen zu wollen: wie recht ich hatte, wie meine Ansicht vom Erfolg bestätigt ist, wird man nun wohl anerkennen müssen. Erinnern wir uns jener lebhaften Erörterungen vor

dem Beginn des Reichstags, und daß es Blumenthals Ansicht war, für welche sich der Kurfürst entschieden. Wie bald hatte sich gezeigt, daß Blumenthal mit seinem Vertrauen auf den kaiserlichen Hof sich gründlichst verrechnet hatte. Er selbst empfand auf das Peinlichste den Miserfolg seiner Politik; eine vertrauliche Mittheilung Waldecks, daß er für ihn beim Kurfürsten auf eine Belohnung so großer Verdienste und Mühewaltung angetragen und ob ihm die Summe von 10,000 Thlr. recht sei, hatte er mit Dank angenommen und wohl verstanden; er bat am Schluß des Reichstages, „krank, wie er sei, da S. Kf. D. laboriose und gesunde Männer brauche," sich auf seine Statthalterschaft nach Halberstadt zurückziehen zu dürfen. [1])

Daß in jenen Erörterungen im Herbst 1652 namentlich Waldeck gegen Blumenthal gestanden, ist unzweifelhaft. Für ihn war es eine Art Triumph, daß der kaiserliche Hof sich so benahm, wie er vorausgesehn. Jetzt schien es wie von selbst gegeben, alle Consequenzen dieser Gegenstellung zu ziehen; jetzt empfahl und förderte er den Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich [2]); er ließ auf seinen Namen ein Reiterregiment für Bremen gegen Schweden werben; daß in einer brandenburgischen Enclave in Schlesien kaiserliches Volk eingedrungen war, den evangelischen Pfarrer weggejagt, die Kirche einem Meßpriester übergeben hatte [3]), schien zu zeigen, wessen man sich von Oestreich zu versehen habe. Daß Holland seinen Frieden mit Cromwell mit der Acte van Seclusie er-

---

1) Schreiben Blumenthals, 8./18. Mai: „er wünsche, nur vorher seine Güter in der Mark besuchen zu dürfen;" wohl um zu einer Audienz in Berlin beschieden zu werden, die ohne Zweifel auch erfolgte. Daß der Kurfürst ihm nach wie vor sein Vertrauen schenkte, liegt klar genug in den Acten von 1655 vor.

2) Wicquefort schreibt 1659 in einem aus der Bastille an Mazarin gerichteten Memorial: Le comte de Waldeck qui tenait en ce temps là une des primières places dans le conseil de Son Alt. El. et qui a toutes les inclinations françaises u. s. w. Und Vautorte meldet 2. April, daß Waldeck Eröffnungen sur la liaison française habe machen lassen.

3) Diese Vorgänge zu Halt Großburg, einem zu Lebus gehörigen Bezirk von einigen Dörfern im mittleren Schlesien, kenne ich nur aus dem kurfürstl. Edict vom 21. Aug. 1654, bei Mylius VI. p. 487.

kaufte, daß es dem oranischen Interesse und dem Mündel des Kurfürsten damit den schlimmsten Streich versetzte, schien eine Herausforderung, die man nicht annehmen dürfe; im April war in Paris das Gerücht, daß Brandenburg die holländischen Besatzungen aus Cleve werfen und einige der unirten Provinzen, die mit jenem Act höchst unzufrieden waren, an das Reich bringen wolle; ein Gerücht das zeigt, was man unter Waldeck's Einfluß möglich glaubte. Voll kecker Entwürfe, in der Ungeduld hervorragender Begabung nach raschen und glänzenden Erfolgen begierig, suchte er die brandenburgische Politik in Bahnen zu führen, die, wenn die Dinge glückten, große Ergebnisse sicherten. Daß er im Geheimenrath auf mancherlei Bedenken gestoßen, zeigt seine Vorlage; das bisher Erreichte schien ihn nach allen Richtungen hin zu rechtfertigen.

Die Gutachten auf Anlaß jener Vorlagen sind nicht mehr vorhanden. Aber der nächst weitere Gang der Ereignisse zeigt, daß der Kurfürst doch nicht ganz so entschied, wie Waldeck gewünscht haben mochte. Er schritt nicht mit gewaffneter Hand für Bremen ein, sondern übernahm die Vermittlung, die der mindensche Kanzler Wesenbeck mit den braunschweiger Räthen zum gewünschten Abschluß führte. Er trat nicht in nähere Verbindung mit Frankreich, so lebhaft in Paris gewünscht wurde, ihn und „seine Liga" zu gewinnen. Gegen die Acte van Seclusie legte er Verwahrung ein, aber in behutsamsten Formen (9. Mai) und er ließ demnächst auf eine Anregung vom Haag dort den Wunsch aussprechen, mit den Herren Staaten „in alter vertrauter Freundschaft" zu leben und diese auf die ihm verbündeten Reichsstände Cöln, Braunschweig u. s. w. ausgedehnt zu sehn.

Am wenigsten ließ er den Schein aufkommen, als habe er aufgehört, mit dem kaiserlichen Hofe in freundlichen Beziehungen zu stehen;

1) Diese Eröffnungen erfolgten durch den brandenb. Agenten Kopes, 26. Nov. 1654, und schon am 30. Nov. antworteten die Generalstaaten entgegenkommend. „Sie sind ja gleichsam die Anfänger davon gewesen," schreibt Schwerin an Weimann 5./15. Jan. 1655. (Düsseld. Arch.)

ja er knüpfte deren mit der Krone Spanien an, die, wie seltsamer Art der Anlaß dazu sein mochte, in Paris dafür galten, dem französischen Hofe Jalousie geben zu sollen[1]).

Er hatte Waldeck gern um sich, er ließ seinem Ehrgeiz, seinem raschen treibenden Geist weiten Spielraum; das Ausland konnte in dem Grafen wohl den leitenden Minister, die Seele der brandenburgischen Politik sehen. Aber eben so nahe stand ihm Fürst Moritz von Nassau, Sparr, Schwerin, Männer von sehr anderer Ansicht und am wenigsten mit Waldeck darin einverstanden, daß man auf jeden nächsten Wurf Alles setzen, daß man die ganze Action des Staates in die auswärtige Politik verlegen müsse, während im Innern noch Aufgaben schwierigster Art zu lösen blieben, von denen zugleich die Mittel für die Action nach Außen abhängig waren. Noch war man nirgends mit den Landständen zu einem auch nur erträglichen Verhältniß gekommen; dann forderte das tiefzerrüttete wirthschaftliche Leben von Stadt und Land Fürsorge und Aufhülfe; dann war der kirchliche Friede immer von Neuem gefährdet, am Rhein durch die unermüdlichen Wühlereien der Jesuiten von Düsseldorf, in den alten Landen durch den Haß der Lutheraner gegen das reformirte Bekenntniß und die Einflüsse der Wittenberger Theologen.

Wie weit war man noch davon entfernt, ein befestigtes politisches Dasein zu haben; man suchte noch erst die Wege, die man einschlagen, die Aufgaben, die man fassen müsse, um dieser noch schwankenden Bildung ein

---

1) Dieß ist die Verhandlung mit dem Marquis Ludwig Spinola, die, durch Nassau empfohlen, gegen den Rath Waldecks, von Nassau und Schwerin geführt wurde. Ueber ihren weiteren Verlauf, in dem schließlich der Abenteurer enthüllt wurde, berichtet Pufendorf, IX. 4. Einige lehrreiche Actenstücke aus diesen Verhandlungen danke ich der gütigen Mittheilung des Herrn Prof. Helferich, der sie abschriftlich aus Spanien mitgebracht hat. Die im Text angedeutete Aeußerung hat Boreel in einem Briefe aus Paris, 4. Dec. 1654: Sommige meenen, dat die conferentie tot Brüssel, meest door d'Heere Keurvorst sy toegestaen, om in Vranckryck daer door jalousie te geven ende alsoo beter Condition met dese Kroon te bespreecken. Wicquefort schreibt an Mazarin 14. Oct. 1654, daß er schon vor mehr als 6 Monaten Nachricht von Spinolas Vorschlägen gegeben habe, daß jetzt Spinola über Münster nach Berlin reise.

festes Gepräge und in dem Zusammenhang der Staatenwelt eine feste Stelle, eine Nothwendigkeit zu geben. Kaum erst ein Anfang dazu war auf dem Reichstage gemacht, und manchem erschien es als das einzige Ergebniß, daß man nur weit und weiter hinaus wie ins offene Meer treibe. Dann und wann ist wohl an die politischen Traditionen des Hauses erinnert worden; aber es lag auf der Hand, daß man von ihnen völlig hinweg sei, daß es unmöglich sei, zu ihnen zurückzukehren. Noch weniger hätte man daran denken können, sich in der Analogie der andern deutschen Territorialstaaten zu bewegen; man stand äußern Gefahren gegenüber, wie sie keinem andern so nahe waren und so verhängniß werden konnten; kein anderer hatte so zerstreut liegende, in ihren Interessen, Beziehungen und Rechten so verschieden geartete Territorien; man mußte ihnen eine künstliche Gemeinschaft zu schaffen, man mußte für diese Bruchtheile deutschen Landes und Lebens, so zu sagen, den Generalnenner zu finden lernen. Man konnte von fremden Staaten in und außer dem Reiche wohl Einzelnes entlehnen, militärische Einrichtungen, Formen der Verwaltung, der Besteurung, u. s. w.; aber alles das mußte, um in den eigenthümlichen, höchst schwierigen Bedingungen hier Wurzel zu fassen, gar sehr modificirt werden, und war dann in seinen Wirkungen doch anders, als dort, woher man es entnommen; um so achtsamer, thätiger, erfindungsreicher mußte man sein. Worauf es vor Allem ankam, daß stetig, im Zusammenhang, nach allen Richtungen gleichmäßig und aus einem Gesichtspunkte gearbeitet werde, daß ein fester Mittelpunkt da sei, „nach dem alle Rathschläge wie die Linien in einem Zirkel sich streckten", das war des Fürsten Sache und darin hat er seine eigenste Begabung. Es war nicht irgend eine Virtuosität noch wechselnde Liebhabereien, die sein Thun bestimmten; es war noch weniger ein im Voraus bestimmendes System, eine politische oder kirchliche Doctrin, nach der er „seinen Staat" formte. Seine Art glich der des gesunden Lebens, das aus jeder Speise das Nährende, aus jeder Erregung das Kräftigende, aus der Arbeit Gesundheit und Lust zu neuer Arbeit ge-

winnt. Er lebte und webte in seinem Staat; auf ihn bezog, von ihm aus bestimmte sich ihm alles. Stets in Mitten der Geschäfte und unermüdlich in ihnen, bei jedem Einzelnen in der lebendigen Empfindung des Ganzen, in Allem großen Sinnes und für alles Bedeutende voll Interesse, nach allen Richtungen hin weiten Blickes, belebend und impulsirend, mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit wirkend, so führte er sein Regiment.[1])

Das ist der Eindruck, den das Lesen der Acten dieser an Thätigkeit so reichen Jahre giebt. Da gehen den regensburger Verhandlungen, dem cölner Zuge, den großen politischen Combinationen zur Seite die eingeleiteten Reformen in der Verwaltung, die Organisation der Armee, die Ordnung der Finanzen. Es werden die Arbeiten begonnen, die Oder mit der Spree zu verbinden und den durch den schwedischen Besitz von Stettin gelähmten Oderhandel in die Elbe zu führen. Es werden Eisenhammer, Glashütten, Kupferwerke angelegt. Zugleich beginnt Dr. Tornow Vorarbeiten zu einem allgemeinen Landrecht, zu einer umfassenden Justizreform zu machen. Die Kurfürstin gründet in ihrem Oranienburg mit der thätigen Hülfe Schwerins eine Musterwirthschaft, die dem Garten- und Wiesenbau in den Marken Eingang schafft. Die endlich erfolgte Rückgabe Hinterpommers und der verwahrloste Zustand des Landes fordert umfassendste Thätigkeit; die erste Sorge ist die Befestigung Colbergs, die Sparr zu leiten erhält; dann wird dort eine „Academie ritterlicher Uebungen" errichtet, die Jugend

---

1) Ich verweise auf die vortreffliche Charakteristik, die Pufendorff am Ende seines Werkes giebt. Einzelne weitere Züge werden sich im Verlauf der Darstellung ergeben. Sehr bezeichnend ist die Angabe Desnoyers, der sonst nichts weniger als günstig über den Kurfürsten urtheilt; er schreibt, gleich nach dem er mit der polnischen Königin am Hofe zu Berlin gewesen, (Sommer 1658) vom Kurfürsten: prince curieux de toutes les belles choses; il aime et connoit les beaux tableaux, la chimie, les machines et s'y applique et les entend; il fait étudier des gens sur des points qui lui plaisent de la jurisprudence et des mathemathiques, et puis les fait discourir devant luy, et cela tous les jours regulièrement (p. 418.)

des hinterpommerschen Adels zum Kriegsdienst wissenschaftlich vorzubereiten, damit die Junker, nachdem sie ihre Schule gemacht, — auch französisch und spanisch wird da gelehrt — auswärtige Dienste, „besonders in der französischen Garde" suchen, um nach solchen Wanderjahren als erfahrene Officiere in den kurfürstlichen Dienst zurückzukehren. 1) Schon sind die Anleitungen getroffen in Duisburg eine Universität zu errichten 2), deren feierliche Inauguration durch Fürst Moritz von Nassau demnächst (14. Oct. 1655) erfolgt, dem thätigen Jesuitencollegium in Düsseldorf gegenüber, das die Pfalzgrafen von Neuburg mit besonderer Vorliebe pflegen und für ihre Umtriebe in Cleve und Mark benutzen, ein rechter Vorposten des reformirten Bekenntnisses und des freien wissenschaftlichen Geistes. Denn diesem will der Kurfürst in seinen Landen eine sichere Stätte bereiten; als eifernde Geistliche gegen den Vortrag der Cartesianischen Philosophie auf der neuen Universität Beschwerde erhoben, war seine Antwort, daß keiner der Professoren für seine Lehren einer Synode oder Kirchenversammlung verantwortlich sei.

Freilich, bereites Entgegenkommen und williges Eingehen, ein Verständniß dessen, was er wollte, fand er bei seinen Unterthanen im Entferntesten nicht.

Auf jedem Schritt trat ihm die Stumpfheit und Rohheit, an welche sich die Menschen in dreißig furchtbaren Kriegsjahren gewöhnt hatten, in den Weg; überall hemmte und lähmte ihn der Wust verkommener Formen, die Trägheit und der selbstsüchtige Trotz des alten Rechts, das mit dem Untergang der alten Zustände seine Bedingungen und seine

1) Von diesem Institut, das, 1705 nach Berlin verlegt, das Cadettencorps wurde, sind aus den ersten Jahrzehnten seines Bestehens nur sehr unzulängliche Acten vorhanden. Das Vorbild zu dieser „Ritter-Academie", wie ich sie zuerst 1691 genannt finde, war wohl nicht ein französisches Institut, sondern das von Gustav Adolph gegründete collegium illustre bei dem Ritterhause in Stockholm.

2) Nach Wortmanns historischer Beschreibung (Düss. Arch.), wo auch angeführt ist, daß bereits 1560 vom Kaiser, 1562 vom Papst das Privilegium zur Gründung der Universität ausgestellt und 1592 „gleichsam als Ersatz dafür" das Jesuitercollegium in Emmerich gegründet worden ist.

Rechtfertigung verloren hatte und doch überall in die neue Ordnung der Dinge hinüberwucherte.

Die alte Libertät empfand sehr wohl, was ihr die im Friedensinstrument bezeichnete völlige Landeshoheit, die Souveränität bedeutete. Mit den eingeleiteten Reformen in den Finanzen und im Heerwesen, die sehr bald die Linie erreichten, wo sie die Rechte und Interessen der Herren Stände trafen, begann der entscheidende Kampf. Fast in jedem der deutschen Territorien des Kurfürsten — Preußen war vorerst noch durch Polen gedeckt — nahm er einen andern Verlauf, den merkwürdigsten in den Marken und in Cleve-Mark.

Die Stände.

Man hat wohl von den brandenburgischen Ständen gesagt, daß sie mit Einsicht auf die Pläne ihres Fürstenhauses eingegangen seien, sie mit Eifer und nach Kräften unterstützt hätten.

Nur in sehr beschränktem Maaße ist das richtig. Allerdings war der Kurfürst, wenn er sein Kriegsvolk erhalten und mehren wollte — und er habe nun einmal, sagte er ihnen, die Behauptung seines Landes und Staates auf die Waffen gestellt — zunächst auf die Hülfe der märkischen Stände angewiesen. Schwer genug lag die Contribution auf dem Lande; in 28 Monaten, klagen sie, vom 1. Sept. 1650 ab, hätten sie 340,765 Thlr. auf die kurfürstliche Soldatesca gesteuert, mehr als in den Zeiten des Krieges, wobei man noch nicht einmal die doppelte Metze und die Licenten rechne; sie hätten auf dem Landtag von 1652 so hohe und ansehnliche Summen bewilligt, wie kein Potentat im Reich seit dem Frieden von seinen Unterthanen erhalten habe.[1])

Aber in demselben Maaße wurden ihre Gravamina mannigfacher und ihre Forderungen eingreifender. Was ihnen die Recesse vom 12.

1) Aus dem Schreiben der Deputirten von Prälat, Ritterschaft und Städten, 18./28. Jan. 1653. (Landständ. Arch. zu Berlin.)

Mai und 8. Juni 1652 gewährt hatten, genügte ihnen keineswegs; kaum daß das Versprechen des Kurfürsten, demnächst den Landtag „ohne Verlierung einiger Zeit" zum Schluß zu bringen, beruhigte.

Die Wiederberufung verzögerte sich; sie begannen zu besorgen, daß sie überhaupt nicht mehr erfolgen, von Abstellung der Gravamina nicht mehr die Rede sein solle. Endlich zum 15. Mai 1653 wurde der Landtag berufen. Man begann mit höchst beweglichen Klagen: bei den Unterthanen werde, wenn man nicht endlich zum ersehnten Abschluß komme, über die Maaßen große Ungeduld und Unwillen sich regen; schon seien die Obrigkeiten in den Städten und auf dem Lande bei dem gemeinen Pöbel in dem Verdacht, als werde ihre Nothdurft nicht genügend vorgetragen und sie nur unbilliger Weise in Aengsten gelassen; es werde den Ständen im höchsten Maaß despectirlich sein, wenn sie wieder ohne einigen Schluß entlassen würden; es gehe in den Nachbarländern darüber schon mancherlei Urtheil, es werde ihnen zu noch mehrerer Verkleinerung gereichen. Sie berufen sich auf des Kurfürsten „Clemenz und Gütigkeit, wie denn darin große Häupter und Potentaten sich gleichsam der Gottheit nahen und daher von der heiligen Schrift Götter genannt werden"; sie erklären sich bereit, ihrer Seits „alles, was mensch- und möglich ist, zu thun", aber zu einem Abschluß müsse es kommen.[1])

Wohin geht also die Absicht der Stände? Wollen sie den miles perpetuus beseitigen, so müssen sie nicht das irgend Mögliche zu leisten versprechen, sondern daran erinnern, daß zur Vertheidigung des Landes das Lehnsaufgebot da ist, und daß Vasallen und Unterthanen nicht bloß die Pflicht, sondern auch das Recht haben, das Land zu vertheidigen. Wollen sie das Interesse derer, für die sie auf dem Landtage sprechen, das Interesse des tief erschöpften Landes vertreten, so müssen sie fordern, daß die Militärorganisation sich nach den Mitteln richtet, die das Land

---

1) Antwort der Stände, d. d. 5. (15.) Mai, auf die kurfürstlichen Propositionen vom 3. (13.) Mai 1653.

aufbringen kann, nicht die Last des Landes so gesteigert werde, wie die Militärorganisation fordert.

Was die Herren Stände gewollt haben, zeigt der Receß vom 26. Juli 1653. Er enthält nicht bloß eine Bestätigung aller früheren Recesse, er erweitert auch den von 1652 noch um eine Reihe wichtiger Zugeständnisse. Sie sind für die sociale Stellung des märkischen Adels normativ geworden; sein Herrenrecht, der Vorzug seines Bluts ist in ihnen vertragsmäßig begründet.

Seit einem Jahrzehnt war in den ritterschaftlichen Anträgen die Forderung aufgekommen, adliche Güter nicht in bürgerlichen Besitz kommen zu lassen, „sintemalen doch Adel und Bürgerstand nicht zusammenwachsen und in vornehmen Zusammenkünften und Aufwartungen sich schwerlich vergleichen werden"; jetzt ist das zugestanden, nur mit dem Vorbehalt, daß der Kurfürst getreue Bediente von der Bürgerschaft bei Verleihung heimgefallener Lehen nicht gänzlich ausschließen wolle. 1) Das bisher nur in der Neumark geltende Privilegium, daß dem kurfürstlichen Fiscal nicht gestattet sein soll, denen vom Adel in ihre Gerichte einzugreifen, wird jetzt auf alle Marken ausgedehnt. Selbst die Ehegemeinschaft zwischen Adel und Nichtadel erhält eine Schranke völlig neuer Art: „wenn eine adliche Tochter sich außerhalb ihres Standes, aber an einen honesten Mann verheirathet", so soll das Gericht nach Stand und Lage des Mannes entscheiden, wie viel an ihrer Mitgift aus dem Lehnsgut zu kürzen ist. Unter den Beschwerden von 1643 ist auch die gewesen, daß der Adel in dem uckermärkischen, stolpischen, dramburgischen und arenswaldischen Kreise von Alters her über seine Unterthanen und deren Kinder die Leibeigenschaft gehabt, und daß sich viele

1) Jene Forderung ist aus der auch sonst sehr denkwürdigen Eingabe vom 11. April 1643 „Punkte und Erinnerungen, so die von der Ritterschaft dem Revers einzuverleiben unterthänigst übergeben". (Landständ. Archiv.) Die Bewilligung steht im Receß vom 26. Juli (5. Aug.) 1653, Art. 31, mit dem Bemerken, „es seien viele auch ansehnliche nützliche Güter den kurfürstlichen Aemtern entzogen und einige von Adel damit beneficirt und investirt".

der Subjection ihrer Junker entziehen, um in die Aemter und Städte zu gehen; in dem Receß von 1653 heißt es: „Die Leibeigenſchaft ſoll an den Orten, da ſie eingeführt und gebräuchlich iſt, allerdings verbleiben", und im Zweifelsfall ſoll nicht der Junker für ſeinen Anſpruch, ſondern der Unterthan gegen denſelben den Beweis zu führen haben; alſo die Präſumtion ſoll für die Leibeigenſchaft ſprechen.[1]). Die Auslaſſung der Namen der Kreiſe, wo die Leibeigenſchaft hergebracht ſei, hat denn nicht verfehlt, ihre Wirkung zu üben.

Für dieſe und ähnliche Zugeſtändniſſe machten die Stände ihre Bewilligungen; aber beachte man wohl, in welcher Geſtalt.

Der Kurfürſt hatte 1652, auf jenen Plan von Curt Bertram von Pfuel zurückgehend, den Ständen vorſchlagen laſſen, „durch eine durchgehende unpaſſionirt Gleichheit die Laſt der Contribution zu erleichtern, indem dieſelbe zugleich ein Mittel zu beſſerem Aufnehmen des Landes und zu vertraulicher Einigkeit ſei". Die Ritterſchaft hatte den Vorſchlag verworfen, „weil ſie dadurch aus ihrer Verfaſſung geworfen werden möchte".[2]) Aber eben ſo wenig war man gemeint, „den verhaßten Namen der militäriſchen Contribution, worauf in Ermangelung der Mittel die Execution ſtracks auf den Fuß folgt", ferner zu behalten. Man verſtand ſich zu einer Bewilligung von 530,000 Thlrn. in ſechs Jahren, die terminweiſe und nach der alten Quotiſation der Kreiſe, Städte u. ſ. w. aufgebracht werden ſollte; man verwilligte auf dieſelbe Zeit noch die doppelte Metze.

Alſo keinesweges verpflichtete man ſich zu einer dauernden Leiſtung;

---

1) Dieſe denkwürdige Beſtimmung lautet, Receß von 1653, Art. 23: „würde dawider (gegen die Leibeigenſchaft) jemand possessionem oder praescriptionem libertatis opponiren, wird dazu nicht allein diuturnitas temporis, ſondern auch bona fides, titulus vel scientia et patientia domini requirirt werden und auch ſolches salvis exceptionibus et imprimis iis quas tempora belli suppeditant". Noch in dem Receß von 1652 fehlt in dem entſprechenden Artikel 18 der ganze passus von der Leibeigenſchaft.

2) In dem Receß vom 8. Juli 1652 (Mylius VI. p. 422) heißt es: „weil aber die Ritterſchaft ſolches nicht begreifen wollen" u. ſ. w.

man gewährte nicht die Mittel zu einer dauernden militärischen Organisation; wenn sie dem Kurfürsten für seinen status so nothwendig schien, so war das seine Sache, und er mochte nach sechs Jahren neue Bewilligungen mit neuen Zugeständnissen erkaufen. Man hatte die Schraube ohne Ende in der Hand.

Merkwürdig, daß sich der Kurfürst auf ein solches Provisorium einließ; merkwürdiger, daß er dafür so große Gewährungen machte, wie der Receß enthält. Vielleicht hat man in den leitenden Kreisen die Consequenzen nicht geahndet, die sich aus den nun vertragsmäßig festgestellten Artikeln entwickeln ließen; vielleicht hat man nur gemeint, das Unvermeidliche, das dem Lauf der Dinge Entsprechende, das schon thatsächlich Geltende rechtlich anzuerkennen. Und wie einmal die Lage der socialen Verhältnisse war, mochte es kaum ein anderes Mittel geben, die unteren Schichten wieder zu ordnen und wurzelfest zu machen, als indem man den Obrigkeiten in Stadt und Land weiteste Befugniß und ein eigenes Interesse an der Festigung der lose gewordenen Massen gab.

Vielleicht ist noch ein anderes Moment zu beachten. Allerdings vollendet der Receß von 1653 dies Ständewesen in den Marken; aber er ist zugleich der Wendepunkt für dasselbe. So viele Befugnisse eingeräumt werden, es ist keine einzige von wirklich politischer Natur darunter, weder die des Zusammenkommens und Beschließens ohne landesherrliche Berufung, noch der unmittelbaren Theilnahme am Regiment, noch der Verbindung nach außen hin; es ist nicht das geringste zugestanden, was die landesherrliche Prärogative beschränkte, das werdende Wesen des Staates beeinträchtigen könnte. Das Unheilvolle der alten Libertät war überall, daß die Functionen der öffentlichen Macht in Privatbesitz gekommen, zu nutzbarem Recht geworden waren, und daß die Herren Stände, gleichsam autonome Fragmente der öffentlichen Macht, das Regiment des Ganzen mit führten oder wohl allein führten; es war, wenn der Ausdruck erlaubt ist, die Landesverfassung zugleich Staatsverfassung. Und mit Recht hießen an manchen Orten die Stände „Staa-

ten", jeder von den Herren hatte seinen „Staat" so gut wie der Landesherr. Die große Frage der Zeit war, wie dieser verworrene und unbehülfliche Zustand zu regeln sei, wie sich die öffentliche Macht, deren feste Schließung in ungeheuren Erlebnissen als unentbehrlich erkannt war, sich mit denen, die so viele der ihr gebührenden Attribute an sich gebracht, auseinandersetzen solle. Anderer Orten geschah es so, daß etwa die „Staaten" zum Staat wurden, oder so, daß monarchische Willkühr, militärische Usurpation, Empörung der unteren Classen die Libertät entrechtete. In den Marken kam man zu einem andern Ergebniß, und der Receß von 1653 vollendet es. Die Stände sind und heißen Obrigkeiten; als solchen wird ihnen ihr Recht und Vorrecht gelassen und erweitert; die Summe der Communalverhältnisse ist fortan in ihrer Hand; aber auch nur diese. Es scheidet sich die Staatsverfassung von der Communalverfassung; die „Städte und ihre Unterthanen", die „Ritterschaft und ihre Unterthanen", die Kreise, die Provinzen sind unter dem Kurfürsten und „seinem status"; und dieser kurfürstliche status, nicht mehr ständisch und territorial, ist im Stande, in gleicher Weise sich zu seinen anderen Territorien zu verhalten, für alle und über alle der Staat zu sein.

Eben dieß war es, was die Stände in den rheinischen Landen fürchteten; sie begriffen, daß nur ihr politisches Recht sie vor dem schütze, was sie den absoluten Dominat des Kurfürsten nannten [1]); sie wollten um keinen Preis brandenburgisch werden.

Und sie hatten die Mittel in Händen, den Kampf mit Erfolg zu führen. Sie waren gesichert durch die kaiserlichen Privilegien der Union

1) Die clevischen Stände an die Staaten General im Juni 1646: der Kurfürst suche mit seinen Contributionen nichts als den huisman ende ackersman van't platte land te verjaegen, den Riddermaetigen en Borgeren de middelen te benemen, den handelsman de commertien aff te snijden, de Landstande uyt manquement van middelen in defensie voor haere privilegien te doen verflaawen, en deselve de arme onderdaenen aff te persen, de Landschap van haere immemoriale geprivilegierte vrijheit te berooven en alsoo bij dese occasie absolutum dominatum Principis ende eene servitut ende slavernij der onderdaenen in te voeren. (Aus dem Verzeichniß von 1684.)

aller Erbschaftslande, durch die Reverse ihrer früheren Fürsten; nur mit dem Vorbehalt ihrer Rechte hatten sie einst Brandenburg und Pfalz Neuburg zur einstweiligen gemeinsamen Regierung zugelassen, ihnen die einstweilige Theilung des Regiments gestattet. Sie hatten diese Zeit des Provisoriums vortrefflich benutzt, ihre Privilegien zu erweitern, wie denn der Kurfürst in dem Hauptlandesreceß von 1649 die umfassendsten Zugeständnisse gemacht hatte, um nur zum Schluß zu kommen. Nur um so schwieriger wurden sie; sie hatten die Garantie der Staaten, die gern bereit waren, der Libertät gegen den Kurfürsten jede Hülfe zu leisten; sie waren seit jener Intercession kaiserlicher Commissare im Herbst 1651 auch mit dem Wiener Hofe in Verbindung getreten, ja der von Hatzfeld hatte ihnen „rund heraus" gesagt: sie sollten sich unmittelbar an den Kaiser wenden.[1]) Sie eilten reichspatriotisch der Aufforderung Folge zu leisten, den Kaiser, als „der erbvereinigten Lande Ober- und Lehnsherrn, auch rechtmäßigen Executor des Friedensschlusses", anzurufen.

Im Januar 1652 hatte der Kurfürst die Stände nach Rees berufen, die Einzahlung der zur Abtragung der alten Kammerschuld bewilligten 600,000 Thlr. mit ihnen festzustellen und zugleich 50,000 Thlr. zur Erhaltung der Garnisonen zu fordern. Es lag ihm daran, vor seiner Rückkehr nach Berlin irgendwie die Dinge hier in Ordnung zu bringen; um so mehr, da der Ausgang des Unternehmens von 1651 seine Lage überaus erschwert hatte und der Reichstag bevorstand. Die Stände hielten da und dort Privatzusammenkünfte, die einen geneigt zu bewilligen und zu entschuldigen, die andern um so eifriger, erst Abstellung aller Beschwerden zu fordern. Fünfmal wiederholte der Kurfürst die Ladung zum Landtag, ohne Erfolg. Er konnte seine Abreise nicht länger verschieben; schon auf dem Rückwege erließ er ein Schreiben an die Stände

---

1) Dieß sagt Moritz von Nassau in der Ansprache an den Landtag, 8. Sept. 1653. (Düsseld. Arch.)

(5. Oct.), in dem er versprach, daß den Beschwerden abgeholfen, die Reverse ausgefertigt, die Räthe auf die Recesse vereidigt werden sollten, sobald seine Anträge bewilligt seien; er machte sie für die Folgen fortgesetzter Renitenz verantwortlich.

Schon hatte man sich zum Widerstande förmlich verschworen. Am 16. Sept. waren neun clevische Cavaliere, unter ihnen der Präsident Wylich v. Winnenthal, fünf märkische Edelleute, unter ihnen der von Romberg zu Bladenhorst, auch einige städtische Abgeordnete, zusammenkommen, die weiteren Schritte zu berathen; am 9. Nov. hatten diese Patrioten, wie sie genannt wurden, eine Zusammenkunft in Cöln mit jülich-bergschen Ständen; sie banden sich jeder durch einen körperlichen Eid, „keinem Menschen zu offenbaren, was daselbst gehandelt worden". Das Verabredete wurde, so weit nöthig, den in Wesel versammelten Ständen von Cleve und Mark mitgetheilt; sie genehmigten, daß eine Deputation nach Regensburg gesendet werde, sie schlossen eine Vereinigung, ale für einen Mann zu stehen, wenn dieser Sendung wegen Rechenschaft gefordert werden sollte, jeden Verlust oder Schaden, der daraus den Einzelnen entstehen werde, gemeinschaftlich zu tragen und zu ersetzen.[1]) Sie erließen an die Amtleute und Richter Weisungen, „bei ihren auf die Union geleisteten Eiden" die nicht verwilligten Gelder nicht zu erheben.

Mit der Sendung nach Regensburg zögerte man, bis die vollzogene Wahl dem Kaiser freie Hand gab. Nicht in der Versammlung aller Stände (im Juni zu Wesel), sondern in einer besonderen Zusammenkunft der Patrioten zu Marienbaum (im Juli) wurde der Beschluß gefaßt. Es gelang, von Cöln und Trier schriftliche Erklärungen an den Kaiser

---

1) Diese Schriftstücke führt das Verzeichniß von 1684 unter Nr. 110—120 a; anderes ergiebt sich aus Wortmanns historischer Beschreibung, er sagt: „man wollte dieses zu vermelden gern vorbeigehn, indem folgends aus der Landstände Protocollen alles dasjenige, was deshalb geschrieben und annotirt worden, ad delendam memoriam rasiret worden; dieweil aber dasselbe ebenwol in den Rathhäusern, besonders in Jülich und Berg, geblieben, hat man eben wohl zu künftiger Warnung vor Unterthanen, die niemalen den Bogen zu hoch zu spannen haben, davon melden wollen."

zu gewinnen, daß die Stände bei ihren erlangten Privilegien geschützt werden müßten; man hoffte, gleiche Erklärungen in Heidelberg zu erhalten. Gegen die Sendung protestirten zwölf Edelleute und drei Städte, weil die Sache in Wesel nicht berathen, vielmehr beschlossen sei, auf dem zum September berufenen Landtag zu erscheinen; diesem Protest wurde mit sittlicher Entrüstung, mit der Aufforderung (4. Aug.) geantwortet, sich „nach Maaß der mit leiblichen Eiden beschwornen Union zu verhalten".

Im August 1653 begab sich die Deputation „der unirten Lande" wie man jetzt sagte, über Heidelberg zum Reichstag, an ihrer Spitze der von Wylich, der kurz vorher „seinen Dienst quittirt hatte", weil er, wie er angab, mehre Vormundschaften zu führen habe und seine Güter verwalten müsse. [1]) In Regensburg wurden sie ohne Weiteres als Beauftragte der Stände angenommen; es wurde auf die Erinnerung, daß nicht die gesammten Stände ihr Mandat vollzogen, daß sie nur von einer Fraction derselben geschickt seien, keine Rücksicht genommen. Die Aufforderung der brandenburgischen Gesandten, erst mit ihnen zu conferirn, wiesen sie von der Hand und baten, sie mit ferneren Anträgen der Art zu verschonen; auf die „gnädigen Vorhaltungen", die nach des Kurfürsten Weisung dem von Wylich gemacht wurden, lautete dessen Antwot: er sei sehr dankbar, daß der Kurfürst keine Ungnade gegen ihn habe, es würde nie so weit gekommen sein, wenn er Zutritt zu ihm hätte finen können; wenn aber schlechte, unbekannte Leute zu hohen Aemtern erhoben und andern über den Kopf gesetzt würden, so sei es Pflicht, des Landes Gerechtsame zu wahren; auf dem einen wie andern Wege wede

---

1) Nach dem Bericht Blumenthals, Regensburg 15./25. Aug. 1653, findin der Deputation, außer dem Syndicus, für Cleve Wylich, „der wieder wie ezu Cleve fax et tuba aller Händel gewesen, also auch hier dirigirt und die andrn Deputirten anweiset," für Jülich Bongart, „dessen Schwester den v. Winnental gehabt haben soll," aus Berg „des Holzfelders Schwager Nesselroth", aus Grafschft Mark der „ungerathene und undankbare" Romberg, endlich drei aus den Städtn, deren Namen leider nicht erwähnt werden. Doch scheint Lic. Moll für Wsel dabei gewesen zu sein; wenigstens war er mit in Regensburg.

er nicht aufhören, S. Kf. D. treu und hold zu sein, wie es einem ehrlichen Cavalier und getreuen Lehnsmann zieme.

Die Anträge, welche diese Herren beim Kaiser machten, waren sehr umfassender Art [1]): die „erbvereinigten" Stände hätten sich, weil sie gegen die kaiserlichen Rescripte und den Hauptreceß gravirt seien, laut ihrer Union zusammengethan, den Schutz des Kaisers anzurufen; vor Allem müßten sie wünschen, daß die im Friedensinstrument zugesicherte Entscheidung des Erbstreites endlich erfolge; sie bäten, daß Kais. Maj. die gänzliche Abführung der Soldatesca, die Beseitigung der Werke von Hamm und Lippstadt befehle, durch Pönalmandate die Erhebung ungewilligter Schatzungen verbiete, daß er die Union und die Landtagsrecesse bestätige, sie berechtige, was sie zu des Landes Nutzen und Dienst nöthig finden, selbst zu veranschlagen und zu erheben; im Fall diese Bitten, so schließen sie, nicht Gewährung finden sollten, müßten die Landstände Hand und Fuß nicht ruhen lassen, sondern zur Beibehaltung ihrer Privilegien sich kraft ihrer beschwornen Union selbst vertreten, und wäre wohl zu consideriren, daß die Lande an den Grenzen des Reiches gelegen seien. [2]) Auf die Abführung der spanischen Besatzung aus Jülich, der staatischen aus den clevischen Festen richteten sie keinen Antrag; ausdrücklich hatten die clevischen Stände erinnert (12. Sept.), daß sie ihrerseits nur das landesherrliche Kriegsvolk abgeschafft wissen wollten.

Wir haben früher berichtet, wie bereit der Reichshofrath und der Kaiser selbst war, einzuschreiten, wie namentlich am 16. Oct. ein kaiserliches

---

1) Das Folgende nach Wortmann in der „historischen Beschreibung" (Düsseld. Arch.). Davon weicht der Auszug in dem Verzeichniß von 1684, No. 149, nicht wenig ab, eben so der Auszug des bei Londorp VII. p. 648 abgedruckten Memorials, das die Bezeichnung hat: dictat. Ratisb., 18. April 1654; warum es so spät zur Dictatur gekommen, ist nicht ersichtlich.

2) So referirt Wortman histor. Beschreibung; im der Auszug des Antrags s. d. im Verzeichniß von 1684 wird namentlich vom Kaiser „solcher sicherer und geschwinder Schutz manutenenz und Rettungsmittel, um die Stände realiter zu schützen" gefordert.

Decret Demolirung von Hamm und Lippstadt, Abführung der Garnisonen, Abstellung der nicht bewilligten Schatzungen befahl.

Am Hofe zu Berlin hatte man diese Dinge anfangs nicht besonders beachtet; man hatte kein Bedenken gehabt, den Grafen Moritz von Nassau Monate lang in Berlin verweilen zu lassen. Erst im Juli kehrte der Statthalter zurück; da erst schien man die ganze Gefahr erkannt zu haben.

Man glaubte, daß der Mittelpunkt der Intrigue der junge Pfalzgraf Philipp Wilhelm sei, der seit dem März dem Vater in der Regierung gefolgt war. Gleich nach dessen Tod hatte er seinen Ständen in Jülich und Berg die umfassendsten Zugeständnisse gemacht [1]); daß er an die alte Union der Lande erinnerte, sie vor Allem festzuhalten empfahl, gewann ihm die Herzen; dann war er nach Regensburg geeilt; glänzend, hochbegabt, voller Pläne, hatte er dort die Augen Aller auf sich gezogen; er sprach so als wenn Brandenburg durch die Vorgänge von 1651 sich alles Rechtes auf die Rheinlande verlustig gemacht habe.

Auch er betrieb die Entscheidung des Erbschaftsstreites; er mochte hoffen, daß der Kaiser für ihn, den Schwager des Polenkönigs, den eifrigen Katholiken, entscheiden werde; er suchte den Kaiser zu überzeugen, daß die Allianz, über die der Kurfürst im Haag unterhandle, nur den Zweck habe, der Entscheidung, wenn sie gegen ihn falle, sich zu widersetzen [2]). Zurückgekehrt berief er den westphälischen Kreis, in dem Jülich-Cleve das Directorium hatte, ohne die brandenburgische Zustimmung einzuholen, zu einem Kreistag nach Essen, um Rüstungen gegen die Loth-

1) Blumenthal schreibt 18./28. Juli, daß die Deputation erwartet werde: „ich habe die Meinung, daß sie niemand anders als der Pfalzgraf herzukommen disponirt habe; obschon die jülichschen Stände ihm nicht recht trauen; sie können sich nicht darin finden, daß er ihnen völlig contentament gegeben und hingegen keinen Groschen von ihnen prätendirt oder begehrt."

2) Der spanische Gesandte sagt an Blumenthal: Der Pfalzgraf von Neuburg deute an, daß diese Allianz in praejudicium futurae et forsan nunquam futurae Caesareae sententiae ausgedeutet werden müsse. (Blumenthals Schreiben vom 4./14. Aug. 1653.

ringer beschließen und sich zum Kreisobersten wählen zu lassen. In Regensburg hatte er seinen General Reuschenberg zurückgelassen, mit dem die Deputirten unter der Hand alles besprachen; von ihm selbst ist ein Schreiben an sie (10. Aug.) erhalten, in dem er sie auffordert, den schuldigen Respect gegen ihn in Acht zu nehmen und ihm alles getreulich mitzutheilen. In Regensburg und in Essen zeigte sich deutlich dieselbe leitende Hand [1]).

Daß der kaiserliche Hof, daß der Pfalzgraf sich zu solchen Dingen herbeigelassen, mochte ihre Politik entschuldigen; aber entrüstet war der Kurfürst, daß die Stände von Cleve und Mark, statt ihrem Treueid nachzuleben, Politik machen wollten, daß sich einzelne erdreisten durften im Namen Aller aufzutreten, ohne öffentlich von ihnen verleugnet zu werden; ja diese Herren hatten am Hofe zu Heidelberg sich herausnehmen dürfen zu sagen: „durch Rauben, Plündern, Blutvergießen habe er den Amtleuten hart zugesetzt, dem Lande Hunderttausende abgepreßt"; sie hatten ihn vor dem Kaiser und dem ganzen Reich „gleichsam für einen Tyrannen und der das Reich in Unruhe gestürzt und wohl noch schlimmeres thun werde, ausgerufen". Aber eben so klar war, daß man jetzt nur daran denken könne, noch größern Schaden durch Vorsicht zu verhüten; denn wenn auch ein Theil der Ritterschaft in beiden Landen, auch einzelne Städte nicht mit jenen Verschwornen einverstanden waren, so meinten doch auch sie, daß den Beschwerden abgeholfen, die Soldatesca abgeführt, der Hauptreceß in allen seinen Puncten vollzogen sein müsse, bevor man zu einem neuen Landtag erscheinen könne.

Es kam darauf an, sich mit diesen zu verständigen und jene völlig ins Unrecht zu setzen. Dahin lautete die Instruction, mit der Nassau zurückkehrte.

Es war ein Großes, daß es ihm gelang, am 2. Sept. den Landtag von Cleve zu eröffnen. Aber das Versprechen in allen Punkten den

1) Moritz von Nassau sagt, die Propositionen in Essen und die der Deputirten in Regensburg, seien „so übereingekommen, als wenn sie in einem Concilio geschmiedet wären" (in der Ansprache an die Stände, 8. Sept. 1653).

Wünschen der Stände nachzukommen, wenn sie die Deputation förmlich zurückberiefen, machte keinen Eindruck; eben so wenig die sehr ernste Ansprache des Statthalters, in der er darlegte, daß die nothwendige Folge eine Sequestration des Landes, danach das Haus Oestreich so lange getrachtet, sein werde, „was denn anders nicht geschehen kann als mit höchster Kriegsmacht, worinnen mit Gewalt wird gegangen werden". „Gott der Allmächtige, so schloß er, strafe diejenigen, welche an diesem Unheil und Blutvergießen Ursach sind, und erleuchte mich und eure Herrlichkeiten, dem Unheil vorzubeugen, auch recht zu bedenken, ob es nun Zeit sei, den Hamm zu schleifen und die Lippstadt mit weniger Volks zu besetzen, wodurch J. Kf. D., welcher unser aller Beschirmer nothwendig sein muß, außer aller Positur und Kraft gestellt werden würde, und ob die Herren Stände, das ganze Land und alle Benachbarten, die es mit treffen würde, sich alsdann nicht zu spät beklagen möchten, welches Gott gnädig verhüte."[1])

Der Landtag blieb hartnäckig. Man konnte nicht anders als mit Nachgiebigkeit in allen Punkten zum Schluß kommen; selbst die Entlassung der wenigen nicht im Lande geborenen Beamten, selbst die Verwendung der Einkünfte aus den Domainen nur im Lande und zum Nutzen des Landes und die Zusicherung, die Ueberschüsse nicht anderswohin abzuführen, mußte zugestanden werden. Dafür bewilligten endlich die Stände eine außerordentliche Steuer von 50,000 Thlr.

Mit Widerstreben ertheilte der Kurfürst diesem Receß vom 14. Oct. seine Genehmigung (16. Decbr.); er tadelte Nassaus zu große Nachgiebigkeit.

Schon hatte sich erfüllt, was er fürchtete. Die Stände forderten sofort Weiteres, Dinge „die der landesherrlichen Dignität und Superiorität

1) So Nassaus Ansprache (ore tenus proposuit et simul in scripto exhibuit), 8. Sept. 1653. (Düsseld. Arch.) Darauf bezieht sich Blumenthals Schreiben vom 15./25. Sept., mit dem Bemerken, daß die Deputation sich „gewaltig lustig mache über diese Propositionen" und der kaiserliche Hof sich über sie beschwere; man habe ihn gefragt, wodurch der Kaiser solche Beschuldigung verdient habe.

zu nahe traten"[1]): daß für die Recesse von 1649 und 1653 die kaiserliche Bestätigung eingeholt, daß ein kaiserliches Commissorium etwa auf den Bischof von Münster ausgestellt werde, für die Abführung der Truppen aus Hamm und Lippstadt zu sorgen, daß demselben der Auftrag ertheilt werde, „über die Beobachtung der Recesse zu wachen und die vorfallenden Contraventionen jedesmal abzuschaffen." In der That hatte der Kaiser bereits auf Antrag der Deputation, „die zu Kſ. Maj. Gefallen gereiche", Decrete dieses Inhalts erlassen, am 1. Decbr. auch die Confirmation der Recesse vollzogen, auch die Versicherung beigefügt, daß die Erbschaftsfrage demnächst entschieden werden solle[2]). Der kaiserlichen Huld gewiß, ließen die klugen Herren den Pfalzgrafen, dem man am kaiserlichen Hofe den Tag von Essen übel genommen, zur Seite liegen.

Daß alle diese Decrete des Kaisers ohne die geringste rechtliche Kraft seien, war nicht schwer nachzuweisen[3]). Die Deputation, auf deren Anträge er decretirte, war nicht legitimirt; es gab nach dem Friedensinstrument keinen Rechtstitel mehr, nach dem der Kaiser ohne Weiteres hätte decretiren und in den Bereich der Landeshoheit eingreifen können[4]); am wenigsten war er befugt, in ungehörter Sache einen Fürsten des Reichs gleichsam unter die Aufsicht eines andern zu stellen. Freilich mit Protesten und Rechtsdeductionen war hier nicht zum Schluß zu kommen.

---

1) Dieß aus Wortmann, der nicht die Zeit angiebt, wann diese Forderung von den Ständen gemacht worden. Den 19. Oct. schreiben die cleve-märkischen Stände an die Deputation in Regensburg: „daß sie ferner nicht um Erörterung des Successionsstreites und des jus collectandi, sondern allein um die exauctoration der Kriegsvölker und evacuation der Garnisonen anhalten soll."

2) Kaiserliche Decrete vom 16. Oct.; dann Commissorium für Münster, 18. Oct.; erneute Decrete wegen Demolirung der Festungen, 10. Nov. und an Münster, 18. Nov. (in dem Verzeichniß von 1684.)

3) Diesen Nachweis wird die Antwort des Kurfürsten auf die kaiserlichen Decrete vom 16. Oct. (d. d. Cöln a./S. 13./23. Oct.) enthalten haben, die das Verzeichniß von 1684 anführt; ich habe sie nicht gelesen.

4) J. P. O. 8, 1 . . . die Fürsten und Stände . . . in libero juris territorialis . . . exercitio . . . ita stabiliti firmatique sunto, ut a nullo unquam sub quocunque praetextu de facto turbari possint vel debeant, ausdrücklich mit der Motivirung ne posthac in statu politico controversiae suboriantur.

Es folgte jene Invasion der lothringischen und condé'schen Völker, das Jammern und Flüchten am ganzen Niederrhein, der Hülferuf des Kurfürsten von Cöln. Warum waren nun die tapferen Cavaliere der Union, die trotzigen Städte nicht zur Stelle, zu beweisen, daß sie des landesherrlichen Schutzes nicht bedürften? oder schützte der Kaiser ihr bedrohtes Land? schützte er es etwa damit, daß er jetzt neue Decrete zur Demolirung von Lippstadt und Hamm, zur Abführung der Truppen erließ? Die Feigheit und Erbärmlichkeit der ständischen Libertät, wie im Trierschen, Cölnischen, so namentlich in den Erbschaftslanden, kam Angesichts dieser schmachvollen Invasionen in ihr volles Licht.

Der Kurfürst, wie früher erwähnt, ließ sofort Kriegsvolk nach dem Rhein hin marschieren. Er beauftragte den Statthalter in Cleve, die Landvölker aufzubieten, Officiere zu bestellen, das Volk in Compagnien zu theilen, dem Obristlieutenant Hundebeck den Befehl zu übertragen; er wies ihn an, dieß Aufgebot erst zu erlassen, nachdem die bewilligten 50,000 Thlr. veranlagt seien, „sie möchten sonst Ursach nehmen, Schwierigkeiten zu machen und Verzögerung zu suchen". Er fügt hinzu, daß in Regensburg die Assistenz so gut wie beschlossen sei, „daher wir nicht hoffen wollen, daß jemand dagegen zu sprechen Ursach haben werde". Er ordnet an, wo Landwehren und Schanzen zu errichten, welche Plätze mit Landvolk zu besetzen, wie die Vasallen, die Landschützen zu vertheilen seien.

Das Aufgebot, mehr noch die Nachricht, daß brandenburgisches Kriegsvolk heranrücke, brachte bei den Ständen die äußerste Bestürzung hervor. Sie beschlossen (3. März) eine Eingabe an den Kurfürsten, welche keines Commentars bedarf: „die an Kurcöln versprochene Assistenz drohe eine äußerst gefährliche Ruptur mit dem Herzog von Lothringen; ohne des Landes Vorwissen dürfe nach den Privilegien des Landes und dem Receß von 1649 in solchen und dergleichen wichtige Sachen nichts vorgenommen, noch weniger Kriegsvolk ins Land geführt werden; sie bäten demnach, der Kurfürst möge gleich dem Bischof von Münster, von Paderborn dem Herzog von Neuburg und andern Mitgliedern des westphälischen Kreises,

die ferner im Reich gesessen und so großer erschrecklicher Gefahr nicht unterworfen seien, ihr Land mit dieser Assistenz und daraus folgender Hostilität verschonen und seine zum Succurs bestimmten Völker wieder umkehren lassen; wenn, wie sie nicht hofften, dem nicht gewillfahrt werde, so würden sie genöthigt sein, Gott und der Welt zu verkündigen, daß sie an dem großen Unglück unschuldig seien, u. s. w.

Es war nicht die Zeit, sich um das Lamentiren der Herren Stände zu kümmern. Sparr kam mit seinem Kriegsvolk, und wir wissen, was sein Erscheinen wirkte. Die Gefahr der fremden Invasion war damit keineswegs vorüber; die condé'schen Völker blieben in bedrohlicher Nähe. Der Kurfürst trug nicht das geringste Bedenken, das Kriegsvolk im Lande zu lassen, Hamm und Lippstadt in wehrhaftem Stande zu erhalten.

Die Herren Stände mochten die Faust in der Tasche ballen. Die Nachrichten aus Regensburg zeigten, wie Kurbrandenburgs Bedeutung im Reich emporwachse, wie entschlossen der Kurfürst vordringe. Die Deputation eilte, was noch irgend möglich war, in Sicherheit zu bringen; sie beantragte und erhielt ein kaiserliches Decret, daß die Einwohner von Cleve und Mark gegen Geldstrafen über 600 Gulden an den Reichshofrath oder das Reichskammergericht sollten apelliren dürfen; sie forderten eine Clausel im Reichsabschied, die Libertät der Lande gegen die Besteurung zu Zwecken der Reichsdefension sicher zu stellen. Als trotzdem jener Artikel 180 des Abschiedes verlesen wurde, legten sie (17. Mai) „in der Kurmainzischen Dictatur heimlich eine Protestation nieder".

So hatten sie ja alles aufs Beste verwahrt; sie hatten zum Schutz ihrer Union und Libertät gegen den Kurfürsten Dutzende von kaiserlichen Decreten und gegen den Reichsabschied ihren heimlichen Protest, den Recurs nach Speier und Wien obenein. Nach beendetem Reichstag lud Winnenthal — Romberg war schon vorher heimgekehrt — die Stände von Cleve und Mark ein, ihnen über den Verlauf seiner Sendung und wie Großes erreicht sei, Bericht zu erstatten.

Da erschien der Landdrost von Spaen mit einem kurfürstlichen Befehl, den Freiherrn Wylich von Winnenthal wegen Majestätsbeleidigung zu verhaften; und der Obristlieutnant Hundebeck stand mit einem Commando Reuter vor der Thür, den Arrestanten in Empfang zu nehmen. Trotz alles Protestes und Geschreis, mit Gewalt wurde er abgeführt und, als die Herren Stände ihre Waffen ergriffen und die Pferde bestiegen nachzueilen, mit Niederschießen bedroht, wenn er sich rühre.[1] Ein gleicher Verhaftbefehl war gegen Romberg erlassen; er hatte sich aus dem Staube gemacht.

Ob das Verfahren rechtlich in aller Ordnung war, mag dahingestellt bleiben; den Ständen erschien es als ein Act empörender Gewalt. Sie riefen den Kaiser, Kursachsen, Pfalz Neuburg, die Generalstaaten an; sie hielten mit den Ständen von Jülich und Berg eine Zusammenkunft in Neuß; sie erließen eine Erklärung, das Geschehene sei gegen die Recesse, gegen göttliches und menschliches Recht, der Kurfürst könne gar nicht Richter sein über einen clevischen Edelmann, nur eine Commission von zwölf Ständemitgliedern, zu der vier kurfürstliche Räthe gezogen würden, dürfe ihn vernehmen; Majestätsbeleidigung gegen einen Kurfürsten gebe es nicht. Indeß wurde der Arrestant über Lippstadt nach Spandau abgeführt, Romberg bei Strafe der Confiscation seiner Güter aufgefordert sich in Berlin zum Verhör zu stellen.

Auch der Kurfürst hatte von dem Geschehenen in Wien Anzeige gemacht und den Kaiser gebeten, wenn deshalb Klage an ihn komme, dieselbe ab- und an ihn als den Landesherrn zu verweisen. Nach drei Monaten kam die Antwort: weder die Stände noch ihre Deputirten

---

1) Nach dem kaiserlichen Schreiben vom 10. Oct. 1654 (Düsseld. Arch.), nach Wortmann und dem Verzeichniß von 1684. Der Verhaftsbefehl lautet nach Wortmann auf crimen lasae majestatis. Licentiat Moll ist nicht, wie Driesen Leben des Fürsten Johann Moritz, p. 173, angiebt, mit begriffen gewesen, er überbrachte einen zweiten Hülferuf vom 12. Sept. 1654 nach Wien. Die Verhaftung fand am 21. Juli statt, nachdem bereits am 30. Juni eine „summarische Relation" von Wylich und Romberg in Wesel den cleve-märkischen Ständen abgelegt war, wie das Verzeichniß von 1684 unter No. 195 angiebt.

hätten Uebles gethan, sondern immer nur allen schuldigen Respect und höchste Devotion gegen den Kurfürsten gezeigt; der Kaiser wolle zwar niemandem „in seine etwa habende Hoheit, Jurisdiction und Gerechtsamkeit eingreifen, aber eben so müsse er als Oberhaupt des heiligen Reiches jeden in seinen Rechten und Privilegien schützen" u. s. w. Das kaiserliche Schreiben wurde ad acta gelegt und der Proceß fortgesetzt.

Mit neuen Sendungen und Rechtsdeductionen bestürmten die Stände den Hof zu Wien, forderten „Schutz und nothdürftige Rechtshülfe, Pönalmandate und daß gegen den von Spaen und seine Helfershelfer nach der peinlichen Halsgerichtsordnung verfahren werde." Aber sie selber unterließen weislich irgend etwas zu thun, was sie, die Einzelnen, hätte in Gefahr bringen können; um so mehr da die kurfürstliche Regierung entschlossen schien, die Schraube schärfer anzuziehen.

Es erschien ein vom clevischen Rath Dr. Ising verfaßtes Gutachten im Druck, welches aus den Acten nachwies, daß die Stände nicht das Recht hätten, eigenmächtig ohne Berufung des Landesherrn sich zu versammeln, noch weniger mit auswärtigen Potentaten zu unterhandeln.[1]) Bald darauf wurde bekannt gemacht, daß das im Reichsabschied angeordnete allgemeine Defensionswerk ausgeführt werden und der Landtag zu dem Zweck sich am 25. Nov. in Cleve versammeln solle.

Freilich traten vorher viele von den Ständen zusammen und beschlossen, daß sie zwar auf dem Landtag erscheinen, aber, bevor ihnen eine völlige Satisfaction gegeben sei, nichts bewilligen wollten; sie verpflichteten sich „vermöge des auf die Union geleisteten leiblich ausgeschworenen Eides daran festzuhalten und in keiner Weise davon abzugehen". Aber sie kamen doch und verhandelten.

Es wird erzählt, daß die Hauswirthe in Cleve die Cavaliere nicht hätten aufnehmen wollen, weil sie nicht ihre Zeche zu zahlen pflegten,

---

1) Ich habe es handschriftlich in den Acten zu Düsseldorf unter dem Titel Extractus aus den Landtagsacten im Archivo Clivensi u. s. w. gelesen. Ein Gutachten von der Juristenfacultät zu Cöln, d. d. 7. März 1656 ist in gleichem Sinn.

obschon sie ihre Auslösung aus der Landeskasse bezahlt erhielten, und daß auf Befehl des Kurfürsten 2000 Thlr. angewiesen worden seien „zu einiger Beruhigung der Wirthe".

Gefordert wurde jetzt: die Stände sollten die Werbungen für König Karl II. von England bewilligen, die vom Reichstage genehmigt seien, und ihren Theil an dem Defensionswerk übernehmen, wie Art. 180 des Reichsabschiedes sie verpflichte. Jene Werbungen kauften sie ab mit 50,000 Thlr.; in dem Defensionswerk verlangten sie auf Grund des Recesses von 1649 die Ernennung der Officiere und die Direction ihres Contingentes; daß der Receß sich nur auf die Landesvertheidigung beziehe und daß es sich jetzt um etwas ganz anderes, um ein Reichsdefensionswerk handele, in dem nach der Ordnung des Reichs die Kreisobersten die Direction hätten, wollten sie nicht gelten lassen. Und daß ihnen die Befugniß, sich nach Belieben zu versammeln und auswärtige Verbindungen zu unterhalten, bestritten werde, galt ihnen als Bruch ihrer Privilegien. Ohne abzuschließen löste sich der Landtag auf.

Und somit hatten die Herren Stände sich das formelle Recht salvirt, nichts zu leisten und, wenn der Kurfürst, wie sie voraussahen, dennoch fordern und nehmen werde, wie ihn jener Art. 180 berechtigte, über Gewalt zu schreien und bessere Zeiten zu erwarten.

Wirrsal genug stand in Aussicht. Nicht darum, weil die Frage des Erbrechtes zu entscheiden einleitende Maßregeln getroffen wurden. Jedermann wußte, daß das nur zum Schein geschähe und daß der Kaiser die Sache hinziehen werde, „so lange seinem Hause kein Krieg dienet". Auch die Stände, die so dringend die nöthige Entscheidung gefordert hatten, wünschten sie keinesweges; ihre Libertät gedieh am besten unter getheiltem, provisorischem Regiment; und wenn die zur Zeit possidirenden Fürsten durch neue Prätendenten beunruhigt wurden, desto besser für die Libertät.

Des Pfalzgrafen Gunst am Kaiserhofe war schnell vergangen. Dort hatte man, nachdem des Kaisers ältester Sohn gestorben, zu sorgen

daß dem zweiten, Leopold Ignatius, die Nachfolge im Reich gesichert werde; also mußte man die Kurfürsten bei guter Laune halten. Der von Heidelberg hatte Anspruch auf vier der schönsten Aemter im Jülichschen; das Friedensinstrument hatte ihn auf den Rechtsweg verwiesen; jetzt autorisirte ihn der Kaiser zur Besitzergreifung und wies den Pfalzgraf von Neuburg an, die Güter zu räumen. Der Neuburger wandte sich in seiner Noth nach Brüssel; der cölner Kurfürst bemühte sich, Aufschub zu gewinnen, damit in so gefährlichen Zeiten hier nicht Unheil entstehe. 1)

Auch Kursachsen suchte seinen Preis für die Wahl am Rhein; es erinnerte in Wien an seine alten Ansprüche. In dieser Sache waren die ernestinischen Höfe Eines Sinnes mit dem dresdner; von Altenburg und Weimar kam ein schlauer Vorschlag nach Dresden: der Kaiser sei nicht ohne Ursach in Sorge, daß ihm bei der Wahl Frankreich oder Baiern in den Weg komme; der Kurfürst möge sich durch ein Handbrieflein die Festung Jülich ausbedingen, zwar läge spanische Besatzung da, aber der Kaiser werde leicht eine spanische Ordre erlangen können, wie mit Frankenthal geschehen sei, um die Wahl von 1653 zu fördern; die Besatzung könne einstweilen für eine spanische gelten und dann nach geschehener Wahl „die kur- und fürstlich sächsische Fahne fliegen lassen.“2)

Und nun hieß es, daß auch Pfalzgraf Karl Gustav von Zweibrücken, der so eben den schwedischen Thron bestiegen, seine Ansprüche auf die Erbschaftslande geltend machen wolle. So gut wie Pfalz Neuburg war er Enkel von einer jüngern Schwester des letzten Herzogs von Jülich, während Brandenburg von der ältesten Schwester stammte. Beruhte Brandenburgs Recht darauf, daß allein die älteste Schwester erbe, wie hatte dann 1609 Pfalz Neuburg zum Mitbesitz zugelassen werden können? war der Linie der zweiten Schwester ein Recht zugestanden, wie

---

1) Boreel an de Witte, Paris, 22. Juli 1654: Cöln räth dem Heidelberger die sake van syne praetensie in dese dangereuse tyden niet te willen roeren. Cf. Inst. P. O. 4, 11.

2) Boreel an de Witte, 22. Juli 1654. Schreiben des Herzog Friedrich Wilhelm von Altenburg an Kf. Johann Georg, 25. Nov. 1654. (Dresd. Arch.)

konnte man dann die der dritten Schwester, die zweibrückner, ausschließen? [1])

Mit dem November 1654 war der bremische Streit beendet. Die schwedischen Völker in Bremen und Verden wurden nicht entlassen, sondern gemehrt. Und mit der Abdankung Christinens war die Vertraulichkeit Schwedens mit Spanien und Oestereeich schnell zu Ende, die alten Beziehungen mit Frankreich leicht erneut. Frankreich suchte Hülfe gegen Spanien, kräftigere als die bloße Opposition gegen den Kaiser. Wie wenn nun Karl Gustav Jülich forderte und nahm und so, wie früher die Oranier, im Bund mit Frankreich die spanische Niederlande im Rücken faßte? Die Herren im Haag hätten es nicht gehindert; ihr Motto war: „Frieden in unsern Tagen, Frieden überall" [2]); noch weniger der Kaiser, in dessen Landen die Evangelischen nichts sehnlicher wünschten als eine schwedische Invasion; am wenigsten die katholischen Fürsten am Rhein, Trier, Cöln-Lüttich, Pfalz Neuburg, Münster, wenn sie auch ein Bündniß, wie es hieß, gegen die lothringischen und condéschen Völker zu schließen eilten. [3])

Es kam anders, wie man erwartet hatte. Karl Gustav mied den Westen; er stürzte sich auf Polen.

---

1) So Boreel an de Witte schon 31. Juli 1654, dann 4. Dec. u. s. w., wie es scheint nach einer schwedischen Rechtsdarlegung.

2) De Witte an Boreel, 18. Dec. 1654. Vreede in onse dagen ende Vreede overal, dewyle onse commercien overal gaen.

3) Bündniß vom 15. Dec. 1654, bei Londorp VII. p. 968.

Der schwedisch-polnische Krieg.

1655—1657.

Der schwedisch-polnische Krieg.

1655—1657.

Es ist eine billige Weisheit, aus geschichtlichen Nothwendigkeit, etwa aus der, daß ein norddeutscher, ein evangelisch-deutscher Staat habe entstehen müssen, das Emporkommen Brandenburgs zu erklären. Solche Nothwendigkeiten schaffen nicht, sie ermöglichen nur; sie können erfüllt werden, oder auch unerfüllt bleiben. Es hieße das geschichtliche Thun um den besten Theil seines Werthes und seiner Verantwortlichkeit kürzen, wenn man verkennen wollte, daß, was da geschieht, durch Wahl und Entschluß, durch Willen und That geschieht, nicht ohne die Schuld geschieht, die an jeder That haftet.

Immerhin mag Vielen, welche unter der Ohnmacht des Reiches, unter der drückenden Uebermacht Schwedens, unter dem Zwiespalt der Confessionen in Deutschland litten, der Gedanke gekommen sein, daß sich in Norddeutschland eine Macht bilden müsse, die das deutsche Interesse gegen Schweden und trotz Oestreich, das evangelische gegen Oestreich trotz Schweden vertrete. Immerhin auch mag Mancher des Brandenburgers Bemühen in solchem Sinn gedeutet und anerkannt haben, daß er etwas, was gut, rühmlich, nothwendig sei, zu leisten versuche. Aber ob es ihm gelingen werde und gelingen könne, mag den Klugen mehr als zweifelhaft erschienen sein; „seine Fantasie, sagte man, ist fast immer mit Projecten und Entwürfen beschäftigt, die unausführbar sind". [1])

---

1) Son imagination est presque toujoous pleine de nouveautés et de desseins, qu'il ne peut executer ou qu'il ne scaurait de luy mesme conduire à une bonne fin, schreibt der französische Gesandte Lesseins, 21. März 1662.

Allerdings hatte er da und dort einen Erfolg gehabt; aber sah er nicht, daß mit jedem Schritt weiter sich neue Schwierigkeiten, größere Gefahren wider ihn aufthürmten?

Er hatte Schweden gezwungen, Hinterpommern zu räumen; war nicht zu berechnen, daß Schwedens Rache ihm größern Schaden schaffen werde, als jener Besitz ihm Gewinn bringen konnte? Er hatte dem kaiserlichen Hof unmöglich gemacht, das Friedensinstrument nach östreichischem Interesse zu deuten und zur Seite zu schieben; aber hatte er gewonnen, was Oestreich verloren hatte? hatte er Dank und Freunde und eine feste, schützende Ordnung im Reich damit gewonnen? Der Cölner hatte sich seine Hülfe wohl gefallen lassen; aber auf dem Reichstage stimmte er nicht nach dem Wunsch Brandenburgs; und die dort mit Brandenburg stimmten, die evangelischen Fürsten, sie waren weit entfernt, auch des Weiteren sich zu des Kurfürsten Politik zu halten; die ernestinischen Herren standen in der jülichschen Sache wider ihn und zu Kursachsen; die welfischen Herzöge, sein eigener Schwager in Cassel blieben im hildesheimischen Bunde, trotz der Verbindung mit ihm.

Und wenn er dann wenigstens seiner Lande völlig mächtig, des guten Willens seiner Vasallen und Unterthanen gewiß gewesen wäre. Neuer Anfänge, eingeleiteter Reformen gab es da genug; aber mit jeder neuen Maaßregel wuchs der Widerstand der Stände, wurde erbitterter; selbst die in den Marken, denen mit dem Receß von 1653 vollauf gegeben zu sein schien, traten, sehr aufgeregt über den wachsenden Steuerdruck, über die Begünstigung der Reformirten, ohne kurfürstliche Berufung zusammen und forderten Abstellung der Beschwerden, Vollziehung des Recesses. Er ließ sie dann freilich hart an, daß sie sich unberufen versammelt hätten, daß sie verführen, als müsse er erst durch ihr Dreinreden bewogen werden, zu halten, was er versprochen; und seinem Befehl, auseinander zu gehen (19. Mai), leisteten sie Folge; aber hatte er sie damit befriedigt? war er um so viel stärker, den von außen drohenden Gefahren zu begegnen? Entweder, das schien die ein=

fachste politische Klugheit zu lehren, er mußte sich mit seinen Ständen und Unterthanen verständigen und ihre Sympathien gewinnen, wenn er in der auswärtigen Politik, in dem Kampf der Mächte eine Rolle spielen wollte, oder er mußte, selbst mit Opfern, sich die Gunst des Kaisers, die Nachsicht Schwedens, die Fürsprache der Staaten, der polnischen Republik gewinnen, um seine Stände dahin zu bringen, wohin er sie haben wollte, und den Ausbau im Innern, wie er ihn begonnen, hinauszuführen. Aber daß er, „wie das Volk Israel bei der Herstellung des Tempels", mit der einen Hand an dem Werk bauen und mit der andern Hand die Waffen halten wollte, das schien nicht weise, das versprach kein gutes Ende.

Schlimm genug ließen sich die Dinge an, seit die Krisis im Osten herandrohte. Alle anderen Verwickelungen am Rhein, im Reich, mit Polen, mit dem Kaiser schienen für das Haus Brandenburg von untergeordneter Bedeutung, diplomatische Schachzüge; von Schweden her drohte ihm ein Kampf um die Existenz. „Wohin ich sehe, steht mir Brandenburg im Wege," hatte der junge König gesagt.[1]).

Daß Friedrich Wilhelm diesen Kampf voraussah, daß er entschlossen war, ihn aufzunehmen, zeigen die rastlosen Rüstungen, die er trotz alles Widerstandes seiner Stände, trotz der tiefen Erschöpfung seiner Lande betrieb. Aber eben so klar war, daß er militärisch noch nicht fertig war, daß er den Zusammenstoß noch hinauszuschieben wünschen mußte.

Aber hatte er nicht schon 1653 Dinge gewagt, die zum Aeußersten führen konnten?

Mit sicherer Fühlung hatte er da sein Tempo genommen; es war ein Moment, wo die schwedische Politik in sich unsicher und im Schwanken war. Verweilen wir einen Augenblick dabei; es ist der Punkt, von dem aus der weitere Gang der Dinge sich erklärt.

---

1) So hat „ein vornehmer schwedischer Kriegsofficier" dem Kurfürsten erzählt, nach Schwerins Aeußerung gegen Frischmann, 1659. Theatr. Eur. VIII. p. 1163.

So stolz und staunenswürdig die schwedische Macht war, sie hatte ihre stillen Schäden, welche die Spannung der immer neuen Kriege, die Eroberung und Plünderung in fremden Landen, die Gewöhnung des Herrseins und Soldatseins nur gesteigert, nicht ausgeheilt hatte. Mit dem Frieden brachen diese Schäden auf. „Die heimgekehrten Soldaten und Officiere, heißt es in einem Gesandtschaftsbericht, können sich an den Zwang und die Genügsamkeit daheim nicht gewöhnen.“ Die alte Eintracht der Stände, wie sie Gustav Adolphs Tage bezeichnet, war dahin. Die Zeit der Minderjährigkeit seiner Tochter hatte der Adel benutzt, in Masse Güter der Krone an sich zu bringen, die Bauern tief und tiefer „in die Knechtschaft“ hinabzudrücken, seine alte Pflicht zu Dienst und Aemtern im Staat und Heer in ein ausschließliches Recht zu verwandeln, dem gebornen Adel Herrenrecht über die „schlechtbürtigen Stände“ zu sichern. Schlimmeres als die alte Libertät, oligarchisches Regiment in einem einheitlich mächtigen, militärischen Staat war hier fast reif. Von der jungen Königin, wenn sie selbst das Regiment übernehme, hatte man Rettung gehofft. Sie war von glänzender Begabung, kühnen Geistes, von königlichem Selbstgefühl, aber überreizt und übersättigt von so viel Ruhm, nach dem Erstaunlichen und Unerhörten lüstern, ein weiblicher Alcibiades, nur unschön, unsauber, cynisch. Gelangweilt von dem Zwang und den wachsenden Mühen ihrer königlichen Pflicht, faßte sie den Gedanken, inmitten ihrer Glorie von der Bühne abzutreten. Seit dem Ausgang 1651 war ihr Wille im Lande bekannt; je länger sie zögerte ihn zu erfüllen, desto tiefer wurde die innere Gährung, desto unsicherer die äußere Politik; um die Zeit, da jene pommersche Frage in Regensburg spielte, glaubte man in Schweden, daß die Bauern verschworen seien, aufzustehen, „allen Adel todtzuschlagen“. Daß die Königin für die östreichische Wahl sprach und sprechen ließ, war ein erstes Zeugniß ihrer Hinneigung zur spanischen Politik, des Einflusses, den Don Pimentel auf sie gewonnen; er war der Vertraute ihrer schon weiter schweifenden Gedanken, die heimlich anwesende Jesuiten zu nähren verstanden. Sie

schien nur noch den Beifall Spaniens und Oestreichs zu suchen; ohne Befragen des Reichsraths befahl sie den Angriff auf Bremen. Es war ihr letzter Act; im Juni 1654 übergab sie die Krone an Karl Gustav von Pfalz-Zweibrücken; mit fester und kühner Hand ergriff er das Steuer.

Die Spannungen im Innern zu überholen und die dominirende Stellung Schwedens zu behaupten, gab es nur ein Mittel. „Andere Staaten, hatte Adler Salvius in Lübeck gesagt, führen Krieg, weil sie reich sind; Schweden muß Krieg führen, weil es arm ist".[1]) Thaten, Ruhm, Beute, das waren die Mittel, den innern Krampf zu lösen; in dem Rausch neuer Kämpfe und Siege mußte Adel und Volk seinen Hader bis auf Weiteres betäuben.

Der bremische Krieg war im Gange; Karl Gustav konnte ihm weitere Dimensionen geben, er konnte auf Anlaß der zweibrückner Ansprüche sich auf Cleve-Jülich wenden, zugleich als Pfand das zu leichten Kaufs aufgegebene Hinterpommern wiederbesetzen. Allerdings schickte er sofort gegen Bremen — die ersten Angriffe waren mißlungen — Verstärkungen; aber nachdem der Waffenehre genug gethan, zeigte er sich zu unterhandeln bereit. Die Dinge im Reich waren nicht mehr wie vor 1648; wenigstens Brandenburg war gerüstet, der schwedische Einfluß auf die evangelischen Fürsten gesunken. Der König brauchte rasche glänzende Erfolge, solche, die möglichst weit außer dem Bereiche und der Concurrenz der Westmächte, die in dem eigensten Machtgebiet Schwedens lagen. Die neugewonnenen Provinzen an der Elbe und Weser brachten dem Schatze gute Einkünfte, gaben der Krone Sitz und Stimme im westphälischen und niedersächsischen Kreise, wie Pommern im obersächsischen, waren vortrefflich als Werbeplätze, denn nach wie vor bestand

1) In einem Conclusum des Geh.-Rathes sagt der Kurfürst: „die Armuth in Schweden sei itzo groß . . . der itzige König in Stockholm sei noch jung, zum Kriege begierig, werde sich also alles wagen, etwas zu acqueriren; in Schweden sei nun etliche Jahre Frieden gewesen; da sie außerhalb Krieges, hätten sie sich eine innerliche Empörung zu besorgen."

das schwedische Heer zur Hälfte aus deutschem Volk; aber militärisch waren sie nur wie Außenwerke, wie vorgeschobene Posten, allenfalls Stützpunkte für einen dänischen Krieg. Die Zukunft Schwedens stand auf dem baltischen Meere und dessen Beherrschung.

In Betreff der baltischen Frage hatte Deutschland mit dem großen Kriege den letzten Rest seiner Bedeutung verloren. Die Odermündungen, Rügen, Wismar waren schwedisch, mit den Licentämtern waren auch Warnemünde und die hinterpommerschen Häfen unter Schwedens Hand; den kieler Hafen und Neustadt, das die lübische Bucht beherrschte, hatte der Herzog von Holstein Gottorf, der in der unvermeidlichen Vetternrivalität mit Dänemark bei Schweden Rückhalt suchte, mit dessen Tochter Karl Gustav seit Kurzem vermählt war.

Aber noch waren wichtigste Positionen der Ostsee im Besitz Dänemarks, Polens; und der Großfürst von Moskau drängte nach der Küste.

Dänemark hatte im Frieden von 1645 Bedeutendes opfern müssen, Gothland, Oesel und am Kattegat Halland. Aber noch hatte es den Sund, jenseits des Sundes Schonen, Blekingen, Landschaften, die geographisch zu Schweden zu gehören schienen; es hatte Bornholm, das die Fahrt von Stockholm nach den Odermündungen beherrschte, das ganze Norwegen. König Friedrich von Dänemark hätte nach Umfang und Reichthum seiner Lande der Krone Schwedens vollauf die Wage halten können, wenn seine Macht gesammelt, nicht durch Handfesten schlimmster Art, durch die übermüthige Mitherrschaft des Adels gebunden gewesen wäre.

Die Seekante von der Leba bis Dünamünde gehörte zur Republik Polen, Westpreußen mit dem mächtigen Danzig unmittelbar, die Herzogthümer Preußen und Kurland als polnische Lehen. Seit dem Waffenstillstand von 1635 hatte Schweden Liefland zu einstweiligem Besitz; aber mit der definitiven Abtretung einen ewigen Frieden zu erkaufen, weigerte sich Polen durchaus; zweimal war der Friedenscongreß in Lübeck an dieser Frage gescheitert.

Rußland war durch den Frieden von 1617 völlig von den baltischen

Küsten zurückgeworfen; „auch nicht mit einem Boot", sagte damals Gustav Adolph auf dem Reichstag, „kann der Großfürst von Moskau fortan in die Ostsee kommen." Jetzt hatte er einen Kampf gegen Polen begonnen, der schon auch die schwedische Herrschaft an der Düna zu bedrohen schien.

Es war der Kampf, der sich aus dem großen Bauernaufstand am Dnieper, der Empörung der Kosacken gegen die polnische Adelsherrschaft entspann. Die Kosacken traten anfangs 1651 unter die Herrschaft des Großfürsten; dann fiel Smolensk in seine Hände, dann Witebsk, Polozk, nur noch wenige Meilen von der Grenze Lieflands; seine Horden streiften verheerend durch Lithauen bis an die Grenzen Preußens.

Die baltische Frage hatte noch eine andere Seite. Noch immer galt in Holland die Ostsee als die Mutter aller Commercien, und die Holländer vor Allen hatten den baltischen Handel. Aber er wurde in doppelter Weise belästigt.

Dänemark hatte mit dem Sund den Schlüssel zur Ostsee; es behandelte denselben als ein Binnenwasser, das es nach Belieben schließen und öffnen könne; es hatte in dem Sundzoll eine unerschöpfliche Finanzquelle, zumal seit es begonnen hatte, ihn nicht mehr auf die Schiffe, sondern auf die Waaren zu legen (1566) und fort und fort zu steigern; „auf Waaren", so sagt ein holländischer Autor zu den Dänen, „die in eurem Lande nicht aufgehn oder verzehrt werden, und von Waaren, die in eurem Lande nicht entstehn oder gemacht werden." Wenn im Frühling die Schiffahrt wieder begann und hunderte von Schiffen in den Sund kamen, war ein neuer Tarif da und mußte danach bezahlt werden; es sind einmal, als mit Holland um 30,000 Thlr. gestritten wurde, 700 holländische Schiffe mit Beschlag gelegt worden, bis die Summe gezahlt war.

Den ersten Stoß erlitt das System durch den Frieden von 1645, in dem den Schweden die freie Fahrt durch den Sund und die Belte gestattet werden mußte; dieselbe Freiheit galt für die schwedischen Häfen

in Pommern, in Liefland und Esthland; um so mehr hatte Dänemark die weitere Ausdehnung der schwedischen Macht zu fürchten. Und war nicht zu besorgen, daß die anderen Seemächte, die an dem baltischen Handel betheiligt waren, Frankreich, England, vor allem Holland sich gern mit Schweden verbinden würden, wo es galt den dänischen Raubzoll am Sund zu beseitigen?

Freilich auch Schweden drückte schwer genug auf den Handel. Von Gustav Adolph sagte man, er habe jährlich 1,500,000 Thlr. an Licenten aus den Ostseeprovinzen gewonnen. Nach ihm waren diese Zölle in den einzelnen Häfen fort und fort gesteigert; es waren die in Meklenburg, in Hinterpommern wenigstens im Mitbesitz Schwedens geblieben. Schweden nahm, was es den Dänen im Sund abgetrotzt hatte, für sich, indem es sich vampyrhaft an den Küsten von Wismar bis Reval festsog. Nur Danzig und Elbing, die den Handel von Polen, Pillau und Memel, die den von Lithauen hatten, waren noch frei; begreiflich, daß die Schweden auch deren Meister zu werden, damit den ganzen Ostseehandel unter ihre Tarife zu bringen wünschten.

So die Elemente der Krisis, die über den Osten Europas hereinbrach. Der junge Schwedenkönig brauchte Krieg, und er hatte seine militärische Schule in den wildverheerenden Zügen von 1642—1648, seine diplomatische in den Friedensexecutionsverhandlungen in Nürnberg gemacht. Erfüllt von der Leidenschaft der Größe, in deren Phrase die Königin geschwelgt hatte, radical in seinen Entwürfen, verwegen sie hinauszuführen, suchte er ein Feld für Thaten, die denen Gustav Adolphs ebenbürtig wären.

Und nun weigerte Polen ihm die Anerkennung als König des Reichs, das dem Polenkönige, dem letzten der Wasas, nach Erbrecht zustehe. Wer konnte zweifeln, daß er sich gegen Polen erheben werde, wer zweifeln, daß die tief zerrüttete Republik, die den wüsten moskowitischen Horden nicht gewachsen war, der gewaltigsten Kriegsmacht der damaligen Welt erliegen müsse.

Daß Karl Gustavs Plan dahin gehe, zeigten die Aeußerungen des Grafen Schlippenbach, der des Königs Thronbesteigung anzukündigen in Berlin war: „der russisch polnische Krieg gefährde die Interessen der Krone Schweden; der König wünsche des Kurfürsten Freundschaft, ein möglichst inniges Bündniß mit ihm; aber er müsse zu seiner Sicherung die preußischen Häfen haben, er werde Brandenburg auf das Reichlichste dafür entschädigen; jetzt spreche Gott zu den Menschen nicht mehr durch Propheten oder Träume, die Fürsten müßten in der günstigen Gelegenheit, die er ihnen biete, seinen Ruf erkennen" 1).

Also die Theilnahme Brandenburgs wünschte Karl Gustav, die Theilnahme an unabsehbaren Plänen, aber mit der Bedingung unbedingter Hingabe. Die Forderung zeigte, wie groß die Gefahr der Weigerung sein werde.

Friedrich Wilhelm sandte zur Beglückwünschung einen seiner kundigsten Räthe Dobrczensky nach Stockholm mit der Weisung, sich in aller Weise zuvorkommend und eingehend zu äußern, nur wenn das Gespräch auf die Häfen von Pillau und Memel komme, zu erklären, daß von einer Abtretung derselben nicht die Rede sein könne.

Schon 1653 bei dem Vordringen der Russen hatten die Stände in Preußen um Sicherung des Landes, um Berufung eines Landtages gebeten. Jetzt (18. Dec.) sandte der Kurfürst an die Oberräthe Propositionen zum Zweck eines Defensionswerkes, die vorerst den Aemtern mitgetheilt werden sollten, um im April auf einem außerordentlichen Landtag beschlossen zu werden 2). Bald ging Sparr nach Preußen, die Befestigung von Pillau und Memel zu betreiben und auch sonst Für-

1) Nach Pufendorf IV. 2. Pufendorf hat die Verhandlungen vor dem Ausbruch des Krieges mit großer Ausführlichkeit und mit der ihm eigenen Meisterschaft excerpirt. Daß seine Darstellung in der Geschichte Karl Gustavs manches anders combinirt, liegt in der Natur der Sache.

2) Baczkos Angaben sind hier, wie öfters, ungenau. Der Fortgang der preußischen Verhandlungen wird später zu erwähnen sein. Ueber die ersten einleitenden Verhandlungen hat mir ein Schreiben Fabian Dohnas, vom 30. Jan. 1655 und ein Bericht der Oberräthe vom 3. Febr. vorgelegen.

sorge zu treffen. Auch in den Marken und am Rhein wurden in der Stille Vorbereitungen gemacht, wenn auch noch nicht neue Werbungen begannen. Es genügte vorerst, daß die allgemeine Meinung war, Brandenburg habe 8000 Mann marschbereit und habe die Mittel, das Doppelte und mehr zu werben und zu bewaffnen. In Wahrheit konnte man etwa 4000 Mann und 600 Reuter ausrücken lassen, ohne die Festungen zu entblößen.

Theils in besonderen Gutachten, die von den einzelnen Geheimenräthen gefordert wurden [1]), theils in wiederholten Berathungen des Geheimenrathes, unter Vorsitz des Kurfürsten, wurde die Frage erörtert, welche Wege einzuschlagen, welche Stellung zu Polen, zu Schweden zwischen beiden zu nehmen sei. Am entschiedensten sprach Waldeck für ein entschlossenes Vorgehen in der von Graf Schlippenbach angedeuteten Weise, wenn anders der Kurfürst sich nicht durch seinen Lehnseid gegen die Krone Polen gebunden erachte; aber diesem Eide gegenüber stehe seine Pflicht für die Sache des Evangeliums und das unzweifelhafte deutsche Interesse; Polen werde nicht aufhören ihn in Preußen zu drücken und zu lähmen; es sei unwürdig, daß ein Kurfürst des Reichs unter einem Könige stehe, dessen Wahl durch Bestechungen gemacht werde; sich der polnischen Sache hingeben, heiße nichts anderes, als auch die deutschen Territorien Brandenburgs in Noth bringen und mit dem Schaden voraussichtlich auch Schande erleiden; Oestreich werde nicht säumen für den letzten Reichstag Revanche zu nehmen und des von Ulm Desseins endlich hinauszuführen [2]). Sehr bestimmt hob Hoverbeck dagegen hervor, daß aller-

1) Es sind 26 Punkte in vortrefflicher und erschöpfender Gedankenfolge, auf die der Kurfürst im Februar „Dero Geheimeräthe schriftliches Bedenken und solches in höchster Verschwiegenheit" fordert. Mir lagen vor die Gutachten von Waldeck, Wittgenstein, (d. d. Petershagen, 15./25 März), Blumenthal und Canstein (d. d. Halberstadt, 11. März), Löben, Puttlitz, Knesebeck, Seidel, endlich ein „Conclusum" aus denselben. Pufendorf hat diese Schriftstücke gelesen, aber wie er (V. 9. ff.) die Erwägungen zusammenfaßt, ist der Charakter derselben nicht zu erkennen.

2) Gemeint ist das stralendorfische Gutachten, von dem im früheren II. 2. p. 586 und III. 1. p. 24 gesprochen ist.

dings der Eid in Consideration komme, daß das Recht auf Polens Seite sein werde; mit den Polen sei man sicherer daran, die vollauf mit sich selbst zu thun hätten und nie des Herzogthums Meister werden würden; Schweden dagegen wolle sichtlich die Herrschaft auf der Ostsee und dazu bedürfe es der preußischen Häfen, die das beste Kleinod der kurfürstlichen Lande seien, für die einst Kaiser Ferdinand II. ganz Schlesien geboten habe. Andere, Schwerin, Knesebeck, Somnitz stellten voran, daß die Dinge für jetzt noch nicht in dieser Alternative seien, daß man den Polen nur auf ganz bestimmte Punkte verpflichtet sei, daß man abwarten müsse, ob sie um Weiteres unterhandeln wollten, daß man die Verbindungen mit Schweden fortsetzen könne, ohne sich „zu sehr zu vertiefen", daß man sich bemühen müsse zwischen beiden Kronen zu vermitteln. In der Sitzung vom 15. März concludirte der Kurfürst: man sei einig, daß das Herzogthum sich in Verfassung setzen, daß außerdem Truppen hingesendet werden müßten, da nicht von den Schweden allein, sondern auch von den Moscowitern Gefahr drohe, auch die Polen vor ihnen weichend sich nach Preußen werfen könnten; zum Schutz des Landes sollten 4000 M. zu Fuß und 1500 Pferde Marschordre erhalten; übrigens gelte der Waffenstillstand von 1635 noch weitere sechs Jahre; Polen werde ihn nicht brechen; ob es Schweden thun werde, müsse man erwarten. Er stellte zu künftiger Berathung: „ob er nur bei Preußen bleiben und sich defendiren, ob er von Polen Session und Votum für Preußen fordern, ob er sich völlig frei machen solle." [1])

Eben diese Frage war in den schriftlichen Gutachten erörtert und sehr verschieden beantwortet worden. Auf das Entschiedenste hatten Blumenthal und Canstein widerrathen, „sich mit Schweden auf eine Theilung Polens einzulassen". Waldeck hatte geantwortet: „wenn solches geschehen könnte, ohne wider Gottes Befehl zu handeln, der einem andern

---

1) Protocolle des Geheimenrathes, 24. Febr., 5. März; leider sind nicht spätere Protocolle erhalten.

sein Gut zu nehmen, ja dessen zu begehren verboten, und wenn Mittel gefunden werden könnten es zu vollbringen, so würde niemand ein solches Unternehmen anders als gut und löblich finden."

Der Kurfürst dankte den Herren Räthen für ihre gründlichen Erörterungen; ob er die eine oder die andere Ansicht theilte, sprach er nicht aus; wenigstens darin mochte er Waldeck Recht geben, daß es wenig helfe „über das Recht eines Königs, sonderlich zu einem Kriege zu disputiren, da die Macht ihm so lange Recht giebt, bis der oberste Richter zugleich Urtheil und Execution hervorscheinen läßt".

Ende März kam Wolfsberg als schwedischer Resident nach Berlin. Daß der König rüste, verbarg er nicht; aber es gelte, Liefland vor den Moscowitern zu sichern; was Schlippenbach geäußert, wurde nicht weiter erwähnt: „der König wünsche mit Brandenburg in den deutschen Dingen Hand in Hand zu gehen, mit ihm die Sache des Evangeliums zu vertreten"; des Kurfürsten Vermittelung zwischen Polen und Schweden betreffend hatte er keinen Auftrag: „man habe in Stockholm keine Anzeige, daß er von Polen Vollmacht dazu habe."

Wohl wurde Dobrczensky angewiesen, in gleich entgegenkommendem Sinn sich in Stockholm zu äußern. Aber man entnahm aus Wolfsbergs kühlen und ausweichenden Erklärungen die Gewißheit, daß Karl Gustav seinen Entschluß gefaßt habe, daß er auch ohne Brandenburg vorgehen werde.

Des Kurfürsten höchst besorgliche Mittheilungen nach Warschau hatten am dortigen Hofe je länger je weniger Eingang gefunden; man begann mehr Argwohn gegen ihn als Furcht vor Schweden zu empfinden; man sprach von „unnöthigen Schrecken und leeren Drohbildern, die Brandenburg mache, von ketzerischen Zeitungen". Die Zusicherungen, die man von Wien erhielt, gaben Aussicht auf Frieden mit dem Moscowiter; man verließ sich darauf, daß Holland, Dänemark, Frankreich die Republik nicht könnten fallen lassen; im schlimmsten Fall werde der König das Aufgebot des ganzen Adels erlassen und Hunderttausende

würden da sein, den heiligen Boden des Vaterlandes zu vertheidigen; und wenn der brandenburgische Gesandte entgegnete, dieß Mittel werde schlimmer sein als die Krankheit und doch nichts gegen das feste und disciplinirte Kriegsvolk Schwedens mit den losen Massen ausgerichtet werden, so glaubte man ihm nicht. Man forderte vom Kurfürsten, daß er, den Schweden den Weg von Pommern her zu sperren, 2000 Mann an der Netze aufstelle, doch müßten diese Truppen, wenn sie auf polnisches Gebiet kämen, der Republik vereidigt werden; man machte ihn für die Sicherung von Memel und Pillau verantwortlich.

In solcher Stimmung war der warschauer Hof, als der Kurfürst von der Ankunft und den Erklärungen Wolfsbergs Nachricht sandte mit der dringenden Bitte, ihm auch jetzt noch die Vermittelung möglich zu machen und die Punkte anzugeben, auf die er Namens der Republik unterhandeln und abschließen könne. Allerdings sandte König Johann Casimir solche; aber voran stand, daß ihm das Wappen Schwedens nach wie vor zu führen zustehe, daß Liefland ihm als ein Erbland für sich und seine Familie abgetreten werde; auch müsse sich der Kurfürst verpflichten, wenn seine Vermittelung nicht zum Frieden führe, mit den Waffen für Polen einzutreten. Alle Einwendungen gegen diese höchst unangemessenen Vorschläge waren vergebens; sie steigerten nur den Argwohn, der sich auf dem Reichstag (Ende Mai) offen aussprach. Daß die directe Verhandlung mit Schweden beschlossen, daß eine glänzende Gesandtschaft unter Graf Lesczinsky abgefertigt wurde, zeigte dem Kurfürsten, daß die Katastrophe unvermeidlich sei.

Schon füllte sich Vorpommern mit Kriegsvolk; von jenseits der Elbe und aus Meklenburg kamen neugeworbene Regimenter hinzu; anfangs Juni hatte Feldmarschall Wittenberg 17,000 Mann bei einander. Fast eben so groß war das Heer, das in Schweden zum Einschiffen bereit stand; in Liefland waren etwa 7000 Mann unter den Waffen.

„Man lebt in Warschau so, als wenn man von den Schweden gar nie gehört," schreibt Hoverbeck von dort (19. Juni). Lesczinsky hatte ja

Vollmacht, den Frieden abzuschließen. Wie aber, wenn Schweden **ihn** versagte? wenn es den Krieg wollte, weil die Republik außer Stand war, ihn zu führen?

Die unglücklichen Feldzüge erst gegen die Kosacken, dann gegen die Moscowiter hatten die Ohnmacht der Republik in entsetzlicher Nacktheit gezeigt; auch der Blindeste hätte sehen können, wie von Grund aus krank dieß Staatswesen war. Aerger als selbst im Reich deutscher Nation hatte hier die Libertät die Wucherfülle ihres Unsegens entwickelt; und man prunkte mit dieser Freiheit, verachtete andere Völker, die zu lernen begannen, in Zucht, Ordnung und Unterordnung stark zu sein. Was die Anarchie an natürlicher Thatkraft und nationalem Zusammenhalt noch übrig gelassen, lähmte Schwelgerei und Buhlerei, ewiges Ränkespinnen von Weibern und Priestern, die Rivalität der Großen, der Haß der Confessionen, endlich die Eifersucht der Lithauer gegen die Polen, beider gegen das königliche Preußen, das sich immer nur als durch Personalunion, durch den gemeinschaftlich gewählten König mit jenen beiden verbunden ansah. Und wieder jedes Palatinat, jede Starostei war wie ein Staat für sich, freilich nach dem Muster des ganzen Staates, mit tumultuarischen Land- und Kreistagen, mit einer Ueberfülle von Ehren und Aemtern, mit der elendesten Selbstverwaltung des Herrenthums kleiner und kleinster Gutsherrn, nur daß von diesen Hunderttausenden geborner Edelleute die meisten arm, ein bettelstolzes Proletariat, zum Theil in Brod und Dienst der Magnaten waren.

Je näher die Gefahr kam, desto loser, verworrener und taumelhafter schien alles zu werden. In Lithauen hatte schon der Moscowiterkrieg die Zustände völlig aufgelöst; die Radzivills, reformirten Bekenntnisses, hätten sich am liebsten an Brandenburg-Preußen angeschlossen; gegen sie rivalisirten die Pac, die Sapieha; der Unterschatzmeister Gonsiewsky verstand es vorerst mit allen zu halten. In Großpolen hoffte man auf den Kurfürsten, wie denn Opalinsky, der Palatin von Posen, vielfache Beziehungen zum berliner Hofe hatte; aber der posener Bischof wandte

sich an den Kaiser. Es gab eine Partei, die den Beistand des Kaisers mit der dereinstigen Wahl seines Sohnes zu gewinnen hoffte, und die nur zu einflußreichen Jesuiten im Lande waren in dieser Richtung thätig, während in Lithauen schon daran gedacht wurde, von dem Zaaren mit der künftigen Wahl jetzt den Frieden zu erkaufen. Mit der Aufregung wuchs der Lärm und der Zwiespalt; „es ist zu befürchten," schreibt Opalinsky nach Berlin, „daß eine allgemeine Zerrüttung eintritt."

Und der König besaß nicht die Kraft, die Dinge zusammenzuhalten; aus dem geistlichen Stande, aus dem Cardinalscollegium zum Thron berufen, mit der Wittwe seines Bruders und Vorgängers in kinderloser Ehe, von ihr und ihren französischen Hofdamen nur zu abhängig, schwankte Johann Casimir zwischen königlicher Ohnmacht, Liebeshändeln und frommem Eifer, gedrückt am meisten von dem Gefühl, daß er, ohne eigenes Hausgut, unter so vielen reichen Magnaten nur als König nicht ein armer Mann sei. 1)

Daß dieser König, diese Republik keinerlei Rückhalt gewähre, wußte der Kurfürst seit lange. Um so mehr hatte er sich gerüstet, um so mehr bemühte er sich um den Frieden. Er sah voraus, daß die Republik, wenn es zum Kriege kam, von seinem Herzogthum die größten Opfer, von ihm selbst die Anspannung aller Kraft fordern werde. Denn so verstanden die Polen seine Pflicht als Vasall, ihr Recht der Lehnsherrlichkeit. Und doch war er, der mächtigste Fürst unter der Krone Polen, kein Glied der Republik, hatte weder eine Stimme bei der Königswahl, noch Sitz im Senat; das Herzogthum mußte vielmehr einen jährlichen Tribut zahlen, mußte außerdem, wenn der polnische Reichstag ein Extraordinarium bewilligte, dasselbe mit 30,000 Gulden leisten. In das ständische und Steuerwesen, in die Regierung und Rechtspflege Preußens griff die

1) „Der Polenkönig wird gern etwas vornehmen, damit er der Königin einen Vortheil und sich einen Lebensunterhalt für seine Lebtage verschaffe, da er von den Ständen sich so beschimpft siehet, keinen Erben hat und die Königin ihn ganz regiert, welche nichts als Geld sucht." Waldecks Gutachten von Ende Februar 1655.

Krone durch Commissarien, Rescripte, Controllen aller Art ein, wie kein polnischer Magnat in seinen Gütern sich hätte gefallen lassen; an sie gingen die Appellationen der Processe in Preußen und die Beschwerden gegen den Landesherrn war sie immer bereit zu hören; sie correspondirte mit den Oberräthen unmittelbar, berief dort Landtage, erließ Universalien und forderte Gehorsam. Den deutschen Fürsten in Preußen sah man als einen fremden Mann, als einen Eindringling an, den man auf Schritt und Tritt überwachen, den man wo möglich aus dem Besitz bringen müsse. Und wenn man auf seine Kosten Gefahr meiden oder Gewinn machen konnte, so hatte gewiß kein polnischer Patriot das Geringste dagegen.

Aber es war nicht blos eine polnische Frage, um die es sich in Preußen handelte; an jenen baltischen Dingen hatten alle Seemächte, namentlich Holland ein Interesse.

Schon vor dem Thronwechsel in Schweden hatten die Herren Staaten der Republik Polen ein Bündniß angetragen, in dem sie sich erboten, zum Schutz der Republik jedes Jahr vom Frühling bis zum Herbst zwanzig Kriegsschiffe in der Ostsee zu halten. [1]) Der staatische Gesandte war auf seiner Rückreise in Berlin gewesen, hatte auch dort zu einem Bündniß aufgefordert; Friedrich Wilhelm hatte sich beeilt, dem entsprechend Anträge im Haag übergeben zu lassen (2. Nov.); [2]) aber nach der ersten freundlichen Erwiederung folgte nichts Weiteres. Die Herren Staaten schienen wohl Danzig, nicht aber auch Pillau und Memel decken zu wollen. „Ich bitte zu sondiren, schreibt Schwerin an Weimann 3. Jan., ob man sich die Gurgel will gutwillig abstechen lassen; Preußen ist unser Augapfel und das Herz unseres Staates."

Das freilich war kein Grund, der die Herren im Haag bewegen

1) Der Entwurf vom 4. März 1654, bei Londorp VII. p. 890.

2) Die Eröffnungen von Kopes sind am 26. Nov. 1654 gemacht, gleich nach Schlippenbachs Anwesenheit. Der staatische Gesandte De Bie ist nach Desnoyers, p. 114, ein Elbinger, er wird Anfangs Nov. in Berlin gewesen sein. Weiteres über dessen Anträge hat Puf. V. 4. 8. 15.

konnte; immer sahen sie in dem Kurfürsten zuerst den Freund der Oranier; sie wünschten sich nichts besseres, als daß er nicht aufhöre bedrängt und abhängig zu sein; seine Geheimnisse zu schonen, wenn sie mit deren vertraulicher Mittheilung Dank in Stockholm oder beim Protector gewinnen konnten, schien ihnen nicht nöthig; mochte er sehen, wie er den Schaden einbringe. Daher des Kurfürsten Mahnung an Weimann, mit äußerster Vorsicht zu handeln, „damit es nicht scheine, als habe er dem Wolf das Wasser zu trüben gesucht; bei wenigen und ohne Bassesse“ solle er die Sache betreiben.[1])

Schon jene Eröffnungen im Haag, dann die fortgesetzten Werbungen in den brandenburgischen Landen weckten Schwedens Argwohn oder gaben doch den Vorwand, Argwohn zu zeigen. Graf Schlippenbach, hieß es nun, habe gar nicht den Auftrag gehabt, sich so zu äußern, wie er gethan; von Memel und Pillau wurde in Stockholm nicht mehr gesprochen, aber auch nicht mehr von dem Bündniß mit Brandenburg. Man erfuhr in Berlin, daß Karl Gustav in tiefstem Geheimniß in Warschau den ewigen Frieden angeboten habe für die Abtretung Lieflands und der Häfen Pillau und Memel, „darauf rechnend, daß nichts so Impertinentes oder Unbilliges gefordert werden könne, das von der tief zerrütteten Republik nicht zu fordern und zu erhalten sei“. Und zugleich wurde von Stettin aus das Gerücht verbreitet, Polen habe sich zu jenen Abtretungen erboten, wenn Schweden Hülfe gegen die Moscowiter leisten wolle.

Auch Friedrich Wilhelm hielt es nicht für unmöglich, daß die Polen auf diesen Köder anbissen, daß sie, um der augenblicklichen Verlegenheit zu entgehen, die Positionen aufgäben, die den Schweden, wie 1626, sofort die Ausgangspunkte geworden wären, die untere Weichsel zu nehmen

1) Rescript des Kurfürsten an Weimann, 9. Jan. 1655 (Düss. Arch.): „Damit nicht vor der Zeit jalousie erweckt oder unsre friedfertigen Rettungsconsilia von schädlichen machinationen ausgebeutet, oder auch, ob hättet ihr dem Wolf das Wasser zu trüben gesucht, Schuld gegeben werde.“ (In Chiffer.)

und Danzig von der Landseite her zu fassen. Er rechnete darauf, daß man in Holland weiter sehen werde.

In der That machte das Gerücht von diesem Project dort einen erstaunlichen Eindruck. Der Handelsstand, namentlich in Amsterdam, war der Meinung und sprach sie aus, daß man Memel und Pillau, so gut wie Danzig, durchaus schützen müsse, daß der holländische Handel, der, seit Reval, Riga, Stettin schwedisch geworden, schon außerordentliche Verluste erlitten habe, keinen baltischen Hafen weiter in Schwedens Besitz oder unter schwedische Tarife kommen lassen dürfe. Aber keineswegs sofort waren die Staatsmänner im Haag geneigt, dieser Ansicht Folge zu geben; nur zu deutlich war, „daß die dominirende Cabale, de Witte und was daran hängt, einem andern als denen von Amsterdam nach den Augen sieht".[1] Freilich, auch sie glaubten nicht, daß Cromwell bestehen werde; im März, als in England eine große royalistische Verschwörung ausbrach, Karl II. als König proclamirt wurde, hatten auch sie von dem sofortigen Abschluß der brandenburgischen Allianz gesprochen; aber mit blutiger Energie unterdrückte der Protector die Bewegung, und sofort waren die Herren im Haag wieder bedenklich: „es sei dem Kurfürsten doch nicht Ernst, er sei mit Schweden im Verständniß."

Allerdings sprach so der schwedische Gesandte im Haag: „es geschehe auf des Königs Wunsch, daß der Kurfürst so eifrig werbe"; und der französische Gesandte bestätigte, was der Schwede sagte. Man glaubte im Haag, daß Königsmark vom Bremischen aus gegen die Staaten vordringen solle; man fürchtete, daß der Kurfürst dann die clevischen Festungen fordern und nehmen werde. Man unterhandelte über den vorgelegten Entwurf mit

1) Schreiben Weimanns an den Kurfürsten, Haag, 16. und 23. März 1655. Sein Schreiben an Schwerin, 9. März, enthält höchst lehrreiche Bemerkungen über die Zustände in England, um zu erweisen, daß „des Cromwells periodus da sei", man müsse beachten, daß die Engländer in ihrem Gehorsam ohne Ende gehorsamen und in ihrem Zorn ohne Ende zürnen; qui humiliter serviunt et superbe dominantur, die da tödten und sich todtschlagen lassen wie die Hunde, wenn sie angefangen sich zu opiniastriren u. s. w.

Brandenburg weiter, aber man stellte in Betreff Pillau's und Memels Bedingungen, die den Kurfürsten schon während des Verhandelns banden, ohne die Staaten zu verpflichten. Man rüstete in aller Stille eine bedeutende Flotte für die Ostsee; man ließ merken, daß man große Dinge vorhabe; „durch den Kurfürsten, aber auf ihren eigenen Namen wollen sie sie ausführen". [1])

Also wie Schweden, ebenso wollten die Staaten sich des Brandenburgers nach ihrem Ermessen bedienen, mit Unterhandlungen ihn hinhalten, bis er nicht mehr freie Hand habe zu wählen.

Denn auch Karl Gustavs Aeußerungen wurden, je näher der Tag der Einschiffung kam, desto vager und beunruhigender. Er wünsche, sagte er zu Dobrczensky, die innigste Verbindung mit Brandenburg; bei dem bevorstehenden Auseinanderfallen der Republik Polen werde er dem Kurfürsten gern die größten Vortheile zuwenden; aber die Unterhandlungen im Haag könne er nicht gutheißen, sie seien ein Zeichen des Mißtrauens gegen Schweden; um den Danzigern nicht Anstoß zu geben, werde er nicht von Preußen aus gegen Polen vorgehen; wenn der Kurfürst vorziehe, vorerst neutral zu bleiben, so sei ihm das genehm; er werde Benedict Oxenstjerna nach Stettin senden, dort mit Brandenburg zu verhandeln. [2])

Die Lage des Kurfürsten war so peinlich wie möglich; sichtlich wollte Karl Gustav erst den Feldzug eröffnen, dann mit ihm abschließen; wenn der Gewaltstoß, wie nicht zu zweifeln, gelang, so war es in des Königs Hand, welche Bedingungen er ihm gewähren wolle. Die Neutralität, die er jetzt empfahl, wäre ersprießlich gewesen, wenn das Bündniß mit den Staaten ihr Rückhalt gab; eben dies Bündniß be-

1) Weimann an den Kurfürsten, 15. Juni 1655: jene Pläne, sagt er, habe ihm Brederode mitgetheilt; er stand als Feldmarschall an der Spitze der staatischen Landmacht.

2) Das Schreiben des Königs, 22. Mai (1. Juni) 1655, eben so das Concept der Antwort des Kurfürsten s. d. nennt nur Oxenstjerna, nicht, wie Pufendorf V. 40 thut, auf Liljeström; auch sonst giebt Pufendorf mehr aus diesem Schreiben als darin steht.

zeichnete der König als ein Hinderniß der Verständigung; ohne dasselbe war die Neutralität nichts als das geduldige Zusehen, bis Polen erlegen und Preußen von der Schwedenmacht umschlossen war. Oder sollte man, diesen Gefahren zu entgehen, sofort mit dem vollen Vertrauen, das der König forderte, sich ihm anschließen, das brandenburgische Heer unter seinen Befehl stellen, mit ihm gegen Polen marschieren? Das hätte die östreichische Politik, das hätten die Staaten nicht geduldet, und der Pfalzgraf von Neuburg war Johann Casimirs Schwager; am Rhein war mehr, Besseres, Gewisseres zu verlieren, als auf Kosten Polens, in der Abhängigkeit von Schweden zu gewinnen.

Am Hofe zu Berlin, unter den Räthen, den Ständen, war die aufgeregteste Stimmung, der heftigste Gegensatz der Ansichten. Die einen tadelten die Regierung, daß sie sich so weit, die andern, daß sie sich nicht schon weiter mit Schweden eingelassen. Wolfsbergs Eifer und das Kommen und Gehen schwedischer Herren steigerte die Ungeduld derer, welche jetzt die Zeit großer Erfolge für Brandenburg gekommen sahen[1]); „ich bitte euch um Gottes willen, sagte ein schwedischer General in Schwerins Hause, haltet die Sache in Holland hin; ihr werdet sehen, daß sie euch nicht nöthig sein soll."

Dann, als auch de Lumbres nach Berlin kam[2]), Seitens des fran-

1) Schwerin an Weimann, 9./19. April. „Gott weiß, daß ichs ungern klage und so sehr als einiger Mensch sein kann, zur Geduld bewehrt bin; aber es wird zu grob" — er spricht von einigen Personen, die „bei dem G. v. W. (Waldeck) so klüglich über die Regierung judiciret" — „sie stecken die Köpfe so erschrecklich zusammen, daß es fast ärgerlich und dem ganzen Hofe ins Auge ist; so kann nicht fehlen, sie müssen einen sonderlichen Anschlag vorhaben . . . Wenn Fürst Moritz kommt, soll ihnen wohl von Höheren als von mir gesagt werden, was er von seiner Person halten soll." (Düsseld. Arch.)

2) De Lumbres, der im Juni nach Berlin kam, und „alle Freundschaft und Intercession bei dem Könige von Schweden, nichts thätliches an uns zu verüben", brachte, (Schwerin an Weimann, 19./29. Juni, Düss. Arch.) schreibt an Mazarin, 13. Juli: Le comte de Waldeck est blâmé dans les conseils par les autres ministres, qu'il se laisse trop mener par la France, qui voudroit empêcher leur Maistre d'écouter les offres de l'Espagne. L'Electeur desire que S. M. l'assiste à devenir maistre de Juilliers, moyennant quoy il l'aidera dans ses desseins sur le haut quartier de Gueldres, Namur ou Luxembourg." (Paris. Arch.)

zösischen Hofes den Schwedenkönig beim Beginn des Feldzugs zu begrüßen, empfahl Waldeck den Abschluß des französischen Bündnisses, das am Rhein Sicherung und vielleicht mehr bringen könne. Jetzt, zu so großer, naher Gefahr weitaussehende Projecte zu empfehlen, hielt der vorsichtige Schwerin für unverantwortlich; ihm schien es unräthlich, irgend einen festen Plan zu fassen, bevor sich die Lage der Dinge mehr geklärt habe.

Andere wieder — und wie es scheint, war das die unter den märkischen Ständen vorherrschende Ansicht — sahen keine andere Hülfe, als daß man Kaiser und Reich anrufe, alles daran setze, den Wiener Hof zu gewinnen.

Freilich Kaiser und Reich hätten Anlaß genug gehabt, einzutreten. Nur durch nicht schwedische Territorien konnten die in Vorpommern gesammelten Heere nach Polen gelangen; wie wenn nun der Kurfürst den Marsch durch Hinterpommern und Neumark versagte, wenn er den obersächsischen Kreis, den Kaiser selbst anrief, ihn und seine Territorien nach der Executionsordnung zu schützen? Und war nicht in Frankfurt der Reichsdeputationstag versammelt? konnten da nicht sofort entscheidende Schritte veranlaßt werden? Wenn nur nicht das ganze Reichswesen so durch und durch wurmstichig und ohnmächtig gewesen wäre. Allerdings sollte seit dem Oct. 1654 in Frankfurt getagt werden; im November, als der brandenburgische Deputirte Portmann anlangte, war noch niemand sonst gekommen; im Januar erschienen die kaiserlichen Commissarien, unter ihnen Dr. Volmar, der Convertit; im April hieß es, Baiern habe vorgeschlagen, den Deputationstag überhaupt aufzugeben, die Berufung eines Reichstages zu veranlassen. Von Eröffnung der Sitzungen war auch im Juni noch nicht die Rede: die kaiserlichen Propositionen seien noch nicht angelangt. Dem wiener Hofe und den Katholischen schien die Versammlung, in der Parität der Stimmen galt, jetzt Angesichts der schwedischen Kriegsdrohungen doppelt gefährlich; sie meinten nicht anders, als daß es nicht bloß auf Polen, sondern auf die katholische Welt

insgemein abgesehen sei. Schon jetzt in dem vorläufigen Zusammensein der Deputirten zeigten sich Spannungen, Verbitterungen, confessionelle Verhetzungen so bedenklicher Art, daß wenigstens hier von irgend einem Act des gemeinsamen deutschen Interesses nicht die Rede sein konnte. Und, was übler war, das Mißtrauen wandte sich mehr und mehr gegen Brandenburg; mit Erstaunen erfuhr man in Berlin, daß der kaiserliche Gesandte in Stockholm gesagt habe, „des Kurfürsten Zweck sei kein anderer, als die Schweden wieder aus dem Reich zu bringen". Und in Frankfurt wurden nicht minder „wunderliche Dinge" von den Plänen des Kurfürsten erzählt und geglaubt; schon zu Schlippenbach hatte der Kurfürst von Mainz gesagt: „wie man nur dem Brandenburger trauen könne, dessen Gesinnung Schweden auf dem letzten Reichstag kennen gelernt habe; nimmermehr werde er Treue halten."[1] Ob auch nur die Evangelischen im Reich, auch nur, dem geschlossenen Bündniß nach, die Braunschweiger und Casseler die Hand rühren würden, wenn den deutschen Landen des Kurfürsten Gefahr drohe, war mehr als zweifelhaft; sie hatten ja in ihrem hildesheimer Bündniß mit Schweden den besten Vorwand, nichts zu thun; was gar sollten sie sich um das polnische Herzogthum Preußen kümmern? genug wenn die Katholischen und der wiener Hof jetzt nicht die immer erneuten Proteste des deutschen Ordens gegen die Säcularisation Preußens hervorholten und sie für den Teutschmeister geltend machten, der ein österreichischer Erzherzog war.

Weder im Reich noch in der Republik Polen hatte Friedrich Wilhelm den geringsten Rückhalt, und ihm gegenüber stand die stürmisch andrängende Uebermacht Schwedens, die über ihn hinweg, ihn mit sich reißend, sich auf Polen zu stürzen im Begriff war. Wenn Schweden den noch auf sechs Jahre geltenden Vertrag von 1635 brechen wollte und die Mächte, die ihn vermittelt hatten, Frankreich, England, die Staaten, es nicht hinderten, wenn die schwedische Kriegsmacht sich erhob

1) Diese Dinge erzählten die schwedischen Herren bei den stettiner Verhandlungen. Bericht Schwerins vom 18. Juli, Waldecks vom 22. Juli 1655.

mit der ausgesprochenen Absicht, einen der europäischen Staaten niederzuwerfen und zu theilen, ohne daß die Gesammtheit der übrigen Mächte, das europäische Gleichgewicht, herbeieilte, den furchtbaren Schlag abzuwehren, wie hätte da der Kurfürst sich zu Ehren des gefährdeten Rechtes zwischen Hammer und Amboß legen sollen? War Polens oberlehnsherrliches Verhalten zu Preußen und zu seinem Hause bisher der Art gewesen, daß er sich und seine ganze Existenz mit in die schlechte Concursmasse der Republik zu werfen die Pflicht gehabt hätte? gegen seine eigenen Lande und Unterthanen, gegen sein Herzogthum selbst hätte er es nicht verantworten können. Nicht seine Schuld war es, daß Polen in sich zerrissen und zerrüttet, in dem Uebermaaß der Libertät unfähig war, im Verhältniß seines Umfangs mächtig zu sein; nicht dafür spannte er die Kräfte seiner Lande auf das Aeußerste und rang er der Libertät in seinen Landen die Opfer an Freiheiten und Rechten ab, welche die Einheit seines Staates forderte, um sich für die polnische Wirthschaft in die Schanze zu schlagen. Gewarnt, Rathschläge gegeben, Erbietungen gemacht hatte er genug; ihn selbst brachte nun die Rath- und Thatlosigkeit, der Unverstand der Adelsrepublik in die schlimmste Gefahr.

Von Polen hatte er nichts zu hoffen, von Schweden alles zu fürchten. Die Erbietungen Karl Gustavs hatten ihn nicht geblendet; die Misachtung, die in den Bedingungen lag, mit denen sie ihm gemacht wurden, die Frivolität, die Zudringlichkeit, die wechselnde Willkühr, mit der die schwedische Diplomatie an ihm, so zu sagen, umhertastete, mochte noch so tief sein fürstliches Selbstgefühl verletzen, er hatte nicht Macht genug, das Gebührende darauf zu thun, und seine fürstliche Pflicht gebot ihm, nicht nach persönlichen Empfindungen, sondern nur im Interesse seiner Lande, gleichsam aus dem Ich seines Staates zu empfinden und zu handeln. Mochte Karl Gustav noch so schöne Worte geben, mochte er mit Achselzucken sagen: „ihr Hof und ihre Manieren bestehen in nichts als Suspicionen und Irresolutionen", nach welchem Recht oder welcher Moral war denn dieser nachgeborne Prinz von Pfalz-Zweibrücken auf

dem schwedischen Thron befugt, von dem Kurfürsten zu erwarten oder zu fordern, daß er die Vortheile annehme, welche die schwedische Politik ihm zu gewähren in ihrem Interesse fand? unter Bedingungen, mit der er sich für immer der Macht verschrieb, die schon schwer genug auf Brandenburg und Deutschland drückte?

Für den Augenblick freilich konnte Friedrich Wilhelm nur daran denken, sich weder verstricken noch niederrennen zu lassen. Er mußte sich schmiegend und biegend, weiter unterhandelnd, seine Kräfte sammeln und zusammenzuhalten, um endlich, wenn das gefährdete Gleichgewicht Europas den Gegenschlag brachte, eintreten und vorantreten zu können. Mochte die höchst thätige schwedische Diplomatie noch so geschickt verbreiten, als sei Brandenburg bereits ganz auf des Königs Seite, die brandenburgischen Truppen nach Stettin commandirt, sich mit Schweden zu vereinen, und was der Lügen mehr waren, schon erfuhr der Kurfürst, daß man sie selbst im Haag nicht mehr recht glaube; und eben so gewiß war, daß in Stockholm „der König, der Hof und das ganze Volk wegen der staatischen Seerüstungen und besonders wegen der Unterhandlungen mit Brandenburg bestürzt seien und nicht wohl wußten, was sie thun sollten, und daß sie nun ausstreuten, sie seien mit Sachsen vollkommen alliirt, und daß der König sich in allen Fällen auf Cromwell verlasse". [1])

Allerdings gab Friedrich Wilhelm dem Schwedenkönige für seine schönen Worte eben so schöne Worte; er erwiederte ihm mit gleicher Herzlichkeit und persönlicher Verbindlichkeit. Auf die Nachricht von Oxenstjernas Sendung antwortete er: „er hoffe, derselbe werde den Versicherungen des Königs nachleben und dadurch ein festes Fundament zu einem guten Vertrauen legen"; er fügte hinzu, daß er mit dem Könige auf ein Schiff zu treten entschlossen sei und sich auf des Königs Ver-

1) Diese höchst merkwürdigen Nachrichten hat der staatische Gesandte Heinsius aus Stockholm gemeldet, und Weimann schreibt sie 5. Juli nach Berlin, „in maaßen mir solches in hohem Geheim gezeigt worden." (Düsseld. Arch.)

heißungen verlasse, um nicht weniger an dem zu hoffenden Glück wie an dem hazard mit Theil zu nehmen. [1]) Aber eben diese Verheißungen, diese Theilnahme waren noch nicht formulirt; und wenn Dobrczensky den König um eine einstweilige schriftliche Erklärung bat, die des Kurfürsten Lande, Häfen, Zölle u. s. w. sicher stellten, so verwies Karl Gustav das und alles Weitere auf seine Ueberkunft nach Pommern. Er lud Dobrczensky ein, auf der königlichen Flotte mit hinüberzufahren; den andern Gesandten hatte er es abgeschlagen.

Die Welt sollte sehen, daß er Brandenburg habe; wollend oder nicht, es durfte nicht anders als auf seiner Seite stehen. Von dem Erfolge seines Zuges sprach er mit voller Siegesgewißheit; „er hat den Ehrgeiz eines Alexander; wenn ihm dieser Versuch gelingt, wie er hofft, so wird er sich bald anderswohin wenden, er wird das Feld der Siege Gustav Adolphs suchen; das ist die Meinung seiner Vertrauten und daß der Feldzug in Polen nicht lange dauern wird". [2])

Die stettiner Conferenz.

Des Königs Plan war, von der Düna und der Oder zugleich nach Polen einzubrechen.

Als die polnische Gesandtschaft, die Ende Mai beschlossen war, Graf Johann Lesczinsky mit 160 Personen, endlich Anfangs Juli in Stockholm eintraf, ging man allerdings noch einmal auf Unterhandlungen ein, aber der Befehl zum Vorrücken sei bereits gegeben.

1) Schreiben des Kurfürsten an Karl Gustav, Concept von Schwerins Hand, undatirt; eine beigefügte Archivnotiz sagt „Juli 55."

2) Unter den zahlreichen Schriften, die damals über Recht und Unrecht dieses Krieges erschienen, hebe ich die des Cyriacus Thrasimachus de justitia armorum Suecicorum ep. ad Andream Nicanorem hervor, die zuerst in Stettin, dann in Helmstädt gedruckt und mehrfach widerlegt ist. Aus einer gleichzeitigen Beischrift des in der hamburger Bibliothek befindlichen Exemplars ergiebt sich, daß Thrasymachus niemand anders als Hermann Conring ist; wie auch die Placcius, Gryphius u. a. bezeugen.

Dennoch setzten die Herren ihre Bemühungen bis zum 24. Juli fort, indem der König immer von Neuem versicherte, daß er nichts mehr als den Frieden wünsche, schließlich sie einlud, die Verhandlungen in Pommern fortzusetzen, da er seine Abreise dorthin nicht länger verschieben könne.

Bereits am 24. Juni war das Heer in Liefland von Riga aufgebrochen, hatte am 9. Juli Dünaburg erreicht, das die Russen bisher belagert hatten; diese zogen sich zurück. Tags darauf ergab sich die Festung; Lithauen stand den Schweden offen. Und in Polen hieß es, an Allem sei König Johann Casimir schuld; man berieth über seine Absetzung.

Am 6. Juli empfing Friedrich Wilhelm ein Schreiben des Feldmarschall Wittenberg, in welchem er den Paß durch Pommern „auf einige Tage" forderte, sich berufend auf den westphälischen Frieden und das Völkerrecht; er müsse anf Befehl seines Königs in einigen Tagen in Action treten. Wohin sein Marsch gerichtet sei, gab er nicht an. Die Antwort, die sofort abgefertigt wurde, sagte, daß ihm auf die so gestellte Forderung kein Bescheid gegeben werden könne, und verwies ihn auf die Reichsordnungen und an den Kreisobristen des obersächsischen Kreises.[1])

Erst mehrere Tage später lief die Anzeige Oxenstjernas ein, daß er in Stettin angelangt sei und die brandenburgischen Commissäre erwarte. Daß mit ihm Liljeström zu den Unterhandlungen beauftragt sei, von dessen Uebelwollen man nur zu viele Beweise hatte, ließ wenig Gutes erwarten.

Friedrich Wilhelm beauftragte Waldeck und Schwerin zu den Verhandlungen. Als sie in Stettin ankamen (16. Juli), war das schwedische Heer bereits abmarschirt; es hieß, die Polen hätten die Feindseligkeiten mit einem Einfall in das Amt Neustettin eröffnet; man wollte wissen,

---

1) Die Daten ergeben sich aus der Einsendung an den Kaiser, d. d. 27. Juni (7. Juli) und aus einem Schreiben des Kurfürsten an Schwerin, 26. Juni (6. Juli) 1655.

daß in Polen die äußerste Erbitterung gegen Johann Casimir herrsche, daß von seiner Absetzung gesprochen werde.

Des Kurfürsten Instruction ging von der Versicherung des Königs aus, daß er auch jetzt noch den Frieden suche und wünsche; sie zeichnete, wenn dieser nicht zu erhalten sei, sehr bestimmt die Linie, bis zu der er dem Könige entgegenkommen, die allgemeinen politischen Gesichtspunkte, in denen er sich mit ihm vereinigen wolle. Nicht die Gebiete, die Schweden als Preis des Bündnisses anbot, waren ihm die Hauptsache; er forderte vor Allem eine Erklärung unter Garantie Frankreichs und der Staaten, daß Schweden keinerlei Hoheit oder Oberhoheit über Preußen, dessen Häfen und Zölle in Anspruch nehmen werde, wenn der Republik Polen ein Ende gemacht werde. Er trage Bedenken, sagte er in einer Nebeninstruction, mit der Republik, obschon er von ihr so behandelt sei, daß er sich seiner Pflicht gegen sie erledigt achten könne, förmlich zu brechen; er wünsche eine militärische Communicationslinie zwischen der Neumark und seinem Herzogthum zu erhalten, so wie daß das Bisthum Ermeland, das ganz von seinem Gebiet umschlossen sei, nur von seinen Truppen besetzt werde.[1]) Die wesentlichste Bedingung, die er stellte, war, daß Schweden sich zu einem ewigen Bündniß verstehe und sich verpflichte, ihm das, was er habe und etwa hinzu erhalte, nicht bloß zu lassen, sondern zu garantiren.

Gleich die erste Besprechung zeigte, daß vom Frieden nicht mehr die Rede sei; er habe gar keine Instruction darauf, sagte Oxenstjerna; überdieß sei es mit Polen jetzt so beschaffen, daß wenn man auch die Waffen niederlege, die Republik, von allen Seiten angegriffen und nach dem Beschluß der Großen, ihren König abzuschaffen, in Stücken gehen müsse. Er sprach es geradezu aus, daß man Polen theilen müsse; „der eine Theil soll unser, der andere euer sein".

---

1) In diesen Angaben ist das, was Puf. V. 42 ff. hat, aus den Acten ergänzt. Daß der Kurfürst die Instruction eigenhändig verfaßt hat, ergiebt sich aus Waldecks Schreiben vom 9. (19.) Juli.

Tag für Tag wurde verhandelt und scharf disputirt; im Wesentlichen verständigte man sich nicht. Die Andeutung der Souverainetät für Preußen schien den schwedischen Herren eine Lächerlichkeit; immer lebhafter klagte Oxenstjerna über Mangel an Vertrauen; das Bündniß, das im Haag verhandelt werde, sei zum Despect seines Königs; warum man immer wieder für Polen spreche? es sei nur zu gewiß, daß der Kurfürst alles nach Warschau mittheile.

Während in Stettin gedroht wurde, suchte man in Berlin zu gewinnen, zu verführen, die Meinung zu verbreiten, daß die Allianz fertig, Brandenburg und Schweden in freudigster Waffengemeinschaft seien; das häufige Kommen und Gehen schwedischer Officiere ließ keinen Zweifel, daß es so sei; daß Schlippenbach am 14. Juli incognito in Berlin gewesen, war sofort stadtbekannt; es galt dafür, daß er den vollzogenen Allianzvertrag überbracht habe. Beim Glase Wein, unter „herzbrüderlichem Zutrinken" sprachen die Schweden mit den Herren vom Hofe, den Geheimenräthen, den Kriegsobersten von den künftigen Siegen und Erwerbungen, und erfuhren dabei, was sie erfahren wollten; auch was im Geheimenrath verhandelt war, wußten sie Tag für Tag. Es wurde nothwendig, neben der eigentlichen Correspondenz nach Stettin eine andere zu führen, über die im Rathe verhandelt wurde.

Am 29. Juli, als Oxenstjerna nach Wolgast abgereist war, den König bei seiner Ankunft zu begrüßen, kam nach Stettin die erste Nachricht von den unglaublichen Erfolgen Wittenbergs. Neustettin links lassend, war er am 27. bis an die Netze marschiert, das dort aufgestellte polnische Heer anzugreifen; nach den ersten Kanonenschüssen hatten die Polen einen Trompeter geschickt, Ergebung angeboten, den König von Schweden als Protector anerkannt; worauf das Adelsaufgebot sich aufgelöst, die Soldaten schwedischen Dienst genommen hatten. Die Woiwoden, Starosten, Edelleute von Großpolen schwuren, „dem Könige von Schweden fortan so treu und gehorsam zu sein, als sie bisher den Königen von Polen gewesen".

Vier Tage später kam der König mit den in Schweden geworbenen Regimentern nach Stettin. Alles war voll Jubel und großer Thaten gewiß. Nach Empfang jener Siegesnachricht hatte der König gesagt: „nun soll der Kurfürst erfahren, wie gut ich es mit ihm meine, da mein Glück mich nicht verändern soll". [1]) Aber er ließ merken, daß ihm die Freundschaft Brandenburgs nicht so gar nöthig sei; die Möglichkeit, daß der Kurfürst ein Bündniß mit dem Kaiser suchen werde, wenn man ihn so hart dränge, wies er, als nicht der Rede werth, zurück. Er drängte auf Entscheidung: „nimmer und in Ewigkeit nicht werde er die Staaten in die Ostsee kommen lassen oder ihnen verstatten, darüber etwas zu tractiren"; und Schlippenbach versicherte: lieber werde der König alle anderen Interessen zurücksetzen, ja mit Dänemark eine Allianz machen.

Der Kurfürst hielt es für nothwendig, jetzt, wo er mit seinen Landen zwischen dem Heer des Königs und Wittenbergs lag, nach dem Haag die Weisung zu schicken, daß man mit guter Manier und bestem Glimpf bis auf weiteren Befehl den Abschluß verzögere. [2]) Aber daß der König ihm ein „Diploma wegen seiner securität" auszustellen versprach, ihn zu einer Besprechung nach Schwedt oder Gramzow zu kommen aufforderte, schien doch des Guten zu viel; es wurde geantwortet: die Form eines Diploma brauche der Obere gegen seine Untergebenen; wenn die Securität in Form eines Tractates festgestellt sei, werde der Kurfürst gern kommen sich mit dem Könige zu besprechen. [3])

Mit jedem Tage wurde Karl Gustav ungeduldiger, drängender. Er ließ Waldeck aufs Schloß kommen (3. Aug.): er sei entschlossen, dem Kurfürsten das beste contentement zu geben, aber bis zum Ende des

1) Waldeck, 31. Juli: so habe der König in seiner Anwesenheit zu den beiden Markgrafen (von Baden) gesagt; er fügt hinzu: noch ist es Zeit, wo es aber länger währt, so ist es zu spät, der Muth dürfte wachsen .... die Noth macht, daß E. Kf. D. resolviren müssen, was sehr gefährlich, aber Noth erfordert hazard.

2) Nach einem eigenhändigen Schreiben des Kurfürsten, Oranienburg, 24. Juli (3. Aug.) 1655, das sich abschriftlich in Weimanns Journal findet.

3) Nach einer handschriftlichen Notiz von Somnitz, die auf einem Schreiben von Schwerin und Waldeck aus Stettin, 1. Aug. geschrieben ist.

Kriegs müsse ihm Memel eingeräumt, ein schwedischer Commandant in Pillau, der immerhin auch dem Kurfürsten vereidigt werden könne, bestellt werden.[1])

Selbst Schwerin wurde schwankend: wenn der König abreise, ehe abgeschlossen, sei kein gutes Ende zu erwarten; es seien Leute um den König, die diese Allianz ungern sähen, eben die, welche dem Kurfürsten allezeit feind gewesen, aber der König bleibe beständig. Kühl und fest lautete des Kurfürsten Weisung: wegen der beiden Häfen keinerlei Temperament vorzuschlagen oder anzunehmen, bei der ursprünglichen Instruction zu verharren, auch ungeschlossener Sache, aber mit gutem Glimpf, sich zu verabschieden und dabei zu erklären: wie die Schweden nach dem Völkerrecht ihren Paß durch Pommern genommen, so werde der König ihm nach demselben Recht seinen Paß in das Herzogthum zu nehmen gestatten.[2])

Allerdings waren die Bedingungen, die der König gewähren wollte, „so gar nachtheilig, über die Maaßen schimpflich und ungleich", wie der Kurfürst sagt, „so, als ob das Land schon sein und wir sein wirklicher Diener oder Vasall". Der König forderte, daß 4000 Mann Brandenburger — so viele waren in den Marken zum Ausmarsch fertig — unter seinen Befehl gestellt, daß ihm Werbungen in den kurfürstlichen Landen gestattet, daß vom Kurfürsten nicht fremde Truppen zu Hülfe genommen würden, vor Allem, daß das Bündniß mit den Staaten nicht zum Schluß komme; „in summa, schreibt der Kurfürst, daß wir aller Hülfe und Freundschaft in der Welt beraubt sein und von S. Maj. allein dependiren sollen". Und dafür gewährte Schweden freilich, daß Preußen

1) Schreiben von Waldeck und Schwerin, Stettin, 3. Aug. Abends; der Brief ist 4. Aug. Abends 10 Uhr in Berlin. De Lumbres schreibt, 12. Aug.: le comte de Waldeck vient de me raconter la hauteur, avec laquelle ce Roy a traité avec eux ayant voulu avant toutes choses obliger Mr. l'Electeur à renoncer à toutes ses alliances et en faire une estroite avec luy et pour ostage luy donner les places u. s. w.

2) Daß so die Antwort lautete, hat Somnitz auf dem eingegangenen Schreiben vom 3. Aug. bemerkt.

ferner nicht unter polnischer Lehnshoheit stehen sollte, aber mit solchen Vorbehalten, namentlich in Betreff Pillau's, der Seezölle, der Commercien, daß eine nicht geringere Abhängigkeit des Herzogthums von der Krone Schweden vorauszusehen war. „Es kommt allmählig heraus, was man mit uns vorhat; auf diese Weise würden wir uns mittelst solcher Freundschaft und Alliance ein unruhig Gewissen, den Verlust unserer höchsten Regalien, den Schlüssel zu unserm Lande, Schimpf und Spott vor der Welt erhandeln, während wir bei der Defension des Unsrigen ein freudiges Gewissen und gute, feste Zuversicht zu Gott hätten, er werde uns bei dem Unsrigen schützen."

Und gleichsam zur Erläuterung kamen jetzt von Sparr, von General Kanneberg Briefe, die sie von General Wittenberg empfangen hatten, in denen er sich beschwerte, daß brandenburgische Truppen aus der Neumark nach Pommern marschiert seien, ohne daß ihm Anzeige davon gemacht sei; als sei dem Kurfürsten in der That nicht mehr gestattet, in seinem Lande seine Truppen marschieren zu lassen, weil es den Schweden beliebt habe, ihren Marsch durch dasselbe zu nehmen. [1])

Der Kurfürst befahl am 6. August, die Verhandlungen in Stettin abzubrechen mit der Erklärung: daß er auch ferner zur Mediation zwischen beiden Kronen bereit sein und zu dem Ende Jemanden schicken werde, der dem schwedischen Hauptquartier folgen solle, daß er erwarte, der König werde ihn und seine Lande nicht gefährden, noch ihn in den zur Defension nothwendigen Maaßregeln hindern.

Die Nachricht, daß die Verhandlung abgebrochen sei, brachte in Stettin „eine unglaubliche Bestürzung" hervor; es galt für einen großen Gewinn, daß Schwerin wenigstens noch einen vollen Tag blieb und der König ihn sprach; der König selbst bezeigte große Freude, als ihm Hoffnung gemacht wurde, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen; in Arenswalde wolle er einen Beauftragten des Kurfürsten erwarten.

---

1) Die Schreiben Wittenbergs sind d. d. Scroda, 25. Juli (4. Aug.), die Antwort drauf ist in der kurfürstlichen Kanzlei concipirt.

„Diese Besprechung mit dem Könige, schreibt Schlippenbach an Schwerin, muß Gott selbst angestiftet haben; wenn ich den Gang der Verhandlung bisher bedenke, kann ich nicht anders als glauben, daß Gott ein so importantes und großes Werk en dépit de tout le monde et de tous les diables will vollzogen haben. Die Erwähnung der Souveränetät ist nur das Unkraut gewesen, welches der Teufel unter den guten Weizen hat säen wollen. Gott laß mich sterben, ehe dieser Brief nach Berlin kommt, wenn der König die Souveränetät ohne Assecuration nicht nachzugeben andere Ursache hat, als weil er daraus für beide Theile viel Inconvenienzien besorgt, und dagegen im anderen Stande mit besserer Sicherheit S. Kf. D. auf alle Posterität etabliren und groß machen kann." Mit einem Gruß an Waldeck, „welcher die Tractaten ganz valedicirt", bittet er diesen, „daß er mehr auf das öffentliche Beste und das gemeinsame Interesse sehen möge als auf das point d'honneur; wenn wir erst eins sind, so wollen wir uns schon Ehre und Respect genug machen."

Am 13. August kamen Schwerin und Dobrczensky wieder zum Könige; sie trafen ihn in Fürstenau bei Arenswalde, wo das Heer Ruhetag hielt. Es war bereits die Nachricht eingetroffen, daß Johann Casimir Warschau aufgebe, daß Fürst Radzivill, in dessen Besitz die wichtigsten Festen in Lithauen waren, sich für Schweden erklärt habe; Wittenberg stand zwei Märsche über Posen hinaus und erwartete nur das Nachrücken des Königs, um auf Warschau zu marschieren; die schwedische Flotte lag in der danziger Bucht vor Anker. Der König versicherte von Neuem, daß er des Kurfürsten Freundschaft wünsche, aber er war Angesichts des so leichten Sieges noch weniger nachgiebig als zuvor. Beide Herren folgten dem Zuge; man unterhandelte weiter mit immer geringerer Aussicht; schon lehnte der König auch die Neutralität für das Herzogthum ab: er werde es gleich den anderen Gliedern Polens ansehen und behandeln.

Während der Verhandlungen in Fürstenau war Weimann (16. Aug.)

nach Berlin gekommen; er hatte, selbst mit ceremoniellen Schwierigkeiten, den Abschluß des Vertrages bis zum 5. August hin gezögert, dann, da de Witte mit völligem Abbruch drohte, abgeschlossen. Wie hieß man in Berlin jetzt dies Schutz- und Trutzbündniß willkommen; freilich enthielt der Vertrag, daß die Zölle in Preußen nicht erhöht werden dürften; diesen Artikel hatte de Witte „die Seele des Vertrages" genannt; er entzog dem Kurfürsten die Möglichkeit, eine ergiebigste Quelle der Einnahmen höher zu bringen; aber dafür verpflichteten sich die Staaten, den Kurfürsten im Besitz aller seiner Lande zu schützen, und wenn sie angerufen würden, in drei Monaten 4000 Mann zu senden, oder dafür monatlich 16,000 Thlr. zu zahlen, oder Schiffe, Waffen, Geschütz zu stellen, wogegen der Kurfürst den Staaten mit 2000 Mann bereit sein sollte.

Weimann meldete, daß die staatische Flotte segelfertig sei und im Begriff stehe, in See zu gehen. Sofort ratificirte der Kurfürst den Vertrag, sandte Weimann nach dem Haag zurück mit der Aufforderung, die vertragsmäßige Hülfe von 4000 Mann nach Pillau zu senden, mit der Bitte, ihm eine Anleihe von 200,000 Thlr. zu 6 Procent zu gewähren, die er nach dem Frieden mit jährlich 25,000 Thlrn. zurückzahlen und wofür er den Zoll in Pillau als Unterpfand geben wolle.[1])

War dieser Abschluß des staatischen Bündnisses so gut wie eine Absage gegen Schweden, so entschloß sich der Kurfürst zugleich zu einem noch bedeutsameren Schritt. Er näherte sich dem kaiserlichen Hofe.

Seine Beziehungen mit Wien waren seit dem regensburger Reichstag mehr als kühl gewesen; man glaubte in Wien nicht anders, als daß er mit Schweden seit lange verständigt sei; seine erste Anzeige, „daß er sich, um einen etwaigen Angriff auf seine Reichslande abzuwehren, in Verfassung habe setzen müssen, daß die Schweden den Durchzug

---

1) So nach der Instruction Weimanns, d. d. 31. Aug. 1655. De Lumbres schreibt an Mazarin, 12. Aug.: j'appris de Mr. l'Electeur que le Roy de Suède le veut obliger à luy mettre entre les mains . . . Memel et Pillau et de ne pas faire le voyage . . . en cette province; sinon, qu'il le tiendra pour son ennemy.

durch Hinterpommern gefordert hätten", beantwortete der Kaiser mit sehr allgemeinen reichsoberhauptlichen Phrasen. [1])

Aber die Nachricht von den staunenswürdigen Erfolgen der schwedischen Waffen hatte in Wien wie in Frankfurt den tiefsten Eindruck gemacht; „die Consternation ist nicht wohl zu beschreiben" wurde (3. Aug.) aus Frankfurt geschrieben. Die Katholischen meinten, die Intervention zu Gunsten der Evangelischen in den Kron- und Erblanden des Kaisers, die sich Schweden im Friedensinstrument vorbehalten, werde nun thatsächlich gemacht werden; es werde nun dem Kaiser und den Kurfürsten nicht zu verdenken sein, wenn sie sich in Rüstung setzten, und da ihnen allein die Last zu schwer fallen dürfte, die oberen Kreise mit zu Hülfe nähmen. Volmar sprach bereits davon, „daß es mit einem Deputationstag nicht mehr zu machen sei, daß man in hellen Haufen von Frankfurt aufbrechen und sich nach Regensburg begeben müsse". Denn auf dem Reichstage hätte der Kaiser die sichere Majorität der Katholischen gehabt.

Um so mehr drängten die Evangelischen zur endlichen Eröffnung der Verhandlungen; namentlich auch Portmann forderte sie, wenn auch noch nicht alle Deputirte anwesend seien; er erhielt die Antwort: es sei noch nicht Befehl dazu von Wien eingetroffen. [2])

Es war klar, daß in Frankfurt wenig oder nichts zu erreichen sei, am wenigsten wider den östreichischen Einfluß, daß man sich nach Wien selbst wenden müsse. Und war die Stellung, die Brandenburg Schweden gegenüber genommen, nicht so, daß die östreichische Politik damit zufrieden sein konnte? war nicht die wiederholte Anrufung

1) Die erste Anzeige ist vom 29. Juli (8. Aug.) (praelectum in consessu, mit der Bemerkung am Rande: ponetur datum 20. Juli.) Die zweite, vom 24. Juli und per expressen gesandt. Des Kaisers Antworten sind vom 11. und 24. Aug.

2) Zum schwedischen Gesandten für Vorpommern sagte der kaiserliche Commissarius: „wenn die Katholischen so viel Vortheils von dem Deputationsconvent zu erwarten hätten, als sie nicht haben, würde J. Kais. M. und Kurmainz wohl Mittel finden, wie die abwesenden Gesandten hieher zu bringen seien." Portmanns Bericht vom 3. Aug.

des obersächsischen Kreises gegen die übel hausenden Durchmärsche der Schweden, war nicht der Abschluß mit den Staaten eine Garantie, welche dem Mißtrauen des Kaiserhofes ein Ende machen mußte?

Der Kurfürst sandte Löben nach Wien, zunächst den Kaiser aufzufordern, daß er das Gewicht seines Ansehns den Bemühungen Brandenburgs um Vermittelung des Friedens beifüge. Wenn ihm zugleich aufgegeben wurde, an Jägerndorf und die breslausche Schuld zu erinnern, so mochte es geschehn, um den lauernden Blicken der schwedischen Gesandtschaft in Wien den eigentlichen Zweck der Sendung zu verbergen. Denn in der That sollte er sondiren: ob äußersten Falls auf kaiserlichen Beistand zu rechnen sei, ob der Kaiser auch den Besitz von Preußen zu schützen geneigt sein werde, „sonderlich wenn es vom Reich als ein Reichslehn recognoscirt werde." Er sollte erinnern, daß einst Schlesien zu Polen gehört habe, und daß der Schwedenkönig, wenn er die Krone Polen gewonnen, auch wohl diese Ansprüche hervorsuchen könne; denn allem Anscheine nach, so sollte er in einem vertrauten Gespräch äußern, strebe Schweden darnach, „in den nordischen Gegenden eine neue monarchiam aufzurichten."[1])

Löben sollte seinen Weg über Dresden nehmen und auch am dortigen Hofe wegen Sicherstellung des sächsischen Kreises verhandeln. Er kam erst Mitte October in Wien an. Die reißend schnellen Erfolge der schwedischen Waffen — schon am 25. Spt. stand Karl Gustav vor Krakau — hatten die ganze Lage der Dinge verändert; man mußte auf das Unerhörteste gefaßt sein.

Und von Warschau aus hatte Karl Gustav, während er selbst nach Krakau hinauf marschirte, Steenbock stromabwärts gesandt, um bei Sakroczin und Nowodwor, da wo der Bug in die Weichsel mündet, ein verschanztes Lager zu errichten, den Bug und die Weichsel zu überbrücken,

---

1) Aus Löbens Instruction, d. d. 29. Aug. 1655. Pufendorf V. 27. hat die, wie mir scheint, wichtigsten Punkte übergangen.

sie mit Brückenköpfen zu sichern. Es war die beherrschende Position der mittleren Weichsel; sie befestigen hieß die Offensive gegen Preußen einleiten.

Die Sicherung Preußens.

Seit dem Anfang des Jahres hatte Waldeck unablässig getrieben, möglichst große Werbungen zu machen, möglichst viel Volk nach Preußen zu führen, um gleich beim Beginn des Feldzugs dort entscheidend auftreten zu können. Auch Blumenthal, der im April am Hofe war, hatte dringend dazu gerathen: vielleicht daß man so Schwedens Plan gegen Polen unmöglich mache; geschehe es nicht, so müsse man besorgen, daß der König sich von Polen, Pommern und Liefland aus auf Preußen werfe.

Der Kurfürst folgte ihrem Rath nicht; er zögerte so lange als möglich, aus guten Gründen.

Die Stimmungen in Preußen waren vorerst nicht der Art, daß man große Anstrengungen von den Herren Ständen hätte fordern, willige Folgeleistung erwarten können. Sie hätten zu allererst ihre Gravamina vorgebracht und sich im Uebrigen darauf berufen, daß es des Kurfürsten Pflicht sei, das Land zu schützen. Sie waren überdieß „fast ganz unter sich zerrüttet"; und das Regiment, das die vier Oberräthe führten, hatte nicht die Kraft und Einigkeit, irgend durchzugreifen. „Die Universität, die Ministerien, die drei Städte Königsberg sind gegen die Oberräthe, die Ritterschaft unter sich uneins in Religions- und Ständesachen, indem der eine das für das höchste Glück hält, was der andere für das höchste Verderben ansieht, der eine das für ein Privilegium und Freiheit preist, was der andre für eine Beschwerde hält, der eine sich nach der polnischen Regierung sehnt, vor der der andre den größten Abscheu hat; ihnen insgesammt sind die Pächter und Pfandinhaber der

kurfürstlichen Güter zuwider. Dann wieder haben die Oberräthe Streit über Streit mit dem Hofgericht und dem Hofrichter; die von der Ritterschaft sind wider die sämmtlichen Städte, die kleinen Landstädte wider die großen, in den Städten selbst fast allenthalben der Rath wider die Gemeine, die Zünfte und Handwerker wider den Rath und die Kaufleute und was dergleichen mehr".[1])

Man hatte im Februar in Berlin überlegt, wie man die Stände in Preußen dahin bringen könne, das zur Vertheidigung des Landes Nöthige zu thun. Waldeck selbst hatte gerathen, man müsse den Oberräthen die Gefahr ihrer Verantwortung vorstellen und sie bei glücklichem Erfolg Belohnungen hoffen lassen, man müsse den Landräthen auf Oberämter und andere Gnaden Aussicht machen, den andern vom Adel Landrathstellen versprechen, Werbepatente zukommen lassen, einzelne durch Zuschriften gewinnen, nur ja nichts wirklich geben, ehe sie geleistet hätten, nur ja verhüten, daß die Stände unter dem Vorwande, daß das Land schutzlos sei, mit fremden Mächten um Neutralität unterhandelten, wie früher geschehen. Kurz man schätzte und mit vollem Grund den preußischen Adel in seiner Libertät ungefähr so, wie sich der polnische Adel demnächst in so schmachvoller Weise zeigte. Und was die Städte betrifft, so erfuhr man, daß bereits Karl Gustavs Agenten in Königsberg mit dem besten Erfolg thätig waren; die drei Städte fürchteten nichts als die Minderung ihrer Commercien und ihrer Libertät, Mehrung der scharfen brandenburgischen Herrschaft.

Hätte der Kurfürst früher sein Kriegsvolk senden wollen, als die äußerste Noth vor aller Augen war, er hätte fürchten müssen, daß die Stände ihn wegen Bruchs ihrer Privilegien in Warschau verklagten, daß königliche Commissarien erschienen die Truppen hinauszuweisen, vielleicht das Land der Unterthanenpflicht zu entbinden, vielleicht es mit polnischen Truppen zu besetzen.

---

1) Aus der Instruction für Waldeck und Hoverbeck, 10. April 1655, von Hoverbecks Hand.

Nicht minder gebieterisch war die finanzielle Rücksicht. Wenn bereits im Frühjahr die Regimenter nach Preußen geführt worden wären, so hätten sie das Land im Voraus „aufgezehrt und ausgemattet". Denn dazu, die übrigen kurfürstlichen Lande zu den Kosten des preußischen Defensionswerkes mit heranzuziehen, war wenig Aussicht; „keines einzigen Landes Landstände, sagt Waldeck, werden sich in das preußische Werk mischen wollen; sie dazu zu zwingen kann wegen der Reichsconstitutionen nicht geschehen, vermöge deren ihnen der Kaiser und die Kreisobersten die Hand bieten werden". Eben darum empfahl er auf die Souveränetät Preußens hinzuarbeiten; „wenn es unter Garantie von Frankreich, Holland und den evangelischen Ständen unter S. Kf. D. Souverainetät wieder ans Reich gebracht werden könnte, so würde mehr Erfolg zu hoffen sein." Das würde, meinte er, auch das rechte Mittel sein, die Stände in Preußen zu gewinnen. Dann erst, wenn nicht mehr die Apellation an den polnischen Hof möglich, könne man mit Strafen vorgehen und Gnaden mit Erfolg erzeigen und ohne die Furcht, daß wenn sie genossen, die Herren ihres Weges gehen."

Darum war in jenen Erörterungen im Februar und März eine der wichtigsten Fragen, „wie man S. Kf. D. Lande vereinigen könne". Man hatte zu besorgen, daß in der heranziehenden Gefahr das Wenige, was man bisher dem Particularismus und der Libertät abgerungen, wieder zu Grunde gehen werde. Waldeck schrieb noch aus Stettin: „mesnagiren E. Kf. D. um Gottes Willen die Affection der Stände; denn Sie sehen, wie es dem Könige von Polen ergeht."

Auf das lebhafteste mußte man empfinden, daß die äußere Gefahr zugleich die innere Frage, ob monarchisches oder ständisches Wesen, zur Entscheidung treibe.

Es war von nicht geringem Werth, daß Pommern und die Marken die schwedischen Kriegsvölker in bedrohlicher Nähe sahen; aber auch in Betreff ihrer fürchtete Waldeck, daß man den Bogen zu scharf spannen möchte; er empfahl dem Kurfürsten, zwar nicht zu versprechen, daß er

nicht mehr begehren wolle, als was er gefordert, aber ihnen auch nicht zu hart zuzusprechen, sondern es zu machen, wie der König von Schweden, der bitte und sage, die Noth zwinge ihn.

Bedenklicher ließ es sich in den Rheinlanden an. Die Opposition dort, durch Winnenthals Verhaftung nicht gebrochen, sondern nur erbitterter, hatte den nächsten Anlaß ergriffen, den Kampf aufzunehmen. Auf die Ladung zu einem Landtag im Frühjahr hatte sie eine neue Mahnung „an die beschworene Union bei Strafe des Meineides" erlassen [1]); als dennoch Befehl zu werben einlief, als die Werbungen wirklich begannen, wandten sie sich an den Kaiser und forderten Schutz ihrer Privilegien, riefen die Garantie der Staaten an; sie hofften auf die im Haag herrschende Misstimmung gegen Brandenburg und ihr Agent Leo Aitzema war mit Eifer und Geschick bemüht, die Politik ihrer Libertät zu fördern. [2]) Aber da folgte der Abschluß des haager Bündnisses; „da ist bei etlichen Ständen eine große Verschlagenheit verspürt worden," schreibt Prinz Moritz 6. Aug. Freilich riefen sie nochmals des Kaisers Hülfe an, forderten Pönalmandate gegen den Kurfürsten „bei Strafe von 50 Mark Goldes"; sie ließen eine Missive an die Staaten in Druck erscheinen, in der sie darlegten, wie himmelschreiend gegen sie verfahren sei. [3]) Sie riefen die Deputirten, die sie nach Berlin gesandt, zurück.

1) „Originalvereinigung einiger aus der Ritterschaft, daß sie auf S. Kf. D. Proposition nicht antworten wollen, ehe den Ständen wegen ihrer gravaminum satisfaction geschehen und daß die absentes vermöge der beschwornen Union bei Strafe des Meineides und rejection aus dem Collegio daran sollen gebunden und niemand diese Vereinigung sub poena perjurii et rejectionis einigen Menschen extra collegium reveliren sollen; vom 9. März 1655." Verzeichniß von 1684.

2) Prinz Wilhelm Friedrich von Nassau an Weimann, 19. Juli 55. Aytzema en de Witte syn goede vrunden en al wat Aytzema doen can tegens luyden van qualiteyt, doet hy; het scheynt het is in den aert en geslacht, syne voersaten hebben het oock gedaen. (Düsseld. Arch.)

3) „Eine gedruckte Missive der cleve-märkischen Landstände an die Staaten-General vom 19. Aug. 1655, nebst beigelegten Stücken, damit die Unterthanen durch die kurfürstlichen gefährlichen Werbungen gegen die Reichsconstitutionen, ihre Privilegien und beschwornen Rechte nicht möchten beschwert werden." Verzeichniß von 1684.

Aber der günstige Moment war für sie vorüber. Jetzt kam ihnen der Kurfürst einen Schritt entgegen; auf Fürbitte der Prinzessin von Oranien „aus söhnlichem Respect gegen ihre Hoheit und angeborner Güte und Gnade gegen seine Unterthanen"[1]) entließ er Winnenthal aus seiner Haft gegen eine Caution von 200,000 Thlr. Seitens der Stände für sein künftiges Wohlverhalten; er übertrug zugleich der Prinzessin die Verhandlungen mit dem nach Cleve berufenen Landtag. Sie hatte Mühe genug; die Opposition beherrschte die Versammlung durchaus; sie war im Begriff, unverrichteter Sache abzureisen; da endlich im letzten Augenblick entschloß sich die Mehrheit zum Nachgeben; es kam zu einem Abschluß, der günstiger war, als man hatte erwarten dürfen.[2])

Die Hauptsorge war, ob es gelingen werde, mit den preußischen Ständen zum Schluß zu kommen. Die Nachrichten, die von den Berathungen in den Aemtern für den zum April ausgeschriebenen Landtag einkamen, lauteten nicht sehr tröstlich. Die Oberräthe meldeten (20. April), wenn die Anträge des Kurfürsten Erfolg haben sollten, müsse er versprechen, selbst ins Land zu kommen, die Officiere für das Volk, das geworben werden solle, aus den Landeingesessenen zu nehmen, die Völker auch der Landschaft schwören zu lassen, die Landstände bei der Einnahme und Ausgabe der bewilligten Gelder zuzuziehen u. s. w. Der Kurfürst entschloß sich, Waldeck und Hoverbeck als seine Commissäre zum Landtag zu senden; er legte ihnen ans Herz, den äußersten Fleiß anzuwenden, er gab ihnen für den äußersten Fall eine vollzogene Assecuration für die Privilegien des Landes mit.

Schon die Vorbesprechungen mit den einzelnen Landboten zeigten große Schwierigkeiten; sie meinten nicht anders, als daß nur von dem Schutz des Landes gegen die Moscowiter die Rede sei und man mußte

---

1) Spandau, 28. Aug. 1655; die Verhandlungen werden 29. Sept. in Wesel fortgesetzt. Das ganze, sehr lehrreiche Journal der Verhandlungen findet sich in Weimanns Papieren im Düsseld. Arch.

2) „Das kostete dem Lande in 6 Monaten 220,000 Thlr." Wortmanns historische Beschreibung (Düsseld. Arch.)

sie vorerst bei dem Glauben lassen; die meisten von der Ritterschaft hatten in ihren Mandaten, sich auf kein anderes Defensionswerk einzulassen, „als welches auf die Dienstpflichtigen und Wibranzen gerichtet sei", und falls die Noth überhand nehme, wolle „das Land Mann für Mann auf sein"; sie erklärten, mehr zu bewilligen müsse ein neuer Landtag berufen werden, auch müßten vor Allem erst die Gravamina erledigt sein. Die Commissarien stellten ihnen vor, daß dann der Kurfürst gezwungen sein werde, entweder bei Schweden Schutz zu suchen, und da könnten sie leicht ermessen, was aus ihren Privilegien werden würde, oder polnische Hülfe anzurufen, die, wie sie wüßten, bei der jetzigen Lage Polens höchst unzulänglich sein werde, „und sei zu besorgen, daß jeder nach Belieben sich in diese Lande impatroniren und nach Gefallen drin hausen werde". Darüber entsetzten sich zwar die Herren Stände, aber sie wüßten, sagten sie, keinen Ausweg, ihr Mandat binde sie.[1])

Klügere meinten, es habe mit der Gefahr nicht so viel auf sich, der Kurfürst habe große Dinge im Reich vor, wolle nur in Preußen eine Armee zusammenbringen und einstweilen unterhalten. Es schien nothwendig, dem Vorschlag eine bestimmtere Fassung zu geben, „damit die Landschaft aus ihrer Sicherheit und gefaßtem Wahn gebracht und ihre consilia beschleunigt werden möchten".

Da aber ergab sich eine neue Schwierigkeit; die Herren Oberräthe billigten zwar den neuen Antrag, erklärten aber, daß sie ihn nicht gern vorbringen würden. Nach den Freiheiten des Herzogthums durfte in Abwesenheit des Kurfürsten kein officieller Act anders als durch die Oberräthe vorgenommen werden; daß des Kurfürsten Commissarien „als fremder Potentaten Abgesandte" vor den Herren Ständen auftreten sollten, schien diesen durchaus unangemessen. Unter den Ständen selbst wurde von General Kalkstein der Vorschlag gemacht, sich in

1) Bericht vom 27. April/7. Mai. Die Oberräthe sind zur Zeit: der Landhofmeister Gottfried v. Eulenburg, der Oberburggraf Christoph von Troschke, der Kanzler Albrecht v. Kalnein, der Obermarschall Christoph v. Kittlitz

corpore zu Waldeck zu begeben, wo dann nach den einleitenden Worten der Oberräthe Hoverbeck den neuen Antrag entwickelte.

Er ließ merken, daß ihr Land wohl auch von der Seeseite her in Gefahr kommen könnte; er wies auf die höchst drohenden Rüstungen Schwedens hin. Demgemäß forderte er umfassende Werbungen und zur Deckung derselben die Bewilligung einer Accise, die etwa 600,000 Thlr. im Jahr tragen müsse; er stellte die Wahrscheinlichkeit des allgemeinen Aufgebots in Aussicht; und es dürfte dann wohl räthlich sein, daß auch die Städte im Lande, auch die cölmischen und andere freie Leute, die bisher von ihren Gütern keine Dienste thäten, zu des Vaterlandes und ihrer eigenen Sicherheit das Ihrige zu thun bewogen würden.

Diese Anträge brachten großes Erstaunen hervor. Die Oberstände erklärten, die Defension des Landes liege dem Kurfürsten ob, und erst wenn die Mittel der Kammer nicht ausreichten, hätten die Stände hinzuzutreten; die Landräthe empfahlen, das Fehlende durch eine Umlage zu ergänzen; die von der Ritterschaft erklärten, dazu kein Mandat zu haben. Die Städte waren einverstanden, daß zunächst der Landesherr für die Vertheidigung des Landes aufkommen müsse; in die Accise könnten sie nicht willigen, da sie nicht die „eigentlichen Consumenten", sondern ihre Bürger treffe, übrigens würden sie solche Anstalten machen, „wie sich jede Stadt am besten für sich selbst defendiren könne".

Acht Tage währte das wüste Deliberiren hin und her; manche meinten ihrer Ehre damit zu nahe getreten zu sein, daß sie vor den Commissarien erschienen waren: „es sei das erste Mal in ihrem Leben gewesen und solle das letzte Mal gewesen sein". Andere ließen „insolente Reden" hören; andere, die im Privatgespräch „die größte Devotion gegen S. Kf. D." bezeugt, nahmen andern Tages zurück, was sie versprochen hatten. Aber, so meinte Hoverbeck, „die Noth lehrt sie wohl beten".

Schon wurde im Lande geworben und zwar von Officieren, die der Kurfürst hereingesendet hatte. Die Nachrichten, die man aus Polen bekam, zeigten, daß die Gefahr in der That so groß sei, wie die Com-

missarien gesagt hatten; Einzelne, so Graf Fabian von Dohna, General Kalkstein, der Landvoigt von Eulenburg waren gewonnen und halfen den Commissarien werben und zureden; die Stände baten (18. Mai) auf höchstens zehn Tage nach Hause gehen zu dürfen, um in den Aemtern zu verhandeln und mit besseren Instructionen zurückzukehren.

Nicht ohne Bedenken willigten die Commissarien ein [1]); der Erfolg war über Erwarten günstig. Ueberall in den Aemtern wurde dahin geschlossen, daß die gravamina ausgesetzt bleiben, daß die Deputirten Vollmacht haben sollten, in Betreff des Defensionswerkes Alles zu beschließen und auszurichten, „was sie vor Gott, S. Kf. D. und der Posterität zu verantworten sich getrauten". In solchem Sinn bewilligten die zurückgekehrten Deputirten, was der Kurfürst gefordert hatte, und überließen ihm die weiteren Anordnungen, wie er selbst (4. Juni) mit lebhaftem Dank anerkannte.

Sofort wurden auf die bewilligte Accise Gelder aufgenommen. Es wurde Memel und Pillau auf das Sorgfältigste ausgerüstet; die Werbungen nahmen raschen Fortgang, nach einigen Wochen waren 4000 Mann unter den Waffen. Dann als die Stettiner Verhandlungen keine Hoffnung mehr ließen, sandte (5. Aug.) der Kurfürst den Oberräthen den Befehl, „Angesichts nach Empfahung dieses Schreibens" ein Generalaufgebot zu publiciren, „so daß sich jeder mit seinem Gewehr und Nothdurft so gefaßt hält, bei nächster Weisung Mann für Mann auf zu sein". Er verhieß selbst nach Preußen zu kommen, und zwar an der Spitze seiner Armee.

Ende August war er mit seinen Rüstungen in den Marken fertig; er habe, sagte er dem französischen Gesandten, in Preußen 7000 Mann regelmäßige Miliz und 4000 Mann geworbenes Volk, 8000 Mann seien marschfertig in den Marken und 4000 Mann aus den westlichen

1) Die obigen Angaben sind aus den Berichten der Commissarien; Waldeck reiste am 24. Mai nach Berlin zurück, Hoverbeck verließ am 29. Mai Königsberg, um nach Warschau zu gehen.

Landen im Anmarsch; zu neuen Regimentern seien Patente ausgestellt, er hoffe mit diesen seine Gesammtstärke auf 12,000 Mann Fußvolk und 10,000 Reuter zu bringen ohne die preußischen Truppen und die 4000 Mann, die er von den Staaten zu erwarten habe; er rechne außerdem auf 6000 Mann von Cöln und den Braunschweiger Herren, auf 5000 Mann vom Landgrafen von Hessen. Schon waren einige staatische Schiffscapitaine angekommen, die Führung der Kriegsfahrzeuge, die er im frischen und curischen Haff bauen lassen, zu übernehmen; und die holländische Flotte von 36 Schiffen konnte in wenigen Wochen eintreffen.

Karl Gustav hatte den brandenburgischen Gesandten, die ihm folgten, unter erneuten Versicherungen seiner Freundschaft für den Kurfürsten, erklärt, daß von der Neutralität des Herzogthums Preußen nicht die Rede sein könne; er hatte hinzugefügt, daß er den Marsch der brandenburgischen Armee dorthin als einen Act der Feindseligkeit ansehen, ihren Durchmarsch durch das königliche Preußen nicht gestatten werde. Er hatte auch nicht den Schein eines Rechtes zu solchem Verbot; ob er die Mittel habe, es durchzusetzen, mußte sich zeigen.

In den ersten Septembertagen setzten sich die brandenburgischen Regimenter in Marsch; am 8. reiste der Kurfürst von Berlin ab, ihnen zu folgen. An demselben Tage, wo Karl Gustav von Warschau aufbrach, auf Krakau zu marschiren, ging er von Köslin nach Danzig.

Das königliche Preußen harrte seiner mit Sehnsucht; er schien der einzige Retter. Schon früher hatte der Bischof von Ermeland um seinen Schutz gebeten;[1]) die Danziger hatten durch ihren Syndicus in Berlin auf Verständigung über gemeinsame Schritte angetragen. Die Woiwodschaften des polnischen Preußen waren völlig ungerüstet; in der Bucht von Hela lagen 32 schwedische Schiffe, stark genug besetzt, um sich einzelner Küstenpunkte bemächtigen zu können. Von den Polen, den

---

1) Der Bischof Wenceslaus von Lesno an Fabian Dohna, Heilsberg, 25. Aug. 1655. Electoris copiae, quarum exspectatione universa Prussia sustentatur.

Lithauern war keinerlei Beistand zu erwarten; so gut wie die Stände dort den König von Schweden als Protector proclamirten, konnten die in Preußen sich den Schutz suchen, der ihnen angemessen schien; und was war natürlicher, als daß sie sich mit dem Kurfürsten zu gemeinsamer Defension verbanden.

Aber die Stadt Danzig hatte Bedenken, dessen Kriegsmacht zu nahe kommen zu lassen; der Kurfürst selbst und seine Leibgarde durfte durch die Stadt ziehen, wurde dort glänzend genug empfangen (24. Sept.), aber das Heer mußte auf dem Gebiet des Kloster Oliva die Stadt umgehen. [1]) Den Marsch auf Mewe verbat sich der dortige Hauptmann Stanislaus Radzivill, Großcanzler von Lithauen: er habe alle seine Güter in Lithauen und Volhynien verloren, nichts aus dem Schiffbruch seines Wohlstandes gerettet als diese Hauptmannschaft, die ein Durchmarsch völlig ruiniren würde. Die Kurfürst führte sein Herr über Montau und Stuhmsdorf in sein Gebiet um Marienwerder und Riesenburg. [2])

Auf des Kurfürsten Anlaß hatte Ludwig v. Weiher den Adel seiner Woiwodschaft nach Dirschau berufen. Tumultuarisch genug war die Versammlung (28. Sept.). Die Herren meinten zuerst, der Kurfürst sei mit Schweden im geheimen Einverständniß und der Nachricht von dem staatischen Bündniß sei kein Glaube zu schenken. Darüber beruhigt riefen einzelne: also sei er unser Protector und wer dem widerspricht, den

---

1) Von diesem Einzug meldet Theat. Eur. VII. p. 791, wo die Stärke der kurfürstlichen Armee auf 10,000 M., 72 Geschütze, 73 Rüstwagen und allerlei Schiffbrücken u. s. w. angegeben wird. Die Verhandlungen des danziger Syndicus mit dem Kurfürsten und Waldeck erwähnt des Kurfürsten Instruction für Matthias v. Krockow zur Unterhandlung mit Jacob v. Weiher, Woiwoden von Marienburg, Ludwig v. Weiher, Woiwoden von Pomerellen, Güldenstern, Starosten zu Stuhm. d. d. Cöslin, 7. (17.) Sept. 1655.

2) Die Angabe bei Stenzel II. p. 108, daß der Kurfürst „im Purpurgewand auf einem weißen Pferde seinen Einzug in Marienburg gehalten habe, und dort festlich als Retter empfangen worden sei", eine Angabe, die seitdem in vielen Büchern wiederholt und auch zu künstlerischen Darstellungen verwendet ist, beruht auf Irrthum. Rudawsky, aus dem die Angabe entnommen ist, (p. 184), spricht von dem Einzug in Danzig: ibat albo sublimis equo, rubra illi exterior vestis auro decorata, quae hospitem decebat.

wollen wir niedersäbeln; dann andere: nein er sei unser König, wenn er uns unsere Religion lassen will; andere: noch haben wir einen König, er sei einstweilen unser Protector. Sie tobten über den Woiwoden, der nicht gekommen, sondern „mit seinen Liebsten nach Danzig gefahren sei", der das Land aussauge unter dem Vorwand zu werben und doch nicht werbe: jetzt sei nicht Zeit zu Landtagen, der Woiwode müsse zum Kurfürsten reisen und abschließen. Dann kam die Nachricht, daß die Schweden Konitz (24. Sept.), daß sie Tuchel (26. Sept.) genommen hätten, daß ihre Partheien schon bis Lauenburg streiften. Andern Tags erschien der Woiwode; er war bereit, sofort sich mit einigen der Herren in des Kurfürsten Hauptquartier zu begeben und abzuschließen, „es ist sonst alles verloren".

Der Kurfürst nahm sein Erbieten, die westpreußischen Stände zu einem Landtag zu berufen, an; wenn ein Vergleich mit den westpreußischen Ständen zu Stande käme, wolle er gern, wie Weiher gewünscht, einige Compagnien an die Weichsel und in den Werder schicken, damit dort alles Volk bewaffnet werden und ausziehen könne. Er forderte, daß sich das königliche und herzogliche Preußen zur Defension vereinige, daß man beiden Königen davon Anzeige mache, an den schwedischen den Antrag auf Neutralität stelle und sich erbiete, gemeinsam zum Frieden zu arbeiten; er empfahl, daß das königliche Preußen sich mit gleicher Anstrengung aller Kräfte rüste wie das herzogliche, wo alle Dienstpflichtigen einberufen und daneben auf je 10 Hufen ein Mann zum Fußvolk gestellt sei. [1])

Auch aus Masovien kam Nachricht, daß man sich dem Kurfürsten anzuschließen geneigt sei, auch Podlachien schien dazu bereit; und wie gern

1) Instruction des Kurfürsten für Fabian von Dohna und Frd. v. Jena, d. d. Riesenburg, 22. Sept. (2. Oct.) 1655. Das Concept ist lehrreich, durch mehrere durchstrichene Stellen, die mehr als die Ausfertigung ergeben. — Im Allgemeinen sind diese Verhandlungen mit den Ständen, bei Lengenich, Geschichte Preußens VII. p. 140, gut, wenn auch im Einzelnen beschönigend dargestellt.

hätte Herzog Johann von Kurland sich unter seines kurfürstlichen Schwagers Schutz gestellt. Um den festen Kern der brandenburgischen Macht schien sich das ganze Küstengebiet der Republik bis zur Netze und zum Bug hinauf zu Schutz und Trutz vereinigen zu können und dann stark genug zu sein, der Gewaltlust der Schweden Halt zu gebieten. Das Herzogthum wurde das Asyl für Tausende Vornehmer aus Lithauen und Polen, die sich und ihre Schätze dorthin flüchteten.

Die Nachrichten aus Polen waren der Art, daß sie den höchsten Eifer Aller entzünden mußten. Schon war Johann Casimir über die Grenzen seines zusammenbrechenden Reichs nach Schlesien geflüchtet; Lithauen, so weit es nicht von den Moscowitern besetzt war, ergab sich den Schweden. Der tapfere Czarnecky, der Krakau vierzehn Tage gehalten hatte, capitulirte am 18. Oct. auf freien Abzug. Die polnische Armee löste sich auf, die Quartianer unter dem Großbannerherrn der Krone Koniecpolsky unterwarfen sich und traten in schwedischen Dienst, der Krongroßfeldherr Stanislaus Potocky huldigte mit 11,000 Mann dem Schwedenkönig; die Magnaten, die Bischöfe, Woiwoden, Starosten, alles unterwarf sich; viele, so der Krongroßmarschall Lubomirsky, in der Hoffnung, daß nun die Republik ohne Königthum unter schwedischem Protectorat beginnen werde, die meisten bereit, Karl Gustav als König von Polen zu proclamiren. Nur daß zugleich das Plündern und Brandschatzen der Schweden, ihr bald rücksichtsloser und beleidigender Hochmuth die Abgefallenen lehrte, daß Untreue weder Dank noch Lohn bringe.

Angesichts solcher Vorgänge hätte man von den Verhandlungen in Marienburg raschen Erfolg erwarten sollen. Aber da war „alles ohne Rath, in Confusion und zerschnittener Meinung"; [1]) die danziger Herren erklärten, sie seien, da die Einladungsschreiben keine bestimmten Anträge

1) Aus der Brochüre „Eines getreuen preußischen Patrioten summarische eylfertige Interimsbeantwortung u. s. w., 1657"; eine Brochüre, die wohl officiellen Ursprungs, vielleicht von Jena ist. Aus dieser sind die Worte in eine handschriftliche Geschichte des Kurfürsten, die seiner eigenen Bibliothek angehört hat, (Berl. Bibl. Ms. Bor., fol. 50) übergegangen.

enthalten, ohne hinreichende Instruction. Thorn und Elbing meinten, sich nicht von Danzig trennen zu können. Man vertagte die Berathungen auf den 18. October; ein paar Tage später begannen sie wirklich. Wieder wurde die Besorgniß geäußert, als suche der Kurfürst „nur sein absonderliches Interesse", wieder hatten die Städte allerlei Winkelzüge, baten um zwanzig Tage Bedenkzeit. Vergebens stellte man den Thornern und Elbingern vor, daß sie sich selbst nicht vertheidigen könnten, vergebens den Danzigern, daß man von ihnen nichts wolle als Zustimmung zur Vereinigung und im Nothfall den Rückzug der vereinten Truppen unter den Schutz ihrer Wälle. Danzig verließ sich auf seine eigene Macht und den verheißenen Schutz der Staaten.

Nach dem Fall Krakau's begann die schwedische Armee, jetzt durch die polnischen Regimenter mehr als verdoppelt, sich zum Marsch nach Preußen hinab zu sammeln; zugleich setzte sich die in Lithauen unter Graf Magnus de la Gardie in Bewegung. Schon hatte der culmer Woiwode für sein Gebiet sich in den Schutz des Kurfürsten begeben; er und die Woiwoden von Marienwerder und Pomerellen so wie der Bischof von Ermeland erschienen in des Kurfürsten Hauptquartier und vollzogen dort den Vertrag der Vereinigung. [1])

Es wurde noch ein Versuch gemacht, in Marienburg auf Grund dieser rinsker Artikel mit den Ständen zu verhandeln (17. Nov.). Die Danziger erklärten, die zwanzig Tage Bedenkzeit seien ja kaum abgelaufen, die Thorner und Elbinger desgleichen; sie wollten „nicht ausgeschlossen sein, aber auch zur Zeit noch nicht zutreten". Man mußte zufrieden sein, den ausgefertigten Vertrag wenigstens mit den „Senatoren und Ritterschaft des königlichen Preußens", auszuwechseln; er verpflich-

1) „Die Originalverschreibung der preußischen Stände," nennt eine alte Archivnotiz dieß Actenstück, d. d. Rinsk, 12. Nov. 1655. Es ist unterzeichnet von dem Bischof, von Jacob Weiher, von Coß und sechs andern Beamteten der drei westpreußischen Woiwodschaft. Zum Grunde gelegen haben die 32 Artikel, die der Kurfürst, d. d. Königsberg 15. Oct. aufgesetzt hat und deren erster lautet: sit haec conjunctio absque Regiae Ma$^{\underline{is}}$ Polonicae praejudicio.

tete sie, 4000 Mann zu stellen, 500 Mann Brandenburger zur Mitbesetzung von Marienburg anzunehmen, dem Kurfürsten die wichtigen Festen Lauenburg, Dirschau, Graudenz, Straßburg anzuvertrauen.

Aber von Rüstungen, von ernsten Anstrengungen auch nur der Ritterschaft war keine Rede. Jeder mistraute dem andern, der Starost dem Woiwoden, die Ritterschaft den Städten; „einiger lutherischen Prediger unzeitiger und unbegründeter Verdacht" gegen den calvinistischen Brandenburger fand überall offene Ohren. Von dem flüchtigen Könige, von den flüchtigen oder abgefallenen Senatoren, Generalen, Bischöfen kamen Mahnungen, dem Kurfürsten nicht zu trauen, wenigstens keine Brandenburger in die Marienburg einzulassen, wenigstens sie nur in die Stadt, nicht ins Schloß zu legen.

Schon streiften einzelne schwedische Partheien ins Culmische, andere über Lauenburg bis an die danziger Bucht; die Gefahr rückte sichtlich näher; bei den polnischen Besatzungen, namentlich in Marienburg, nahm die Desertion überhand. Jetzt erst (25. Nov.) verstand sich Weiher dazu, die Brandenburger einzulassen. Jetzt nahm auch Straßburg dankbar eine Besatzung an, die es vor vier Wochen, eben so wie Graudenz, mit Protest zurückgewiesen hatte; jetzt lud auch Thorn den Kurfürsten ein, „den Schlüssel des Landes" zu besetzen, nur freilich nicht so stark, wie es nothwendig war, ihn zu behaupten.[1])

Der klägliche Ausgang der Verhandlungen mit dem königlichen Preußen veränderte die Lage Friedrich Wilhelms außerordentlich. Was frommte es ihm, wenn ihm jetzt der König von Polen die Souveränetät im Herzogthum anbieten ließ, unter der Bedingung, daß er die Vertheidigung des königlichen Preußen übernähme und 2000 Reuter nach

1) De Lumbres, 28. Nov. 1655. Gegen die Besetzung spreche: que les bourgeois ne voulant recevoir qu'une faible garnison c'était l'exposer à un péril évident sans aucune espérance de pouvoir conserver la place et que d'ailleurs cette ville étant éloignée des autres ils seroient obligés pour le maintenir de diviser leur forces.

Schlesien sende, ihn nach Danzig zu führen.[1]) Bei der Lässigkeit der Stände, bei dem völligen Mangel an Rüstung und dem gänzlichen Verfall der Festungen war das Land nicht zu halten, wenn nicht die drei großen Stäte mit ihrem Geld und Volk vorantraten, woran nicht mehr zu denken war.[2])

Aber ließen die Herren im Haag nicht ihren Einfluß in Danzig für ihren Verbündeten thätig sein? Nicht einmal das, wozu das Bündniß sie unmittelbar verpflichtete, leisteten sie; die versprochenen 4000 Mann kamen nicht; es lief die Nachricht ein, daß sie ihre Schiffe aus dem Sund nach Hause entboten hätten, um im nächsten Frühjahr wieder auszulaufen. Die ersehnten Geldsendungen kamen eben so wenig; man meinte, der Fall, wo die Staaten nach dem Vertrage helfen müßten, sei noch nicht eingetreten.[3])

Die Aussicht auf die staatische, auf irgend eine Hülfe schwand mehr und mehr. Freilich, mit Erbietungen war der französische Hof sehr freigebig, aber immer hieß es, man könne füglich nicht etwas thun, was den Schweden Bedenken erregen würde[4]); man besorgte, daß Brandenburg sich mit dem Kaiser verständige, ihm in der Wahl zustimme, ihm endlich möglich mache, seine Waffen für Spanien zu erheben. Und wenn Friedrich Wilhelm sich überwand, einen Gesandten nach London zu schicken, um des Protectors Fürsprache bei Schweden in Anspruch zu nehmen, so sah man dort in dem polnischen Kriege nichts als die großen Erfolge der protestantischen Waffen und war erstaunt, daß der Brandenburger nicht

1) Puf. V. 61. Es ist die Sendung Tonskys, der am 20. Nov. im Hauptquartier des Kurfürsten war. Desnoyers, 12. Dec. erwähnt diese Escorte als ein Erbieten des Kurfürsten.

2) „Die Danziger colludiren ein Bischen mit, meinen aber keinen Ernst; machet also dieser (Kurfürst) galant amour und freiet mit allem Ernst und Kunst nach dieser Braut, so ihm doch nicht gemeinet." Extract Schreibens aus Danzig, 22. Sept. 1655.

3) . . alsoo tot nogh toe aen den H. K. geene secourssen verleent ofte subsidien effective gefourneert syn. De Witte an Boreel, 20. Jan. 1656.

4) Aus den Verhandlungen Hoverbecks mit de Lumbres, nach Hoverbecks Berichten vom 10. und 17. Sept.

freudig an dem Kampfe gegen den Papismus Theil nehme.[1]) Denn eben jetzt hatte der Protector, um dessen Bündniß seit Monaten sowohl Frankreich als Spanien geworben, sich für Frankreich entschieden; „ein Ereigniß, das die Aufmerksamkeit der Herren im Haag völlig in Anspruch nimmt“; mehr als Mediation hatte Brandenburg von ihnen jetzt nicht zu hoffen.

Aber auch im Haag begann man davon zu sprechen, daß „die balance Europa's“ bedroht sei; wie sollte sich Spanien erhalten, wenn mit dem Landangriff Frankreichs sich die Seemacht Englands vereinte, sich nach Dünkirchen, dem Golf von Genua, Westindien warf? wie das Haus Oestreich sich retten, wenn, mit ihnen im Bunde, Karl Gustav in Schlesien einbrach, die mishandelten Protestanten in den Kron- und Erblanden aufrief, Rakoczy von Siebenbürgen, der 30,000 Mann unter den Waffen hatte, zugleich durch Ungarn vordrang?[2])

Nach solchen Erfolgen der Schwedenmacht, so völligem Zusammenbrechen eines großen Staates schien alles Unmögliche möglich, die Zukunft Europa's unberechenbar. Mochte Holland im Westen noch die Wage halten, den Osten schien es seinem Schicksal überlassen zu wollen. Dort stand jetzt alles auf den Kurfürsten und seine Kriegsmacht; wenn sie nicht stark genug war, wenn er die Neutralität aufgab oder nicht behauptete, dann durchriß die wilde Bewegung unrettbar Alles; „es würde, schreibt Weimann, eine unendliche Confusion, eine gänzliche Verheerung des Vaterlandes, Zerrüttung der Christenheit und Einbruch

1) Aus Johann Friedrich Schlezers Berichten aus London, 26. Oct., 9. Nov., 25. Nov.; er meldet aus einem Pariser Bericht: on se masque à la cour des sollicitations que le Pape fait pour la paix et une Union des Catholiques contre les Protestants et l'on n'y est point fasché des progrès du Roy de Suède, parce que l'on croit que plus le parti du Pape sera affoibli et moins il voudra faire le maistre et s'opposer aux desseins qu'on a dans l'Italie.

2) Aus Bonins Schlußrelation über seine Sendung nach Wien, s. d. (Jan. 1656.) Daß Frankreich diese Richtung des schwedischen Feldzugs wünschte, daß es darum fünf Tonnen Goldes Subsidien an Schweden zahlte, berichtet Löben aus Wien, d. d. 26. Dec./5. Jan.

fremder, barbarischer Völker nebst unsäglichem Jammer und Elend geben."

Wo mehr als in Wien hätte man Anlaß gehabt, den furchtbar drohenden Gang der Dinge zu würdigen? Konnte man sich Besseres wünschen als das Entgegenkommen Friedrich Wilhelms, das die Sendung Löbens bezeichnete?

Die ersten Eröffnungen, die er erhielt, waren kühl und mistrauisch; mit dem Schein verbindlicher Erwiederung sendete man den Grafen Stahrenberg nach Preußen, sich zu überzeugen, ob wirklich der Kurfürst gerüstet sei, ob er nicht doch mit Schweden unter einer Decke spiele; allerdings sollte er des Kaisers Wunsch aussprechen, mit Brandenburg vereint das Reich zu schützen, wie denn der Kaiser zu diesem Zweck ein Heer von 25,000 Mann geworben habe; aber die erste Bedingung war, daß der Kurfürst sich verpflichte, zur römischen Königswahl in östreichischem Sinn zu helfen. 1)

Im Feldlager bei Rinsk, also auf königlichem Gebiet, in Mitten der Verhandlungen mit den Woiwoden und Städten des königlichen Preußens, traf Stahrenberg den Kurfürsten. War noch über dessen Intentionen zu zweifeln? Er befahl Bonin, mit Stahrenberg nach Wien zu eilen, dort um baldige und bestimmte Erklärung zu bitten. Er sandte ihm einige Tage später, nach dem Abschluß des Bündnisses mit den preußischen Ständen, das Schweden vielleicht als „Ruptur" ansehen werde, die Weisung nach (20. Nov.) zu versichern, daß er, es komme wie es wolle, sich mit Schweden nicht ohne den Kaiser vergleichen wolle, wenn sich der Kaiser in gleicher Weise verpflichte. Dann später, als er schon nach Königsberg hatte zurückweichen müssen (24. Dec.): er hoffe, der Kaiser werde bereits Anstalten zu der höchst nöthigen Assistenz gemacht haben; „Kais. Maj. wolle sich meiner in dieser äußersten Noth

---

1) Die Angaben bei Pufendorf V. 20. werden durch die Berichte de Lumbres, besonders dem aus Rinsk, 16. Nov., so ergänzt.

gnädig annehmen und sowohl um des allgemeinen als Kf. Maj. eigenen Interesses willen eine Diversion machen."

In Wien zog man es vor, Bonin und Löben „mit Scheintractaten zu amüsiren"; vergebens drängten beide, zeigten, wie der Kurfürst, ganz ohne Hülfe gelassen, mit den Schweden sich endlich werde vergleichen müssen. Fürst Auersperg, „der die Jesuiten zur Hand und zu Willen hat", beherrschte den kranken Kaiser völlig, selbst der „verständige und kluge" spanische Gesandte hatte keinen Einfluß mehr.[1])

In den stärksten Ausdrücken trat dieser dem Fürsten Auersperg entgegen, wies ihn darauf hin, was dem Hause Oestreich die Freundschaft des Kurfürsten bedeute, der jetzt an der Spitze einer bedeutenden Kriegsmacht die Krone Polen retten, der einst das Haupt der Protestanten in Deutschland sein könne; er erklärte ihm gerade zu, daß, wenn er das Haus Oestreich um solchen Bundesgenossen bringe, er eines Tages dafür dem Könige, seinem Herrn, verantwortlich sein werde.[2]) Es war vergebens: „es wird, schreibt Bonin, E. Kf. D. gehen wie dem Könige von Polen und wird heißen: wer liegt, der liegt."

Wohl warb man in den kaiserlichen Landen, aber höchst lässig und am wenigsten in der Absicht, irgendwie mit Schweden in Conflict zu kommen; man fürchtete, daß dann sofort alle evangelischen Stände zu

---

1) Aus dem vortrefflichen Schlußbericht Bonins, aus dem Puf. V. 35 seine facies tunc aulae Caesareae entnommen hat.

2) Diese Aeußerungen Castel-Rodrigos berichtet Bonin in einer Beilage zu seiner Schlußrelation: que peu s'en falloit qu'il n'avoit rompu tout à fait avec le Prince d'Auersperg sur ce propos, luy ayant dit que si par son ministre l'Empereur venoit à perder ou l'amitié ou les forces d'un prince comme V. A. vaillant, généreux, zélé pour la conservation de l'Estat, porté à remettre la Pologne au point ou tous les bons Chrestiens la desirent, puissant des Estats et pays qu'il possède, dont la situation n'est pas moins considérable que l'estendue grande et spécieuse et qui pourroit estre un jour Chef de touts les protestants d'Allemagne, qui peut faciliter et difficulter l'élection à faire du Roy Romain .... si l'Empereur au temps brouillé où nous sommes venoit à perdre un prince à la teste d'une armée, qui peut estre au service ou au déservice de la maison d'Autriche, Luy Prince d'Auersperg en seroit un jour réponsable au Roy son maistre.

ihnen halten würden. Und in Frankfurt, wo endlich 26. September der Deputationstag eröffnet war, arbeiteten die kaiserlichen Commissarien nicht etwa dahin, daß die Stände, die Kreise sich rüsteten, sondern nur, daß die Klagen Evangelischer in Reichsstädten, in katholischen Territorien, die in Menge kamen, nicht erledigt, daß der Zwiespalt die Confessionen erst recht entzünden werde; zumal seit Brandenburg auch für die Waldenser auftrat und Verwendung für sie beim Herzog von Savoyen forderte.[1]) Schon war es so weit, daß im Kurfürsten- und Fürstenrath das Directorium die Erklärungen der Evangelischen in Sachen der Capuziner von Hildesheim, der Evangelischen in Kaufbeuern ins Protokoll zu nehmen sich weigerten: „wenn es so weiter gehe, sagte Culmbach, werde man sich bald wieder bei den Köpfen fassen".

Gelang es, die Erbitterung im Reich so weiter zu steigern, so hatte die kaiserliche Politik den Rücken sicher und konnte sich nach anderer Richtung hin wenden.

Es hieß im Reich, daß ein Feldzug nach Italien im Werk sei; „so lange den Evangelischen nicht die Unlust wegen Ausrottung ihrer Mitglieder in den Erblanden genommen ist, verstehen sie sich für Kais. M. zu nichts. Das löbliche Haus Oestreich muß sehen, daß es eine gute Stütze in Italien bekommt, und wenn es dann je angefochten wird, sich des Reichs, wenn es von selbigem hülflos gelassen wird, eben so bedienen, wie sich die Fremden dessen gebrauchen".[2])

Nach vierwöchentlichem, nutzlosen Verhandeln verabschiedete sich Bonin beim Kaiser, der ihn mit den üblichen Versicherungen seiner herzlichen Freundschaft für den Kurfürsten und Erbietung aller möglichen

1) Aus Portmanns und Hübners Bericht vom 19. Oct. Der savoyische Gesandte, der nach Frankfurt kam, um seinen Anspruch auf Montferrat gegen Mantua zur Unterstützung zu empfehlen, erklärte, daß sein Herr des Kurfürsten Schreiben wegen der Waldenser „in sonderbare Reflexion genommen habe, auch demselben zu Respect und Ehre sich würde accommodiren, cum magna contestatione affectionis erga V. S. et Domum Electoralem Brandeburgicam.

2) „Extract Schreibens außem Reich, 19. Oct. 1655", in dem Actenstück, das die Berichte Löbens aus Wien enthält.

Dienste entließ. Löben blieb in Wien. „Unser Rath ist, heißt es in der letzten Depesche Bonins aus Wien, daß E. Kf. D. Ihre Armee auf jede Weise zu conserviren suchen, denn ohne dieselbe werden Sie nachmals so wenig bei Kais. Maj. als dem Könige von Schweden considerabel sein und wenn Sie sich selbst nicht helfen können, wenig Hülfe von andern zu gewärtigen haben. Kann es geschehen, daß E. Kf. D. dem König mit Tractaten auf- und von Feindseligkeiten abhalten, aber so daß Sie nichts schließen und bis zum Frühling statum deliberandi nehmen und freie Hand behalten, so wäre es am besten und sichersten; wo nicht, so werden unseres Erachtens E. Kf. D. wohl thun sich so zu conserviren wie sie können."

Der königsberger Vertrag.

Die Kriegsmacht, welche Friedrich Wilhelm nach dem Uebergang über die Weichsel vereinigt hatte, war über 20,000 Mann stark. 1) „Was ich davon gesehen", schreibt de Lumbres aus Königsberg, 27. Nov., „sowohl Reuterei wie Fußvolk ist sehr gut." Vielleicht die Hälfte der Regimenter waren neu errichtete, unter den etwa 16 Reuterregimentern eins der Dienstpflichtigen des Herzogthums, unter den 11 Regimentern Fußvolk drei, die aus Wibranzen bestanden; diese und die im Herzogthum Geworbenen mußten zum Theil erst exercirt werden. 2)

1) Diese Zahl wird öfters in den Verhandlungen angegeben; de Lumbres, der sie auch anführt, schätzt den Effectivbestand auf 17,000 M. Nach dem Verzeichniß im Theatr. Eur. VII. p. 806, zählte das Heer 125 Compagnien Reuter mit 12,500 M., 27 Comp. Dragoner mit 2700 M., 108 Comp. Fußvolk mit 11,600 M. Das Verzeichniß in v. Oelsnitz, Geschichte des ersten Infanterie-Regiments, p. 86 ff., das den Bestand des Heeres im Aug. 1656 angiebt, ist sehr lehrreich, enthält aber im Einzelnen, so weit ich es habe controliren können, manche Unrichtigkeit.

2) Waldeck an den Kurfürsten, Angerburg, 5. Nov. 1655. „Durch Gottes Gnade hoffe ich bald die Zahl beisammen zu haben, wollte Gott sie wären nur besser im exercitio, an Fleiß solls nicht mangeln."

Viele von den Generalen und Obristen hatten bereits in fremden Heeren in gleichem Rang gedient; „es sind Leute von Kopf und Hand,“ sagt de Lumbres, „die andern sind nicht von gleicher Tüchtigkeit.“ „Der größte Uebelstand ist, fügt er hinzu, daß alle diese Officiere sich noch nicht kennen; sie haben verschiedene Ansichten und vertreten sie mit Hartnäckigkeit, was den Kurfürsten oft in Verlegenheit setzt.“ [1])

Aus solchen Elementen mußte erst ein gleicher militärischer Typus gebildet werden, eine Aufgabe, die doppelt schwer war, da diese Armee zunächst in einer Weise beschäftigt wurde, die in der peinlichen Mitte zwischen Neutralität und Demonstration stand.

Zum „Capo über die Armee“ war der Generalfeldzeugmeister Otto von Sparr ernannt [2]), ein Befehlshaber nicht von kriegerischer Genialität, aber von Erfahrung, Festigkeit, völliger Zuverlässigkeit, „mehr geeignet“, sagt de Lumbres, „Pläne eines andern auszuführen, als selbst deren zu geben, mehr geeignet für ein kleines als für ein großes Heer, für den Vertheidigungskrieg als für Feldschlachten.“

Die Verzögerungen der marienburger Verhandlungen hatten es unmöglich gemacht gleich beim Einmarsch die festen Punkte an der Weichsel zu besetzen; die Truppen waren auf das herzogliche Gebiet, das bei Marienwerder die Weichsel berührte, geführt und über das Oberland cantonnirt, während Waldeck mit den „Vortruppen“ weiter zog, die Deckung der Grenzen gegen Masovien, Podlachien und Lithauen zu ordnen.

Aus aufgefangenen Briefen vom 28. Oct. erfuhr man, daß Steenbock aus Nowodwor am 3. Nov. dem Könige nach Warschau entgegengehen, daß Graf Magnus de la Gardie aus Lithauen aufbrechen und auf

1) ce qui embarasse l'esprit du Prince. Unter den bedeutenden Officieren war Derflinger und Kanneberg in schwedischem, Sparr in kaiserlichem, v. d. Goltz und de la Cave, der Obrist des Leibregiments zu Fuß, in französischem Dienst gewesen. Aus staatischem Dienst wird Bellicum, v. Spaen, vielleicht Syberg sein.

2) Sein Patent vom 8. April 1655 und seine Instruction vom 20. Aug. 1655, sind in Sparrs Leben (von König) p. 122 ff. abgedruckt.

Nowodwar marschieren werde.[1]) Zu derselben Zeit kamen Schwerin und Dobrczensky aus Krakau zurück; sie brachten erneute Freundschaftsversicherungen des Königs, aber zugleich, daß er die Aufhebung des staatischen Bündnisses und gemeinsame Erhebung der preußischen Seezölle fordere. Ihre weiteren Angaben ließen keinen Zweifel, daß der König seine Heere vereinige, um sich nach Preußen zu wenden.

Auf des culmer Woiwoden Einladung rückten brandenburgische Regimenter Anfang November ins Culmerland; der Kurfürst selbst nahm sein Hauptquartier dort in Rinsk, wo der Bischof von Ermeland und die drei Woiwoden ihre Verschreibung am 12. Nov. ausstellten.

In derselben Zeit war Graf Magnus, der sich in Lithauen verzögert hatte, über die Memel bei Welunen gegangen und zog langsam dicht an der Grenze des Herzogthums herauf, mit Waldeck in stetem Verhandeln um den Durchzug nach Ermeland.

Waldeck bat dringend um bestimmte Weisungen; seine Ansicht war, daß man nicht warten müsse, bis die schwedische Uebermacht da sei; er tadelte lebhaft, daß Sparr nicht in Güte oder mit Gewalt Thorn besetzen lasse[2]); er bat den Kurfürsten um die Erlaubniß, sich auf die Marschcolonne des Feindes zu stürzen: man könne ihn dann desavouiren und er seine Entschuldigung in den Drohworten der Schweden oder in anderen Gründen, die sich wohl finden ließen, nehmen. Der Kurfürst befahl ihm in der Defensive zu bleiben und beim Vordringen der Schweden über die Grenze, wenn er nicht völlig gewiß sei sie mit Hülfe der Polen der nächsten Woiwodschaft zu schlagen, sich nach Königsberg zurückzuziehen.[3]) Dringender wiederholte Waldeck seinen Vorschlag

1) So der von Steenbocks Hand abgeschriebene Brief des Königs, d. d. Cracau, 18. (28.) Oct., den Steenbock, d. d. Nowodwor, 21. Oct. (1. Nov.) an Graf Magnus absendet.

2) De Lumbres, Königsberg, 10. Dec. 1655. Waldeck — blâme fort le général d'Electeur principalement d'avoir quitté la pensée de s'assurer de Thorn.

3) Waldecks Vorschlag in dem militärisch sehr anziehenden Briefe, d. d. Insterburg, 30. Oct. Des Kurfürsten Antwort aus Oschetzky (im culmer Land) 4. Nov. 1655.

(10. Nov.): die Schweden lägen wenige Meilen von ihm, zerstreut und schlecht gedeckt; aus den Verhandlungen, die er mit Graf Magnus gehabt, sei klar, daß man ihn nur hinhalten wolle; der Graf habe seine Truppen auf gute Quartiere in Preußen vertröstet; es heiße dort, habe man den Kaiser bezwungen, so werde man mit dem Kurfürst wohl auch fertig werden. Er schreibt in gleichem Sinne an Schwerin, in lebhafter Unruhe, daß der Kurfürst seinem Rath nicht folge: „Sie werden einst sehen, daß nach allen Diensten, die ich mit so großer Mühe geleistet habe, eine allgemeine Ungnade die Belohnung sein wird". Wieder lautete der Befehl auf die bloße Defensive.

Der Kurfürst sandte einen zweiten, dritten Botschafter an Karl Gustav; für ihn lag alles daran Zeit zu gewinnen, bis von Wien, von Holland her irgend etwas geschähe, ihn zu erleichtern, bis in Polen ein Rückschlag gegen die schwedische Fremdherrschaft eintrete, dessen Anfänge sich bereits bei den Bauern in Galizien und in der Gegend von Czenstochau zeigten, bis dahin seine Kriegsmacht unversehrt zu erhalten. Für jetzt lag sie an den Grenzen von Tilsit bis ins Culmerland und an der Weichsel vertheilt, auf ihrem linken Flügel von Graf Magnus, auf dem rechten von Karl Gustav bedroht; sie zu erhalten, mußte er in der Richtung auf Königsberg zurückweichend sie sammeln.

Nach einiger Rast in Warschau setzte sich Karl Gustav (27. Nov.) in Marsch, auf beiden Seiten der Weichsel in Preußen einzubrechen; er selbst, mit einem zur Hälfte aus polnischen Quartianern bestehenden Heer, in der Richtung auf Straßburg. General Kanneberg, der die Linie der Drewentz besetzt hatte, begann an demselben Tage sich langsam zurückzuziehen, während die eben in Marienburg abgeschlossenen Verhandlungen wenigstens die Folge hatten, daß der Woiwode dort einige Hundert Mann Brandenburger aufnahm. Im Besitz Marienburgs war es möglich, den reichsten Theil des Landes, den Werder, zu decken und dem Feinde den Weg zur Küste zu verlegen;[1]) in Verbindung mit Elbing

1) Den Plan zur Vertheidigung, Schanzen bei Dollstedt und Thiergarten,

und Danzig wäre diese Stellung so gut wie unangreifbar gewesen; sie hätte weit hinauf die Weichselniederung gedeckt. Jetzt war Thorn auf sich allein angewiesen; es ergab sich (5. Dec.) bei der ersten Aufforderung.

Gleich beim ersten Vordringen hatten die Schweden einige brandenburgische Posten aufgehoben;[1]) die Quartianer schweiften verheerend ins herzogliche Gebiet. Somnitz war zum Könige gesandt, des Kurfürsten lebhaftes Verlangen nach endlichem Abschluß der so lange verhandelten Tractaten auszusprechen, über diese völlig ungerechtfertigten Feindseligkeiten Beschwerde zu führen; der Kurfürst wisse nicht, daß er mit Schweden im Kriege sei; wenn Johann Casimir nicht mehr König von Polen, der Bestand der Republik rechtlich zu Ende sei, so habe die Lehnsabhängigkeit des Herzogthums aufgehört, und es sei keinerlei Rechtsgrund erkennbar, Truppen des Kurfürsten anzugreifen. Karl Gustav entgegnete, daß er dem Kurfürsten die Nichtbesetzung Thorns als ein Zeugniß freundschaftlicher Gesinnung anrechne; er verbarg nicht, daß der Kurfürst im Stande sei, seine großen Pläne zu zerstören; aber wenn die brandenburgischen Waffen sich gegen ihn kehrten, werde er den Oestreichern das eroberte Polen überlassen, um sich mit ganzer Macht auf ihn zu werfen und ihn, wenn er könne, zu vernichten.

Der König marschierte ohne Aufenthalt weiter, während Steenbock auf der Westseite der Weichsel durch Pomerellen auf Oliva vordrang, Graf Magnus sich über Ermeland mit der Armee des Königs in Verbindung setzte. Am 20. December hatte der König bereits sein Haupt-

---

verschanztes Lager bei Marienburg mit einem Brückenkopf jenseits der Nogat u. s. w., enthält ein Brief Jenas, Marienburg, 17. (27.) Nov.

1) So der in Straßburg. Der Kurfürst schreibt, Riesenburg, 25. Nov.: „der Woywode Coß sei bei ihm gewesen, habe dringend, kraft des Vergleichs, um Besetzung von Straßburg mit 300 M. gebeten. Auf den Einwand, daß das Volk verloren sein werde, da der Platz nicht zu halten sei, habe Coß geantwortet, er sehe, man wolle die Hand abziehen; darauf habe er, der Kurfürst, 100 Mann von den Regimentern Dobeneck und Klingspor hin gesandt." Dieß zur Aufklärung einer Angabe bei Karlson p. 106. Straßburg ergab sich am 30. Nov.

quartier in Kreuzburg, einen Marsch von Königsberg. Elbing hatte ihm ohne Weiteres und mit Freuden die Thore geöffnet, Mewe, Dirschau waren mit Gewalt genommen, die brandenburgischen Besatzungen dort in schwedische Regimenter gesteckt; die Besatzung von Marienwerder wurde beim Abzuge von den Quartianern zusammengehauen; da und dort ereilten schwedische Partheien die zurückweichenden Brandenburger und behandelten sie auch im eigenen Land als Feinde. Es schien, als suche man schwedischer Seits die Dinge zum Aeußersten zu treiben.

Noch war keinesweges der Krieg erklärt, es wurde fort und fort unterhandelt; freilich forderte Karl Gustav jetzt auch, daß das Herzogthum ein Lehen der Krone Schweden werde, daß der Kurfürst den Sold für die Quartianer zahle u. s. w.; er war bereit, ihm dafür Ermeland zu überlassen. [1]) Es gab darüber lange und lebhafte Discussionen, aber daß man sich feindlich gegenüberstehe, wurde auch schwedischar Seits in Abrede gestellt. Wenn die brandenburgischen Gesandten sich über die Räubereien der Quartianer, über den Angriff der schwedischen Partheien beklagten, bedauerte der König das Geschehene: nie sei ihm eine Expedition unerwünschter gewesen als diese; wenn sie noch ernstlicher sich beschwerten, daß er tief in des Kurfürsten eigenes Gebiet, ja bis auf eine Stunde von seiner Residenz vorgerückt sei, entschuldigte er es mit der Unkunde seiner Quartiermeister [2]) und zog sich einen Marsch weit zurück;

1) praecipuum et immotum est nostrorum postulatorum, nennt der König diesen Lehnsnexus. Si Cels. V. E. aliquid in reliquis mitigatum cupit, de eo salva nostra securitate amicabili et facili ratione convenietur. Quod si haec nostra oblatio nunc non attendatur, fieri potest ut et provincia penitus devastetur et Cels. V. E. excidat tractandi occasione et bono Eidem .... posthac irreparabili. Schreiben aus Kreuzburg, 16. (26.) Dec.

2) Diese Angabe hat nicht bloß Pufendorf V. 69. (ich habe das Actenstück, aus dem er es entnommen haben wird, nicht gesehen), sondern auch Desnoyers, 3. Febr. 1656, mit der Entschuldigung des Königs, que c'étoit la faute de son général quartier-meister et des guides, qui n'étoient pas informés de la situation de la ville et du pays. — Daß man den König mit leichter Mühe habe fangen können und daß es durch Waldecks Schuld unterblieben, finde ich zuerst 1675 in der Brochüre „Kurzer Entwurf der rechtmäßigen Waffen" u. s. w. p. 22. erwähnt. Auch Pufendorf hat diese Angabe (V. 69: Elector postea fassus

„er werde gern den Feindseligkeiten Einhalt thun, wenn des Kurfürsten Truppen ihre Streifzüge einstellten und in Hoffnung auf raschen Abschluß". Er sandte 29. Dec. Graf Schlippenbach nach Königsberg, den Kurfürsten zur Taufe seines kürzlich gebornen Sohnes einzuladen; er sandte auf des Kurfürsten Wunsch am 2. Januar früh Oxenstjerna nach Königsberg, den Vertrag zum Abschluß zu bringen.

Es war ein im höchsten Maaß abnormer Zustand, nicht Krieg, nicht Frieden. Der König, der auf das äußerste begierig war, den Kurfürsten zu gewinnen, setzte ihm den Degen auf die Brust, um ihn zu überzeugen, daß sie Freunde seien. Weil ihm die brandenburgischen Streifpartheien lästig zu werden begannen, hatte er sich zurückgezogen; aber er ließ einen Theil seines Heeres bei Wehlau über den Pregel gehen, gegen Samland vorrücken, als solle Königsberg von allen Seiten umschlossen werden. Aber auch das gab den Verhandlungen Oxenstjerna's keinen rascheren Fortgang; zwei, dreimal war er im Begriff abzureisen, und blieb doch: „der Kurfürst spricht mit mehr Festigkeit als je zuvor". [1]) Täglich zogen neue Streifpartheien hinaus, fochten oft mit gutem Erfolg; der Kurfürst war unermüdlich, „immer zu Pferde, alles selbst zu ordnen"[2]); die Truppen begannen Selbstvertrauen zu gewinenn.

Daß diese Armee nicht einfach niederzurennen, Königsberg nicht mit einem Handstreich zu nehmen sei, war klar; schon kamen Nachrichten aus dem oberen Polen, die sehr beunruhigend lauteten; und Danzig, Marienburg, Bromberg waren noch unbezwungen; in den Marken sammelten sich neue Regimenter. Karl Gustav mußte sich irgend wie mit dem Kurfürsten verständigen, ihn gewinnen.

Hatte Friedrich Wilhelm nicht um so mehr Grund, sich zu ver-

---

est u. s. w.) Woher er diese Nachricht hat, weiß ich nicht; die ganze Situation zeigt, daß man einen solchen Handstreich nicht hat wollen können.

1) voyant.. que M. Electeur parlait avec plus de fermeté qu'il n'a pas encore fait. De Lumbres, 9. Jan.

2) . . . et que Son Altesse est continuellement à cheval pour donner ordre à tout. De Lumbres, 31. Dec.

sagen? Der eben eintreffende Gesandte Johann Casimirs widerrieth dringend den Abschluß: Johann Casimir sei zurückgekehrt, sammle Truppen, schon beginne sich Polen zu erheben; halte der Kurfürst zur Republik, so solle das königliche Preußen ihm in gleicher Weise wie das herzogliche zu Lehen gegeben werden. Auch der Bischof von Ermeland, der Woiwode von Marienburg, die Danziger versprachen alles Beste.

Aber vorerst war der größte Theil des Landes in des Königs Gewalt, von seinen schwedischen und polnischen Völkern überschwemmt; sie hinauszutreiben hätte des Kurfürsten Macht nicht genügt; die kurfürstlichen Truppen waren bis auf die nächste Umgegend von Königsberg zurückgedrängt; es war unmöglich, so umstellt, sich lange zu halten. Im Lande, in Königsberg selbst war die Stimmung verzweifelt; nur zu leicht fanden die Aufreizungen, die Vorspiegelungen der Schweden Eingang, vieler Orten von den lutherischen Predigern mit Eifer unterstützt, als sei der Calvinismus an allem Unglück des Landes Schuld. Die Königsberger jammerten über den Untergang ihres Handels, über die entsetzliche Last der Einquartierung, sie wollten durchaus Frieden; schon war ein Complott entdeckt worden, das von schwedischen Agenten angezettelt war, des Kurfürsten Magazine anzustecken.

Noch war es möglich, auf erträgliche Bedingungen abzuschließen; dringend sprachen dafür die Oberräthe, die Landräthe, die anwesenden Landstände [1]), auch die vornehmen Polen und Lithauer, die in großer Zahl nach Königsberg geflüchtet waren; namentlich Gonsiewsky, der Schatzmeister von Lithauen, und der Bischof von Wilna empfahlen auf das Lebhafteste den Abschluß, der allein so viele polnische Edelleute und Edelfrauen, die Kostbarkeiten, die sie mit sich hergerettet, retten könne.

Der Kurfürst konnte auf irgend eine Hülfe von außen nicht mehr

---

1) So in des Kurfürsten Eröffnung an die Stände, Königsberg, 22. März 1656, bei Londorp VII. p. 1135.

rechnen; nach Berichten aus Wien war zu fürchten, daß der Kaiser sich für Karl Gustav entschied, der ihm ein Stück Polen und jegliche Unterstützung bei der römischen Königswahl angeboten. Nicht bloß Cromwell, auch die befreundeten Herzöge von Braunschweig mahnten, im Interesse der evangelischen Welt den Conflict in Preußen zu beendigen.[1])

So entschied sich endlich der Kurfürst. Er hatte genug gethan, um gerechtfertigt zu erscheinen; er wich der Gewalt, und alles Unrecht war auf Seite Schwedens.[2])

Am 17. Januar wurden in Königsberg die Urkunden des Vertrages unterzeichnet.

Die erste bestimmte, daß die Schweden in 24 Tagen das Herzogthum und Bisthum Ermeland, die brandenburgischen Truppen die Festen im königlichen Preußen, die sie noch inne hatten, Marienburg und Schlochau, räumen sollten; der Kurfürst gab das marienburger Bündniß auf, aber die Stände im königlichen Preußen verpflichtete sich Karl Gustav in Gnaden aufzunehmen; den ins Herzogthum geflüchteten Polen und Lithauern — es waren mehr als 6000 — sollte freistehen, entweder in des Königs Gnade zurückzukehren oder unter des Kurfürsten Schutz an ihrer Freiheit und ihren Gütern ungekränkt im Herzogthum zu bleiben.

Die zweite Urkunde stellte zunächst fest, daß das Herzogthum Sei-

---

1) De Lumbres, der über die Motive des Abschlusses eingehend berichtet, hebt auch hervor: Madame l'Electrice appréhendait fort l'événement de la guerre et pour en sortir faisoit sous main jouer force batteries pour y faire condescendre son mari.

2) Sehr merkwürdig ist die Beurtheilung in der geistvollen Schrift Animorum in Europa et vicina Asia motus de Suecici belli motu in Polonia. Gryphiswaldae 1656. Sie ist durchaus in schwedischem Geist geschrieben. Da heißt es vom Kurfürsten, sein affect sei prudens cunctatio gewesen: non praeceps ruit in partes, noluit alterutrum Regem socios se laedere. Inter sacrum interim et saxum difficulter stabat. Falso inter validos et impotentes quiescebat. Quid ergo animi? quid remedii? affectus cogi nescius cogi debuit. cogi non potuit nisi quodam necessitatis telo. Itaque quasi vincendus erat cunctator amicus et hostis. Poloniae feudatarius, Bataviae foederatus, Semper excusatus et excusandus, quem forte non poenitet esse coactum u. s. w.

tens der Krone Polen im Stich gelassen, und damit der Lehnsnexus zerrissen sei; in Folge dessen trägt der Kurfürst hinfort das Herzogthum als Lehen der Krone Schweden; aber der König versteht sich zu einer Reihe von Zugeständnissen, welche, wenn man es so nennen darf, die innere Souveränetät im Wesentlichen enthalten. Die Competenzen des Oberlehnsherrn in der inneren Verwaltung, in der Appellationsinstanz, welche unter der Krone Polen so höchst drückend gewesen waren, sind beseitigt; der jährliche „Tribut", den das Herzogthum hatte zahlen müssen, so wie die Verpflichtung außerordentlicher Steuern aufgehoben. Ein nicht minder bedeutsames Zugeständniß war, daß zwar die Lehnsverbindlichkeit sofort in Kraft treten, die Huldigung aber und mit ihr der Vasalleneid erst nach einem Jahr geleistet werden solle, eine Bestimmung, über die lange genug unterhandelt wurde, um über ihre Bedeutung keinen Zweifel zu lassen.[1]) Dagegen mußte sich Friedrich Wilhelm in Betreff der Seezölle dazu verstehen, ihre Einnahmen mit Schweden zu theilen, in Gemeinschaft mit Schweden den Tarif festzustellen und ihre Verwaltung zu führen; als Ersatz für diese Schmälerung seiner Einnahmen erhielt er Ermeland. Er mußte sich verpflichten, dem König, wenn er „in einem während dieses Krieges gewonnenen polnischen oder preußischen Gebiet wegen dieses Vertrages angegriffen werde", 1000 M. Fußvolk und 500 Reuter zu Dienst zu stellen. Das Herzogthum sollte schwedischem Kriegsvolk zum Durchzug offen stehen, schwedischen Kriegsschiffen die Häfen geöffnet sein, doch so, daß sie auf Kanonenschußweite von den Strandbatterien entfernt bleiben; selbst Kriegsschiffe im baltischen Meer zu halten, sollte dem Herzogthum Preußen nicht gestattet sein.

Man sieht, was sich Schweden ausbedingt, ist die militärische und handelspolitische Beherrschung des Herzogthums.

1) De Lumbres, 9. Jan. S. Alt. E. veut achever le traité avec la Suéde pourvu qu'elle consente que l'effet en soit suspendu pour toute cette année, pendant la quelle il pourra voir si le roi de Pologne se rétablira. Daß der Huldigungseid ausgesetzt wurde war ein Compromiß und damit gleichsam ein Interimszustand begründet.

Die dritte Urkunde ordnete die Verbindung Ermelands als schwedisches Lehen mit dem Herzogthum; nur Stadt und Hauptmannschaft Frauenburg blieb als militärisch beherrschende Position im Besitz Schwedens.

Wohl hatten diejenigen von des Kurfürsten Räthen Recht, welche diesen Vertrag nicht eben glorreich fanden; warum hatte man, wenn man doch nicht das Begonnene durchzuführen die Kraft oder den Willen hatte, nicht lieber gleich im Beginn des Krieges die schwedischen Anträge angenommen, die damals so viel günstiger gewesen waren? in der Uebermacht Schwedens, in der Unzulänglichkeit der brandenburgischen Rüstungen hätte man eine Entschuldigung gehabt; jetzt an der Spitze einer so bedeutenden Kriegsmacht solchen Unterwerfungsvertrag schließen, schien weder ehrenvoll noch gerechtfertigt, schien nur dazu angethan, die Achtung und Beachtung Europas, die man kaum zu gewinnen begonnen, für immer zu verscherzen.

Der Kurfürst selbst war in sehr ernster Stimmung; wenn auch im Vertrage dieß und jenes vortheilhaft schien, er war nun Vasall Schwedens; vor dieser Krone, vor diesem Könige hatte er sich demüthigen müssen. Aber er durfte sich sagen, daß er richtig und nach der Pflicht, die er seinem Staate schulde, gehandelt habe.

Auch auf schwedischer Seite waren viele mit diesem Abschluß unzufrieden, bei dem, wie der König sagte, „die Desseins vieler Uebelwollenden zurückbleiben". Die rechten Schweden hätten lieber gesehen, daß man mit dem Kurfürsten kurzen Proceß gemacht, sein Herzogthum zur Krone gelegt, sein Kriegsvolk in die schwedische Armee gesteckt hätte; wozu ein Vertrag, mit dem man den Gegner doch nicht befriedigte oder gewann? wozu der Schein, als sei man seines guten Willens gewiß,

---

1) Le traité ne donne pas ici la même satisfaction qu'il a fait à Mr. Oxenstiern. De Lumbres, Königsberg, 27. Jan. 1656. Daß sich Hoverbeck und „Alderback" (d. i. Andres Adersbach) besonders bemüht haben, den Abschluß zu hindern, sagt Desnoyers Schreiben vom 2. März 1656.

während doch die einzige Garantie für seinen guten Willen der Zwang sein werde!

Der König selbst hatte den Vertrag mit lebhafter Freude begrüßt; er sah, daß ohne den Kurfürsten seine großen Entwürfe gegen Polen nicht auszuführen seien; und nun hatte er ihn mit Zugeständnissen gewonnen, die verhältnißmäßig gering waren; er hoffte, daß Friedrich Wilhelm, nachdem er sich zu dem schweren ersten Schritt entschlossen hatte, den zweiten und dritten werde folgen lassen. Und die Bewegung in Polen ließ sich so ernst an, daß es höchst wünschenswerth scheinen mußte, ihn zu einer näheren Allianz, zu gemeinsamer Action zn gewinnen.

Eine Zusammenkunft beider Fürsten im schwedischen Hauptquartier zu Bartenstein (20.—25. Jan.) besiegelte die neue Freundschaft. Den Gegenbesuch in Königsberg, den Karl Gustav versprochen, hinderte ein plötzliches Erkranken der Kurfürstin; es gab den Vorwand, die begonnene Besprechung über ein Offensivbündniß, das Karl Gustav angeboten, noch auszusetzen. Der König eilte seinen Heeren nach, die beginnende Bewegung in Polen niederzuwerfen.

Der marienburger Vertrag.

Mit dem Abschluß des Königsberger Vertrages begann eine Bewegung in der europäischen Diplomatie, welche zeigte, wie schwer die Entscheidung des Kurfürsten ins Gewicht falle.

Im Haag wie in Wien hatte man darauf gerechnet, daß er dem Könige, der ihn brutalisirt hatte, und dem schwedischen Interesse, das das seinige ausschloß, sich um keinen Preis fügen werde. Wenn man den Schein annahm, als glaube man, daß er ins Geheim mit Karl Gustav

1) Le roi de Suède a employé toute sorte de caresse . . pour obliger Mr. l'Electeur . . . à faire ligue offensive et defensive avec lui. Il a fait de grandes présents à Mr. de la Cave son grand-maréchal et à ses autres principaux officiers et colonels. De Lumbres, 27. Jan. 1656.

verständigt sei, so geschah es, um sich die Mühe und Kosten des Beistandes zu ersparen, und in der Zuversicht, daß er stark genug sei, die Bewegungen der Schweden zu lähmen, die Entscheidung zu verzögern.

Jetzt war er mit Schweden verständigt; das Herzogthum Preußen war ein schwedisches Lehen. Wie sollte sich Kurland, wie das königliche Preußen und Danzig halten, wenn er zu dem ersten auch den zweiten Schritt that? Man mochte im Haag überlegen, was aus den Commercien werden solle, wenn die Häfen von Reval bis Wismar im Besitz oder unter Controlle Schwedens waren. „Man ist hier beschäftigt, schreibt der staatische Gesandte aus Paris, zu untersuchen, welchen Schaden die Staaten davon haben und künftig haben werden."

Noch ernster war die Gefahr für Oesterreich. Im Rücken gesichert und auf noch engere Verbindung mit dem Kurfürsten rechnend, konnte sich Karl Gustav auf Schlesien werfen und dort mit der Losung evangelischer Freiheit eine Bewegung wecken, die sofort bis Ungarn, Böhmen, in die Erblande sich fortgesetzt hätte.

Fort und fort drängte Kardinal Mazarin zu diesem Unternehmen; er zahlte an Karl Gustav Geld mit vollen Händen, damit er sich auf Oestreich stürze. Schwer ringend mit der spanischen Macht, sah er die Unmöglichkeit, ihrer auf dem Festlande Meister zu werden, so lange ihr der Kaiser in Italien und den Niederlanden den Rücken hielt.

Zur See hatte er gegen sie die mächtige Hülfe Englands gewonnen. Mit der ganzen Energie, die der Kampf für das Evangelium und die Aussicht auf Gewinn in den spanischen Colonien geben konnte, warf sich der Protector in den Kampf gegen Spanien. „Gott habe ihn unter andern und vielleicht namentlich deshalb erhoben, damit er allen Fleiß anwenden solle, die evangelischen Fürsten und Potentaten in guter christlicher Einigkeit bei einander zu halten; denn welcher Geist die Papisten regiere, zeige sich in den unmenschlichen Proceduren mit den Waldensern und in dem, was in der Schweiz geschehen sei. Jedweder, er sei lutherisch oder reformirt, denn er mache darin keinen Unterschied, dürfe die jetzigen

Conjuncturen nicht misbrauchen wollen nach seiner Ambition oder Begierde, seine Grenzen zu erweitern, sich und die Seinigen zu bereichern und die Commercien an sich zu ziehen, sondern habe mit höchstem Fleiß auf das gemeine evangelische Interesse zu sehen." 1)

Zu dieser kühnen Aggressivpolitik, in der sich Schweden und Cromwell gegen den Papismus, beide mit Frankreich gegen das Haus Oestreich zusammenfanden, war nun, so schien es, Friedrich Wilhelm hinzugetreten. Er, der im Osten wie Holland im Westen die Balance zwischen den Vorstürmenden und sich mühsam Vertheidigenden hätte halten können, schien seinen Vortheil an der Seite derer zu suchen, die Unrecht und Gewalt zu üben als das natürliche Recht der Macht, als die Moral großer Staaten proclamirten.

Es war nicht ganz so. Aber Friedrich Wilhelm zweifelte nicht, daß man geneigt sein werde, wider ihn zu verfahren, als wenn es so wäre. Er eilte vorzubauen.

Er kannte die Art des wiener Hofes und die der Herren im Haag genug, um zu wissen, daß sie vorerst nichts direct gegen ihn vornehmen würden. Ein verbindliches Schreiben kündigte in Wien den vollzogenen Tractat an; Bonin wurde nach dem Haag gesandt, dort so gut es ging zu versichern, daß derselbe nichts gegen die staatische Allianz enthalte.

Aber er argwöhnte, daß der Pfalzgraf von Neuburg, des Polenkönigs Schwager, den Anlaß benutzen werde, das hinauszuführen, was er während des regensburger Reichstages versucht hatte, daß er die katholischen Fürsten im Reich gewinnen, bei Spanien und dem Kaiser, vielleicht unter der Hand auch bei den Staaten Unterstützung finden werde. Der Kurfürst wußte noch nicht, daß der Pfalzgraf schon vor dem königsberger Vertrage zu arbeiten begonnen, daß er mit Mainz, Münster, Hessen-Darmstadt und andern Ständen bereits ein Defensionswerk eingeleitet und den Antrag gestellt hatte, „von der gesammten Alliirten

1) Schlezers Bericht über seine Audienz bei Cromwell, d. d. 14. Dec. 1655.

wegen die Krone Frankreich zu beschicken" [1]), daß er zugleich beim römischen Stuhl hatte werben lassen, ihm die polnische Krone zuzuwenden, ein Antrag, der in Rom nicht ohne Beifall gehört wurde. [2])

Zugleich zeigten die Berichte aus Frankfurt, daß der Deputationstag mehr und mehr der Mittelpunkt der confessionellen Umtriebe wurde, denen er durch die Parität in seiner Zusammensetzung hätte wehren sollen, und daß „die nothwendigsten, dem Reich angelegensten Sachen", welche Kurbrandenburg empfahl, „durch andere Impertinentien gekreuzt und gar zurückgesetzt würden". Die Forderung der ausgewiesenen Kapuziner gegen Hildesheim, die Beschwerden der Evangelischen in Augsburg, Aachen, Kaufbeuern u. s. w. gaben Anlaß zu endlosen Verhandlungen; mit jedem Tage wurde der Widerspruch der Katholischen heftiger, und die östreichischen Gesandten verstanden ihn zu schüren und zu vergiften; es sei, sagte man, Kais. Maj. Absehen, daß die Evangelischen und Katholischen gänzlich mit einander zerfielen, damit sich diese wieder ganz zu Oestreich schlagen müßten. Ja, als nach einer Sitzung die Katholischen, beunruhigt über dieß verletzende Verfahren, das die evangelischen Mitstände erbittern müsse, im Saal zurückbleibend „allerlei nachdenkliche Discurse" führten, äußerte Volmar: jetzt müsse das Princip der Katholischen sein, daß die Zugeständnisse, die im Frieden von 1648 den Evangelischen gemacht seien, nur für einstweilige gelten dürften, daß sie, was damals metu armorum geschehen, für nicht bindend erachteten, und also mit der Zeit das ganze Friedensinstrument, als metu armorum aufgerichtet, über einen Haufen zu stoßen sei. [3]) 60,000 Mann, sagte

1) Memorial des Pfalzgrafen für die Sendung seines Geheim-Secretairs Michael Lers an den Kurfürsten von Mainz, d. d. Neuburg, 22. Dec. 1655. (Düsseld. Arch.)

2) Schreiben des Landgrafen Ernst Georg von Hessen an den Pfalzgrafen, Rom, 9. Oct. 1655. Der Papst habe ultro et proprio motu gesagt; non vediamo persona più degna e qualificata che il nostro Sig. Duca de N. comme principe gia cognosciuto et molto stimato et amato in quelle parti; den Polen hanno bisogno d'un Re de tal talento che é il nostro duca. (Düsseld. Arch.)

3) Portmanns Bericht vom 15. Mai, „daß die restitutiones gravatorum pro illa vice eingereicht seien" u. s. w.

der Jesuit Berk, der Beichtvater des Cardinals von Hessen, „bringe der Kaiser für nächsten Sommer ins Feld und werde damit die Evangelischen lehren, das Friedensinstrument zu halten", das heißt so zu halten, wie es der Kaiser und die Jesuiten deuteten. Man rechnete darauf, daß der entflammte katholische Eifer zugleich die Verbindungen, die Frankreich angeknüpft, durchreißen, den kaiserlichen Hof in den Stand setzen werde, trotz des Friedensinstruments der Krone Spanien zu Hülfe zu kommen. Schon im Mai war in Baireuth und Bamberg für einige Tausend Mann Kaiserliche, die nach den Niederlanden marschieren sollten, Quartier angesagt.[1]) Zugleich kamen kaiserliche Schreiben an den Kurerzkanzler, zur Assistenz Polens aufzufordern, mit der Anzeige, daß der Kaiser bei Krakau ein Lager von 8000 Mann aufzuschlagen, 15,000 Mann in Schlesien aufzustellen gedenke.

Die steigende Wirkung der katholischen Agitation machte sich im Clevischen fühlbar; in Jülich und Berg erneute der Pfalzgraf die Bedrückungen der Evangelischen, die nach den Verträgen von 1651 nicht mehr vorkommen durften. Von ihm glaubte sich Friedrich Wilhelm alles Uebelsten versehen zu müssen. Sich auf alle Fälle dort zu decken, trat er jetzt in die Unterhandlungen ein, die Frankreich seit 1653 gesucht und die er bisher hingehalten hatte.

Es ergaben sich dabei Aufklärungen sehr lehrreicher Art. Französischer Seits wurde die Möglichkeit hervorgehoben, daß Schweden gewisse Ansprüche auf Oldenburg und Münster erheben, daß es eine Uebermacht in Deutschland gewinnen könne, gegen welche die Krone Frankreich das Reich zu schützen sich verpflichtet halte. Frankreich stellte die Frage der römischen Königswahl in nachdrücklicher Weise in den Vordergrund und wünschte Sicherheit dafür, daß sie nicht wieder auf

1) Portmanns Bericht vom 5. Juli, so habe ihm der kurmainzische Rath Boyneburg erzählt, der das aber „für flogmärige discursus halte, zu vernehmen, wohin Mainz inclinire."

das Haus Oestreich falle. Wenn es als Candidaten der Wahl neben dem Kurfürsten von Baiern auch den Pfalzgrafen von Neuburg mit großer Anerkennung seiner persönlichen Eigenschaften nannte, wenn es den Wunsch äußerte, nicht bloß Braunschweig, Hessen-Cassel, Weimar, sondern auch die katholischen Fürsten im Reich zu dieser Allianz einzuladen, wenn es hervorhob, daß der Wiener Hof mit sehr großem Eifer rüste, daß sich bereits die Fürsten am Rhein zu einer Liga vereinten und der Pfalzgraf den Befehl über deren Defensionswerk übernehmen werde, daß auch der Kurfürst von Cöln über die brandenburgischen Rüstungen beunruhigt und der Liga beizutreten im Begriffe sei, so war nicht schwer zu durchschauen, wie Cardinal Mazarin seinen Plan combinirt hatte. Zugleich mit den evangelischen und katholischen Fürsten, mit Brandenburg und dem Pfalzgrafen tractiren, die einen mit den andern im Schach halten und alle gegen Oestreich zusammenkoppeln, um möglichst mit Ausschließung Schwedens im Reich zu gelten, das war es, was jetzt Frankreich zu erreichen hoffte.

Aber eben so klar war, daß Frankreich zunächst und vor Allem einen Theil der brandenburgischen Kriegsvölker wünsche, um den Spaniern gegenüber in den Niederlanden stark genug zum entscheidenden Schlage zu sein. Wie Schweden, rechnete Frankreich auf die Armee, die der Kurfürst freilich weder für das schwedische noch für das französische, sondern für sein und seiner Lande Interesse gebildet hatte und zu verwenden gedachte.

Waldeck, den der Kurfürst mit de Lumbres zu unterhandeln beauftragt hatte, begann mit der vertraulichen Mittheilung, daß man schwedischer Seits vor dieser Annäherung freundschaftlichst gewarnt habe. Er wiederholte den lebhaften Wunsch des Kurfürsten, mit seinem Kriegsvolk dem Könige „wo möglich in eigner Person" zu Hülfe zu kommen. Auf die weitaussehenden Dinge, die de Lumbres vorbrachte, ließ er sich nicht weiter ein als zur Courtoisie gehörte. In der Abfassung der Artikel fand er immer neue Bedenklichkeiten und Anstände, und die Nachgiebigkeit

de Lumbres' zeigte, wie lebhaft Frankreich den Abschluß wünsche.[1]) Worauf es ankam, war, daß die Rheinlande sichergestellt wurden; dieß geschah in der Form, daß man sich gegenseitig zum Schutz der deutschen Territorien, die man entweder ererbt oder durch den Frieden von 1648 habe, verpflichtete, und zwar Frankreich mit 1500 Reutern und 5000 Mann Fußvolk, der Kurfürst mit 600 Reutern und 1400 Mann Fußvolk, unter Vorbehalt größerer Hülfe, wenn sie nöthig werde.

Wenigstens festgestellt wurden die Artikel des Vertrages im Lauf des März. Aber die Ratification vollzog der Kurfürst vorerst noch nicht; und wenn de Lumbres meldete, sein Hof sähe ungern den vertrauten Verkehr, in dem Bonin im Haag mit dem spanischen Gesandten stehe, so beruhigte ihn der Kurfürst mit der Versicherung, daß es nach seiner Weisung geschehe und daß er seinerseits das gute nachbarliche Verhältniß zwischen Cleve und Brabant zu erhalten wünsche.

Diesen französischen Verhandlungen zur Seite gingen andere merkwürdigere.

Es zeigte sich sehr bald, daß in dem königsberger Vertrage manche Punkte unklar seien; Dobrczenski wurde nach Elbing gesandt mit Oxenstjerna über diese Dinge zu unterhandeln, auch für den Bischof von Ermeland, für die westpreußischen Stände die Gewährungen zu fordern, die ihnen im Vertrage vorbehalten waren. Sofort ergriff der Reichskanzler die Gelegenheit, von dem Abschluß der näheren Allianz, die der König wünsche, zu sprechen, zugleich um des Kurfürsten „wohlvermögende Mediation" bei den Staaten zu bitten. Es war wohl zu merken, daß „den Schweden allerdings nicht wohl zu Muthe sei" und daß sie „die wachsenden Umtriebe zu dämpfen" suchten. Namentlich beunruhigte sie die Menge vornehmer Polen in Königsberg, deren heimliches Getreibe nach Lithauen und Polen hinein; sie wollten durchaus, daß „zur Däm-

1) . . . le conseil . . . apportait toujours quelque changement dans les termes à quoi il a fallu quelque fois m'accommoder, pour ne pas trop pointillier y voyant d'ailleurs peu d'interêt. De Lumbres an Mazarin, Königsberg, 2. März 1656.

pfung dieser giftigen Feinde" Energisches geschehe; namentlich Confiscation empfahlen sie als heilsames Mittel. Freilich war es ein seltsames Ding, daß eben jetzt einer der den Schweden am meisten Verdächtigen, der Castellan von Sandomir, der vor etwa vierzehn Tagen mit Pässen des Kurfürsten abgereist war, als polnischer Bevollmächtiger mit dem Starosten von Radom nach Königsberg kam. Sie meldeten, daß Johann Casimir wieder nach Polen gekommen, daß das Heer und der Adel Polens reuevoll zur Treue zurückgekehrt und entschlossen sei, das Joch der Fremdherrschaft abzuschütteln. Schon sei, sagten die königlichen Schreiben, die sie mitbrachten, den Feldherrn Befehl gegeben, so schnell wie möglich vorzudringen, um den Feind von Königsberg abzuziehen; noch wenige Tage, und die polnischen Fahnen würden bei Warschau wehen; der König verweile noch in Gallizien, um die schon anrückenden Hülfstruppen der Tartaren und Kosacken zu erwarten; das allgemeine Aufgebot des Adels sei erlassen. Der Starost legte Vollmachten des Königs und des Senats vor, die ihn, den Bischof von Ermeland, den General Czarnecky und einige andere Personen beauftragten, ein engeres Bündniß mit dem Kurfürsten abzuschließen. Zugleich ließ ihn der König auffordern, auch Koniecpolsky, der noch mit einigen tausend Quartianern beim schwedischen Könige stand, auch Fürst Boguslav Radzivill, der sich den Schweden angeschlossen, zum Abfall zu bewegen. [1])

In der That wuchs die Bewegung in Polen wie in Lithauen reißend schnell; die Erbitterung über die herrischen, räuberischen, ketzerischen Fremdlinge stachelte alles auf; in der wunderbaren Rettung von Czenstochau sah man die unmittelbare Hülfe der wunderthätigen Himmels-

1) Das Schreiben des Königs ist aus Landshut in Gallicien, 24. Jan. 1656. Die Vollmachten „firmandi foederis cum S. C^ne^. E. causa," vom 26. Jan.; von denen, auf welche die Vollmacht lautete, kamen am 10. März nach Königsberg nur der Starost Nicolaus Padlodowsky und der Castellan von Sendomir Witowsky, von dem Desnoyers als jésuite défroqué, d. d. 6. und 13. April, mehreres anführt, mit dem Starosta Radomsky 40 Personen, so daß man sieht, daß die übrigen Bevollmächtigten nicht ausblieben, weil sie nicht hätten durchkommen können.

königin, die dort verehrt wurde; daß Johann Casimir ihr in feierlichem Gottesdienst das Königreich weihte und das Gelübde that, in demselben die alleinseligmachende Kirche mit allem Fleiß zu schützen und auszubreiten, gab dem nationalen und religiösen Enthusiasmus den höchsten Schwung.

Vom Kurfürsten erwartete man, daß er als getreuer Vasall es machen werde wie die anderen Magnaten. Daß er zögerte, den eben mit Karl Gustav geschlossenen Vertrag zu brechen, daß er sich nicht mit seiner ganzen Macht erhob, den Schweden in den Rücken zu fallen, galt für Verrath am Vaterlande; bald genug sprachen die Potocky, Lanskoronsky, Sobiesky, alle, die ihren ersten Treubruch mit einem zweiten gesühnt, nur noch von der Felonie des Kurfürsten und daß er das Herzogthum verwirkt habe.

Sie übersahen einen Umstand. Friedrich Wilhelm hatte die Kräfte aller seiner Territorien angespannt, um das Heer zu werben, das jetzt die Polen zu ihrem Besten zu verwenden hofften, weil ja Preußen ein polnisches Lehen sei. Mit den Mitteln seines gesammten Staates hatte er dem Herzogthum das geleistet, was die Krone Polen zu leisten weder fähig noch Willens gewesen war, trotz ihrer Oberlehnsherrlichkeit, „kraft deren sie dem Herzogthum beizustehn und es zu erhalten obligirt gewesen wäre“.[1] Nicht er hatte das Herzogthum von der Republik abgerissen, sie hatte es fallen lassen, sie hatte thatsächlich aufgehört zu sein, „als der König aus dem Reich gegangen, dasselbe ohne König und gleichsam ganz verlassen gestanden, die Reichsstände in Polen und Lithauen größtentheils den König von Schweden als ihren Schutz- und Oberherren angenommen und sich ihm untergeben“; ja, ihrer Tausende waren mit den Schweden gegen Preußen marschiert, den Kurfürsten, „als der dem Schicksal und dem gemeinen Frieden der Republik sich hartnäckig widersetze“, zur Unterwerfung zu zwingen.[2]

---

1) Aus den Propositionen des Kurfürsten an die preußischen Stände, d. d. 22. März 1656. Londorp VII. p. 1134.

2) Obnitentem fatis et paci et tranquillitati publicae renitentem, „so redeten sie,“ sagt Bonin in einer Unterredung mit Johann Casimir im Herbst 1656.

Daß er dann seinen Frieden mit Karl Gustav gemacht hatte, änderte allerdings die militärische Sachlage gar sehr. Jetzt konnte der König mit dem größten Theil seiner Macht nach Polen eilen, der schwellenden Bewegung dort zu begegnen; mit wenigen Truppen sandte er Graf Magnus nach Liefland zurück, die Moscowiter im Schach zu halten, die im Begriff waren, sich für Polen zu erklären; im königlichen Preußen ließ er seinen Bruder Pfalzgraf Adolph Johann, dem die 1500 Mann, welche dem Vertrag nach von dem Kurfürsten zu erwarten waren, zugewiesen wurden.

Aber war der Fall, den der Vertrag bezeichnete, schon eingetreten? Nicht zur Offensive gegen Johann Casimir hatte sich der Kurfürst verpflichtet, noch weniger dazu, den Schweden Marienburg zu erobern; und eine moralische Verpflichtung, irgend mehr zu leisten, als der Buchstabe des Vertrages besagte, hatte er wahrlich nicht. Er leistete auch einer zweiten Mahnung, seine 1500 Mann zu stellen, keine Folge.

Und den Starosten von Radom empfing er, obschon der schwedische Resident förmlich Einsprache dagegen erhob; er empfing ihn wieder, nachdem er in Danzig gewesen war. Von dem Großfürsten von Moskau kam ein Gesandter nach Königsberg mit dem Erbieten gegenseitiger Freundschaft, dem Antrag zu einer Verbindung gegen Schweden; und der Kurfürst nahm keinen Anstand, die Sendung zu erwiedern, obschon die Russen bereits den Kampf gegen die Schweden begonnen hatten.

Die übeln Nachrichten aus Hinterpommern, aus der Neumark und Uckermark über die Durchmärsche der schwedischen Truppen, wo sie hausten, als wären sie in Feindes Land, gaben dem Kurfürsten zu immer neuen und doch vergeblichen Beschwerden Anlaß. Er hatte allen Grund, immer wieder daran zu erinnern und, wo es irgend die Gelegenheit ergab, thatsächlich zu zeigen, daß ihn der königsberger Vertrag keinesweges so binde, wie die Schweden glaubten und glauben machen wollten, daß er abgesehen von den bestimmten Verpflichtungen, nach wie vor die völlige Freiheit seiner Entschließungen habe und übe. In der Natur der Sache

lag es, daß er jetzt noch, eben so wie zu Anfang des Krieges, den Frieden zwischen beiden Kronen wünschen mußte, deren Krieg ihn, und nicht bloß in seinem Herzogthum, in so schwerer Weise gefährdete; die Erbitterung der Kämpfenden machte den Frieden mit jedem Tage unmöglicher, und die immer weiter greifende Betheiligung anderer Mächte drohte dem Kampf die unheilvollste Dauer und Ausdehnung zu geben. Schon hieß es, die Staaten unterhandelten mit Dänemark um eine Diversion zu Gunsten Polens, und die staatische Flotte habe Befehl, Danzig, das von der schwedischen Flotte blokirt war, zu entsetzen. Daß der Großfürst von Moskau sich gegen die Schweden wandte, war die Einleitung zu dem russisch-polnischen Bündniß, das die östreichische Politik, von Holland unterstützt, mit lebhaftem Eifer betrieb. Der Kaiser, hieß es, ziehe Truppen in Schlesien zusammen, er werde, sobald jenes Bündniß geschlossen, in seinem oder Erzherzog Leopolds Namen sein Heer nach Polen einrücken lassen, Holland und Dänemark mit ihm in Coalition treten.[1])

Denn der Zug Karl Gustavs nach Polen hinein war so gut wie völlig mislungen. Er war nach dem glänzenden Gefecht bei Golumbo (18. Febr.) bis Jaroslaw in Gallizien vorgedrungen; aber gleich darauf verließ ihn auch Koniecpolsky mit dem Rest der Quartianer, verstärkte nun die feindliche Armee, während die seinige durch die Gewaltmärsche und die aufreibenden Kämpfe dieses Winterfeldzugs zusammenschmolz. Er mußte sich zum Rückzug entschließen; er sandte dem Markgrafen von Baden Befehl, ihm von Warschau entgegenzukommen; unter stetem Kampf marschierend erreichte er selbst den Paß von Niscow am San. Dort verließ ihn auch Sapieha mit den Lithauern, der nun, mit Czarnecky vereint, da wo San und Weichsel sich vereinen, den Schweden den Weg verlegte. Sechs Tage lag der König dort bei Sandomir wie festgebannt, in äußerster Gefahr; endlich durch eine seiner kühnsten Bewegungen brach

1) De Lumbres Schreiben vom 18. Mai 1656.

er durch; die erwarteten Truppen des Markgrafen traf er nicht, sie waren nur bis zur Pilica gekommen, dort völlig geschlagen (7. April); mit äußerster Anstrengung erreichte er mit dem Rest seines tapfern Heeres Warschau (15. April).

Das südliche Polen war verloren; von allen Seiten drängte die lawinenhaft wachsende Bewegung des enthusiasmirten Adels und Volkes nach, auf Warschau hin. Karl Gustav ließ dort eine Besatzung unter Wittenberg, mit der Weisung, die fast offene Stadt so gut möglich zu befestigen; er ließ einen Theil seines Heeres unter seines Bruders Befehl in der schon befestigten Position von Sakroczyn und Nowodwor, wo der Bug in die Weichsel mündet. Er selbst eilte nach Preußen.

Schon in den bartensteiner Besprechungen mit dem Kurfürsten hatte er nicht verschwiegen, daß er nicht stark genug sei, das besiegte Polen auch militärisch zu behaupten, daß er darauf rechne sich mit des Kurfürsten Kriegsvolk zu verstärken. Er hatte in den Tagen von Golumbo Oxenstjerna beauftragt die Unterhandlungen darüber zu beginnen: er möge dem Kurfürsten die Palatinate Kalisch und Posen, oder wenn er Pillau und Memel abtreten wolle, noch Sieradien und Lenczyc dazu anbieten nebst dem Titel König von Polen, „er beabsichtige", fügt er hinzu; „mit dem Fürsten von Siebenbürgen auf gleiche Weise zu verhandeln", auch die Russen, die Kosacken sollten mit Stücken Polens ersättigt werden. Bald folgten andre Projecte; der Grundgedanke in allen war die Theilung Polens. Der französische Hof, so viele Gründe er hatte, Polen zu halten, ging auf den Gedanken einer Theilung ein; er ließ seine Vermittlung auf der Grundlage anbieten, daß Johann Casimir das eigentliche Polen behalten, für Schweden ein Königreich Preußen gebildet werde, zu dem auch die Herzogthümer Preußen und Kurland gehören sollten. [1]) Nur so schien es möglich, das Uebergewicht Schwedens, das nach einer

1) Boreel an Johann de Witte, 15. März 1656. Die Aeußerung über die schwedische Universalmonarchie ist nach de Lumbres Bericht 8. Juni von Somnitz homme de jugement et de probité.

Universalmonarchie über die Protestanten, so gut wie Spanien nach der über die Katholiken strebe, zu binden und dem französischen Einfluß in Deutschland Raum zu lassen.

Friedrich Wilhelm fuhr fort höchst zurückhaltend zu sein. Erst auf die Nachricht von dem begonnenen Rückzug des Königs, und nachdem die Marienburg sich ergeben, meldete er dem Kanzler (29. März), daß er seine 1500 Mann senden werde, „obwohl der Casus, in welchem vermöge der Pacta solche Völker zu liefern, noch nicht entstanden, aus sonderbarer Courtoisie".[1])

Je schwerer sich die Verluste erwiesen, die Karl Gustav auf seinem Rückzuge erlitt und je drohender die Bewegung Polens wuchs, desto schwerer fiel die Bedeutung der brandenburgischen Armee und der Entschluß, den der Kurfürst fassen werde, ins Gewicht. Die Ansichten seiner Räthe gingen weit auseinander und die immer neuen Erwägungen dienten nur dazu, die außerordentlichen Schwierigkeiten der Frage ins Licht zu setzen.

Auf polnischer Seite wuchs der Uebermuth den Erfolgen voraus ins Ungemessene; wenn erst die Horden der Ukraine und des Tartarenchans heran seien, hofften sie die Handvoll Schweden ins Meer zu werfen, auch Liefland wiederzunehmen, den Kurfürsten des Herzogthums zu berauben. Auch der Tartarenfürst warf ihm die Felonie vor, die er begangen, drohte sein Land zu verwüsten, wenn er nicht zur Sache Polens zurückkehre.

Noch bot Karl Gustav Großes für den Beistand Brandenburgs. Aber es war klar, daß in dem Moment, wo er aufhörte auf ihn zu hoffen, für ihn kein anderer Weg blieb als den Kurfürsten zu entwaffnen, um sich im Besitz des ganzen Preußenlandes zu behaupten.

Mit dem größten Eifer ließ der Kurfürst die Werke von Königsberg, von Pillau verstärken; er selbst ging nach Memel, die Arbeiten dort

1) Sendung Schlippenbachs, den der König von Warschau abschickte; er war um den 20. April in Königsberg.

zu besichtigen. Bis zum Ausgang April hatte er seinen Entschluß noch nicht gefaßt. Hatte doch der Starost von Radom ihm neuerdings wiederholt, daß Johann Casimir den königsberger Vertrag entschuldige als durch Nothwendigkeit geboten; und nur wünsche, daß der Kurfürst nicht einen weitergehenden schließe, sondern sich neutral erkläre, wie auch allgemein von den Ständen des Herzogthums gewünscht werde.

Also schon schien es den Polen genug, wenn der Kurfürst nur unbetheiligt bleibe; er sandte Waldeck und Platen nach Frauenburg (3. Mai) an den Kanzler, die von ihm gewünschte „nähere Allianz" nicht abzuschließen, aber einzuleiten.

Ihrer Instruction gemäß stellten sie den Wunsch des Kurfürsten voraus, auch jetzt noch zwischen beiden Kronen den Frieden zu vermitteln, den Schweden jetzt allen Grund habe zu wünschen; sie hoben dann hervor, wie schwer es für Brandenburg sein werde, einen Vertrag zu schließen, der offensiv gegen die Krone Polen sei, wie mit einem solchen zugleich die Moscowiter und Tartaren, zugleich der Kaiser, der Papst und deren Anhang im Reich herausgefordert würde; welche Sicherung, welche Entschädigung dem Kurfürsten dann werden solle?

Der stolze Oxenstjerna war weit entfernt einzuräumen, daß „der schwedische Zustand" so gefährlich sei, wie sie ihn ansähen; er suchte sie in „den Schranken festzuhalten, in denen sie gelegen", als bedürfe es keines neuen Vertrages. Her und hin verhandelte er mit ihnen. „Nichts ist wichtiger", schrieb er dem Könige, „als der kurfürstliche Tractat und nichts geht langsamer."

Die Gefahr für die Schweden mehrte sich. Das lithauische Heer hatte die Belagerung von Warschau begonnen; Czarnecky drang in Großpolen vor, nahm Lowicz, bedrohte Pomerellen und damit die Verbindung der Schweden mit Stettin. Zugleich brach in Lithauen der Aufstand los, „sowohl die Vornehmsten wie die Armen" erhoben sich gegen den schwedischen Druck. Aus dem oberen Weichsellande rückte Johann Casimir gegen Warschau herab, von allen Seiten strömte das Adelsaufgebot herbei, den jubelnden Zug zu mehren.

Um so ungeduldiger wurde Karl Gustav, mit dem Kurfürsten zum Schluß zu kommen. Danzig hatte seine Erbietungen abgewiesen. Er erhielt Nachricht, daß die holländische Flotte bereits in See gegangen sei; er eilte die Befestigung von Haupt anzuordnen, um die mächtige Stadt möglichst zu lähmen. Aber gegen die 6000 Mann, die sie im Dienst hatte, forderte Haupt eine starke Besatzung; mit jedem Tage zeigte sich mehr die Unmöglichkeit, mit den Truppen, die verfügbar waren — die in Krakau, Warschau, Posen, andern Punkten im Süden, waren wie auf verlornen Posten — auch nur Preußen zu behaupten, wenn nicht des Kurfürsten Heer hinzukam.[1])

Freilich, es war eine kleine Erleichterung, daß von den Holländern statt der gefürchteten Kriegserklärung eine Gesandtschaft nach Preußen kam, den König zu beglückwünschen und Mediation anzubieten, daß sie über die Debloquirung des danziger Hafens zu verhandeln begann. Wenigstens einige Zeit konnte man so die Gefahr, die von der See her drohte, hinhalten. Um so mehr mußte man eilen, in dieser Zeit Entscheidendes zu Lande zu thun.

Am 26. Mai war der König wieder in Marienburg. Er befahl die Unterhandlungen mit Brandenburg wieder aufzunehmen. Er verhehlte nicht, daß er jetzt des Beistandes bedürfe; werde er ihm nicht, so sei es möglicher Weise sein Untergang, gewiß der des Kurfürsten. Er ließ ihm die umfassendsten Erbietungen machen; „ich wünsche," schrieb er, „daß es je eher je lieber zum Schluß komme, da es an allen Orten gährt."

Schon war auch Johann Casimir vor Warschau angelangt; die Stadt war nun von mehr als 100,000 Mann eingeschlossen. Einen ersten Sturm hatte die Besatzung abgewehrt; aber sie war verloren, wenn nicht Entsatz kam. Nun nahten auch die Horden der Tartaren; selbst die Position von Nowodwor schien in großer Gefahr. Czarneckys Heer,

1) nulla alia Borussiam exitio eripiendi via. Pufendorf Carl. Gust. III. 19.

das im Begriff war das Netzebruch zu gewinnen, hatte Karl Gustav zurückgeschlagen; aber im Osten waren die Russen in die schwedischen Gebiete eingebrochen, hatten die Newa überschritten, bedrohten Finnland. Nur ein großer Sieg konnte Schweden retten, nur der Kurfürst konnte ihn ermöglichen.

Behutsam, mit dem Mistrauen, zu dem er gegen Schweden wahrlich berechtigt war, hatte er unterhandelt. Die französischen Gesandten drängten ihn zum Abschluß; nur so schien es ihnen möglich, Polen noch zur Annahme von Vermittlungsvorschlägen zu bewegen, die sie nicht müde wurden zu empfehlen. Auch die staatischen Gesandten gestanden zu, daß für ihn unter den gegenwärtigen Umständen der Vertrag mit Schweden unvermeidlich sei.

Schon trafen ihn Acte offenbarer Feindseligkeit Seitens der polnischen Krone. Nicht bloß daß sie im Herzogthum und in Königsberg selbst Verbindungen unterhielt, die eine gewaltsame Erhebung bewirken sollten; es waren Schreiben aufgefangen worden, die dem General Zamecky befahlen, „des Kurfürsten deutsche Lande mit Feuer und Schwert zu verwüsten"; jetzt kam die Nachricht, daß er in die Neumark, in Hinterpommern eingebrochen sei. Zugleich waren Tartarenschwärme „von Polen geführt" in Preußisch-Lithauen eingebrochen, hatten viele Bauern gefesselt in die Dienstbarkeit weggeschleppt.

Und so verfuhr man polnischer Seits, nachdem der König die Nothwendigkeit des königsberger Vertrages anerkannt hatte, und während er fortfuhr mit dem Kurfürsten diplomatisch zu verkehren, ohne Aufkündigung des Friedens, ohne den Versuch einer Rechtfertigung, daß er so hinterrücks gebrochen wurde. Wenn der Kurfürst jetzt mit den Schweden abschloß, und seine Waffen gegen Polen wandte, so war er in Nothwehr und vor Gott und der Welt gerechtfertigt.

Es kam noch ein anderes großes Motiv hinzu. Der Krieg hatte bereits einen wahrhaft entsetzlichen Charakter angenommen; von beiden Seiten schürte man alle wildesten Leidenschaften; der Fanatismus,

der Nationalhaß, die Blutgier und Beutegier steigerte sich in immer gräßlicheren Ausbrüchen. Die Verruchtheiten, welche die schwedische Soldatesca geübt, überboten die Polen, wenn sie einzelne schwedische Haufen überwältigten; vor Allem der aufgebotene Adel war von unersättlicher Wildheit und Grausamkeit; der in der Nähe der deutschen Grenzen warf sich auf die dort zahlreiche deutsche Bevölkerung und kühlte den alten Haß gegen die Ketzer und Fremdlinge in dem Blut der Weiber und Kinder; „wer nur deutsch gekleidet war", galt für vogelfrei; der Schrecken verbreitete sich bis tief in die Neumark hinein; die Bauern flüchteten aus den Dörfern; die Aecker blieben unbestellt. 1)

Seit jenem königlichen Gelübde in Lemberg hieß es, der König habe gelobt, alle Ketzer mit Feuer und Schwert auszutilgen 2); überall wühlten die Pfaffen und Mönche, bis in die lutherischen Städte Preußens hinein reichten ihre Verbindungen. 3) Wie hätte Karl Gustav nicht der Welt verkündigen sollen, daß er nur zum Schutz des Evangeliums gegen die Papisten kämpfe 4); mit rücksichtsloser Härte verfuhr er gegen den Klerus, gegen die Klöster und deren Güter, vor Allem gegen die Jesuiten; auch vom Kurfürsten forderte er, daß er sie aus Braunsberg vertreibe. Dessen Warnung, nicht die Dinge auf das Aeußerste zu treiben, warf er weit hinweg; in seinen Augen waren die Senatoren, Magnaten, Bischöfe, Edelleute, die ihm als Protector Treue geschworen, in Rebellion. Als die Insurrection immer furchtbarer heranschwoll, als ein drohender Aufruf an die halsstarrigen Rebellen, zum Gehorsam zurückzukehren,

---

1) So der Bericht der Cüstriner Regierung vom 18. April 1656. Ein grauenhaftes Beispiel der polnischen Wildheit gegen die Deutschen hat das Theatr. Eur. VII. p. 929. in dem Bericht über Wielun.

2) Ein Publicandum des Königs Zamosc, 11. Mai, widerruft ausdrücklich dieß Gerücht.

3) So in Litthauen und Kurland, so in Danzig, wo der einflußreiche Buchhändler Georg Förster, später Convertit, besonders thätig war.

4) Dieß „Universale" führt Desnoyers in dem Briefe vom 20. April an. Diesem Briefe folgt ein Postscriptum, welches nicht hierher, sondern in den October 1656 gehört.

vergeblich blieb, schleuderte er das furchtbare Decret vom 18. Mai ins polnische Land: jedes Rebellen Unterthan in Dorf und Stadt soll freie Hand haben, seinen Herrn zu ermorden; wenn er dessen Kopf abliefert, soll für ihn und seine Nachkommen die Leibeigenschaft aufgehoben sein; die Güter der Herren sollen ihnen anheimfallen u. s. w. Also zum Religionskrieg der Sclavenkrieg.

In Königsberg, unter den Augen des Kurfürsten, kam es zu Ausbrüchen wilder Wuth. Noch waren mehr als 6000 Polen dort; sie mochten zu rasch vergessen, daß sie hier als Flüchtlinge waren; je mehr sich das Glück ihres Königs hob, desto übermüthiger wurden sie. In den letzten Maitagen verbreitete sich das Gerücht, daß sie am Pfingstdienstage die Stadt in Brand stecken wollten, daß man eilen müsse, diese verwegenen Menschen zu entwaffnen; am 1. Juni begann der Pöbel einzelne von ihnen zu insultiren, ihnen die Säbel zu zerbrechen, die Kleider zu zerreißen. Der Versuch der Gegenwehr, das Schreien und Säbelschwingen der Hinzueilenden, ihre drohende Aufstellung um die katholische Kirche trieb die Wuth der Menge zum Aeußersten; es wurde ein förmlicher Sturm auf die Kirche gemacht, sie wurde genommen, geplündert; dann ergoß sich der Aufruhr auf die Häuser polnischer Herren, die erstürmt, zerstört wurden. Mit Mühe machte das energische Einschreiten der Truppen dem wilden Vorgang ein Ende; um dem „katholischen Potentaten" zu zeigen, daß er nicht gemeint sei, solchen Frevel zu dulden, ließ der Kurfürst die strengste Justiz an den Betheiligten üben. [1])

Nur zu wahrscheinlich war, daß jene Polen arge Dinge geplant hatten; der Unterschatzmeister von Lithauen, Gonsiewsky, der bis dahin in Königsberg eine seinem Rang entsprechende Rolle gespielt hatte, war bei Nacht und Nebel entwichen, und demnächst lief ein Schreiben Johann

1) Diese Vorgänge sind nach dem Schreiben de Lumbres, 8. Juni und nach dem Theatr. Eur. VII. p. 953. berichtet. Ich bedaure, daß mir andere Nachrichten nicht zu Gebote gestanden.

Casimirs ein, ihn zu rechtfertigen, daß er sein dem Kurfürsten gegebenes Wort gebrochen.

Gleich darauf (18. Juni) kam Maidel, der Jägermeister von Lithauen, nach Königsberg, auch einer von den jüngst erst zur Treue zurückgekehrten, jetzt mit der königlichen Weisung an den Kurfürsten, zu seiner Pflicht zurückzukehren und sein Lehnscontingent zu stellen; zugleich hatte er Schreiben des Königs an die Stände des Herzogthums, die sie des Treueides gegen den Kurfürsten entbanden. Schon war der Befehl geschrieben, den Ueberbringer „persönlich anzusprechen und verantwortlich zu machen". Der Kurfürst begnügte sich mit der Weisung an die Oberräthe, die Schreiben an die Stände zurückzuhalten und das Verhalten Maidels genau zu überwachen.[2]) Aber konnte man wissen, was er schon angestiftet? und war solcher Misbrauch diplomatischer Sendungen, um zu Aufruhr und Verrath aufzurufen, nicht eben so schlimm und schlimmer als das schwedische Manifest vom 18. Mai?

Wahrlich, es war hohe Zeit, daß einem Kriege, der so geführt wurde und in immer wildere Bahnen trieb, ein Ende gemacht wurde. Schon zeigten die Berichte vom frankfurter Deputationstag, wie auch im Reich der Religionshaß daran war, in lichte Flammen auszubrechen, wie namentlich die Katholischen das sonst immer gemiedene allgemeine „Defensionswerk" betrieben und dem Kaiser anlagen, der gefährdeten Sache der Kirche mit Ernst zu helfen.

Man sieht, daß es keine leere Phrase war, wenn Friedrich Wilhelm sagte: „es sei Gefahr an allen Enden und könne leicht die ganze Christenheit mit eingeflochten, den allarmirten barbarischen Nationen zum Raub werden". Immer wieder versicherte er, daß er nur den Frieden

---

1) ut nihil quod honori ejus noceat infert, ita nec apud S^tem^ V. maligna traducetur interpretatione. Schreiben Johann Casimirs in castris ad Varsoviam, 10. Juni 1656.

2) In dem kurfürstlichen Schreiben, Balga, 22. Juni 1656 an den Marschall Rochau, stehen im Concept die im Text bezeichneten Worte, aber sie sind durchstrichen.

zwischen den beiden Nationen herzustellen und damit die ihm von Gott anvertrauten Lande vor Gefahr und Desolation zu schützen wünsche. Er durfte, wie jetzt die Dinge standen, der wilden Wuth der Polen nicht weiteren Raum lassen.[1])

Auch die schwedischen Diplomaten berechneten, daß er sich so entscheiden müsse, und weigerten ihm dies und jenes, was er forderte; sie trieben es so weit, daß die brandenburgischen Räthe Marienburg verließen, „um sich weitere Weisungen von ihrem Herrn zu erbitten.“ Das machte Eindruck. Die Möglichkeit, daß er jetzt noch abspringe, lag nach Maidels Aufnahme in Königsberg nahe genug; und Karl Gustavs ausdrücklicher Befehl lautete auf den Abschluß. Am 18. und 19. Juni sahen sich beide Fürsten in Preußisch-Holland; die Art ihres Zusammenseins zeigte, daß zwischen ihnen die Sache entschieden sei.

Am 25. Juni wurden die Artikel von den beiderseitigen Unterhändlern vollzogen. Sie wurden brandenburgischer Seits bezeichnet als Declaration des königsberger Vertrages.[2])

Der Hauptvertrag enthielt in der That nicht viel mehr. Der Kurfürst verpflichtete sich, den Schweden mit 4000 Mann Hülfe zu leisten, wenn sie in den einzeln genannten Palatinaten von Preußen, Groß- und Klein-Polen angegriffen würden; Hülfe gegen die Moscowiter wurde ausdrücklich ausgeschlossen; Schweden sagte 6000 Mann Hülfe zu, wenn der Kurfürst in Preußen und Ermeland angegriffen würde. In jenen Bereichen sollte der Oberbefehl bei Schweden, in diesen bei dem Kurfürsten sein u. s. w.

Erst die Neben- und Secretartikel enthielten die Hauptsache, gleich

---

1) Daß Waldeck besonders zum Abschluß getrieben, sagt de Lumbres, nachdem er schon 20. April berichtet, daß die Schweden ihn mit 60,000 Thlr. gewonnen hätten. Desnoyers meldet in derselben Zeit (13. April), daß Waldeck durch den Exjesuiten Witowsky einen kostbaren Diamanten und das Versprechen einer Starostei von 50,000 fl. Einkünfte erhalten habe.

2) Die Verträge hat zuerst Pufendorf VI. 26 mitgetheilt. Was in Londorp, im Theatr. Eur. und andern gleichzeitigen Schriften mitgetheilt ist, beschränkt sich auf einzelne Paragraphen des Hauptvertrages.

als wenn der Stolz der Schweden die wahre Lage der Dinge habe verhüllen wollen. Für das laufende Jahr verspricht der Kurfürst mit seiner ganzen Kriegsmacht den Schweden zu Hülfe zu ziehen, und Schweden verzichtet so lange auf die Stellung der 4000 Mann.

Als Ersatz der Kriegskosten und als Satisfaction überläßt der König an Brandenburg die vier Palatinate mit voller Souveränetät und verpflichtet sich, es ins Künftige im Besitz derselben zu schützen. In Betreff des Herzogthums bleibt es bei dem Lehnverhältniß zur Krone Schweden; aber es wird dasselbe in wesentlichen Punkten noch weiter zu Gunsten des Kurfürsten modificirt, und die Krone Schweden übernimmt die Garantie aller so dem Kurfürsten erwachsenen Rechte. Zugleich verpflichtet sich der König, fortan die Durchzüge schwedischer Truppen von Pommern her unter die Controlle brandenburgischer Commissäre zu stellen, jede Abweichung von der gewiesenen Straße auf das Strengste zu verbieten, für Quartier und Verpflegung sie bezahlen zu lassen u. s. w.

So Großes hatte sich Karl Gustav entschließen müssen für die sofortige Hülfe zu gewähren. Allerdings mit seiner ganzen Macht, so weit es die Lage der Dinge gestatte, verpflichtet sich der Kurfürst im Feld zu erscheinen, aber keineswegs so, daß seine Armee einfach unter schwedischen Befehl gestellt wird; sie bleibt unter Befehl des Kurfürsten oder des Generals, den er damit beauftragt; die militärischen Operationen werden gemeinschaftlich festgestellt und von jedem in völlig selbstständiger Weise ausgeführt. Wie in diesem, so in allen Artikeln hatte sich Brandenburg mit äußerster Vorsicht, mit unverhohlenem Mistrauen verclausulirt; wie politisch so militärisch war, abgesehen von dem Lehnsverband Preußens, der Kurfürst gegen Schweden nicht im Geringsten weiter gebunden, wie Schweden gegen ihn.

Ob Friedrich Wilhelm in den vier Palatinaten eine dauernde Erwerbung zu machen geglaubt habe, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hatte er in ihnen und in ihrer Souveränetät eine Art Pfand für den Fall,

daß es endlich zu den Friedensverhandlungen käme, die niemand mehr wünschte als er.

Er sprach es von Neuem aus, als er Maidel zurücksandte (1. Juli), „bei diesem ungewissen und zerrütteten polnischen Zustande, schrieb er an Johann Casimir, und da Gott gleichsam selbst einige Aenderung zeuge, bitte er ihn, die Vorschläge in Erwägung zu ziehen, die ihm sein Gesandter überbringen werde und deren Zweck kein anderer sei, als daß S. K. M. wieder Frieden und Ruhe bekomme“.

Was er ihm vorschlagen ließ, war nichts Geringeres, als Polen in eine erbliche Monarchie zu verwandeln; der König von Schweden sei mit diesem Plan einverstanden.

Die Schlacht von Warschau.

Jene Erbietungen an Johann Casimir waren in Preußisch-Holland verabredet worden. Es war unter allen Zugeständnissen, die Karl Gustav dem Kurfürsten gemacht, das größte; es bezeichnete, daß er der brandenburgischen Politik wich, die das Königreich Polen, wenn auch nicht völlig in dem alten Umfang, erhalten wollte.

Der Kurfürst versprach, sein Heer, so weit er es nicht zur Besetzung des Herzogthums zurücklassen müsse, an der Südgrenze seines Landes um Soldau zusammenzuziehen. Er mochte hoffen, daß die jüngsten Erbietungen und die Nachricht von dem geschlossenen Vertrage auf Johann Casimir Eindruck machen würden.

Karl Gustav selbst eilte mit seinen besten Truppen südwärts, um Warschau zu entsetzen. Auf halbem Wege erfuhr er, daß Wittenberg, von der Uebermacht der Polen aufs Aeusterste bedrängt, durch Mangel an Lebensmitteln und Munition gezwungen, am 1. Juli capitulirt habe; gleich drauf, daß trotz des ausbedungenen freien Abzugs Wittenberg selbst und andere hohe Officiere gefangen nach Zamosc abgeführt seien.

Einen schwereren Schlag hatten die schwedischen Waffen nicht erlitten. Der Jubel der Polen war unermeßlich.[1]) Wenn sie sich sofort auf Nowodwor warfen, mit ihrer ungeheuren Uebermacht den Platz umschlossen, so war Prinz Adolph Johann verloren. Der Prinz fragte an, ob er nicht das Lager verlassen solle, um wenigstens die Truppen nach Thorn zu retten. Der König befahl ihm zu bleiben; in Eilmärschen erreichte er am 8. Juli Nowodwor.

Er fand die Lage der Dinge ernst genug; es schien die größte Eile nöthig, den Feind zu treffen, bevor die schon nahenden Tartarenhorden, die auf 30,000 Bojaren mit ihren Knechten gerechnet wurden, herankamen. Aber erst mit der brandenburger Armee war er stark genug, einen entscheidenden Schlag zu führen. Er schrieb noch desselben Tags dem Kurfürsten: der größte Theil der polnischen Streitkräfte sei bei Warschau vereint, das lithauische Heer unter Paul Sapieha stehe um Praga, Czarnecky auf der andern Seite des Stroms bei Warschau; beide Theile seien nur durch die Schiffbrücke, die geschlagen worden, verbunden; er gedenke gegen die Lithauer und diese Brücke einen Handstreich zu versuchen; der Kurfürst möge eilen, heranzukommen, damit sich beide Armeen möglichst bald vereinen könnten.[2])

Aber zunächst war Gefahr, daß die Polen ihre Uebermacht an Reutern benutzten, um einen Theil derselben oberhalb Nowodwors über den Bug und Narew zwischen das schwedische und brandenburgische Heer zu werfen. Noch hielt sich Radzivills Feste Tykoczin am oberen Narew, schwer bedrängt von dem Adel Masoviens und Podlachiens.

---

1) Der danziger Agent Barkmann schreibt 3. Juli: „diese Abnehmung der Stadt ist in facie der Armee geschehen, die nur vier Meilen davon (in Nowodwor) stehet . . . Was für eine Furie unter dem Volk ist, kann nicht ausgesprochen werden."

2) ut nostras quoque utrinque vires quantocyus congregemus et armis et consiliis conjunctis non vero separatim agamus. Schreiben vom 8. Juli 1656. In Betreff der folgenden Darstellung verweise ich auf meine Untersuchung „die Schlacht von Warschau," in den Abh. der K. sächs. Gesells. 1862. Einzelheiten haben seit der Abfassung dieses Aufsatzes genauer bestimmt werden können.

Der König sandte einige Regimenter unter Radzivill und Douglas den Narew hinauf zum Entsatz, zugleich mit dem Befehl, bis dahin alle Brücken und Schiffe zu zerstören (9. Juli). Er forderte den Kurfürsten auf, sie mit seinen bei Johannisburg stehenden Truppen zu unterstützen. Er sandte zugleich ein anderes Corps über die Weichsel, das den Weg von Warschau nach Thorn frei zu halten bis Blonie streifte. So rechts und links hinausschlagend, den Gegner bald da, bald dort treffend, suchte er ihn zu verwirren und hinzuhalten, bis die ersehnte Conjunction ihn in den Stand setzte, den entscheidenden Schlag zu führen.

Aber immer noch zögerte der Kurfürst. Wieder am 13. schreibt er ihm, noch dringender zur Eile mahnend: Gonsiewsky mit einem Theil der lithauischen Armee sei auf dem Wege nach Ostrolenka, nahe dem Narew; durch ihr scheinbares Glück übermüthig, würden die Polen auch die billigsten Friedensvorschläge nicht annehmen; nur die wirkliche Vereinigung beider Armeen könne ihren Uebermuth brechen. Man begann im schwedischen Lager Argwohn zu schöpfen; man glaubte, daß der Kurfürst noch ins Geheim unterhandle, daß er mit Gonsiewsky im Verständniß sei.

Der Kurfürst war am 10. Juli von Königsberg zur Armee, die bei Soldau marschfertig stand, abgereist.[1]) Dort kam allerdings Maidel von Neuem zu ihm; die Vorschläge vom 1. Juli hatte Johann Casimir abgelehnt [2]). Sichtlich hatte man in Warschau geglaubt, daß es mit der Conjunction nicht Ernst sei, daß der Kurfürst die Grenze nicht überschreiten werde; schwedische Gefangene hatten ausgesagt, daß auch in Nowodwor dieselbe Meinung sei. Nach Maidels Erklärungen befahl der Kur-

1) Es darf nicht irre führen, daß das Schreiben des Kurfürsten an den Polenkönig, d. d. 1./11. Juli (Pufend. VI. 33, Londorp VII. p. 1157) noch aus Königsberg datirt ist. Der Tag seiner Abreise steht fest durch de Lumbres ausdrückliche Angabe.

2) ce Roy n'y a pas voulu prester l'oreille. De Lumbres 9. Aug. Die Angaben über die Meinung in Warschau hat Barkmans Bericht vom 15. Juli.

fürst den Aufbruch seiner Armee; am 14. Juli rückte sie über die Grenze nach Schrinsk.

Mit unverhohlener Freude begrüßte Karl Gustav den entscheidenden Schritt. Jetzt endlich konnte er die Offensive ergreifen. „Die Brücke bei Warschau", schrieb er nach Schrinsk, „ist von dem hochgeschwollenen Wasser gebrochen, eine neue unterhalb der Stadt wird erst angelegt; die lithauische Armee steht nun getrennt von der auf der warschauer Seite;" er meinte, man werde ihr „eins beibringen können", wenn man schnell vordringe.

Allerdings war sie ohne Verbindung mit Czarnecky, überdieß durch die Aussendung Gonsiewskys geschwächt, der Ostrolenka erreichte, nachdem Tycoczin bereits entsetzt, Douglas schon zurückgekehrt war. Wohl stellte auch der Kurfürst einige Reuterhaufen zu der Streifparthie, mit der Karl Gustav den Narew aufwärts zog (24. Juli), die Lithauer hinwegzuschrecken. Aber zur Conjunction schritt er noch nicht; er forderte noch einmal den Weg des Friedens zu versuchen, und Karl Gustav war außer Stande es zu weigern.

Man ersuchte de Lumbres nach Warschau zu gehn, da den Vorschlag zu wiederholen, daß der König mit Schweden und Brandenburg in Allianz trete, Polen in eine erbliche Monarchie verwandele, mit dem Recht des Königs, seinen Nachfolger zu ernennen. Auf die Bedenken des Gesandten erklärte der Kurfürst: „S. Maj. könne auf ihn und den König von Schweden sein vollkommenes Vertrauen setzen, und wenn S. M. die Streitkräfte, die Sie an der Hand habe, mit den ihrigen vereine, so werde der Plan unfehlbar gelingen".

Der Gesandte kam am 20. Juli nach Warschau. Er fand alles voll Kampfbegier und kriegerischem Enthusiasmus; niemand wollte von Verhandlungen hören; der König sollte gesagt haben, die Schweden habe er den Tartaren zum Frühstück geschenkt und den Kurfürsten wolle er in ein Loch stecken, wohin weder Sonne noch Mond scheine.

Die Revue, welche vor einigen Tagen gehalten war, hatte über 1000

Standarten gezählt; man schätzte die Quartianer und das Adelsaufgebot diesseits der Weichsel auf 80,000 Mann Reuter, die Knechte (Hollota) ungerechnet; jenseits der Weichsel standen 30,000 M. Die Tartaren waren nur noch wenige Märsche entfernt; wenn sie heran seien, hieß es, werde man sich auf den Feind werfen; des Erfolges war man gewiß.

Der Königin Einfluß bewirkte, daß de Lumbres wenigstens gehört wurde. Auch sie hatte sich wohl mit Gedanken einer monarchischen Reform getragen; in ihren Kreisen war man der Ansicht, daß dies der Weg sei, Polen zu einem der mächtigsten Reiche zu machen.[1]) Aber wie hätte sie jetzt, inmitten einer solchen Kriegsmacht, im vollen Siegen, aus der Hand des Usurpators und des abtrünnigen Vasallen ein solches Erbieten annehmen sollen? Eben so klug wie stolz, glaubte sie de Lumbres' Sendung benutzen zu können, um noch ein paar Tage zu gewinnen und zugleich der Krone Frankreich Angenehmes zu erzeigen; sie vertraute ihm, wie der Einfluß des östreichischen Gesandten Lisola sie hemme; der Kaiser wolle diesen Frieden nicht, weil der Krieg, der hier Schweden und Brandenburg beschäftige, ihm freie Hand in Deutschland gebe.

Die weiteren Besprechungen zeigten, wie sich alle Erbitterung auf den Kurfürsten richte; wenn man auch, hieß es, mit Schweden zu unterhandeln sich entschließe, der Kurfürst könne, als Vasall der Krone, in keinem Fall zugelassen werden. Die Meinung des Senates war, Liefland müsse zurückgegeben, das Herzogthum als verfallenes Lehen eingezogen werden. Der König und der Senat fertigten am 25. Juli Schreiben an den Kurfürsten ab, in denen sie ihm unter den härtesten Vorwürfen über sein bisheriges Verhalten[2]) befahlen, das schwedische Heer, und

1) Desnoyers 26. Jan., 10. Febr. 1656.

2) indecora animi mobilitate et fluxis consiliis habe er verfahren; inveniri modus et ratio nulla potuit quae obseratas bonis monitionibus aures recluderet u. s. w.; in tam enormi Juris divini et humani laesione quid indignemur magis u. s. w. Aus dem Schreiben des Königs Warsoviae, 25. Juli 1656. Das gleichzeitige Schreiben des Senats ist von demselben Datum, unterzeichnet Andreas Comes de Lezno, arch. Gnes. nomine senatus.

zwar innerhalb dreier Tage, zu verlassen, widrigenfalls man sich jeder weiteren Rücksicht gegen ihn entbunden halten, und wie er die Waffen in das Herz der Republik getragen, so seine Herrschaften und Lande heimsuchen werde. Schon wurde gesagt, nicht das Herzogthum müsse man heimsuchen, da es der Krone heimfallen werde, man müsse die Tartaren nach Pommern und den Marken schicken; da könnten sie Ersatz für die ihnen versprochene Plünderung Königsbergs finden.

Vier Tage lang wurde mit de Lumbres unterhandelt; die Ungeduld, die Unzufriedenheit unter dem in Waffen versammelten und mitpolitisirenden Adel wurde immer lauter: geflissentlich scheine die Zeit versäumt werden zu sollen, wo man die Schweden noch allein finden, sie niederrennen könne; viele Edelleute aus Großpolen ritten heim. Endlich war die Nachricht da, daß die Tartaren bis auf einen kleinen Tagemarsch nahe seien. Nun erhielt de Lumbres die schließliche Antwort: den Frieden mit Schweden suche man nicht, wolle ihn aber auch nicht zurückweisen; aber wenn es zu Tractaten komme, müsse man als Vermittler neben Frankreich auch den Kaiser, Dänemark und die Staaten fordern.

Mit diesem Bescheid wollte der Gesandte am 27. Juli zurückreisen, aber die Ankunft und der feierliche Empfang des Tartarenagas gab den Vorwand, ihm den zum Geleit nöthigen Trompeter zu versagen. Mit dem Morgen des 28. Juli begannen die Truppen nach der Seite von Praga hinüberzugehen, nur wenige Truppen sollten bei Warschau zurückbleiben. Der Plan war, mit etwa 80,000 Mann an den Bug und Narew zu marschieren, wo Gonsiewsky schon stand, mit den Tartaren die Position von Nowodwor einzuschließen, den Feind dort entweder auszuhungern, oder, wenn er den Rückzug nach Thorn versuchte, durch die Uebermacht zu erdrücken. Den Kurfürsten glaubte man noch in Plonsk, „drei Meilen vom Lager“; man glaubte, daß er „nach der ihm anklebenden Neigung“ seine Völker mit Schweden nicht conjungiren werde; man hoffte, daß er schleunigst zurückgehen werde.

Während der Einleitungen zu jener Bewegung, am Vormittag des

28. Juli, fuhr de Lumbres aus Warschau zurück. Er erstaunte, zwei Meilen von der Stadt die anrückenden conjungirten Armeen zu treffen.

Die Entscheidung hatten die drohenden polnischen Schreiben vom 25. gebracht. Bis dahin hatte der Kurfürst immer noch gehofft, daß man sich in Warschau „zum Frieden bewegen lassen werde". Die Briefe überzeugten ihn vom Gegentheil. Sofort befahl er den Aufbruch; noch am Abend lagerte sein Heer neben dem schwedischen Lager. Mit dem Könige, der denselben Tag von seinem völlig geglückten Streifzug zurückkam, verabredete er den Plan zum sofortigen Angriff. Noch während der Nacht begannen die Truppen über die Bugbrücke zu defiliren. Noch vom Lager aus sandte Friedrich Wilhelm seine Antwort nach Warschau, beklagend, daß es so weit habe kommen müssen, noch einmal bezeugend, daß er nur den Frieden gewünscht habe, daß derselbe längst schon möglich gewesen, wenn man seinen Rathschlägen hätte folgen wollen.[1])

Das conjungirte Heer zählte gegen 9000 Mann Schweden, 8490 Mann Brandenburger, über 50 Geschütze. Da die schwedische Reiterei stärker war als die brandenburgische, wurden, um jeden der beiden Flügel auf 30 Vierecke (Escadronen) Reuter zu bringen, fünf schwedische dem Kurfürsten, zwei brandenburgische dem Könige überwiesen.[2]) Das Fußvolk bildete zwölf Brigaden, von denen neun brandenburgische waren. Der verabredete Plan war darauf gegründet, daß die Schiffbrücke bei Warschau noch nicht hergestellt, die polnische und lithauische Armee noch getrennt sein werde. Man wollte die Lithauer unter Sapieha, die man bei Praga vermuthete, schlagen, oder, wenn sie wichen, die Brücke völlig

1) Pace forsan jamdiu commoda et salutari frueremur u. s. w. Dieß Schreiben, d. d. in castris nostris prope Zacrocin die 28. Juli 1656, habe ich erst neuerdings in den Acten gefunden; es erledigt einige Schwierigkeiten in den Vorgängen dieser Tage. Pufendorf hat es nicht gekannt.

2) Schon in einer 1658 publicirten Brochüre (Kurze, jedoch gründliche Relation, wie es zu Stralsund, in Vorpommern u. s. w.) dann in der 1678 erschienenen Brochüre „Kurzer Entwurf der rechtmäßigen Waffen", p. 17, wird diese Ueberweisung schwedischer Truppen an den Kurfürsten so gedeutet, als habe ihr Chef, Feldmarschall Wrangel, „auf des Kurfürsten Actionen Achtung geben sollen."

zerstören, dann zurückmarschieren, über die Brücken bei Nowodwor und Zakroczin auf die rechte Seite der Weichsel gehen und die polnische Armee bei Warschau, so hoffte man, in einer „Hauptaction" vernichten. Man nahm nur auf drei Tage Lebensmittel mit.

Am Freitag den 28. Juli gegen Mittag war die vereinte Armee über den Bug. Auf dem Marsch kam ein polnischer Trompeter noch mit Briefen seines Königs an den Kurfürsten „voll harter und schmählicher Bedrohungen".[2]) Bald darauf, als auf halbem Wege nach Praga Halt gemacht war, traf auch de Lumbres ein. Er theilte den beiden Fürsten den Verlauf seiner Unterhandlungen mit, er sagte ihnen, daß sie die lithauische Armee nicht treffen würden, da dieselbe auf dem Marsch nach dem Bug sei, daß die Weichselbrücke fertig sei, daß die polnische Armee über dieselbe theils gegangen sei, theils noch gehe, um sich mit den Tartaren zu vereinigen und den Lithauern zu folgen. Er versuchte, bei so veränderter Sachlage nochmals Verhandlung zu empfehlen. Man beschloß, nur um so mehr zu eilen, damit man den Feind träfe, bevor er völlig herüber sei. Rechts die Weichsel, links den Wald von Bialalenka, marschierte man weiter, der König mit dem rechten Flügel voran.

Als man Abends sieben Uhr ein Dorf, dreiviertel Meilen von Praga, erreichte, wurde von den Vortruppen gemeldet, daß sie auf den Feind gestoßen seien. Sofort wurde alles zum Gefecht geordnet.

Der Wald zieht sich hier bis nahe an den Strom heran; durch dieß schmale Defilée ging der König mit dem rechten Flügel vor, griff sofort des Feindes Vortruppen an. Es entspann sich ein Gefecht, in dem der Feind weichend sich hinter die Verschanzungen zurückzog, die das südwärts ansteigende Terrain deckten. Links hin war, da der Wald hier endet, freies Feld, hier und da sumpfig und buschig, durch ein paar Hügel geschlossen; während das Geschützfeuer und wiederholte Ausfälle

1) Dieß Schreiben scheint nicht mehr erhalten zu sein; es kann enthalten haben, daß nun die Frist der drei Tage abgelaufen sei u. s. w.

aus den Retranchements die Angreifenden hemmten, brach der Feind, als wolle er diese abschneiden, von jenen Hügeln her am Saume des Waldes entlang jagend, heran; der König warf ihm einige Schwadronen entgegen und trieb ihn zurück. Schon war auch das Fußvolk, auch der linke Flügel durch den Wald herangekommen und an dessen Saume aufgerückt. Die einbrechende Nacht hinderte Weiteres zu unternehmen. Gegen Mitternacht zog man sich zurück, um, rechts von der Weichsel, in der Front und links vom Wald gedeckt, ein paar Stunden zu ruhen.

Was mit dem eiligen Anmarsch, dem sofortigen Angriff nach dem ermüdenden Marsch in der Sonnenhitze hatte erreicht werden sollen, war nicht erreicht. Die Polen waren nicht, wie der König nach seiner bisherigen Erfahrung vermuthet haben mochte, vor seinem ersten ungestümen Stoß gewichen; jener harte Chock von der Linken her bewies, daß sie voll Kampflust und Zuversicht seien, daß sie geschickt geführt wurden. Und aller Vortheil des Terrains war auf des Feindes Seite; er übersah von seiner höheren Position aus den Aufmarsch der Alliirten, er hatte in jenem Paß, durch den er seinen Chock gemacht, gleichsam das Thor zu der einzigen Aufstellung, die sie nehmen konnten. Noch hatten sie nicht — der Staub und die einbrechende Dunkelheit hatten es gehindert — eine sichere Uebersicht des Terrains; sie sahen nur vor sich die Höhen verschanzt und mit Geschütz besetzt, zu ihrer Linken jene mehreren Hügel, die den Paß schlossen.

In dem nächtigen Kriegsrath war nicht die Rede davon, das begonnene Unternehmen aufzugeben, sondern nur, wie man es hinausführen solle. Der König, der Kurfürst, mehrere Generale ritten bei Tagesanbruch hinaus zu recognosciren. Man erkannte, daß um die linke Flanke zu sichern, eine „kleine Colline", die links am Ende des Waldsaumes lag und den Paß beherrschte, genommen werden müsse. Dann konnte man den linken Flügel auf sie gestützt, den rechten an die Weichsel gelehnt, die Verschanzungen des Feindes irgend wo zu durchbrechen versuchen.

Unter dem Schutze des Morgennebels rückten die Alliirten in Schlachtordnung; während der rechte Flügel den Angriff begann, schon von jenseits der Weichsel her durch das Feuer einiger Geschütze, welche die Königin dort auffahren lassen, belästigt, zog der Kurfürst den linken Flügel gegen die Colline hin; er fand sie vom Feinde, auch mit einigen Stücken, besetzt. Das zum Theil sumpfige Terrain verzögerte seinen Anmarsch, namentlich die Geschütze konnten nicht sobald durch. Ohne sie abzuwarten, griff er an; der Feind wich, ließ seine Kanonen im Stich.

Von dieser Höhe aus sah man, wie eine Masse Tartaren über das Dorf Bialalenka dahinzog, dem Walde zu, sichtlich um die Alliirten zu umgehen. Der Kurfürst eilte, die Waldecke, an deren Spitze die Colline lag, rechts und links zu besetzen; nur diese, da tausend Schritt südwärts der Feind in Masse in und um einen Hügel, der mit einem geschlossenen Schanzwerk versehen war, stand.

Er hatte sehr mit Recht seine Truppen zusammengehalten. Während die Tartaren in ziemlicher Entfernung von seiner Linken in den Wald hinein, durch denselben, in den Rücken des Königs stürmten, warfen sich von dem Schanzhügel her gegen 6000 Quartianer auf ihn. Er bestand ihren „furiosen" Anprall, warf sie zurück, verfolgte sie bis an die Verschanzungen. Jetzt kamen die Tartaren, die vergeblich den Rücken der Schweden angefallen, vom Könige abgeschlagen, durch den Wald zurück; auf sie warf der Kurfürst einen Theil seiner Reuter, der sie völlig zersprengte, niederschlug, in den Sumpf hinter Bialalenka jagte.

Sichtlich schob sich der Schwerpunkt des Gefechtes mehr und mehr nach der freieren linken Seite. Nur mit Mühe waren endlich die brandenburgischen Geschütze herangekommen; der durchtretene und zerfahrene Sumpfboden dort war weder für Fußvolk noch Reuter mehr passirbar.

Der König selbst war zur Colline gekommen; er bemerkte, wie die Verbindung zwischen beiden Flügeln nur noch durch die weiter rückwärts liegenden Waldwege möglich sei; er überzeugte sich, daß in dem weiten Blachfeld links die Entscheidung gesucht werden müsse; er beschloß sich

hinter den brandenburgischen Flügel hinweg durch den Wald zu ziehen, auf seiner Linken aufzurücken, die ganze Schlachtordnung so zu ändern, daß die Colline der Stützpunkt der äußersten Rechten wurde.

Gewiß ein Manöver höchst schwieriger Art, das nur mit durchaus geübten Truppen und bei fester Führung gewagt werden konnte. Namentlich die Colline, um die sich die Schwenkung wie um ihre Axe drehte, mußte völlig sicher gehalten werden; der Kurfürst und seine Brandenburger durften auch nicht einen Augenblick wanken.

Sofort wie der Feind die Einleitungen zu dieser Bewegung bemerkte, schickte er sich zu einem zweiten mächtigern Stoß an. Ein Ausfall aus den Retranchements hielt den abziehenden schwedischen Flügel fest; neue Schaaren Tartaren brachen über Bialalenka hervor, den Brandenburgern in Front, Flanke und Rücken, während Massen von Quartianern sich zugleich von der Richtung des Schanzhügels her auf sie warfen.

Der brandenburgische Flügel war in sehr ernster Gefahr; aber des Kurfürsten Leibgarde zu Fuß warf die Quartianer zurück; der furchtbare Angriff der Tartaren erschütterte auch nicht einen Augenblick seine dicht geschlossenen Vierecke; vor Allem dieser „hohen Conduite", hat nachmals der Feldmarschall Wrangel erklärt, sei „die herrliche Victorie" zu danken gewesen.

Der Feind setzte zu einem dritten Gewaltstoß an; er sammelte seine besten Truppen in acht mächtigen Schlachthaufen zu beiden Seiten des Schanzhügels, um gegen die schwächste Stelle der feindlichen Aufstellung vorzudringen, und sie durchbrechend den Eingang in den Wald zu gewinnen, beide Flügel auseinander zu reißen. Der schwedische Flügel hatte bereits seinen Abmarsch begonnen; er wäre, jetzt schon tiefer im Walde, im schlimmsten Fall ein Rückhalt für die Brandenburger gewesen, wenn sie hätten weichen müssen. Aber schon beim ersten Anlauf wurde jener Stoß durch das brandenburgische Fußvolk, namentlich die Leibgarde gebrochen; vor dem schweren Geschützfeuer wich endlich die ganze Angriffsmasse.

Das geschah um die Mittagszeit. Der König zog ungehindert durch den Wald, nahm den linken Flügel und während er weiter ins Freie vorging, rückten die brandenburgischen Escadronen, eine nach der andern sich ihm anschließend, in die neue Aufstellung ein.

Mit diesem Abmarsch waren die Retranchements des Feindes so zu sagen todt gelegt. Er eilte seine Geschütze von dort abzufahren, auch seinerseits eine neue Stellung zu nehmen.

Der Weichsel parallel zieht sich von dem Schanzhügel südwärts eine Dünenreihe, die einige hundert Schritt vor einem todten Weichselarm und der ihn fortsetzenden sumpfigen Niederung endet; der südliche Theil dieser Dünenreihe ist von einem Gehölz, dem Holz von Praga, bedeckt. In dem Raum zwischen dieser Dünenreihe und dem Strom standen die Tausende von Husaren, Quartianern, Adelsaufgebot, Heiducken der einzelnen Magnaten, die mit Sensen, Säbeln, Beilen u. s. w. bewaffneten Knechte, Holloten, auch drei Regimenter deutsches Fußvolk. Diese Massen, die bisher Front nach Norden gestanden, wandten sich nun ostwärts, während eine Schlachtlinie, aus den besten Truppen gebildet, das freie Feld bis Bialalenka hin besetzte.

Der Plan Karl Gustavs war, mit seinem linken Flügel vorrückend, die Linke durch den Sumpf gedeckt, der sich hinter Bialalenka nach Brudno weiter südwärts zieht, Feld zu gewinnen, sich immer weiter an dem Sumpf hinschiebend den Feind zu tourniren; eine Bewegung, die des Kurfürsten Flügel, indem er folgte, mehr und mehr von seinem Stützpunkte entfernen mußte. Der Feind ließ sich leicht aus Bialalenka drängen, das in Flammen aufging; er steckte auch Brudno in Brand; er ließ den Alliirten Zeit sich in Schlachtordnung zu stellen.

Karl Gustav nahm die drei schwedischen Brigaden auf den äußersten linken Flügel, stellte sie dort hakenförmig auf, um die drohenden Tartarenmassen in Schach zu halten; sechs brandenburgische Brigaden bildeten das Centrum der Linie, drei andere den äußersten rechten

Flügel, der in dem Maße, als der König nach links avancirte, sich auf Bialalenka hinzog.

Da plötzlich, etwa um 5 Uhr, stürzte sich der Feind von den Höhen, mit erschrecklichem Geschrei, in furchtbarer Heftigkeit auf den rechten, den linken Flügel, das Centrum zugleich, während die Tartaren das brennende Brudno umgehend den Rücken der Linie bedrohten, die Bagage erreichten. Das erste Treffen des schwedischen Flügels wurde durchbrochen, mit Mühe hielt der zweite den furchtbaren Ansturz auf; der König jagte mit der nächsten Schwadron des dritten auf die Tartaren los, zwang sie zur Flucht. Das Centrum hatte Stand gehalten; der brandenburgische Flügel trieb nach hartnäckigem Kampfe die Quartianer in die Flucht. Der Kurfürst war hier, der König dort in Mitten des Handgemenges, in großer Gefahr.

Kaum daß sich die erschütterte Schlachtlinie der Alliirten wieder geschlossen, so warfen sich von Neuem 10,000 Tartaren auf des Königs Flügel. Sie wurden abgetrieben, verfolgt; aber auch damit war Entscheidendes nicht gewonnen. Der sinkende Abend und die ungeheure Anstrengung des Tages nöthigte, Ruhe zu machen. Bei einem Wäldchen, in dem man sich schleunigst verhaute, kaum einen Musketenschuß weit vom Holz von Praga, lagerte die Spitze der Alliirten, von da theils bis Brudno, theils bis an den Sumpf, im Dreieck das übrige Heer.

Die Absicht des Königs, sich links schiebend den Feind zu tourniren, war eben so gescheitert, wie der frühere Plan, nach der Weichselbrücke durchzubrechen. Man mußte bekennen, daß der Feind besser geführt wurde [1]) und mit größerem Muth, mit hartnäckigerer Ausdauer kämpfte, als die Schweden bisher von ihm gewohnt waren; der Kampf zweier Tage schien ihn noch nicht einmal mürbe gemacht zu haben; mehrmal in der Nacht wurde man durch seine Ueberfälle allarmirt.

---

1) Daß General Anderson, den der Kaiser dem Polenkönige „recommandirt" hatte, im Wesentlichen die Dispositionen gemacht, ergiebt sich aus Barkmanns Schreiben vom 11. August 1656.

Die Lage der Alliirten begann peinlich zu werden. Allerdings hatte sich bis jetzt an ihren Vierecken, „den wandernden Castellen“, wie der Tartarenaga sie nannte, jeder noch so wilde Ansturz gebrochen. Aber die mitgenommenen Vorräthe gingen zu Ende, es fehlte an Trinkwasser; wie, wenn der Feind auf den Gedanken kam, diese Castelle auszuhungern?

Man durfte nicht noch einen Tag ohne Entscheidung kämpfen; um jeden Preis mußte gesiegt werden.

Die Disposition für den dritten Tag, den Sonntag 30. Juli, zeigte, daß die Absicht, den Feind aus seiner Stellung hinaus zu manöveriren, aufgegeben war, daß man sich entschlossen hatte, den entscheidenden Punkt zu forciren.

Der Feind hatte das Holz von Praga mit Retranchements gedeckt, im Innern verhauen, es stark, auch mit einem deutschen Regiment Fußvolk besetzt. Hinter dem Holz lag eine zweite Höhe, die ebenfalls verschanzt, mit Kanonen besetzt, mit Truppen bedeckt war. Auf den Dünen, vom Holz von Praga bis zum Schanzhügel standen, die lithauischen Völker, in dem Paß zwischen dem Holz und dem todten Weichselarm die Tartaren nebst einigen Regimentern Lithauer und Quartianer.

Erst nach sieben Uhr theilte sich der Nebel. Sofort begannen die Alliirten ihre Bewegung. Das Centrum der Schlachtlinie, die brandenburgischen Brigaden Fußvolk, war zum Sturm auf das Holz von Praga bestimmt; links rückte des Königs Flügel über das Wäldchen hinaus, das Holz von Praga rechts lassend, um das Vorbrechen der Tartaren aus dem Paß zu hindern, während der Kurfürst mit dem rechten Flügel gegen die Dünen avancirte, um den Feind dort festzuhalten.

So rechts und links gedeckt, rückte Sparr mit 1000 commandirten Musketieren und den Geschützen, indem das übrige Fußvolk folgte, gegen das Holz; er mußte, um seine Aufstellung zu nehmen, unter dem Holz hinziehend, dem heftigen Feuer aus den Retranchements die Seite bieten; dann begann auch er eine lebhafte Kanonade, die er eine Stunde lang

fortsetzte; endlich ließ er die Sturmcolonne unter Obrist Syberg vorgehen. So mächtig war der Stoß, daß der Feind schleunigst das Holz verließ. Rastlos weiter stürmend, von dem übrigen Fußvolk gefolgt, drang Sparr jenseits des Holzes auf jene zweite Verschanzung vor; nach ein paar Salven verließ der Feind auch sie; die Auflösung der dichten Colonnen, das Flüchten zur Weichsel, die wilde Verwirrung zeigte, daß der Sieg entschieden ist.

Sobald der Kurfürst das Holz von Praga erstürmt sah, warf er sich, mit sechs Escadronen die Dünen hinauf sprengend, auf die dort stehende Reuterei, jagte sie in die Flucht, sandte Friedrich Waldeck und Wrangel ihnen nach, die sie bis in die Sümpfe hinter Bialalenka trieben.

Der König war inzwischen in Gefahr, von der ganzen Tartarenmasse, die von dem Paß aus ihn zu umgehen versuchte, in dem Rücken gefaßt zu werden; er warf ihnen sein zweites Treffen entgegen, jagte sie in die Flucht. Während er sie bis in die Wälder von Grochow verfolgte, hatte Sparr auch die Schanze an der Brücke genommen; die Brücke selbst hatten die Fliehenden in Brand gesteckt, Praga stand in Flammen.

Die Niederlage der Polen war vollständig. Viele kamen auf dem Schlachtfeld, in den Sümpfen, von der Brücke stürzend, durch den Strom schwimmend, um. Johann Casimir war mit dem Rest seiner Truppen südwärts geflüchtet, ihm schon voraus die Königin. Der Rath von Warschau überbrachte dem Kurfürsten die Schlüssel der Stadt. Am Montag war die Weichselbrücke hergestellt. Am Abend zogen der König und der Kurfürst mit einem Theil ihrer Truppen ein.

So die erste Schlacht der preußischen Armee.

Des Kurfürsten Kriegsmacht und seine Führung hatte sich der des Schwedenkönigs völlig ebenbürtig gezeigt; er hatte die entscheidende Position am zweiten Schlachttag genommen und behauptet, sein Fußvolk den entscheidenden Sturm am dritten ausgeführt.

Zahllose Flugblätter und Zeitungen verbreiteten die Nachricht von der dreitägigen Schlacht bei Warschau über das staunende Europa. Wie

geschickt auch die schwedischen den Ruhm ihres Königs und ihrer Truppen voranzustellen verstanden, es war nicht zu verbergen, was die Brandenburger gethan; man empfand, daß in die Reihe der Kriegsmächte Europa's eine neue eingetreten sei, und zwar mit einem Siege, der dazu angethan war, das stolze Schweden neidisch zu machen, und nicht bloß Schweden zu beunruhigen.

Die französischen Gesandten nannten in ihren Berichten nach Paris die Schlacht „ein unerwartetes Zusammentreffen der beiden Armeen, die sich suchten, ohne zu wissen, wo sie gegenseitig standen". Die Herren Staaten im Haag ließen, als die Princessin Hoheit ihnen die eben eingelaufene Siegesnachricht zuschickte, ihren Dank sagen, aber keinen Glückwunsch beifügen. Am kaiserlichen Hofe, der in Prag verweilte, war „nicht geringe Bestürzung, wie auch nicht weniger Jalousie und furchtsame Reflexion auf den Kurfürsten". Und vom Frankfurter Deputationstage wurde gemeldet: „der kaiserliche Gesandte ist durch die Zeitung allerdings sehr bestürzt, hat sich endlich durch einen guten Trunk getröstet mit der Anzeige, daß auf einen verdorbenen und betrübten Markt ein fröhlicher Krämer gehöre". Auch an den evangelischen Höfen sprach man nur von dem unvergleichlichen Muth der Schweden, von ihren neuen Lorbeern.

Der russische Antrag.

Johann Casimir war in der Richtung von Lublin geflohen. Bald sammelten sich seine zersprengten Schaaren; schon am 11. August waren bei 50000 Mann um ihn. Gegen de Lumbres und Avaugour, die ihm nachgeeilt waren, von Neuem zu vermitteln, äußerte er sich mit rasch erneuter Zuversicht.

Nach Karl Gustavs Sinn wäre es gewesen, den Feind nicht mehr zu Athem kommen zu lassen, ihn zu einer zweiten Schlacht zu zwingen,

ihm den Frieden zu dictiren. Er eilte südwärts in der Richtung von Radom, als wolle er ihm den Weg nach Gallizien verlegen; er drohte alles mit Feuer und Schwert zu vernichten, wenn der Friede nicht angenommen würde.

Mochte das seinem Interesse entsprechen, das Friedrich Wilhelms war ein anderes.

Auch er wollte den Frieden, aber nicht den, welchen der Stolz und Uebermuth der Schweden forderte. Für ihn gab es noch andere Rücksichten, als ihren Beifall zu gewinnen. Daß er sich mit ihnen conjungirt hatte, beunruhigte die europäische Politik nur zu sehr.

Schon lag auf der danziger Rhede eine bedeutende holländische Flotte; daß die Herren von Amsterdam ein Auge auf Pillau hätten, ward nur zu glaubhaft berichtet. Von Neuem wurde in Kopenhagen, wohin vom Hag der erbitterte Gegner Schwedens, Conrad van Beuningen, gesandt war, an eine Schilderhebung gegen Schweden gedacht; zehn dänische Orlogschiffe hatten sich mit der holländischen Flotte vereint, Danzig zu schützen.

Der wiener Hof, der bisher nur diplomatisch thätig gewesen war, am polnischen Hofe gegen den Frieden, bei dem russischen Großfürsten für die Allianz mit Polen gearbeitet hatte, schickte sich zu ernsteren Schritten an; ein kaiserliches Heer mit zahlreichen Geschützen, hieß es, werde in Schlesien gesammelt, um nach Pommern zu gehen. Wie Spanien die Dinge ansah, zeigte sich darin, daß der Prinz von Condé seine Völker nach der clevischen Grenze zusammenzog. Schlimmer als alles war, daß die Moscowiter, wenn auch noch nicht in offener Allianz mit Polen, in der ganzen Breite von der Newa bis zur Düna gegen die schwedischen Provinzen vordrangen, daß sie in den Tagen der warschauer Schlacht mit Dünaburg den Schlüssel Lieflands gewannen; drei Wochen später standen sie vor Riga, begannen die Belagerung der Stadt.

Nicht des Kurfürsten Schuld war es, daß sich Karl Gustav in ein Unternehmen eingelassen hatte, das eben so die materiellen Kräfte Schwe-

dens überstieg, wie es, auf den Umsturz eines alten großen Staates gewandt, die europäische Politik herausforderte. Am wenigsten für Schwedens Macht und Größe sich zu opfern, hatte er ein Interesse oder eine Pflicht. Karl Gustav konnte, wenn die von allen Seiten heranschwellenden Fluthen zusammenschlugen, sich in sein Nordland zurückziehen; das Haus Brandenburg war nicht in der Lage, solchen Phantasiekrieg zu führen. Er lag wie zwischen Hammer und Amboß.

Für die Ruhe Europas war die Schwäche Polens und die Uebermacht Schwedens gleich gefährlich. Auf ein europäisches Interesse mußte der Kurfürst seine Politik zu gründen verstehen, wenn sie Bestand haben sollte. „In der Mitte ist unser Heil," schreibt einer der Räthe; „eine richtige Balance zwischen Polen und Schweden herzustellen", das war und blieb der Gedanke der brandenburgischen Politik.

Wie peinlich es dem Stolz der Oxenstjerna, de la Gardie, Wrangel sein mochte, nur die Hülfe Brandenburgs hatte das kleine kriegsgewaltige Heer vor der herabrollenden Lawine der polnischen Volkserhebung gerettet. Und nicht weiter als zu dieser Rettung hatte sich der Kurfürst verpflichtet. 1) Wollte Karl Gustav mehr, wollte er den Frieden dictiren, so mochte er selber sehen, aber dabei nicht vergessen, in wie großer Gefahr Riga, Narva, Reval, ja Finland war, und sich erinnern, daß er die vier Palatinate so gut wie Preußen zu decken vertragsmäßig verpflichtet war.

Friedrich Wilhelm hatte ein Recht, die Bedeutung seiner Allianz zu fühlen und die Schweden fühlen zu lassen; er am besten wußte, daß sie gegen Polen schon nichts mehr unternehmen konnten, als er geschehen zu lassen für gut fand.

Daß er forderte, in die Defensive zurückzugehen und so über

1) Nach Pufendorf C. G. III. 28 hat der Kurfürst gleich nach der warschauer Schlacht angedeutet, daß er für die Souveränetät Preußens mehr zu leisten bereit sei. In den diesseitigen Acten finde ich keinen Anhalt für diese Angabe.

den Frieden zu verhandeln, zeigten die Vorgänge der nächsten Wochen.[1])

Der König war bis Radom gegangen, wie sich bald zeigte, um die Besatzungen der kleinen Festen in Südpolen an sich zu ziehen; nur Krakau blieb stark besetzt. Der Befehl des Königs vom 11. August, die Werke von Warschau zu schleifen, alles Werthvolle, alle Kunstgegenstände aus den Schlössern einzupacken und die Weichsel hinabzuschicken, zeigte, daß auch Warschau nicht gehalten werden solle.

Der Kurfürst war bis an die Pilica gefolgt, theils um des Königs Bewegung zu stützen, theils um den Einmarsch Derfflingers in die vier Palatinate zu decken, der mit den in den Marken neugeworbenen Regimentern bereits die Grenze Posens erreicht hatte.

Ende August standen die Schweden von Nowodwor rechts bis Lowicz, links bis Pultusk, das offene Warschau vor der Front noch haltend, während die Brandenburger sich hinter ihnen nach der Grenze des Herzogthums zogen.

Hatte Karl Gustav sich darin finden müssen, die Theilung Polens aufzugeben, so hoffte er wenigstens zur Eroberung Danzigs, die erst dem Besitz Preußens seinen vollen Werth gab, auf des Kurfürsten Beistand rechnen zu dürfen. Er schlug ihm vor, die Reuterei der conjungirten Armee nach Podlachien und Brzesc zu legen, um gegen den drohenden Anmarsch der Lithauer und Tartaren unter Gonsiewsky das Herzogthum zu decken und ihnen zugleich die Verbindung mit den Moscowitern zu verlegen; das conjungirte Fußvolk wünschte er gegen Danzig zu führen.[2])

---

1) Aus einem Schreiben Jenas an den Kurfürsten vom 12. Sept. 1656 ergiebt sich, daß über die Frage, ob weiter mit Schweden vorgehn oder nicht, sehr lebhafter Zwiespalt unter den Räthen des Kurfürsten war, daß Waldeck mit Leidenschaftlichkeit die schwedische Parthei vertrat, daß er sich (26. Aug.) zu den unwürdigsten Beleidigungen gegen Jena und Platen hinreißen ließ, weil sie ihm „im Rath immer zuwider seien". Von dieser Zeit an sinkt Waldecks Einfluß.

2) Diesen Plan erwähnt der König in einem späteren Schreiben (Wismar, 6. Dec. 1657), das in der Brochüre Björnclous Memoriale in punctis auxilii et assistentiae (s. l. et a.) Beilage Lit. O. gedruckt ist.

Friedrich Wilhelm hatte nicht eben Neigung, sein Heer so zu zerreißen, es so aus der Hand zu geben; am wenigsten jetzt wollte er dem Schein, den die Schweden zu verbreiten beflissen waren, als sei er nur „ein Anhängsel ihrer Politik“ [1]), Vorschub leisten. Der bewaffnete Adel in Samogitien, Lithauen, Podlachien, der über die Grenzen des Herzogthums einzubrechen drohte, gab seinen Truppen vollauf zu thun, wie denn eben jetzt die bei Wirballen vordringenden Massen durch Wallenrodt glücklich zurückgeschlagen und in die Wälder gejagt waren. [2])

Gonsiewsky hatte sich erboten, wenn die brandenburgischen Truppen ihre Verheerungen in Podlachien einstellten, auch seinerseits die Grenzen des Herzogthums achten zu wollen. [3]) Der Kurfürst antwortete entgegenkommend. Er meldete dem Könige, daß er es gethan, „um Mord und Brand zu verhüthen“, und daß er seine Truppen auf die Grenze zurückgezogen habe, daß er auch sein Fußvolk zu deren Schutz vor Gesindel nicht entbehren könne; zugleich wies er auf die Gefahr hin, die auch für Schweden entstehe, wenn man mit einem Angriff auf Danzig den Punkt berühre, den die Staaten um jeden Preis zu decken entschlossen seien; sie müsse man vor Allem beruhigen, die mit ihnen in Elbing eingeleiteten Unterhandlungen zum Abschluß bringen.

Auch den Plan auf Danzig gab der König für jetzt auf.

In den ersten Septembertagen kam der moskowitische Kanzler nach Königsberg; er trug da erstaunliche Dinge vor: sein Zaar habe Liefland

---

1) Weimann schreibt etwas später, Haag, 10. Nov., von den Schweden: „wir sehen hier, in England und Frankreich, wie sie aller Orten den Großen gemacht und S. Kf. D. als ein consectaneum quid abgebildet — für ein subjectum misericordiae hingestellt.“

2) Dieß Gefecht erwähnt Theatr. Eur. VII. p. 987. Meine Angaben begründen sich auf Heinrich v. Wallenrodts Schreiben vom 12. bis 20. Aug. Der Führer der Bewegung dort ist der Sohn Gonsiewskys, er hat 12000 M., darunter 1000 masurische Schützen, 11 Compagnien geworbenes Volk, 5000 M. unter Sapieha.

3) Die Erbietungen Gonsiewkys, des Vaters, sind vom 12. Aug. und nach Königsberg durch einen v. Kaminsky gebracht, der eigentlich ein Franzose des Namens de Pierre ist. Wallenrodt schreibt davon: „es ist lauter Betrug mit ihm (Gonsiewsky), weil er es an keinem Rath und Aufwiegelung alhier in Preußen, uns ein Unglück anzustiften, ermangeln läßt.“

so gut wie vollständig inne, der Kurfürst möge sich von Schweden trennen, sich mit ihm conjungiren, das Herzogthum so von ihm zu Lehen nehmen, wie er es früher von Polen gehabt. Auf des Kurfürsten Einwendungen, namentlich daß er mit den Staaten zu genau verbunden sei und ohne sie nichts schließen könne, antwortete der Russe: sein Zaar sei ein großer Monarch und könne den Kurfürsten wohl schützen; er habe Geld genug, und hätte er nur einen Hafen, so wolle er Schiffe genug bauen lassen, daß die Schiffe Anderer aus der Ostsee wegbleiben müßten. Alle Einwendungen halfen nichts; immer wieder kam der moscowitische Staatsmann darauf zurück, daß der große Zaar Preußen in seinen Lehnsschutz nehmen wolle.

Weder der Kurfürst noch seine Räthe täuschten sich über die ernste Gefahr, welche „die großen Desseins der Barbaren" in sich trugen; „wenn Brandenburg nicht freie Hand bekommt, die Sache in aequilibrio zu halten, wenn Schweden unterkommt und die Moscowiter mit Riga einen Hafen gewinnen, so ist die allerhöchste Gefahr da und S. Kf. D. wird dann erst recht vor der Hölle wohnen."[1])

Traurig genug, daß die deutschen Städte und Stände bis Dorpat und Reval daran waren, jetzt so unter die Herrschaft der Moscowiter zu fallen, wie sie vor hundert Jahren sich den Polen ergeben, wie vor zweihundert Jahren das halbe Preußen polnisches Land, die andere Hälfte polnisches Lehen geworden war, und zwar darum, weil das Reich deutscher Nation diese seine Colonien im Osten nicht zu schützen vermocht hatte. Jetzt war die Polenmacht in demselben Falle, wie damals das Reich; sie hatte sich selbst und ihre Dependenzen, sie hatte das Herzogthum Preußen weder schützen können noch wollen; sie hatte dem Kurfürsten die Souveränetät geboten, wenn er sich für die Republik in die

1) Schwerin an Weimann, 11. Sept.: „wollte Gott mein Herr hätte gehört qua arrogantia et obstinatione derselbe Mensch die Beleihung gesucht und zwar iisdem conditionibus wie es bei Polen gewesen." Er erzählt den ganzen Verlauf der Audienz.

Schanze schlagen wolle, und ein zur Hälfte polnisches Heer hatte ihn gezwungen, Schwedens Vasall zu werden. Schweden hatte ihm den souverainen Besitz der vier Palatinate gegeben, damit es mit seiner Hülfe sich des Andringens der Polen erwehre; mit der warschauer Schlacht hatte er den Preis gezahlt. Nun stürmte der Moscowiter auf die Schweden von Narwa bis Riga heran, forderte die Lehnsherrlichkeit über Preußen, drohte mit Feuer und Schwert, wenn sie geweigert werde. Weder Polen noch Schweden hatte die Macht oder den Willen, das Herzogthum zu vertheidigen; noch weniger hätte es mit den eignen Mitteln sich retten können. Es war verloren, wenn es nicht den Schutz seines Landesherrn hatte, wenn er nicht mit der Gesammtkraft seiner Territorien für sein Preußen eintrat.

Er antwortete dem Russen: er habe sich resolvirt, Preußen hinführo von Niemand zu Lehen zu tragen.

„Darauf, so schreibt Schwerin, wird man wohl endlich die consilia richten müssen; ich sehe nicht, was daran fehlen sollte, daß S. Kf. D. sich in die ehemalige Freiheit dieses Landes wieder einsetzen sollte." Die Souveränetät bedeutete die Befreiung eines deutschen Landes von hundertjähriger Fremdherrschaft; die Souveränetät erringen hieß zwischen Polen und Schweden eine Macht stellen, die der baltischen Welt den Frieden sicherte, hieß, da die Republik Polen nicht mehr die Kraft hatte, ein Wall zu sein gegen die andrängenden Moscowiter, Tartaren, Kosacken u. s. w., die alte Bedeutung der Marken jenseits der Weichsel erneuen, um die abendländische Christenheit vor den „Barbaren des Ostens" zu schützen.

In diesem Gedanken hatte Friedrich Wilhelm in Stettin verhandelt. Er hatte ihn in allem Wirrwarr der Politik und des Krieges fest im Auge behalten; er schien mit der warschauer Schlacht ganz nahe daran, das Ziel zu erreichen.

Aber je näher dem Gipfel, desto mühevoller und gefährlicher wurde jeder nächste Schritt; es bedurfte der höchsten Anstrengung, festen Wil-

lens, größter Besonnenheit, um alle Hemmnisse der inneren und äußeren Politik zu überwinden.

Damals wurde ein portugiesischer Jude in Amsterdam bewundert, der drei, vier Schachspiele zugleich zu spielen verstand. Wie viel künstlicher war das politische Schachspiel des Kurfürsten, der zugleich gegen und mit Schweden, Polen, dem Zaar, dem Kaiser, den Staaten, den evangelischen und katholischen Ständen im Reich sein Spiel machen, zugleich mit den Fragen der großen Politik die Landstände in jedem seiner Territorien und ihre Velleitäten, ihren Widerstand berechnen mußte.

Denn selbst die in Preußen, die mit so gutem Willen begonnen hatten, begannen schwierig zu werden, als zu den Lasten der großen Rüstung auch die Verheerungen des Krieges über ihr Land kamen, mehr noch, als sie inne wurden, daß der Lehnsvertrag mit Schweden einen guten Theil ihrer Libertät durchschnitten hatte, ja daß es des Kurfürsten Absicht war, sich im Herzogthum „absolut zu machen". Schon mit dem Landtag im Frühling 1656 begannen die Controversen über die unbewilligten Contributionen, über die ohne ständisches Zuthun geschlossenen Verträge, über das beseitigte Recht der Appellation an ein oberlehnsherrliches Tribunal u. s. w., Controversen, die bald genug zu der ganzen Schärfe der Alternative Libertät oder Souveränetät heranreifen sollten.

Schon hatten auch die Stände in Pommern, in den Marken über den unerhörten Druck der Kriegskosten, über die argen Durchzüge schwedischer Kriegsvölker, bald über die verheerenden Einfälle polnischer Horden zu klagen; die der Neumark traten mit dem Feinde in Unterhandlung, schlossen einen Waffenstillstand mit ihm auf zwei Monate, ein Eingriff in die landesherrliche Prärogative, welche der Kurfürst auf das Strengste zu verweisen für nothwendig hielt.[1])

---

1) Nach Pufend. VI. 48, wo die märkischen, nicht die neumärkischen Stände genannt werden. Genaueres ergiebt des Statthalters der Marken, Grafen Wittgensteins Schreiben an Schwerin, 26. Dec. 1656, bei Orlich I. p. 409 und die Eingabe der Stände der Marken, d. d. Berlin, 15. Dec.

Und in den rheinischen Landen war die Opposition wieder in voller Arbeit, geführt jetzt von dem ständischen Syndicus Dr. Neuß und dem unermüdlich rührigen Consulenten Leo Aitzema im Haag. Je weniger die Herren von Holland ihrem Bündniß mit dem Kurfürsten nachgekommen waren, desto erwünschter waren ihnen die Lamentationen der clevischen Herren, die ihnen Gelegenheit gaben, den Kurfürsten fühlen zu lassen, wie unzufrieden sie mit seiner inneren und äußeren Politik seien; sie drückten auf die clevische Regierung, um, wie man meinte, dem Kurfürsten Pillau abzupressen, oder ließen doch Schweden fürchten, daß dieß ihre Absicht sei, damit ihnen in den elbinger Verhandlungen desto mehr zugestanden werde. [1])

Und wieder der französische Hof wies immer von Neuem sehr theilnehmend auf die große Gefahr hin, die den brandenburgischen Landen am Rhein von Düsseldorf her drohe, und war sehr betreten darüber, daß der Kurfürst seit der warschauer Schlacht sich nicht mehr recht davor fürchten und desto beflissener um Frankreichs Gunst werben, der französischen Politik fügsam sein wollte.

Ungleich dringender als am Rhein war die Gefahr für Pommern und die Neumark. Wenn der Kurfürst gegen jene polnischen Invasionen auf Reichsgebiet den obersächsischen Kreis aufrief, so entgegnete das Directorium Kursachsen, „er selbst habe sich ja mit Schweden zum Angriff auf Polen vereint, und was die Polen zur Abwehr thäten, gehe den Kreis nichts an.“ Noch weniger fand die Erwähnung der Reichsgrenzen am kaiserlichen Hofe irgend eine Berücksichtigung; dort jubelte man, daß der Moscowiter so tapfer vorging, und daß Schweden „nicht im Stand sein werde, einen so mächtigen Feind zu dämpfen“. Was konnte man in in Wien Besseres wünschen, als daß der eine der Garan-

1) Weimann schreibt: „einer aus Holland sagte mir im Vertrauen, daß dieses nur artificia einiger Glieder wären, welche die Landstände mit S. Kf. D. nur suchen zu embrouilliren, um in andern Sachen Vortheil daraus zu nehmen, ohne daß die meisten membra vom Grund der Sachen geinformiret oder gemeinet wären, das Wenigste wirklich zu thun.“

ten des westphälischen Friedens matt gesetzt wurde; dann hatte man seinen Druck in Deutschland nicht mehr zu fürchten und konnte versuchen auch den andern abzuschütteln, konnte es wagen, trotz jenes Friedens den Spaniern in den Niederlanden Truppen zuzusenden, ihnen in Italien zum Kampf gegen Frankreich an die Seite zu treten. Schon ward kaiserliche Acht über den Herzog von Modena, Frankreichs Verbündeten, verhängt, „ohne Rechtserkenntniß, ohne der Kurfürsten und Fürsten Consenz, gleichsam in eigener Sache"; ja der Kaiser forderte Frankreich auf endlich „seine drei Millionen an den Erzherzog zu Inspruck zu zahlen oder den Elsaß zurückzugeben, widrigenfalls man die Possession mit Gewalt suchen werde". Darum war jetzt Frankreich so eifrig, Bündnisse mit den Reichsfürsten zu schließen, sie auf die Gefahr, die ihrer Libertät vom Reichsoberhaupt drohe, aufmerksam zu machen In Frankfurt wurden jetzt Mainz, Trier, Baiern, Cöln nicht müde, das allgemeine Defensionswerk, zu dem Brandenburg so oft vergebens gemahnt, zu empfehlen und zu fordern. Nur daß die kaiserliche Gesandtschaft, je reichspatriotischer sie sich ausließen, desto kühler wurde: „es sei nicht noth, daß die Stände mit Werbungen sich bemüheten, sintemalen Kais. Maj. zur Beschützung des Reiches allbereits genug auf den Beinen hätten, und dürften die Stände nur die nöthigen Quartiere denselben assigniren"; Aeußerungen, die der mainzische Kanzler mit dem Bemerken wieder berichtete: „es sei das ein gar nachdenkliches Zumuthen, darin die Kurhäuser und Stände des Reiches wohl nimmer willigen würden, in Betracht daß solche Protection gar leicht wie vormals geschehen, eine Subjection werden dürfte." In Mitten der ungeheuren Krisis, die mehr und mehr die ganze europäische Staatenwelt ergriff, war das Reich ohne Steuer, ohne Richtung, ohne Politik; man jammerte und zürnte, daß der theuer erkaufte Friede in Gefahr sei und daß Brandenburg höchst undeutsch, höchst unverantwortlich sich in Dinge einmische, die das

1) Portmanns Bericht vom 5./15. Oct. 1656.

Reich nichts angingen; nur die unendliche Ohnmacht und Verworrenheit hinderte das officielle Deutschland daran, Maßregeln zu ergreifen, um die Ambition Brandenburgs in den Schranken reichspatriotischer Pflicht zu halten.

Die Souveränetät.

Kaum sechs Wochen waren seit der warschauer Schlacht verflossen, und Karl Gustavs Lage war übler als vor derselben.

Die wiedergesammelte Polenmacht schickte sich an vorzugehen. Gonsiewsky konnte, wenn er den Bug überschritt, die Verbindung mit den Moscowitern gewinnen, deren linker Flügel bereits bis Wilna sich ausdehnte, während das Hauptheer Riga belagerte, der rechte Flügel Esthland überschwemmte, Finnland bedrohte. Und noch waren die elbinger Verhandlungen ohne Ergebniß; in jedem Augenblick konnte, wenn sie sich zerschlugen, die staatische Flotte auf der danziger Rhede in Action übergehn. Geschah das, so folgte unzweifelhaft auch ein dänischer Angriff auf Schweden, vielleicht von Schonen und Norwegen aus. Und Schweden selbst war in voller Gährung.

Freilich die schwedischen Herren im Hoflager zu Frauenburg, der König selbst fuhren fort in hohem Ton zu sprechen. Dieß polnische Kriegswesen ohne Zucht, Uebung und Führung verachteten sie gründlichst; das seien Fliegenschwärme, die höchstens lästig werden könnten. Sie sprachen von den Erbietungen der Kosacken, die bereit seien in Polen einzubrechen und mit ihren alten Herren Abrechnung zu halten, von dem nahen Abschluß mit dem Fürsten von Siebenbürgen, der sich Gallizien zu verdienen wünsche; die Verbindung mit ihm sei durch Krakau gegesichert, das der polnische Großmarschall mit seinen Reutermassen wohl nicht überreiten werde.

Aber des nächsten und für den Augenblick wichtigsten Bundesgenossen fühlten sie sich nicht mehr sicher.

Sie gaben dem Kurfürsten schöne Worte genug; sie thaten, als wenn ihnen sein Vortheil, seine Sicherung vor Allem am Herzen liege; sie versäumten keine Gelegenheit ihn zu erinnern, wie das hochgefährdete Evangelium in der innigen Verbindung Brandenburgs mit Schweden seine Stütze gegen den anschwellenden Papismus finden müsse. Zwischendurch fiel auch wohl ein drohendes Wort; namentlich Graf Schlippenbach verstand es, in einem Athem von der guten Sache, dem Evangelium, ewiger Treue zu sprechen und „mit Donner, Blitz und Hagel, mit Betrügereien" um sich zu werfen, was denn hinterdrein mit „den gloriosen und tapfern Humoren, daran man im schwedischen Lager gewöhnt sei", entschuldigt wurde. Dann wieder wußte man höchst geschmeidig und verführerisch zu sein, wenn man den Ehrgeiz Waldecks locken, die kluge Geradheit Schwerins berücken, den klaren und ruhigen Somnitz blenden oder die früher schwedischen Officiere im brandenburgischen Heere mit dem Ton alter Kameradschaftlichkeit in der Hand behalten wollte.

Der Kurfürst kannte ihre Künste hinlänglich, er hatte ihren Uebermuth bitter genug erfahren; und wenn sein Rath Bonin demnächst dem Polenkönige, als er kriegsgefangen bei ihm Audienz hatte, seines Herrn Lage und Ansicht darlegte und sagte: „derselbe sei den Schweden im Herzen so feind, als vielleicht S. Maj. selber ihnen bis auf diese Stunde noch nicht gewesen sein möchte," so war das kaum zu viel gesagt. Nur daß Neigung und Abneigung ihn in seinen politischen Entschlüssen nicht bestimmten und bestimmen durften, nach der vielleicht schwersten Pflicht des fürstlichen Regimentes, je persönlicher es ist, desto weniger persönlich sein zu dürfen.

Die Berichte, die er aus dem Haag, aus Paris, Wien, London erhielt, zeigten, mit welchem Eifer die schwedische Diplomatie beflissen war, die Meinung zu verbreiten, „als wenn der König ihn aus Mitleiden überhalte und schütze", als wenn es sein einziges Verdienst sei, daß er „die Ehre, nun und für ewige Zeiten der Schweden Schweif zu

tragen", mit bescheidenem Dank erkenne. Die zahlreichen Zeitungen und Flugblätter über die Schlacht von Warschau, die vom schwedischen Lager aus verbreitet wurden, sprachen so „als wenn der König alles gethan, gerathen, verrichtet habe"[1]; „wird etwas gethan, so hats Schweden gethan, verloren, so hats Brandenburg verloren". Es gehörte zum guten Ton in der schwedischen Armee, über die brandenburgischen Truppen „schimpflich Klage zu führen".

Der Kurfürst wäre thöricht gewesen, wenn er der Politik Schwedens weiter getraut hätte, als er berechnen konnte, daß sie ihn benutzen zu können meinte, wenn er nicht vorausgesetzt hätte, daß sie möglicher Weise auch ohne Rücksicht auf ihn, auf seine Kosten ihren Frieden mit Polen machen, namentlich Pillau und Memel zu gewinnen suchen werde.

Nicht unerwünscht kamen ihm jene insolenten Anträge des moscowiter Kanzlers. Er theilte dem Könige mit, daß er demselben Audienz ertheilt habe, daß der Zaar Tractate mit Schweden wünsche, daß er seinem Gesandten Eulenburg vorläufige Weisungen gegeben habe. Karl Gustav sprach seinen lebhaften Dank für des Kurfürsten „beständige Freundschaft" aus und verstand sehr wohl, was diese Ankündigung bedeute.[2].

Friedrich Wilhelm hatte noch vor der warschauer Schlacht Ewald von Kleist nach Kopenhagen gesandt, dort darzulegen, daß seine Conjunction mit Schweden ihn „nicht weiter, als so weit es das Herzogthum Preußen und das polnische Wesen betreffe", engagire, seine sonstigen Verpflichtungen und freundschaftlichen Beziehungen so wenig wie seine Gesinnung ändere. Nach der Schlacht ließ er dem dänischen Könige

---

1) Aus einem Schreiben Jenas, das ich in dem Aufsatz „die Schlacht von Warschau" mitgetheilt habe. Gegen solche „extravagantes relations" schrieb der Kurfürst eigenhändig seinen Bericht von der Schlacht, ließ ihn zum Druck nach dem Haag senden.

2) Schreiben des Kurfürsten an den König, 8. Sept. Antwort des Königs, deutsch, eigenhändig, d. d. Frauenburg, 3. (13.) Sept.: „das gute Zutrauen, welches ich jederzeit zu E. Kf. beständiger Freundschaft trage".

angelegentlich empfehlen, sich mit Schweden zu verständigen, da der Zwiespalt beider Kronen, welche die rechten Hüther des Evangeliums seien, den Papisten „ein angenehm Spiel und Kurzweil" mache; er bot seine Vermittlung an. Die Antwort lautete entgegenkommend genug: nur müsse auch die staatische Gesandtschaft zur Verhandlung zugelassen werden. Einstimmig hatte der Reichsrath votirt, es sei durchaus nicht gegen den Wunsch Dänemarks, vielmehr in dessen Interesse, wenn das Haus Brandenburg aus diesen Wirren einen Zuwachs an Macht und Selbstständigkeit gewinne. Auch von Dänemarks Bereitwilligkeit, zu verhandeln, gab der Kurfürst in Frauenburg Nachricht, indem er zugleich darauf aufmerksam machte, daß ein moscowitischer Gesandte in Kopenhagen eingetroffen sei.[1]) Karl Gustav dankte bestens auch für diese Bemühungen des Kurfürsten; aber sie zeigten ihm zugleich, wie die Politik seines Vasallen über den Kreis hinaus, in dem er sie zu halten wünschte, geschäftig war.

Nicht minder fühlbar wurde ihm diese „freie Hand" in den elbinger Verhandlungen. Geflissentlich benutzte der Kurfürst jeden Anlaß, zu zeigen, daß er in Allianz mit den Staaten sei, daß er großes Gewicht auf die vertrauliche Verbindung mit ihnen lege; und es war nichts weniger als ein Geheimniß, daß diese Allianz die Garantie aller kurfürstlichen Lande, also auch Preußens, auch Memels und Pillau's enthielt.

Die Herrschaft des baltischen Meeres war es, die Karl Gustav als das letzte Ziel seines Kampfes gegen Polen ansah; er hätte sie gewonnen, wenn er des Kurfürsten und mit seiner Hülfe Danzigs Meister geworden wäre. Jetzt stand nicht bloß Danzig ungebeugt da; Berichte, die er aus dem Haag empfing, zeigten ihm, daß das Verständniß des Kurfürsten mit Holland weiter war, als die elbinger Verhandlungen vermuthen ließen.

Der Kurfürst kannte die Art der Holländer. Daß er von den lei-

---

1) So aus Kleists Berichten, namentlich vom 7. (17.) Aug. und 7. (17.) Sept. 1656.

tenden Staatsmännern im Haag nicht eben Freundschaftsdienste zu erwarten habe, wußte er längst, und das Verhalten eines der bedeutendsten unter ihnen, Beuningens, der in Kopenhagen Kleist's Bemühungen auf das Aeußerste erschwert hatte[1]), war ein neuer Beweis dafür. Er hätte sie haben können, wenn er ihnen Pillau in irgend einer Form überlassen hätte; aber die holländische Herrschaft in der Ostsee konnte für ihn eben so wenig erwünscht sein wie die schwedische oder die irgend einer andern Seemacht; schon genug, daß der holländische Einfluß in Kopenhagen so groß war. Da gaben die Eröffnungen des moscowitischen Kanzlers ein Mittel an die Hand, die Herren von Holland zum Nachdenken zu bringen. „Die großen Desseins der Barbaren machen hier große Besorgniß", meldet Weimann; namentlich in Amsterdam war große Aufregung; „man fängt an, den früheren Zustand eben so zurückzuwünschen, als man vor diesem aus Haß gegen Schweden nach nichts so sehr als einem moscowitischen Einfall Verlangen getragen; auch in Dänemark wird man besorgt und kommt auf andere Consilien." Wenn Handel und Wandel allarmirt war, so wich der kluge Rathspensionär; und die Gesandten in Elbing sahen mehr nach Amsterdam als nach dem Haag; es waren Leute, mit denen sich sprechen ließ.

Sie gaben Einiges auf, namentlich die Forderung, daß Danzig fortan einen eigenen Staat bilde; sie begnügten sich, die Neutralität für Danzig auszubedingen. Am 10. September wurde der elbinger Vertrag abgeschlossen, ein Vertrag wesentlich handelspolitischer Art, mit dem die Frage der Herrschaft in der Ostsee bis auf Weiteres vertagt war.

In Holland wurden mit lebhaftem Dank die guten Dienste anerkannt, die der Kurfürst in diesen schwierigen Verhandlungen geleistet habe; „jedermann, heißt es in den Berichten von dort, eifert hier heftig,

---

1) In Dennemarcken doet hij wat hij will . . soo dat men siet, dat hij met passie gaet . . . maer sij achten den Coninck van Dennemarcken weinich unde sullen daeromme alles doen 't welck tot haer voordeel streckt. Prinz Wilhelm Friedrich von Nassau an Weimann, 30. Sept. 1656.

man müsse mit S. Kf. D. gut Freund bleiben, der Staat könne ihn nicht verlassen, noch er den Staat."[1]) Man tadelte Beuningen, daß er in Kopenhagen fortfahre, zu hetzen und zu schüren. Man sprach, und nicht bloß in den Kreisen der Princessin Hoheit, davon, daß in den elbinger Verhandlungen — denn noch forderten die Hochmögenden einige Aenderungen, bevor sie ratificirten — „der preußische Lehnsvertrag zur Sprache gebracht und auf einen andern Fuß gesetzt werden müsse".

Das lehnte der Kurfürst bestimmt ab, „damit das gemeine Werk dadurch nicht gehindert werde". Nicht in diesem Zusammenhange, nicht als ein Anhängsel der holländischen Handelspolitik wollte er die Souveränetät; um so weniger, da die Holländer sofort in den Licenten von Pillau und Memel ihren Preis gefordert haben würden. Er ließ im Haag wohl vertraulich sagen, daß er in Betreff Pillau's, wenn ihm zur vollkommenen Libertät geholfen würde, gern auf ein Temperament eingehen werde, „nur daß er der Meister bleibe". Aber zum Ziele konnte er auf diesem Wege nicht kommen wollen; genug, wenn er von dieser Richtung her einen Druck mehr auf den Punkt geben konnte, wo die Entscheidung lag.

Die Verhandlungen mit dem polnischen Hofe, welche die beiden französischen Gesandten geführt, hatten sich zerschlagen. Am 6. September verließen sie Lublin. Es kamen Nachrichten von dem begonnenen Vorrücken der Polen, von Erfolgen, die sie gewonnen; ein schwedisches Regiment, das zur Verstärkung nach Krakau gesandt war, hatten sie niedergemacht; Warschau wurde demnächst genommen. Gonsiewsky hatte den Bug überschritten, drohte in das Herzogthum einzubrechen[2]); ob ihm Radzivill, der mit sechs schwachen schwedischen Regimentern den Narew deckte, aufhalten könne, war mehr als zweifelhaft. Zugleich drang

1) „Daß E. Kf. D. den Tractat tüchtig gesecundiret und daß sonst ihre Leute so viel nicht würden erhalten haben; an ihrer Dankbarkeit solle es auch nicht ermangeln." Weimann, Haag, 19. Sept. 1656. Düss. Arch.

2) Das Anrücken meldet Karl Gustav dem Kurfürsten, d. d. Frauenburg, 12./22. Sept. 1656.

Czarnecky mit dem königlichen Heer über die Pilica in Großpolen vor; ein Seitencorps wandte sich nach Kalisch, umschloß die Stadt, schnitt so die Besatzungen in Siradien und Lanczyc von Posen ab.

Die schwedische Armee war durch die Anstrengungen der letzten Monate, durch die grassirende Pest, durch Einschiffung einiger Tausend Mann nach Riga sehr geschwächt; andere dreitausend Mann lagen in Krakau, Posen, Kalisch, Konitz u. s. w. zerstreut. Der König schwankte, ob er nach Liefland gehen oder in Preußen bleiben solle; daß er vorerst die festen Punkte an der Weichsel von Nowodwor bis Haupt zu halten wünschte, war natürlich.[1]) Wo aber blieb dann der Schutz des Herzogthums, der vier Palatinate, zu dem er sich im marienburger Vertrage verpflichtet hatte? Er hatte, als er den Kurfürsten aufforderte, die polnische Lehnsherrlichkeit abzuwerfen, geltend gemacht, daß „mit dem Lehnsschutz die Lehnspflicht cessire"; konnte nicht mit gleichem Recht nun dasselbe gegen die Krone Schweden geltend gemacht werden?

Auch des Kurfürsten Heer war sehr geschwächt, viel zu schwach, um die weite Grenze von Soldau bis Memel zu decken; wenn er von Neuem außerordentliche Anstrengungen machte, im Herzogthum neue Truppen ausheben, in den Marken und am Rhein werben ließ, so geschah das nicht, um der Vasallenpflicht gegen Schweden gerecht zu werden. Manchen in seiner Umgebung erschien, was er von seinen Landen forderte, übermäßig und bedenklich; unter den Vertrauteren kam es zur Erwägung, ob es nicht an der Zeit sei, mit Johann Casimir in directe Verhandlung zu treten. Er lehnte es ab: „es werde vergeblich sein, wenn er sich nicht erbiete, mit auf die Schweden zu schlagen; das gedenke er nicht zu thun, da er Aussicht habe, von ihnen gute Satisfaction zu erhalten." Aber er gestattete, daß der Bischof von Ermeland, der in Königsberg ein Asyl gefunden hatte, in eigenem Namen einen seiner Ca-

1) Schwerins Schreiben an Weimann, 28. Sept. 1656. (Düsseld. Arch.) Desnoyers in dem P. S. zum Briefe vom 20. April, das zu dem Briefe vom 27. Oct. gehört.

nonici an Johann Casimir sandte, eine Verständigung einzuleiten.[1]) Er hoffte, gegen eine Invasion Gonsiewsky's durch die früheren Verabredungen geschützt zu sein; er hatte Waldeck die Instruction gegeben, sich durchaus innerhalb der Grenze und nur defensiv zu halten.

Karl Gustav war seit Ende August in Frauenburg. Er hatte zu wiederholten Malen den Wunsch geäußert, den Kurfürsten zu sprechen; auch die Königin, die nach Frauenburg gekommen, sprach denselben Wunsch aus. Der Kurfürst kam nicht.

Er selbst hatte von den Verabredungen, die er, „um Mord und Brand zu hindern", mit Gonsiewsky getroffen, nach Frauenburg Meldung gesandt. Also er unterhandelte; wer konnte wissen, worüber sonst noch. Man konnte sich nicht verbergen, daß die Stimmung am königsberger Hofe sich merklich abkühle, sich gegen Schweden kehre; und derjenige, auf den man am sichersten rechnen zu können meinte, Graf Waldeck, stand bei den Truppen an der Grenze. Der Versuch, durch Bestechungen nachzuhelfen, mislang; Schwerin schickte die Verschreibung über eine Starostei im königlichen Preußen dem Reichskanzler zurück (28. Sept.).

Schon hatte Gonsiewsky den Narew überschritten, hatte Radzivill nicht weit von seiner Feste Tycoczin geworfen, ihn gezwungen, sich über die preußische Grenze zurückzuziehen. Zugleich kam die Nachricht, daß Czarnecky bereits im Palatinat Lenczyc sei, nach Pomerellen wolle. Der Feind schien in weiten Bogen rechts und links die schwedischen Stellungen an der Weichsel umgehen, vielleicht vor Danzig sich vereinigen zu wollen. Es lag alles daran, den Kurfürsten zu thätigem Eingreifen zu bewegen; nur wenn Waldeck den Lithauern, Derfflinger dem Heer Czarnecky's sich in den Weg legte, war ein großes Unglück zu hindern.

Dem Kurfürsten schien der Moment gekommen, die Schweden auf

---

1) Die Stellung der schwedischen Truppen östlich der Weichsel ist folgende: Pfalz Sulzbach bei Plock, Wrangel bei Pultusk, Radzivill hinter Tykoczin.

die Frage zurückzuführen, die ihnen in den Stettiner Verhandlungen so ungeheuerlich erschienen war. Er sandte Schwerin und Jena (14. Sept.) nach Frauenburg mit dem Auftrag, darzulegen, wie dringend nothwendig der Friede mit Polen sei, um so mehr, da es wohl aller Anstrengung bedürfen werde, die Moscowiter in gebührenden Schranken zu halten; auch seien die Verträge zwischen Preußen und Schweden nicht allerseits bestimmt und genügend, es werde nöthig sein, sie zu revidiren.[1]) Sofort stimmte der König dem bei: sie seien allerdings nicht so, daß sie ein rechtes Fundament rechter Freundschaft auch für die Nachkommen bilden könnten. Als dann Schwerin an die Dinge erinnerte, die vor einem Jahre in Stettin unerledigt geblieben, lachte der König, fragte, ob wohl der Kurfürst gegen die Moscowiter helfen wolle und unter welchen Bedingungen.

Aber er sandte Schlippenbach nach Königsberg. Der König, sagte der gewandte Graf, trete mit Freuden alle Rechte der Majestät und Souveränetät über das Herzogthum ab und wolle an demselben so wenig behalten, wie er an der Türkei habe; die einzige Schwierigkeit sei, trotz der Souveränetät ein solches Band zwischen beiden Potentaten zu erhalten, bei dem sie allezeit ihre Sicherheit finden könnten; das scheine nur möglich, wenn man wenigstens nominell[2]) den Lehnsverband beibehalte; aber für etwas müsse etwas gewährt werden. Er erhielt zur Antwort, daß der Kurfürst gewiß genug gewähre, wenn er nicht so hart auf die vier Palatinate bestehe, die Schweden in dem Vertrage ihm mit voller Souveränetät gewährleistet habe und deren Besitz es schon nicht mehr zu sichern im Stande sei. Folgenden Tages meldete Schlippenbach dem

---

1) Aus Schwerins Bericht an den Kurfürsten, d. d. 16. September und aus zwei eigenhändigen Briefen des Kurfürsten an Schwerin, Königsberg, 17. und 18. Sept., in denen er seine Besprechung mit Schlippenbach darlegt. Pufendorf ist hier (VI. 44) auch in der Datirung nicht genau. Schwerin und Jena reisen zurück und kommen am 3. Oct. zum zweiten Mal nach Frauenburg.

2) „nuda recognitio feudi per simplex reversale“ sagt er zu Schwerin. (Schwerin an Weimann, 28. Sept. 1656.)

Kurfürsten, daß der König eine Besprechung mit ihm wünsche. Der Kurfürst antwortete, er sei sehr gern dazu bereit, doch müsse erst die Frage der Souveränetät in Ordnung gebracht sein. Mit diesem Bescheide reiste Schlippenbach zurück.

Man mochte im schwedischen Hauptquartier darauf gerechnet haben, daß die halbe Möglichkeit der Souveränetät Wunder wirken werde; man mochte zögern in der Hoffnung, daß die Ereignisse den Kurfürsten zwingen würden zu handeln, bevor man ihm irgend etwas zugestanden.

Allerdings waren schon am 4. September ein paar Streifparthien von Gonsiewsky's Heer ins Amt Lyck gekommen; dann hatte Radzivill, der in der Nähe stand, Waldeck aufgefordert, mit über die Grenze zu gehen, um den Feind zu werfen, bevor er völlig gesammelt sei. Das hatte Waldeck, seiner Instruction gemäß, abgelehnt; er selbst rieth dem Kurfürsten dringend zum Frieden, „der ganz in seiner Hand stehe"; er bat um Verstärkung, da der Feind einen Angriff zu beabsichtigen scheine. Auch darüber hatten Schwerin und Jena in Frauenburg gesprochen, und der König hatte geantwortet, daß sich Steenbock aus der Gegend von Plock [1]) demnächst in Marsch setzen und den nöthigen Rückhalt geben werde. Aber Steenbock kam nicht, und auch Radzivill erhielt Befehl, weiter von der Grenze zurück Quartier zu nehmen. Mochte Waldeck sehen, wie er das Herzogthum decke.

Und nun kam de Lumbres nach Königsberg zurück, meldete von den lubliner Verhandlungen, daß die Polen nicht anders Tractate beginnen wollten, als wenn Karl Gustav zuvor Preußen verlassen habe, und nur mit Ausschließung des Kurfürsten, der ein Vasall der Krone Polen sei. [2])

1) Daß er aus der Gegend von Plock kommt, ist aus den sonstigen Angaben geschlossen. Es sind nach dem guten Bericht bei Desnoyers, p. 150, etwa 4000 Pferde, 500 M. Fußvolk und 12 Kanonen, mit denen Steenbock nach Riga marschieren soll, wahrscheinlich meist die Truppen, die in dem festen Lager bei Lowicz gestanden. (Puf. C. G. III. 28.)

2) Non sine admiratione percepimus, schreibt der Kurfürst an Karl Gustav, Königsberg, 4. Oct. 1656, von jenen polnischen Erklärungen. Quin immo postu-

Zugleich waren von Danzig aus Schreiben unter Reichssiegel und mit Johann Casimirs Unterschrift an die Oberräthe im Herzogthum eingelaufen, einfach oberlehnsherrliche Befehle, „zum deutlichen Zeichen, schreibt der Kurfürst nach Frauenburg, was man polnischer Seits im Sinne habe."

Gar sehr mit Recht erwartete er, daß die schwedischen Herren jetzt um so zäher sein würden „als hätten sie einen Vorsprung erlangt, mehr Luft und Wasser bekommen". Als Schwerin und Jena (3. Oct.) zum zweiten Mal nach Frauenburg kamen, empfing sie Schlippenbach mit der Nachricht: viele hätten sich verwundert, daß der König in jene Nebenverhandlung über die Souveränetät gewilligt habe; und in der ersten Conferenz that der Reichskanzler, als wisse er von den Dingen, die in Königsberg besprochen seien, nichts, und als müsse es bei dem Lehnsnexus bleiben; „man werde ihn nicht aufheben können, ohne zuvor den schwedischen Reichsrath gehört zu haben". Sein fast wegwerfendes Verhalten und der Eindruck der bedenklichen Nachrichten von der Grenze war so entmuthigend, daß selbst Schwerin, der immer am entschiedensten die Souveränetät festgehalten, sich verpflichtet hielt, dem Kurfürsten zu schreiben: „er bitte noch einmal in Erwägung zu ziehen, ob man sie aufgeben oder durchsetzen solle." Die Souveränetät fordern oder annehmen, hieß den Bruch mit Polen unheilbar machen, ganz an Schweden gekettet bleiben; „wenn Ew. Kf. D. jetzt die gewünschte Satisfaction erhalten, so wird später nicht mehr möglich sein, eine andere Resolution zu fassen, während jetzt noch einige Entschuldigung dafür vorgebracht werden kann, daß die bisherigen Tractate mit Schweden geschlossen sind; es wird meinem freien Willen und genommenen Entschluß allein zugeschrieben werden, was jetzt drüber hinaus geschlossen wird."

Also Schwerin scheute sich den Schritt zu rathen, den nur noch der Erfolg rechtfertigen konnte; er lehnte die Verantwortlichkeit ab, aus

latum tale et iniquum respectu intentatae nostrae exclusionis nihil aliud arguit quam Catholicorum illud catholicon: divide et imperabis.

einem Grunde, der ihn kleiner zeigt, als vielleicht das Vertrauen seines Herrn, gewiß der Ernst des Momentes verdiente. Der Kurfürst tadelte ihn nicht; jene Bedenken konnten ihn nicht mehr irre machen.

Er kannte die diplomatischen Künste des getreuen Alliirten; „um des Königs Majestät aus der vermeinten Sicherheit zu bringen"[1]), ließ er Ewald von Kleist, der so eben aus Kopenhagen zurückgekehrt war, nach Frauenburg eilen (4. Oct.). Er hatte dem Könige zu melden, daß der Czaar 20,000 Mann auserlesenes Volk bei Wilna gesammelt habe, deren Bestimmung sei, sich mit Gonsiewsky zu vereinigen, daß der Adel von Samogitien in Waffen sei und sich den Moscowitern anschließe. Dann über seine dänischen Verhandlungen befragt, theilte er dem Könige mit: daß das Anerbieten brandenburgischer Mediation noch eben zur rechten Zeit gekommen sei, daß ohne sie die großen Erbietungen des Czaaren, gar sehr zum Präjudiz Schwedens, sofort angenommen sein würden, daß die dänische Galeote, die ihn herübergebracht, noch in Pillau liege und Befehl habe, zehn Tage auf S. Maj. Antwort zu warten. Der König schien von beiden Nachrichten, namentlich von dem Termin der zehn Tage unangenehm überrascht: er werde die Sache mit dem Reichskanzler berathen. Kleist hatte noch eine dritte Pille ihm zu bieten; er fragte: wie es mit Steenbocks Marsch stehe? Der König antwortete: derselbe habe bereits Befehl, mit seinem ganzen Corps zu Waldeck aufzubrechen, dann weiter zu eilen, um Riga zu entsetzen; auf die Erwiderung, daß dann seine Unterstützung nur sehr vorübergehend sein werde, wandte der König das Gespräch auf andre Dinge.

Hatte der König gegen Kleist wie gegen Schwerin die Frage der

---

1) Schreiben des Kurfürsten an Schwerin und Jena, Königsberg, $\frac{\text{4. Oct.}}{\text{24. Sept.}}$ das Kleist ihnen bringt: sie sollen durchaus bei der Souveränetät bleiben und dem Könige zu wissen thun, „daß dieselbe sowohl die Herren Generalstaaten als die königl. Würde zu Dänemark Uns von Herzen gern gönnen." Und in einem undatirten Schreiben: „ich wundre mich, daß sie ihre gethane Promesse jetzt zurückziehn und keine Satisfaction geben wollen; ohne das sind wir geschiedene Leute."

Souveränetät mit allgemeinen Zusicherungen an seinen Reichskanzler gewiesen, so schien dieser schon in der zweiten Conferenz (5. Oct.) den Bogen noch höher spannen zu wollen. Am dritten Tage warteten Schwerin und Jena vergebens auf die Ansage einer neuen Conferenz; sie ließen am folgenden Morgen anfragen, und erhielten zur Antwort: es werde im Lauf des Tages wohl eine Conferenz sein; wann, sei noch nicht zu bestimmen. Sie warteten bis Abends spät, schickten dann, erhielten zur Antwort, am andern Morgen sechs Uhr werde der Kanzler sie empfangen. Als sie kamen, war er noch nicht aufgestanden; der Diener brachte ihnen die Antwort, daß ihnen die Stunde angesagt werden solle. Gegen zehn Uhr ließ der Kanzler sie rufen, empfing sie mit der Erklärung, daß dieß keine eigentliche Conferenz sein solle, sprach ein Paar Stunden mit ihnen „über allerlei Charteken", sichtlich „um sie auszuforschen und mürbe zu machen".

Endlich am 10. legte er ihnen ein Project vor, über das sie, wie Schwerin schreibt, „über alle Maaßen heftig sich beschwerten";[1]) er brauchte gegen den Kanzler den Ausdruck: „der König habe sein Wort nicht gehalten." Jena reiste sofort ab; Schwerin blieb unter dem Vorwand, daß ein Leiden am Fuß ihm nicht zu reisen gestatte.

Die schwedischen Herren begannen einzulenken, gute Worte zu geben. Schwerin wiederholte, daß die Souveränetät das einzige sei, was Schweden dem Kurfürsten gewähren könne und daß, wenn er nicht freie Hand bekomme, die Dinge nicht zu halten sein würden. Er schrieb dem Kurfürsten: „ich halte dafür, daß, wenn die Schweden Ew. Kf. D. nicht Satisfaction geben, sie unser Herr Gott mit Blindheit geschlagen hat, sie ins Unglück

1) „Sie seindt allhier über unser Suchen gewaltig embarassirt, sie sehen wohl, daß es die gegenwärtige Zeit nicht leidet, uns ohne Satisfaction ziehen zu lassen, und gleichwol kommt es ihnen schwer an, den erlangten Vortheil gehen zu lassen. Der König selbst ist wohl geneigt, uns Satisfaction zu geben, soll selbst gegen seine Reichsräthe disputiren, diese aber sind sehr hartnäckig, versuchen immer, ob sie uns einen blauen Dunst vormachen können." Schwerin an den Kurfürsten, Frauenburg, 10. Oct.

stürzen und Ew. Kf. D. dessen nicht theilhaftig machen will; die Zeit ist da, daß Ew. Kf. D. ohne Vexationen von dem einen und andern bleiben können."

Da kam die Nachricht von einer schweren Niederlage der Alliirten. Schwerin ließ melden, daß er sofort abreisen werde. Die schwedischen Heere waren „sehr consternirt"; sie baten dringend, daß er bleibe; er ging, ohne sich beim Könige zu verabschieden. [1])

Allerdings war es ein schlimmer Schlag, den die Alliirten erlitten hatten. Immer dichter hatte Gonsiewsky seine Haufen, allein Tartaren bei 18,000 Mann, zusammengezogen; da trotz aller Mahnungen Steenbock sich nicht in Marsch setzte, hatte der Kurfürst seinem Regiment Wallenrodt, das am Niemen stand, Befehl gegeben nach Lyck zu eilen. Ehe er völlig heran war, erfolgte Gonsiewsky's Angriff. Radzivill stand mit seinen sechs Regimentern, kaum 600 Mann im Ganzen, noch nahe genug, um heranzueilen; die sechs Regimenter Waldecks waren zum Theil eben erst geworbenes Volk, er war ohne Artillerie; er hoffte, vom Lyckfluß im Rücken gedeckt, sich halten zu können, bis Wallenrodt, der nur noch eine Meile entfernt stand und acht Geschütze mit sich hatte, herankam. Aber als die Tartaren eine Furth gefunden hatten und im Rücken der Aufstellung erschienen, begannen die dort stehenden Brandenburger „schimpflich die Flucht zu nehmen"; vergebens suchten Hohendorfs Dragoner und Radzivills Regimenter die Schlacht zu halten; der erdrückenden Uebermacht mußten auch sie weichen. Die Niederlage war vollständig; fast alle Fahnen und Standarten wurden verloren, auch Wallenrodt's Regiment zersprengt, seine Geschütze genommen, Fürst Radzivill,

1) Schwerin an Weimann, 12. Oct. De Lumbres, 19. Oct., sagt: Schwerin und Jena seien aus Frauenburg abgereist, sans rien conclure et sans prendre congé du Roi. Der Kurfürst in einem eigenhändigen Briefe an Schwerin, 5. Oct. „. . . ihr habt auf kategorische Erklärung zu dringen; ich zweifle sehr, daß ich etwas zu meinem intent erlangen werde, dieweil es meinem großen Feind zuwider; muß deswegen sehen, auf anderm Wege solche conditiones, so zu meiner und der Meinigen Sicherheit, von andern zu erhalten, es mag lieb oder leid sein wem es wolle."

mehrere Generale und Obristen gefangen. Verheerend ergossen sich die wilden Sieger über das Land; der nächtige Feuerschein brennender Dörfer trug die furchtbare Kunde weithinaus; „man hört von nichts als Morden, Sengen und Brennen, Gefangene fortschleppen." [1])

In Königsberg wie in Frauenburg faßte man diese Niederlage sehr ernst, aber in verschiedener Weise auf. Der Kurfürst beeilte sich das Land zu decken; seine energischen Dispositionen und Waldecks Eifer, „die Schande wieder auszulöschen" [2]), ließen den Feind nicht weiter als bis in die paßreiche Gegend von Johannisburg bis Angerburg und den Angerfluß vordringen. Zugleich erhielt Derfflinger Befehl aus seinem festen Lager bei Driesen aufzubrechen und so schnell als möglich über die Weichsel zu kommen.

Des Königs erste Sorge war, seine Armee zu sichern. Er sandte an Steenbock, der in der Richtung auf Johannisburg marschirte, Befehl, sich links ab auf Allerstein und Gustadt zurückzuziehen. Der Befehl traf Steenbock, als er zwei Meilen von Johannisburg stand; seinen Marsch fortsetzend hätte er des Feindes linke Flanke bedroht und ihn gezwungen, über die Grenze zurückzuweichen. [3]) Er wandte sich links nach Rastenburg, stellte sich hinter Waldeck auf. Nun freilich stellte ihn Karl Gustav

---

1) Ueber das Gefecht vom 8. Oct., das auch nach Johannisburg und nach Proßken genannt wird, haben mir lehrreiche Berichte vorgelegen; namentlich ein ausführliches Schreiben Waldecks an Weimann, 30. Oct., wohl für den Abdruck im Haag, dann dessen kriegsrechtliche Vernehmung, ein Schreiben des Dominus Woinslowitz ducis exercitus (Düss. Arch.), u. s. w.; mehrere gedruckte, deren Kritik hier zu weit führen würde. Ueber die Stärke der Truppen s. bei Desnoyers p. 260.

2) Waldeck an den Kurfürsten, d. d. Angerburg, 12. Oct. Daß das „Aufboth durch unser ganzes Land gehen soll", meldet der Kurfürst gleich am 10. Oct. an Schwerin.

3) Dieß nach den Briefen Karl Gustavs vom 1. (11.) und 3. (13.) October, Steenbocks vom 30. Sept. (10. Oct.) aus Poppen, das alte Karten im Wald, nahe der Südspitze, das Mucker Sees zeigen. Leider habe ich keine von den Landkarten mehr auftreiben können, die man damals hatte, wie z. B. in dem Gefecht von Lyck Radzivill mit einer solchen Waldeck von seiner falschen Aufstellung überzeugte, erwähnt in dem Protocoll des Kriegsrechts über Waldeck, Labiau, 1. Nov. 1656.

ganz zu des Kurfürsten Verfügung [1]), aber zugleich gab er anheim, ob es nicht besser sei, Steenbock halten zu lassen bis Derfflinger heran sei, Derfflinger selbst über Mehlsack anrücken zu lassen. Das hieß vorerst den Terrainabschnitt bis zum Angerfluß, ja bis zum Aller dem Feind Preis geben und obenein ihm den Paß von Johannisburg, den Weg südwärts der Seen offen lassen. Schon zeigten die allnächtlichen Feuerscheine, daß die Verheerung zwischen Spierdingssee und Aller vordringe.

Und dazu kamen übelste Nachrichten von jenseits der Weichsel. Am 4. Oct. hatte Czarnecky nach fünftägigem Bombardement Lenczyc zur Capitulation gezwungen; auch einiges brandenburgisches Volk, auch Bonin, den der Kurfürst als Commissar zur Besitznahme des Palatinats dorthin gesandt, war den Polen in die Hände gefallen; der Weg nach Bromberg stand ihnen offen; sie eilten nordwärts. [2]) Derfflinger war noch eben zur rechten Zeit ihnen voraus über die Weichsel gekommen; Karl Gustav sandte ihm den Befehl zu, nach Mehlsack zu marschieren „bis des Kurfürsten Ordre ihn erreiche".

Dem Kurfürsten begann das Verfahren des Königs, das hartnäckige Zögern Steenbocks bedenklich zu werden. Schon war Waldeck wieder im Vorgehen; aber Steenbock blieb stehen trotz wiederholter Anträge zu cooporiren. Der Kurfürst wies Waldeck an (18. Oct.), ihm zu erklären, daß, „wenn er weiter cunctire, die brandenburgischen Truppen Ordre hätten, von ihm hinweg und an den Memelstrom zu gehen."

Die Drohung bedeutete mehr als den bloßen Abmarsch; sie bedeutete völlige Trennung des Kurfürsten von der Sache Schwedens, Abschluß mit Polen.

Schon waren in Königsberg einige Officiere Gonsiewsky's, dem Kurfürsten einen förmlichen Waffenstillstand anzubieten, zugleich zu

1) ut Cel^is^ V. voluntati et imperio pareant. Schreiben des Königs vom 3. (13.) Oct.

2) Am 15. Oct. schreibt der danziger Resident Barkmann aus des Königs Lager bei Lojewo „fünf Meilen von Thorn," nahe bei Inowraclaw. (Danziger Stadtarchiv.)

melden, daß ihr General Vollmacht auch zum Friedensabschluß mit ihm habe. Auch der Bischof von Ermeland legte Schreiben Johann Casimir's vor, die unter der Bedingung der Rückkehr zu den alten Lehnsverhältnissen einen Separatfrieden boten.

Diese Dinge wurden sogleich in Frauenburg bekannt und erregten große Sorge; man glaubte wenigstens etwas thun zu müssen. Man sandte, die in so übler Weise abgebrochenen Verhandlungen wieder anzuknüpfen, Graf Schlippenbach nach Königsberg. Er hielt es für angemessen, im hohen Ton zu beginnen; die Möglichkeit, daß der Kurfürst mit Polen Frieden mache, behandelte er als eine Lächerlichkeit: die Gefahr sei klein, die Macht Schwedens groß; von den bisherigen Tractaten zu weichen, sei Schweden nicht im geringsten schuldig. Schwerin entgegnete ihm: sie könnten ja nicht halten, wozu sie sich verpflichtet hätten; schon jetzt seien sie schuldig in den vier Palatinaten zu assistiren, bald würden sie auch für Pommern und die Marken ihre tractatenmäßige Hülfe leisten sollen, während es schon vor Augen liege, daß sie es nicht einmal im Herzogthum könnten; sie würden wählen müssen, entweder zu gewähren, was der Kurfürst fordere, oder zu gewärtigen, daß er mit Polen schließe. [1])

Im Herzogthum selbst wünschte und forderte man schleunigsten Abschluß mit Polen; die vielen Flüchtlinge, die nach Königsberg kamen, machten entsetzliche Schilderungen von der Verheerung des Landes, von der Verzweiflung der Einwohner. Die Stände begannen „hart zu sprechen“; sie meinten, das seien die Folgen der gesuchten Souveränetät, die sie jetzt doppelt verwünschten. Sie wandten sich an die Kurfürstin, baten, daß sie sich des unermeßlichen Jammers erbarme; auch sie wünschte, daß dem unheilvollen Kriege ein Ende gemacht werde, nicht bei den schwedischen und brandenburgischen Waffen sei die gerechte

1) Schwerins Schreiben an Weimann, 17./19. Oct.: „sie fangen an trefflich ombrageux von uns zu sein; insonderheit wegen des vielen Hin- und Herschickens.“

Sache, und wenn erst der Kaiser mit eintrete, bleibe keine Aussicht auf ein gutes Ende.

Die Lage war so gespannt wie möglich; „ich weiß nicht, schreibt Schwerin an Weimann, ob ich die innere oder äußere Lage am meisten beklagen soll; mein Herr wolle sich alle Augenblicke denken, als wenn er uns in einem Feuer sehe, da wir nicht heraus können."

Indeß war Derfflinger herangekommen; er hatte Goltz' starkes Regiment zu Fuß und an Reutern sein eigenes Regiment, das Görtzke's, Hille's, im Ganzen 23 Compagnien; alles vortreffliche Truppen.[1]) Sofort begann das Vorrücken, Feldmarschall Steenbock übernahm den Oberbefehl. Am 19. stand Waldeck bereits in der Nähe von Lyck; dem über Oletzko weichenden Feinde eilte man nach; am 22. Oct. erreichte man ihn bei Philippowo, jenseits der Grenze. Steenbock ordnete sogleich den Angriff. Waldeck mit dem linken Flügel begann ihn; gleich der erste Chock, den Obrist Görtzke machte, erschütterte den Feind; bald war er vollständig geschlagen, in völliger Auflösung. Viele Standarten, viele Gefangene, eine große Beute fiel in die Hände der Sieger; Fürst Radzivill und andere Gefangene des Tages von Lyck wurden befreit.[2])

Steenbock ging zurück nach Rhein, „um auf die Vorgänge jenseits der Weichsel zu achten". Von den Brandenburgern eilten, da Gonsiewsky nach Samogitien zu wollen schien, die Regimenter Sparr und Goltz in der Richtung nach Tilsit ihm voraus; sie schlugen das dort an der Grenze versammelte samaitische Aufgebot, nahmen viele, die Führer selbst gefangen.

Erfolge, die wohl eine augenblickliche Erleichterung brachten, aber

---

1) Dobrczenskys Schreiben aus Berlin, 26. Juli, wo er diese Truppen gesehn, „so schön und wohl mundirt, als man je in der Welt gesehen".

2) Von diesem Gefecht hat Puf. C. G. III. 31 eine ziemlich ausführliche Darstellung. Daß der Bericht im Theatr. Eur. VII. p. 984 mit ihm im Wesentlichen übereinstimmt, zeigt nur, daß er von schwedischer Seite eingesandt ist. Anderes ergab Waldecks Bericht an den Kurfürsten und ein anderer an Weimann aus Oletzko, 23. Oct. 1656.

der Kurfürsten Verhandlungen mit den Schweden lähmten, mit Polen nicht förderten. Polnischer Seits fuhr man fort, den Frieden zu bieten, wenn der Kurfürst „seine Schuld bekenne und die alten Eide erneue." Von irgend einer Satisfaction, von Schutz gegen die nahe Schwedenmacht war nicht die Rede: „mit den Schweden werde man nicht eher verhandeln, als bis sie Preußen völlig verlassen hätten." Und wieder schwedischer Seits that man, als ob man den Kurfürsten gerettet habe, als ob er Gott danken müsse, wenn man ihn in den bisherigen Tractaten lasse, sie nicht gegen ihn verschärfe; auch der König sprach, als ob er, der ewigen Forderungen müde, über die brandenburgischen Räthe aufgebracht sei.[1]) Als der Kurfürst ihm durch einen seiner Kammerjunker ein Handschreiben sandte, um endliche Resolution zu bitten, berief der König alle seine Räthe, hielt eine fünfstündige Sitzung mit ihnen, schickte die Antwort zurück: „er wünsche mit dem Kurfürsten persönlich zusammenzukommen, um alles richtig zu machen; dessen Räthe wären dieß Jahr wohl alle Narren."

Um so rascher, meinten die Einen, müsse man mit Polen abschließen; um so weniger, rieth Schwerin, dürfe der Kurfürst jene persönliche Zusammenkunft gewähren, bevor die Schweden das Geforderte bewilligt hätten. „Alles, schrieb er der Princessin Hoheit, ist hier in Krisis; man muß fürchten oder hoffen, daß bald große Revolutionen eintreten."

Allerdings schien der Umschwung der Dinge ganz nahe. Die Moscowiter hatten sich freilich von Riga zurückgezogen, aber nur, so schien es, um sich bei Wilna zu sammeln und dann in voller Macht, mit Gonsiewsky vereint, weiter zu operiren. Und Czarnecky hatte bereits Bromberg hinter sich; mit jedem Tage konnte man die Nachricht von Johann Casimir's Einzug in Danzig erwarten.

1) Schwerin an die Princessin von Oranien, 26. Oct.: le Roy de Suède fait ce que nous devions faire, il feigne le fâché parceque nous desirons ce qui est juste.

Die stolze Stadt, auf ihre mächtigen Fortificationen, ihre 6000 Mann geworbenes deutsches Volk, ihre Orlogschiffe trotzend, hatte die im elbinger Vertrag ihr gebotene Neutralität abgelehnt; wenn Johann Casimir mit seinem Heer hinzukam, so mochten die Schweden sehen, was aus ihnen werde.

Und noch hatten die Herren im Haag den elbinger Vertrag nicht ratificirt, sie hatten noch gewisse „Elucidationen“ gefordert; wie hätten sie jetzt Lust haben sollen zu schließen?

Zugleich ließen die Gerüchte aus dem Reich kaum mehr zweifeln, daß auch der Kaiser endlich die Waffen ergreifen wolle. Es war vorauszusehen, daß dann auch Dänemark sich erheben werde. Furchtbar schwoll von allen Seiten die Gefahr für Karl Gustav.

Freilich konnte er sofort den Frieden haben, wenn er sich entschloß, Preußen zu räumen. Die französischen, die staatischen Gesandten bemühten sich, ihn dazu zu bestimmen; dann könne man ihm, schlug de Witte vor, Pillau und Memel überlassen, wofür er den Kurfürsten entschädigen möge. Aber ertrug es sein Stolz, seine Ehre, seine Armee, mit solchem Frieden abzuschließen? konnte er so nach Schweden zurückkehren, wo die innere Gährung nur eines Anlasses zum Ausbruch bedurfte?

Selbst die Waffenruhe während der Verhandlungen, welche die Vermittler vorschlugen, wies er zurück. Er rechnete auf den Fürsten von Siebenbürgen, der sich zum Einfall in Polen anschickte [1]), auf die Kosacken, die sich ihm angeboten hatten. Aber es konnte noch Wochen lang währen, bevor diese Diversionen gemacht wurden; einstweilen hatte er die Uebermacht des Feindes ganz nahe, der er in der That nur gewachsen war, wenn des Kurfürsten Macht zu ihm stand. Der aber stellte Bedingungen, die in den Augen der Schweden unerhört und beleidigend waren, Bedingungen, welche die Kette gelöst hätten, an der man

1) Am 5. Nov. hatte der König die Nachricht, daß Rakoczy bereit sei abzuschließen; Terlon p. 18. Rakoczy begann seine Bewegungen auf eigene Hand.

ihn für immer zu halten gedacht hatte. Und doch durfte man ihn um keinen Preis verlieren; er hätte in jedem Augenblick mit den Polen abschließen, seine Macht der ihrigen zulegen können.

Jene brüske Abreise Schwerins aus Frauenburg hatte gezeigt, daß mit Scheinerbietungen nicht mehr durchzukommen sei. Eben so wenig Eindruck machte der Versuch, mit jener schnöden Erklärung auf des Kurfürsten Handschreiben Furcht einzujagen.[1]) Daß Johann Casimirs Heer sich Danzig nahte, zwang dazu, alles Volk nach der Weichsel zu ziehen; nur der Kurfürst konnte dieser Aufstellung den Rücken sichern. Von Neuem ward Schlippenbach nach Königsberg zum Kurfürsten gesandt (1. Nov.).

Er bot die Souveränetät ohne allen Vorbehalt, völlige Aufhebung der früheren Tractate; ein ewiges Bündniß zwischen Preußen und Schweden sollte an deren Stelle treten; auch die Forderung, daß es nicht bloß gegen Polen, sondern auch gegen die Moscowiter gelten solle, wurde nachgelassen; man verzichtete auf den Mitbesitz des pillauer Hafenzolles, auf das Recht Schwedens, dessen Tarif mit zu bestimmen. Aber durchaus forderte der Graf, daß das Bündniß auch gegen Danzig gelte, daß der Kurfürst Truppen stelle, die Stadt zu bewältigen. Es kam darüber zu den heftigsten Erörterungen; in der Conferenz vom 14. Nov. erklärte Schwerin gegen Schlippenbach: er würde den für einen Verräther halten, der dem Kurfürsten rathe, sich gegen Danzig feindlich zu erweisen. Der ganze Vertrag schien daran scheitern zu sollen.

„Ich weiß mein Lebtag nicht, schreibt Schwerin, daß die Wechsel so geschwind gekommen sind und die consilia so getäuscht haben, als itzt.“ Es fehlte nicht an solchen, die laut tadelten, daß man nicht bei den bisherigen Verträgen geblieben sei; auch die Kurfürstin kam nicht darüber hinweg, daß man „keine gute Sache“ habe; „das arme Volk und die Kinder“ gingen ihr zu Herzen; sie sah in den furchtbaren

1) „Ob sie uns eine Furcht abjagen können“, schreibt Schwerin an Weimann, Neuhausen, 28. Oct. 1656.

Verheerungen, die schon auch tief in Pommern und die Neumark hineinreichten, eine Strafe des Himmels. Das Elend im Herzogthum, namentlich an der Südgrenze, war maaßlos; „ein Aufstand im Lande ist sehr zu befürchten". Selbst Schwerin begann zu schwanken, fürchtete, daß man zugleich mit Polen und Schweden verhandelnd „sich zwischen zwei Stühle setze", wenn nicht die Herren Staaten ins Mittel träten; „sie allein können uns aus der großen Gefahr ziehen". [1]) Aber sie hatten jetzt nur das Interesse, zu dem elbinger Tractat auch die Elucidationen zu erhalten; jede neue Nachricht aus dem Haag zeigte, „daß sie ihre Freunde als Knechte, und Tractate als Netze ihres Vortheils ansehen, im glücklichen Zustand sicher, im unglücklichen timid und schier nicht zu bewegen." [2])

Friedrich Wilhelm mußte sehen, wie er sich selber helfe. Sein bestes Mittel war die reale Macht, die er in die Waagschale werfen konnte, und daß er ein einfaches und in sich wahres Ziel verfolgte. Dem Drängen der Schweden, dem Dräuen der Polen gegenüber blieb er ruhig auf seinem Wege; „sie werden noch mehr Wasser zu ihrem Wein gießen", sagte er. Er wünschte mit Gonsiewsky Waffenstillstand, um sein unglückliches Land zu erleichtern, mit Schweden den neuen Vertrag, damit der wilde Uebermuth der Polen sich mäßige und sich zu einem möglichen Frieden verstehe, in jedem Fall die Souveränetät über das Herzogthum, das weder Schweden noch Polen zu schützen den Willen, in Abhängigkeit zu halten die Kraft hatte.

Er hatte Eulenburg zum Zaaren gesandt, der, betreten über den elbinger Vertrag, in Sorge stand, daß die Staaten mit Schweden gegen

---

1) Schwerin an die Princessin Hoheit, Neuhausen, 26. Oct. 1656: après Dieu nous attendons notre plus grand salut de la Haye, où ils sont capables de nous tirer hors de tout danger.

2) „Dahero auch ihre consilia richteten, nicht, um bösen Rathschlägen vorzukommen, sondern nur anzuschauen, daß also ratio status nunmehr hier eventus rerum wäre, imbecille nimium consiliorum fundamentum." So äußerten sich, nach Weimanns Bericht vom 18. Oct. 1656, einige Herren von der Admiralität, die sich über die „wunderlichen proceduren derer von Holland" beklagen.

ihn auftreten möchten; dann war seine Hoffnung, einen Hafen an der Ostsee zu gewinnen, dahin; darum erklärte er sich bereit, mit Schweden in Unterhandlung zu treten; er bat, daß der Kurfürst die Vermittelung übernehmen möchte. „Er kriecht zu Kreuze," schreibt Schwerin. Und wenn die Moscowiter nicht herbeizogen, war Gonsiewsky wenig zu fürchten.

Zugleich trafen Karl Gustav schwere Verluste. Mit Sehnsucht hatte er die neuen Truppen erwartet, die Graf Königsmark in Deutschland geworben. Sie waren in Wismar eingeschifft, hatten glücklich die Ostsee erreicht; in den letzten Octobertagen trieb sie ein Sturm auf die danziger Rhede; sofort sandten die Danziger ihre Orlogschiffe gegen sie, der Graf und seine Officiere wurden gefangen, die Geworbenen traten in den Dienst der Stadt.

Wenige Tage später starb der Reichskanzler, Erich Oxenstjerna; zwei Tage vor seinem Tode hatte er gesagt: der Vertrag mit dem Kurfürsten koste ihm das Leben; er bitte Gott, ihn von hinnen zu nehmen, bevor derselbe geschlossen sei; Schweden habe so lange den einen Plan verfolgt, festen Fuß in Pillau und Preußen zu fassen; nun es erlangt sei, gebe man es wieder hin; für viele Millionen sollte das Reich Schweden darauf nicht eingehen.

Und am 15. Nov. zog Johann Casimir in Danzig ein; sein Heer, 12,000 Mann, blieb eine Meile oberhalb der Stadt in verschanztem Lager. Ganz Kassubien und Pomerellen, die Verbindung Karl Gustavs mit Pommern war in seiner Gewalt.

Jetzt endlich gab Karl Gustav Befehl zum Abschluß des Vertrages. Er gab in allen wesentlichen Punkten nach.

Mit diesem Vertrag von Labiau, der am 20. Nov. geschlossen wurde, wurde von Schweden die Souveränetät des Kurfürsten über das Herzogthum und Ermeland anerkannt. Beide Souveräne verpflichteten sich für die Dauer dieses Krieges zu gegenseitiger Hülfe nach den Bestimmungen des marienburger Vertrages. Nach hergestelltem Frieden sollte zwischen

beiden ein dauerndes Bündniß bestehen, jeder dem andern zur Vertheidigung der ihnen dann zugehörenden polnischen und preußischen Lande nach geschehener Aufforderung mit 2500 Mann Fußvolk und 1500 Reutern zu Hülfe kommen. Der Kurfürst verpflichtete sich, dahin zu wirken, daß im Friedensschluß die Krone Schweden das königliche Preußen mit Pomerellen und Kassubien, ferner Kurland, Semgallen, Samogitien, Liefland abgetreten erhalte; er verpflichtete sich ferner, die vier Palatinate, wenn die Krone Polen ihre Rückgabe zur Bedingung des Friedens mache, ohne Anspruch auf Entschädigung aufzugeben.

Nur in einem Punkt hatte der Kurfürst weichen müssen. Er hatte einen Artikel gewünscht, der sein Recht ausspräche, zum Schutz seiner Häfen Kriegsschiffe zu halten. Schweden erklärte: die Souveränetät bedeute, daß das Recht, welches die Krone Polen über das Herzogthum gehabt, an den Kurfürsten gekommen sei, und die Krone Polen habe nie das Recht gehabt, Kriegsschiffe zu halten; sie sei, wenn sie den Versuch habe machen wollen, durch die nordischen Kronen daran gehindert worden.

Deutlicher brauchte die schwedische Politik nicht zu sprechen. Was man gegenseitig von aufrichtigem Vertrauen und innigster Freundschaft zu wiederholen nicht müde wurde, war Courtoisie.

Friedensversuche.

Es mag um die Zeit des Labiauer Vertrages gewesen sein, daß eine Denkmünze ausgegeben wurde, die Friedrich Wilhelm auf die warschauer Schlacht hatte prägen lassen. Sie zeigt das Schlachtfeld mit brennenden Dörfern; darüber in der Luft kämpfen zwei Adler, über denen ein dritter, der ein Schwert trägt, wie zur Entscheidung schwebt. Die Umschrift oben sagt: opus hic erat arbitro; die unten: mox mox restingui juvat.[1])

1) Die Archivalien geben keine Nachricht über die Prägung dieser Denkmünze. Daß sie vor dem neuen Feldzug, der im Febr. 1657 begann, componirt worden, lehrt die Umschrift.

Man sieht, wie der Kurfürst seine Stellung aufgefaßt sehen wollte. Die Denkmünze giebt gleichsam das Epigramm seiner Politik.

Die französischen, die staatischen Gesandten bemühten sich, zwischen Schweden und Polen zu vermitteln. Wochenlang kamen sie nicht über die Vorfragen hinaus; den Vorschlag, während der Verhandlungen Waffenruhe eintreten zu lassen, hatte Karl Gustav zurückgewiesen. In ganz anderer Weise als die vermittelnden Mächte war Brandenburg dabei betheiligt, daß Frieden werde; und sein Interesse forderte einen Frieden, der in sich die Garantie der Dauer trug.

Auch Karl Gustav versicherte, daß er den lebhaften Wunsch habe, den Krieg beendet zu sehen; aber ehe er auf Preußen verzichte, wolle er sich lieber in Stücken hinaustragen lassen.

Auch Johann Casimir erklärte, daß er lieber mit Schweden als mit den Moscowitern abschließen werde; aber ehe er Preußen abtrete, möge der Krieg lieber noch hundert Jahre währen und wenn Polen darüber zu Grunde gehen sollte.

Und doch war die Macht Schwedens nicht groß genug, die Polen zu dem zu zwingen, was es von ihnen forderte. Und das große Polenvolk, so wild erregt und voll Haß gegen die Schweden es war, besaß nicht Kraft genug, sie über die Grenzen zu werfen.

Friedrich Wilhelm stand zwischen ihnen; er spannte die ganze Kraft aller seiner Territorien an, um in Preußen militärisch stark zu sein; er hielt sein Heer bei einander, behielt es völlig in der Hand, um so viel möglich sein Herzogthum zu decken und im gegebenen Moment das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen. Er war nicht so an die Krone Schweden gekettet, daß er ihrer Politik weiter, als er in dem Vertrage sich verpflichtet hatte, hätte folgen müssen; er war nicht so den Polen feind, daß er vergessen hätte, wie viel gefährlicher als die Ohnmacht der Republik ihm die Uebermacht Schwedens sei. Er war in der Lage, die einen fürchten und die andern hoffen zu lassen. „Nichts, schreibt der französische Gesandte, macht auf den König Eindruck, so lange nicht Bran=

denburg sich von ihm trennt; darauf arbeitet Polen mit aller Kraft durch den Kaiser, durch Rußland, durch Dänemark."

Das sind die Momente, die die Vorgänge in den nächsten Monaten nach dem labiauer Vertrage bestimmen. Daß auch Oestreich, auch Dänemark mit in Action traten, veränderte dann mit der allgemeinen Sachlage auch die Politik des Kurfürsten.

Der Vertrag von Labiau wurde von Freund und Feind so aufgefaßt, als wolle Karl Gustav einen neuen gewaltigen Schlag gegen Polen führen.[1] Man glaubte es um so mehr, da die Artikel des Vertrages durchaus geheim gehalten wurden.

Allerdings mochten die schwedischen Staatsmänner gehofft haben, den Kurfürsten auch über den Wortlaut des Vertrages hinaus mit sich zu reißen, ihn mit der Souveränetät an die Consequenzen ihrer Politik gekettet zu haben; mit dieser Souveränetät schien er für immer von Polen geschieden, sie schien mit dem schwedischen Besitz des königlichen Preußens zu stehn und zu fallen.

Fünf Tage nach dem Abschluß des Vertrages (25. Nov.) schrieb der Kurfürst an Karl Gustav, daß der König von Polen „sehr perplex und zu den Friedenstractaten überaus geneigt sei", daß er „vielfältig den Wunsch an die Hand gegeben", einen seiner vertrauten Räthe über die Lage der Dinge zu sprechen; es werde natürlich nicht geschehen, wenn schwedischer Seits irgend ein Bedenken dagegen sei. Karl Gustav konnte nicht zweifeln, daß es auch ohne seine Zustimmung geschehen werde; er gab sie, wenn auch mit dem Bemerken, daß auch dieser Versuch, ihr gemeinsames Interesse zu trennen, an der aufgerichteten treuen Freundschaft scheitern werde. Der Kurfürst ließ Bonin, der, aus polnischer Kriegsgefangenschaft auf Ehrenwort entlassen, auf seinen pommerschen Gütern

1) Weimann an Prinz Moritz, Haag, 14. Nov.: „Der König ist resolvirt ad desperationem usque, wie er gesagt, sein Glück nochmals an Casimirum zu wagen, dahero wir bald etwas hören möchten." (Düsseld. Arch.)

lebte, nach Danzig gehen; er wies ihn an, auch an Karl Gustav zu berichten.

Des Königs Plan war, sobald irgend der Eisgang der Weichsel es gestatte, bei Dirschau eine Brücke zu schlagen, um den Feind aus Pomerellen zu jagen. Er forderte den Kurfürsten auf (2. Dec.), ihm außer den drei brandenburgischen Regimentern, die er schon hatte, noch mehr Truppen zu überlassen, um das Culmerland zu decken; man müsse Gonsiewsky beobachten, der vorzudringen versuchen werde, um den Weichselübergang zu hindern; er schlug ihm vor, die Truppen, die er in den Marken habe, gleichzeitig nach Posen vorgehen oder zu den Schweden in Pommern stoßen zu lassen; er sprach den Wunsch aus, sich mit ihm über das, was weiter zu thun sei, zu besprechen.

Der Kurfürst sandte Schwerin und Jena; er gab ihnen ein Memorial mit, das die Situation in sehr bezeichnender Weise darlegt.

Es beginnt mit dem Dank für des Königs Erklärung, „daß er einen honorablen Frieden allen verhofften Progressen vorziehe". Für ehrenvoll werde jeder Verständige einen Frieden halten, der das gewähre, um deß Willen man den Krieg begonnen; und was als Grund des Krieges bei dessen Anfang in den schwedischen Staatsschriften ausgesprochen sei, daß der König von Polen den Titel von Schweden führe und Liefland zurückfordere, darüber werde man jetzt mit Polen leicht zum Abschluß kommen können. Sie sollten dem Könige vorstellen, daß er dem Doppelkriege mit den Polen und Moscowitern nicht gewachsen sei, daß er entweder, um von Polen Abtretungen zu erzwingen, dem Zaaren Gebiete abtreten müsse, die schon lange in schwedischem Besitz seien, oder, um dies zu vermeiden, sich entschließen möge, mit Polen Frieden zu machen; auch wenn nicht ganz Westpreußen an Schweden komme, werde ein Frieden, der den Verzicht Polens auf Liefland und den schwedischen Titel bringe, ein ehrenvoller sein.

Also der Kurfürst rieth, von dem, was im labiauer Vertrag als Schwedens Satisfaction bezeichnet war, nachzulassen. Indem er sich

bereit erklärt hatte, um des Friedens willen eventuell auf die vier Palatinate zu verzichten, die ihm zugesprochen waren, hatte er ein Recht darauf, von Schweden zu erwarten, daß es um des Friedens Willen gleiche Mäßigung zeigen werde.

Weiter entwickelt das Memorial die Gefahren eines fortgesetzten Krieges, die Unmöglichkeit, ihn in bisheriger Weise weiter zu führen. Es erinnert daran, mit welchem Eifer und Vertrauen sich bei des Königs Ankunft die Polen und Lithauer ihm hingegeben hätten; jetzt sei solche Stimmung nicht allein erloschen, „sondern in bittern Haß und Verzweiflung verkehrt"; der nationale, der confessionale Gegensatz breche überall in wildester Gestalt hervor. Sollte der Krieg fortgesetzt, sollte er „gleichsam auf die Exterminirung der polnischen Nation gerichtet werden", so möge man wohl bedenken, daß man, wenn es auch nach Wunsch verliefe, solche Nationen zu Nachbarn bekomme, welche viel gefährlicher sein würden als die polnische, die kein fertiges Heer halte, keinen Staatsschatz habe, in ihren Consilien langsam und getheilter Meinung sei, trotz ihres papistischen Eifers in den großen deutschen Krieg sich nicht gemischt habe.

Selbst eine bedeutsame Erinnerung an die inneren Verhältnisse Schwedens, an die Gefahr eines Aufstandes dort fehlt nicht, „dazu diese Nation so geneigt ist, daß keiner der vorigen Könige davon befreit gewesen". Wenn dem Könige, der seine Person immer von Neuem aussetze, etwas Menschliches begegne, so sei das Schlimmste zu besorgen; es dürfte dann alles mit einem Mal über den Haufen gehn". 1)

Man war schwedischer Seits nicht eben geneigt, sich von Brandenburg Lection geben zu lassen; man versuchte wieder einmal, im hohen

1) Dieß Memorial, d. d. Labiau, 13. Dec. 1656, ist von Pufendorf VI. 51 excerpirt. Die consultatio super praesenti rerum statu § 50, hat er aus einer dem Memorial beiliegenden Aufzeichnung entnommen, welche die Alliirten Polens und die Schwedens der Reihe nach bespricht; unter andern steht da die Notiz: „quoad Regem Sueciae: ist eine Armee von 60,000 M. in einem Jahre ohne rechte formelle Bataille ruinirt."

Ton zu sprechen; der König, sagte Graf Schlippenbach, könne und wolle Schwerin nicht empfangen, der jüngst den Respect gegen ihn so gröblich verletzt habe; er forderte ihn auf, umzukehren und zu veranlassen, daß eine schicklichere Persönlichkeit gesandt werde. Schwerin erklärte, daß er erwarten werde, ob ihm der König die Audienz ausdrücklich versage. Zwei Tage verstrichen darüber, dann war der König „anders disponirt" und empfing Schwerin und Jena.

Indeß war es möglich geworden, die Brücke bei Dirschau zu schlagen. In den letzten Decembertagen gingen die Schweden nach Pomerellen hinüber. Sie fanden die Hauptmacht des Feindes nicht mehr; Czarnecky war, der Unthätigkeit müde, hinweggezogen, um, so hieß es, Winterquartiere in der Neumark zu nehmen. Bei Conitz erreichte ihn die schwedische Vorhut. Er wich, aber er warf sich nach Cujavien, um sich, so schien es, mit der lithauischen Armee zu vereinen und sie endlich in Thätigkeit zu bringen. Aber die Schweden eilten ihm voraus nach Culm, verlegten ihm den Weg.[1])

Gonsiewsky war bisher, kleine Raubzüge auf der Grenze abgerechnet, unthätig gewesen; er negociirte mit dem Kurfürsten, schon nicht mehr bloß wie im August, um den Waffenstillstand; auch zu einem Friedensschluß, hatte er versichert, sei er bevollmächtigt, wenn nur der Kurfürst Commissare senden wolle, mit ihm abzuschließen. Den zu ihm gesandten, Auer und Sereta, wiederholte er den Dank dafür, daß seine Gemahlin, wie so viele Edelfrauen, Edelleute, Prälaten in Königsberg ein Asyl gefunden hätten; der König werde kein Bedenken tragen, dem Kurfürsten seinen Abfall zu verzeihen, habe ihm ja auch schon früher in Aussicht gestellt, seine Rückkehr zur gerechten Sache mit einigen Starosteien in Pomerellen zu belohnen. Ihm wurde geantwortet, des Kurfürsten Wille

1) Die Nachrichten über diese Vorgänge sind besonders darum lehrreich, weil sie einen Einblick in die Fabrik schwedischer Nachrichten geben. „ex literis quasi Gedano scriptis impudenter typis Regiomantanis imprimi fecerunt" u. s. w. Luca de Gabriis in der Brochüre gegen Cyriacus Thrasymachus de justitia Arm. Sulec. ep., die in den letzten Tagen 1656 geschrieben ist.

sei, von keinem Lehnsverband mehr zu hören und ohne Satisfaction auf nichts einzugehen; er habe sich vor Ausbruch des Krieges, dann während der Flucht des Königs, endlich vor den Tagen von Warschau auf alle Weise für die Rettung Polens bemüht, ohne Gehör gefunden zu haben; ja vor Warschau sei ihm „mit seltsamen und unziemlichen Erbietungen" begegnet worden; wenn er jetzt wiederhole, daß er zum Frieden geneigt sei, so möge man sich nicht einbilden, daß er „aus Schwachheit oder auf alle Bedingungen" Frieden wünsche; „er sei ein vornehmes Glied des Reiches und bleibe in seinem Stand und Wesen, auch wenn das Herzogthum zu Grunde gerichtet werde". [1])

Auch von dem Adel in Großpolen kamen Erbietungen. Während von dort aus die Neumark und das Herzogthum Crossen mit Raub und Brand heimgesucht wurde, ließ der Adel von Posen und Kalisch die Kurfürstin Wittwe in Crossen wissen, daß man sich gern den Kurfürsten zum Herrn gefallen lassen wolle, wenn er ihnen Frieden schaffe, da man so wenig moscowitisch wie schwedisch werden wolle; nur müsse ihnen Sicherung gegeben werden, daß man nicht Contributionen von ihnen fordern, noch geworbenes Volk in ihr Land legen werde. [2])

In Danzig selbst war die Uneinigkeit auf ihrem Gipfel. Zweimal hielt der König großen Rath. In dem ersten waren die Lithauer und die moscowitisch Gesinnten daran, durchzusetzen, daß der Friede mit dem Zaaren, den immer noch die Successionsfrage hemmte, abgeschlossen werde. Nur mit äußerster Anstrengung hielten die, welche den Abschluß mit Schweden wollten — „Danzig und alle Preußen" — die Sache hin; sie machten geltend, daß der Zaar den Seehäfen und den Commerzien noch verderblicher sein würde als Schweden; sie erklärten, daß sie den Schweden lieber als den Moscowiter als Herrn leiden woll-

---

1) Ich hebe aus der Masse Gonsiewskyscher Acten nur diesen Bericht vom 1. Nov. 1656 hervor.

2) Schreiben der Kurfürstin Wittwe an Fürst Wittgenstein, Statthalter der Marken. Febr. 1657.

ten. Sie hofften auf die Ankunft der Königin, welche, wie man wußte, die moscowitische Succession mehr als alles fürchtete. Karl Gustav selbst hatte gewünscht, daß sie käme, hatte ihr freien Paß nach Danzig angeboten. Aber sie war nur bis Conitz gekommen, wo sie Czarnecky traf, dann umgekehrt.

In Danzig, sagt Bonin, gewann seitdem eine dritte Parthei die Oberhand; es waren die, „welche zum Frieden keine Lust hatten, sondern dem Hause Oestreich dienen und die evangelische Religion verfolgen wollten". Diese begannen „in die Trompete des heiligen Krieges zu blasen"; die Priester von den Kanzeln, auch in des Königs Gegenwart, predigten gegen den gottlosen Frieden und daß es Gott nicht gefalle, wenn der König „bei guter Gesundheit und im Mannesalter hinter die Mauern krieche und sein tapferes Volk ohne Führer lasse; mit Tanzen und Musiciren könne man freilich das Verlorne nicht wieder gewinnen und Gottes Segen verdienen". Wenn der König dazu gebracht wurde, Danzig zu verlassen, so war die Hoffnung auf den Frieden mit Schweden zu Ende; die ihn wünschten, schlugen in der zweiten Rathsitzung einen Kriegsplan vor, der den König in Danzig festhielt: Czarnecky solle zurückberufen werden, sich mit dem Heer in den großen Werder legen, so sich, wie ein Keil, zwischen die schwedischen Stellungen schieben. Aber Czarnecky's Erklärung lautete, daß, wenn der König nicht bald ins Reich komme, mit seiner Gegenwart das Volk zusammenzuhalten, so werde er Lubomirsky's Beispiel folgen und sich zu Rakoczy schlagen; eine Drohung, deren Sinn sogleich erhellen wird. Bonin schließt seinen Bericht mit der dringenden Mahnung, „die päpstlichen blutigen Rathschläge und des Hauses Oestreich Parthei in Polen nicht stärker werden zu lassen."

Völlig planlos und zusammenhangslos taumelte diese polnische Anarchie weiter. Man hätte eher „aus Sand einen Strick drehen" als die polnische Libertät einigen können.

Freilich solcher Freiheit gegenüber erschien das Regiment, wie es

der Kurfürst in seinen Landen und schon auch im Herzogthum führte, als heilloser Druck, als „deutsches Joch". Die Polen verachteten und bemitleideten den Adel im Herzogthum, daß er es ertrug; und die Stände in Preußen selbst, Adel wie Städte, sahen mit Entsetzen, daß es um ihre Libertät geschehen, daß es hohe Zeit sei, sie zu retten, bevor die schon drohende Souveränetätserklärung ihnen „die Kehle zuschnüre". Aber wenn einzelne von den Räthen, unter ihnen Schwerin, empfahlen, den Ständen vor Erklärung der Souveränetät eine Versicherung ihrer Rechte und Freiheiten zu geben, um sie zu beruhigen, widerriethen es andere, weil das die Souveränetät präjudiciren würde; und die Assecuration wurde nicht gegeben. In so schweren Zeiten schien es nicht räthlich, von den Deliberationen der Herren Stände, von ihrem vielleicht guten Willen die raschen Entschlüsse, die Anspannung zu erwarten, ohne welche die Rettung nicht möglich war. Der Kurfürst forderte dieselbe Anspannung von allen seinen Territorien, er zog sie in die Mitleidenschaft dessen, was in Preußen geschah; auch Pommern, die Neumark, Sternberg, Crossen litten von verheerenden Invasionen, auch die Rheinlande waren daran, unter dem Vorwande des polnischen Krieges überzogen zu werden. Das alles freilich war gegen die Landesprivilegien jedes Gebietes, gegen die ständische Libertät; aber es war zur Rettung des Ganzen und Aller. Mit rücksichtsloser Strenge wurden auch die Widerstrebenden gezwungen, sich zu fügen; mochten sie lernen, daß sie membra unius capitis seien, sich daran gewöhnen, daß über ihrer Libertät und ihrem Particularismus der Staat sei, der freilich alle ihre Kraft fordere, aber dafür ihnen auch die Gesammtbürgschaft ihrer vereinten Kräfte und die Ehre der Macht gebe.

Auch am polnischen Hofe war die Einsicht aufgetaucht, daß das Unglück der Republik die Libertät sei, daß sie mächtig sein könne, wenn die Freiheit so viel opfere als nöthig sei, Ordnung, Einheit, festes Regiment zu schaffen. Aber selbst die Noth hatte hier nicht ihren Segen; selbst die nationale Erhebung blieb formlos und unfruchtbar. Die Li-

bertät selbst erschien als Preis des Kampfes, den hinauszuführen sie unmöglich machte.

Vielleicht Karl Gustav hätte da Neues schaffen können. Wie glänzend und überwältigend war sein erster Zug durch Polen gewesen; alles hatte sich ihm unterworfen; wie ein bildsamer Stoff lag die Nation in seiner Hand. Aber er faßte seine Aufgabe nur als Eroberer, nur in schwedischem Sinn, nur nach dem System, mit dem Schweden im deutschen Reich verfahren war; sein einziger politischer Gedanke war die Theilung Polens.

Ein neues Project der Theilung war es, mit dem er jetzt den Fürsten von Siebenbürgen und die Kosacken zur Invasion nach Polen lockte; er versprach jenem den Süden der Republik mit Krakau und Brzesc, diesen die östlichen Palatinate.

Und wieder die Polen suchten die Hülfe, die sie sich in innerer Sammlung nicht zu geben verstanden, damit, daß sie ihre Krone als Preis ausboten. So war der Zaar, so der Kaiser mit der Succession gelockt worden. Als nun Rakoczy's Invasion nicht mehr zweifelhaft war, eilte der Krongroßmarschall, Fürst Lubomirsky, der elend genug die Schweden in Krakau belagerte, auch ihm, dem Vasallen der hohen Pforte, die Succession anzubieten: nur müsse er sich verpflichten, die dann verwittwete Königin zu heirathen, seinen Sohn von Jesuiten erziehen zu lassen, der Republik jetzt Subsidien zu zahlen.

Rakoczy hatte mit Schweden seit lange unterhandelt, aber noch nicht völlig geschlossen; jetzt in Gallizien einrückend, verkündete er in einem Manifest (31. Dec.), daß ihm „durch eine ansehnliche Botschaft die Krone Polen übertragen sei, und daß er mit seinem Heere komme unter Gottes Hülfe den zerstörten Zustand der Republik wieder zurechte bringen". Er marschierte in der Richtung auf Krakau; Lubomirsky gab die Belagerung der Stadt auf, zog dem Siebenbürger entgegen, noch ungewiß, ob als Freund oder Feind.

Die Nachricht von diesen Dingen schien doch endlich in Danzig

Eindruck machen zu müssen. Es kam hinzu, daß auch der Moscowiter, der sich in Betreff der Succession betrogen glaubte, Friedensanträge durch den Kurfürsten an Karl Gustav gesandt hatte [1]) und sein Heer ruhen ließ. Und Czarnecky's Zug zu Gonsiewsky war mislungen; er lag nun in Cujavien.

Daß Johann Casimir für seine Person jetzt gern abgeschlossen hätte, war nach den Nachrichten, die der Kurfürst hatte, unzweifelhaft. Und wieder der Kurfürst gewann von Karl Gustav, mit dem er sich jetzt in Preußisch-Holland traf (25. Jan.), daß man das Fehlen der großen Vollmacht der Republik Polen und ähnliche formelle Schwierigkeiten, die bisher die Verhandlungen behindert hatten, unbeachtet ließ und den Vermittlern vorschlug, in der Form eines Congresses, wie zu Osnabrück, zu verhandeln, dem Fürsten von Siebenbürgen den Beitritt offen zu halten.

Die Dinge schienen im besten Gang. Da erfuhr man, daß Johann Casimir am 10. Februar Danzig verlassen habe. Czarnecky war mit einigen tausend Pferden kühn durch das Culmerland und nach Danzig geritten und hatte den König abgeholt. Bald ergab sich, daß die Gewißheit des östreichischen Bündnisses und Lisola's Einfluß die Dinge entschieden habe.

„Die Thür zum Frieden mit Polen ist nun geschlossen," sagte Karl Gustav. Wohl rief er nun die Vermittler und ganz Europa zu Zeugen an, daß Polen den schon verabredeten Congreß, den endlichen Frieden vereitelt habe. Aber die Lage der Dinge war darum nicht minder vollständig verändert.

Mit dem jetzt nicht mehr zweifelhaften Eintreten Oestreichs gewann der Krieg unberechenbare Dimensionen. Dänemark hatte den Winter hindurch gerüstet; zum Februar war ein Reichstag nach Odensee berufen, um von den Ständen Bewilligungen zu weiteren Rüstungen zu fordern.[2])

1) Dieß meldet der Kurfürst dem Könige, Königsberg, 19. Febr. 1657.

2) „Ehe der Frühling kommt, muß etwas wirkliches geschehen, sonst wird Schweden an diesem Ort nicht unangefochten bleiben," schreibt Kleist aus Kopenhagen, 3. Jan. 1657.

Und des Fürsten von Siebenbürgen war Karl Gustav noch keinesweges sicher. Er erfuhr, daß polnische Gesandte in seinem Lager seien, daß sie Hoffnung hätten, ihn ganz zu gewinnen, daß viele Große, denen die moscowitische und die östreichische Succession eben so widrig war wie die schwedische Herrschaft [1]), bereit seien, sich für ihn zu erklären, bei dem die Libertät am besten gewahrt schien. Aber selbst wenn er sich nicht gewinnen ließ, dem polnisch-östreichischen Heer schien er mit seinen losen Haufen in keinem Fall gewachsen.

Ihn politisch festzuhalten und militärisch zu stützen, entschloß sich Karl Gustav zu einem neuen Zuge nach dem oberen Weichselland.

Er entschloß sich dazu ohne den Kurfürsten, gegen dessen Bedenken. Vergeblich, daß ihm Waldeck vorstellen mußte, wie wenig Aussicht auf Erfolg dieser Zug habe, wie unermeßlich die Gefahr wachse, wenn Oestreich und Dänemark die Waffen ergriffen; schon seien kaiserliche Heere auch an den Grenzen der Mark gesammelt, Kursachsen sei in sehr bedenklicher Stimmung, überall im Reich wachse die Aufregung; noch sei der Friede zu gewinnen, wenn den Polen Thorn zurückgegeben, der danziger Werder geräumt, die Feste Haupt aufgegeben werde. [2]) Der König lehnte Alles ab mit der Versicherung, daß er „in allen Conjuncturen" nicht aufhören werde, „sein bereitwilliges, dankbares Gemüth zu zeigen"; Gott werde diesen Feldzug segnen, daß dem Feind endlich alle billigen conditiones abgezwungen werden.

Daß nicht das der Zweck des Zuges sei, noch weniger, daß es

1) Veele onder de Polen hebben mede voor verdaght dat een Koningh van so grooten maghte ende gewoon een absolute Regeringe te oeffenen op haer Vrijheydt soude wellen empieteren. Van Dorp an Johann de Witte, 7. Febr. 1657. (Brieven V. p. 482.)

2) Waldeck ist am 16. Febr. in Marienburg beim Könige, kehrt am 18. mit dessen Schreiben zurück. Den Inhalt seines Vortrages giebt Puf. V. 65 ohne Datum (sub initium anni). Waldeck selbst fühlte sich schon sehr zurückgesetzt; er schreibt kurz vor der Reise (13. Febr., Königsberg) an den Kurfürsten, mit Zusendung einiger Nachrichten aus dem Reich, „halte es aber ganz überflüssig, nachdem E. Kf. D. anderen alles committirt"; er schließt: er müsse sorgen, „daß anstatt des Honigs andere den Gift aus meinen Vorschlägen nehmen möchten."

dessen Wirkung sein werde, wird man am kurfürstlichen Hofe wohl durchschaut haben. Wie hätte die Schwedenmacht den polnischen König, den sie nicht einmal in Preußen festzuhalten vermocht, in dem weiten Polen fassen sollen? Kaum 4000 Mann konnte Karl Gustav mit sich nehmen; was er unter seines Bruders Befehl in Preußen zurück ließ, reichte kaum hin, den immer kühneren Ausfällen der Danziger Trotz zu bieten. Vertragsmäßig stießen 4000 Mann Brandenburger zum Heer des Königs; der Kurfürst übergab dem Grafen Waldeck den Befehl über sie. [1]) Aber sofort wurde er ersucht, „um der gemeinsamen Sache willen", mehr Truppen nachzusenden, vom Herzogthum aus gegen den Bug vorzugehn, thätig einzugreifen.

Er lehnte es ab; er unterließ es mit Rakoczy, was Karl Gustav dringend wünschte, in irgend unmittelbare Beziehung zu treten. Ohne ihn war jener neue Theilungsplan gemacht; wie hätte er sich für denselben, der die einzig denkbare Friedensbasis vernichtete, hazardiren sollen?

Nur zu bald sollte sich zeigen, daß Karl Gustav mit seinem Zuge nur eine andere Bewegung habe maskiren wollen.

Die Verträge von Wehlau und Bromberg.

Die Gewalt der Umstände hatte die brandenburgische Politik in eine Richtung getrieben, die eben so sehr dem Selbstgefühl des Kurfürsten wie dem Interesse seines Staates zuwider war.

„Dieser Kurfürst, hat Karl Gustav zum französischen Gesandten ge-

---

1) Es ist mir nicht möglich gewesen, die Regimenter, die mit ihm gingen, aufzufinden. Der König schreibt, Thorn, 9. (19.) März: „E. L. kann ich nicht bergen, mit welchem contentement ich den mit dem Herrn Grafen v. Waldeck mir zugeschickten succurs estimiren und aufnehmen thue." Also nicht cum aliqua manu, wie Puf. C. G. IV. 28 schreibt, kam Waldeck; der heftige Brief des Königs, Wismar, 6. Dec. 1657, aus dem Pufendorf schöpft, (Deutsch bei Londorp VIII. p. 211) ist schon damals in brandenburgischen Druckschriften widerlegt worden.

sagt, ist zu mächtig; man muß seinem Ehrgeiz, dessen Größe niemand so kennt, wie ich, Grenzen setzen; man muß sich den Plänen eines Fürsten entgegenstellen, der sich dereinst furchtbar machen wird, wenn man nicht vor ihm auf seiner Huth ist." Aber er fuhr fort ihn mit Freundschaftsversicherungen zu überschütten.

Der Kurfürst täuschte sich keinen Augenblick darüber, daß keine Macht der Christenheit ihm gefährlicher und feindseliger sei als die schwedische. Er fuhr fort, alle Kraft anzuspannen, um in den erdrückend freundschaftlichen Umarmungen Schwedens die Hand frei zu halten.

Aber es war schon das dritte Jahr, daß diese übergroßen Anstrengungen währten; und noch war des Krieges kein Ende zu sehen; er drohte nur noch größere Dimensionen zu gewinnen.

Wenigstens von einer Seite her hatte Friedrich Wilhelm vom ersten Beginn des Krieges an Beistand erwartet; der staatische Vertrag vom 5. Aug. 1655 hatte ihm denselben auf die bündigste Weise zugesichert.

Daß Holland nichts von dem leistete, wozu es sich verpflichtet hatte, weder Geld noch Schiffe und Truppen, daß Herr de Witte und seine Parthei aus Scheu vor Cromwell auch nicht einmal diplomatisch für ihren Bundesgenossen eintraten, hatte den Kurfürst gezwungen, Vasall der Krone Schweden zu werden. Vergebens hatte er, um seinerseits dem Vertrage nachzukommen, ihren Schiffen die erhöhten Hafenzölle in Pillau und Memel erlassen; sie hatten das bestens acceptirt und thaten zum Entgelt das Ihrige dazu, daß der Moskowiter sich mit in den Kampf mengte. Dann freilich erschraken sie über die Schlacht von Warschau, mehr noch über die Gefahr, daß Riga in die Hand der Russen kommen könne. Aber statt nun ernst und energisch zur Schlichtung der baltischen Wirren zu arbeiten und den Dank für die elbinger Verhandlungen, den sie so lebhaft aussprachen, zu bethätigen, verstärkten sie mit einigen hundert Mann die Besatzung Danzigs, trieben in Kopenhagen zum Bruch mit Schweden und thaten, was sie konnten, die ständische Opposition in Cleve zu reizen und zu stützen.

Es ist schon oben gelegentlich erwähnt worden, wie die Dinge im Clevischen sich um die Zeit der Schlacht von Warschau plötzlich änderten. Monate lang hatte die clevische Opposition sich stille gehalten; die mit der Princessin Hoheit verabschiedeten Steuern waren ohne Schwierigkeit eingegangen, Goltz, Hille, andere Obristen hatten in Cleve und Mark ungehindert geworben. Aber in derselben Zeit, als die holländische Flotte aus dem Sund nach Danzig unter Segel ging, kam in die clevischen Stände neuer Eifer. Sie erließen (27. Juni) eine Dank- und Ehrenerklärung an den von Winnenthal, einen Protest gegen die Contributionen und Werbungen, einen Aufruf an die jülichschen Stände um Assistenz, an den Kaiser um Schutz. Vergebens suchte Prinz Moritz sie zu begütigen, die allerdings drückenden Lasten mit der notorischen Nothwendigkeit, mit dem jüngsten Reichsabschied zu rechtfertigen. Der Reichsabschied, entgegneten die Stände, befuge die Landesherren zur Besteuerung nur für die Reichsdefension, das polnische und preußische Wesen gehe sie nichts an. Sie erließen Mahnschreiben an die Räthe und Beamteten, sich ihres Eides auf die Reverse zu erinnern. Als dennoch die Werbungen fortgesetzt, die Contributionen beigetrieben wurden, wurde der Widerstand nur heftiger und trotziger. Auf ein Gerücht, daß Condé, „ein Souverain, der zur Zeit kein Land und Leute possidirt", einen Theil seiner Völker ins Clevische legen werde, sandten die Stände ihren Syndicus Dr. Neuß (30. Aug.) nach dem Haag, dort um „lebendige Sauvegarden" zu bitten. Seine Anträge fanden die beste Aufnahme; je fester die Verbindung des Kurfürsten mit Schweden zu werden schien, desto eifriger mahnten die Herrn von Holland, die theure Libertät zu retten. Als ein neues Steueredict (27. Sept.) einlief, folgten neue Zusammenkünfte der Stände, neue Proteste, neue Sendungen nach dem Haag, folgte Seitens der Staaten von Holland — die übrigen Staaten waren keineswegs gleicher Ansicht — die förmliche Resolution, zu helfen, wenn das Land mit fremden Einlagerungen und mit nicht bewilligten Contributionen beschwert werde.

Sofort eilte Weimann zum Rathspensionair: die Resolution zeige nur zu deutlich, wie der Staat gegen den Kurfürsten gesinnt sei; die clevischen Stände seien vom Haag aus förmlich aufgewiegelt und gepreßt worden zu klagen, damit der Staat Anlaß habe, sich einzumischen und in dem Gebiet einer fremden Obrigkeit zu inquiriren; sein Herr werde sie weder als Richter, noch als Inquisitoren dulden. Herr de Witt meinte: es habe nicht so viel zu bedeuten, er werde es schon so machen, daß der Kurfürst nicht zu klagen haben solle. In ähnlicher Weise sprach Weimann zu andern der Herren Staaten: falls sie meinten, daß das ein Mittel sei, den Kurfürsten von Schweden abzuziehen oder Pillau an Holland zu bringen, so würden sie bald ihres Irrthums inne werden; der Kurfürst sei von solcher Generosität, daß er auf alle Fälle sich lieber einem freundlichen Feind, als feindlichen Freunden anvertrauen werde. Auch Aitzema, der tapfer bei den Herren von Holland geworben, sagte zu Weimann: Holland gehe in den clevischen Dingen weiter, als man begehrt habe, es helfe den Ständen an einer Seite so stark aufs Pferd, daß sie auf der andern Seite wieder herunter fielen.[1])

Nun aber kam die wirkliche Gefahr. Im October, als die polnische Macht von allen Seiten auf Danzig marschierte, wurden die Rheinlande von der Nachricht erschreckt, daß die condé'schen Völker im vollen Anmarsch seien. Condé, hieß es, sei in Dienst des Königs von Polen getreten, werde in dessen Auftrag des Kurfürsten rheinische Lande angreifen, Cleve oder Mark nehmen und vom Kaiser confirmirt werden. Und plötzlich erschien der Neuburger, der in seinem Lande an der Donau Residenz genommen, in Düsseldorf, wie von dort aus vertraulich gemeldet wurde, mit der Absicht, des Kurfürsten üble Lage in Preußen zu benutzen, um sich im Clevischen festzusetzen, wozu er des Kaisers Gutheißung habe;

1) Diese Dinge sind den Correspondenzen entnommen, die sich in Weimanns Journal finden. (Düsseld. Arch.) Die Verhandlungen mit de Witte und Aitzema hat Weimann, gleich nachdem sie gepflogen worden, 6. und 7. Oct., aufgezeichnet.

namentlich auf Calcar sei sein Augenmerk gerichtet. [1]) Seine Werbungen, die eifrigen Schanzarbeiten bei Düsseldorf ließen das Schlimmste fürchten. Zu gleicher Zeit kamen kaiserliche Mandate an den Prinzen Statthalter und die Regierung, die Stände nicht in ihren Rechten zu kränken; sie wurden im Lande mit Jubel begrüßt.

Daß der Statthalter sofort Befehl nach Hamm und Lippstadt sandte, drei Compagnien über den Rhein zu schicken, erschien den Herren Ständen als Verfassungsbruch: die Regierung habe gar kein Recht zur Vertheidigung des Landes, die liege den Herren Staaten ob, die mit der spanischen Regierung so wohl befreundet seien, daß ihre Intercession genügen werde. Als sie sahen, daß die Regierung trotzdem das Nöthige thun werde, begehrten sie, daß man sie, die Stände, in ihrem Namen werben und die Defension übernehmen lasse, „welches ihnen belobt und in allen Gnaden abgeschlagen worden ist". [2]) Nun sandten sie, trotz ausdrücklicher Warnung, daß solche Schickung ohne des Landesherren Bewilligung, „sie verantwortlich mache", von Neuem nach dem Haag. Wohl war man bereit zu helfen: aber die Garnisonen hätten nur zu schützen, „so weit das Canon reicht", und wenn mehr geschehen solle, müßte eine jährliche Recognition von zwei Tonnen Goldes gezahlt werden.

Das vermahnen die Patrioten mit äußerster Bestürzung; aber mit noch größerer, daß neue Werbungen auf 375 Pferde und 1700 M. Fußvolk befohlen seien. „Es ist eine solche Alteration bei Adel, Bürger und Bauern, daß leicht gefährliche Resolutionen gefaßt werden können." Man fürchtete, die Stände würden „in ihrer Desperation" den Neuburger anrufen; Prinz Moritz erfuhr im Haag, es sei die Rede davon, „sich ganz von dem Kurfürsten zu separiren, sich zu einem andern Herren zu setzen". Aller Orten gab es Zusammenkünfte; man erhitzte sich um so

---

1) Vertrauliches Schreiben aus Düsseldorf an Prinz Moritz, 18. Nov. 1656. (Düsseld. Arch.)

2) Schreiben des Prinzen Moritz an Weimann, Cleve, 4. Nov. 165?.

mehr, je weniger man Rath wußte; und dabei konnte man stündlich Condé's feindlichen Einfall erwarten." [1])

Prinz Moritz und die Regierung hatten, unbekümmert um alles Geschrei, Truppen herangezogen, Calcar rasch mit Erdwerken gedeckt; die erbetenen Kanonen versagten die Herren von Holland „ohne die begehrte Recognition"; man erhielt deren zwölf von der Princessin Hoheit, zwölf andere, die Prinz Moritz besaß, wurden ebenfalls auf die Wälle gebracht, die Festung war in vier Wochen leidlich fertig und armirt, „welches dann, schreibt der Prinz (13. Dec.), bei den Ständen sowohl wie bei den Benachbarten und Katholischen ein Aufsehn verursacht, und ist allbereits mehr Respect und Gehorsam, denn zuvor." Prinz Condé unterließ es zu kommen, seine Völker blieben im spanischen Geldern. Die Herren Stände fuhren fort, nichts zu bewilligen, Placate auszulassen und ihren pflichtschuldigen Dissens zu erkennen zu geben, „der Hoffnung lebend, auch S. Kf. D. unterthänigst bittend, daß ihnen diese ihre abgenöthigte Kundgebung nicht in Ungnaden gedeutet werde". [2])

Die Bewegung endete sobald nicht; aber sie verlor ihren acuten Charakter, seit die holländische Politik ihren Cours änderte. Die mit Johann Casimirs Ankunft in Danzig beginnenden Friedenshandlungen machten für die Staaten die gute Stimmung Brandenburgs, dessen Gewicht von allen Seiten empfunden wurde, doppelt wichtig.

„S. Kf. D. kommt bei ihnen täglich mehr in Consideration und nimmt das alte Vertrauen dermaaßen zu, daß sie rund heraus sagen, der Staat könne S. Kf. D. und dero Wesen nicht verlassen ohne gemein Verderben." [3]) Als die Verhandlungen scheiterten, der Abreise Johann Casimirs der neue Zug des Schwedenkönigs, seine Verbindung mit Rakoczy folgte, wurde Holland um so thätiger, den Kurfürsten von

1) Prinz Moritz an den Kurfürsten, 22. Nov. 1656.

2) Aus der Erklärung der Stände, Rees, 24. Mai 1657.

3) „So fanget man auch in Holland an, das Werk anders zu begreifen und S. Kf. D. auf eine andere Weise zu consideriren." Weimann an Prinz Moritz, Haag, 17. Nov. 1656. (Düss. Arch.)

Schweden abzuziehen, weil nur dann, wenn es gelang, es möglich wurde, das Versprechen zu erfüllen, mit dem man in Kopenhagen den Entschluß zum Kriege durchgesetzt hatte, das Versprechen, „daß Schweden keinen Fußbreit Landes von Dänemark abreißen solle". [1])

Daß Holland jetzt den Angriff Dänemarks wünschte, geschah schon nicht mehr allein aus Rücksicht auf die baltischen Verhältnisse. Fast noch mehr trieb, was im Westen geschah, zu rascher Action.

Holland hatte die emporkommende See- und Handelsmacht der Engländer nicht niederhalten können; schon 1656 war zwischen England und Frankreich ein Handelsvertrag geschlossen, dessen Wirkungen man in Amsterdam lebhaft empfand. Französische Caper belästigten auch die neutrale Flagge der Holländer auf das äußerste; als de Ruyter bei Livorno einige dieser Caper aufbrachte, antwortete Frankreich mit Embargo auf alle holländischen Schiffe und Güter, drohte seinen Gesandten aus dem Haag abzurufen, „weil man", so sagte der junge König, „in meinen Meeren, die mir souverain und eigenthümlich gehören, meine Schiffe weggenommen hat"; und die Politik der „Navigation und Commercien" hatten auch da sich schmiegen zu müssen geglaubt. Aber jetzt, im Frühjahr 1657, als Karl Gustav bis an den Fuß der Karpathen vorgedrungen war, schlossen Mazarin und Cromwell förmlich eine Allianz gegen Spanien, verbanden sich zu einer Expedition gegen das spanische Flandern, dessen Hafenplatz Dünkirchen an England kommen sollte [2]). Wie sollte die spanische Macht dieser furchtbaren Verbindung widerstehn, wie Oesterreich, wenn Karl Gustav jetzt nach Frankreichs Wunsch sich gegen Schlesien und Böhmen wandte und die Evangelischen aufrief, sich auch nur halten können? Den Gewaltstößen „der drei, welche die ganze Welt zu zwingen versuchen" [3]), ihren

1) So Kleist in seinem Bericht vom 21./31. Juli 1657.

2) Aus Boreels Bericht, den Londorp VIII. p. 34, in der Uebersetzung mittheilt.

3) So der Ausdruck in der Schrift „Kurzer Entwurf der rechtmäßigen Waffen" u. s. w., p. 54.

Heeren und ihren Principien schien das Haus Oestreich erliegen, es schienen die letzten Reste eines Gleichgewichts der Mächte zu Grunde gehn zu müssen.

Und gerade jetzt, als diese unermeßlichen Gefahren heraufzogen, starb Kaiser Ferdinand III.; er war nicht mehr bei seinen Lebzeiten zur Wahl eines Römischen Königs gekommen; sein Erbe in den Kron- und Erblanden, König Leopold Ignatius, war erst siebzehn Jahre. Daß Frankreich, Schweden, England alles daran setzen würden, seine Wahl im Reich zu hindern, war vorauszusehn; jede andere zwang das Haus Oestreich zum Kampf auf Leben und Tod.

Noch Kaiser Ferdinand hatte die Allianz mit Polen eingeleitet, aber gezögert abzuschließen. Jetzt begriff man in Wien, daß keine Zeit zu verlieren sei. Am 27. Mai wurde der Vertrag unterzeichnet, der ausdrücklich als die Grundlage einer umfassenden Liga bezeichnet wurde.[1]) Zugleich gelang es in Constantinopel die schärfsten Befehle gegen den Fürsten von Siebenbürgen zu erwirken; die Paschas von Ofen, Temesvar, Bosnien zogen aus, des entsetzten Vasallen Land zu unterwerfen. Aber in derselben Zeit lag die venetianische Flotte nach mehreren Siegen über die des Großherrn vor den Dardanellen, unter Moncenigo zu neuem Kampf bereit.

In so großen Dimensionen entwickelte sich der europäische Kampf von 1657. Die Lage der brandenburgischen Länder, des Kurfürsten Stimme im Reich, seine militärische Stärke machte es zu einer Frage von europäischem Interesse, ob er sich endlich ganz der glänzenden Ag-

---

1) „In diese Allianz wird admittirt das Haus Oestreich, Dänemark, Holland, Moskau, Tartaren, etliche Kur- und Fürsten des Reichs, so sich dazu werden verstehen wollen, und in specie der Kurfürst von Brandenburg mit dieser condition, wenn er ablata restituiren, sich von Schweden separiren und als ein Vasall des Königs von Polen sich mit Polen conjungiren werde." So steht in einer Abschrift, die Hoverbeck im Herbst 1657 eingesendet hat. Ungefähr ebenso bei Londorp VII. p. 22. Auch Kleist meldet 17./27. Juni aus Kopenhagen, daß der östreichische Gesandte „auf ein tiefes und nach einem langen Krieg aussehendes Verbund hoffe".

gressivpolitik der drei Mächte anschließen, ob er sich für die östreichisch-polnische Seite gewinnen lassen werde.

Eben dieselben Momente, die es für die kämpfenden Mächte so wichtig machten, daß er sich klar und rasch entscheide, gaben ihm die Motive und die Möglichkeit zu warten. Er hatte in aller Weise dargethan, daß sein Interesse der Friede zwischen Polen und Schweden sei; und er hatte am wenigsten darum, weil beide sich von dem fortgesetzten Krieg jetzt größeren Vortheil versprachen, davon abzugehen; er hatte am wenigsten ein Interesse dabei, daß der Krieg, neue Mächte mit hereinziehend, um so unheilbarer werde. Was hatten die Staaten', was gar Frankreich und England, oder Spanien und Oestreich bisher für ihn oder für den allgemeinen Frieden gethan? Vor einem Jahr, als ihm Dänemarks Eintreten höchst willkommen gewesen wäre, hatte Holland es zurückgehalten; jetzt bedeutete ein dänischer Krieg neben dem polnischen die Zerstörung der noch möglichen Friedensbasis. Er wies Ewald von Kleist an, in Kopenhagen alles daran zu setzen, daß man sich nicht für den Krieg entscheide.

Seine Bemühungen waren vergebens. Der Kriegseifer wuchs am dänischen Hofe mit der Aussicht, jetzt durch einen raschen Angriff die Verluste des Friedens von 1645 wieder einzubringen; Karl Gustav hatte ja vollauf im fernen Gallizien zu thun, und schon rückten die Oestreicher heran, ihn völlig festzuhalten. „Auch wir, sagte der Reichshofrath v. Gersdorf, sind mehr auf billige Satisfaction, als auf die Waffen gerichtet; aber einstimmig hat der Reichsrath beschlossen, eher alles daran zu setzen, als in der bisherigen unerträglichen, tief empfundenen Vilipendenz, Schaden und Zwang zu sitzen; jedem von uns steht vor Augen, daß Schweden die Monarchie an der Ostsee will; uns ist es nicht um ein particulares Accommodement zu thun, bei dem wir am wenigsten sicher sein würden, sondern und am meisten darum, daß an der Ostsee ein jeder das Seine in Frieden genieße und die gemeine Sicherheit durch einen gemeinen Frieden stabilirt werde." Am 11. Juni wurde

das dänische Kriegsmanifest erlassen; die Flotte ging in See, von Schonen, von Norwegen aus rückten die Heere vor; zur See und zu Lande zugleich wurde das Fürstenthum Bremen angegriffen.

Nicht dieser dänische Angriff nöthigte Karl Gustav seine polnische Expedition aufzugeben; für den Schaden, den ihm die schlaffe Dänenmacht augenblicklich bringen konnte, hätte er überreichen Ersatz gefunden, wenn er sich hätte entschließen wollen den Handschuh aufzunehmen, den ihm der wiener Hof hingeworfen. Wollte er nicht in den großen Kampf gegen das Haus Oestreich mit eintreten, so war es zwecklos, die zusammengeschmolzenen Regimenter des unvergleichlichen Heeres in den Strapazen des polnischen Krieges und an der Seite der wüsten Schaaren Rakoczys zu verbrauchen.

Daß der König nicht auf Krakau operirte, sondern auf das rechte Weichselufer ging, sich auf Brzesc wandte, zeigte, daß sein Feldzug kein strategisches Object mehr hatte, daß er nur noch Schrecken verbreiten wolle. Die Kriegserklärung der Dänen gab ihm dann den Vorwand, plötzlich dieß Kriegstheater zu verlassen.

Gleich nachdem Brzesc genommen und an Rakoczy übergeben war, am 21. Mai, erklärte der König, daß er zurückgehen werde.[1]) Es geschah unter unerhörten Verwüstungen; „die Getreidefelder wurden niedergebrannt, unzählige polnischen Adels niedergehauen, kein Wald noch Morast gab mehr Schutz gegen die Menge der Kosacken".

Später ist in schwedischen Staatsschriften geltend gemacht worden,

---

1) Waldeck an den Kurfürsten, d. d. Ostrozanie, 21. Mai: „der Fürst Rakoczy und seine Leute sind sehr perplex gewesen, in Sorge stehende, S. M. möchte sie allein und also in Gefahr lassen." Daß der König da die Nachricht erhalten habe, Danum bello solemniter indicto in arma erupisse (Pufendorf C. G. IV. 17) ist falsch; er war bis zum 26. Mai in Brzesc, und die Kriegserklärung in Kopenhagen erfolgte erst am 11. Juni. Der schwedische Gesandte hatte noch am 23. Mai Audienz bei König Friedrich. Schon im Februar 1657 sprach „ein schwedischer Reichsrath an offener Tafel" von dem baldigen Krieg gegen Dänemark. Die Verhandlungen in Kopenhagen zeigen, daß Karl Gustav diesen wollte, als er nach Gallizien zog. Das ausgeheerte Polen bot ihm nichts mehr; er mußte ein neues Gebiet suchen, auf fremde Kosten sein Heer zu erhalten.

daß das Zögern, die Weigerung des Kurfürsten, seine Schuldigkeit zu thun, die großen Erfolge, die der König zu erringen gehofft habe, vereitelt hätten, daß der Kurfürst schon damals mit den Gegnern Schwedens unter einer Decke gespielt habe.

Allerdings hatte der König wiederholentlich außer dem Contingent, das vertragsmäßig gestellt werden mußte und gestellt war, neue Truppensendungen, thätiges, selbstständiges Eingreifen wo möglich des ganzen brandenburgischen Heeres gefordert; er hatte dem Kurfürsten Brzesc angeboten, ihn aufgefordert, es von Preußen aus in Besitz zu nehmen[1]); er trug ihm das ganze königliche Preußen mit Danzig, Elbing und Thorn an, in Tausch gegen das so viel gefährdetere Herzogthum[2]); er schlug eine Zusammenkunft vor, um gemeinsam in Betreff Oestreichs zu berathen. Er hätte um alles gern Brandenburg völlig in seine Politik verflochten und von der Polens unversöhnbar getrennt.

Auch ein minder plumpes Verfahren hätte nicht mehr viel erreicht. Daß die brandenburgischen Unterhandlungen mit Gonsiewsky ihren Fortgang hatten, daß auf dessen Wunsch Schwerin sich auf die Grenze begeben, daß Fürst Radzivill ihn zu dieser Friedensconferenz zu begleiten sich erboten habe, das alles meldete der Kurfürst selbst an Karl Gustav. Aber eben so bereit erklärte er sich zu der vom Könige gewünschten Zusammenkunft, sandte auf dessen Wunsch 1000 Reuter und 800 Dragoner auserlesenes Volk an den Narew, den König zu empfangen und zu geleiten, aber mit dem ausdrücklichen Befehl, sich zu keinem andern Zweck verwenden zu lassen. Der König war sehr erfreut, diese Truppen da zu finden; er meinte sie den schon von allen Seiten mächtig nachdrängen-

1) Das Schreiben des Kurfürsten an Waldeck, Königsberg, 5. Juni, antwortet auf dieß Erbieten: „wir können es nicht übernehmen, da der Ort 40 Meilen von der preußischen Grenze liegt und keine linea communicationis hat."

2) Schreiben Schlippenbachs an den König, Königsberg, 24. Mai; er berichtet, daß er zugleich „nicht manquirt habe, die conjunctio armorum contra domum Austriacam zu suadiren; es scheine aber, daß man vor Ende des polnischen Wesens sich in mehrere Sachen einzulassen nicht getraue" u. s. w.

den Massen des Feindes entgegenwerfen zu können[1]); sie beriefen sich auf ihre Ordre; er mußte zufrieden sein, daß sie ihn sicher nach Thorn durchbrachten.

Schon waren die schwedischen Truppen, die in Pommern standen, und ein Theil derer in Preußen auf dem Marsch nach Holstein; dann zog Steenbock auch die bisher noch bei Rakoczy gelassenen Truppen zusammen und führte sie aus Polen hinweg. Endlich (25. Juni) verließ Karl Gustav selbst Thorn ohne den Kurfürsten gesprochen zu haben; unter irgend einem Vorwande hatte dieser abgelehnt zu ihm zu kommen.

Bald gab der kühne Zug der Schweden nach Holstein, nach Jütland hinauf, der Kampf in Schonen und auf der norwegischen Grenze der Welt Stoff in Fülle, den Alexander des Nordens von Neuem zu bewundern, und darüber zu vergessen, daß er den bisherigen Schauplatz seiner Thaten in einem grausenhaften Zustand, seine bisherigen Bundesgenossen wie auf verlornen Posten zurückgelassen.

Dem Fürsten von Siebenbürgen hatte er, als Steenbock sich von ihm trennte, rathen lassen, er möge sich sobald möglich zurückziehen und seinen Frieden machen. Wie auch hätte der Fürst sich halten können; in wenigen Wochen hatte sein Heer sich aufgelöst, mit kaum 3000 Mann entkam er nach Siebenbürgen. Nur Krakau hielt General Würz mit seinen Schweden noch gegen die Oestreicher.

Dem Kurfürsten schrieb Karl Gustav sofort nach seiner Abreise aus Polen (5. Juli) eigenhändig und deutsch in den ausschweifendsten Ausdrücken der Anerkennung und Dankbarkeit: „die ganze Welt werde des hochedlen Fürsten constantes Gemüth und absonderliche Generosität, daß er bei so schweren Zeiten in seiner Freundschaft weder wanke noch weiche,

1) Die Forderung stellt der König, 21. (31.) Mai in castris ad Czremin (am Bug): ne res hic in Polonia ad salutem sociatorum armorum bene directae alicui periculo deinceps exponi possint. Der Kurfürst wiederholt, 11. Juni, die Truppen seien nur geschickt ut Mtem V. securam et salvam in Borussiam reducerent.

admiriren; seinerseits sei er nicht gesonnen, das Werk hier in irgend einem hazard zu hinterlassen, sondern habe seine Maaßregeln so getroffen, daß er dem Verbündeten stets alle getreue Assistenz und Handbietung leisten könne."[1])

In einem officiellen lateinischen Schreiben motivirte er seinen Abzug aus Polen durch die Nothwendigkeit, seine eigenen Lande zu schützen: meuchlings habe ihn der Däne angefallen; der gleichzeitige Einfall der Oestreicher in Polen und der Dänen ins Bremische zeige, was dahinter sei; es sei nicht bloß seine und Schwedens Sache, die ihn hinwegführe, sondern die der ganzen evangelischen Welt; das evangelische Deutschland wolle man treffen, indem man gegen Schweden gehe; nie habe Rom einen kühneren Schlag geführt. [2])

Zugleich versicherte er, in acht Wochen werde er zurückkommen; er empfahl, die Verhandlungen mit Polen lebhaft fortzusetzen; er lasse Schlippenbach und Johann Oxenstjerna zurück, damit sie sich bei den Unterhandlungen betheiligen könnten; er habe ihnen völlige Gewalt gegeben, wenn die Polen zu friedlichen Gedanken sich möchten leiten lassen, mit gleicher Sincerität und Friedensliebe zu beiderseitiger Reputation und Befriedigung abzuschließen. [3])

Des Königs Absicht war deutlich genug. Mit seinem plötzlichen Abmarsch warf er dem Bundesgenossen, der so wenig eifrig zum Angreifen gewesen war, die ganze Last der Vertheidigung zu; er machte ihn gleichsam zur Nachhut des Invasionszuges, der die Macht niederwerfen sollte, deren enge Beziehungen zu Brandenburg eben so offen ausgesprochen, wie in der Natur der Sache begründet waren. Er hatte den

---

1) Karl Gustavs eigenhändiges deutsches Schreiben an den Kurfürsten, Bromberg, 25. Juni (5. Juli) 1657.

2) So das officielle lateinische Schreiben aus Bromberg, 25. Juni (5. Juli 1657.

3) So der König in dem eigenhändigen Schreiben. Officiell läßt er am 6. Dec. 1657 schreiben: fatemur affirmasse nos velle connivere si Cels.^{ne} V. E. aliis auxiliis plane destituta in casu summae necessitatis ad tractatum condescenderet, nihil tamen ut concluderetur tum consensisse.

Kurfürsten nicht gefragt, ob er solche Rolle zu übernehmen gemeint sei; er that, als ob sie sich aus den Verträgen und aus der Lage der Dinge von selbst ergebe. Wenn aber der Kurfürst, wie zu erwarten stand, lieber unterhandeln als kämpfen wollte, so durfte er ja nach den Verträgen nicht abschließen ohne Schweden, und die gemeinsamen Verhandlungen gaben die Gewähr dafür, daß nichts geschlossen werde wider das Interesse Schwedens. Entweder man machte sie resultatlos, und dann hatte der Kurfürst mit seinen Grenzen zugleich die des schwedischen Preußen zu decken; oder man schloß mit Polen ohne Oestreich und Dänemark, und sprengte so die eben begründete Liga. Mochte man den Polen selbst Preußen zurückgeben müssen, um Dänemark niederzuwerfen, — sobald es geschehen war, konnte man mit desto größerer Zuversicht nach Preußen zurückgehen, sich entweder mit Oestreich auf Kosten Polens oder mit Polen auf Kosten des Kurfürsten auseinandersetzen. Denn, wie Karl Gustavs Ausdruck lautete, „daß ihm der Kurfürst sein Glück zumessen, dasselbe durch Hinzulegen oder Hinwegnehmen seiner Hülfe zuwägen wolle, werde er nicht dulden und hoffe er es demselben einst zu entgelten.“

Verwegen und radical in seinen Entwürfen richtete er seine Gedanken schon über das nächste Ziel, die Beseitigung der dänischen Rivalität, hinaus. Nicht bloß, daß er seinem Schwiegervater, dem Herzog von Gottorf, die Souveränetät in Schleswig-Holstein zudachte; er bot der Republik England Dithmarschen an der Elbe, Oldenburg und Delmenhorst, das durch Erbgang demnächst der Krone Dänemark zufallen mußte; ja auch Ostfriesland, Münster wurden in den Erbietungen an den Protector genannt, auch Schlesien; gleich als sollten bereits für den nächstweiteren Krieg, den zur Vernichtung Oestreichs, die Positionen besetzt werden. [1]

---

1) Nach Friesendorfs Instruction, von der Puf. C. G. VI. 42 eine ziemlich genaue Analyse giebt. Sie befindet sich abschriftlich in dem Journal von Leonhard Völler (secrétaire d'état d'Allemagne et du Nord), von dem Coremans in dem Compte-Rendu der Commission Royale d'histoire 1846 (tom IX. No. 1) eine sehr lehrreiche Nachricht gegeben hat.

Von alle dem erfuhr der Kurfürst natürlich nichts; der getreue Alliirte sollte glauben, daß der Zug gegen Dänemark nur die nothgedrungene Abwehr eines Angriffs sei, den die brandenburgische Vermittelung abzulenken sich vergeblich bemüht habe. Um seine Friedensliebe ins vollste Licht zu setzen, erbot sich Karl Gustav durch Graf Schlippenbach, auch jetzt noch jemanden an die Grenze zu senden, um mit den Dänen Verständigung zu versuchen; er ließ bitten, daß der Kurfürst sich noch einmal der Sache annehme und zu diesem Zweck Ewald von Kleist ins schwedische Lager abfertige.

Konnte der König glauben, daß Friedrich Wilhelm mit so groben Künsten sich werde täuschen lassen? Hatte er nach den Erfahrungen, die er bisher mit ihm gemacht, Grund, vorauszusetzen, daß die besonnene, behutsame Politik, die ihm so oft schon, wenn er die Hand zu fassen meinte, nur den Handschuh gelassen, jetzt plötzlich rathlos sein, sich am Narrenseil führen lassen werde? [1])

Freilich am kurfürstlichen Hofe war die Aufregung, der Zwiespalt der Ansichten außerordentlich groß. Seit Wochen war Lisola dort, unermüdlich mit Gründen, Vorspiegelungen, Bestechungen auch, den Einfluß, den der Bischof von Ermeland, der von Wilna, die Gonsiewska, die Pac übten, zu steigern. Aber die kühne Gewandtheit Schlippenbachs, unterstützt von d'Avaugour, Blondel, Terlon, war nicht minder thätig, und sie hatten wenigstens einen bedeutenden Vertreter am Hofe, den Grafen Waldeck, der den Augenblick gekommen sah, das Haus Brandenburg auf den Weg des Ruhmes und der Größe zu führen, den Karl Gustav ihm neidlos erschloß. Wohl konnte man ihm entgegnen, daß von dieser

1) In dem eigenhändigen Brief (Königsberg, 23. Aug.) an Kleist, den der Kurfürst der Vollmacht beifügte, schrieb er: „ich muß bekennen, daß ich fast sehr zweifle, ob es auch rechter Ernst ist und man nicht vielmehr Zeit zu gewinnen sucht; gegen alles mein Remonstriren opiniastrirt man sich und will den Bogen zu hoch spannen; weil man hier nichts zu verlieren hat und also desto leichter hazardiren kann, so dürfte es wohl endlich über mich ausgehn; daher ich Ursache habe, auf meine Sicherheit zu sehen."

Neidlosigkeit bisher wenig zu verspüren gewesen, daß von den Trophäen von Brzesc, den 40 Kanonen, die Waldeck mit dem schwedischen General gemeinsam erbeutet, auch nicht eine an Brandenburg gekommen sei, trotz der Verträge; der König habe mit seinem Abzuge den gemeinsamen Krieg, zu dem er sich in den Verträgen verpflichtet, einseitig und ohne Zustimmung seines Bundesgenossen aufgegeben, sein Heer habe beim Durchmarsch durch Pommern mit Raub und Brand wie in Feindesland gehaust; man sei nicht mehr an ihn gebunden, da er sich selber losgesagt habe. Auch Ruhigere meinten, daß man jetzt sich zu Polen wenden, daß man in jene Liga eintreten müsse, die allein noch Schutz biete gegen die wilden Pläne Schwedens, des Protectors, des Cardinals. In demselben Sinn schrieb die Prinzessin Hoheit aus dem Haag; sie empfahl bei der Wahl im Reich, die schon alles in Spannung setzte, rasch und entschlossen die Sache Oestreichs zu ergreifen.

Und war es nicht nahezu eine Insolenz, wenn Mazarin am brandenburgischen Hofe die Wahl des Pfalzgrafen von Neuburg empfehlen ließ? [1]) oder versüßte es die Pille, wenn hinzugefügt wurde, daß eine Liga mehrerer deutscher Fürsten mit Frankreich und Schweden geschlossen sei, zu der auch dem Kurfürsten der Zutritt offen stehe, eine Liga, die Pommern und Bremen vertheidigen werde? Konnte man nackter den Krieg in Deutschland, die Wiederholung des grauenvollen Krieges vor 1648 in Aussicht stellen?

„Eilen Sie," schreibt die Prinzessin Hoheit (27. Juli) dem Kurfürsten, „die Zeit ist sehr kurz." Nicht minder höchste Eile empfahl die Königin von Polen; „alle Welt", hatte sie an die Kurfürstin Mutter sagen lassen, „ist über die Blindheit des Kurfürsten erstaunt; sieht er nicht, daß ihm der Untergang droht? er hat keinen Augenblick Zeit zu verlieren; es ist nicht möglich, die äußersten Entschlüsse länger hin-

1) Bericht d'Avaugours, Königsberg, 3. Aug.: mais il s'est emporté sur la proposition de choiser Mr. de Neubourg en menaçant d'aimer mieux prendre la protection de la maison d'Autriche.

auszuschieben; die Polen wollen von keinem Congreß, von keiner Mediation mehr hören; wenn der König von Schweden von Unterhandeln spricht, so ist das Fanfaronade." [1])

Für den, der am Steuer stand, gab es doch noch andere Motive als die der Ungeduld, sich aus einer schwierigen Lage herauszuziehen, wie der gut oder übel gemeinte Eifer derer, die Einfluß zu üben wünschten, empfahl, noch andere Möglichkeiten, als sich entweder in die Scylla der östreichischen oder die Charybdis der französischen Liga zu begeben. Es kam darauf an, zwischen beiden hindurchzusteuern.

Die Art, wie Lisola drängte, wie der polnische Hof dem Vasallen den Abfall zu verzeihen sich erbot, zeigte, daß man auf jener Seite von richtiger Einsicht in die Lage der Dinge noch ungemein weit entfernt sei. Freilich war für Brandenburg eine Stelle in der österreichischen Liga vorbehalten; aber weder die Polen ließen sich für das, was sie forderten, zu irgend weiteren Erbietungen herbei, noch schienen die Oestreicher bemerken zu wollen, daß in des Kurfürsten Hand zur Zeit auch eine Wahlstimme liege.

Anderer Seits war dem Schwedenkönige daraus, daß auch er neben der polnischen Frage, neben dem „schwedischen Preußen" die Interessen seiner übrigen Länder beachtete, am wenigsten brandenburgischer Seits ein Vorwurf zu machen; dieselbe Befugniß hatte sich der Kurfürst so oft in so nachdrücklicher Weise vorbehalten, daß er jetzt zufrieden sein konnte, wenn das gleiche Verfahren Schwedens ihm ein neues Motiv gab, es auch ferner zu thun. „Da jetzt", schrieb er (4. Juli) an Karl Gustav, „unverhofft so viele und mächtige Feinde E. M. bedrohen und das Inter-

1) Das Schreiben der Königin so wie den französischen Vertrag des Beichtvaters des Abtes von Paradies, eines Franzosen, sendet die Kurfürstin aus Crossen, 10. April 1657. Pufendorf VI. 69. 70, der beide Stücke im Auszug giebt, hat den Irrthum, als habe die Kurfürstin Wittwe besonderen Antheil an der Verständigung, nicht verschuldet; er sagt genau: ea tantisper in medio relinquebantur, donec Rege Sueciae discessum adornante u. s. w. Er unterläßt nur zu sagen, daß im Juli Jena nach Crossen kam, der von dort, 18. Juli, schreibt: er habe die Kurfürstin zur Coperation sehr bereit gefunden.

esse Ihrer Staaten fordert von hier hinwegzugehen, so sind damit die Grenzen unseres Landes in größerer Gefahr." Die Verträge verpflichteten Schweden, zum Schutz des Herzogthums auf geschehene Forderung sofort 6000 Mann ins Feld rücken zu lassen, auch zum Schutz der vier Palatinate, Pommerns, der Marken, so lange der Krieg währe, einzutreten; und im Weichsellande waren kaum Truppen genug zur Besetzung der Festungen zurückgeblieben. Es war für Graf Schlippenbach eine peinliche Lage, als der Kurfürst bei der sichtlichen Gefahr der Grenzen die vertragsmäßige Hülfe, wenigstens doch 3000 Mann forderte; der zähe Diplomat hatte die Stirn, zu erklären: sein König würde sie gern stellen, doch habe Frankreich den Wunsch geäußert, daß es nicht geschehe".

Aber er schlug neue weitaussehende Dinge vor: jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, mit dem österreichischen Hofe Abrechnung zu halten; der König sei bereit, die Hand zu bieten, daß Brandenburg und Sachsen Schlesien gewönnen; er ließ merken, daß man in Dresden zu Allem entschlossen sei. Jenas Berichte meldeten sehr andre Dinge; ein vornehmer kursächsischer Rath habe zu einem aus Anhalt, „den er für lutherisch gehalten", gesagt: „man müsse Kurbrandenburg nicht allzu mächtig werden lassen, es würde sonst noch ganz andere Händel machen, als vordem der Kurfürst Friedericus."

Auch Lisola machte Vorschläge weitaussehender Art: Schweden sei und bleibe eine Gefahr für Deutschland und für Polen, so lange es Pommern besitze; Polen und Oestreich würden Pommern gern in des Kurfürsten Hand sehen, es ihm erobern helfen, um so mehr, als damit für Dänemark die beste Diversion gemacht werde; und zum Ersatz für Ermeland, das als geistliches Gut nicht weggegeben werden könne, solle Elbing mit dem Werder an Brandenburg kommen.

Und wieder Schlippenbach empfahl dem Kurfürsten, mit Polen allein abzuschließen, das Gott danken werde, von Oestreich und der Aussicht auf einen König Erzherzog loszukommen; Schweden sei bereit, auf Preußen zu verzichten, es dem Kurfürsten zu überlassen, nur Danzig

müsse polnisch bleiben; selbst die Neutralität des Kurfürsten werde seinem Könige genehm sein, nur müsse es eben nur Neutralität sein.

Diese, so sagte der Kurfürst den französischen Herren, wünsche er, um demnächst ins Reich zurückkehren zu können, wo neue Werbungen und die Wahl in Frankfurt seine Anwesenheit forderten. Er werde, so sagte er Schlippenbach, den größeren Theil seines Heeres mit hinweg führen, es bei Cüstrin und Landsberg lagern lassen, um dann dem Könige zu weiteren Unternehmungen bereit zu sein. Aber er verbarg nicht, daß er sehr betreten über die frostige Abweisung sei, welche Kleist erfahren habe, der doch auf Schlippenbachs Wunsch nochmals mit Dänemark zu vermitteln versucht habe. 1)

Sogleich folgte noch ein zweites Aergerniß. Graf Josias Waldeck führte zwei kurfürstliche Regimenter nach Pommern ab; er sollte die Brücke bei Dirschau passiren; den Antrag des Prinzen Adolph Johann, an einem Angriff auf Danzig Theil zu nehmen, mußte er ablehnen. Der Prinz ging voraus über die Brücke; er ließ Waldeck ohne Nachricht über die Nähe des Feindes, der sich nun mit Uebermacht auf die Brandenburger warf; auf das tapferste behaupteten sie sich, nur gab das Weichen einer Escadron dem Feinde einen augenblicklichen Vortheil. Nun eilten die Schweden herbei und vollendeten den Sieg. Schlippenbach, der bereits nach Königsberg abgereist war, schrieb über das Gefecht von Dirschau an Schwerin in einer Weise, die den Kurfürsten empörte: „die Brandenburger sind gleich anfangs so schrecklich ausgerissen, daß unsere Leute den Schlagbaum bei der Brücke zuschlagen, mit gefällten Piken und angelegten Musketen sie wieder zum Stehen bringen müssen; Gott sei geklagt, daß die Leute so viel gekostet haben und doch nichts leisten". Der Kurfürst befahl „strenge Inquisition". Nicht bloß Waldecks Bericht zeigte, daß Schlippenbachs Angaben falsch seien; auch der Prinz Generalissimus und selbst die Dan-

1) Blondels Bericht vom 10. Sept.: l'on se scandalise sur la réponse froide que le Roy de Suède a donné à Kleist.

ziger anerkannten die tüchtige Haltung der Truppen. „Es thut mir leid, schrieb Graf Friedrich Waldeck dem Prinzen, daß man dergestalt verfährt, daß S. Kf. D. Ursache zur Offense bekommen und niemand mehr mit den Herren Schweden sich wird conjungiren wollen.“

Bei der Armee war die Erbitterung gegen die Schweden allgemein, am größten bei denen, die wie Derfflinger früher in schwedischem Dienst gestanden; um jeden Preis und für immer von ihnen loszukommen, das war das allgemeine Verlangen. Und wie erst waren sie, die in befreundetem Lande ärger als der Feind hausten und ungestraft hausen durften, bei den Bürgern und Bauern verabscheut. In dem Haß gegen die Fremden und gegen die Fremdherrschaft begann sich ein Zug gemeinsamer patriotischer Empfindung zu entwickeln; und der Abzug ihrer Regimenter unter neuen Freveln und Plünderungen wurde überall als das Ende der entsetzlichen Bundesgenossenschaft mit Jubel begrüßt.

Seit Wochen verhandelte der Kurfürst mit Polen; endlich Mitte September kam die entscheidende Nachricht. Polen hatte in der Frage nachgegeben, auf die ihm alles ankam, in der Frage der Souveränetät.

Es gab nichts, was den polnischen Patrioten unleidlicher, schimpflicher erschienen wäre; aber es lag auf der Hand, daß man den Schweden in Preußen, wenn er auf ihrer Seite blieb, nichts anhaben könne; und gleich das erste Eindringen Karl Gustavs in Holstein hatte gezeigt, daß die dänische Macht unfähig sei, zu widerstehen. Polen hatte die Hülfe Oesterreichs mit unerhörten Zugeständnissen gewonnen, und doch zögerten die österreichischen Heere vorzugehen, sie wagten es nicht, so lange noch ein schwedisch-brandenburgischer Angriff auf Schlesien möglich war. Es war eben so sehr ein österreichisches wie polnisches Interesse, Brandenburg zu gewinnen; was sollte aus der Kaiserwahl werden, wenn es auf der Seite der Gegner blieb? Am lebhaftesten drängte Dänemark, nachzugeben; man hatte sich da zum Kriege entschlossen in der Hoffnung auf die Staaten und die Liga, gegen die Zusicherung des wiener Hofes, daß alles geschehen solle, Brandenburg zu gewinnen; nun verleugneten die Staaten

von Holland, was „Privatleute" versprochen hatten [1]); nun stand immer noch die österreichische Armee vor Krakau; und wenn zwischendurch, den Brandenburger mürbe zu machen, Czarnecky in die Neumark, Gonsiewsky in die Gegend von Tilsit einbrach, so erleichterte das Dänemark nicht.

Es war vor allem Dänemarks Interesse, des Kurfürsten Forderung durchzusetzen; „um die Frage der Souveränetät willen, sagte König Friedrich, dürfe der Abschluß mit dem Kurfürsten nicht zurückgelassen werden". Endlich am 8. Juli meldete Kleist aus Kopenhagen: „ihm sei von hoher Hand insgeheim entdeckt, daß dem Wunsche Dänemarks nachgegeben sei; der polnische Gesandte habe hinzugefügt, daß Polen schon früher einmal resolvirt gewesen sei, die Souveränetät zu bewilligen".

Möglich, daß Karl Gustav von dieser Wendung der Verhandlungen eben so schnell Kunde hatte, daß er den sofortigen Abschluß zwischen Brandenburg und Polen voraussah, daß er eben darum Kleist mit der Mediation, die er selbst gewünscht hatte, so abfallen ließ. Für den Kurfürsten war damit der Moment gekommen, den ersten entscheidenden Schritt von ihm hinweg zu thun. Er schrieb ihm (24. Sept.) „S. Maj. Versicherung, in acht Wochen mit seiner Armee zurückzukommen, sei unerfüllt geblieben; so schwer es ihm gefallen sei, so vielen mächtigen Feinden gegenüber allein gelassen, ihren Angriffen zu widerstehen und sie mit Tractaten hinzuhalten, so habe er doch erwägen müssen, daß es dem Könige nicht zu verdenken sei, wenn er die Conservation seines Königreiches dem unzweifelhaften Ausgang des Krieges hier vorgezogen habe [2]); aus Rücksicht darauf habe er weit über die acht Wochen hinaus gewartet; aber da sich der König mehr und mehr in den dänischen Krieg vertiefe, die wiederholten Vermittlungsversuche gescheitert seien, keine Hoffnung auf des Königs Wiederkunft zu verspüren sei,

---

1) So meldet Jena aus Cleve 4./14. Aug. 1657 bei Orlich I. p. 141.
2) Nicht ancipiti eventu, wie Puf. VII. 1 hat.

nach dem Falle Krakaus auch der Anmarsch der Oestreicher drohe, so habe er auf den dringenden Wunsch der Stände seines Herzogthums mit dem General Gonsiewsky und andern dazu Bevollmächtigten, etwas verabredet, dadurch diese Lande vor unvermeidlicher Ueberziehung und gänzlicher Einäscherung versichert werden möchten. Die verabredeten Punkte, die er mitsende, erwarteten nur noch die Ratification des Königs von Polen."

Karl Gustav sandte das Schreiben unerbrochen zurück, weil die Adresse deutsch geschrieben sei und im Titel Großmächtiger, nicht Großmächtigster stehe.

Allerdings war die mit eingesandte Punctation von Wehlau 1. Sptbr. sehr unverfänglicher Art, ein einfacher Neutralitätsvertrag, dem auch Oestreich, der Zaar, Dänemark beitreten sollten. Aber ein Secretartikel besagte: daß er keine Gültigkeit haben solle, da er nur zu anderweitigen Zwecken geschlossen sei. Der Zweck war, ihn den Schweden und Franzosen mitzutheilen, und einstweilen die Verträge festzustellen.

Merkwürdig genug, daß der so vorsichtige Kurfürst sich so zu sagen aufs Ungewisse mit Polen einließ; allerdings waren drei Artikel zu Königsberg durch Lisola zu Stande gebracht und unterzeichnet worden; aber sie enthielten das nicht, was dem Kurfürsten das Wichtigste war, die Souveränetät [1]). Sie konnten höchstens als eine Basis zu weiterer Unterhandlung gelten.

Auch diese wurde zu Wehlau geführt; Gonsiewsky und der Bischof

---

1) Diese drei Artikel finden sich, von des Kurfürsten Hand geschrieben, als Beilage zu einem eigenhändigen Brief an Schwerin, d. d. Tapiau, 17. Sept. 1657. Der erste betrifft die Beseitigung der Appellationen an die Krone Polen, statt deren ein höchstes Tribunal in Preußen eingesetzt werden soll, dessen Mitglieder der Kurfürst ernennt und der König einfach bestätigt. 2) „Weil das Bisthum ein geistlich Gut, so könnte es nicht weggegeben werden; Elbing aber mit dem Werder wollten sie mir dafür geben; ich sollte aber das Bisthum so lange behalten, bis Elbing mir eingeräumt wäre. 3) So wollten die Polen mir Pommern wieder helfen gewinnen." Eben dieser Brief sagt: Lisola melde von den großen Schwierigkeiten, die Gonsiewsky wegen der drei Punkte mache.

von Ermeland waren polnischer Seits, Schwerin und Somnitz von Seiten des Kurfürsten dort, Lisola vermittelte. Die polnischen Herren versuchten allerdings von der diplomatisch für sie günstigeren Lage Vortheil zu ziehen; aber am 18. Sept. kam der Kurfürst selbst nach Wehlau; und er wird nicht unterlassen haben, mit dem Bewußtsein, daß die reale Macht in seiner Hand sei, zu sprechen. Man gab ihm jetzt, was er forderte, und er forderte mit Mäßigung; man war zufrieden, die Verträge so formuliren zu können, daß sie die Ehre der Republik in keiner Weise verletzten. Am 19. Sept. wurden sie unterzeichnet.

Der eine ist der eigentliche Friedensvertrag. Der Kurfürst verzichtet auf alles, was er in diesem Kriege oder durch Verträge mit Schweden gewonnen hat, also auf die vier Palatinate, auf Ermeland, namentlich auf Braunsberg. „Aus Rücksicht darauf und aus andern gerechten Gründen" soll er hinfort das Herzogthum in voller Souveränetät besitzen."[1]) Ein ewiges Bündniß soll die Republik und das Herzogthum verbinden in der Art, daß im gegebenen Fall der Kurfürst den Polen mit 1500 M. Fußvolk und 500 Reutern zu Hülfe sein wird, in gleicher Weise die Republik dem Herzogthum.

Der zweite Vertrag erklärte, daß als das geeignetste Mittel für Polen, Lithauen und beide Preußen den Frieden herzustellen und dauernd zu sichern, ein Schutz- und Trutzbündniß gegen jeglichen Feind erscheine, und daß zu dem Ende, wenn innerhalb der nächsten zehn Jahre Schweden oder dessen Verbündete das Herzogthum oder andere Lande des Kurfürsten angreifen würden, Polen ihm zu Hülfe kommen, daß eben so der Kurfürst, wenn die Republik von ihnen angegriffen werde, wenigstens 6000 Mann Hülfstruppen stellen werde.

Also nicht in die Liga, die zwischen Polen, Oestreich, Dänemark geschlossen war, trat der Kurfürst; er behielt sich vor mit Dänemark, mit

---

1) Die Formel lautet: Ducatum Prussiae . . . jure supremi Dominii cum summa atque absoluta potestate, habebunt et possidebunt. Art. V.

Oestreich besondere Verträge zu schließen. Nicht zum Angriff auf Schweden verband er sich mit Polen; er hatte die Eroberung des schwedischen Pommerns, die in den königsberger Artikeln in Aussicht gestellt war, behutsam von der Hand gewiesen.

Ueber weitere Satisfactionen, hieß es in diesem zweiten Vertrage, werde bei der Ratification durch den König selbst Beschluß gefaßt werden und, bis diese erfolgt sei, solle der Kurfürst durch diese Verträge in keiner Weise gebunden sein. Sehr bald kam die Meldung, daß der König über den Abschluß der Tractaten hoch erfreut sei; „da der Kurfürst wegen Braunsberg nachgegeben, werde ihm in den drei Stücken Lauenburg, Bütow und Elbing Satisfaction gegeben werden". Er wünschte eine persönliche Zusammenkunft, „besonders deshalb, weil des Königs von Ungarn Generale an diese neue Freundschaft nicht glauben wollten".[1])

Am 30. Oct. kam der Kurfürst nebst seiner Gemahlin nach Bromberg. Sie wurden von den polnischen Majestäten mit großem Glanz empfangen, mit der ausgezeichnetsten Aufmerksamkeit bewirthet. Namentlich die Königin schien den anwesenden Oestreichern zeigen zu wollen, daß sie nun erst auf einen glücklichen Ausgang hoffe.

Aber sofort ergab sich eine sehr ernste Schwierigkeit. Wie zufrieden die Polen sein mochten, daß der Kurfürst das Bisthum Ermeland, das seine Truppen inne hatten, zurückgab, so wenig geneigt waren sie, Elbing und den reichen Werder, wo freilich noch die Schweden die Herren waren, ihm zuzuweisen. Es wurde veranlaßt, daß der König wenigstens Danzig darüber höre; natürlich erklärten die danziger Herren, ein so wichtiges Glied des Landes Preußen könne nicht abgetrennt werden, es sei gegen die Incorporationsacte, kraft deren sich die Preußen der Krone Polen zugewandt hätten.

De Lumbres unterließ nicht, auf die große militairische Wichtigkeit

---

1) Hoverbeck an den Kurfürsten, Warschau, 3. Oct. 1657.

Elbings aufmerksam zu machen, die natürlich eben der Grund war, weshalb der Kurfürst die Stadt zu haben wünschte.

Es muß bis hart an ein völliges Zerwürfniß gekommen sein; der Kurfürst schickte Befehl an Sparr (4. Nov.), die auf dem Abmarsch nach den Marken begriffenen Truppen heranzuziehen; „denn die Polen wollen uns hier Gesetze vorschreiben." Der König war nicht in der Lage es darauf ankommen zu lassen [1]); die Bemühungen der Königin und die Nachgiebigkeit des Kurfürsten brachten es endlich zu einem befriedigenden Schluß.

Der Kurfürst verzichtete auf den Werder; er verpflichtete sich, Elbing, das, sobald es den Schweden genommen sei, in seinen Besitz kommen solle, gegen eine Summe von 400,000 Thlr. zurückzugeben, doch so, daß es ihm zustehe, vor der Rückgabe die Befestigung der Stadt zu schleifen. Die Starosteien Lauenburg und Bütow, die bis 1637 den pommerschen Herzögen gehört, wurden ihm zu Lehn übergeben. Unter der Form, daß sich die Krone Polen auf drei Jahre zu 40,000 Thlr. Subsidien verpflichte, wurde dem Kurfürsten als Pfand für 120,000 Thlr. das Amt Draheim überlassen.

So wurde endlich am 6. Nov. der bromberger Vertrag unterzeichnet. Polen verpflichtete sich 5000 Reuter und 3000 M. Fußvolk, der Kurfürst 2000 Reuter und 2000 M. Fußvolk zur Defension zu stellen.

Auch Lisola hatte sich bemüht, die Verständigung herbeizuführen, aber mit der Anmaaßung, als ob sein Hof das Recht habe sie zu fordern, als ob der Kurfürst sich seiner Leitung anvertraut, der König seinen Weisungen zu folgen habe. Er war sehr betreten, als die entscheidenden Feststellungen ohne ihn gemacht wurden. Und so wie nun von weiteren Schritten, von dem Vorgehen gegen die Schweden in Pommern und

1) Lengenich, der das danziger Archiv benutzt hat, sagt: „der König habe gegen die Dantziger geltend gemacht: „daß er sich auf die polnischen Völker nicht groß verlassen könne und die östreichischen Völker sich gegen die brandenburgischen nicht wollten gebrauchen lassen, so daß J. M. selbst in Bromberg nicht sicher zu sein fürchteten, falls der Vergleich keinen Fortgang gewinnen sollte".

Preußen die Rede war, zeigte sich, daß die Instructionen des wiener Hofes tief unter aller Erwartung bleiben, daß sie jeden Schritt untersagten, der irgend die Wahlhandlung in Frankfurt gefährden könne.

Diese Haltung Oestreichs veränderte die Situation außerordentlich. Mit Befriedigung sahen die französischen Herren, die anwesend waren, daß die Liga nicht so fest sei, wie sie gefürchtet hatten, daß die Polen wie Brandenburger voll Mißtrauen gegen Oestreich seien, daß sich namentlich der Kurfürst in Betreff der Wahl noch keineswegs für Oestreich entschieden habe. Die Eröffnungen des Schwedenkönigs, die sie überbrachten, daß er bereit sei, unter brandenburgischer Vermittelung mit Polen Frieden zu schließen, fanden bei der Königin, die mehr wie je Einfluß hatte, die beste Aufnahme. Und der Kurfürst hatte ja nie anderes gewünscht, als einen sichern Frieden zwischen beiden Kronen; er wiederholte, daß er alles zu thun bereit sei, um ihn herzustellen.

Man trennte sich in der Hoffnung, diese Friedenshandlung recht bald zu einem gedeihlichen Schluß zu führen. Schlippenbachs Ankunft in Berlin zum Zweck dieser Verhandlungen war bereits angekündigt; gleich nach des Kurfürsten Rückkehr sollten sie beginnen.

Der wiener Hof hatte mit seinem zweideutigen Verhalten die Offensive, zu der Brandenburg bereit gewesen war, gelähmt. Das schon entworfene Bündniß mit Dänemark verschob der Kurfürst zu vollziehen, bis er mit Oestreich verständigt sei. Da er nicht in die Liga getreten war, konnte er unbedenklich die Vermittlung übernehmen, die Frankreich und jetzt auch Polen lebhaft wünschte; und wenn sie gelang, so war es vorerst nicht nöthig, dem zweiten wehlauer Vertrage Folge zu geben.

Wie aber, wenn sie nicht gelang?

Schon begann sich mit dem nordischen Kriege, mit dem Spaniens gegen Frankreich und England die deutsche Frage in einer Weise zu verwickeln, die das Reich von Neuem zum Kriegstheater Europas zu machen drohte.

Der schwedisch-dänische Krieg.

1657—1660.

Der schwedisch-dänische Krieg.

1657—1660.

Die deutsche Frage war nicht mehr die der Reichsverfassung, der Reichsreform. Der letzte Reichstag hatte den Beweis geliefert, daß diese Dinge mit dem Frieden von 1648 in eine Sackgasse geführt seien. Die ordentliche Reichsdeputation, die dann bestellt wurde, war nur der Anfang zu jener neuen Form eines permanenten Congresses der deutschen Staaten, die erst bis 1806 unter dem Namen des immerwährenden Reichstags bestanden hat, dann nach sieben Jahren des Rheinbundes und des französischen Protectorates, nachdem die wach gewordene Nation das Joch der Fremdherrschaft gebrochen, 1815 als Bundestag hergestellt, 1850 reactivirt worden ist.

Die deutsche Frage, die damals nicht die Nation, — sie war politisch nicht mehr und noch nicht, — aber die Höfe in und außer dem Reich beschäftigte, war die Kaiserwahl.

Es handelte sich darum, ob das Haus Oestreich das Kaiserthum, mit dem es allein noch an Deutschland geknüpft war, behaupten, ob es der Krone Frankreich gelingen werde, ihm auch noch diese Position zu entreißen.

In dem Allianzvertrage, den Frankreich vier Wochen nach Kaiser Ferdinands III. Tode mit England schloß, verpflichtete sich der Protector, alles anzuwenden, daß der König von Frankreich zum Kaiser gewählt werde, oder wenigstens, daß die Wahl nicht auf einen Prinzen des Hauses Oestreich falle. Es war ganz nach der stolzen Politik, mit der Cardinal Mazarin das Selbstgefühl Frankreichs zu steigern verstand, daß er noch in Mitten des schweren Kampfes gegen die spanische Linie

des Hauses Oestreich die deutsche Linie aus der Stellung zu werfen unternahm, die für sie die wesentliche Bedingung ihrer Machtexistenz war.

Nach der goldenen Bulle sollte in der Wahlstatt kein Unbetheiligter weilen dürfen, am wenigsten Gesandtschaften fremder Mächte. Mazarin sandte, nachdem die Wahl zum August anberaumt war, eine höchst glänzende Gesandtschaft nach Frankfurt, an ihrer Spitze einen der hervorragendsten und bedeutendsten Männer aus dem hohen Adel Frankreichs, den Marschall Herzog von Grammont, mit ihm Lionne Marquis de Fresne, den spätern Minister Ludwigs XIV.; sie seien nur gekommen, sagten sie, wegen der Ueberschreitungen des Friedens von 1648, die Kaiser Ferdinand III. begangen habe, und sein Sohn, der König von Ungarn, fortsetze, Abhülfe zu fordern, widrigenfalls die Krone Frankreich genöthigt sein werde, die Waffen gegen Deutschland zu ergreifen.

Sofort begann in Frankfurt und von Frankfurt aus das Spiel und Gegenspiel der Partheien. Auch eine spanische Gesandtschaft erschien, aber mit leeren Händen, mehr gemieden als gesucht; alles drängte sich zu den Franzosen, warb um ihre Gunst, entzückte sich an ihren Festen und hielt die Hand offen, um von ihren überreichen Spenden auch einen Theil zu erhalten; und als ihr Bericht an den König über die Personen, denen sie gezahlt, und die Summen, die sie gezahlt, von den Spaniern aufgefangen und veröffentlicht wurde, da sprachen sie mit graciöser Dreistigkeit ihr Bedauern aus, daß die Rechenschaft, die sie ihrem Könige leisten müssen, in die Hände derer gekommen sei, für die sie nicht geschrieben; damit schien die Sache erledigt, erledigt auch denen, die das Geld ja auch nicht in der Absicht genommen hatten, daß es allgemein bekannt werde. Nur um so sicherer hatten die französischen Diplomaten ihre Freunde an der Hand; sie waren wie die Herren in diesem deutschen Wahlcongreß.

Sie hatten Mainz, Cöln, Kurpfalz, das mit Kurbaiern über das Vicariat im heftigsten Hader war, den Pfalzgrafen von Neuburg, der mit französischer Hülfe wenn nicht die deutsche Krone, so doch Cleve und

Mark zu gewinnen hoffte, den Bischof von Münster, der, auf die Union rheinischer Fürsten sich stützend, seine Stadt Münster mit Heeresmacht überfiel, ihre alte Stadtfreiheit zu brechen. Sie hatten die höchst kundigen und höchst thätigen Grafen Wilhelm und Franz von Fürstenberg, cölner Domherren, deren Einfluß am cölner und münchner Hofe so groß war; sie hatten vor allen Christian von Boineburg, den kurmainzischen Kanzler, der, wie man auch von seinem Uebertritt zur römischen Kirche und von seinem Patriotismus denken mag, durch umfassenden Blick und immer erfinderische Gewandtheit unter den deutschen Staatsmännern jener Zeit einer der bedeutendsten war.

Noch war die ordentliche Reichsdeputation versammelt; die alte Regel, daß mit dem Tode des Kaisers ihr Mandat erlösche, ward eben so für nichts geachtet wie die, daß zur Wahlzeit keine Fremden in Frankfurt sein dürften; sie müsse ja, hieß es, die Gravamina der Fürsten und Stände in den Verhandlungen der Capitulation vertreten. Und die evangelischen Fürsten in dieser Deputation waren meist in der hildesheimischen Allianz mit Schweden, obenein durch Verträge mit Frankreich verbunden.

Daß Schweden, selbst Mitglied der Depuattion, mit seinem ganzen Einfluß gegen Oestreich wirken werde, verstand sich von selbst; hatte doch König Leopold Ignatius das Bündniß mit Polen, das der Kaiser, sein Vater, geschlossen, sofort erneut und erweitert.

Dieß Bündniß, so sagten Viele, sei eine Herausforderung gegen Schweden; mit ihm habe der Kaiser gegen eine Macht, die Glied des Reiches sei, den Krieg erklärt, und so den Frieden von 1648 gebrochen; Oestreich habe die Gefahr eines Reichskrieges über die Nation gebracht. Nicht minder eiferten die Freunde Frankreichs, daß Ferdinand III. nicht aufgehört habe, Spanien zu unterstützen, trotz des Artikels circulus des Friedensinstrumentes; nicht bloß habe er Werbungen für die Spanier in den Niederlanden gestattet, er habe auch ein Heer von 12,000 Mann nach dem spanischen Italien gesandt, weil sich angeblich der Friede nur auf

die Reichslande beziehe, und doch habe er zugleich einen Vicar des Reichs in Italien bestellt, und zwar in der Person des Herzogs von Mantua, der im offnen Kriege gegen Frankreich stehe. Die meisten waren einig, daß das Haus Oestreich so ernstlich wie je nach der Universalmonarchie und Unterdrückung der deutschen Libertät trachte [1]); man glaubte zu wissen, daß die Vermählung des jungen Königs von Ungarn mit der spanischen Erbtochter, die schon seinem verstorbenen Bruder verlobt gewesen, ausgemachte Sache sei; also nach König Philipp IV. Tod werde die unermeßliche Macht Karls V. wieder in einer Hand sein [2]); zudem sei unzweifelhaft die Succession in Polen der Preis, für den Oestreich zu Polens Hülfe habe marschieren lassen. Es sei Zeit, dem Hause Oestreich den Glauben, als müsse aus ihm gewählt werden, zu benehmen, und den Frieden Europa's, den nur der ungemessene Ehrgeiz dieses Hauses gefährde, für die Dauer zu sichern; daß Oestreich dem Reich vierzehn Kaiser gegeben, sei kein Grund bei demselben zu bleiben; im Gegentheil, um so mehr müsse der Beweis geliefert werden, daß es noch Wahlfreiheit gebe.

Ob Mazarin's eigentlicher Gedanke gewesen, seinem Könige die Kaiserkrone zu gewinnen, mag dahingestellt bleiben; die Wahl eines Oestreichers war er entschlossen in jedem Fall zu hindern. Seine Gesandten sprachen so, als ob es eine Beleidigung für die Krone Frankreich sei, an die des noch nicht einmal mündigen Königs Leopold Ignaz zu denken. Es sind von spanischen Truppen Briefe aufgefangen worden, in denen es hieß: „wenn der König von Ungarn nach Frankfurt komme, werde ein französisches Heer den Rhein hinabgehen, ihn in Frankfurt zu belagern und so die Wahl auf einen andern Ton zu intoniren". Und die

---

1) Diesen Ausdruck braucht Lisola gegen Hoverbeck: „zudem so werden alle des Hauses Oestreich actiones allewege zum ärgsten gedeutet und nach dem scopum der Universalmonarchie gezogen." Hoverbecks Bericht aus Posen, 16. Nov. 1657.

2) Seit 1649 war König Philipp IV. von Spanien in zweiter Ehe mit einer Tochter Kaiser Ferdinands III. vermählt, aber diese Ehe war noch kinderlos; erst im Nov. 1661 ist der spätere König Karl II. geboren.

Stimmungen in Frankfurt waren so, daß man Frankreichs hochherzigen Schutz der Libertät und Wahlfreiheit um so höher pries.

Für das Interesse Frankreichs war es zunächst das Wichtigste, durch ein langes Interregnum den Einfluß des wiener Hofes im Reich zu lähmen, den schon so losen Verband des Reiches noch loser zu machen, die Fürsten und Stände an die leitende Hand und den Schutz Frankreichs zu gewöhnen. Nur zu gern bot der mainzer Kurfürst die Hand dazu; den theuer erkauften Frieden zu sichern, den er so gern als sein eigenstes Werk ansah, hätte er von dem, um deß Willen der unglückliche Frieden allein Werth hatte, eins nach dem andern hingegeben; und er sah ihn erst dann gesichert, wenn auch Spanien und Frankreich ihren Frieden geschlossen hätten. Mit Wärme ergriff er und Boineburg die Aufforderung Frankreichs, daß das Kurcollegium, also in dessen Namen Kurmainz und sein Minister, den Frieden zwischen Spanien vermitteln möge.

Und in derselben Richtung wirkte die schwedische Politik. Ihre Freunde in Norddeutschland, die Braunschweiger, Mecklenburg, der Herzog von Gottorf, hatten den Protest des niedersächsischen Kreises gegen den dänischen Einfall ins Bremische erhoben, Kursachsen, als Vicar des Reichs, denselben Protest wiederholt; die Frage über diesen Reichsfriedensbruch ward in der Reichsdeputation zu Frankfurt verhandelt, trotz des Protestes von Oestreich, da während des Interregnums eine Reichsdeputation nicht tagen könne. Also, hieß es, die einzige Art, wie sich die Stände außer den Kurfürsten während des Interregnums an der Wohlfahrt des Reiches betheiligen könnten, wage Oestreich zu hindern. Björnclou legte in einem Memorial dar (22. Sept.), daß Oestreich den Reichsfrieden gebrochen: denn nicht als König von Ungarn, die ungarischen Stände hätten das Gegentheil beschlossen, sondern als König von Böhmen und Erzherzog sei König Leopold Ignaz in Polen, also gegen Schweden, das ja ein Reichsstand sei, eingerückt. Schweden forderte förmlich, daß zur Wahl nicht geschritten werde, so lange der doppelt gebrochene Reichsfrieden nicht hergestellt sei.

Schon wenige Wochen nach Beginn des Wahltages waren die Geschäfte in vollster Verwirrung. „Das Recht der Kurfürsten und die goldene Bulle wird bei diesem Wahltage einen argen Stoß bekommen, indem spanische, französische, dänische, venetianische, siebenbürgische, tartarische und vieler Fürsten und Völker Gesandte hier sind und bleiben wollen." Es war ein europäischer Congreß, um über „das ohne Haupt stehende Reich" zu verhandeln; nur der böhmischen Gesandtschaft machte man Schwierigkeiten, da die Krone Böhmen nur an dem Act der Wahl, nicht an den vorhergehenden Berathungen Theil zu nehmen habe. Im November wurde, „um das Pacificationswerk in die Hand zu nehmen", wie Frankreich wünschte, die Wahlsache vertagt. Viele der Gesandten, auch die brandenburgischen, reisten einstweilen hinweg.

Was sie beobachtet hatten, war vor Allem tiefes Mistrauen gegen Brandenburg: „ein Jeder sucht hier seinen Privatnutzen, die Diener ihre Vergrößerung, der Herr und das gemeine Beste mag fahren wie es will; uns gönnt keiner die Macht; es ist gewiß, daß sie uns fürchten und die Armee apprehendiren." Boineburg, der sich gern allen angenehm machte, hatte zu ihnen gesagt: „es schicke sich niemand besser zum Kaiser als Kurbrandenburg, wenn der Kurfürst nur katholisch wäre"; er fügte hinzu, „daß, wie er höre, der Kurfürst unter andern fürstlichen Tugenden auch die habe, freigebig zu sein, auch daß er sehr human sei und wegen der Religion niemanden irritire." Die Gesandten erwiederten, „katholisch zu sein, wäre kein wesentliches Erforderniß; Se. Kf. D. begehrten die Wahl nicht, auch wenn sie dazu gelangen könnten." In ihrem Schlußbericht sagen sie: „in Beidem, in der nähern Alliance mit Frankreich und in der Wahlsache, haben wir uns dem Befehl gemäß erzeigt und Sr. Kf. D. freie Hand erhalten".

Dahin also war seine Weisung gegangen; noch wußte niemand, wie er sich entscheiden wolle.

1) Aus Jenas Berichten, höchst fehlerhaft abgedruckt bei Orlich I. p. 146 ff.

Es lag weder im Interesse seines Staates noch in seinem Charakter, sich mit der Bequemlichkeit einer faulen Alternative zu begnügen; er hatte eben so wenig Beruf und Neigung, sich in den Schweif der französischen Herrlichkeit zu begeben, wie etwa irgend eine Verpflichtung oder gar Dankbarkeit ihn band, dem Hause Oestreich durch Dick und Dünn zu folgen. Das schnöde Verfahren des wiener Hofes bei der letzten Wahl war unvergessen. Mochten andere Kurfürsten um der Hunderttausende willen, die Frankreich spendete oder versprach, oder für Anwartschaften und Gewährungen im Reich, mit denen Oestreich die Wahlen zu dirigiren geübt war, sich so oder so entscheiden, Brandenburg war in der Lage, aber zugleich in der Nothwendigkeit, nach politischen Motiven zu verfahren.

Im Rath des Kurfürsten hatten die ersten Erörterungen über diese Frage in der Zeit stattgefunden, als Karl Gustav Polen verließ, um gegen Dänemark zu ziehen, als er Cromwell zu gemeinsamer Action aufforderte und ihm deutsche Gebiete verhieß, als englische Truppen zu den französischen Heeren in Flandern stießen. Damals erschien Lisola am kurfürstlichen Hofe; er nahm die Miene an, als ob der wiener Hof den Kurfürsten zum größten Dank verpflichte, wenn er ihm die Verzeihung des Polenkönigs und den ferneren Lehnsbesitz Preußens vermittle, als ob er dafür dessen Stimme zur Königswahl fordern dürfe; er benahm sich als ob die Sache ohne Weiteres entschieden, als ob der König von Ungarn das geborne Haupt des Reichs sei.

Fast mehr noch als die Schweden waren die französischen Diplomaten in Königsberg über Lisola's Thätigkeit und Einfluß beunruhigt. Sie hatten eine lange Reihe von Verdiensten Frankreichs um den Kurfürsten herzurechnen, seine Ausgleichung mit Schweden 1655, die Souveränetät, die Beruhigung des Neuburgers, Dinge aus früherer Zeit zu geschweigen; sie waren erstaunt, daß er auch nur daran denken könne, sich mit dem wiener Hofe einzulassen, den er in seiner Bedrängniß vergebens angerufen, der den Ständen in Cleve jeden Vorschub leiste. Sie erstaunten noch mehr, als ihnen das Schreiben Friedrich Wilhelms an

Kurcöln in die Hand kam [1]), welches in ziemlich deutlichen Ausdrücken die Wahl des Königs von Ungarn als die einzig mögliche bezeichnete.

Mochten sie inne werden, daß man hier nicht gemeint sei zu thun, wie sie forderten. Nach Prag, an den Hof des jungen Königs von Ungarn, sandte der Kurfürst (29. Juni) den Amtsrath Kittelmann mit Ausdrücken bereitwilligsten Entgegenkommens; aber er forderte eben das, was 1653 schon versprochen und nicht gehalten war, Zurückgabe Jägerndorfs oder als Ersatz dafür Glogau, Erledigung der breslauer Schuld, falls man auf diese Forderungen erst sollte eingehen wollen, wenn er sein Verhältniß zu Schweden, so wie Lisola es beantragt, geändert habe, so sollte geantwortet werden, daß jene und diese Dinge völlig getrennt seien und bleiben müßten. [2])

Sofort nahm der wiener Hof den Schein an, als sei ihm eine unbedingte Zusage geworden; namentlich in Frankfurt verfuhren die östreichischen Diplomaten so, suchten damit Stimmen zu gewinnen; „sie lachen, daß, da ihnen so bange der Wahl halber gewesen, diese ihnen gleichsam angeboten werde; sie hätten sich nicht sehr nach ihr gedrängt, aber ausschlagen hätten sie sie auch nicht wollen.“

Dann folgte jene Pause in den frankfurter Verhandlungen, die bromberger Zusammenkunft. Mit Befriedigung sahen die Oestreicher, wie sich der Kurfürst immer weiter von Schweden entfernte, wie er sich an Polen band; sie berechneten, wie er, wenn die eingeleitete Friedenshandlung mislang, sehr bald in der Lage sein werde, der Hülfe Oestreichs zu bedürfen, sie zu suchen; dann konnte man ihm den Preis machen. Einstweilen hielt man Kittelmann mit allgemeinen Versprechungen hin und mehrte, indem man weder für Dänemark noch für Polen das that, was die Liga forderte, die Verlegenheiten Brandenburgs.

1) Dieß Schreiben vom 21. Aug. 1657 ist einige Tage später nach Paris gesandt; da sagt der Kurfürst u. a. fatendum est me admodum incertum esse, utrum de mutatione aliqua cogitandum sit.

2) Kittelmanns Instruction, Königsberg, 29. Juni 1657.

Und doch hätte alles daran gelegen, rasch zu fester Einigung zu kommen und der höchst bedrohlichen Verbindung der drei Mächte entgegenzutreten, bevor ein neuer Erfolg ihr Uebergewicht unwiderstehlich machte, und namentlich auf Deutschland einen Rückschlag gab, der eben jetzt, bei währendem Interregnum, von unberechenbarer Wirkung werden konnte.

Noch war es möglich. Wie stolz die französischen Herren in Frankfurt sprechen mochten, der Erfolg ihrer Waffen war weder in Italien noch in den Niederlanden dem entsprechend. Seit Monaten kämpften sie mit Cromwells Völkern vereinigt in Flandern, und das ganze Ergebniß war am Ende des Jahres, daß sie Mardyk genommen hatten. Ihnen gegenüber standen dort mit den Spaniern tausende französischer Edelleute, die den ministeriellen Despotismus Mazarins 1) verabscheuten, an ihrer Spitze der Prinz Condé, — standen tausende englischer Cavaliere, die hier gegen den verhaßten Usurpator und für den legitimen König kämpften. In England selbst hielt nur Cromwells eiserne Hand den Aufruhr nieder; er hatte sich nicht mit Karl Gustav zum Angriff auf Dänemark verbinden wollen; jene maaßlosen Entwürfe gegen das Haus Oestreich hielt er nicht an der Zeit.

Was wäre jetzt, wo sich die Schwedenmacht auf Dänemark stürzte, einfacher und leichter gewesen, als sie im Rücken zu fassen? Hatte Oestreich eine andere Absicht haben können, als es die Liga mit Polen und Dänemark schloß, Dänemark zur Offensive reizte? Auch das letzte Bedenken mußte schwinden, als man sah, wie bereit Brandenburg war, sich von Schweden zu trennen, gegen Schweden voranzugehen. Hier gegen Schweden ein entscheidender Stoß, hätte Spaniens Widerstand in Flandern und Italien verdoppelt; und mit siegreichen Waffen in der

1) Dieß nach dem von Kittelmann während seiner Sendung nach Prag geführten Diariums, d. d. 21. Oct. 1657 . . . „die Cromwellsche Tyrannei . . . . und da Mazarin in Frankreich fast nicht weniger über seinen Herrn dominirt und durch seine hohe angemaaßte Autorität dermaßen procedirt, daß alle ehrliebende Franzosen dafür einen Abscheu haben."

Hand hätte man den Artikel Circulus für erloschen erklären, man hätte dem Ehrgeiz Frankreichs Schranken setzen, das deutsche Wesen dem schwedischen und französischen Einfluß zugleich schließen können. Mochten die rheinischen Kurfürsten, mochten die Fürsten in Norddeutschland noch so dienstbeflissene Anhänger Frankreichs und Schwedens sein, es hatte nichts zu bedeuten, wenn Oestreich und Brandenburg sich verstanden.

Der Kurfürst wäre thöricht gewesen, sich von Schweden zu entfernen und Polen zu nähern, sich die Möglichkeit der Verbindung, die Frankreich mit immer neuem Eifer suchte, entgehen zu lassen, um Oestreich suchend, bei den Evangelischen in und außer dem Reich Verdacht und arge Nachrede zu wecken, — er wäre thöricht gewesen, sich von denen abzukehren, die in erster Reihe ihm Gefahr drohten und zu denen hinüberzutreten, denen erst sein Zutritt die Möglichkeit des Erfolges gab, wenn er kein anderes Motiv gehabt hätte, als die Zuversicht auf den guten Willen Oestreichs oder den Wunsch, nun auch Jägerndorf und die Zahlung der breslauschen Schuld zu erhalten.

Indem er sein Verhalten aus den großen Motiven der allgemeinen Politik bestimmte, indem er in ihr eine Stellung nahm, die sofort die schwerste Gefahr, die Rache Schwedens über ihn bringen mußte, indem er es auf sich nahm, diesen Kampf zu bestehen, trat er weit über den Bereich der deutschen Territorialpolitik hinaus. Er that es, während Oestreich zögerte und finassirte und nicht den Entschluß fand, so einzugreifen, wie die Lage der Dinge es forderte; er that es mit dem Bewußtsein des Zusammenhanges, welchen der Kampf, dem er entgegen ging, mit dem Wohl und Wehe des gesammten deutschen Wesens habe. Er ergriff ein großes deutsches Interesse, indem er sein eigenes vertrat.

Dieß ist der Punkt, welcher die große Wendung der deutschen Dinge bezeichnet, die das Jahr 1658 bringen sollte.

Sie vollzog sich weder rasch noch leicht; sie war mehr als einmal daran, völlig zu scheitern.

Beim Beginn seines Zuges gegen Dänemark hatte Karl Gustav

nicht ohne Sorge auf das, was in seinem Rücken drohte, gesehn. Die westpreußischen Festen waren schwach besetzt, Vorpommern konnte Czarnecky ungehindert durchheeren; die Gegner waren stark genug, das schwach besetzte Holstein zu nehmen und den Paß an der Eider zu sperren; und wenn sich die holländische Flotte mit der dänischen verband, so war ihm auch das Meer geschlossen. „Ich habe, schrieb er, nächst Oestreich keinen mehr anzuklagen, als Brandenburg." Aber er nahm den Schein an, als wolle er ernstlich den Frieden mit Polen, als glaube er nicht, daß der Kurfürst sich von ihm kehre; er wiederholte ihm die Versicherung seines persönlichen Vertrauens, „es seien nur gewisse perverse Leute, die S. Kf. D. von der bewährten Freundschaft abzuziehen versuchten".

In den Tagen, da der Kurfürst in Bromberg war, erstürmten die Schweden Friedrichsödde am kleinen Belt; es war der letzte und stärkste Punkt, den die Dänen in Jütland hatten. Karl Gustav bot ihnen Frieden, freilich unter unerhörten Bedingungen.

Die Verhandlungen in Berlin um den polnischen Frieden hatten kaum begonnen, als jene Nachricht dahin kam; Schlippenbachs Sprache wurde härter, heftiger, „so als ob sein König mit gehobenem Stock dastehe"; durch der Polen „insolente und hochtrabende Forderungen" werde der Friede unmöglich. Anfangs December verließ er Berlin.[1])

Jedermann mußte sehen, daß Gefahr im Verzuge sei. Detlef Ahlefeld, der dänische Gesandte in Berlin, drängte und bat, rief die Artikel der Liga an, beschwor den Kurfürsten, endlich den Vertrag zu ratificiren und in Action zu kommen. Aber Oestreich lähmte alles.

Im October hatte Hatzfeld einen faulen Angriff auf Thorn gemacht, dann sich zurückgezogen, bald Winterquartiere gesucht. Umsonst forderten die Polen, daß man vorgehe, Dänemark durch eine energische Diversion

---

1) Ein leider undatirtes Billet von des Kurfürsten eigner Hand an Schwerin scheint diesen Tagen anzugehören; es schließt: „mir deucht, sie haben ein Schelmenstück für und würde man sich in Acht nehmen müssen."

erleichtere; Czarnecky sei bereit, zum zweiten Mal nach Pommern einzubrechen. An ihm, versicherte Hatzfeld, solle es nicht ermangeln; aber Brandenburg sei ja nicht aus der Stelle zu bringen, fordere noch Monate Rast für seine Völker; im tiefsten Vertrauen wies er aus den Verhandlungen des Kurfürsten mit dem östreichischen Hofe nach, daß man sich der schlimmsten Dinge von ihm zu versehen habe. Hoverbeck sah mit Sorge, wie die Stimmung der Polen kälter, argwöhnischer wurde. Endlich entdeckte er den Grund; er konnte Briefe vorlegen, die Hatzfelds Angaben Lügen straften, er konnte nachweisen, daß Oestreich in den Unterhandlungen mit Brandenburg durchaus die Gegenseitigkeit der Unterstützung weigere, die man fordere und fordern müsse. Nun sandte der Kurfürst Löben an den Hof nach Prag, kategorisch zu erklären, daß man weitere Vertröstungen und dilatorische Resolutionen für abschläglichen Bescheid nehmen werde, nach vier Tagen abzureisen. Man empfing ihn nicht eben freundlich, man fand es sonderbar, daß er seine Anträge nicht schriftlich überbringe, damit man sie reiflich debattiren könne; einer der Herren sagte: „wenn die östreichische Macht sich so weit in die septentrionalischen Lande vorthue, so werde der Feind hinter ihrem Rücken her und nach Schlesien gehen". Ohne den gewünschten Bescheid reiste Löben zurück. 1)

Aber mit Dänemark hätte der Kurfürst abschließen, in Gemeinschaft mit den Polen vorgehen können? Man hatte in Berlin die Nachricht und glaubte sie, daß Schlippenbach unter Hand in Prag negocire; seinen Secretär Habbaeus hatte Löben dort gesehen; das Verfahren erst Lisolas, dann Hatzfelds ließ dem schlimmsten Argwohn Raum. Und als die Minister in Prag auf die zweideutigen Conferenzen mit dem Schweden angeredet wurden, sagten sie zur höchsten Ueberraschung Kittelmanns 2),

1) Löbens Instruction ist vom 25. Nov. (5. Dec.) Das Wesentliche hat Pufendorf (VII. 12.) Löben ist 19. (29.) Dec. wieder in Berlin.

2) Kittelmanns Bericht vom 16. Dec. Vier Wochen später nennt Graf Kurz den Habbaeus einen schwedischen Spion und bedauert, daß man sich mit ihm, der ohne Credenz gekommen, eingelassen, ihm Audienz bewilligt habe. Bericht Kittelmanns vom 11. Jan. 1658. Auch der Jesuit Albertus Ciesiseski (S.

mit Schweden sei der König von Ungarn gar nicht in Feindschaft; in Krakau hätten die österreichischen Truppen nur den Siebenbürgner angegriffen, dann seien sie durch das ihnen befreundete Polen bis Thorn marschiert, wo freilich die schwedische Besatzung einen Ausfall gegen sie gemacht habe; aber man habe vermieden, sich mit ihnen zu engagiren.

Noch peinlicher wurde des Kurfürsten Lage dadurch, daß Karl Gustav nach der Besitznahme von Friedrichsödde Truppen nach Pommern überzuschiffen begann; 4000 Mann standen in Wollin, wie es hieß, durch das brandenburgische Pommern nach Preußen zu marschieren; und inzwischen hatten die Holländer die schwedischen Erbietungen zum Frieden mit Dänemark mit Eifer ergriffen. Sehestedt in Prag, Ahlefeld in Berlin erklärten: ihr König werde, da man ihn völlig im Stich gelassen, den Frieden, wie er denn sei, annehmen.

Nichts wäre für den Kurfürsten gefährlicher gewesen. Er wußte, daß König Friedrich persönlich zum Aeußersten entschlossen sei, mochten die dänischen Großen noch so lebhaft den Frieden wünschen; wenn Karl Gustav über Brandenburg beruhigt war, so konnte man berechnen, daß er den Dänen solche Bedingungen stellen werde, deren Annahme selbst der Reichsrath nicht empfehlen konnte.

Der Kurfürst sandte wenige Tage nach Schlippenbachs brüsker Abreise einen Vertrauten nach Wismar an Karl Gustav, den Wunsch auszusprechen, daß die polnische Friedenshandlung wieder aufgenommen werden möge. Karl Gustav sah mit Befriedigung, daß der Kurfürst einlenke: „sagt meinem Herrn Vetter, daß er nichts als Freundschaft von mir zu vermuthen hat; aber er hat viele Nachbarn, die ihn vielleicht mit großen Promessen von Schweden möchten abwendig machen; ich hoffe, daß er allezeit auf das evangelische Wesen sehen wird, daß dasselbe nicht

R. M. theologus), dessen Briefe an den Pfalzgrafen von Neuburg höchst lehrreich sind, bestätigt das im Text Gesagte; er schreibt 23. Jan. 1658: „Rex Sueciae occulte sollicitat Austriacos, quod velit cum illis facere pacem et recedere a Gallis; d'Aubiviis (so ist falsch dechiffrirt für Habbaeus) eam rem agit; cedere illi difficile." Habbaeus ist der aus Leibnitz Lebensgeschichte wohl bekannte.

zu Grunde gerichtet werde". [1]) Neben einem sehr freundlichen eigenhändigen Briefe des Königs und einer Einladung, Schwerin zu einer Conferenz mit Schlippenbach nach Neubrandenburg zu schicken, überbrachte der Botschafter ein officielles Schreiben vom 6. Dec., das in seinen stolzen und drohenden Ausdrücken sichtlich für die Veröffentlichung bestimmt war, die es denn bald genug fand. [2])

Die Nachricht von dieser Sendung nach Wismar, dieser Conferenz, die Schwerin sofort an Kittelmann nach Prag sandte, brachte da denn doch einigen Eindruck hervor. Namentlich der spanische Gesandte, der ernste und weitblickende Penneranda machte die eindringlichsten Vorstellungen. Schon vor Löbens Ankunft hatte er über das unheilvolle Zögern seine Misbilligung ausgesprochen; wenn man die Dinge nicht anders angreife, werde er es seinem Könige berichten und nichts mehr mit der Sache zu thun haben. Als namentlich „die auerspergische Faction" in Betreff Jägerndorfs und der breslauschen Schuld immer neue Winkelzüge erfand, wiederholte er seine Beschwerde in stärkerer Form: das Haus Oestreich sei in solcher Lage, daß, wenn Brandenburg von ihnen das Hemd vom Leibe fordere, man es geben müsse. Die spanischen Waffen begannen namentlich in den Niederlanden in Nachtheil zu kommen; noch einen Feldzug allein durchzuhalten schienen sie kaum im Stande; am wenigsten durfte den Schweden das Uebergewicht im Osten gelassen werden, das England und Frankreich so geschickt gegen Spanien auszubeuten verstanden.

Auch die feste Sprache, die Kittelmann führte, war sehr peinlich; schon einmal war er daran gewesen, abzureisen; da begütigte man ihn

---

1) Ledebours Sendung; er reist am 19. (29.) Nov. ab mit dem bei Pufendorf VII. 3 mitgetheilten Schreiben vom 12. Nov. und ist am 15. (25.) Dec. wieder in Berlin.

2) Gedruckt ist dieß Schreiben bereits im August 1658, abschriftlich schon früher in der Diplomatie bekannt gewesen. Wie denn überhaupt die Staatsschriften jener Zeit in Masse wichtigste und geheimste Actenstücke in Umlauf setzen; Londorp, der aus solchen Drucken zusammengedruckt ist, giebt den Beweis dafür.

noch. Dann legte er die Weisung seines Herrn vor, daß wenn man ferner zögere, andere consilia gefaßt werden müßten, die hernach nicht mehr zu ändern stünden. Die östreichischen Herren hatten den Ausweg ergriffen, als ob es sich nur um Jägerndorf und die breslausche Schuld handle, hatten in dieser ein Arrangement vorgeschlagen, in Betreff Jägerndorfs sich erboten, ein Aequivalent von Polen zu erwirken, das an Oestreich große Summen schulde, hatten zwischendurch Bedenken über Waldecks Werbungen im Westphälischen ausgesprochen, den Verdacht geäußert, daß sie gegen Pfalz Neuburg gerichtet seien; schließlich erklärten sie: der König von Ungarn habe seinen guten Willen gezeigt, indem er für die breslausche Schuld 300,000 Thlr. an Graf Schwarzenberg zu zahlen übernehme, der dafür die ihm noch verpfändeten Aemter in Halberstadt und den Marken abtreten werde; aber wegen Jägerndorf halte des Königs Majestät sich nicht obligirt zu antworten, geschweige denn ein Aequivalent zu geben. [1]) „Kurz man sieht, schreibt der kluge Kittelmann, daß sie nur haben Zeit gewinnen wollen, zu sehen, ob der Kurfürst ganz auf ihre Seite treten wolle, und nun, nachdem es geschehen, haben sie die Malice, daß sie gleichsam nichts davon wissen wollen, in der Zuversicht, der Kurfürst werde wegen Jägerndorfs nicht wieder zurücktreten wollen."

Aber mit jener Sendung nach Wismar wurde ihre Zuversicht doch bedenklich erschüttert. Nun endlich beauftragten sie Lisola und Montecuculi, der nach Hatzfelds Tod dessen Commando erhalten, in Berlin ernstlich zu verhandeln; daß es nicht eher geschehen, entschuldigten sie damit, daß die Acten wegen Jägerndorfs für Lisola, der nicht deutsch verstehe, erst ins Lateinische hätten übersetzt werden müssen.

Um den Jahresanfang begannen in der That die Unterhandlungen; die beiden Oestreicher brachten überschwängliche Versprechungen, „wie der Versucher im Evangleium", sagte der Kurfürst zum französischen

---

1) So die Aeußerungen des Grafen Porcia. Kittelmanns Bericht vom 11. Jan. 1658.

Gesandten.[1]) Er wollte außer bindender Zusage für Jägerndorf nur die Defensiv-Allianz, gültig auf zehn Jahre. Noch feilschten sie, boten statt der geforderten 10,000 Mann nur 6000; „ich besorge, schreibt Ahlefeld, wenn sie wirklich schließen und in Betreff der Zahl und der Zeit nachgeben, so werden sie doch den Vertrag nicht erfüllen, so lange die Wahl nicht geschehen ist."

Aber zugleich hatte Schweden seinen Residenten in Berlin beauftragt, zu melden, daß nächstens Graf de la Gardie zur Fortsetzung der Friedenshandlung eintreffen werde, daß Schweden Frankfurt a. O. als Ort der Verhandlungen annehme, daß es gern zu Zugeständnissen bereit sein, ja selbst Preußen unter Umständen aufgeben werde. So klar es war, daß Karl Gustav Brandenburg und Polen nur hinhalten, den Abschluß mit Oestreich hindern wollte, so verfehlte doch dieß Entgegenkommen nicht, den Oestreichern „Ombrage zu geben". Es kam ein erstes, ein zweites Zugeständniß aus Prag, jedes mit der lebhaftesten Anpreisung des besten Willens, herzinnigster Treue; nur immer die Hauptsache blieb noch aus.

Am 25. Januar hatte man in Berlin eine Nachricht, die Schweden seien in Seeland gelandet. Sie erwies sich als falsch. Aber sicher war, daß die schwedischen Truppen aus Jütland nach Friedrichsödde zusammengezogen wurden, und der harte und anhaltende Frost ließ fürchten, daß der Belt bald fest sein werde.

Der Kurfürst brannte vor Ungeduld; jeden Tag konnte das geschehen sein, was das Gerücht vorausgesehen. Montecuculi und Lisola versicherten, daß sie eben so wie er die Verzögerung beklagten; sie verstanden sich zu einer militärischen Conferenz, der außer ihnen Ahlefeld, Sparr, Derfflinger beiwohnten (13. Febr.), damit alles fertig und verabredet sei, sobald die wirkliche Conjunction stattfinde, aber erst müsse sich Branden-

---

1) . . . se servant de la comparaison du tentateur de l'Evangelie, qui luy promet des Royaumes si cadens adoraverit eum. Blondels Bericht. Der Kurfürst spricht zugleich von Lisola in schlimmen Ausdrücken, jusqu' à dire, c'est le plus grand coquin, qui eust jamais esté.

burg in der Frage der Wahl erklärt haben, es müsse feststehen, daß das Bündniß nicht bloß gegen Schweden, sondern gegen jedermann gelte.

Gewiß nicht die ganz nahe Gefahr Fünens, vielleicht die wachsende Erbitterung der Polen, die schon, da Oestreich die Liga nicht gehalten, die Abführung der östreichischen Truppen aus Krakau forderte, bewirkten den nächstweiteren Schritt: am 15. Febr. erklärte Montecuculi, daß er zum Abschluß mit Brandenburg instruirt sei. Es wurde ein Off- und Defensivbündniß geschlossen, 10,000 M. Oestreicher, 8000 M. Polen, 3000 Brandenburger, die der Kurfürst auf 10,000 zu erhöhen sich bereit erklärte, sollten in vier Wochen conjungirt sein und unter persönlichem Befehl des Kurfürsten vorgehn; er war entschlossen[1]), mit diesem „Corpus von 32,000 Mann nach Holstein zu gehn und dem Feind, um den Krieg desto eher zu endigen, dort eine Bataillie zu liefern". Montecuculi reiste zu seinen Truppen, um, wie er sagte, alles zum Marsch fertig zu machen. Die brandenburgischen Regimenter, die Kanneberg, Waldeck, andere in den Rheinlanden und Westphalen geworben, marschierten eilig der Elbe zu. Es wurden Avocatorien erlassen, welche alle kurfürstliche Unterthanen, die in fremden Armeen dienten, heimriefen, fremde Dienste zu nehmen untersagten; es wurden schwedische Pulverschiffe, die Pillau passiren wollten, schwedische Commandos, die durch kurfürstliches Gebiet zogen, angehalten. Alles zeigte, daß der Ausbruch des Kriegs ganz nahe sei.

Schon war der entscheidende Schlag gefallen; die Schweden waren über den Belt gegangen, die Dänen geschlagen; am 12. Febr. stand Karl Gustav in Odensee. Und über das gefrorne Meer stand ihm der Weg weiter nach Seeland offen; man hatte für Kopenhagen, für die eingefrorne dänische Flotte zu fürchten.

Es galt die höchste Eile, wenn man Dänemark noch retten wollte.

---

1) Ahlefelds Bericht an den König von Dänemark, Hamburg, 14. (24.) Feb. 1658. Dieser und andere Berichte, so wie das Protocoll der Conferenz vom 13. Febr. liegen in einem alten Druck vor.

Der Kurfürst sandte Couriere über Couriere an Montecuculi, dessen Marsch zu beschleunigen; er erklärte dem dänischen Residenten, aufbrechen zu wollen, sobald die Oestreicher bis an die Grenze seines Landes gekommen seien; er zürnte, daß nicht schon alles beieinander sei; er rief Gott zum Zeugen an, daß er nicht schuld an der Verzögerung sei, Gott solle ihn strafen, wenn er eine Ader an seinem Leibe habe, die nicht mit der größten Ungeduld verlange, den Feind anzugreifen.[1]) Alles um ihn her, seine Räthe, seine Generale und Obristen waren voll Eifer und Hoffnung; jeder empfand, daß der Moment gekommen sei, mit den Schweden endlich Abrechnung zu halten, vor Allen Derfflinger, „dessen Geist die andern dominirt"; und ihm hatte Montecuculi beim Abschied sein Wort gegeben, seine Truppen sofort an die pommersche Grenze zu führen.

Aber Montecuculi blieb vorerst ruhig in seinen Winterquartieren um Zduni, fünf Märsche südlich von Posen; auf die Nachricht von den Vorgängen in Fünen schrieb er: er hoffe, die Sache werde so schlimm nicht sein. Von Posen, von Berlin aus wurde er bestürmt; wenn man jetzt die Zeit versäume, ließ ihm der Kurfürst durch General Goltz vorstellen, jetzt, wo die schwedischen Truppen erschöpft seien und zerstreut lägen, in Pommern und Preußen kaum genug um die Festungen zu halten, in den Herzogthümern und Jütland, außerhalb Friedrichsöddes, kaum 3000 Pferde, so werde der Feind sich bald stark genug machen, daß aller Alliirten Kräfte ihm nicht mehr gewachsen sein würden; und man werde neben dem Schaden auch „die unauslöschliche Blame haben, daß man mit dem Könige von Dänemark nicht aufrichtig gehandelt, sondern ihn, da er im Vertrauen auf die ihm angebotene Hülfe den Krieg begonnen, jetzt wo er sie am meisten nöthig habe, schändlich verlassen habe". Wenn

1) Rasch an Ahlefeld, 16. (26.) Febr. 1658. S. A. E. avait protesté en colère devant dieu mettant la main sur la poitrine, qu'elle n'y pouvoit rien, qu'elle n'étoit pas cause du retardement et que Dieu la punisse, si elle avoit quelque veine dans son corps, qui ne désiroit pas avec impatience grandissime d'attaquer l'ennemi.

Schweden erst Seeland habe, so werde man bald am Sundzoll merken, was die Schwedenherrschaft bedeute; Karl Gustav werde sich dann ins Reich wenden, die größeren Stände an sich ziehen oder zur Neutralität zwingen, die geringeren über den Haufen werfen, die Alliirten zu einem schimpflichen Frieden zwingen; wenn Oestreich auf Holland hoffe, so sei da zwar große Aufregung über die Gefahr Dänemarks; aber man scheue dort vor zu schweren Unternehmungen zurück, und Schweden werde die Staaten leicht durch den Protector schrecken oder durch Zolltractate begütigen; der Moscowiter sei gegen Polen und Oestreich mißtrauisch und aufgebracht und werde von Schweden leicht zum Frieden, ja wohl gar zur Allianz zu bewegen sein. [1])

Montecuculi war ganz derselben Ansicht und ersuchte Goltz, sich zu überzeugen, daß er völlig bereit sei, auf den ersten Befehl des Kurfürsten aufzubrechen. Aber die Truppen waren nichts weniger als bereit, sie lagen lässig und zerstreut in den Winterquartieren.

Inzwischen war König Leopold Ignatius von Prag nach Frankfurt aufgebrochen; eine der ersten Nachrichten, die der Kurfürst von dort erhielt, war, daß Herr Volmar dem schwedischen Gesandten erklärt habe: Brandenburg begehre dringend von Oestreich den Angriff gegen Schweden, aber der König, sein Herr, werde nie darin willigen; man habe dem Kurfürsten zwar einige Hoffnung dazu gemacht, aber es sei nur geschehen, um ihn in seinem Ungestüm aufzuhalten, und man werde fortfahren, so den Schweden nützlich zu sein. [2]) Freilich waren diese Aeußerungen dann von dem Fürsten Lobkowitz in Abrede gestellt, auch der lebhafte Wunsch geäußert worden, daß sie nicht nach Berlin gemeldet werden möchten. Sie mußten nur eine Mahnung mehr sein, nicht ohne Oestreich vorzugehn, nicht Montecuculi mit seiner Armee im Rücken stehn zu lassen, sich vorzusehen, daß nicht Oestreich auf Kosten Branden-

---

1) Instruction für Goltz, von Hoverbecks Hand, 23. Febr. (5. März).
2) Kittelmanns Bericht aus Frankfurt, 24. Febr. (6. März 1658).

burgs Schweden gewinne, seinen Einfluß im Reich für König Leopolds Wahl in die Wagschaale zu werfen.

In staunenswürdiger Kühnheit war Karl Gustav von Fünen aus zu Eis über Langeland und Laaland nach Seeland gegangen. Den Dänen sank aller Muth; sie ersuchten des Protectors Gesandten, den Frieden zu vermitteln. Während das siegesstolze Heer, ohne irgend Widerstand zu finden, auf das schlecht befestigte Kopenhagen marschierte, wurde unterhandelt, am 27. Febr. der Präliminarvertrag abgeschlossen. Mit 1500 M. zu Fuß und 3000 Pferden hatte Karl Gustav Dänemark gezwungen, die Abtretung Schonens, Blekingens, Hallands, Drontheims, Bornholms, die Souveränetät des Herzogs von Gottorf zu gewähren.

Aber noch blieben wesentliche Bestimmungen in den flüchtig entworfenen Artikeln festzustellen; solche, die, wie die Souveränetät Schleswigs, die gemeinsame Fernhaltung aller fremden Flotten vom baltischen Meer, die Räumung streitiger Gebietstheile, zu neuen Differenzen führen konnten und mußten. Gleich bei den ersten Maaßregeln zur Ausführung des Friedens ergaben sich Schwierigkeiten bedenklicher Art; sie wurden mit jedem weiteren Schritt größer. Es verlautete, daß Dänemark seine Truppenwerbungen in den Niederlanden fortsetzte. Selbst Frankreich schien von so unerhörten Erfolgen Schwedens nicht sehr erbaut. Noch jetzt konnte ein rasches und entschlossenes Vordringen die furchtbare Entwicklung der nordischen Dinge brechen. Dringend wurde von Kopenhagen aus darum gebeten.

Noch einmal versuchte es Friedrich Wilhelm bei Montecuculi (19. März). Er erhielt zur Antwort: (26. März) „die östreichische Armee sei ganz bereit, in vier Wochen und wenn der Kurfürst befehle, an der Warthe zu stehen; er habe dasselbe bereits an Czarnecky mitgetheilt; es sei zu bedauern, daß Dänemark, trotz seiner Macht und seiner günstigen Lage, nicht das Geschick oder den Muth gehabt habe, den Krieg ein halbes Jahr auszuhalten, und daß es, ohne die Alliirten zu erwarten,

sich gebeugt und einen so wenig ehrenvollen Frieden geschlossen habe; er hoffe, die Alliirten würden nun um so fester zusammenhalten".

Aber am polnischen Hofe machte Oestreich, wie Hoverbeck meldete, darauf aufmerksam, daß der Kurfürst ein doppeltes Spiel zu spielen scheine, da er, dem der Oberbefehl über die conjungirte Armee übertragen sei, immer noch zögere, Marschordre zu geben. Und in Frankfurt fuhren die östreichischen Herren fort, in höchst sorgenvoller Weise auf die Gefahr eines Reichskrieges hinzuweisen, den Brandenburg begierig sei herbeizuführen und den man schon haben würde, wenn nicht Oestreich ihn von dem Einfall in Pommern oder Holstein zurückhalte; man verstand es, das hohe Verdienst des Königs von Ungarn ins Licht zu setzen, der, so sagte man, nicht dulden werde, das Friedensinstrument zu brechen und der Krone Schweden, die ein Stand des Reiches sei, anzugreifen.

Jena schreibt in dieser Zeit einmal: „heutiges Tages spielen die Staatsleute aus den Taschen". Bei aller Vorsicht hatte sich der Kurfürst von der östreichischen Diplomatie doch hinters Licht führen, sich in eine Lage bringen lassen, die, so schien es, nach allen Seiten ihn bloß stellte.

War nicht vorauszusehen, daß Karl Gustav, nun mit Dänemark fertig, sich auf den Kurfürsten werfen werde, der ihm immer wieder in den Weg trat, der schon die Hand gehoben hatte, ihm den schlimmsten Streich zu versetzen? und konnte Friedrich Wilhelm nicht mit Zuversicht darauf rechnen, daß sich Polen nicht eben für ihn in die Schanze schlagen, daß Oestreich ihn so gut wie den Dänenkönig im Stich lassen, daß die deutschen Fürsten, nicht bloß die katholischen Freunde Frankreichs, dem theuer erkauften Frieden zu Liebe es geduldig mit ansehen, vielleicht ihren kleinen Gewinn dabei zu machen suchen würden?

Es fehlte nicht an Anzeichen, daß Schlimmes im Werk sei. In Frankfurt hatte Björnclou dem brandenburgischen Gesandten das Begehren seines Königs mitgetheilt, daß ihm Pillau, Hinterpommern und die Neumark geöffnet werden möge, „zum Paß nach Polen"; ein Begehren, das, da es nach dem bromberger Vertrag nicht gewährt werden

konnte, nicht viel anders hieß als einen casus belli suchen. Wie weit hinaus der Plan ging, schien die Verbindung, die der König durch Wolfsberg eben jetzt mit Magdeburg anknüpfen ließ, erkennen zu lassen.

Die Stadt Magdeburg hatte bisher sich geweigert, dem Administrator die Huldigung, dem Kurfürsten die Eventualhuldigung zu leisten, indem sie auf Grund ihrer Privilegien reichsfrei zu sein behauptete; sie hatte sich an die Krone Schweden mit der Bitte gewandt, ihre Sache bei Brandenburg zu vertreten. Wolfsberg ging nach Magdeburg; man mußte schließen, daß Karl Gustav für seinen nächsten Feldzug sich dieser wichtigen Position versichern wolle.[1]) Dann war Wolfsberg nach Halle zum Administrator Herzog August von Sachsen gegangen; von dort erfuhr man, daß er Anträge weitgehender Art gemacht, daß er für den Anschluß des Administrators an Schweden den erblichen Besitz Magdeburgs versprochen habe. War der Administrator vielleicht nur die Brücke zum dresdner Hofe? mit der jülichschen Frage konnte man ihn und die Ernestiner zugleich födern. Und der Landgraf von Cassel, die welfischen Herren hatten schon in Berlin ihre ernste Besorgniß aussprechen lassen, daß das polnische Wesen den theuer erkauften Frieden im Reich gefährden könne; sie rüsteten auf das Eifrigste.

So drohenden Verhältnissen gegenüber erscheint das Verhalten des berliner Hofes auffallend anders, als man es nach seiner bisherigen Haltung erwarten sollte. Es ist auch jetzt noch höchst behutsam, aber nichts weniger als unruhig oder deprecirend, höchst verhüllt, aber unter der Hülle von einer Bestimmtheit, die den Eindruck macht, als ob man mehr die Gunst als die Ungunst der Lage empfunden, als ob man gefühlt habe, wie man mit dem peinlichen Laviren her oder hin weiter gekommen sei und den Wind gewonnen habe. Freilich nun erst begann die Fahrt auf hoher See, und, um in dem Bilde zu bleiben, in fliegendem Sturm.

1) Nam in casu belli cum Brandenburgico Regis quam maxime intererat eam urbem in potestate habere. Puf. C. G. V. 63.

Gewiß nicht darauf baute man Hoffnungen, daß Karl Gustav von Dänemark nicht nach Wismar, Stettin oder Marienburg, sondern nach Schweden gegangen war, wo er freilich für lange vollauf zu thun finden konnte, wenn er sich mit den höchst üblen inneren Verhältnissen seines Reiches beschäftigen wollte. Eben so wenig darauf, daß jetzt Oestreich gar eifrig zu werden schien, am polnischen Hofe zu einer Invasion nach Pommern drängte, mit der Ratification des brandenburgischen Vertrages über Erwarten schnell zur Hand war.

Wohl aber mochte man erkennen, daß Karl Gustav den ersten Schritt über den Gipfel seiner Macht hinüber gethan habe. Was er mit demselben von der Krone Dänemark erzwungen, war zu viel, als daß sie es hätte ertragen können, nicht genug, um sie völlig ohnmächtig zu machen; und wie hätte Holland, das mit Schweden immer noch über die „Erläuterungen des Elbinger Vertrages" verhandelte, jenen Artikel von der Ausschließung fremder Flotten hinnehmen, wie geschehen lassen sollen, daß sich Dänemark demselben fügte? wie man im Haag dachte, zeigte sich darin, daß die Sendung einer „außerordentlichen Flotte" in die Ostsee beschlossen war, daß sie mit lebhaftem Eifer gerüstet wurde. Selbst Cromwell war mit der Art, wie Schweden verfuhr, keineswegs zufrieden; er ließ durch Jepson, den er jetzt nach Berlin sandte, seinen Wunsch, daß der Kurfürst mit Schweden in Frieden bleibe, aussprechen, hinzufügen, daß, wer gegen Schweden die Waffen ergreife, auch Englands Feind sei; aber er verbarg nicht, daß er nicht gut heiße, wie Schweden den Frieden, an dem er als Vermittler betheiligt sei, einseitig deute.[1]) Frankreich endlich hatte für den Augenblick kein wichtigeres Interesse als die Verhandlungen in Frankfurt, und die Dinge dort lagen so, daß auf die Stimme Brandenburgs alles ankam; bis zur Entscheidung dort hätte Frankreich keinen schwedischen Angriff auf Brandenburg gestattet.

Damit waren ein Paar Monate gewonnen; dann mußte man weiter

1) id quod Cromwellio ignominiae cedet penes quem velut sequestrem interpretatio ejus pacis esse debeat. Puf. VII. 55.

sehen; einstweilen nahm Friedrich Wilhelm seine Stellung so gedeckt wie möglich.

Am 20. März sandte er an Karl Gustav ein Schreiben nach Schweden, ohne Glückwunsch zum dänischen Frieden, ohne eine bedauernde Andeutung über das Erkalten ihrer Freundschaft, einfach „dienstfreundlich" die Bitte aussprechend, daß der König die bereits eingeleitete Friedenshandlung mit Polen so bald möglich fortsetzen lassen wolle, „da in deren Beschleunigung", so drückte er sich aus, „meine Sicherheit allein besteht." In gleichem Sinn wurde Goltz an den polnischen Hof gesandt; und Mazarin that alles, um den Fortgang dieser Bemühungen zu unterstützen. Zu demselben Zweck sandte Holland den Herrn Isbrand, zugleich mit der Zusicherung, demnächst die Garantie des wehlauer Vertrages, d. h. der Souveränetät Preußens förmlich zu übernehmen.

Ungefähr in derselben Zeit (23. März) brachte Freiherr v. Fernamont des Königs von Ungarn Ratification des Vertrages vom 15. Febr., der zugleich die Garantie der Souveränetät in sich schloß. Die Artikel waren bereits in die Oeffentlichkeit gekommen und von den Schweden und ihren deutschen Freunden, als auf Bruch des Reichsfriedens gemeint, heftig angegriffen worden. Dieß gab dem Kurfürsten den Vorwand, seiner Seits, „da mehrere Artikel auf die veränderten Umstände nicht mehr paßten", die Ratification hinauszuschieben, sie von einer modificirenden Erklärung in Betreff jener Artikel abhängig zu machen.

Man sieht, der Kurfürst hat sich von Schweden losgemacht, ohne sich auf Discretion der östreichischen Politik ergeben zu haben. Aber wird nicht Frankreich aufhören, ihn zu decken, wenn er sich nicht bestimmt von Oestreich scheidet, wie er weder kann noch will? wird er einen Weg finden, sich auch von Frankreich loszumachen, ohne völlig ins östreichische Fahrwasser zu treiben?

Die Wahl von 1658.

Es würde unangemessen sein, von den deutschen Höfen, welche das Recht der Kaiserwahl hatten, nicht anzunehmen, daß sie ihre Entschließungen aus Gesichtspunkten des allgemeinen und Reichsinteresses faßten. Auch wenn diese Fürsten und ihre Minister durch Rücksichten anderer und zum Theil sehr bedenklicher Art bestimmt wurden, dann nur um so mehr hatten sie Anlaß, sich auf allgemeine Gründe zu stellen, um das, was sie thaten, vor sich selbst und der „ehrbaren Welt" zu rechtfertigen.

Gründe genug lagen vor, in der Wahl von dem Hause Oestreich abzugehen.

Daß der wiener Hof trotz der ausdrücklichen Bestimmungen des Friedens von 1648 Spanien gegen Frankreich unterstützt, gegen Schweden sich mit Polen vereinigt habe, wurde von beiden Kronen mit dem heftigsten Vorwurf ausgesprochen. Vor Allem darauf gründeten sie ihre Einsprache gegen eine östreichische Wahl; es fehlte nicht an der Drohung, daß sie in derselben einen casus belli sehen würden. Nichts schien für Deutschland nothwendiger, als die Erhaltung des „so theuer erkauften, so durch Gottes unverdiente Gnade endlich hergestellten Friedens"; sollte man die Schrecken eines neuen Krieges, neuer Invasionen über das Reich bringen, um aus dem Hause Oestreich einen Kaiser zu haben?

Daß man dem Hause Oestreich den Krieg der dreißig Jahre danke, wurde mehr und mehr die allgemeine Meinung; wenigstens daß aus dem Joch des östreichischen Kaiserthums die „teutsche Freiheit" und das Evangelium gerettet sei, rechneten sich die beiden Kronen als ihr Verdienst an. Hatte der Hof zu Wien in den zehn Jahren seit jenem Frieden, der die Parität der Bekenntnisse und die Autonomie der Reichsglieder sicher stellte, den Beweis geliefert, daß es das, wozu es sich da verpflichtet, ehrlich zu halten und auszuführen den Willen habe? Der letzte Reichstag konnte statt der Antwort darauf sein.

Auch wer am nachsichtigsten urtheilte, wer anerkannte, daß der

wiener Hof durch die inneren Schwierigkeiten seiner deutschen und außerdeutschen Lande und durch seinen unabweislichen Zusammenhang mit der spanischen Linie des Hauses in seiner Politik bestimmt und entschuldigt sei, mußte doch zugeben, daß darum eine östreichische Wahl mit Nichten um so wünschenswerther sei. Selbst abgesehen von der Kriegsdrohung der beiden Kronen, sie hatten ihre Stellung zu Deutschland eben darum im Kriege erringen und im Frieden vertragsmäßig feststellen können, weil sie gegen den Einfluß und Druck der spanisch-östreichischen Macht im Reich den rettenden Schutz gaben. Oestreich wieder an die Spitze des Reiches stellen, hieß ihre Gegenstellung im Reich dauernd nothwendig machen.

Jedes patriotische Gefühl mußte darauf gewandt sein, allen Einfluß fremder Mächte aus dem Reich zu bannen. Mochte Spanien mit Burgund, Oestreich mit den Erblanden und noch loser mit Böhmen zum Reich gehören, mochte die Krone Schweden, die Doppelkrone Dänemark-Norwegen Reichslande inne haben, die einzige Möglichkeit, das eigentliche Deutschland trotzdem selbstständig zu erhalten, war, daß man keiner fremden Krone die des Kaiserthums hinzufügte. Hatte der Friede von 1648 das eigentliche Deutschland zwischen Frankreich und Schweden, Spanien und Oestreich gestellt, so mochte man dieser Zwischenstellung in der Wahl des neuen Kaisers einen positiven Ausdruck geben. Ein Reichsoberhaupt aus diesen eigentlich deutschen Bereichen gewählt, schien das Reich davor zu sichern, daß es weder in seinen Freiheiten gehemmt, noch außerdeutschen Interessen zu folgen gezwungen werde; es schien, indem es den fremden Mächten die Gewißheit gab, daß Deutschland, friedlich in ihrer Mitte, sich von ihren Rivalitäten fern halten werde, das Reich vor jeder fremden Einmischung, vor jeder Gefahr von Außen zu sichern. Mochten dann Oestreich und Spanien, Schweden und Dänemark als europäische Mächte rivalisiren und hadern, so viel sie wollten, als Glieder des Reichs standen sie in der großen Friedensgemeinschaft des Reichs und durch sie freilich in einem Theil ihrer Macht gebunden, aber auch

geschützt. Das Reich war der natürliche Ausgleicher der europäischen Rivalitäten; der Reichsregierung fiel die schöne Aufgabe zu, selbst ohne Ehrgeiz und Eroberungsgelüste, vermittelnd und beruhigend das öffentliche Recht und den Frieden Europas zu vertreten.

Diese hohe irenische Rolle zwischen den kriegsgewaltigen Mächten zu spielen, der Christenheit diesen Dienst der Weisheit, Gerechtigkeit und Vernunft zu leisten, dem deutschen Vaterlande in dieser Mission eine neue Bedeutung zu gründen, das war der reichspatriotische Ehrgeiz des Kurerzkanzlers von Mainz und seines Boineburg. Und der an Gebiet mächtigste geistliche Fürst im Reich, Maximilian von Cöln, Lüttich, Hildesheim, Herzog von Baiern, vereinigte sich mit dem Mainzer, diesen Gedanken zu verwirklichen.

Mainz und Cöln hatten zunächst dazu den Erzherzog Leopold Wilhelm ausersehen, den Deutschmeister und gewesenen Statthalter der Niederlande; er lehnte den Antrag im Interesse seines Neffen, des Königs von Ungarn, ab.

Dem Vorschlage Frankreichs, den Pfalzgrafen von Neuburg zu wählen, stellte Schweden das Bedenken entgegen, daß dafür die kurbrandenburgische Stimme nicht zu gewinnen sein werde; es empfahl den jungen Kurfürsten von Baiern, gegen den niemand etwas einwenden könne; aus dem Hause Wittelsbach, das jetzt drei Kurfürsten und einen König zähle, werde er dem Reich ein würdiges Haupt sein. Mit dem größten Eifer war Frankreich thätig, in München für die Annahme der Wahl zu wirken; um den Anfang des Jahres schien der Erfolg gewiß.

Aber war der Grundgedanke jenes irenischen Systems gesund, der Realität entsprechend, reichspatriotisch? sicherte man Deutschland und den Frieden der Welt, wenn man das Reich möglichst ohnmächtig zwischen die kriegerischen Mächte Europas stellte? Freilich mit jener friedseligen und diplomatischen Rolle, die man der künftigen Reichsregierung zuwenden wollte, ersparte man den Territorien die schweren militärischen Anspannungen, mit denen jetzt Brandenburg seine Lande erschöpfte, um

sich in den nordischen Wirren zu behaupten; mit jener unschuldsvollen Zwischenstellung des Reichs, die sich weder für das Haus Oestreich, noch für dessen Gegner entschied, gab man dem „ehrlichen Deutschen“ das schöne Bewußtsein, unpartheiisch in den Händeln der Welt, in ungestörtem Frieden nachsinnen zu können, wo Recht und Unrecht sei, um schließlich seine tugendhafte Entrüstung in die Waagschale zu werfen. Wie aber, wenn es den kriegsgewaltigen Mächten einfiel, sich nicht darum zu kümmern, wie sich die guten Deutschen die Welt dachten? wie wenn sie die ideale Bannlinie, die das heilige Reich umschloß, nicht respectirten? War irgend ein vernünftiger Grund da, zu vermuthen, daß die Stände des Reichs auf den Ruf der Kreisverfassung, der Reichsexecutionsordnung schneller zur Hand sein, bereitwilliger ihre Römermonate zahlen würden, wenn ein ohnmächtiges Reichsoberhaupt, ein Kaiser der „Zahlkreise“ ihn ergehen ließ? daß sie weniger der Gunst und dem Gelde fremder Potentaten zugänglich sein würden als bisher, wo die spanisch-östreichische Macht des Reichsoberhauptes immer noch ein gewisses Gegengewicht hatte bieten können? Glaubte man wirklich, daß der Wiener Hof, die Krone Spanien der noch so vernunftgemäßen Ohnmacht des künftigen Reichsoberhauptes sich unterordnen, daß das waffenstrotzende Schweden, das in der vollen Lust des Ehrgeizes, der überlegenen geistigen und socialen Bildung, einer großen Zukunft emporstrebende Frankreich sanft wie ein Lamm der Stimme des Friedens und des öffentlichen Rechts, wenn der Kurerzkanzler sie erhob, folgen werde?

Am wenigsten konnte man glauben, auf diesem Wege das zu erreichen, um deß Willen man den theuer erkauften Frieden durchaus erhalten zu müssen so gern vorgab. Gewiß bedurfte das tiefgesunkene deutsche Wesen des Friedens, um sich in seinem wirthschaftlichen Leben wieder aufzurichten; und den unverdrossenen Fleiß des Landmannes in der Pfalz, in Franken, in Niedersachsen belohnten die wiederbestellten Fluren, Obst- und Weingärten mit reichem Aerndtesegen. Aber der städtische Verkehr, der belebende Großhandel vom und zum Meere war gebrochen; daß erst

dreißig Jahre lang Kriegsvolk aus aller Welt sich mit deutschem Gelde die Taschen gefüllt, daß dann Schweden kraft des Friedensschlusses aus den verarmten Reichslanden noch Millionen baares Geld gezogen hatte, daß nun die schwedischen Zölle längs der ganzen deutschen Ostseeküste, schwedische und dänische Zölle bei Glückstadt, Stade, in der Wesermündung, von den holländischen in den Rheinmündungen nicht zu sprechen, den Verkehr von und nach Deutschland brandschatzten, das war, wie wenn einem durch Blutverlust erschöpften Körper immerfort mehr Blut entzogen wird. Bis zur Schwedenzeit waren die Seezölle mäßig gewesen; schon Gustav Adolph hatte das Geld zu seinem deutschen Kriege aus den Licenten erst Lieflands und Preußens, dann Pommerns und Meklenburgs entnommen; dann hatten die Herren Spiring aus Holland ihm jenes Tarifsystem vorgeschlagen und eingerichtet, das die Erträge jedes Seehafens um das Fünf- ja Zehnfache steigerte; der Großhandel, also in erster Reihe Holland, das auch anderswo Getreide, Flachs, Holz kaufen, auch anderswohin seine Colonialwaaren und Fabrikate absetzen konnte, bezahlte diese Differenz nicht; aber der deutsche Producent machte um so weniger Gewinn, der deutsche Consument bezahlte um so theurer; und die dem wirthschaftlichen Leben zugemutheten Opfer dienten nicht, die öffentliche Macht daheim desto stärker zu machen, es zu beschützen, sondern machten die Macht und den Reichthum fremder Völker nur um so fähiger und gieriger, um so größere Opfer zu erzwingen.

Unter solchen Bedingungen — ich unterlasse es, diese höchst anziehenden Dinge weiter zu erörtern — war es unmöglich, daß sich das wirthschaftliche Leben Deutschlands wieder hob und so der Friede seine ausheilende Kraft bewährte; es war unmöglich, so lange diejenigen, welche das officielle Deutschland waren, nicht begriffen, daß ein Friedensstand, der die Rhein-, Weser-, Elbe-, Odermündungen in fremder Gewalt und unter der Willkühr fremder Tarife ließ, schlimmer sei als die noch so schwere Kraftanstrengung, solches Joch erst zu zerbrechen, dann für immer fernzuhalten.

Die rheinischen Fürsten und ihre Staatsmänner waren von Erwägungen solcher Art sehr weit entfernt. Wenn sie jenen Weg, den sie einschlugen, darum wählten, weil sie Frankreich fürchteten und an dem Glück des Hauses Oestreich verzweifelten, oder wenn sie es thaten, weil sie reichlich Geld und Gnaden von Frankreich dafür erhielten oder erwarten durften, so war das zwar nicht reichspatriotisch, vielleicht auch nicht klug gerechnet, aber es war erklärlich. Wenn aber ihr Verfahren auftrat, mit dem Anspruch, ein durchdachtes politisches System zu sein, so ist es nicht möglich, hart genug über dasselbe zu urtheilen, wie hoch immer die Staatsmänner, von denen es ausging, Johann Philipp von Mainz und Boineburg, gepriesen worden sind, auch von dem großen Leibnitz, der wenige Jahre später unter ihnen seine publicistische Laufbahn begann. Es war eine Politik der Utopien, der Selbsttäuschung, die nur vergaß, daß der Staatsmann mit derben Realitäten zu thun hat, und daß er in ihnen wie sie sind, nicht wie er sie sich denkt oder wünscht, die Bedingungen, die Schranke und Energie seines Thuns hat, — dieselbe Politik, die dann in immer neuen Inventionen bemüht war, die Ohnmacht als Macht wirken zu lassen, wie damals so viele Adepten das „große Geheimniß" suchten, wie man aus Blei oder Eisen oder Werthloserem Gold machen könne; — dieselbe Politik, welche zwölf Jahre später, als Frankreich sich zu einem gewaltigen Schlage gegen Holland erhob, ein Project zur Eroberung Aegyptens ausarbeitete und dem stolzen Ludwig XIV. vorlegte, in der Hoffnung, er werde lieber dem folgen, was die Staatskünstler am Rhein sich ausgedacht, als das ausführen, was er selbst für ruhmvoll und dem Interesse seiner Macht entsprechend hielt.

Wer immer in diesem irenischen System die Einigung Deutschlands möglich und das Reich zu erneutem Einfluß auf Europa befähigt sehen mochte, Friedrich Wilhelm war nicht der Fürst für eine so eunuchenhafte Politik. Er hatte mit seinem und seiner Territorien angestrengtestem Vermögen gearbeitet, hatte auch Härte und schweren Druck seiner Lande nicht gescheut, um seinen Stand zu behaupten; nun ins dritte Jahr hatte

er die Wucht eines schweren Krieges auf sich; er stand vor der entscheidenden Wendung desselben. Wie hätte er sich jetzt um die Staatsklügeleien der Politiker am Rhein oder um die deutschen Sympathien auf der „Frankfurter Meß" viel kümmern sollen? Die sehr ernste Wirklichkeit schrieb ihm vor, was er zu thun und zu lassen habe.

Er an seinem Theil war entschlossen, sich dem schwedischen Joch zu entziehen und das französische nicht auf sich zu nehmen. Er täuschte sich keinesweges über die östreichische Politik, er wußte, wessen er sich von ihr zu versehen habe; aber sein eignes Interesse, das Deutschlands, die allgemeine Lage der Dinge wies ihn an sie. Und bedurfte sie seiner nicht in gleichem Maaße? es kam alles darauf an, ob die Linie des gemeinsamen Interesses zu finden und in genügender Weise zu sichern möglich sei.

Es war, als der Wahltag im Herbst 1657 begann, noch keinesweges ausgesprochen, daß Brandenburg östreichisch wählen wolle; aber daß es geschehen werde, schien nach der allgemeinen Lage der Dinge unzweifelhaft. Zunächst war nur Kursachsen bestimmt für Oestreich; dann begann auch Trier sich herüber zu wenden. Die Bemühungen von Cöln, Mainz, Frankreich, den jungen Kurfürsten von Baiern zur Annahme der Wahl zu bestimmen, hatten in dem Moment, wo sie gelungen schienen, die entgegengesetzte Wirkung.

Und mehr noch, zwischen Mainz und den französischen Herren brachte dieß Mislingen in München, das Mislingen der mit so gewichtiger Miene angekündigten Friedensvermittelung mit Spanien eine augenblickliche Verstimmung hervor, der der Kurerzkanzler einen Ausdruck geben zu müssen glaubte. Er lud den König von Ungarn ein, nach Frankfurt zu kommen, um seine Wahlstimme für Böhmen abzugeben, als stehe der Wahl nichts mehr im Wege.[1]

---

1) „Als habe man die Wahl nur verzögert, bis der König von Ungarn das Alter der Wählbarkeit erreicht habe," giebt des Jesuiten Franz Wagner historia Leopoldi Magni, p. 70, an. Wagner hat bisweilen gute Quellen, aber diese An-

Mit dem Ausgang März kam auch die brandenburgische Gesandtschaft, an ihrer Spitze Fürst Moritz von Nassau, an Hoheit der Geburt und militärischem Ruhm keinem der Anwesenden, auch dem glänzenden Herzog von Grammont nicht nachstehend, wennschon in dessen Denkwürdigkeiten von ihm gesprochen wird, als wenn er nur ein vornehmer Schwätzer gewesen sei, den man mitgeschickt habe, um die Honneurs der Gesandtschaft zu machen.

Die Namen des Fürsten, Jenas, Cansteins deuteten allerdings eine bestimmte politische Richtung an. Aber ihre Ernennung war schon vor Monaten erfolgt; war die Lage der Dinge noch dieselbe?

Der Kurfürst bezeichnet sie in einer Zuschrift vom 30. März — „damit ihr nun eigentlich unsre Intention wissen mögt" — als höchst schwierig und die äußerste Aufmerksamkeit fordernd. Er habe sich freilich mit der Krone Polen verglichen, habe dann, um der von Schweden drohenden Gefahr zu begegnen, mit Oestreich ein Bündniß einleiten, selbst daran denken müssen, das prevenire gegen Schweden zu spielen. Aber da die Oestreicher ihre rechte Intention nie hätten an den Tag geben wollen, da sie am polnischen und dänischen Hofe alle Schuld der Verzögerung auf ihn geschoben, im Reich und in Frankfurt zugleich ihn auf das höchste gravirt hätten, als dränge er, den Frieden des Reichs zu brechen, da ferner inzwischen der dänische Friede geschlossen sei, da endlich die Befreundeten im Reich ihm von weiterem Vorgehen abriethen, mit der Versicherung, daß ihm dann von Schweden nichts Feindliches widerfahren werde, so habe er rathsam gefunden, die Sache jetzt nicht weiter zu präcipitiren, wennschon Oestreich sehr dränge, die Conjunction fortzusetzen und die Allianz zu ratificiren. Dazu komme, daß Schweden den Durchmarsch durch Pillau, Pommern und die Neumark begehre, den er nach dem Vertrage mit Polen nicht gewähren könne; auch hätten die Polen den despera-

gabe ist wohl aus der Luft gegriffen; denn wählbar wurde König Leopold Ignatius (geb. 9. Juni 1640) erst ein halbes Jahr später.

ten Entschluß gefaßt, wenn Schweden wieder durch Reichsland kommend sie angreife, ihrer Seits ins Reich einzubrechen und da so viel Schaden anzurichten, als sie von den Schweden erlitten hätten. Ohne ungeheure Gefahr für den ober- und niedersächsischen Kreis könne er keinen Entschluß fassen; aber lange könne es in diesem Zustand nicht bleiben; es gebe keinen Ausweg, als den Frieden zwischen Polen und Schweden, und sie hätten mit allem Eifer in Frankfurt dahin zu arbeiten, daß derselbe auch von dort aus gefordert und gefördert werde; wenn, wie vielleicht zu erwarten, Oestreich denselben hindern wolle, so sollten sie dem Hinziehen der Wahl, wie die andern Kurfürsten es wünschten, nicht entgegen sein. Vor Allem müsse von Frankfurt aus Schweden von jeder Feindseligkeit gegen brandenburgisches und anderes Reichsland abgemahnt, auch ihm der Durchmarsch nach Polen versagt werden, um so mehr, da es bei dem obersächsischen Kreistage sich feierlich verpflichtet habe, wenn die Polen keine Invasion ins Reich machten, sich deren gleichfalls enthalten zu wollen. „Ihr seht selbst, in was für Gefahr unser Estat steht und wie hochnöthig es sein will, mit allem unausgesetzten Fleiß an Rettungsmittel zu denken.“ 1)

Also des Kurfürsten erste Forderung war, daß das Reich sich endlich entschließe, zum Schutz der norddeutschen Reichslande wenigstens mit der Forderung des Friedens, mit bestimmten Erklärungen gegen die Krone Schweden einzutreten.

Aber die Versammlung in Frankfurt stellte das Verhältniß zu Frankreich voran. Frankreich gab schon die Hoffnung auf, die Wahl Leopold's zu hindern; es erklärte, daß ihm gleichgültig sei, wer gewählt werde, daß es aber in der Wahlcapitulation die bindendste Verpflichtung des Reichsoberhauptes, Frankreichs Feinde nicht zu unterstützen, fordern müsse, damit es nicht zu neuem Kriege gegen das heilige römische Reich genöthigt werde. Mainz, Pfalz stimmten mit Eifer bei, Cöln erklärte

1) Cöln a./S., 30. März 1658: „lectum in consilio in praesentia S. Kf. D.“; anwesend waren, Putlitz, Löben, Hoverbeck, Platen, Schwerin, von dessen Hand auch die Correcturen des Conceptes sind.

„ohne Scheu und öffentlich, um des Reiches Ruhe willen habe es die Pflicht, diesen Artikel XI der Capitulation durchzusetzen, möge es verdrießen, wen es wolle." Diese drei drohten mit Protesten, mit förmlicher Secession. Die Braunschweiger, Cassel, die meisten Evangelischen und viele Katholische forderten als die erste Pflicht die „Satisfaction" Frankreichs; schon wurde von einem engeren Bündniß dieser Kurfürsten und Fürsten mit Frankreich gesprochen, „wenn es nicht schon geschlossen ist". [1]) Die öffentliche Meinung war vollkommen von diesen Vorstellungen beherrscht: „in der ganzen Stadt und auf der Messe ist die Rede, Kurmainz wäre allein derjenige, welcher des Reiches Wohlfahrt wahre, sich des Reiches Sicherheit und Freiheit angelegen sein lasse, wie noch nie von katholischer Seite geschehen [2]), Brandenburg hingegen habe die evangelische Parthei verlassen und stehe wider alles Verhoffen diesem hochherzigen Werke entgegen; die Evangelischen hätten gar kein Vertrauen mehr zu Brandenburg; das Bündniß mit Oestreich, dem das mit Spanien folgen werde, könne, so sagen sie, mit der deutschen Freiheit, dem Evangelio, dem Interesse des Reichs, dem eigenen Interesse des Kurfürsten nicht zusammengereimt werden." Nicht bloß Mainz und der cölnische Fürstenberg, auch Trier, auch Sachsen, jeder für sich, warnten den König von Ungarn vor Brandenburg; „wenn es auch jetzt etwas in Decadence sei, sagte Fürstenberg, so werde es doch bald wieder herfürkommen." Natürlich waren die östreichischen Herren um Brandenburg um so weniger bemüht, als es isolirter stand; man könne ja, hieß es jetzt, für Jägerndorf die kleine Grafschaft Reinstein geben; und die evangelischen Freunde meinten, in Betreff des von Schweden begehrten Durchmarsches werde es das beste Mittel sein, alle Gefahr eines

---

1) Bericht vom 29. März (8. April), 4. (14.) April.

2) Bericht vom 4. April: novo plane et inusitato exemplo inter catholicos. Und Jenas Schreiben an Schwerin, 6./16. April: „quando unquam talis res a catholico Electore audita? . . . Kurmainz erlangt bei allen auch dem gemeinen Volk großen Ruhm und Ehre und hätte nimmermehr vermeinet, daß er so deutsch und beständig reden würde".

Zerwürfnisses zu beseitigen, wenn Brandenburg denselben einfach gewähre.

Friedrich Wilhelm hatte wohl Grund indignirt zu sein. „Es befremdet uns nicht wenig, schreibt er den Gesandten, daß, wenn von Sicherheit des Reiches geredet wird, solches bloß und allein auf die rheinischen Kreise restringirt wird, daß man nur daran denkt, der einst möglichen Gefahr derselben zu begegnen, und die wirkliche und schon vorhandene Gefahr für die brandenburgischen Lande und den ober- und niedersächsischen Kreis für nichts achtet, nicht anders, als wenn diese Kreise oder wenigstens unsre Lande nicht zum Reich gehörten.“ Vor drei Jahren habe er umsonst beim Reiche nachgesucht, sich seiner gegen die Schweden anzunehmen; als er sich dann mit Schweden einlassen müssen, sei „an allen Höfen des Reiches viel Widerwärtiges“ geäußert, ja in öffentlichen Versammlungen die Invasion der Polen in seine Lande mit Beifall begrüßt worden; jetzt, wo er sich mit Polen verglichen und seit Jahr und Tag nichts gesucht, als daß das Reich sich seiner gegen Schweden annehme, finde er nichts als lauter Unwillen, und werde als Vorwand dazu das Bündniß mit Oestreich benutzt, während er doch, ehe von demselben die Rede gewesen und er von Oestreich alle Widerwärtigkeit zu besorgen gehabt, keinen besseren Beifall von jemand im Reich zu verspüren gehabt. Wenn er sich je so gegen einen Stand im Reich erwiesen, so würde er sich nicht beschweren: „da aber die unpartheiische Welt bezeugen muß, daß wir uns des gemeinen Wesens und eines jeden Hauses im Besondern treulich und eifrig angenommen, so müssen wir bekennen, daß es uns nicht wenig zu Gemüth geht, daß wir solche Kaltsinnigkeit verspüren müssen.“

Seit den ersten Apriltagen war die officielle Berathung der Capitulation im Gang; sie zeigte, daß das Kurcollegium völlig gespalten war: Mainz, Cöln, Pfalz stand gegen Sachsen, Baiern, Trier. Friedrich Wilhelm schrieb seinen Gesandten: „unser Staat und die Beschaffenheit dieser Zeit ist also gestaltet, daß wir in einem und andern etwas behutsam

gehen und vor gänzlicher Beipflichtung einer Parthei uns hüten müssen; wenn wir aber auch eine gewisse Parthei ergreifen sollten, welches dann bloß und allein bei dieser Zeit Läufen um unsrer Lande Sicherheit geschehen würde, so ist doch unsre Intention nie gewesen, allemal dergestalt beizufallen, daß wir Salutem Imperii aus den Augen setzen wollten."

Mit jeder neuen Abstimmung zeigte sich, daß Brandenburgs Stimme entscheide und daß man sie zu gewinnen suchen müsse. Und was für Brandenburg das Erste und Wesentliche war, wußte jeder; es stellte einen förmlichen Antrag auf Schritte zur Herstellung des Friedens zwischen Polen und Schweden. Gern waren die Oestreicher und ihr Anhang bereit, zum Frieden zu helfen, nur müsse Frankreich nicht die Vermittlung erhalten; gern war Frankreich und dessen Anhang bereit, denselben Frieden zu fördern, aber die erste Bedingung sei das Aufgeben der polnisch-östreichischen Liga. Endlich erklärte Oestreich, daß es die französische Mediation zwar nicht gut heißen, aber geschehen lassen werde; sofort beschloß das Kurcollegium nach dem Antrag Brandenburgs.

„Gott der Allerhöchste hat die Gnade gegeben, daß noch selbigen Tages, wo wir Sr. Kf. D. Wunsch ausgesprochen, so resolvirt worden," schreibt Jena 4. Mai. An Schweden, Polen, den König von Ungarn, den Kurfürsten wurden im Namen des Kurfürstenconvents Schreiben erlassen, zum Friedensschluß aufzufordern, an Schweden und Polen zugleich mit dem ausdrücklichen Ersuchen, das Reichsgebiet weder mit Feindseligkeiten noch Durchmärschen zu belästigen. 1)

„Den Herren Schweden ist eben wohl nicht am besten bei der Sache und lassen sich nichts Bedrauliches mehr vernehmen, vielmehr daß sie zum Frieden geneigt sind und ihre Kräfte lieber anders wohin wenden."

---

1) „interea confidimus, utramque partem prospecturam, ne ullos S. Rom. Imp. status ejusque subditi per invasiones transitus hospitationes exactiones aut alio modo quacunque militari molestia afficiantur. Schreiben vom 4. Mai 1658. Londorp VIII. 282, cf. Th. Europ. VIII. p. 590, über den Verlauf der mit diesen Schreiben abgeschickten Gesandtschaft.

Karl Gustav war in Gothenburg, vollauf beschäftigt mit den inneren Angelegenheiten Schwedens, zugleich mit Dänemark über die Ausführung des roschilder Friedens unterhandelnd, die schon an allen Ecken stockte. Er hatte auf des Kurfürsten Schreiben vom 20. März, das die Förderung der polnischen Verhandlungen forderte, entgegenkommender, als erwartet werden konnte, geantwortet.[1]. Zugleich bat Schlippenbach dringend um eine Besprechung mit Schwerin, die in Prenzlau stattfand. Er wiederholte, daß des Königs Absichten die besten seien, daß sich alles zu des Kurfürsten contentement und Sicherheit fügen werde, dem die ganze Welt zu der bisher geführten conduite gratuliren müsse; der König werde demnächst nach Holstein kommen und wünsche lebhaft, daß der Kurfürst ihm einige seiner Räthe entgegenschicke, um mit ihnen, mit denen der braunschweigischen und hessischen Fürsten, denen Englands und Frankreichs über die dänischen, polnischen und andere Dinge zu verhandeln. Um den 21. Mai reisten Schwerin und Weimann nach Holstein ab, zu nicht geringer Bestürzung der östreichischen Herren in Berlin. Man beruhigte sie mit der Versicherung, daß die Ratification des Vertrages mit Oestreich bereits in der Kanzlei sei.

Schon waren die Dinge in Frankfurt um einen sehr ernsten Schritt weiter gekommen. Es war über den Artikel XI der Wahlcapitulation, der dem künftigen Kaiser die Unterstützung der Feinde Frankreichs untersagen sollte, lebhaft gestritten. Die Oestreicher hatten erklärt, daß ein solcher Artikel nicht zu ertragen sei. Der päpstliche Nuntius San Felice legte Verwahrung dagegen ein: die Truppen Cromwells in Flandern zu bekämpfen, hindre das Friedensinstrument, das nur von Frankreich spreche, den Kaiser nicht; es ihm in der Capitulation versagen, würde

1) Schreiben vom 10./20. April 1658, zuerst abgedruckt in der Schrift: kurbrandenburgscher Gesandtschaft Verrichtung u. s. w., dann in Th. Europ. VIII. p. 589. Ein gleichzeitiges eigenhändiges Schreiben des Königs an den Kurfürsten wirft alle Schuld der Verzögerung auf die Polen, die „unter dem speciösen Schein, den Frieden zu wollen, nur auf Anderer Total-Ruin und Unterdrückung, auch Verwüstung von Land und Leuten ausgehn."

der Ehre und der katholischen Religion zuwider sein.[1]) Es standen drei gegen drei Stimmen; Brandenburg entschied für die Beschränkung.

Es war vorgeschlagen, eine ähnliche Sicherung für Schweden und dessen Reichslande vorzunehmen; auch die Freunde Oestreichs, erbittert über jenes Votum Brandenburgs, waren dazu geneigt; die brandenburgischen Gesandten erklärten, wenn es geschähe, würden sie sich der schließlichen Abstimmung über den ganzen Artikel enthalten, d. h. auch die französische Satisfaction unentschieden lassen. Nun drängten die Franzosen selbst, daß man den Passus für Schweden auslasse; nur Kursachsen blieb für denselben.[2])

Noch war die Gesandtschaft des Kurcollegiums an Brandenburg, Polen, Schweden nicht abgefertigt. Der König von Ungarn verzögerte seine Erklärung über diese Sache; und ohne diese, sagte Sachsen, könne man nicht zur eigentlichen Instruction schreiten. Die brandenburgischen Gesandten kehrten den Spieß um: oft genug habe Brandenburg auf die Gefahr jenes Kriegs aufmerksam gemacht und gefordert, sich der Sache so anzunehmen, daß jeder Stand des Reichs bei dem Frieden von 1648 und den Reichsconstitutionen sicher bleiben und auf allen Fall wirkliche Hülfe und Assistenz vom Reich haben möge; die Zögerung Oestreichs dürfe nicht weiter aufhalten; sie bäten jetzt darüber Resolution zu fassen, damit ihr Herr „seinen Staat danach machen und wissen könne, wessen er sich zu getrösten". Sofort erklärte sich Trier zu wirklicher Assistenz bereit, mit dankbarer Erinnerung an Brandenburgs Hülfe 1654; nicht minder Cöln, mit dem Wunsch, daß der alte Kurverein vorgenommen und zu diesem Zweck werkthätig gemacht werde. Auch Kursachsen versicherte, zur Hülfe der Reichsordnung gemäß bereit zu sein. Die Abstimmung über diese Assistentia Electoralis am 15. Mai gab einen

1) Es ist das der Handel, in dem Boineburg mit Hülfe Hermann Conrings eine Gegenschrift verfaßte, die ihm glänzende Pensionen von Ludwig XIV. und Cromwell einbrachte; s. Guhrauer, Kurmainz in der Epoche von 1672 p. 50.

2) Bericht vom 11./21. Mai. In den Mém. du duc de Grammont, p. 140, sehen freilich diese Dinge ziemlich anders aus.

einmüthigen Beschluß. Es schien, daß sich in dieser Richtung, in der Einigung zum gegenseitigen Schutz nach außen, ein positives Ergebniß bilden werde, ein Ergebniß zugleich, gegen das Frankreich nichts einzuwenden hatte, wenn nur die Capitulation um so unannehmbarer wurde.

In der That war man östreichischer Seits über Artikel XI äußerst aufgeregt; noch mehr, als die Fassung von Art. XXXVI so beliebt wurde, daß wenn der künftige Kaiser wider die Capitulation handeln und „auf Collegialerinnern" nicht davon abstehen werde, die Kurfürsten ohne Weiteres zu einer neuen Wahl schreiten sollten. Es sei unmöglich, hieß es am Hofe, eine solche Capitulation anzunehmen. Man schickte einen Reichshofrath nach Berlin, da es unmöglich des Kurfürsten Meinung sein könne, das Reichsoberhaupt so zu binden. Der Erzbischof von Trier, der sonst immer mit Brandenburg stimmte, sprach vertraulich mit einem von der Gesandtschaft: dießmal sei es Brandenburgs Stimme, die den Kaiser mache, aber nicht in Brandenburgs Interesse sei es, ihn so zu binden und zu erniedrigen, daß nicht Dankbarkeit, sondern Erbitterung die Folge sein müsse; die Freundschaft Oestreichs werde ihm tausendmal mehr nützen können — er wies auf die jülichsche Frage hin — als die Frankreichs oder die des Tyrannen von England. Selbst Prinz Moritz sprach sich in einem vertraulichen Schreiben für ein versöhnlicheres Verhalten aus: schon lüste Mainz danach, sich im letzten Augenblick den Dank Oestreichs zu gewinnen. [1])

Nicht minder lebhaft wurde von der Gegenseite gearbeitet. Jena meldete an Schwerin, daß ihm von Seiten des französischen Hofes 6000 Thlr. geboten seien, er habe sie abgelehnt. Alles, was sich gegen eine östreichische Wahl sagen ließ, faßte Waldeck in einer Denkschrift zusammen, die er (17. Mai) von seinem Schloß Rohden aus dem Kurfürsten übersandte; er war im Begriff, in schwedische Dienste zu treten.

---

1) Prinz Moritz in einem undatirten Briefe an den Kurfürsten, in dem er den Bericht Staverens über dessen geheime Unterredung mit Kurtrier, d. d. 4. Juni, mittheilt. Staveren war aus Brüssel nach Frankfurt beschieden.

Man konnte in Frankfurt wohl die Meinung haben, als wenn da der Mittelpunkt der Entscheidungen sei; aber der Wahlkampf war nur Ein Punkt in dem militärisch-diplomatischen Kampf, der sich von den Mündungen des Tajo bis an die Newa und den Bosporus ausdehnte. Die spanisch-östreichische Politik suchte in der Wahl ihr sinkendes Glück zu stützen, während die aggressiven Mächte, Mazarin, Cromwell, Karl Gustav, dort das Gefecht möglichst heftig unterhielten, die Aufmerksamkeit dorthin ziehend anderer Orten die entscheidenden Schläge zu führen.

Im Lauf des Mai begannen jene heftigen Kämpfe um Dünkirchen, die mit dem Falle der Stadt, mit der Niederlage des spanischen Entsatzheeres, mit der Besitznahme des westlichen Flanderns endete. Damit schien das Uebergewicht der französisch-englischen Macht vollkommen entschieden, und Mazarin wie Cromwell verstanden es, die Welt zu überzeugen, daß die Macht Spaniens nun gebrochen sei.

Die schon im Ausbruch begriffene Empörung [1]) in Frankreich verstummte und der unumschränkten Gewalt des Minister Cardinals beugten sich auch die Trotzigsten unter den Großen. Und die militärische Gewaltherrschaft in England, gegen die sich schon die Independenten mit den Royalisten die Hand geboten, schien mit diesen Siegen, die die letzte Hoffnung der Stuarts niederwarfen, für die Zukunft gesichert.

Auch Karl Gustav eilte, neue Kriege zu suchen, bevor der durch den Rausch der Siege betäubte innere Hader in seinem Volk sich entnüchterte. Er hatte es weder mit Polen und Brandenburg, noch mit Dänemark zu einem Abschluß kommen lassen.

Er machte immer neue Forderungen, nahm zurück, was er angeboten; seine Diplomaten und Agenten wußten mit Vorschlägen, Drohungen, Gerüchten aller Art die Luft zu füllen, um die Gegner zu verwirren und zu entmuthigen. Seine „formidabeln Rüstungen" ließen das Schlimmste fürchten.

---

1) Grammont Mém., p. 123: on ne laissoit pas de publier à Francfort la moitié de la France soulevée.

Niemand zweifelte, daß sie gegen Brandenburg gerichtet seien; denn Dänemark war noch ganz von schwedischen Truppen besetzt und nach dem roschilder Frieden verpflichtet, eine Allianz mit Schweden zu schließen, welche den besten Theil der dänischen Truppen an Schweden überweisen sollte; und die Macht der Polen und Oestreicher — noch immer waren sie beschäftigt Thorn zu blockiren — bedeutete gegen Schweden wenig, wenn nicht Brandenburg mit in Action trat. Der Kurfürst war der eigentliche Feind Schwedens, auf ihn wandte Karl Gustav seinen ganzen Zorn; „er ist zu mächtig, seinem Ehrgeiz muß eine Schranke gesetzt werden," sagte er zu Terlon.

Schon Mitte Mai hatte man in Berlin Nachricht, daß 16 Regimenter Schweden unter Pfalz Salzbach durch Mecklenburg nach der Uckermark, Wrangel aus Holstein durch Lauenburg in die Altmark einbrechen, der König durch die Priegnitz auf Berlin marschieren werde; „es geschehe durch Güte oder Gewalt, der König wolle sich Brandenburgs versichern". [1]) Auch Polen, auch Oestreich sahen, daß mit Brandenburg ihr schützender Wall zusammenbrechen würde. Man eilte, sich auf alle Fälle bereit zu machen. Montecuculi zog sein Volk im Posenschen hart an der märkischen Grenze, Czarnecky seine Truppen gegen die Warthe hin zusammen, um je nach der Richtung des Angriffes den Kurfürsten über Frankfurt oder Schwerin zu Hülfe zu eilen [2]); Berlin wurde befestigt, täglich arbeiteten 4000 Mann an den Wällen und Bastionen. [3]) In Preußen übergaben die Oestreicher die wichtige Position von Frauenburg den brandenburgischen Truppen; der Statthalter Fürst Radzivill dislocirte seine Truppen so, daß jeden Augenblick die Verbindung mit der polnischen Armee an der unteren Weichsel vollzogen werden konnte.

---

1) Nachrichten vom 7. Mai, die der Kurfürst 13. Mai an Montecuculi abgesendet.

2) So der Entwurf, den, 7. Juni, Montecuculi an den Kurfürsten sendet. Falls der Feind sich durch das Reich auf die Lausitz werfen wird, soll die Conjunction zwischen Crossen und Glogau geschehen.

3) Desnoyers Brief vom 7. Juli. Schon im April meldet Blondel, daß der Kurfürst täglich hinreite, die Arbeiten zu besichtigen.

In derselben Zeit, da der König den lebhaften Wunsch aussprechen ließ, Bevollmächtigte des Kurfürsten, wenn er nach Holstein komme, dort zu treffen, um alle Differenzen völlig auszugleichen, ließ er seine Infanterie und Artillerie aus Seeland nach Kiel überführen, ließ er aus Schweden neue Regimenter in Wismar landen und in Meklenburg Quartiere nehmen, ließ er 8000 Mann zur See nach Preußen gehen, die Nehrung zu verschanzen und zu durchgraben[1]); seine Truppen in Elbing streiften schon ins herzogliche Preußen, versuchten einen Angriff auf Frauenburg.

Mit dem furchtbarsten Angriff drohend, fuhr er fort, dem Kurfürsten Erbietungen zu machen, deren Annahme die vollendete Demüthigung gewesen wäre: erst Austausch Hinterpommerns gegen das königliche Preußen, dann Verzicht auf die Souveränetät, damit das Herzogthum mit in den Frieden mit Polen eingeschlossen werden könne, endlich Herstellung der alten Allianz und, als Zeichen des vollen Vertrauens, Ueberlassung des brandenburgischen Fußvolks an Schweden, Ueberweisung der Festungen Driesen und Peitz an schwedische Besatzungen. Entweder völlige Unterwerfung oder Krieg, das war die Alternative, die Karl Gustav dem Kurfürsten stellte; er ging wie mit dem Messer auf ihn los: „ich muß meine Sicherheit gegen Brandenburg mit den Waffen suchen, denn im Guten läßt es sich nicht thun," so schrieb er am 1. Juli an Björnclou; er befahl in der Rathssitzung 30. Juni: nach Dänemark zu schreiben, „daß die Commissare schließen sollen; mit Nächstem wolle er aufbrechen und in Action treten, und das meist Magdeburgs wegen."[2])

Er war bereits in Flensburg, umgeben von den Gesandten der ihm

---

1) So die Angabe Blondels, Berlin, 25. Juni, und im Schreiben des Kurfürsten an Montecuculi, 12. (22.) Juni. Die Ankunft der schwedischen Truppen auf der danziger Rhede war 7./17. Juni. Theatr. Eur. VIII. 633.

2) Aus den Rathsprotocollen bei Carlson, p. 304. Wie inzwischen Schlippenbach mit Schwerin in vertraulicher Correspondenz bleiben und ihn mit immer neuen Friedensversicherungen täuschen mußte, ergeben die Briefe bei Orlich I. p. 193—197.

befreundeten Mächte; auch die des Kurcollegiums, die ihn zum Frieden mahnen sollten, auch Botschafter von Cassel, von den braunschweigischen Fürsten waren anwesend.

Am 30. Juni trafen Schwerin und Weimann ein. Sie erhielten nicht sofort Audienz; man versuchte zu erfahren, was für Instructionen sie brächten. Fürst Johann Georg von Anhalt, Graf Schlippenbach, die Herren von Cassel und Braunschweig bemühten sich, in der außerordentlich gespannten Lage zu begütigen, Aushülfen zu finden. Des Königs Erklärung lautete: er könne sie nicht empfangen, bis er wisse, was sie brächten; sollten sie vom Frieden mit Polen und von der Zurückgabe des königlichen Preußens sprechen wollen, so würde Se. Maj., da er das nicht ohne Alteration hören könne, sie nicht zur Audienz empfangen. Vergebens versicherten sie, daß sie nichts Widriges oder Feindseliges vorbringen würden, sie seien auf den ausdrücklichen Wunsch des Königs gesandt und bäten vor allem Andern zur Audienz gelassen zu werden. Sie erkannten sehr bald, daß man sie hinziehen, daß man „ihnen und dem Kurfürsten den Unglimpf, nicht den Frieden gewollt zu haben, zuschieben wolle“. Der König setzte eine „Audienzcommission“ nieder, welche mit Zuziehung des sächsischen und der beiden braunschweigischen Gesandten als „Deputirten“ diese Differenz untersuchen und entscheiden sollten; (2. Juli). Einem so unerhörten Verfahren widersprachen Schwerin und Weimann: „es sei nicht üblich, vor erlangter Audienz in Conferenz zu treten; die „Deputirten“ selbst beklagten, wie unförmlich man schwedischer Seits gehe, und wie unglücklich sie seien, daß man sie zum Mittel des Bruches brauchen wolle.

Der Kurfürst hatte seine Gesandten angewiesen, so viel irgend möglich zu thun, damit der Friede erhalten bleibe, aber bestimmte und sicherstellende Antwort zu fordern, sich nicht durch Winkelzüge hinziehen zu lassen. Sie konnten nicht zweifeln, was zu thun sei. Sie wiederholten ihre Forderung; es wurde ihnen die Antwort: der König werde sie nicht eher empfangen, bis sie eine Vollmacht zur völligen Herstellung

der Freundschaft vorlegten; der König könne keinen Unterschied finden zwischen einem Feind und dem Verbündeten eines Feindes.[1]) Schlippenbach, der ihnen diese Antwort meldete, fügte hinzu: das Herz im Leibe blute ihm, wenn er das Labyrinth von Gefahren sehe, in das sich S. Kf. D. stürze; er beschwöre sie, dessen höchsten Schaden und Gefahr zu bedenken, zu sehen, mit welchen Leuten sie in Bündniß seien, ob ihre Victoria zu Gottes wahrer Ehre und dem evangelischen Besten sein werde; „und wenn gleich die halbe Welt wider uns aufstände, die wenigsten von ihnen werden schwedisches Brod essen."[2])

Schwerin und Weimann erklärten sofort schriftlich ihr Bedauern, daß ihre Sendung nutzlos geworden; sie fügten hinzu, daß ihr Herr den Frieden wie bisher streng halten werde, „und wird S. Kf. D. dagegen etwas widerfahren, so getrösten sie sich des Beistandes Gottes und des Reiches"; falls ihnen noch etwas mitzutheilen sei, möge man es ihnen nach Hamburg zuschicken. An demselben Tage reisten sie ab (4. Juli). Der ihnen nachgesandten Einladung zurückzukehren, da der König sie empfangen wolle, leisteten sie nicht Folge.

Sie eilten nach Berlin; sie mochten erstaunen, zu erfahren, daß der schwedische Resident Wolfsberg auf des Königs Befehl bereits am 22. Juni Berlin verlassen habe, nach Magdeburg gegangen sei.

Der Bruch war vollständig. Der Kurfürst sagte dem französischen

---

1) „Et sic, wie die Römer sagen, non e dignitate reipublicae est hostium legatos in curia audere". Schlippenbach an Schwerin, Flensburg, 23. Juni (3. Juli) 1658.

2) Diese merkwürdigen flensburger Verhandlungen sind in der brandenburgischen Druckschrift: „Kurbrandenburgischer an die kgl. Maj. von Schweden abgelassener Gesandtschaft Verrichtung" u. s. w., 1658. 4° (mit Beilagen) mitgetheilt und von da im Theatr. Eur. VIII. p. 722, Londorp VIII. p. 334 übergegangen. Diese Publicationen schließen mit dem ausführlichen Schreiben von Schwerin und Weimann, d. d. Cöln a./S., 4. Aug. 1658. Einige Monate später ist noch ein Schreiben veröffentlicht worden, das in den zwischen Schwerin und Weimann gewechselten Briefen als Smirimentum Mevianum bezeichnet wird; d. d. in arce Cronenburgensi, 5. Oct. 1658. Ich kenne es nur handschriftlich. Pufend. F. W. VII. 56. hat aus den Acten noch bedeutend mehr als die Druckschrift; einiges jedoch ist nicht correct, so u. a. die Namen der deutschen Gesandten.

Gesandten, „ihm bleibe nichts übrig, als Satisfaction mit dem Degen in der Hand zu suchen“. Er erneute die Avocatorien; er beschleunigte seine Rüstungen; jetzt wurden die Ratificationen des östreichischen Vertrages ausgewechselt; die Königin von Polen kam nach Berlin, das geschlossene Bündniß wurde noch fester geknüpft; zum Zeugniß aufrichtiger Hingebung versprach sie dem Kurfürsten, daß die Krone Polen zu der von ihm gewünschten Sicherstellung der Evangelischen in der Republik ein Decret erlassen, daß polnischer Seits den Ständen Preußens die Souveränetät des Herzogthums angekündigt und sie ihrer Pflicht gegen die Krone Polen entlassen werden sollten.[1]

Karl Gustav hatte es für angemessen gehalten, zugleich dem Reich Hohn zu bieten. Er hatte der Gesandtschaft des Kurcollegiums auf die Aufforderung, seine Truppen nicht durch anderer Reichsglieder Gebiet zu führen, „mit diesen schimpflichen Formalien“ geantwortet: man könne die Völker nicht auf einen Mantel setzen und durch die Luft führen;[2] er hatte in seinem officiellen Schreiben an das Collegium des Kurfürsten den Ausdruck gebraucht: da das Haus Oestreich ihn nicht seine Kriege außerhalb des Reiches führen lasse, so werde es niemanden Wunder nehmen, wenn aus der in Deutschland kaum erloschenen Kriegsflamme ein neues Feuer aufschlage, das auch die unschuldigen Reichslande mit ins Verderben stürze.[3]

Die Drohung war handgreiflich genug. Schon riefen die Herzöge von Mecklenburg des Reiches Hülfe gegen die Einquartierungen und

---

1) Die Königin kam 28. Juni nach Berlin. In Betreff der Evangelischen erfolgte ein Schreiben des Königs an den Kurfürsten, 16. Juli 1658, abgedruckt im Th. Eur. VIII. 605.

2) Einiges von diesen äußerst verletzenden Begegnungen hat selbst das Theat. Eur. VIII. p. 761 f. aufnehmen zu müssen geglaubt.

3) Cum domus Austriaca hoc modo turbas Polonicas et aliena bella pro suo usu et emolumento disponat, ita ut nec nobis cum hoste nostro extra Rom. Imperium agere nec in Germania pacis bono frui liceat nisi ex utilitate, imaginario foro et mensura Austriaca, mirum nemini videri debet, vixdum exstincta Germaniae flamma posse oriri ignem qui innocentes provincias secum in discrimen trahat. Schreiben aus Flensburg, 18. (28.) Juni 1658.

Durchmärsche an, mit denen ihr Land erdrückt werde. Brandenburg meldete nach Frankfurt, daß nach sichrer Nachricht die Schweden aus Holstein und Meklenburg auf Havelberg oder Magdeburg marschierten; er forderte die kurfürstliche Assistenz. Er ließ die flensburger Vorgänge in einer Druckschrift veröffentlichen, in der er „dem ehrlichen Deutschen" die ganze Schmach und Gefahr, die von Schweden dem Reiche drohe, darlegt: „dein edles Vaterland war leider im letzten Kriege unter dem Vorwand der Religion und Freiheit gar jämmerlich zugerichtet, und an Mark und Bein dermaßen ausgesogen, daß von dem einst so herrlichen Körper schon nichts mehr übrig ist, als das Skelett; wem noch deutsches Blut im Herzen warm ist, muß darüber weinen." Die Darlegung schließt mit den Worten: „gedenke ein jeder, der kein schwedisches Brod essen will, was er für die Ehre des deutschen Namens zu thun habe, um sich gegen sein eignes Blut und sein einst vor allen Nationen berühmtes Vaterland nicht zu versündigen. Gedenke, daß du ein Deutscher bist."

So, als eine deutsche Sache den Kampf, der bevorstand, zu bezeichnen, hatte man brandenburgischer Seits allen Grund. Nur zunächst und am handgreiflichsten betraf er das Interesse Brandenburgs. „Wir sind, heißt es in eben jener Druckschrift, mit dem letzten Kriege schier Dienstknechte fremder Nationen geworden; was sind Rhein, Weser, Elbe, Oderstrom anders als fremder Nationen Gefangene? was ist unsere Freiheit und Religion mehr, als daß andere damit spielen?" Recht eigentlich einen Kampf der Befreiung von fremdem Joch galt es, einen Kampf gegen diejenige Macht, die in die Standschaft des Reiches nur eingetreten schien, um dessen Frieden und Recht desto frecher zu verletzen und desto schimpflicher zu knechten.

Ob solche Gedanken im Reich einen Widerhall finden würden, mußte sich zunächst in Frankfurt zeigen.

Am 21. Juni war die Wahlcapitulation im Kurfürstencollegio dictirt worden. Es war der officielle Anfang des Wahlactes; die Bürger

der Stadt wurden nach der goldenen Bulle eingeschworen, die Thore gesperrt; aber auch jetzt noch nicht forderte Kurmainz die fremden Gesandtschaften auf, die Stadt zu verlassen.

Rasch wurden die ersten Artikel der Capitulation angenommen; dann folgte der verhängnißvolle Art. XIII, ob dem künftigen Kaiser versagt sein solle, bei dem jetzigen Kriege in Italien und im burgundischen Kreise gegen Frankreich und dessen Bundesgenossen Hülfe zu leisten; drei Stimmen waren dafür, drei dagegen. Brandenburg zögerte zwei Tage, dann stimmte es für jenen Artikel, aber mit dem Zusatz: daß eben so Frankreich und dessen Bundesgenossen keinem Feinde des Kaisers, der Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs Hülfe leisteten. Es war die Formel, mit der der Krone Schweden der Beistand Englands und Frankreichs entrissen wurde (3. Juli).

Die Aufregung über diese Wendung war so groß wie möglich. Die Oestreicher so gut wie die Franzosen waren außer sich; man sprach von völliger Ruptur. Die Schweden konnten sich nichts Besseres wünschen; ihnen lag jetzt alles daran, die Wahl zu verzögern, ja unmöglich zu machen. Schon zwei Tage vorher hatte der Kurerzkanzler den Vorwand, daß ein außerordentlicher schwedischer Gesandter auf dem Weg nach Frankfurt sei, benutzt, die Wahl drei Wochen hinauszuschieben.[1] Der König von Ungarn ließ zur Abreise rüsten: er wolle warten, bis man die Krone, die man werthlos gemacht, anzunehmen ihn bitten werde. Trier sagte dem Mainzer ins Gesicht, er sei an allem Unglück schuld; er drohte, bei weiterer Zögerung mit den gleichgesinnten Kurfürsten nach Nürnberg zu gehen und dort zu wählen. Der Mainzer erwiderte: er möge thun, was er nicht lassen könne; man werde in Frankfurt den rechtmäßigen Kaiser wählen, und zwar den Pfalzgrafen von

1) Ueber diese Sendung des Nicolaus Brahe schreibt der Kurfürst seinen Wahlgesandten, 6. Jul. 58: „wir halten dafür, daß Schweden die Wahl mittelst solcher Legation verzögern und das Reich in confusion erhalten will."

Neuburg, und die meisten Reichsstände würden ihm zufallen. Daß Schweden diese Wahl jetzt lebhaft wünschte, war bekannt genug.

Zugleich spann Björnclou eine doppelte Intrigue. Durch Kursachsen erfuhr er, daß der König von Ungarn Frieden und Freundschaft mit Schweden wünsche; Kursachsen vermittelte, daß er mit Graf Kurz eine geheime Zusammenkunft hatte. Wenn seine Erbietungen angenommen wurden — der Neuburger versprach sie am Warschauer Hofe zu empfehlen — so war Brandenburg isolirt und der Rache Schwedens preisgegeben.

Noch wirksamer schien ein zweites. Die ordentliche Reichsdeputation bestand immer noch, und die fürstlichen Deputirten waren die natürliche Opposition gegen die Präeminenz der Kurfürsten; je mehr sie opponirten, desto patriotischer erschienen sie; Björnclou verstand es vortrefflich, zu thun, als wenn Schweden an ihrer Spitze recht eigentlich das populäre Interesse und die deutsche Freiheit vertrete. Jetzt wurde eine patriotische Demonstration in Scene gesetzt. Nicht bloß die Mitglieder der Deputation, sondern alle reichsfürstlichen und ständischen Gesandten forderten Audienz beim versammelten Kurcollegium, um wegen der Wahlcapitulation gehört zu werden, wie das Friedensinstrument sie dazu berechtige. Sofort brachte Mainz, wie immer nach Popularität und Sympathien begierig, den Antrag empfehlend ins Collegium; Cöln und Pfalz stimmten für die Zulassung; die vier andern Stimmen forderten auf Brandenburgs Antrag, daß die Herren zuerst ihre Legitimation vorlegen sollten. Natürlich hatten sie keine.[1])

Aber das waren die kleineren Sorgen. Unendlich schlimmer war die Frage über Art. XIII und den brandenburgischen Zusatz, über welche endlich doch abgestimmt werden mußte. Auf das heftigste waren Sachsen, Baiern, Oestreich gegen beide; umsonst stellte Brandenburg vor, daß ohne diesen noch einzig möglichen Mittelweg die Verwirrung und

---

1) Die Instruction, die aus Berlin freilich zu spät ankam, war für Gewährung der Audienz und Entgegennahme der Anträge, doch so, daß die Wahl nicht verzögert werde. (Rescript vom 6. (16.) Juli 1658.)

der Bruch unheilbar sein werde: Mainz, Cöln, Pfalz würden dann für sich wählen und im Verein mit fast allen Fürsten und Ständen unter dem Schutz Frankreichs und Schwedens abwarten, wer sich entgegenstellen werde. Die Oestreicher forderten, daß wenigstens eine Wendung genommen werde, die alles auf den Besitzstand nach dem Frieden von 1648 stelle. Die brandenburgischen Herren gaben, mit Vorbehalt der Genehmigung ihres Herrn, ihre Zustimmung. Aber sofort nach der Sitzung — denn auch das Geheimste erfuhren die Gegner gleich — erschien die ganze französische Gesandtschaft bei Prinz Moritz: dieß Votum sei gegen die Zusage, die der Kurfürst noch jüngst in Paris wiederholen lassen, ihr König werde es für den höchsten Affront achten, und müßten sie demselben ausdrücklich vorbehalten, den Schweden und andern Bundesgenossen gegen Oestreich und wen sie bei Oestreich fänden, Hülfe zu leisten.[1])

In jenem Zusatz und der beigefügten Clausel lag für Oestreich die letzte Möglichkeit der Annahme; und von Brandenburg hing es ab, ob sie gewährt oder versagt werden sollte. Jetzt waren die östreichischen Herren sehr beeifert, das, was der Kurfürst noch zu wünschen hatte, zu versprechen; der König von Ungarn ließ durch Graf Kurz sagen: in Betreff Jägerndorfs gelobe er, ihm vollkommenes contentement zu geben; nicht minder solle ihm, da Pfalz-Neuburg sich so völlig zu Schweden und Frankreich gestellt, in der jülichschen Succession jede Gunst widerfahren. Der spanische Gesandte hatte mit Prinz Moritz eine geheime Zusammenkunft, um ihm für beide Zusicherungen des Königs von Spanien Wort zu verpfänden, überdieß Subsidien zu versprechen; „er begehrt nur, daß wir in der clausula reciproca fest und beständig bleiben.“

1) Bericht vom 29. Juni (19. Juli) 1658. Vorsichtiger waren die Aeußerungen am französischen Hofe, namentlich Serviens, „durch dessen Kopf das ganze deutsche und polnische Wesen gehet und daneben nicht allzu fest auf schwedischer Seite steht.“ (Brands Schreiben vom 26. Juli 1658); doch war der Hof „gewaltig bestürzt“ über die Clausula reciproca, oder, wie Servien sagt, „daß S. Kf. D. seiner Stimme etwas zusetzen lassen, welches dieselbe ganz und also auch die französische Satisfaction umstoßen wird.“

Natürlich hielt Brandenburg sie fest; es gelang, eine Redaction zu finden, welche die Kurstimmen vereinigte (15. Juli); auch König Leopold Ignatius, der sich zur Session eingefunden, ließ, nachdem er „in einem absonderlichen Gemach zwei Stunden lang" die Artikel mit seinen Räthen nochmals verlesen, erklären, „daß er sie der goldenen Bulle und dem Herkommen gemäß zu sein befinde". Es stand nichts mehr der Vornahme der Wahl entgegen; und da nun ihr Ausfall vorauszusehen war, hielt auch Mainz für nöthig, den Umständen Rechnung zu tragen.

Noch einmal versuchte Björnclou Aufenthalt zu machen; er forderte (15. Juli), daß ihm, bevor er der Wahl wegen die Stadt verlassen müsse, auf die mehreren Memorialien, die er eingereicht, eine Antwort gegeben werde; er fügte ein Schreiben seines Königs bei voll harter Beschuldigungen gegen Brandenburg und Oestreich, voll Beschwerden über Beleidigungen, über Verletzung des Friedensinstruments, über die unverantwortliche Misachtung der Reichsdeputation.

Kurmainz stellte den Antrag, die Wahl nicht weiter zu verzögern, und das Kurcollegium stimmte ihm zu. Am 18. Juli erfolgte die Wahl in herkömmlicher Weise.[1]) Der Erwählte nannte sich, trotz der lebhaften Bemühungen der Jesuiten, als Kaiser nur mit dem Namen Leopold.

Es war, so schien es, ein wichtiges Resultat erreicht. Die Wahl war trotz der Intriguen Schwedens vor dem Ausbruch des neuen Krieges zu Stande gekommen; sie war trotz der Intriguen Frankreichs auf das Haus Oestreich gefallen; sie war trotz der Bemühungen Oestreichs

---

1) Diese Wahlverhandlungen, die wohl einmal einer gründlichen Bearbeitung werth wären, habe ich nach dem reichen Material des berliner Archives dargestellt. Begreiflich, daß sie vom schwedischen und französischen Standpunkt aus anders erscheinen. Die drastische Darstellung in Grammonts Memoiren hat nur zu viel Nachbeter in der deutschen Historiographie gefunden, obschon sie von Aufschneidereien und positiven Fehlern wimmelt. Ihr Urtheil über Brandenburg ist: il emportoit indubitablement la balance.... la légèreté de l'esprit de cet Electeur le faisant changer à tout moment de resolution p. 91. Das war das Urtheil in Paris, wie die pariser Verse vom 13. Juli 1658 zeigen, die Aitzema p. 218 mittheilt: Mais si ce prince de l'Empire Apréhende d'avoir du pire, Voyant ses estats en danger. Ne peut il pas encore changer u. s. w.

in solcher Weise clausulirt worden, daß nicht die Kräfte des Reiches für die spanisch-östreichischen Hausinteressen verwendet werden konnten; es war trotz der Intriguen Schwedens und Frankreichs der Capitulation eine Form gegeben, die in Betreff des Krieges Kaiser und Reich nur unter der Bedingung band, daß auch Frankreich gebunden sei. Die Gefahr, daß ein Theil der Kurfürsten und Fürsten dem mächtigen Zuge der französischen und schwedischen Politik folgen werde, schien eben so glücklich beseitigt, wie ihre Selbstständigkeit gegen das Haus Oestreich völlig sichergestellt. In der besonnenen mittleren Linie, die Brandenburg gezeigt und festgehalten, konnten sich alle deutschen Interessen vereinen und ihre Sicherheit gründen.

Aber Frankreich hatte nur scheinbar das Feld geräumt, um in anderer Form um so größern Erfolg zu gewinnen.

In aller Stille hatte sich die bisherige Allianz der rheinischen Fürsten und die hildesheimische vereinigt und zu einer festen Conföderation unter Zutritt Frankreichs organisirt. Der Mainzer nahm den Ruhm in Anspruch, diese patriotische Verbindung geschaffen zu haben; und daß Schweden mit bestem Eifer half, war natürlich. Am 14. August wurde die Acte des rheinischen Bundes von den drei rheinischen Kurfürsten, von Münster, Pfalz-Neuburg, von Schweden-Bremen, den drei braunschweiger Herren und Hessen-Cassel vollzogen; folgenden Tages trat derselben auch Frankreich bei. [1])

Man that, als ob trotz der Wahlcapitulation Gefahr drohe und man sich dagegen sicherstellen müsse. „Zu keines Menschen Offension, am wenigsten gegen Kaiser und Reich", lautete die Formel der Verbin-

2) Trier und Münster ratificirten den Vertrag nicht. Es wäre der Mühe werth, die Geschichte dieses rheinischen Landes gründlicher als es bisher geschehen ist, zu studiren; was Mignet über sie hat, (Negoc. rélat. à la success. d'Espagne II. p. 14 ff.) ist ungenügend, und es ist ihm begegnet aus dem „Pfalzgrafen Herzog von Baiern" d. h. Pfalz-Neuburg den Kurfürsten von Baiern zu machen. Die Aeußerungen von Leibnitz über den Bund, hat Guhrauer, Leibnitz deutsche Schriften I. p. 25, v. Kurmainz im Jahr 1672, p. 89.

dung, sondern, wie es in der französischen Beitrittsurkunde heißt, „zu gegenseitiger Vertheidigung und zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe im Reich“. Jeder der Verbündeten hielt sein Contingent kriegsbereit, zusammen ein Corps von 10,000 Mann, zu dem Frankreich 2400 Mann stoßen zu lassen übernahm. Sie bestellten einen Bundesrath unter dem Directorium von Mainz, der in Frankfurt seinen Sitz nehmen sollte; der Bund sollte angewandt sein, weitere Mitglieder zu werben; nur Kurbrandenburg sollte, so lange nicht der Friede mit Schweden hergestellt sei, ausgeschlossen bleiben, eben so lange sollte das schwedische Pommern als nicht mit in die Pflicht des Bundes gehörend gelten.

Die Fürsten des Bundes — sie ließen sich gern Defensionisten nennen — waren keinesweges der Meinung, Vasallen der Krone Frankreichs geworden zu sein; die doctrinäre Politik des mainzer Hofes gefiel sich in dem Gedanken, mit diesem Bunde die unzulängliche Wahlcapitulation ergänzt zu haben und kraft desselben stark genug zu sein, um das Wort des Friedens zu sprechen.[1]). Der Bundesrath erließ demnächst wohlstylisirte Aufforderungen an Brandenburg, Schweden, den Kaiser, doch die Waffen niederzulegen; Kurmainz bemühte sich weiter um den spanisch-französischen Frieden, und als sein Kanzler Boineburg und der cölnische Fürstenberg von Mazarin eingeladen wurden, mit bei der Friedenshandlung am Fuß der Pyrenäen thätig zu sein, da war ja vor Mit- und Nachwelt der Beweis geliefert, daß der rheinische Bund recht eigentlich das Aequilibrium Europa's halte, und daß das eigentliche Deutschland durch die Staatsweisheit seines Kurerzkanzlers endlich seine Stelle in der großen europäischen Politik gefunden habe.

---

1) . . . d'assurer cette capitulation parune confédération de quelques princes de l'Empire appuyée de deux couronnes u. s. w. Leibnitz in einem Briefe über die Zeit von 1648 bis 1672, aus dem Guhrauer „Kurmainz in der Epoche von 1672“ p. 91, eine Stelle veröffentlicht hat. Ueber die Entstehungsgeschichte der rheinischen Allianz und über die Motive ihrer weiteren Thätigkeit habe ich die überaus reichhaltigen Briefe Boineburgs an den Pfalzgrafen von Neuburg, so wie die des Jesuiten Otterstädt an den Pfalzgrafen (Düsseld. Arch.) benutzen können.

Wenn während des Krieges der dreißig Jahre mit Schweden der heilbronner Bund aufgerichtet war, wenn weiter evangelische wie katholische Stände sich an Frankreich angeschlossen hatten, so war die militärische Vergewaltigung, welche damals die spanisch-östreichische Politik durchzusetzen im Begriff war, eine Entschuldigung dafür; und furchtbar genug hatte das Reich und jeder Stand im Reich den innern Zwiespalt gebüßt, Deutschland hatte darüber herrliche Lande am Rhein, an den Küsten verloren, der Rhein war in seinem obern Lauf nicht mehr „Deutschlands Strom, sondern Deutschlands Grenze"

Wenn Friedrich Wilhelm 1656 in Allianz mit Frankreich getreten, schwedischer Vasall für Preußen geworden war, so war es geschehen, weil er, von Kaiser und Reich ohne alle Hülfe gelassen, keinen andern Weg der Rettung fand; und er hatte den nächsten Anlaß benutzt, sich von den Ketten der schwedischen Macht loszumachen und Hand in Hand mit Oestreich der erdrückenden Aggression der drei Mächte entgegenzutreten.

Das freie Bündniß der emporkommenden evangelischen Militärmacht in Norddeutschland mit dem altmächtigen katholischen Hause Oestreich hätte der Kern einer deutschen Vereinigung werden können, die, wie immer die inneren Spannungen und Unbehülflichkeiten des Reiches sein mochten, zunächst die Grenzen des Reichs zu sichern und den selbstsüchtigen Einfluß fremder Mächte auszuschließen vermocht hätte, eines deutschen Bundes, in dem das Haus Oestreich nur die Stelle der in Deutschland bedeutendsten Macht gehabt hätte. Die Fürsten des rheinischen Bundes zogen es vor, in dem Moment, wo sich an jeden von ihnen Brandenburgs Wort: „gedenke, daß du ein Deutscher bist", richtete, sich neben Oestreich-Brandenburg, neben der officiellen Einheit des Reichs in aller Form zu constituiren, und sich mit Schweden, mit Frankreich zu gegenseitiger Defension zu verpflichten. Der Gewinn Frankreichs und Schwedens war nicht, was der Bund ihnen an Kräften zuführte, sondern daß er die Kraft Deutschlands völlig zerlegte und pa-

ralysirte. Vor Allem Frankreich hatte unermeßlichen Gewinn davon: „diese Allianz giebt dem Könige Gelegenheit, seine Freunde und seinen großen Credit im Reich zu unterhalten, sie öffnet ihm die Thür, seine Minister indirect zu allen Berathschlagungen des Reichs einzuführen, sie macht ihn zum Mitgliede des Raths der deutschen Fürsten, ohne ihn davon abhängig zu machen.“ 1)

So unheilvollen Ganges entwickelten sich die Geschicke Deutschlands. Der Ausgang des furchtbaren Krieges, den die Politik der Ferdinande über Deutschland gebracht, hatte noch die Möglichkeit gelassen, dem Reich auf Grundlage des Friedensinstruments eine neue Ordnung zu geben, die, wenn auch lose, wenn auch nur zur Vertheidigung der doch gemeinsamen Interessen alle Glieder des Reiches zusammengehalten, ihnen die Sicherung eines einigen Reichskriegswesens gegeben hätte. Auf dem regensburger Reichstag war diese Möglichkeit an der Lässigkeit und den faulen Sonderinteressen der Reichsglieder, an dem mistrauischen Gegensatz der Bekenntnisse, an den Intriguen Oestreichs gescheitert. Noch blieb die Möglichkeit, an die Stelle des Reiches ein freies Bündniß der Reichsglieder zu setzen, und die Gewaltacte Schwedens, die emporschwellende Macht Frankreichs mahnten die deutschen Interessen im Reich, sich zusammenzuschließen, um den schon daherstürmenden Wettern zu begegnen. Statt dessen suchten und fanden die Staatsmänner von Mainz die Wege der großen Politik, in der sie die ehrenvolle Rolle übernahmen, Frankreichs und Schwedens Siege über Oestreich und Brandenburg, so viel an ihnen lag, zu erleichtern und die Niederlage der deutschen Waffen, die des Kaisers und des bedeutendsten evangelischen Reichsfürsten, als eben so viele Triumphe deutscher Freiheit zu verkünden. Sie organisirten eine Kriegsmacht des Bundes, während es weder

1) Gravel in seinen Bericht an Ludwig XIV., Regensburg, 13. Jan. 1667. (Mignet II. p. 36); er kommt zu dem Schluß: que quelques liaisons particulières que V. M. ait agréable de faire en Allemagne, ladite Alliance doit être conservée s'il est possible et servir comme d'une grande roue dont le mouvement imperceptible doit donner le branle aux dites liaisons.

eine Kriegsverfassung des Reiches noch der Kreise gab, bestellten eine oberste Behörde, einen Bundesrath, der ihrer Action Richtung und feste Organisation gab, während weder die ordentliche Reichsdeputation noch ein Reichstag da war und das Directorium der Reichsregierung bei dem Kurerzkanzler war, dem Haupt des rheinischen Bundes.

Der zweite dänische Krieg.

Um die Zeit der Kaiserwahl stand die schwedische Kriegsmacht zum Angriff auf Brandenburg und Preußen fertig. Karl Gustav mußte wünschen, sie hinzuhalten, bis die im roschilder Frieden bedungene Allianz mit Dänemark geschlossen war und ihm den Rücken sicherte; er konnte erwarten, daß der erste Schlag gegen Brandenburg die östreichische Wahl scheitern machte und das Reich entweder ohne Haupt ließ oder ihm ein solches gab, das sich mit Schweden und Frankreich gegen Oestreich, Brandenburg, Polen wandte.

Aber die Wahl erfolgte vor dem Abschluß mit Dänemark. Der Hof zu Kopenhagen hatte alles mögliche nachgegeben, nur einen Punkt versagte er hartnäckig, die gemeinsame Action zur Ausschließung aller fremden Flotten aus dem baltischen Meer. Wenn man des schwedischen Joches je frei werden wollte, so mußte man der Seemacht Hollands den Weg durch den Sund offen halten; und der staatische Gesandte Herr v. Beuningen wiederholte, daß Holland nie die Forderung Schwedens genehmigen, daß es mit ganzer Macht eintreten werde, Dänemark gegen dieselbe zu schützen. [1])

Karl Gustav konnte für jetzt den Dänen nachgeben, um den schon

---

1) Die höchst lehrreiche Correspondenz Beuningens mit dem Haag ist in de Wittes Brieven nicht abgedruckt. Sie findet sich theilweise in der schwedischen Staatsschrift Expositio causarum 1658, Beil. p. 48 ff., und vollständig in Beckers Samlingar til Danemarks historie 1847.

eingeleiteten Feldzug zu beginnen; weder Dänemark, das völlig zusammengebrochen und entmuthigt war, hätte sich zu erheben gewagt, noch würde die holländische Politik mehr als bisher für Brandenburg und Polen gethan haben, zumal wenn ihr in den immer noch nicht fertigen Erläuterungen des elbinger Vertrages nachgegeben wurde.

Aber wenn Dänemark so ohnmächtig, wenn die holländische Politik so friedenssüchtig und schwerfällig war, wie sie waren, warum dann nicht lieber mit einem raschen und gewaltigen Schlage die Gefahren, die da eintreten konnten, im Voraus abthun? Kopenhagen war völlig unbewehrt; es schien ein Leichtes, die Stadt durch plötzlichen Ueberfall zu nehmen, den König zu völliger Unterwerfung zu zwingen, ihn ganz zu beseitigen, seine beiden Kronen mit der Schwedens zu vereinigen. Das alles, so hoffte der König, sollte geschehen sein, bevor man sich im Haag besann, was man thun wolle; wenn die Flotte kam, so fand sie mit den schwedischen Batterien von Helsingburg und Cronenburg den Sund geschlossen.

Je weniger der dänische Hof von dem, was im Plan war, ahndete, desto sicherer war der Erfolg. Bis zum letzten Augenblick ließ man ihn in der Zuversicht des Friedens. Die schwedischen Officiere in Holstein blieben im freundlichsten Verkehr mit denen der dänischen Truppen in Glückstadt und Rendsburg. Dem roschilder Vertrage gemäß war das meiste dänische Kriegsvolk bereits den Schweden überwiesen, mehrere Regimenter bereits nach Riga, Preußen, Pommern gesandt. Die schwedischen Truppen wurden bei Kiel zusammen gezogen, fast alle eingeschifft; sie seien, hieß es, nach Preußen bestimmt.

Karl Gustav selbst ging am 15. Aug. in Kiel an Bord. Er sandte Douglas nach Riga, mit dem Befehl, sich Kurlands zu bemächtigen, den Herzog, des Brandenburgers Schwager, gefangen zu nehmen. Er befahl dem Pfalzgrafen von Sulzbach, der in Holstein blieb, nach drei Tagen die dänischen Truppen zu überfallen, die Festungen, namentlich Rendsburg, mit List oder Gewalt zu nehmen.

Noch im Moment der Einschiffung Karl Gustavs wußte auch in

seiner Umgebung niemand, wohin die Flotte gehen werde. Am 17. Aug. wurde bei Korsör angelegt. Am 21. stand das Heer vor Kopenhagen.

Aber die geforderte Unterwerfung wurde geweigert. Der erste Sturm auf die Stadt mislang. Karl Gustav eilte, die Hauptorte in Seeland zu besetzen, Cronenburg wurde genommen. Aber Kopenhagen hielt sich; mit jedem Tage wuchs die Energie und der Enthusiasmus des Widerstandes, die Erbitterung gegen einen Feind, der so treulos, so nach Piratenart den Krieg erneute.

Karl Gustav hatte, um seinen Plan zu verdecken und die Streitkräfte der Alliirten möglichst weit hinwegzuziehen, siebzehn Orlogschiffe in die danziger Bucht gesandt, bei Putzig Truppen aussetzen lassen. Man besorgte in Berlin und Warschau, daß die Schweden aus Preußen auf die Warthe zu marschiren würden, um sich zwischen die Alliirten zu werfen, daß der König selbst von Wismar aus gegen Berlin oder gegen Schlesien vordringen werde. Montecuculi glaubte, daß die schwerste Gefahr an der Weichsel drohe; er schlug vor, daß sich die Armeen in der Gegend von Thorn conjungiren sollten. Der Kurfürst zögerte noch mit seinem Entschluß; ein Schreiben aus Bremen vom 12. Aug. gab an, daß Karl Gustav geäußert habe, er werde gegen Brandenburg marschiren und hoffe dem Kurfürsten eine Bataille zu liefern, bevor die Oestreicher zu ihm gestoßen seien.[1] Jeder Tag brachte neue zum Theil widersprechende Gerüchte.

Endlich am 24. Aug. brachte ein Schreiben aus Hamburg die sichere Nachricht, daß die Schweden in Holstein am 19. Aug. das dänische Regiment, das in den Dörfern um Glückstadt friedlich im Quartier gelegen, überfallen und niedergemacht, die steinburger Schanze genommen, sich in Rendsburg einzuschleichen versucht, als das mislungen, die Festung zu beschießen begonnen hätten. Zwei Tage später kam der Hülferuf der schleswig-holsteinschen Regierung und Landräthe (Glückstadt, 22. Aug.),

---

1) Mitgetheilt von Montecuculi an den Kurfürsten, Birnbaum, 7./17. Aug.

der zugleich an den niedersächsischen Kreis, die Kurfürsten, Kaiser und Reich gerichtet war. Es kam die Nachricht von der Landung auf Seeland, der Hülferuf des Dänenkönigs. Damit war die Lage der Dinge klar.

Gleich die erste Nachricht aus Holstein überzeugte den Kurfürsten, daß Karl Gustav einen neuen Schlag gegen Dänemark beabsichtige. Er erkannte, daß der Moment zum Handeln gekommen sei, daß man „nicht stille sitzen, sondern den Schweden entweder eine empfindliche Diversion machen oder sie in Holstein selbst angreifen müsse.“ [1]) Eine Diversion in Preußen hätte, da Thorn, Elbing, Marienburg stark befestigt und gut besetzt waren, so viel Zeit gekostet, daß inzwischen Dänemark verloren sein konnte; jedenfalls blieben dann den Schweden die Contributionen, die Werbungen in Schleswig-Holstein und Jütland, die Verbindung mit Bremen und Verden; sie konnten, so wie die Festungen in Preußen gefallen waren, mit neuem Kriegsvolk nach Preußen und den Marken kommen. Wenn man nach Holstein eilte, entriß man ihnen ein weites und reiches Gebiet, ihre Verbindungen mit dem niedersächsischen Kreise. Kam dann, wie der staatische Gesandte in Berlin mit Bestimmtheit verhieß, die holländische Flotte in die Ostsee, so war der stolze Schwedenkönig in die Defensive geworfen. [2])

Der Kurfürst sandte (26. Aug.) an Montecuculi, der auf dem Marsch nach Thorn war, und an Czarnecky, sie „zu einer guten Cavalcade nach Holstein“ aufzufordern; er schrieb dem östreichischen Feldmarschall: er möge sich gefallen lassen, sich alsofort nach Empfang dieses Schreibens mit seiner Armee anher zu verfügen und dieser Expedition beizuwohnen, auch

1) Courir à l'improviste sur l'ennemi, qui n'est pas sur ses gardes, le surprendre et lui faire sentir la foudre avant qu'il ait vu l'éclair, so heißt die vortreffliche Regel, die Montecuculi, Mém. II. 1. art. 3 giebt. Leider hat er es unterlassen, in dieser Schrift auf den Feldzug von 1658 bis 1660 Rücksicht zu nehmen.

2) Dieß im Wesentlichen nach einem lehrreichen Memorial von Sparr, s. d. „Motiven, warum der König von Polen nebst dem König von Ungarn Ursache haben, den König von Schweden in Holstein itzo zu verfolgen und sich vor den Städten in Preußen nicht zu engagiren noch aufzuhalten“.

sich durch nichts abhalten zu lassen, „allermaaßen wir denn auf uns nehmen, solches gegen Kais. Maj. zu verantworten." 1) Am. 30. antwortete der Feldmarschall: er werde diesem Befehl gemäß sofort umkehren und seinen Marsch möglichst beschleunigen. Czarnecky erklärte eben so seine bereiteste Zustimmung; aus Warschau meldete Hoverbeck: „die Freude, die Ihre Majestäten und der ganze Hof über des Kurfürsten Resolution empfindet, ist fast nicht zu beschreiben."

Schnell genug, schon am 17. Sept. waren die Reuterregimenter der drei Armeen auf dem Rendezvous bei Wittstock, die Fußvölker sollten nachfolgen. Die meklenburgischen Herzöge begrüßten die „Reichsarmee" und den Kurfürsten, der sie führte, als Retter und Befreier. Der Herzog von Sachsen-Lauenburg empfahl ihm sein Ländchen. Der Fürstbischof von Lübeck sandte aus Eutin die besten Versicherungen. Der Kurfürst ließ 3000 Mann „Commandirte" unter seinem General Pfuel und dem österreichischen Spork über Mölln auf Oldesloe marschiren, während er selbst mit seinen und den kaiserlichen Völkern durch das Lauenburgische auf Hamburg ging, die Polen folgen ließ. Statt eines Kriegsmanifestes war jene Staatsschrift „an den ehrlichen Deutschen", die in eben diesen Tagen veröffentlicht wurde.

Die Schwedischen in Holstein hätten alles eher als den Entschluß zum Angriff und die Raschheit der Ausführung erwartet; der Anmarsch „verursachte solchen Schrecken", daß der Commandirende, Pfalz Sulzbach, alle Regimenter, bei 3000 Pferde, vor Rendsburg zusammenzog und die tapfere Festung eng einschloß. Er beeilte sich, noch möglichst viel Contribution und Recruten aus dem Lande zu pressen.

1) Dieß Schreiben vom 16. (26.) Aug. überbringt der Kammerjunker v. Wreech, in dessen Instruction steht: „sollte Montecuculi zögern und etwa erst Befehl vom kais. Hofe erwarten, so soll W. ihm antworten, daß wir das Werk von so hoher Wichtigkeit halten, daß dabei kein Cunctiren oder Erhohlung fernerer Order zu rathen sei." Der Vertrag mit Oestreich, Art. VIII. sagt: quod autem ad determinationem loci, ubi haec in Suecos operatio erit primum instituenda, hoc communi foederatorum consensu Ser. S. Ele. delatum est.

Schon waren die Dänen, von holländischen Schiffen unterstützt, Meister der Elbe; sie sperrten den Schweden die Verbindung mit Bremen und Verden. Spork marschirte auf Neumünster. Das erste Zusammentreffen war für die Schweden unglücklich; der Pfalzgraf wagte kein zweites, er gab die Belagerung von Rendsburg auf. Noch hatte er zwei Märsche voraus; seine Bagage und ein Regiment in Tönningen, einige hundert Mann auf Schloß Gottorf zurücklassend, eilte er ohne Rasttag bis an den kleinen Belt zurück; dort zog er, nachdem er auf zehn Meilen in der Runde alles niedergebrannt, seine Truppen in die Feste Friedrichsödde zusammen; hier in unmittelbarer Verbindung mit den 19 Regimentern in Fühnen, deren Commando Graf Friedrich Waldeck erhalten hatte, war er stark genug, die Alliirten zu erwarten.[1])

Sie folgten, ohne sich mit der Belagerung von Gottorf, von Tönningen aufzuhalten; die polnischen Regimenter wurden nordwärts bis Kolding und über Friedrichsödde hinaus bis Horsens vorgeschoben, der Kurfürst nahm (Ende October) sein Hauptquartier in Flensburg; die Fußvölker nahten nachrückend der Eider. Etwa 30,000 Mann stark standen die Verbündeten in Holstein, Schleswig, Jütland.[2])

Weder diesen Verlust Jütlands und der Herzogthümer, noch den Widerstand Kopenhagens hatte Karl Gustav bei seinem Unternehmen in Rechnung gezogen. Und nun kam die holländische Flotte von 35 Orlogschiffen unter Jacob van Wassenaar Herrn von Opdam durch den Kattegat, unter ihrem Schutze eine Menge von Transportschiffen mit Lebensmitteln, Brennholz und andern Bedürfnissen für das eng bloquirte Kopenhagen. Noch zwang der Südostwind beide Flotten, vor dem Sund zu ankern.

Karl Gustav hatte gehofft, daß England ihm die Holländer vom

1) Aus der „Donnerstag-Particular-Zeitung zum europäischen Mercur" Königsberg, 14. Nov., Schreiben aus Friedrichsödde.

2) Mit einiger Sicherheit ist die Stärke der brandenburgischen Truppen auf 9000 Pferde, 2000 Dragoner, 4000 M. Fußvolk zu bestimmen. Die kaiserlichen werden zu 13,000, die Polen zu 5000 M. angegeben.

Halse halten werde; es schien ihm undenkbar, daß der Protector ruhig zusehen werde, wenn die Holländer sich der Entscheidung im Sund bemächtigten; es sei, hatte er ihm sagen lassen, ein neuer Versuch des Hauses Oestreich, sich an der Ostsee festzusetzen; die Sache des Evangeliums fordere, daß man dessen Helfershelfer, die Staaten, zurückjage. Aber in der Mitte September erfuhr er, daß Cromwell gestorben sei; die Frage der Nachfolge, die Berufung seines Sohnes Richard verzögerte die Entscheidung, auf die er mit Zuversicht rechnete.

Vielleicht diese Hoffnung und der Wunsch, nicht die Feindseligkeiten gegen Holland begonnen zu haben, veranlaßte ihn, einen Plan zurückzuweisen, der einen gewissen Erfolg versprach: sich mit dem günstigen Winde rasch auf die ankernden Holländer zu stürzen, die vernichtet sein konnten, bevor sie die Anker aufgewunden. Er hatte 45 Orlogschiffe diesseits im Sund, von denen ein Theil vor der kopenhagener Rinne lag, die dänischen Schiffe am Auslaufen zu hindern. Er machte sich fertig, den Feind zu erwarten und ihm die Fahrt auf Kopenhagen zu sperren.

Am 8. Nov. ging die holländische Flotte in den Sund, bei scharfem Nordwind in so rascher Fahrt, daß das Doppelfeuer von Cronenburg und Helsingburg so gut wie wirkungslos blieb. Während Admiral Wrangel manövrirte, über Wind zu kommen, entspann sich das Gefecht. Stundenlang wurde mit größter Hartnäckigkeit ohne Entscheidung gekämpft. Karl Gustavs Bericht sagt, die Nachricht, daß neun bis zehn dänische Schiffe in Sicht gekommen, habe Wrangel bestimmt, das Gefecht abzubrechen. Er war nicht mehr im Stande, ihnen den Weg zu sperren; während er sich auf den Hafen von Landscrona zurückzog, erreichte Wassenaar um die Abenddämmerung die dänischen Schiffe bei der Insel Ween.[1])

---

1) So nach dem 1659 gedruckten Schreiben Wassenaars „an einen hohen vertrauten Freund" und seinem Bericht an die Hochmögenden vom 9. Nov. 1658, abgedruckt bei Aitzema, wo auch andere holländische Berichte und auch Karl Gustavs Nachricht an seine Minister, d. d. Cronenburg, 31. Oct. (10. Nov.) 1658. Vor-

Nun beherrschte die Flotte der Alliirten das Meer; die holländische Transportflotte erreichte unbehindert Kopenhagen. Karl Gustav zog sein Heer aus der Nähe der Stadt zurück, verschanzte sich eine Stunde landeinwärts auf einem günstig gelegenen Erdrücken. Wie aus der Ueberrumpelung eine Belagerung geworden war, so veränderte sich die Belagerung jetzt in einen Krieg, der, da der Feind die See beherrschte, bedenklicher wurde, je länger er währte, wenn nicht dem nordischen Eroberer sein „getreuester Alliirter", der Winter, Hülfe brachte.

Auch anderer Orten erlitt die schwedische Armee schwere Verluste. Freilich Kurland war genommen, der Herzog mit seiner Familie in brutalster Weise in die Gefangenschaft geführt; und mit den Moscowitern war Waffenstillstand geschlossen [1]), sie begannen sich in Wilna zum Angriff gegen Polen zu sammeln. Aber in Drontheim, in Bornholm erhob sich die Bevölkerung, verjagte die schwedischen Truppen und Beamteten. Im December ergab sich Thorn. Kaum daß die Schweden von Elbing und Marienburg aus noch einzelne Streifzüge wagten; die Besatzungen in Pommern, in Wismar hielten sich stille, als wenn damit die Schuld des Reichsfriedensbruches von schwedischer Seite gemieden sei, während sie den Frieden in Meklenburg, in Lauenburg und dem dazu gehörenden Lande Hadeln, vor Allem in Holstein offen genug gebrochen hatten.

Noch hielt sich im schleswig-holsteinschen Lande des Königs Schwiegervater, der seit dem roschilder Frieden souveraine Herzog von Gottorf; er hoffte mit dem wohlbesetzten Schloß Gottorf und dem Regiment Osten in Tönningen die Neutralität, die er forderte, wohl behaupten zu können; er protestirte gegen die Durchmärsche durch sein

treffliche Dinge enthält eine Stralsunder Flugschrift über die befohlene Feier des großen Sieges der Schweden, „Kurze, jedoch eigentliche Relation wie es zu Stralsund u. s. w.", von der ich anderweitig zu sprechen Gelegenheit haben werde.

1) Diesen Abschluß zu erreichen, hatten die Schweden Briefe des Kurfürsten von Brandenburg, mit dem der Zaar in gutem Vernehmen stand, vorgelegt. Der Kurfürst erklärte dem französischen Gesandten, daß seine Unterschrift und sein Siegel gefälscht sei. So nach Blondels Berichten.

Land. Aber man umstellte Gottorf, man drohte mit Sturm. Er mußte sich überzeugen, daß weiterer Widerstand unmöglich sei; der Kurfürst gewährte einen Vertrag, in dem der Herzog gegen Zusicherung dessen, was er besaß, Neutralität gelobte, Schloß Gottorf den Alliirten übergab, sich selbst in seine Festung Tönningen zurückzog. 1)

Der Kurfürst hatte in Kopenhagen melden lassen, er sei bereit, einen Theil der Armee nach Seeland zu senden, mit dem übrigen Volk Friedrichsödde zu nehmen und dann nach Fühnen zu gehen; er bat, die nöthigen Schiffe in die kieler Bucht zu senden, um dort die Einschiffung vorzunehmen. Aber der holländische Admiral blieb nach der Schlacht im Sunde ruhig vor Kopenhagen. Es kamen wohl fünf holländische Orlogschiffe und Transportschiffe in Menge nach Kiel; aber sie lagen, auf Order wartend, im Hafen. Holland ließ den Schweden die See nach Danzig, Wismar, zwischen den Inseln frei. 2)

Um so bedenklicher war, daß die Insel Alsen in der Hand der Schweden war. Es standen dort 2000 Pferde; jeden Augenblick konnte von Fünen und den andern Inseln her das Doppelte und Dreifache hinübergebracht werden, und dann war die Armee der Alliirten auf das Schlimmste gefährdet; ein Ausfall von Alsen nach Sundewitt hätte sie gezwungen, hinter die Schlei, ja Eider zurückzugehen.

Und nun kam die Nachricht aus dem Haag, daß England auf die Nachricht von der Schlacht im Sund 21 Kriegsschiffe ausgesandt habe, den Schweden zu helfen, daß die Bestürzung in Holland groß, daß nicht

---

1) Extraordinäre Zeitung, Schreiben aus Holstein, 26. Nov. a. St. meldet die noch schwebende Verhandlung: „S. Kf. D. wollen mit des Herzogs F. G. nicht also verfahren, wie die Schweden inaudito plane exemplo mit Kurland umgesprungen, daher man die Hoffnung zu dem barmherzigen Gott fasset, derselbe werde S. Kf. D. Actionen mehr Segen verleihen.

2) Die oben angeführte Zeitung aus Holstein vom 26. Nov. a. St. meldet die Ankunft der Schiffe, „um bei 6000 M. nach Seeland zu führen, woselbst es noch vor dem Christfest derbe Stöße geben möchte. Viel schwedisch gesinnte meinen, der König von Schweden werde desperat werden und sein Leben und estat der Fortuna endlich übergeben."

zu berechnen sei, wie man sich entschließen, ob man sich fügen werde, um nicht mit England in Krieg zu kommen; und der englische Gesandte im Haag erklärte ja, daß alles nur gegen Oestreich gemeint sei, daß der Protector keinesweges Dänemark wolle vernichten lassen, daß er dahin trachten werde, auch den Kurfürsten abzuziehen.[1])

Der Kurfürst ließ nach dem Haag antworten: „Wenn nur die Herren Staaten bei ihrer Resolution bleiben, so wollen wir England nicht fürchten." Doppelt wichtig war es jetzt, irgend einen Schlag zu führen.

Sobald Gottorf genommen und das Fußvolk heran war, verlegte der Kurfürst sein Hauptquartier nach Düppel, dicht bei Alsensund. Er traf die Vorbereitungen zum Uebergang mit großer Vorsicht. Von zwei dänischen Orlogschiffen gedeckt, ließ er dicht oberhalb von Schloß Sonderburg kaiserliches und brandenburgisches Volk übergehen, zuerst je dreihundert Mann unter Obrist Strozzi und Obristleutnant Zastrow, dann folgten zweite, dritte 600 Mann. Die Schweden machten auch nicht den Versuch, ihren Aufmarsch zu hindern; sie theilten sich, 1200 Mann unter dem General Aschenberg zogen sich ins sonderburger Schloß, der Rest nach Nordburg zurück.

Gegen Abend waren die zum Angriff bestimmten Truppen übergeschifft; sie setzten sich in Stadt Sonderburg fest, rüsteten sich zum Sturm; man bot dem General Aschenberg vorher Capitulation an; er bat um 30 Stunden Bedenkzeit. Ehe sie verstrichen waren, legten einige schwere Schiffe auf der Seeseite des Schlosses an; am Morgen des 16. Dec. war das Schloß geräumt; die ganze Bagage, 1200 Pferde, 24 Kanonen blieben dem Sieger. Dann ging es auf Nordburg; Obrist Kunst, der dort commandirte, wagte keinen Widerstand, mit 8 Compagnien ergab er sich auf Discretion.[2])

---

1) Weimanns Briefe aus dem Haag, vom 6. Dec. 1658.

2) Die sehr anziehende „Disposition zur Attake auf die Insel Alsen, 4./14. Dec.", ist datirt Tippel, 2. Dec. 1658 und von der Hand eines Secretärs, die

Es war eine glänzende Waffenthat, und der Kurfürst dankte in dem Kriegsrath, den er am 23. in Sonderburg hielt[1]), den Generalen und Truppen für die „bezeugte Tapferkeit und gute Conduite, er hoffe auch künftig mit ihrem Rath und Meinung, die er geziemend in Obacht nehmen werde," glücklich zu kämpfen. Sie stimmten seinen Vorschlägen bei, daß man Alsen besetzt halten, nach Jütland vorgehen und Friedrichsödde einschließen müsse — denn schon war auch Kolding durch Czarnecky genommen — und daß zur Sicherung des Rückens Oldesloe, Eutin, Rendsburg, Gottorf besetzt gehalten werde.

Mit der Ausführung dieser Beschlüsse endete das denkwürdige Jahr 1658. Es hatte einen Umschwung der Verhältnisse gebracht, dessen Bedeutung mit jedem Tage mächtiger hervortrat. Die gewaltige Schwedenmacht, die sich seit einem Menschenalter gewöhnt hatte, im Norden und gegen Deutschland den Herrn zu spielen, war in die Defensive geworfen, war namentlich hier in den festländischen Besitzungen des Königs von Dänemark vollständig gelähmt und auf einen letzten Punkt am Belt zusammengepreßt; sie hatte von dem weiten Terrain, das sie noch vor wenigen Monaten militärisch beherrschte, das verloren, was sie für Deutschland furchtbar machte; ihre Weserlande waren durch den Verlust Holsteins abgeschnitten, von Wismar, von Vorpommern aus durfte sie nicht wagen, vorzubrechen, um nicht neue Gefahren über sich

---

häufig in besonders vertraulichen Schriftstücken wiederkehrt, also unzweifelhaft vom Kurfürsten dictirt. Wenn Passek (Denkwürdigkeiten p. 31) die Eroberung von Alsen in den Anfang 1659 setzt und so spricht, als ob 700 Polen die Hauptsache gethan hätten, so ist das rein aus der Luft gegriffen, wie so Manches in Passeks anziehenden Aufzeichnungen.

1) „Actum Sonderburg, 13./23. Dec. 1658. Im Kriegsrath praesentibus Serms Elector und die sämmtlichen Herren Generale von der kais. und kurbrand. Armee, als nemlich II. FF. GG. der Markgraf von Baden, der Fürst von Anhalt, der Gen.-F.-Marsch. Graf Montecuculi, Freiherr von Sparr, Gen.-F.-Zeugm. Dörfling, beide Kriegscommissarien Freiherr v. Schiffer und Claus Ernst v. Platen, Gen.-Maj. Goltz". Das Protocoll führt Schwerin. Ueber die große Befriedigung, die die Einnahme von Alsen den Herrn im Haag gewähre, berichtet Copes, Haag, 1. Jan. 1659.

zu bringen; mit dem Verlust Thorns war sie auf das Delta der Weichsel zurückgeworfen.

Der Zauber der Unüberwindlichkeit, der bisher an den schwedischen Waffen gehaftet, begann zu erlöschen. Dieselbe Kühnheit des Entschlusses und der Ausführung, mit der die schwedische Kriegführung so oft ihre Gegner erschreckt und niedergedrückt hatte, war jetzt in dem Zuge nach Jütland gegen sie gewandt worden und hatte sie flügellahm gemacht. Und während sie eigensinnig auf den Punkt, der nur wie im Vorübergehen und zur Einleitung des Feldzugs gegen Deutschland hatte genommen werden sollen, ihre ganze Energie wandte und sich dort immer tiefer verwickelte, verlor sie ihren deutschen Gegnern gegenüber den Hebel des moralischen Druckes und das Uebergewicht der Initiative.

Wohl hätte der deutsche Patriotismus Grund gehabt, nach der tiefen Erniedrigung des deutschen Namens diese ersten Erfolge deutscher Waffen — denn ausdrücklich als Reichsheer wurde die kaiserliche und brandenburgische Macht in Jütland bezeichnet — mit Freuden zu begrüßen. Jene Erniedrigungen waren dem deutschen Wesen aus der spanisch-östreichischen Verbindung und der intoleranten und dynastischen Politik, die sie vertrat, erwachsen; diese Erfolge waren die Frucht der Verständigung zwischen dem Hause Oestreich und der nächst bedeutendsten Territorialmacht im Reich, einer evangelischen, die nicht mehr wie früher Kurpfalz, früher Kursachsen ihre Kraft auf die Opposition gegen Oestreich wandte, sondern sich mit Oestreich in den doch gemeinsamen Interessen verständigte, um die Ehre und Unabhängigkeit des deutschen Namens gegen die Insolenz einer fremden Macht zu vertreten.

Es war nicht ohne Grund, wenn man an dieser Verständigung wie an jenen Erfolgen dem Kurfürsten das wesentliche Verdienst zuschrieb; „ganz Europa, wurde aus Wien geschrieben, giebt ihm dieß Zeugniß." Nicht minder gestand man ihm polnischer Seits bereitwillig zu, daß

seine Politik den Anfang der Rettung, daß seine Führung der vereinten Armee die entscheidende Wendung des Krieges gebracht habe.[1])

Aber es fehlte viel daran, daß er überall, wo er es erwarten durfte, bereitwillige Unterstützung und entgegenkommendes Vertrauen gefunden hätte.

Zu seinem größten Leidwesen, schrieb er dem dänischen Könige, habe die conjungirte Armee nicht mehr zu leisten vermocht, da ihr die versprochenen Schiffe nicht geschickt worden seien.[2]) Es war die Schuld der holländischen Flotte; und Admiral Wassenaar gehörte zu der Parthei de Wittes, die um keinen Preis in Differenz mit England kommen wollte, auch darum nicht, weil dann die Acte der Seclusion in Gefahr kam; und schon die Erfolge Brandenburgs erschienen als eine hochbedenkliche Förderung der oranischen Interessen. Im Haag hieß es, Frankreich und England seien verständigt, Holland werde, wenn man es zum Bruch kommen lasse, unweigerlich gezwungen sein, sich in das spanisch-östreichische Interesse zu werfen, „und weil sich schier männiglich davor grauet, so wird ihre Unsicherheit täglich größer.“ Freilich de Witte und seine Freunde wollten Dänemark nicht sinken lassen, aber auch mit Schweden es nicht völlig verderben; sie lavirten; ihr Verhältniß zu ihren Verbündeten wurde mit jedem Tage zweideutiger.

Und in Preußen schien die Kraft der Alliirten mit der endlichen Einnahme Thorns völlig erschöpft. Vergebens drängte der Statthalter Fürst Radzivill zu rascherer Action, vergebens gewann er mit dem elbinger Kastell „Bollwerk“ den Schlüssel des Haffs, andere Forts an der Nogat, überschritt sie unmittelbar bei der Festung Marienburg, entriß

---

1) Pistorius VII. p. 609., der sonst nicht eben für den Kurfürsten eingenommen ist, sagt: Elector cum laude praefuit nihil eorum, quae a vigilantia et prudenti aeque ac forti duce requiri solent, in se passus desiderari.

2) Das von Wittgenstein und Marwitz überbrachte kurfürstliche Schreiben, d. d. Riepen, 31. Dec. 1658. Nur Marwitz blieb in Kopenhagen, und aus seinen vortrefflichen Berichten sind im Folgenden die Dänemark betreffenden Dinge entnommen.

dem Feinde die neuen Schanzen der Nehrung. Er wurde elend von den Kaiserlichen, noch elender von den Polen unterstützt; vergebens war sein Einreden gegen die Capitulation von Thorn, die der schwedischen Besatzung freien Abzug gestattete und so den Schweden in Marienburg eine höchst ersehnte Verstärkung zuführte. Das entsetzliche Plündern und Wüthen der Polen trieb die Beraubten zu Hunderten in den schwedischen Dienst; die schwedische Macht verstärkte sich auf gefahrdrohende Weise, begann verheerende Streifzüge ins Oberland; schon hatte man zu fürchten, daß Douglas, der bis wenige Stunden vor Memel herangerückt war, in das Herzogthum einfallen, die Verbindung mit dem Schwedenheer an der Weichsel gewinnen werde. Dringend bat Fürst Radzivill um Verstärkuug; „denn mit den Polen allein kann ich nichts unternehmen, und wenn nur eine halbe Schwadron von ihnen durch Preußen zöge, würden sie es ganz verderben."

Noch schlimmer war, daß im Herzogthum, namentlich in Königsberg, sich die Stimmung gegen die Souveränetät und die „fremde Herrschaft" immer mehr verbitterte; und nur zu klar war, daß polnischer Seits diese Aufsätzigkeit und die Hoffnung auf Abwerfung der Souveränetät genährt, ja daß mit den Schweden heimliche Einverständnisse gepflogen wurden; es begannen Rottirungen, „und unter die Volksmassen, schreibt Radzivill, mischen sich Personen von Stande, Geistliche, hohe Staatsofficiere."

Wenn die polnischen Patrioten des Krieges müde waren, der, so meinten sie, eigentlich nur im Interesse Brandenburgs weiter geführt werde, so suchte der wiener Hof den Schein, als habe er nur die Waffen ergriffen, um wie erst „den König von Polen zu restituiren", so nun „des Kurfürsten Freiheit und Sicherheit zu protegiren". So äußerte sich (Octob.) der kaiserliche Gesandte im Haag, der dort um eine „Zusammensetzung und Union" unterhandelte, deren Bedingungen man dem Kurfürsten vorenthielt. 1)

---

1) Jenas Diarium, d. d. Wien 19. Nov. 1658. Ihm wurde die Instruction Fricquets, der nach dem Haag gesandt war, vorgelesen. „Die Worte lauteten

Jena war bald nach der Wahl nach Wien gesandt, um die in Frankfurt unerledigt gebliebenen Forderungen in Richtigkeit zu bringen. Vor Allem sollte er darlegen, daß die Misstimmung gegen Oestreich in Holland und selbst in Engfand von dem schweren Druck herstame, den die Evangelischen in den kaiserlichen Landen erlitten, so daß des Kurfürsten erster und dringendster Wunsch sei, seinen Glaubensverwandten von der kaiserlichen Regierung diejenigen Zugeständnisse zu erwirken, welche zugleich die innere Ruhe und Kraft der kaiserlichen Lande völlig sicher stellen würden. Die Antwort lautete einfach, der Kaiser könne ihneu salva conscientia nichts nachgeben. Je mehr Jena darauf drang, daß es geschehe, desto schroffer wurden die Entgegnungen: der Kaiser werde den Evangelischen, auch denen in Schlesien, nicht das Geringste gewähren, auch nicht Eine Schule ihnen zu halten gestatten, sondern sich einfach nach dem Friedensinstrument halten; was könne man ihm endlich mehr als sein Land nehmen.

Um nichts besser erging es mit der Forderung wegen Jägerndorfs. Dafür die Grafschaft Regenstein zu geben, fand man jetzt aus Rücksichten auf Braunschweig bedenklich, und nebenbei war sie im Besitz des Grafen Tettenbach, der an seinem Schwiegervater Graf Kurz einen Fürsprecher hatte. Noch weniger war man geneigt, dann Jägerndorf selbst zu restituiren; „das hindern die Pfaffen, und daß der Kurfürst ein mächtiger evangelischer Herr ist". Umsonst machte Jena geltend, daß der Kurfürst in Frankfurt „aus bloßer Generosität, um des Kaisers Ungelegenheit nicht weiter zu treiben und sein Vertrauen zu zeigen", davon abgestanden sei. Man hielt ihn Wochen lang mit leeren Ausflüchten hin; dann, als man erfuhr, daß die holländische Flotte abgesegelt, daß sie im Sund Meister sei, wurde man völlig zäh[1]); man begann nun dem Kurfürsten Vor-

---

ungefähr so: Seri El. Br. libertas et securitas protecta, das Wort protegirt ist ohne allen Zweifel mit großem Fleiß gesetzt, damit von der Hoheit nichts abgehe."

1) „. . . da haben sie hier höheren Spiritus bekommen und sich auch in S. Kf. D. Privatsachen härter erwiesen." Jenas Diarium, 22. Nov.

würfe zu machen: er suche mit der jägerndorfischen und evangelischen Sache ganz andere Dinge, als er öffentlich vorgebe, er habe nur den Oberbefehl begehrt, um die Kaiserlichen gegen Pommern mit zu verwenden, das für Brandenburg erobert werden solle, der Kurfürst schone in Jütland seine Truppen und verbrauche die Kaiserlichen u. s. w. In Summa, schreibt Jena, wer kann ihnen noch trauen? sie vermeinen, Ew. Kf. D. nicht mehr zu bedürfen; ich als ein einfältiger Mann habe es zu Berlin und Frankfurt gesagt, daß kein Dank da sein werde, und daß, wenn sie es weg haben, sie alles vergessen und nach ihrer Art hoch sprechen werden."[1]) Er verließ Wien, ohne irgend etwas erreicht zu haben.

Unter den Anträgen, die Jena in Wien zu machen gehabt hatte, war auch der, da die Fortsetzung des Deputationstages undienlich sei, so bald als möglich einen Reichstag zu berufen.[2]) Die ordentliche Reichsdeputation hatte während der Wahlhandlung eine Stellung zu gewinnen gesucht, die über ihr Mandat weit hinausreichte; die Mehrheit ihrer Mitglieder hatte, obschon Oestreich, als Directorium im Fürstenrath, ihre Competenz bestritt, sich versammelt und Beschlüsse gefaßt; Kurmainz hatte mit Zustimmung des Kaisers, aber ohne die der Kurfürsten, gleich nach der Wahl die förmliche Fortsetzung der Deputation auf den 1. Oct. in Frankfurt angesetzt und ihre Competenz auch auf die Wahrung der Sicherheit des Reichs ausgedehnt; und als ein kaiserliches Rescript Nürnberg zum Versammlungsort bestimmte, hatte er die Einladung nach Frankfurt erneut, denn die Deputation sei durch den Reichstag, der sie eingesetzt, nach Frankfurt gewiesen.

In der That fanden sich dort einige Deputirte ein, von den sieben kurfürstlichen drei, von den sechszehn fürstlichen sieben, von den Städten

---

1) Jenas Diarium vom 9. Dec., sein Schreiben vom 24. Nov. 1658.

2) Instruction für Jena, 6. Sept. 1658, Art. 7, „warum S. Kf. D. die Continuation des Deputationstages für undienlich halte und Berufung eines Reichstages lieber sähe."

keine. Diese Minorität, in der fast nur die Genossen des rheinischen Bundes repräsentirt waren, constituirte sich trotz der Einsprache des Kaisers, Brandenburgs, Sachsens u. a. und begann thätig zu werden, natürlich nur um die Securität des Reichs und den theuer erkauften Frieden zu hüten; nur daß dieß die Wirkung haben mußte, im Interesse Schwedens und Frankreichs die militärische Action der Reichsarmee zu lähmen.

Und zugleich trat der rheinische Bund in Thätigeit; trotz der Abmahnungen des Kaisers, der Proteste Brandenburgs ratificirten die Fürsten des Bundes den Vertrag; Ausgangs November traten die „Allianzräthe" in Frankfurt zusammen, erließen Schreiben an den Kaiser, an Polen, an Kurbrandenburg, an Montecuculi, von weiteren Feindseligkeiten in Reichslanden abzustehen, „widrigenfalls ihre Principalen sich genöthigt sehen würden, mit ihren bereitstehenden Völkern sich defensive dagegen zu stellen". Allerdings erhielten sie abweisende Antworten, Friedrich Wilhelm ließ seine Geheimenräthe in der Antwort ihr Erstaunen über dieß bis dahin unerhörte Verfahren ausdrücken, daß „dergleichen Schreiben von der Mitstände Bedienten, von denen niemand wisse, wie weit sie dazu autorisirt seien, zugeschickt würden".

Aber die Spaltung des Reichs war da und begann ihre Wirkungen zu üben; natürlich, daß der Bundesrath den Ehrgeiz hatte, etwas zu leisten; seine Ausschreiben unterließen nicht zu bemerken, „daß auch die Krone Frankreich als consors pacis mit hinzugetreten". [1])

„Wir müssen es, schrieb Friedrich Wilhelm an Kurcöln, für eine besondere Strafe, die der gerechte Gott über das römische Reich verhängt hat, achten, daß auch die vornehmsten Säulen desselben von dem rechten Wege, dasselbe in beständigem Frieden und sichrer Ruhe zu halten, von den Widerwärtigen sich haben ablenken lassen." Er fügt

1) Schreiben der Allianzräthe an Brandenburg, 3./13. Dec. 1658 und Antwort Brandenburgs, Lügumkloster, 21. Dec. 1658. Theatr. Eur. VIII. p. 539. 540.

hinzu, „er wolle hoffen, daß sie wieder zu denen treten würden, die kein anderes Absehn noch Plan bei ihrem Werk haben als vom Reich fremde Gewalt und die Total-Eversion, die allein von dem Gegentheil gesucht wird, abzuwälzen.“

Diesem Doppelschaden des rheinischen Bundes und der Reichsdeputation gegenüber gab es nur ein verfassungsmäßiges Mittel; wenigstens die Deputation hätte mit der Berufung des Reichstags sofort ein Ende gehabt. Aber der kaiserliche Hof hatte nicht Lust ihn zu berufen; da wären alle die Fragen von Neuem zur Sprache gekommen, die er 1654 glücklich abgewehrt hatte, da wäre von den Evangelischen in den Kron- und Erblanden gehandelt worden, da hätte Brandenburg von Neuem und nun mit stärkerem Gewicht sich bemühen können, der Unklarheit der Reichsverhältnisse, die der östreichischen Politik erwünscht war, ein Ende zu machen. Vor allem den Spaniern in Flandern und Italien zu helfen, lag dem Wiener Hofe am Herzen; Angesicht eines Reichstages wäre das unmöglich geworden.

Für den Augenblick begnügte man sich noch, diese Hülfeleistungen zu maskiren; „es sei der Erzherzog von Tyrol, der die Truppen nach Flandern sende, und er habe um so mehr Grund dazu, da Frankreich ihm die drei Millionen für den Elsaß, die der Frieden von 1648 stipulirt, immer noch nicht gezahlt habe“. Aber daß die beste Hülfe für Spanien der allgemeine Krieg sein werde, lag auf der Hand; in diesem Sinn suchte man die Union im Haag und des Reiches war in jener Instruction mit keiner Sylbe erwähnt. Man hoffte die militärisch bedeutendsten Reichsglieder neben Brandenburg mit in Action zu bringen; Baiern hielt „dem Kaiser zu Dienst“ seine geworbenen Völker bei einander[1]); Sachsen war bereit sich in Verfassung zu setzen und mit einzutreten, wenn es etwas von den jülichschen Landen bekomme; man ermunterte Kursachsen, sich Magdeburgs zu bemächtigen; auch die braun-

1) Jenas Bericht aus Wien, 28. Sept. 1658, Diarium 19. Nov.

schweigischen Herren versuchte man zu gewinnen. Das Weitere, so mochte man hoffen, werde folgen, wenn die Gewalt der Umstände zwinge, Schweden, das doch einmal den Frieden des Reichs gebrochen habe, auch in seinen Reichslanden, namentlich an der Weser, anzugreifen; „ob man sich denn durch einen Strohhalmen binden lassen wolle", hatte der östreichische Gesandte im Haag zu dem brandenburgischen gesagt; auch Dänemark empfahl lebhaft den Angriff auf die Weserlande. Erfolgte derselbe, so war die rheinische Allianz in gewissem Sinn gerechtfertigt; und schon beantragte Kurmainz in Paris, daß der vertragsmäßige französische Succurs „zu den andern ligirten Truppen" stoße.[1])

Aber war es im Interesse des Reichs, im Interesse Brandenburgs, dem Kriege mit Schweden weitere Dimensionen zu geben? Der commandirende General in Stettin hatte Befehl, bei der ersten Bewegung brandenburgischer Völker gegen Pommern, das Land auf neun Meilen Weges einzuäschern, und er hatte geäußert, ihn werde in solchem Fall nichts daran hindern und er werde mit seinen eigenen Gütern den Anfang machen. Ausdrücklich auf den Schutz von Bremen und Verden war der rheinische Bund verpflichtet; ein Angriff da wäre das Signal zum deutschen Kriege gewesen; es hätte sich die Situation wiederholt, die zum Frieden von 1648 geführt hatte.

Brandenburgs Stimme hatte in der Wahlcapitulation für den Artikel entschieden, der die kaiserliche Hülfe in Flandern verbot. In dieser Scheidung Oestreichs von Spanien lag die Möglichkeit die beiden Kronen, welche die deutsche Freiheit gegen die spanisch-östreichische „Monarchie" schützen zu müssen glaubten, auseinander zu halten. Es lag alles daran, den Kaiser in dem deutsch-östreichischen Interesse festzuhalten; dann war es möglich, während Frankreich mit Spanien vollauf zu thun hatte, Deutschland von dem Joch der schwedischen Uebermacht

---

1) So hat Boreel aus Paris geschrieben. Copes an den Kurfürsten, 1. Nov. 1659.

zu befreien; und man deckte Deutschland für die Zukunft auch gegen Frankreich in dem Maaß, als man Schwedens Macht zurückzuschieben vermochte.

In diesem Sinn hatte Friedrich Wilhelm seine Beziehungen zu Frankreich geformt. Er hielt durchaus das Bündniß, das er 1656 mit der Krone geschlossen, aufrecht; aber er zeigte geflissentlich, daß er in allem, was dieser Vertrag nicht ausdrücklich enthalte, unabhängig, daß er nicht gemeint sei, in dem Kielwasser der französischen Politik zu fahren; in den Wahlhandlungen hatte Frankreich sehen können, daß es auf nichts weiteres zu rechnen habe. Wenn der Cardinal gegen Brand, den kurfürstlichen Gesandten in Paris, zwar seinen Dank wegen jener Clausel aussprach, aber betreten war über die Allianz mit Oestreich, wenn dann Servien diese Allianz zwar sehr begreiflich fand, aber über die reciproke Clausel sehr bestürzt war, wenn man endlich auch diese sich gefallen ließ, aber sich sehr unzufrieden über des Kurfürsten Stellung zur rheinischen Allianz, über seinen Einmarsch nach Holstein äußerte, so ließ der Kurfürst nicht minder lebhaft beklagen, wie wenig Frankreich ihn bisher gegen Schweden vertreten, wie lau es die Friedenshandlung mit Schweden betrieben habe, wie de Lumbres und Avaugour, dann Terlon, Blondel u. s. w. stets Parthei für Schweden genommen hätten, und wie sie ihm „mit großer Heftigkeit" die Wahl des Neuburgers zugemuthet hätten. Aber er wiederholte die Versicherung, daß er dessenungeachtet mit Frankreich in beständiger Freundschaft zu bleiben wünsche und, die Defensive gegen Schweden abgerechnet, nie etwas thun werde, worüber der König sich im Geringsten beschweren könne. Und wieder Mazarin ging so weit zu äußern, daß er allerdings den Angriff Schwedens auf Dänemark für ungerechtfertigt halte, daß er dem Feldzuge des Kurfürsten nichts in den Weg legen werde, nur müsse den Kaiserlichen der Durchmarsch durch die clevischen Lande nach Flandern versagt bleiben.

Der Kurfürst hatte, als er mit der Armee nach Holstein aufbrach, Herrn Blondel wissen lassen, daß er vorziehen müsse, seine Begleitung

zu entbehren, „weil der Kaiser große Jalousie darob nehmen möchte", und der eitle Mann, der nur zu gern seinen diplomatischen Verdiensten Triumphe persönlicher Liebenswürdigkeit hinzugefügt hatte — die Acten sprechen von einer bedenklichen Scene im Garten zu Königsberg — schied mit der Drohung, Frankreich werde zwischen Polen und Schweden Frieden machen mit Ausschließung des Kurfürsten.[1]) Mazarin sandte ihn nach Constantinopel.

Nach Brand's Berichten war Frankreich nichts weniger als in der Lage, ernste Besorgniß zu erregen. „Der Cardinal hat kein anderes Interesse, als daß dem Kaiser so viel Arbeit als möglich zugeschnitten werde, damit er nicht Hülfe nach Flandern sende. Man droht zwar dem Kaiser und allen, die ihm wegen Flandern Zuschub leisten werden, alles Schlimmste, aber dazu gehören große Mittel, die man lieber anderweitig verwendet. In Italien hat der Cardinal den Herzog von Modena verloren und Savoyen ist im Begriff abzuspringen. In Catalonien und gegen Portugal steht Spanien vortrefflich; in Flandern geht es zwar den Spaniern übel, aber sie haben noch eine starke Reiterei, und das Bündniß mit England ist seit des Protectors Tod nicht mehr so fest als früher; dazu kommt daß 5000 Engländer soviel zu unterhalten kosten wie 15000 Franzosen oder Deutsche; und die Franzosen müssen da, weil die Engländer zur See und fast der französischen Häfen Meister sind, um so mehr die Oberhand zu Lande zu behalten suchen; so ist die Verbindung mit England die Ursache, daß beide französische Armeen, die von Turenne und Laferté, in Flandern bleiben müssen; endlich ist die Stimmung in verschiedenen Provinzen Frankreichs so schlimm, daß man jeden Tag den Aufstand fürchten muß, zumal wenn das Kriegsblatt sich wenden sollte."

Für den Augenblick war kein Anlaß, Frankreich zu fürchten; und

---

1) Nach einem Schreiben an die Königin von Polen, Flensburg, 1. Nov. 1658: les Suédois commencent à s'en vanter et se resjouir d'avoir réussi en leur practique ordinaire de séparer les Alliez.

wenn der Cardinal gegen Brand äußerte, der Kurfürst müsse es ihm hohen Dank wissen, daß er die von Pfalz Neuburg und Schweden gesuchte Allianz zurückgewiesen habe (9. Nov.), so lag darin kein Motiv, das bisherige Verhalten zu ändern. Brand wurde beauftragt, dem Cardinal des Weiteren darzulegen, daß die Waffen gegen Schweden nur zur Vertheidigung ergriffen seien, und daß Schwedens Vorhaben sich mit dem Interesse Frankreichs durchaus nicht reime; da Brandenburg zu diesem Kriege „mit Gewalt genöthigt sei", so könne Frankreich den Schweden keine Hülfe leisten noch sie dem Kurfürsten versagen; „der Cardinal wird leicht beurtheilen, daß er uns andern Falls Anleitung geben würde, uns weiter von ihm zu trennen, und uns mit denen fester zu engagiren, die ihm nicht so gar genehm sein möchten"; gegen die Hülfe des Kaisers in Flandern habe der Kurfürst seine Stimme geltend gemacht, aber wenn den Schweden von Frankreich Unterstützung käme, so werde er nicht gegen sein eigenes Interesse handeln und diejenigen zurückweisen, die sich seiner mehr annehmen als Frankreich; den rheinischen Bund mißbillige er eben darum, weil er die Schweden in ihren Desseins unterstütze.

Man sieht, wie der Kurfürst, in Allianz so gut mit Oestreich wie mit Frankreich, zwischen beiden seines eigenen Weges geht. Denn mit solchen Allianzen ist er keineswegs gemeint in des Alliirten politisches System übergegangen zu sein; er ist dem einen und andern so weit verbündet, als der Vertrag die Punkte des gemeinsamen Interesses ausdrücklich bezeichnet, genau so weit und keinen Schritt weiter; und indem er jede Consequenz, die der Alliirte nach seinem Interesse geltend zu machen sucht, als „ein novum" abweist, behält er in Allem, wozu er sich nicht ausdrücklich verpflichtet hat, „die freie Hand", nach seinem politischen System zu verfahren.

So läßt er jetzt trotz Frankreich die Schweden das Gewicht seiner Waffen fühlen; freilich im Bunde mit Oestreich, aber mit Nichten, um die Herstellung der alten spanisch-östreichischen Politik zu fördern; freilich im Bunde mit Polen, aber die Sicherstellung der Evangelischen in der Re-

publik ist unter den Wirkungen dieses Bündnisses, und die Souveränetät Preußens hat ein durchaus deutsches Land von der slavischen Herrschaft frei gemacht; freilich im Bunde mit Holland, aber wenn der Dänenkönig den Zoll von Glücksstadt an die Staaten verpfänden will, so wird brandenburgischer Seits dagegen Einspruch erhoben, damit nicht der Elbhandel unter die Willkühr holländischer Tarife verfalle. Und am Hofe des jungen Protektors läßt der Kurfürst auch auf das Verfahren der Schweden gegen den Herzog von Kurland aufmerksam machen: sie hätten die von der Herzogin eingerichtete reformirte Gemeinde völlig zerstört, sie hätten überall nach nichts mehr getrachtet, als die Reformirten zu vertilgen; er hoffe, der Protector werde das Wohlwollen, das sein Vater dem Herzog immer gezeigt, dem empörend behandelten Fürsten bewähren.[1]) Mit Dänemark ist ein neuer festerer Vertrag eingeleitet, aber dem Herzog von Gottorf, dem man in Kopenhagen gern das Schicksal des Kurländers gegönnt hätte, hat ein Vertrag die Souveränetät gesichert, die ihm in Roschild ausbedungen worden; der schleswig-holsteinischen Exspectanz des Hauses Brandenburg, an die man in den Verhandlungen mit anderen Höfen wohl erinnert, wird in den Verträgen mit Dänemark mit keiner Sylbe erwähnt, obschon die Bedrängniß Dänemarks wohl dazu hätte dienen können, diesen alten Ansprüchen neue Bedeutung zu geben.

„Was sind Rhein, Weser, Elbe, Oderstrom anders als fremder Nationen Gefangene? was ist unsere Freiheit und Religion mehr als daß andre damit spielen?" Wenn es ein gemeinsames deutsches Interesse war, dem Schaden und der Schande solcher Abhängigkeit ein Ende zu machen, so war die brandenburgische Politik auf dem Wege dazu. Ihr

---

1) So die Weisung an Weimann, Flensburg, 1. Nov. 1658; es ist in der Zeit, wo der Agent Schlezer beseitigt wird, nicht bloß seiner Schulden wegen, sondern weil er im Verdacht ist, für die Schweden thätig zu sein, in deren Dienst er demnächst tritt. Dieser weitläufige Handel mit Schlezer ist mir namentlich aus seinen Papieren bekannt, die sich in der hamburger Bibliothek befinden.

eigenstes Interesse fiel mit dem Deutschlands zusammen; jeder diplomatische oder militärische Erfolg, den sie gewann, kam der deutschen Sache, dem in aller Zerrissenheit doch Gemeinsamen des deutschen Wesens zu Gute. In der Hofburg zu Wien war die Pflicht des Reiches nur die Maske des halb deutschen, halb undeutschen Wesens der östreichischen Macht; am mainzer Hofe und in der rheinischen Genossenschaft hatte man nur die Phrase der deutschen Politik. Im Hauptquartier des Kurfürsten war ihr Schwerpunkt und ihre Zukunft.

Der Krieg in Jütland.

Die Kriegführung dieser Zeit hat ihre besondere Art. Sie ist eine Verbindung des Festungskrieges, den die Oranier im Kampf für die Unabhängigkeit der Niederlande bis zur Meisterschaft entwickelt hatten, und jener Form, die dem langen deutschen Kriege seinen furchtbar verheerenden Charakter gegeben hatte; man könnte sagen, des Occupationskrieges. Denn er war darauf gewandt, des Gegners Lande zu besetzen, so gründlich als möglich auszubeuten und auszusaugen, mit ihren Mitteln die eigene Macht zu nähren und zu mehren, den ausgematteten Gegner zu erdrücken. Das militärische Genie Gustav Adolphs hatte ein neues Moment hinzugefügt, das dann die Banner, Bernhard von Weimar, Torstenson entwickelten: das der kühnen, strategisch entscheidenden Bewegungen, der niederschmetternden Plötzlichkeit. Das Geheimniß der schwedischen Siege lag in dem, was Friedrich der Große einmal „das stolze Vorrecht der Initative", genannt hat. Immer dem Gegner um allen Vortheil des Angriffs voraus, hatte die schwedische Armee mit der stolzen Zuversicht des Sieges zugleich das große Reizmittel reicher Beute in dem Lande des überrannten Gegners. Vor allem das war es, was tausende aus allen Ländern den Schweden zuführte; denn „alles läuft dem zu, der offensive gehet." [1])

1) Sparrs Gutachten vom August 1658.

Karl Gustav hat diese Art der schwedischen Kriegführung bis zur höchsten Virtuosität ausgebildet. Die Welt war voll Staunens über seine unermeßlichen Erfolge; nichts schien ihm unerreichbar, niemand im Stande ihm zu widerstehn; es schien das Recht eines solchen „heroischen" Geistes, sich über alle Bedenken der Politik und Moral hinwegzusetzen und mit seinem Schwert zu entscheiden, was gelten solle und was nicht.

Aber er durfte nicht aufhören zu siegen; mit dem Nimbus der Unüberwindlichkeit wäre nicht bloß der beste Theil seiner Macht, es wäre auch die Rechtfertigung seiner wilden Politik geschwunden, und die enttäuschte Meinung der Welt hätte sich mit ekler Abkehr für die Verirrung ihres Urtheils gerächt.

Selbst dem Rückzug aus Polen hatte Karl Gustav die Gestalt einer neuen Offensive zu geben verstanden; und das musterhaft organisirte System schwedischer Lohnschreiberei, das in Königsberg und Elbing, im Haag und in Frankfurt zugleich thätig war [1]), sorgte dafür, daß sich die ehrbare Welt mit immer neuer Bewunderung, und der schwedische Soldat mit dieser Bewunderung immer von Neuem berauschte. Und als sich „der zürnende Löwe" zum zweiten Sprung gegen Dänemark erhob, sich auf Kopenhagen stürzte, da hieß es: „das ist die Gerechtigkeit der schwedischen Waffen, eines rechten Königs Dräuen ist wie der Zorn eines Löwen." [2])

Aber der Ueberfall war mißlungen; der König begann eine Belagerung, in der ihm der wachsende Widerstand einer erbitterten Bürger-

1) Diese Angaben sind aus Lucas de Gabriis Schrift Injustitia armorum Suecicorum p. 46: quae vero talium peritior gens Suecis .... quem ad usum ingeniosos nugigeros peculiari sumtu Regiomonti potissimum et Elbingae alunt .... qui proelo continuo affixi infinitis nugis scite confingendis et per orbem disseminandis incumbunt. Daß in Frankfurt der Meriansche Verlag, in Helmstädt Conring, in Schweden selbst die Loccenius, Scheffer und andere Deutsche thätig waren, habe ich anderweitig nachgewiesen.

2) So in der recht charakteristischen Schrift: Gespräch über den Zustand der Stadt Danzig 1658; wie denn überhaupt solche Tagesschreibereien den atmosphärischen Druck der mitwirkenden Stimmungen erkennen helfen.

schaft, einer patriotisch entflammten Jugend, eines zum Aeußersten entschlossenen Königs entgegentrat. Durch den Sieg der holländischen Flotte, durch die Zufuhren, die sie brachte, hatte die Stadt wenigstens nothdürftig Lebensmittel und Feuerung, sich den Winter durch zu halten.

Und inzwischen war Holstein, Schleswig, Jütland verloren, es war die Verbindung mit Bremen und Verden durchschnitten, die mit Wismar, Pommern, Preußen, Kurland höchst unsicher, der König mit dem besten Theil seines Heeres in Seeland und Fünen abgeschnitten, sobald es dem holländischen Admiral gefiel, die Schlinge zuzuziehen.

Karl Gustav rechnete darauf, daß England den Holländern solchen Vorsprung nimmermehr gestatten werde; er bot dem Protector von Neuem die Abtretung seiner und der dänischen Weserlande. Aber die Verhandlungen in London zeigten, daß der schwächere Richard Cromwell noch weniger als sein Vater zugreifen, daß er die Vernichtung Dänemarks nicht gutheißen werde.

Allerdings darauf ging Karl Gustavs Plan; wenigstens die Inseln schien er für immer der Krone Schweden einverleiben zu wollen; Seeland, Fünen, Falster, Langeland schloß er mit einer Festungskette zusammen, welche mit Landskrona an Schonen gebunden war. Aber er mußte Kopenhagen haben, da den Frieden dictiren, bevor das Meer wieder offen war. Anfang Februar waren die Vorbereitungen zum entscheidenden Sturm fertig.

Er wurde am 18. Februar begonnen; dem ersten mißlungenen Versuch folgte ein zweiter, dritter; trotz ungeheurer Anstrengungen gelang nichts. Das entscheidende Unternehmen war gescheitert.

Warum ließ Karl Gustav nun nicht seine bedeutende Streitmacht in Fünen nach Friedrichsödde übergehn, die lästigen Alliirten aus der Halbinsel zu jagen? warum ergriff er nicht von Pommern aus, oder an der Weichsel die Offensive?

Er hatte wohl Pläne der Art. General Würtz hatte von Stettin aus einen Versuch gemacht, die Elbfeste Dömitz zu überrumpeln; dann

wäre der Weg nach Magdeburg, ins Bremische offen gewesen; dann, wenn die Alliirten, in ihrer Rückzugslinie bedroht, unsicher wurden, hätte auch das Vorbrechen von Friedrichsödde aus, desto leichteren Erfolg gehabt; und das Regiment Osten in Tönningen war in aller Stille noch in schwedischer Pflicht, der Herzog von Gottorf, der jetzt dort residirte, hing trotz der Neutralität an der Sache seines königlichen Schwiegersohns; mit einem Schlage hätte sich hier alles gewandt. Aber der Anfall auf Dömitz war mislungen.[1])

Sofort hatte der König andre Befehle an General Würtz gesandt. Sie waren aufgefangen worden; sie zeigten, daß der Plan sei, in die Marken einzubrechen, sich dort einzulagern. Der Statthalter in Berlin, Graf Dohna, hatte Zeit, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen und sich mit de Souches, der ein kaiserliches Heer in Schlesien sammelte, in Verbindung zu setzen.

Dann war General Würtz unerwartet mit einem „fliegenden Corps" von 2500 Reutern aus Stettin aufgebrochen, nach Preußen zu gehen; er hatte am Tage seines Abmarsches (1. Febr.), der Regierung in Colberg angezeigt, daß er in aller reichsconstitutionsmäßigen Weise durch des Kurfürsten Gebiet ziehen werde. Die Regierung hatte an demselben Tage ihre Proteste und die Erklärung, daß ein Durchmarsch für Reichsfriedensbruch gelten und gehörigen Orts angebracht werden müsse ihm zugesandt.

Aber Würtz zog hindurch. Man war im Hauptquartier Viborg nicht ohne Sorge um Preußen; man fürchtete, daß auch Douglas aus

1) Daß des Herzog Christian von Meklenburg „hochrühmliche Wachsam- und Vorsichtigkeit" diesen Ueberfall auf Dömitz vereitelt hat, sagt des Kurfürsten Schreiben an ihn, Riepen, 4. (14.) Jan. 1659 und ähnliche Schreiben an den Kaiser und die Kurfürsten. Die schwedische Erklärung vom 4. (14.) Juli 1659, die der Reichsdeputation übergeben wurde, läugnet das Factum. (Theatr. Eur. VIII. p. 970.) Daß das ostensche Regiment in schwedischem Eid geblieben, lehrt des Herzogs von Gottorf aufgefangener Brief vom 12. Febr. 1660, worüber sich ein langer Handel entsponnen hat. Uebrigens war Osten ein brandenburgischer Vasall, lange im Dienst und am Hofe des Kurfürsten gewesen.

Kurland sich dahin ziehen, daß der Prinz Generalissimus einen Schlag gegen Königsberg versuchen werde. Aber Radzivills Bitte, Hülfe aus Jütland nach Preußen zu senden, wurde zurückgewiesen; es schien nothwendig, hier mit ungeschwächter Macht dem Feind auf dem Nacken zu liegen. 1)

Auch von Friedrichsödde aus versuchten die Schweden durchzubrechen. Ein erster Ausfall wurde glänzend zurückgewiesen. Man hätte die Festung erstürmen können; der Kurfürst fand es besser, daß der Feind dort bleibe, „weil er da alle Zeit etliche tausend Mann halten muß, die durch Mangel und täglichen Dienst zu Grunde gerichtet werden"; Fünen konnte er dann um so leichter nehmen, „dann, so schrieb er (19. Febr.) nach dem Haag, hoffe ich bald vor Kopenhagen zu sein; wenn nur erst die versprochenen Schiffe hier sind, so hoffe ich in einem Monat mehr zu schaffen, als es sonst in einem Jahre geschehen möchte." 2)

Die Nachrichten aus dem Haag ließen keinen Zweifel, daß demnächst eine Verstärkung der Flotte unter de Ruyter nach dem Sund gehen werde, und dessen Name bürgte für entschiedene Maaßregeln. De Witte hatte versichert: „man werde festhalten und die Parthei nimmermehr verlassen; ihm selbst scheine es ein Wunderwerk, wie alle einig seien und bereitwilliger zahlten, als es je zu Zeiten der Prinzen von Oranien, bei aller ihrer Autorität, geschehen sei." Mit höchstem Eifer, selbst Sonntags wurde an der Ausrüstung von 42 Kriegsschiffen und 60 Flüten im Texel gearbeitet.

Mit Besorgniß sah Cardinal Mazarin die Gefahr Schwedens;

---

1) Kriegsrath in Viborg, 1. März 1659. Die Polen seien dort 20 bis 30000 M. stark, die Kaiserlichen 3000 Reuter, der Kurfürst habe in Preußen gleichfalls 2000 Reuter, so daß ein Corps von 5000 deutschen Reutern zusammengesetzt werden könne; sie hätten da keinen andern Feind als den Pfalzgrafen, der gewiß nicht über 3500 Reuter (außer den Besatzungen) stark sei; sollte mehr Hülfe nöthig sein, so sei ja ein kaiserliches Heer in Schlesien zusammengezogen.

2) Schreiben des Kurfürsten an die Princessin Hoheit, Viborg 9. (19.) Febr.

mehr noch beunruhigte ihn, daß sich in der Verbindung Oestreichs mit Brandenburg eine deutsche Macht darstellte, die trotz der rheinischen Allianz den andern Garanten des Friedens von 1648 matt zu setzen im Begriff stand. Eben jetzt hatte Spanien sich bereit erklärt, die Bedingung zu gewähren, die zwei Jahre vorher Frankreich als diejenige bezeichnet hatte, für welche es den Frieden blindlings unterzeichnen wolle, die Hand der ältesten Infantin für den jungen König Ludwig XIV. Es war dieselbe Infantin, die dem zu früh verstorbenen König Ferdinand IV. bestimmt gewesen war, die man in Wien für Kaiser Leopold ausersehen hatte, um die alte Verbindung der beiden Linien des Hauses zu festigen; und noch hatte die Krone Spanien keinen Infanten, des Königs zweite Ehe seit 1649 war kinderlos. Es war zu erwarten, daß Oestreich alles aufbieten werde, es nicht zu diesem Frieden kommen zu lassen, mit dem Spanien von der östreichischen zur bourbonischen Familienverbindung übertrat, mit dem auf Frankreich dasselbe Recht der spanischen Erbschaft überging, das vor anderthalb Jahrhunderten die Größe des Hauses Habsburg begründet hatte. Noch lagen die Dinge so, daß mit raschen und kühnen Zügen der französischen Politik ihr Spiel verdorben werden konnte. Für sie war schon der Tod des alten, mächtigen Protector ein schwerer Schlag gewesen; die Führung Englands wurde loser und weicher; die Miserfolge Karl Gustavs trafen Frankreich fast so schwer, wie Schweden selbst; die neuen Rüstungen Hollands drohten den nordischen Dingen ein rasches Ende.

Man war am Kaiserhofe voll Zuversicht; der Kaiser, hieß es, rüste mit aller Macht, 10,000 Mann für den Krieg in Flandern, 6000 M. für Italien, trotz der beschwornen Capitulation, er habe sich im Voraus von den Jesuiten seines Eides entbinden lassen[1]); ein drittes Heer war schon in Schlesien zusammengezogen; daß ein Einfall nach Pommern beabsichtigt werde, war kein Zweifel.[2])

1) So Desnoyers Schreiben aus Warschau, 16. April 1659.
2) Memorial von Montecuculi, 29. April 1659 eingereicht. Cf. Puf. VIII. 16.

Mazarins Aufgabe war nicht leicht; sie war nicht ohne seine Schuld jetzt schwerer, als sie noch vor wenigen Monaten gewesen war. Er hatte auch nicht einmal seinen Einfluß auf Schweden benutzt, des Königs gewaltsames Verfahren gegen Polen, gegen Dänemark zu mäßigen; er hatte es geschehen lassen, daß auch Holland und Brandenburg, die mit einiger Behutsamkeit in der mittlern Linie zu halten gewesen wären, auf die Seite Oestreich treten mußten. In dieser großen Bundesgenossenschaft fühlte sich der kaiserliche Hof stark genug, den Kampf aufzunehmen; sie mußte Mazarin zu sprengen, er mußte Holland, Brandenburg abzuziehen, den Norden zu beruhigen suchen, um Karl Gustavs Hand gegen Oestreich frei zu machen.

Gegen Holland setzte er den Hebel in London ein. Dort war die Stimmung, noch „voll Neid und Bitterkeit" über die Schlacht im Sund, über die neuen Rüstungen Hollands sehr aufgeregt; sie forderte Frieden mit Spanien, Krieg mit Holland. Der Antrag Frankreichs, zu verhüten, daß Schweden nicht unterdrückt werde, zündete; drei Tage lang debattirte das Parlament darüber; vergebens erschien der holländische Gesandte an das Barre des Hauses, sich zu beschweren, daß der Protector ihm Audienz verweigert habe, darzulegen, daß die holländische Rüstung nicht gegen Schweden gemeint sei.[1]) Es gelte, sagte man ihm, die wahre protestantische Sache zu handhaben und die Gerechtigkeit in einer gerechten Sache zu schirmen; Holland und Brandenburg hätten sich dergestalt mit dem Hause Oestreich verknüpft, als wenn sie gleichsam die reformirte Religion abgeschworen und sie ferner zu vertilgen entschlossen seien. Es wurde beschlossen, dem Protector die Direction der Flotte in soweit zu übergeben, als nöthig sei, der englischen Nation Ehre und Respect zu manuteniren. In der letzten Märzwoche segelten 36 Schiffe und zwei Brander, unter dem Admiral Montague, nach dem Sund.

---

1) Nach einem Bericht von Copes, Haag, 19./9. März 1659 und Nieupoorts Schreiben aus London, 14. März in de Wittes Brieven III. p. 567 ff.

Im Haag erklärten Frankreich und England, daß sie entschlossen seien, dem Kriege der beiden nordischen Kronen ein Ende zu machen; sie forderten die Staaten zur Mitwirkung auf, die ja gleich ihnen und mehr noch als sie den baltischen Frieden wünschten müßten. De Witte konnte nicht zweifeln, daß beide Mächte einig seien; die Eile Englands erschreckte ihn; das Erbieten gemeinsamer Mediation schien ihm den einzig möglichen Ausweg zu zeigen; er erbot sich, mitzuwirken, daß die Lage der Dinge, wie sie der Friede von 1645 bestimmt, hergestellt würde. Die beiden Mächte beharrten dabei, daß der Friede „auf den Fuß und nach dem Wortlaut des roschilder Friedens" zu fordern sei.

Die englische Flotte war bereits im Sund (19. April), während noch im Haag verhandelt wurde; mit den 24 Orlogschiffen, die Karl Gustav in Landskrona hatte, war sie der Flotte Wassenaers weitaus überlegen. Sobald die Nachricht, daß Montague im Sund sei, nach dem Haag kam, erhielt de Ruyter Befehl, sobald irgend der Wind es gestatte, auszulaufen; es wurde eine außerordentliche Gesandtschaft nach Kopenhagen beschlossen (28. April), dem König anzuzeigen, daß eine Flotte und 4000 Mann ihm zu Hülfe kommen würden, „zur Abwehrung der befürchteten Oppression", daß er ausharren möge.[1]) Aber die „Pacificationscabale" hatte besser gerechnet; der Wind hinderte das Auslaufen der Flotte noch fast vierzehn Tage; schon zog England auch die Zugeständnisse zurück, die es in Aussicht gestellt hatte; Wassenaars Flotte konnte von der Uebermacht erdrückt sein, ehe de Ruyter im Kattegat war. Es blieb nichts übrig, als dem Projecte Englands und Frankreichs beizutreten.

Am 21. Mai wurde das haager Concert unterzeichnet, in dem die drei Mächte sich verpflichteten, den Frieden im Wesentlichen auf Grund der roschilder Tractaten herzustellen, wenn er in drei Wochen, nach

---

1) Dieß Datum entnehme ich aus Aitzema IX. p. 400 und den höchst scharfen Vorhaltungen, die Marwitz demnächst dem außerordentlichen staatischen Gesandten in Kopenhagen macht, (Schreiben vom 7. (17.) Juni). Bei Londorp und im Theatr. Eur. sind falsche Angaben.

Ankunft de Ruyters, nicht geschlossen sei, sich jeder Hülfe und Assistenz zu enthalten und sich weiterer Mittel zur Herstellung des Friedens zu verständigen. In Betreff Brandenburgs wurde bestimmt, daß der Kurfürst, wenn er in sechs Wochen seinen Beitritt erkläre, in allen seinen Rechten und Besitzungen garantirt sein, auch zu den Verhandlungen zugelassen werden solle, um seine particularen Interessen wahrzunehmen. Ein besonderer Artikel des Vertrages fügt hinzu, daß die drei Mächte sich auch bemühen würden, den Frieden zwischen Polen und Schweden herzustellen, doch so, daß der dänische Friede dadurch weder bedingt noch aufgehalten werden solle.[1])

Mit diesem haager Concert war die Lage der Dinge völlig verrückt. Es war klar, „daß alles zum Besten der Schweden abgesehen sei"[2]); nur in einem Punkt, auf den Karl Gustav das größte Gewicht gelegt hatte, trat das Concert auch ihm zu nahe: das baltische Meer sollte fremden Flotten nicht geschlossen sein.

Das Concert bestimmte, daß während der drei Wochen Frist die englische wie die staatische Flotte unthätig bleiben, weder Kopenhagen schützen oder alliirte Truppen übersetzen, noch den Schweden hülfreich sein solle. Das hieß die Lage Dänemarks um so viel verschlimmern, als es bisher auf die Unterstützung Hollands sich verlassen hatte.

Es schien unzweifelhaft, daß König Friedrich, so von Holland verlassen und der Pression der drei Mächte preisgegeben, den Particularfrieden werde annehmen müssen. Und dann folgte der mit Polen von selbst; dort war das Mistrauen und die Erbitterung gegen die Kaiserlichen allgemein; man meinte, sie lägen nur im Lande, um die nächste

---

1) Ueber den Gang der Verhandlungen, die zum Concert führten, liegen mir besonders die Berichte von Weimann und Copes vor, denen freilich die Dinge zum Theil entstellt mitgetheilt wurden. Der sächsische Gesandte in Kopenhagen, v. Kötteritz, schreibt 28. Mai: „es scheint wohl, daß beide Könige in arbitrium extraneorum verfallen werden . . . ist auch eine besondere Manier Frieden zu tractiren." (Dresd. Arch.)

2) Schreiben des Kurfürsten an Dietrich v. d. Marwitz in Kopenhagen Viborg, 20. (30.) April.

polnische Königswahl für Oestreich zu sichern; selbst die Königin neigte sich der Politik Frankreichs zu, an das sie so viele persönliche Interessen knüpften.

Für Brandenburg hatte freilich das Concert einige Fürsorge getroffen; aber als mitpaciscirende Macht wurde es nicht angesehen; der Kurfürst war für die Zukunft, so weit Frankreich ihn nicht zu decken für gut fand, den Insolentien Schwedens preisgegeben.

Zweierlei war klar, einmal, daß die Herren Staaten theils aus Furcht vor England, theils um ihren „Kaufhandel" nach der Ostsee sicher zu stellen, sich in eine „Absurdität" hatten verwickeln lassen, die bei Freund und Feind ihre Achtung tief sinken machte; hatten sie doch de Ruyter mit Instructionen ausgeschickt, die denen Wassenaars widersprachen, ohne diese zu ändern[1]); und den Alliirten erklärten sie: nach den drei Wochen seien sie, wie England, befugt, für die Parthei einzutreten, die sie vorher gehalten. Es war der größte Gewinn für Frankreich, die staatische Macht diplomatisch und moralisch matt gesetzt zu haben.

Sodann eben so klar war, daß das Concert seine Spitze gegen den Kaiser kehrte, dessen es mit keiner Sylbe erwähnte.[2]) Es wurde die Meinung verbreitet, als wenn Oestreich allein den europäischen Frieden gefährde, als wenn jeder, der nicht gegen Oestreich mit schreie und mit helfe, Verrath an der öffentlichen Sicherheit Europa's übe, als wenn Schweden in möglichster Stärke erhalten werden müsse, um den petulanten Ehrgeiz des Kaiserhofes von Norden her in Schranken zu halten, wie Frankreich von Westen her mit so vieler Selbstverleugnung thue.

Und nun nahm Mazarin die deutschen Verhältnisse in einer Weise

---

1) So Aitzema p. 433. Wassenaar soude moeten stillstaen, ende hy soude blyven geconjungeert met de Densche. Ende Denemarck soude self niet wi stillstaen, sijn Geallieerde ook niet. Elck soude seggen: tu mihi turbas aqua

2) Sed de Austriacis altum silentium. Kötteritz, 13./23. April. (Dresd. Archiv.)

in die Hand, die deutlich zeigte, wie er daran war, die letzte Masche seines Netzes zu schürzen, Europa diplomatisch zu beherrschen.

Er hatte im Reich den Deputationstag und den rheinischen Bund. Freilich, die Deputation war höchst unvollständig, aber sie behauptete, in aller Form Rechtens zu bestehen; sie hielt Sitzungen, faßte Beschlüsse, sie protestirte gegen die kaiserliche Berufung der Deputirten nach Regensburg. Bei ihr überreichte der französische Gesandte Gravel Namens seiner Krone ein Ersuchen, die vom Kaiser gebrochene Capitulation zu schützen und gegen die für Spanien bestimmte Hülfsleistung zu protestiren. Und die Reichsdeputation richtete, „sich vor schwerer Verantwortung zu verwahren“, ein eindringliches Abmahnungsschreiben an den Kaiser (18. April).

Dem zur Seite gingen die Verhandlungen des rheinischen Bundes, die, um dem Kriegstheater näher zu sein, seit Ausgang Januar in Hildesheim gehalten wurden. Da proponirte Kurmainz, „die Völker zu Fuß und zu Roß sofort zusammenzuziehen, eine Generalsperson zu erneunen“. Besonders Cöln und der Pfalzgraf von Neuburg waren voll Eifer, letzterer nicht ohne die Hoffnung, mit dem Generalat des Bundes betraut zu werden.[1]) Schon waren von Seiten Frankreichs 52 Cornet Pferde auf dem Marsch zum Rhein; sie mit den cölner und neuburger Truppen bildeten ein Corps von 12,000 Mann. Der französische Gesandte im Haag sagte zu Weimann: man werde den Durchzug der Kaiserlichen nach Flandern nicht gestatten, man wisse, daß sie den Marsch über Ruhrort nehmen sollten, man werde ihnen dort zuvorzukommen wissen.

Freilich, ob die Deputation, der rheinische Bund bis zu activer

1) Diesen Verhandlungen (Th. Eur. p. 1014) ging eine Sendung Tornows an die braunschweigischen Herren voraus, dessen Bericht über seine vergebliche Sendung die Situation klar macht. Auch ein kaiserlicher Gesandter, Obrist Knie, erschien, forderte, da die Allianz pro imperio sein wolle, auch das caput imperii aufzunehmen. Die Herren foederati feierten ihren tapfern Bund mit einem Gastmahl, bei dessen Ende sie die Degenspitzen in einen Becher mit Wein tauchten und vivat unio riefen, und ein blinder Bettelmönch, der zugegen war, rief auch vivat unio et ne sit vinea. So erzählt Weimanns Journal, 17. Febr. 1659.

Feindseligkeit gegen den Kaiser mitgehen werde, mußte dem Cardinal sehr zweifelhaft erscheinen; weder die Staatsmänner von Mainz, noch die Hessen, die Braunschweiger hatten Lust, über reichspatriotische Phrasen hinauszugehen; und so lange weder Kursachsen noch Kurbaiern, noch selbst Kurpfalz sich dem „Unfug in Frankfurt" zuwandten [1]), war der Gewinn aller dieser französisch-schwedischen Umtriebe nur die Lähmung des Reichszusammenhanges, an dem nicht viel mehr zu lähmen übrig war. Nicht der Reichszusammenhang, sondern das Bündniß Brandenburgs mit dem Kaiser gab der Welt die Empfindung, daß politisch Deutschland noch da sei; und wenn jüngst der östreichische Volmar in Frankfurt geäußert hatte, „das Reich werde nicht eher Ruhe haben, als bis die Schweden aus den Grenzen des Reichs vertrieben und hinter ihre Scheeren zurückgedrängt seien, und daß nun die Zeit sei, dies ins Werk zu richten" [2]), so war damit genau das Interesse bezeichnet, das Brandenburg mit Oestreich verband, und in dem Dänemark und Polen zu ihnen standen.

Mazarin erkannte sehr richtig, daß Brandenburg der zusammenhaltende Schlußstein dieser Verbindung sei, in der es zugleich militärisch eine hervorragende Stellung hatte. Für das Interesse Frankreichs schien nichts wichtiger als den Kurfürsten, in ähnlicher Weise wie es mit Holland geglückt war, „aus seinem Concept zu bringen".

In derselben Zeit, da im Haag die Intrigue zu jenem Concert angesponnen wurde, begann der Cardinal seine diplomatischen Batterien gegen Brandenburg spielen zu lassen.

Er äußerte Anfang März gegen Brand: die Schweden seien allerdings zu rücksichtslos gegen den Kurfürsten verfahren, der Kurfürst habe allen Grund, ihnen zu mistrauen; aber sei nicht Frankreich in derselben

---

1) Schreiben des Kurfürsten an Kursachsen, d. d. Feldlager gegen Fünen 20. Juni 1659. (Dresd. Arch.)

2) Aus dem schwedischen Memorial vom 4./14. Juli 1659 u. a. abgedruckt in Theatr. Eur. p. 970.

Lage? freilich, Brandenburg müsse Karl Gustav „als Usurpatoren" fürchten, während Frankreich sich nur zu beklagen habe, daß es von seinen ambitiösen Plänen keinen Gewinn habe; aber der Kurfürst werde besser thun, eben so wie Frankreich, ein Auge zuzudrücken, als noch einmal alle seine Interessen aufs Spiel zu setzen; Frankreich sei zu jeder Unterstützung des Kurfürsten bereit, aber nicht, um damit dem Vortheil Oestreichs zu dienen.

Der Cardinal hatte zugleich geäußert, daß demnächst ein Gesandter in des Kurfürsten Hauptquartier abgehen solle. Ohne zu fragen, ob es erwünscht sein werde, kündigte er dessen Ankunft bei Schwerin an, schrieb zugleich dem Kurfürsten: er könne nicht unterlassen, ihm im Allgemeinen zu sagen, daß, wenn er eine ernste Erwägung seiner wahren Interessen machen wolle, er finden werde, daß sie niemals in besserer Sicherheit sein würden, als unter der Protection und der Freundschaft der Krone Frankreich; Se. Kf. D. werde diese Wahrheit erkennen, wenn er den Versuch machen und die alten Maximen seines Hauses wieder aufnehmen wolle, von denen er sich ein wenig entfernt habe.[1])

Der Cardinal wählte zur Sendung an den Kurfürsten einen deutschen Publicisten, der dafür bekannt war, noch mehr Stirn als Geist zu besitzen[2]), der in der Zeit der Wahlhandlung einige Flugschriften veröffentlicht hatte, in denen die deutschen Höfe mit großer Insolenz beurtheilt waren. Dieser Johann Frischmann, erst Rath am Hofe zu Möm-

1) dont Elle s'est un peu detournée. Schreiben Mazarins vom 28. Febr. Eben so in dem sehr schmeichelhaften Schreiben Mazarins an Schwerin: comme ce n'est que par quelque violence, que la fortune luy a faite, qu'il s'est un peu mis à l'escart du chemin qui ses pères ont tenu et de l'inviolable liaison qu'ils ont eue avec la France — l'estime que ses ministres fidèles et éclairés comme Vous estes le porteront toujours à y rentrer quand il le pourra faire avec honneur et avec sécurité.

2) Veit v. Seckendorf (in einem Briefe der Uttenhofschen Sammlung, in der hamburger Bibliothek, d. d. 29. Nov. 1657) spricht von hominis istius protervia . . . mihi sane qui sit Frischmannus ille cujusve rei gratia prostituet ingenium suum, parum notum et extra curas est . . . er hoffe ut larva detrabatur fumivendo isti.

pelgard, nun französischer Resident in Straßburg, erschien Anfangs April im Hauptquartier zu Viborg. Er überbrachte ein zweites Schreiben des Cardinals, ebenfalls vom 28. Februar, ganz in dem Sinn des frühern: der König, von dessen Freundschaft diese Sendung ein recht ausdrückliches Zeugniß sei, habe erwogen, daß, obschon der Kurfürst sich von seinen wahren Interessen ein wenig abgekehrt habe, nur unerwartete Umstände und gleichsam ein widriger Wind ihn von dem rechten Cours entfernt hätten; er sei überzeugt, daß derselbe nicht ungern sehen würde, den Hafen wiederzugewinnen, wenn er mit Ehre und Sicherheit zurückkehren könne; er beschwöre ihn, so schloß der Cardinal, die Sache in ernste Erwägung zu ziehen.

Der Cardinal hatte sein Maaß nach den Schilderungen genommen, die ihm seine Gesandten, die Terlon, Blondel, de Lumbres, von dem Kurfürsten und dessen Hof gemacht hatten; er mochte hoffen, mit diesem Ton väterlicher Ermahnung, wenn dann die geniale Frechheit Frischmann's hinzukam, dieselben Erfolge zu erzielen, die ihm an so vielen deutschen Höfen entgegengetragen wurden.

Der Kurfürst hatte schon vor Frischmann's Ankunft auf jene ersten Schreiben geantwortet (7. April), zunächst dankend für die so weise Beurtheilung seiner Lage, daß das Verfahren Schwedens ihn gezwungen habe, den Weg zu wählen, auf dem er sich jetzt befinde; „wenn seine Vorfahren die Maxime gehabt hätten, die Interessen anderer Fürsten der Erhaltung ihres eigenen Staates vorzuziehen, so gestehe er, daß er sich von derselben entferne; er fühle sich in seinem Gewissen gezwungen, die Länder, die er durch die Gnade Gottes besitze, zu vertheidigen, und sehe nicht ein, mit welchem Grunde er darüber von irgend jemand getadelt werden könne“[1]); es wäre an ihm, sich zu beklagen, daß er von Frankreich vernachlässigt sei, vier Gesandte des Königs nach einander

1) j'advoue, que je m'en esloigne me trouvant obligé en ma conscience de défendre les pays que par la grace de Dieu je posséde et en faisant cela je ne vois pas par quelle raison je pourrois estre blasmé de qui que ce soit.

hätten ihm dessen Hülfe zugesagt, ohne daß ihm deren im Geringsten zu Theil geworden; doch wolle er lieber die Versprechen dieser Herren für Courtoisien, die sie auf eigene Hand gemacht hätten, annehmen, als sagen, daß ihm der König sein Versprechen nicht gehalten habe.

Am 17. April war Frischmann in Viborg angekommen; man ließ ihn acht Tage warten, bevor er Audienz erhielt. Dann begannen die Conferenzen. Schwerin und Jena, die der Kurfürst damit betraut hatte, sparten dem Herrn keine Vorhaltung; er wieder kehrte vor Allem die Frage des kaiserlichen Hülfszuges nach Flandern hervor, er fand die mündliche Erklärung, daß der Kurfürst denselben nicht billige, ungenügend; er forderte nicht bloß, daß der Kurfürst seine Autorität dagegen interponire, sondern sich verpflichte, „wenn das nicht verfange, seine Macht dazu zu gebrauchen und es mit Gewalt zu hindern".

Eben in diesen Tagen kamen die bösen Nachrichten aus dem Haag, am 30. April die Artikel des Concertes, auf welche Holland abzuschließen im Begriff stehe. Frischmann wurde um so zudringlicher, er forderte jene Erklärung schriftlich[2]); als ihm nach einigen Tagen eine ziemlich leere Formel überreicht wurde, erklärte er: er habe erwarten dürfen, daß man sie französisch gebe, denn deutsch verstehe man an seinem Hofe nicht. Man erwiederte ihm: da er, ein Deutscher, in seines Königs Namen französisch schreibe, so würde ihnen nicht verdacht werden können, daß sie in deutscher Sprache geantwortet; doch würden sie künftig lateinisch schreiben und lateinische Antwort erwarten. Frischmann forderte, auch in die Erklärung aufzunehmen, daß, wenn der Kurfürst nicht im Stande sei, die wichtigen Pässe in seinem Lande am Rhein gegen die

---

1) mais j'ai toujours trop considéré la France pour luy vouloir rendre des reproches, moins encore de l'accuser qu'elle aye oubliée l'amitié ancienne de ma maison; j'aime mieux de prendre l'offre de dits ministres pour leurs propres courtoisies que de dire que l'on ne m'aye pas tenu les promesses.

2) Protocoll der Conferenz vom 13. Mai. Car autrement à n'en rapporter d'ici que de belles paroles on eustpeu se contenter ....

kaiserlichen Durchmärsche zu sichern, sein König selbst deren Sicherung zu übernehmen befugt sein solle. [1])

Man brach hier vorläufig die Conferenzen ab, da der Kurfürst im Begriff sei, nach Friedrichsödde zu marschiren, auch von allen Seiten der Abschluß des Friedens mit Spanien berichtet werde (17. Mai).

Nicht Frischmann und das französische Säbelrasseln am Rhein machte dem Kurfürsten Sorge, wohl aber die Wirkung des holländischen Abfalls auf die Entschlüsse in Kopenhagen, die Pression der englischen Flotte, die Erbitterung des polnischen Hofes gegen Oestreich. Er hatte im Haag in den allerstärksten Ausdrücken gegen das unglückliche Concert sprechen lassen. [2]) Je nackter der Zweck dieser unerhörten Form der Intervention hervortrat, Schweden zu decken und ihm allen Gewinn seiner brutalen Angriffe auf Dänemark und Polen zu sichern, als wenn es eine europäische Nothwendigkeit sei, daß Schweden weit über das Maaß der Verträge von 1648 hinauswachse, je eifriger Frankreich war, die Macht seines natürlichen Verbündeten gegen Deutschland zu mehren, und je ohnmächtiger sich Holland zeigte, die schlimmste Gefährdung des Gleichgewichts zu hindern, um so nothwendiger war es, das Aeußerste zu versuchen, damit Dänemark sich halte. An Kopenhagen mußte diese verhängnißvolle Politik der Westmächte scheitern, oder Schweden und Frankreich reichten sich in Deutschland die Hände.

Friedrich Wilhelm erkannte die ganze Größe der Gefahr. Um alles gern wäre er sofort nach Seeland gegangen; aber auf welchen Schiffen? Fünen lag dicht vor der Küste; aber auch zu dieser kurzen Fahrt hätte man des Schutzes von Kriegsschiffen bedurft, und die dänischen waren nicht zur Hand. Irgend etwas mußte geschehen; jener Marsch auf

---

1) après que le coup seroit fait et le mal irréparable, S. A. E. pourroit s'excuser sur ce qu' ayant une fâcheuse guerre sur le bras il n'avoit pas esté en sa puissance de l'empescher et payer Sa dite. Maj. seulement de ce qu'elle en estoit bien marrye.

2) Den höchst denkwürdigen Vortrag Weimanns vom 21. Mai 1659 theilt Aitzema XXIX. p. 418 mit.

Friedrichsödde war ein Zeichen, daß der Kurfürst nicht zu weichen gedenke.

Seit Wochen schon hatte die zusammengeschmolzene Besatzung die äußeren Werke aufgegeben und demolirt, sich auf das Castell am Meere zurückgezogen; nur dieß blieb noch zu nehmen. Am 24. Mai begann man die Laufgräben zu eröffnen; die Schweden warteten den Sturm nicht ab, sie zerstörten, was zu zerstören war, verließen am 26. Mai die Festung; ihre Schiffe führten sie nach Fünen über.

Länger als sonst blieben die Nachrichten aus Kopenhagen aus. Der Kurfürst hatte 25. April Marwitz angewiesen, sich auf das Aeußerste zu bemühen, daß es nicht zum Particularfrieden komme. War es doch geschehen?

Allerdings war König Friedrich auch jetzt noch entschlossen, nicht zu weichen. In der Audienz, in der der englische Gesandte ihm mittheilte, daß Schweden die angebotene Verhandlung anzunehmen Willens sei, hatte er erwiedert (8. Mai): er wolle sich lieber noch zehn Jahre belagern lassen, als einen roschilder oder Particularfrieden eingehen. Und bei dem Volk von Kopenhagen war der Eifer „über alle Beschreibung groß"; sie drohten den, der vom roschilder Frieden zu sprechen wagte, zu steinigen. Aber unter denen von Adel griff die Entmuthigung um sich; mehr als einer der Reichsräthe meinte, es sei keine Hülfe mehr: nach dem haager Concert könne Schweden eine Insel nach der andern nehmen, seine Schiffe vor Kopenhagen legen, alle Zufuhr absperren, ohne von jemand gehindert zu sein.[1] Der englische Gesandte verstand auch auf die Geistlichen, auf Bürgermeister und Rath einzuwirken; bei Hofe wies er auf den unweigerlichen Entschluß der drei Mächte, auf den ganz nahen Abschluß mit Polen hin: Brandenburg stehe schon in heimlichen Unterhandlungen mit Schweden. Schwedische Briefe, die aufgefangen waren, schienen das nur zu deutlich zu bestätigen: „der Kurfürst, hieß es da, wolle

1) So Marwitz Bericht vom 30. April (10. Mai) 1659.

den Kopf gern aus der Schlinge ziehen [1]); Mazarin habe bereits sechs Millionen für die Armee, die nach Deutschland gehen solle, anweisen lassen, und de Ruyters Flotte werde erst ankommen, wenn Kopenhagen über sei." Vergebens bemühte sich Marwitz, den üblen Gerüchten zu widersprechen; man glaubte ihm nicht mehr; man that, als wenn nur er den Entschluß des Königs, der allein noch retten könne, hindere. [2])

Da traf am 26. Mai ein Schreiben des Kurfürsten an den König ein, das allem Zweifel ein Ende machte; er forderte von Neuem und dringender Schiffe, um mit Heeresmacht nach Seeland zu kommen, oder wenigstens einen Angriff auf Fünen zu unternehmen; er hoffe noch, daß Holland sich eines Besseren besinnen werde. Die Freude am Hofe war über alle Beschreibung groß, „das Geschrei ist gleich durch die ganze Stadt gelaufen"; alles war entschlossen, das Aeußerste zu wagen und zu tragen.

Unmittelbar nach der Einnahme von Friedrichsödde theilte Friedrich Wilhelm dem Kriegsrath seine Absicht mit, nach Fünen überzugehen. [3]) Montecuculi äußerte Bedenken; er wiederholte sie in einem zweiten Kriegsrath nur noch bestimmter: niemand werde die Ueberfahrt vor den schwedischen Schiffen schützen.

In der That hatte sich Montague auf die Nachricht, daß de Ruyters Flotte um Skagen heransegele, in den Kattegat gelegt, ihre Verbindung mit Wassenaar zu hindern, bis die Waffenruhe verkündet sei. Diese wurde nun von den staatischen Unterhändlern angenommen. Trotzdem blieb der Kur-

---

1) Men meynt dat de Geallieerden in Hollsteyn dagelycks opbreecken ende vort marcheeren sullen: willende de Keurvorst apparentelycken den kop uyt den strick trecken. Schreiben eines schwedischen Beamten aus Stettin, Hans Kruse an Mr. de Vestrine, schwedischen Rath und Commissar in Helsingör, Stettin, 26. April (6. Mai) 1659. Aus dem Deutschen gedruckt.

2) Schon einige Wochen hat sich der englische Gesandte bei den Reichsräthen über Marwitz beschwert, als hindere er allein die guten Intentionen des Königs, man müsse sehen, schreibt Marwitz, „wie mit Manier ich könnte weggeschafft werden."

3) Die erste Disposition ist vom 22. Mai (1. Juni) mit einigen eigenhändigen Randbemerkungen des Kurfürsten.

fürst bei seinem Entschluß; Montecuculi gab gegen eine Verschreibung des Kurfürsten, daß er alle Verantwortung gegen den Kaiser und die Schadloshaltung wegen etwaigen Verlustes übernehmen wolle, seine Zustimmung.

Drei dänische und fünf holländische Schiffe unter dem dänischen Capitain König, zusammen 476 Kanonen stark, lagen in der koldinger Bucht [1]); am 8. Juni wurden 1500 Kaiserliche unter Strozzi, 1500 Brandenburger unter General Goltz auf Prahmen und Boten eingeschifft, unter ihrem Schutz zunächst die kleine Insel Fanö, südwärts von Middelfart, zu nehmen. Zu gleicher Zeit sollte Czarnecky von Friedrichsödde aus nördlich von Middelfart landen. Die Polen kamen glücklich hinüber, aber konnten sich nicht halten, da der südliche Angriff nicht erfolgte. Wind und Strom verzögerte ihn drei Tage lang; man sah, wie der Feind massenhaft Truppen auf die kleine Insel warf, sich dort verschanzte; erst am 10. Juni konnte man lavirend sich der Insel nähern; unter dem Feuer der Batterien mußten sich die Schiffe die letzte Strecke an den Ankern fortwinden; eine Schute mit 160 Brandenburgern sank. Endlich gelang es, die Landung zu erzwingen, den Feind vom Ufer zurückzudrängen; fünfmal brach er aus seinen Schanzen und Batterien hervor, nach zweistündigem blutigen Kampf räumte er das Feld. [2])

Immerhin war die Eroberung Fanös eine schöne Waffenthat; aber sofort nach Fünen, das nur einen Musketschuß entfernt lag, überzugehen, dem dicht mit Batterien besetzten Strand gegenüber die Fahrzeuge zum Einschiffen anlegen zu lassen, war unmöglich ohne die Unterstützung einer größeren Zahl schwerer Schiffe.

---

1) Daß diese holländischen Schiffe aus Wassenaars Flotte waren, ergeben zwei Namen derselben, Münkedam und Mayt van Enkhuyzen, die sich in dem Verzeichniß von Wassenaars Flotte, Aitzema IX. p. 121, finden.

2) Mir liegt die „Beschreibung der Attake der Insel Fanoe" vom 4. (14.) Mai vor, die im Hauptquartier, wohl für die Mittheilung nach Wien und Warschau verfaßt worden. Darnach berichtigen sich die Angaben im Theatr. Eur. p. 1160. Todte hatten die Kaiserlichen 4, die Brandenburger 38; verwundete die Kaiserlichen 41, die Brandenburger 70, unter diesen ein Oberstleutnant, drei Capitaine.

Am 18. Juni war der Waffenstillstand der Flotten abgelaufen; der Kurfürst rechnete darauf, daß dann Wassenaar bereit sein werde, ihn zu unterstützen. Der Officier, den er zu ihm sandte, wurde in mehr als schnöder Weise empfangen, Tage lang hingehalten, mit Vorwürfen überhäuft, als wenn der Kurfürst das höchst nöthige Friedenswerk störe; ohne das Geringste erreicht zu haben, kehrte er zurück.

Es war nur zu klar, daß die Holländer durchaus das Uebergehen auf die Insel hindern wollten; sie fürchteten, daß sich die Kaiserlichen dort festzusetzen beabsichtigten. Und einstweilen nahmen die Schweden unter dem Schutz des Waffenstillstands, der wieder und wieder prolongirt wurde, die festen Punkte, die noch auf Moen, Falster, Laland in den Händen der Dänen waren und von wo aus Kopenhagen proviantirt wurde.

Der Kurfürst entschloß sich zu einem zweiten Angriff, der sich unmittelbar auf Middelfart richten sollte. Am 6. Juli wurde er versucht; 16 schwedische Schiffe unter dem jüngeren Wrangel lagen zwei Stunden abwarts hinter Friedrichsödde, aber der Wind hinderte ihr Herankommen. Unter dem Schutz der wenigen Kriegsschiffe, die zur Verfügung waren, auf 60 Schuten und vielen kleineren Fahrzeugen sollte die Ueberfahrt gemacht werden, während das übrige Heer in Schlachtordnung am Ufer stand. Unter dem heftigen Feuer des Feindes nahten die Fahrzeuge der Insel; aber es war unmöglich, den Strand zu erreichen. Montecuculi hat nach Wien berichtet, die Schuld treffe die holländischen Schiffe, die nur zum Schein gefeuert, nur Pulver ohne Kugeln geladen hätten. Gewisser ist, daß während der Ueberfahrt der Wind umsetzte, so daß es unmöglich wurde, den Angriff fortzusetzen. [1])

Die Nachrichten aus Kopenhagen lauteten höchst bedenklich; „wenn Fünen nicht genommen wird, ist der Particularfrieden zu besorgen, nicht vom König und den Reichsräthen; aber der Bevölkerung Kopenhagens

---

1) Die Disposition zu diesem Angriff ist d. d. Steendrup, 23. Juni (3. Juli.) Die Vorberathung im Kriegsrath 19. (29.) Juni. Ein besonderer Bericht hat mir nicht vorgelegen, ich mußte Pufendorf C. G. VI. 10 und F. W. VIII. 13 folgen.

graut vor einem Winter wie dem vorigen, der Mangel wird unerträglich." Schon zwei Tage nach jenem mislungenen Versuch ließ der Kurfürst im Kriegsrath vortragen, daß er einen dritten machen wolle; Montecuculi widerrieth: es würde sehr schwer sein, man müßte mit wenigstens 2000 Mann zugleich landen können, da der Feind überall sehr stark verschanzt sei. Der Kurfürst befahl, was man irgend von Fahrzeugen an der schleswigschen und jütischen Küste aufbringen könne, im Belt, bei Aarhus, bei Aalborg zu sammeln; sein Plan war, an mehreren Punkten zugleich zu landen; in zwei, drei Wochen konnte die Rüstung fertig sein.

Aber eben jetzt setzten die Dinge in sehr bedrohlicher Weise um.

Bisher hatten die drei Mächte in Kopenhagen so wenig wie bei Karl Gustav Erfolg gehabt. Das haager Concert war wie ein Messer ohne Schneide; die beiden mächtigen Flotten lagen da, um sich gegenseitig unschädlich zu machen, und den Schweden war zu jeder beliebigen Insolenz freie Hand gelassen. Man fing Briefe Karl Gustavs an Wrangel auf, in denen er ausdrücklich aussprach, daß er den Stillstand der Flotten „nutzbarlich zu gebrauchen" fortfahren solle.[1] Schon nahm Wrangel auf die holländische Flagge, wenn sie ihm in den Weg kam, keine Rücksicht; als endlich ein Paar holländische Orlogschiffe förmlich von ihm gejagt und auf den Strand getrieben wurden, lichtete Wassenaar die Anker, verband sich mit de Ruyter und segelte den Schweden nach. Sofort setzte sich auch Montague in Bewegung, den Holländern zu folgen; schon legten diese bei, das Gefecht anzunehmen. Es gelang dießmal noch, die Sache zu begütigen und als Misverständniß zu erklären. Aber jeden Augenblick konnte sich das Misverständniß erneuen und schlimmer verlaufen.[2] Es

---

1) Nach einem Bericht von Copes, 9. Juli (29. Juni) ist dieß Schreiben des Königs in der Versammlung von Holland verlesen und sehr übel vermerkt worden.

2) „Man fürchtet hier, schreibt Copes, 11. Juli, aus dem Haag, daß dieselbe Flotte, wie sie in Widerwillen der englische sich hat conjungirt, auch Casu eines oder anderes auf die schwedischen oder englischen Schiffe attentiren oder Ursach zur Ruptur geben möchte.

war die Folge des absurden Concerts. Die Prolongation des Waffenstillstands machte es den Schweden möglich, die in Aarhus gesammelten Fahrzeuge zu überfallen, nachdem die vor der Bucht liegenden fünf Kriegsschiffe, meist Holländer, genommen waren.

Während die staatische Flotte so Verluste litt und nichts weniger als Ehre ärndtete, wurde im Haag ein neues Concert verabredet; man beschloß den Frieden, im Wesentlichen auch die früheren Bedingungen, zu erzwingen, beide Könige zuerst nochmals zur Annahme in vierzehn Tagen aufzufordern, den, der sich weigern werde, mit gemeinsamer Macht zur Folgeleistung zu zwingen (24. Juli).

Es mußte sich zeigen ob die Ausführung so tapfer und einmüthig sein werde, wie der Entschluß erscheinen sollte. Einstweilen spielten die englischen und mehr noch die staatischen Unterhändler am Sund eine nichts weniger als beneidenswerthe Rolle; sie hatten weder Achtung bei den Schweden, noch Dank bei den Dänen. Nur Herr von Terlon, der Franzose, war oben auf, höhnte über die Reichsarmee, machte Witze über den Kurfürsten, beklagte den König Friedrich, daß er nicht „absolut regiere", „betrübte die frommen Holländer" mit gar schlimmen und allarmirenden Gerüchten, die er in Umlauf setzte; und als die Nachricht von dem zweiten Concert kam, verließ er Kopenhagen, „da sein König nicht gutheißen könne, daß man ein gekröntes Haupt zu etwas zwingen wolle". Jedermann wußte, daß er nur ins schwedische Lager gehe, „um den König von allen Affairen zu unterrichten".[1])

Daß er auf Weisungen aus Paris so verfahre, sagte der französische Gesandte im Haag unumwunden, wie denn derselbe sich auch geweigert hatte, jenes Artikels wegen, der die Zwangsmaßregeln festsetzte, das neue Concret zu unterzeichnen. Im Haag schrieb man auch dieß auf Rechnung der wachsenden Mißstimmung Frankreichs gegen das

1) „Denn er ist mehr schwedisch als einer von des Königs Bedienten und richtet viel wunderliche Händel an", schreibt Marwitz aus Kopenhagen 8. (18.) August. Natürlich sieht das alles in Terlons eigenen Memoiren gar anders aus.

republikanische England. Man flüsterte davon, daß in den Friedensbesprechungen Frankreichs mit Spanien ein Artikel die Zurückführung Karls II. nach England betreffe. Nur um so fester glaubte die antioranische Parthei sich an England ketten zu müssen; nur um so erbitterter wurde die Stimmung des Volks gegen die „Pacificationscabale". Nicht bloß die Provinzen Gröningen, Friesland, Oberyssel protestirten gegen das neue Concret, sondern auch Amsterdam. „Es sieht gar wunderlich aus und ist den Rädelsführern nicht gar wohl dabei, sonderlich da England einen andern Herrn oder Unruhe mit und in sich selbst bekommen sollte; die Klügsten vermeinen, daß solche Veränderungen bevorstehen, daß, wenn Dänemark nur noch geringe Zeit festhält, das ganze Werk redressirt werden könnte."

Wie wirkte das Alles zum Vortheil der französischen Politik und ihres schwellenden Uebergewichtes! Nichts wolle Frankreich, verkündete sie, als den Frieden der Welt; und ihre Bewunderer im Reich wiederholten mit Salbung, welchen Beweis von Selbstverleugnung und Friedensliebe der allerchristlichste König eben jetzt gebe, wo er der Krone Spanien die Hand der Versöhnung biete. Freilich, sagte der Cardinal zu Brand, er müsse „die rauhe und ungestüme Begierde" des Schwedenkönigs tadeln; aber es sei Frankreichs und Brandenburgs Interesse in gleichem Maaß, daß die Krone Schweden nicht zu Grunde gerichtet, sondern erhalten werde, damit sie den weitaussehenden, der deutschen Freiheit und dem evangelischen Wesen nachtheiligen Anschlägen Spaniens und Oestreichs allezeit etwas in den Weg legen könne. So süße Worte brauchte man in Paris, während Frischmann drängte, und Terlon in Kopenhagen höhnte, und de Lumbres am warschauer Hofe zur Vorsicht gegen die Ränke Brandenburgs mahnte.

Man hatte im Hauptquartier des Kurfürsten anderes zu thun als Herrn Frischmanns immer neue Erwägungen anzuhören; es geschah ihm, daß er Wochen lang keine Conferenz, keine Audienz erhalten konnte. Endlich am 26. Juni hatte er ein Schreiben seines Königs zu über-

reichen, das dem Kurfürsten wohlmeinend noch einmal empfahl, sich der Politik des Friedens anzuschließen, eines Friedens, in dem man auch für seine Interessen gesorgt habe; wenn er nicht darauf eingehe, so möge er den Gesandten beurlauben.[1]) In der Besprechung, die darauf folgte, forderte der Kurfürst, daß ihm die Proposition schriftlich übergeben werde; Frischmann weigerte es. Was man ihm antrage, sagte der Kurfürst, sei wie in der Fabel, wo der Wolf die Hunde auffordere, die Heerde zu verlassen; und wo sei Garantie, daß Schweden den Frieden halten werde? er kenne die Gaunerverträge (traités de poltron) der Schweden aus Erfahrung. Frischmann ward noch zur Tafel gezogen, es ward noch des Königs Gesundheit getrunken; aber die äußerste Misstimmung des Kurfürsten sprach sich unverhohlen aus, und Frischmann that das Seine, sie zu reizen.[2]) Er forderte die von ihm eingereichten Schriftstücke zurück; man gab sie ihm, dann reiste er ab. In den nächsten frankfurter Zeitungen las man diese Vorgänge der letzten Tage mit Bemerkungen höchst verletzender Art, sichtlich von Frischmann selbst.[3]) Wenige Wochen später wurde, auf irgend einen privaten Anlaß Wicquefort in Paris, der noch dafür galt in brandenburgischem Dienst zu stehn, in die Bastille gesetzt.

Wollte man den Kurfürsten schrecken? suchte man einen Anlaß, Weiteres gegen ihn vorzunehmen? Auf seine Beschwerde des Residenten wegen antwortete man entschuldigend: man ließ ihn wissen, daß ein an-

---

1) u. a. heißt es in diesem Schreiben .... la bonne affection que j'ai pour Vous plus nettement, qu'il ne me paroit en la réponse ..... un accommodement, dans lequel Vous puissiez entrer u. s. w.

2) Schreiben des Kurfürsten an den König, 22. Juni (2. Juli) ist sehr bestimmt: c'est la même manière, que je remarque dans la négociation en Pologne, où l'on travaille seulement de faire une paix particulière avec toutes reflexions sur le seul interest de la Suède u. s. w. Und am Schluß je m'estonne que V. M. n'en a pas pris (aus seinem früheren Schreiben) la satisfaction et le contentement desiré, ce que pourtant je m'estois persuadé u. s. w. Wenigstens devot ist das nicht.

3) Darüber wird ein berichtigender Artikel zum Abdruck an Prinz Moritz geschickt, 16. (26.) Aug. 1659.

derer Gesandter zu ihm kommen werde. Man ersah dazu einen Herrn Desminieres, zur Zeit Geschäftsträger bei den Höfen des rheinischen Bundes, der, so schreibt Brand, die Impertinenz gehabt habe, sich zu rühmen, er kenne den Kurfürsten und sei in Holland Genosse seiner Ausschweifungen gewesen. Eben darum mochte ihn der Cardinal gewählt haben. Ausdrücklich verbat man sich diesen Herrn; aber der Affront blieb.[1])

Auf diesem Punkt standen die Dinge, als der wiener Hof plötzlich sein Heer aus Schlesien vorgehen, in das schwedische Pommern einbrechen ließ.

Der Angriff auf Schwedisch-Pommern.

Schon im Frühjahr war dem Kurfürsten von Wien aus der Angriff auf Pommern vorgeschlagen: „der dänische Hof habe den Vorschlag lebhaft unterstützt; es werde das beste Mittel sein Dänemark zu erleichtern; gerade von Pommern aus habe Polen, der Kurfürst und Dänemark den größten Schaden erlitten; Schweden habe kein Recht den Schutz des Reichs für dieses Reichsland zu fordern, das es zum Mittelpunkt seiner kriegerischen Bewegungen nicht bloß gegen Polen, sondern gegen Mitstände im Reich gemacht habe."

So klar es war, daß ein Angriff auf Pommern den Gegner besonders hart treffen werde, dennoch hatte der Kurfürst auf den Antrag nicht eingehen wollen, theils um nicht die Marken neuen Durchmärschen und vielleicht feindlichen Invasionen auszusetzen, theils in Voraussicht, daß solcher Angriff auf eine schwedische Provinz die Allianz nicht fester und ihre Gegner thätiger machen, daß er vielleicht das Signal zum allgemeinen Kriege sein werde.[2])

---

1) Dieß aus einem undatirten Schreiben Brands. Statt Desminiers wurde dann Blondel gewählt, der, so schreibt Brand am 10. Nov., schon seit 10 Wochen zur Abreise fertig ist.

2) Die sehr anziehenden Erörterungen der brandenburgischen Räthe, 29. April (9. Mai) hat Pufendorf VIII. 17 bis 20 in vollständigem Auszug.

Es hätte eines Angriffs auf Pommern nicht bedurft, wenn die holländische Flotte die Truppen der Alliirten gleich nach der Schlacht im Sunde nach Seeland übergesetzt, wenn sie wenigstens ihren Uebergang nach Fünen ermöglicht hätte. Mit dem haager Concert war der militärische Zweck des Einmarsches in Jütland zur Hälfte hinfällig; ein so großes Heer, wie man dorthin geführt hatte, um auch auf den Inseln gegen Schweden zu kämpfen, war zur bloßen Occupation der Halbinsel nicht erforderlich. Und je mehr die Westmächte in Kopenhagen zum Separatfrieden drängten, desto nothwendiger konnte es scheinen, König Friedrich in seinem Widerstande gegen denselben durch die einzig noch mögliche wirksame Operation, den Angriff auf Pommern, zu unterstützen. Aber es fragte sich, ob Dänemark auch jetzt noch in der Lage war, eine Hülfe dieser Art zu wünschen, ob es sie wünsche trotz der Consequenzen, die sich unvermeidlich daran knüpften, auf die Gefahr eines allgemeinen Krieges.

Nach dem zweiten Versuch gegen Fünen sandte der Kurfürst seinen Rath Somnitz nach Kopenhagen, mit dem König über den Zug nach Pommern zu sprechen: ein kaiserliches Heer stehe in Schlesien bereit; es sei nur nöthig, daß der König die Aufforderung dazu erlasse, da der Angriff auf Pommern nur zur Vertheidigung Dänemarks unternommen werden dürfe; die Alliirten würden stark genug in Jütland bleiben, um das Unternehmen auf Fünen sofort, wenn Schiffe zum Uebergang zur Stelle seien, zu wiederholen. Zugleich sollte Somnitz darauf aufmerksam machen, wie schwach Bremen und Verden besetzt sei; die dänischen Truppen in Jütland unter Feldmarschall Eberstein seien stark genug, die Schweden dort auszutreiben, und man werde ihnen, wenn es nöthig sein sollte, sofort zum Succurs kommen.

Somnitz hatte am 25. Juli Audienz; die Aeußerungen der Reichsräthe waren nichts weniger als entgegenkommend: es werde hochgefährlich sein, wenn der König sich noch tiefer einflechte; sie fragten, ob auch brandenburgische Truppen nach Pommern gehn würden, „widrigenfalls

werde für Dänemark die Nachbarschaft der Kaiserlichen schädlicher sein, als die der Schweden.“ [1])

Indeß war vom Kaiserhofe die Weisung an Montecuculi (16. Juli) eingelaufen, dem Kurfürsten von Neuem und dringend die Nothwendigkeit des Zuges nach Pommern darzulegen. Ihm gegenüber hob der Kurfürst die sehr ernsten Bedenken hervor, die gegen den Zug sprachen, die Gefahren, die dem Reich von Frankreich her, die ihm selbst von Frankreich und Schweden erwachsen würden; er stellte eine Reihe von Bedingungen, von denen er seine Zustimmung abhängig machen müsse, namentlich daß sich auch Polen und Dänemark, wenn auch mit wenigen Truppen dabei betheiligen, daß, wenn Pfalzneuburg die Zeit zu einem Angriff auf Cleve benütze, der Kaiser zur Vertheidigung des Landes Hülfe sende, daß im Falle eines französischen Angriffs die für Pommern bestimmten 12,000 M. kaiserliche Truppen nicht abberufen noch gemindert würden; er forderte endlich, daß sich der Kaiser verpflichte, wenn das Unternehmen auf Pommern mißlinge, im Frieden den Feinden in keinerlei Weise brandenburgisches Gebiet zu überlassen; wenn aber dem Feinde Pommern entrissen werde, daß dann der Kaiser nicht etwa unter dem Namen der Kriegskosten oder anderem Vorwand Pommern beanspruche, sondern Brandenburg das Land in Besitz nehmen lasse.

Man war noch in Besprechung dieser Bedingungen, und Graf Montecuculi versprach sein Bestes zu thun, daß sie angenommen würden; da kam Anfangs August ein Courier mit der Nachricht, daß der Kaiser den Einmarsch befohlen habe, und daß de Souches bereits auf dem Marsch durch die Neumark sei. [2])

1) Somnitz Bericht vom 16. (26.) Juli, der ins Hauptquartier nach Colding am 25. Juli (4. Aug.) kommt. Seine Instruction ist vom 6. (16.) Juli.

2) Den Tag der Ankunft des Couriers kann ich leider nicht genau bestimmen, da ich die betreffenden Acten nicht gesehen habe. Nach Pufendorf erläßt der Kurfürst am 5. (15.) Aug in Beziehung darauf bereits an seinen Statthalter in der Mark einen Befehl. De Souches war bereits am 12. Aug. im Besitz von Greifenhagen; er hatte bis dahin einen Marsch von etwa 40 Meilen, zu denen er mehr

Ein Verfahren, das allerdings nichts weniger als rücksichtsvoll gegen Brandenburg war. Es war nicht schwer zu erkennen, warum der wiener Hof, der sonst immer langsam zum Entschluß und zögernd in der Ausführung war, so plötzlich einen Act von so bedenklicher Kühnheit wagte. Am 4. Juni waren die Präliminarien zwischen Frankreich und Spanien und in denselben die verhängnißvolle Eheverabredung, welche die künftige Verbindung beider Kronen in Aussicht stellte, unterzeichnet. Es schien nur noch einen Weg zu geben, um diese Präliminarien nicht zum Frieden werden zu lassen. Pommern angreifen hieß Frankreich den Handschuh hinwerfen; man mußte erwarten, daß ihn Frankreich aufnehmen werde; man durfte hoffen, daß Spanien gern den Anlaß ergreifen werde, den unglücklichen Frieden aufzusagen.

Oestreich wagte jenen Schritt auf die Gefahr eines allgemeinen Krieges. Aber es traf mit demselben den besten Alliirten Frankreichs an der empfindlichsten Stelle; es rechnete auf desto hartnäckigern Widerstand in Kopenhagen; es hatte Brandenburg auch wider Willen solidarisch mit der östreichischen Politik verbunden, denn der Kurfürst konnte sich weder auf diesen Anlaß vom Kaiser trennen, noch die Kaiserlichen allein Pommern in Besitz nehmen lassen.

Friedrich Wilhelm sah die ganze Bedeutung des Geschehenen. Nicht die Möglichkeit des Krieges auch mit Frankreich erschreckte ihn; es mußte über kurz oder lang doch zum Austrag zwischen Deutschland und Frankreich kommen; mochten die Herren vom rheinischen Bund dann, wenn es zum Ernst kam, ihre Parthei nehmen; selbst mit ihren Truppen verstärkt, war Frankreich im Feld nicht übermächtig, wenn die Schwedenmacht im Schach gehalten war.

Aber wenn Brandenburg sich mit Oestreich auf so schwere und weitaussehende Dinge einlassen sollte, so durfte es am wenigsten in der Form

---

als 14 Tage brauchte. Am 26. Juli wußte der König von Schweden, daß de Souches in Marsch sei.

geschehen, die der kaiserliche Hof für angemessen gehalten hatte; es war nach diesem Vorgang doppelt nothwendig, demselben in völliger Freiheit der Action an die Seite zu treten und ihn zu der Einsicht zu nöthigen, daß er kein anderes Verhältniß, als das der im bestimmten Fall gleichen und gemeinsamen Interessen in Rechnung ziehen dürfe, daß Brandenburg nur eben so weit an den Kaiser gebunden sei, als der Kaiser an Brandenburg gebunden und verpflichtet zu sein anerkenne und bethätige.

Eben so rasch wie vorsichtig trat der Kurfürst auf die neue Situation ein. Er sprach seine Mißbilligung des östreichischen Verfahrens, auch in einem Schreiben an dem Kaiser, auf das Nachdrücklichste aus. Aber zugleich traf er die Vorbereitungen mit einem Theil des Heeres nach Pommern zu marschieren. Bereits am 20. Aug. vollzog er die nöthigen Instructionen. In Jütland sollten je 1500 Brandenburger und Kaiserliche nebst 3000 Polen zurückbleiben, die mit den 3000 Dänen hinreichend schienen, das Land zu behaupten; „dem Feld-Marschall de Suches ist zu befehlen, daß er Damm attakirt, wozu ihm aus der Mark schweres Geschütz zu senden ist; dann soll er die Brücke bei Wollin ruiniren und da Posto fassen". Ferner: „es dient ihm zur Nachricht", daß brandenburgische Truppen, 1500 Mann, Stargard sofort besetzen, und bei Greifenhagen eine Brücke schlagen und verschanzen werden. Der Kurfürst selbst wird mit den aus Jütland abmarschierenden Regimentern am 28. aufbrechen, durch Meklenburg auf die Pässe der Peene marschieren u. s. w.

In der letzten Septemberwoche erreichte er die vorpommersche Grenze bei Tribsees, während de Souches bereits die schwedischen Besitzungen am rechten Oderufer genommen, Wollin besetzt und, durch 2000 M. Brandenburger unter Dohna aus der Mark verstärkt, die Einschließung Stettins begonnen hatte.

Auf alles eher war Karl Gustav gefaßt gewesen, als daß die Oestreicher, daß gar Brandenburg es wagen werde, sein Reichsland

Pommern anzugreifen. Schon der Alliirten Zug nach Jütland hatte seine Armee „mehr geschwächt, als eine Niederlage in offner Feldschlacht"; auch die Vorräthe und Werbungen in Bremen und Verden waren ihm damit abgeschnitten; aus Preußen empfing er nichts mehr; wenn Pommern in Feindes Hand kam, versiegten ihm die letzten außerschwedischen Hülfsquellen.

Er wußte bereits von dem Anmarsch der Kaiserlichen, vielleicht schon von der Besetzung Greifenhagens, als die englischen und holländischen Commissarien mit jenem zweiten haager Concert erschienen und erklärten: in vierzehn Tagen vom 19. Aug. an gerechnet müsse Friede sein. Der König antwortete den Herren: „ihr macht Projecte mit der Feder, ich aber mit dem Degen und damit will ich es ausführen; neue Projecte begehre ich nicht"[1]). Den Holländern sagte er: wie sie sich unterstehen könnten, vor ihm zu erscheinen, da sie seine öffentliche Feinde seien; er drohte sie in Arrest legen zu lassen. Vergebens trat Admiral Montague mit energischen Worten, die Hand am Degen, ihm entgegen; ihm ward zur Antwort: „so lange ihr Engländer euch in euren Schranken haltet, seid ihr meine Freunde; wo nicht, so achte ich euch gleich den andern." Er war empört, daß diese Republiken, „die Einen Krämer, die andern Königsmörder", ihm Gesetze vorschreiben wollten.

Sehr unlustig schieden die Herren von ihm. Auch König Friedrich hatte sie nicht eben als Retter empfangen, namentlich den Holländern warf er vor, was sie an Dänemark gethan: „soll ich zu Grunde gehn, so sollt ihr die ersten sein, die ich mitnehme; ich werde nichts Particuläres vornehmen." Sie baten dringend, der König möge ihren Vorschlag annehmen, dann sei Schweden recusant und dem Einschreiten der beiden Flotten verfallen. Die Reichsräthe beschworen den König, sich auf

1) So nach dem Bericht von Marwitz, 20. Aug. Etwas abweichend davon ist der Bericht aus einer (mir unbekannten) Druckschrift, die Londorp VIII p. 624 mittheilt. Wieder anders erzählt diese Scene Manley history of the late war II. p. 83.

diesen klugen Weg einzulassen; endlich gab er nach. Die Herrn Vermittler gingen von Neuem ins schwedische Lager. Karl Gustav antwortete ihnen: er wollte auf diese Weise nicht tractiren, er werde die Holländer nimmermehr als Mediatoren ansehn; der dänische König möge Commissarien senden, mit denen er einen räsonnablen Frieden schließen wolle. Die Herren kamen zurück, erklärten nicht etwa Karl Gustav für recusant, sondern forderten von König Friedrich, daß er Commissarien hinaussende, sonst müßten sie ihn für recusant erklären und gegen ihn einschreiten.

Auch dazu verstand sich dieser, ernannte Commissarien; worauf Herr Slingeland noch einen Wunsch hinzufügte, den, daß der König als Bedingung von Schweden die endliche Annahme des elbinger Vertrags mit den Erläuterungen fordern möge, weil sonst Holland diesen für seine Commercien hochwichtigen Tractat einbüßen dürfte. Der König wies „solche unverschämten Zumuthungen" zurück: sie sähen, in welchem Zustand er sei und ließen ihre Flotte müßig liegen, mit der sie selbst ihre Forderung durchsetzen könnten. Wenigstens, so baten sie, möchte man in der Ausfertigung der Vollmachten ihre Namen nicht nennen, da der König von Schweden so gar ungnädig gegen sie sei und man fürchten müsse, daß er um ihret Willen alles wieder umstoße.[1]) Nun gingen die Commissarien und die Mediatoren hinaus zum schwedischen Lager; es waren schon vier Tage über den Termin verflossen; Karl Gustav verbat sich die Mediation, wenn er auch den freundschaftlichen Beistand Englands und Frankreichs gern annehme[2]); gegen die Holländer wiederholte er: was sie sich einbildeten, daß sie mit zur Conferenz kämen, da sie seine Feinde seien. „Die Holländer haben still geschwiegen und hat man es

---

1) Marwitz, 24. Aug. (3. Sept.) schreibt: „so daß man nicht allein die lascheté dieser Leute siehet, sondern auch was man sich bei so gestalten Sachen von ihnen zu versehen hat, indem sie sich vor Schweden als ein Kind vor seinem Zuchtmeister fürchten."

2) Aitzema p. 488. te connen toestaen eene amicable entremise van de heeren Mediateurs, maer geen arbitrage.

ihnen verübelt, daß sie sich zum andern Male so tractiren lassen." Wenigstens von dem Stolz der Republicaner war in diesen Patrioten nicht viel; und der Admiral Wassenaer war zu sehr von de Wittes Parthei, als daß er die Ehre seiner Flagge hätte höher halten sollen, als den Frieden mit England; er fuhr fort, mit der mächtigen Flotte zu diplomatisiren.

Dänemark war trotz so ausdrücklicher Versicherungen, die es noch jüngst wiederholt hatte, auf vollem Wege zum Particularfrieden, und alle Proteste der Kaiserlichen, des brandenburgischen Gesandten waren umsonst. Auch das noch gewann man vom König Friedrich, daß er eine schriftliche Declaration seiner Bedingungen seinen Commissarien mitgab: „in wenigen Tagen, sagten die Holländer, werde dann der Friede gemacht sein; wenn nicht, so sei Schweden als recusant überwiesen." Daß wenigstens der Abschluß nicht ohne Mediatoren gemacht werde, setzte Marwitz durch. Die holländischen Herren so gut wie die englischen waren getheilter Ansicht. Es kam zu heftigen Auftritten zwischen Montague und Algernon Sidney; Montague segelte, man sagte ohne Befehl aus London, mit dem größten Theil der Flotte zurück. Und unter den holländischen Herren hielt Vogelsank, der Pensionär von Amsterdam, gegen Slingeland das Interesse Dänemarks, oder ließ sich wenigstens nicht völlig von den Drohungen des Schwedenkönigs einschüchtern. Ihm gelang es durchzusetzen, daß an Wassenaer die ernste Weisung gesandt wurde, „Ordre zu pariren", selbst im Belt zu bleiben, de Ruyter mit 40 Schiffen in den Sund zu schicken, das Meer rein zu halten.

War es Trotz, war es Berechnung, daß Karl Gustav dem Abschluß hier immer neue Schwierigkeiten in den Weg legte, gewiß ist, daß seine Sache damit nicht ins Bessre kam.

Allerdings gab ihm der Angriff des Kaisers auf Pommern Stoff zu den heftigsten Anklagen in und außer dem Reich; jetzt, hieß es, solle das ausgeführt werden, was Wallenstein angefangen; der Kaiser wolle Pommern nur besetzen, um es zu behalten. In England sagte man: das

Evangelium sei in Gefahr; in Holland: als Herr in Pommern sei der Kaiser gefährlicher als Schweden; im Reich sah man eine der Grundbedingungen des theuer erkauften Friedens in Gefahr; und Frankreich that überall das Mögliche, Karl Gustavs Friedensliebe und Gewissenhaftigkeit, und wie er unschuldig unterdrückt und beraubt werden solle, darzulegen.

Fast noch schlimmer erschien der pommersche Handel, als bekannt wurde, daß de Souches die Stadt Damm hatte auffordern lassen, sich „ihrem natürlichen Erbherren, dem Kurfürsten, zu übergeben". Also, hieß es, man will nicht bloß durch Recht der Eroberung Schweden kürzen, sondern man macht ein Erbrecht geltend, das mit dem Friedensinstrument abgethan ist, für das der Kurfürst reichliche Entschädigungen erhalten hat. Jetzt wandte sich alles Geschrei gegen Brandenburg: jetzt sehe man, um welchen Preis es sich an das Haus Oestreich verkauft und die Sache des Evangeliums und der deutschen Freiheit zugleich daran gegeben habe.

Karl Gustav hatte Björnclou nach Paris eilen lassen, die schon eingeleitete Diversion nach Deutschland zu beschleunigen. Auch von Cöln, Mainz, Pfalz-Neuburg kamen Bevollmächtigte dorthin: „wenn nur ein starkes französisches Corps komme, so werde die Armee des Rheinbundes, so verschieden an Nation, Disciplin, Humor und Religion die Truppen jetzt seien, mit demselben bald in eins verschmelzen".[1] Und wenn auch Mainz und Cöln lieber wünschten, „Mediatoren zu werden", wenn auch der Bischof von Münster sich bemühte, Brandenburg und Neuburg auszusöhnen, so war doch Schweden und Neuburg einverstanden, daß ein Angriff auf das Clevische und auf die nächsten östreichischen Lande dringend nöthig sei.

Zugleich suchte Karl Gustav Holland zu sich herüberzuziehen. Er sandte Coyet nach dem Haag mit allen möglichen Erbietungen, Handels-

1) Brands Bericht, 5./15. Nov. 1659.

freiheit in Schweden, freien Sund, Abtretung von Fünen, von Glückstadt u. s. w. Ja selbst auf Brandenburg machte er einen Versuch der Verständigung; er ersah sich dazu Graf Friedrich Waldeck, der des Kurfürsten Art kannte; er sandte ihn zunächst an den Landgrafen von Cassel, dessen Gemahlin des Kurfürsten Schwester war, um durch ihn und sie an den Kurfürsten Vorschläge zu einem Separatabkommen gelangen zu lassen, einem Abkommen, das er lockend genug zu machen glaubte, wenn er ihm auch jetzt noch die Geltung des Vertrages von Labiau zusicherte.[1])

Aber sein Waffenglück war im Sinken. Im Weichsellande fiel eine Festung nach der andern; Graudenz erstürmten die Polen und Kaiserlichen (14. Sept.), die Feste Haupt die Danziger, Straßburg die Brandenburger; am Ende des Jahres hatten die Schweden nur noch Elbing und Marienburg. In Kurland drangen Polen und Brandenburger ein; als Radzivill die Regimenter Schönaich und Polentz sandte, wurde auch Goldingen und Libau genommen; am Ende des Jahres war nur Mitau und Bauschke noch in schwedischem Besitz.

Die Verluste schienen Karl Gustav nur hartnäckiger zu machen. Er fuhr fort, das haager Concert zu verwerfen; schon bot de Ruyter den Dänen seine Schiffe zu einem Angriff auf Schonen, der guten Erfolg hatte; aber Wassenaer hielt sich fern und die holländischen Commissarien fuhren fort, dem König Friedrich zuzusetzen, daß er die Tractaten annehme, bevor der Feind, auf das Aeußerste gebracht, irgend etwas thue, was Allen Verderben bringe.

Karl Gustav rechnete auf die Schlaffheit Hollands, auf die Uneinigkeit der Alliirten, die mit ihren Erfolgen wuchs, auf Frankreich. Frankreich schien nach dem Einfall der Kaiserlichen in Pommern, der die ganze Lage der Dinge veränderte, die Spitze nehmen zu müssen, um Oestreich in der Linie der Inferiorität zu halten, auf die es in dem Frieden von

1) Puf. C. G. VI. 69. Die Sendung Waldecks meldet Marwitz 1. (10.) Oct. und Näheres über seine Reise und seine Thätigkeit Fürst Moritz, d. d. Petershagen, 23. Sept. (3. Oct.) und die clevische Regierung, 5. Oct. 1659.

1648 zurückgedrängt war. Schon war am Hofe zu Warschau und unter dem polnischen Adel die Stimmung gegen Oestreich so schlimm wie möglich; man forderte durchaus den Frieden, man meinte nicht warten zu können, bis auch Dänemark ihn schließe; man wollte die Kaiserlichen um jeden Preis aus dem Lande haben, zumal seit ein plötzliches Erkranken des Königs die Möglichkeit einer Wahl, während die östreichischen Truppen im Lande seien, ganz nahe gezeigt hatte. Schon war man geneigt, den Frieden anzunehmen, wenn Schweden die Festen, die es in Preußen noch inne hatte, an die vermittelnde Macht in Sequester überließ; und Frankreich war bereit, die Besetzung derselben zu übernehmen. Aber Karl Gustav verwarf das als eine „Indignität". [1])

Und in Kopenhagen war man nicht minder gegen den wiener Hof aufgebracht, der so viel versprochen und nichts geleistet habe, der das Unglück Dänemarks nur benutzen wolle, um seine Macht bis an die Mündungen der Elbe und Oder auszudehnen, und damit nur bewirke, daß auch die letzte Hülfe, die Dänemark habe, die holländische, sich zurückziehe. Gegen Brandenburg war man nicht minder misgestimmt; hatte es doch dem Herzog von Gottorf die Souveränetät gelassen, die er dem roschilder Frieden dankte; man ließ es geschehen, daß die dänischen Caper auch colberger und pillauer Schiffe aufbrachten, und blieb dabei, trotz aller Reclamationen. [2]) Man hätte gern einen Separatfrieden geschlossen, wenn nur Schweden irgend mäßige Bedingungen hätte annehmen wollen; und die Holländer hätten gern dazu geholfen, daß man auch minder mäßige annahm, wenn nur Schweden ihnen den elbinger Vertrag und die Erläuterungen dazu gewährt hätte [3]); aber Coyets Ver-

1) Schreiben von Marwitz, 23. Sept. (3. Oct.) 1659.

2) „Und wird den Caper-Capitains so großer Wille gestattet, daß sie diejenigen, so für das Ihrige sprechen, öffentlich schlagen, hauen und stechen, welches, weil es ihrer vielen widerfahren und denen von Colberg auch gedreuet ist, bleibt es stecken". Vergebens reclamirt Marwitz: „wenn sie zu einer Sache nicht Lust haben, schweigen sie still." Marwitz, 24. Sept. 59.

3) Marwitz, Schreiben vom 1. Oct.: „die holländischen Deputirten schämen sich gleichsam und gestehen, daß sie aus Holland ein Capital (Vorwürfe) bekommen, daß sie J. M. bisher, der Tractaten wegen, so hart zugesetzet."

handlungen im Haag zeigten, daß Schweden nur Zeit gewinnen und trennen wolle.

Nur Brandenburg, sagte man im Haag wie in Warschau, in Kopenhagen wie in Paris, sei Schuld, daß es nicht zum Frieden komme. Der Kurfürst hindere ihn, sagte man, im Interesse Oestreichs.

Allerdings hatte der Kurfürst sich auf das Aeußerste bemüht, daß die Alliirten nur gemeinschaftlich mit Schweden abschlössen. Hatte er es geschehen lassen müssen, daß Dänemark, daß Polen mit Schweden gesondert verhandelten, so warf er wenigstens das ganze Gewicht seines Einflusses und das ganze Recht seiner Allianzen mit in die Wagschale, um zu hindern, daß die Polen nicht vor den Dänen, die Dänen nicht vor den Polen zum Schluß schritten. Immer von Neuem ließ er geltend machen, daß man nur durch die gemeinsame Action den Uebermuth Schwedens so weit gehemmt habe; ein Separatfrieden mit der einen Krone werde Schweden in den Stand setzen, sich mit aller Kraft auf die andre zu stürzen, um sofort, wenn diese bewältigt sei, den Frieden zu brechen, den sie so eben gewährt; die einzige Sicherheit sei, daß die gemeinsam Bedrohten nur gemeinsam Frieden schlössen. Er hatte im Haag schon vor dem Concert vorstellen lassen, daß die Herren Staaten im eigensten Interesse bei der Allianz bleiben, den Drohungen Englands und Schwedens nicht weichen müßten; „mögen sie bedenken, daß es um ihre Freiheit sowohl, als um unser Aller Freiheit in solchem Fall geschehen wäre“. Jetzt begann man auch im Haag nachdenklich zu werden; de Witte sah die wachsende Erbitterung des Volkes nicht ohne Sorge, selbst in Amsterdam wurde laut und heftig gegen seine feige und schimpfliche Politik gesprochen; mit der Abdankung des Protectors, dem erneuten Hader zwischen Parlament und Armee, den erneuten royalistischen Schilderhebungen schwand auch der Vorwand, daß man aus Rücksicht auf England nicht anders könne. Ja Montague verließ, wie erwähnt, mit einem Theil der Flotte den Sund und kehrte nach England zurück; Downing, der englische Gesandte im Haag, sprach es gegen Weimann

mit den feierlichsten Betheurungen aus (5. Sept.): „sie lernten von Tag zu Tage mehr der Schweden Bosheit und wüste Pläne kennen und würden sich nicht länger herumführen lassen, wie bisher; selbst gegen den Einmarsch in Pommern wären sie nicht mehr, wenn nur dafür gesorgt werde, daß die Oestreicher sich dort nicht einnisteten.“ 1)

Wie jetzt die Sachen lagen, war der Stolz und Trotz Karl Gustavs der beste Alliirte des Kurfürsten. „Kann Schweden, wie nur immer, den Winter erreichen,“ schreibt ihm Weimann, „so werden Ew. Kf. D. das Spiel auf der einen oder andern Seite in die Hände bekommen.“ Daß Frankreich den Widerstand Schwedens nährte, um die beiden seemächtigen Republiken mit ihren pomphaft angekündigten Zwangsmaaßregeln zu blamiren, war völlig im Interesse Brandenburgs; mochte Holland und England inne werden, daß sie nicht ohne die Alliirten die Maaßregeln durchführen könnten, die sie gedroht hatten, daß sie mit ihrem Eifer für den dänischen Particularfrieden diesen am wenigsten erreichten; „wir wünschen nicht allein, daß Schweden sich gegen ihre Forderungen verhärte, wir arbeiten öffentlich und heimlich, die schwedischen Minister zu der Ueberzeugung zu bringen, daß die Alliirten ihr Volk zur Ueberfahrt nach Fünen oder Seeland nicht hergeben würden, wenn man sie jetzt auch drum bäte, und ihr König könne, so bald er wolle, Frieden mit den Alliirten haben.“ Weimann fügt hinzu, verständige Politiker sprächen: es sei alles dermaaßen wunderlich durchflochten, daß man darin die wunderbar gerechte Hand Gottes merklich sehen und glauben müsse, Gott habe alles so geschickt, damit er an einem oder dem andern, durch welche die Welt bis daher so greulich verrückt und geärgert worden, seinen gerechten Eifer sehen lasse.“ 2)

---

1) Aus dem Bericht Weimanns vom 5. Sept. 1659.

2) Weimanns Schreiben vom 5. Sept. 13. Oct.: „die Vernünftigsten sind der Meinung, daß E. Kf. D. in gar glücklichen, guten terminis seien und wie es auch gehet, daß Sie diesen Winter, es sei lieb oder leid wem es wolle, ein Großes durch Gottes Gnade thun könnten.“

Der Kurfürst war weit entfernt, von der Politik und dem Verfahren Oestreichs erbaut zu sein; es gab keinen Fürsten im Reich, der weniger als er dazu Anlaß gehabt hätte. Aber wer nicht verblendet war, mußte erkennen, daß schon für das Reich und für Europa eine viel größere Gefahr vorhanden sei als die, welche immer noch mit der alten Phrase von dem Dominat Oestreichs bezeichnet wurde, eine Gefahr, in der auch die nordische Uebermacht Schwedens nur noch ein Moment unter vielen war. Diese größere, diese allgemein europäische Gefahr hatte Friedrich Wilhelm nicht jetzt erst ins Auge gefaßt; aber jetzt wuchs sie in hastiger Steigerung. „Frankreich, so hatte er im Anfang 1659 dem Bischof von Münster sagen lassen, wird seine Freunde zu Sclaven machen, denn es kann nur Unterthanen oder seine Creaturen leiden." Seitdem hatte Frankreich die Friedenspräliminarien vom 4. Juni geschlossen, die Hand der Infantin zugesichert erhalten; erfolgte auf dieser Grundlage der Friedensschluß, so verpflichtete sich Spanien zur Mitwirkung an der schleunigen Herstellung des Friedens „im Norden und im deutschen Reich"[1]); Spanien trat aus der Verbindung mit Oestreich in die mit Frankreich über[2]), und Frankreich nahm als Hersteller und Hort des allgemeinen Friedens seine Stelle an der Spitze Europa's.

In den Augen Frankreichs war die Invasion Pommerns, die Belagerung Stettins ein unerhörtes Attentat gegen das Völkerrecht und den allgemeinen Frieden. Den Fürsten des rheinischen Bundes so wie der Reichsdeputation wurde mitgetheilt: Frankreich werde eine Armee von 30,000 Mann ins Reich marschieren lassen, dem Könige von Schwe-

---

1) Art. 101 des pyrenäischen Friedens lautet: . . . mittere suos legatos sine mora et curare ut . . . tam omnium controversiarum quae Imperii quietem turbare poterunt quam illarum quae . . . bellum in aliis tractibus septemtrionalibus excitarunt, compositio maturetur.

2) So bezeichnet es Leibnitz, der es wissen konnte, in dem Schreiben an den König von Frankreich 1671: „magnum opus . . . scilicet conjunctio utriusque augustae domus in communem consiliorum scopum nec fictis promissionibus sed ipsa coeptorum necessitate" (bei Guhrauer, Kurmainz im Jahr 1672, Beil. p. 148.)

den zu helfen, dessen Staaten dem zum Trotz, was in Frankfurt beschworen worden, angegriffen seien; schon seien an Turenne die nöthigen Befehle gesandt.[1]) An Kurpfalz wurde geschrieben: der König sei entschlossen, ein Feuer, das ganz Deutschland zu ergreifen drohe, in der Geburt zu ersticken, damit jeder Fürst und Stand im Reich erkenne, daß es zu seinem Heile gereiche, unter des Königs Freunden und in seiner Allianz zu sein. Auch der spanische Hof meldete nach Wien, daß Frankreich von Schweden fordern werde, den Frieden anzunehmen, aber daß die kaiserlichen Armeen zuerst Pommern räumen müßten, widrigenfalls Spanien nach dem nahen Abschluß des Friedens verpflichtet sein werde, „mit seinem ganzen Heer von Flandern Frankreich Hülfe zu leisten".

Und wie hätten die rheinischen Fürsten sich nicht für Frieden, Freiheit und Recht begeistern sollen? Auf Frankreichs Wunsch versprach Spanien, die Festung Jülich dem Pfalzgrafen von Neuburg zurückzugeben. Boineburg für Mainz, Fürstenberg für Cöln waren mit in den Pyrenäen gewesen, den Frieden schließen zu helfen. Kurmainz eilte, sich auch zur Mediation in den nordischen Dingen zu erbieten, forderte die Kreise des Reichs auf, bei kais. Maj. auf die Annahme dieser Mediation zu dringen, als sei kein anderer Weg, das Reich vor unermeßlichem Unheil, vor der Friedensexecution, die Frankreich drohe, zu bewahren.

Wenn sich so die ersten Fürsten des Reiches vor der Autorität Frankreichs beugten, so empfand es Mazarin doppelt übel, daß Brandenburg noch gar keine Neigung zeigte, sich zu fürchten. Der Kurfürst hatte ihm Anzeige von dem Angriff auf Pommern gemacht und die Gründe, die ihn rechtfertigten, dargelegt; darauf antwortete der Cardinal: „diese Gründe seien der Art, daß er es nicht habe wagen dürfen, sie dem Könige, seinem Herrn vorzutragen; der König und die Fürsten

1) Schreiben Mazarins an Mr. de Gravel, 12. Nov. . . que si la paix ne se faict promptement dans l'Empire comme le Roy et le Roy Catholique ont resolu de l'avancer incessament u. s. w.

des Reiches müßten sich geradezu die Augen zuhalten, um nicht zu sehen, daß das ein handgreiflicher Bruch der Verträge von 1648 sei; sie müßten gar kein Gefühl für Ehre, Treue und ihr eigenes Interesse haben, wenn sie mit gekreuzten Armen dabei stehen und den Schweden nicht die Garantie leisten wollten, zu denen sie jene Verträge verpflichteten; die Wünsche Brandenburgs für einen sichern und allgemeinen Frieden anlangend, müsse sich zeigen, ob ihn diejenigen wollten, mit denen der Kurfürst seine Waffen vereinigt habe; möge man ihn bis zum Februar geschlossen haben, sonst werde Frankreich marschieren lassen." [1])

Und damit dieß herrische Schreiben um so besser wirke, ließ man es französischer Seits sofort im Druck erscheinen und verbreiten. Im Haag hieß es, daß die französischen Truppen aus Lothringen im Marsch seien nach Cleve und Mark, daß Turenne das Gros der Armee um Rocroy sammle.

Weimann, der das meldete, fügte hinzu, der französische Gesandte habe ihm gesagt, sein König werde 20,000 Mann ins Feld bringen, worauf er ihm geantwortet, der Kaiser allein habe 40,000 Mann fertig außer denen, die in Pommern, Jütland und Preußen bereits seien; jener Brief Mazarins sei der Art, daß jedermann urtheile, der Kurfürst müsse ihn entweder keiner Antwort würdigen oder ihn so beantworten, daß man deutsches Herz und deutsche Redlichkeit darin erkenne.

Es wird richtig sein, was einige Wochen später den Franzosen Anlaß zu großen Beschwerden gab, daß der Kurfürst gesagt hatte: er wolle dem eine Belohnung von 10,000 Ducaten geben, der ihm die Nachricht bringe, daß die Franzosen in Cleve eingefallen seien. [2]) Nicht die Waffen Frankreichs fürchtete er; jetzt weniger als vorher. Es hatte Schweden ein neuer, schwerer Schlag getroffen.

---

1) Mazarins Antwort auf des Kurfürsten Schreiben vom 20. Sept. ad has literas valde quidem imperiosas Electori haud respondere placebat. Puf. VIII. 42.

2) Brands Bericht vom 20. Febr. 1660.

Karl Gustav hatte den Holländern auch nicht einmal den elbinger Tractat gewähren wollen: es würde ihm der größte Despect sein, hatte er den Commissaren gesagt, wenn er denen, die ihm seine Pläne verhinderten, so große Vortheile gewähren wolle; er werde eher alles wagen. Er hatte ihnen, auf Waldeck's Erfolge und Mazarin's Drohungen hoffend, hinzugefügt, Brandenburg wanke bereits und werde nächstens Oestreichs Parthei verlassen. Die Herren Commissarien fühlten sehr wohl, daß wenn sie sich und der Ehre Hollands so vieles von Schweden hatten bieten lassen, sie wenigstens einen guten Handelsvertrag heimbringen mußten, um die erbitterte Stimmung daheim zu versöhnen. Es schien ihnen nothwendig, endlich einmal ihre Forderungen durch einen gelinden Druck zu unterstützen; sie gaben de Ruyter Ordre, die um Kiel concentrirten Truppen der Verbündeten nach Fünen überzusetzen, während andere, besonders dänische Regimenter über den Belt kamen. Im Osten und Westen der Insel zugleich landeten etwa 10,000 Mann, unter ihnen 3000 Mann holländisches Fußvolk und drei brandenburgisch Reiterregimenter unter General v. Quast. Bei Odensee vereinigten sie sich und rückten auf Nyborg zu, wo der Pfalzgraf von Sulzbach mit 15 der besten schwedischen Regimenter, etwa 6000 Mann stark, stand. Am 24. November wurde dort eine der blutigsten Schlachten dieses Krieges geschlagen. Dreimal wiederholte die Reuterei der Alliirten ihren Angriff, dann rückte gegen die erschütterten Vierecke der Schweden das Fußvolk an, durchbrach sie, und die Reuterei vollendete den Sieg. Die Brandenburger allein erbeuteten auf dem Schlachtfeld sieben Standarten und acht Fahnen. Von den Feinden blieben an die 2000 Mann; es entkamen nur der Prinz und Steenbock; alle übrigen Generale, Obersten Officiere, der Rest des Heeres wurde kriegsgefangen. 1)

---

1) Mir liegt außer den Berichten in Pufendorf, im Th. Eur., Aitzema p. 524 u. s. w., der des Gen. v. Quast vor, der selbst, wie er sagt, „zweimal durch die Brust geschossen worden." Die drei brandenburgischen Regimenter Kanneberg, Quast, Graefe verloren 98 Todte und etwa eben so viel Verwundete. Daß die

Man wäre am liebsten sofort nach Seeland gegangen; de Ruyter hatte nicht Ordre, die Truppen überzusetzen; „die Holländer, schreibt Marwitz 3. Dec., wollen nicht gern Schweden ganz geschwächt sehen, und namentlich nicht sie in Seeland bedrängen, weil sonst gar keine Aussicht ist, daß Dänemark die Tractaten annimmt."

Aber auch so war die Schlacht von Fünen von größter Bedeutung. Karl Gustav hatte die Hälfte seiner besten Truppen, seine besten Officiere verloren; er war selbst in Seeland einem energischen Stoß nicht mehr gewachsen. Wenn ihm auch noch Pommern entrissen, wenn Stettin erobert wurde, so war er matt gesetzt.

Seit Anfang October lag de Souches vor Stettin; die Inseln Wollin und Usedom waren von ihm besetzt; es schien unmöglich, daß der Festung von der See her Succurs kommen könne. Der Kurfürst war bereits von Meklenburg her eingerückt, hatte die kleinen Festen Tribsees, Loitz, Dammgarten genommen. Aber er zögerte, auf Stettin zu marschieren. Er hatte noch immer keinen Bescheid aus Wien auf die Bedingungen, von denen er seine Zustimmung zu dem Angriff auf Pommern abhängig gemacht hatte. Vielmehr weigerte sich de Souchez, die von ihm genommenen Plätze, wie es der Secretartikel vom 30. Jan. 1658 ausdrücklich bestimmte, von brandenburgischen Truppen allein besetzen zu lassen; auch Stettin behauptete er, müsse, wenn es genommen sei, zur Hälfte mit Kaiserlichen besetzt bleiben. Der Kurfürst sandte (7. Nov.) Wreech nach Wien, diese Dinge in Richtigkeit zu bringen, weitere Sicherungen zu fordern, die um so nothwendiger schienen, da mit dem Zuge nach Pommern, den man unternommen, ohne ihn zu fragen, neue und weitaussehende Verwickelungen begonnen seien.

Der Kurfürst hatte sich von Greifswald, dessen Bürger die Uebergabe wünschten, nach einigen vergeblichen Angriffen zurückgezogen, sich

---

holländischen Berichte so lauten, als ob die anderen Alliirten ungefähr nichts, und die Holländer das Uebrige gethan hätten, ist erklärlich.

dann nach Demmin gewandt, das capitulirte. Da traf ihn die Nachricht, daß de Souchez die Belagerung Stettins plötzlich aufgehoben (16. Nov.) und sich über die Oder zurückgezogen habe, Winterquartiere zu nehmen.[1])

Es war ein schlimmer Schlag; „ich kann, schreibt Marwitz aus Kopenhagen, E. Kf. D. nicht beschreiben, was für einen Stoß diese Zeitung den Alliirten gegeben, zumal da aus Polen und anderen Orten so gute Zeitungen kommen, und nun aus Pommern, woher man die besten gehofft, die schlimmsten."

Wenigstens theilweise erklärten Wreech's Berichte das Geschehene. Man hatte erst die von ihm nachgesuchten Conferenzen lange unter nichtigen Vorwänden verzögert; dann war ihm mitgetheilt, daß Fürst Auersperg des Kurfürsten Treue verdächtige, daß er und Porcia der Ansicht seien, der Kaiser dürfe so wenig Brandenburgs Macht weiter wachsen lassen, wie die der Schweden. Dann endlich war es zu den Conferenzen gekommen; die Anträge auf Subsidien, auf Werbungen in den kaiserlichen Landen, auf neue und weitergehende Verabredungen hatte man abgelehnt: alles Nöthige sei in den früheren Verträgen enthalten; der Kaiser werde die vertragsmäßige Zahl Truppen bis zum Ende des Krieges stellen; neues Gebiet in diesem Kriege zu gewinnen, sei des Kaisers Wille nicht; von irgend einem Zugeständniß in der jülichschen Frage war nicht die Rede; auf die Bemerkung, daß Cleve von Frankreich bedroht sei, antwortete man: der Kaiser werde nichts unterlassen, Cleve zu schützen, er habe Truppen genug, einem Angriff Frankreichs zu begegnen.

Wenn es die Absicht des wiener Hofes war, Brandenburg über

---

1) Allerdings war Admiral Wrangel mit einigen hundert Mann aus den dänischen Inseln zum Succurs gekommen, aber diese konnten den Abmarsch nicht motiviren. Wrangel hatte vorher von Wolgast aus die Insel Usedom occupirt und die Schanze an der Swine genommen, damit die Fahrt auf Stettin gewonnen. Die Besatzung dieser Schanze bestand aus 200 Kaiserlichen, nach der Druckschrift „Ausführlichen Beschreibung stettinischer Belagerung" c. d. 27. Oct., und natürlich von de Souches Corps.

die Motive zu täuschen, von denen man sich bestimmen ließ, so gelang dieß um so eher, als deren ein Theil in Verhältnissen lag, die sich der Beobachtung anderer Höfe so gut wie ganz entzogen.

Daß die hohe Pforte gegen den Fürsten Rakoczy, ihren Vasallen, im Frühling 1657, während er nach Polen gezogen war, ihre Paschas ins Feld schickte, hatte der wiener Hof vortrefflich gefunden; aber bald gewann die Türkenmacht ein bedrohliches Uebergewicht, der Pascha von Ofen nahm eine Reihe von Festen an der Maros und Theiß. In seiner Noth wandte sich der Fürst nach Wien; man hielt die Gelegenheit günstig, den Rest ungarischen Gebietes, der noch östreichisch war, um einige Gespannschaften zu erweitern; man rechnete es dem Fürsten als Hülfe an, wenn man Tokai Szatwar und ein paar andere seiner Festen an der oberen Theis mit deutschen Söldnern besetzte; aber man fuhr fort, den Türken gegenüber den Rebellen zu verleugnen. Der Parteikampf in Siebenbürgen selbst gab der Türkenmacht im Sommer und Herbst 1659 neue Erfolge; mit Sorge sah man in Wien auf den nahen Fall Siebenbürgens, den dann unzweifelhaften Verlust jener abgetretenen Gespannschaften, den herandrohenden Türkenkrieg.

Freilich, diesen Conflict im Osten konnte man vermeiden, man konnte ihn wenigstens hinausschieben. Von unmittelbarer Bedeutung war für die kaiserliche Politik der Verlauf der Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich; sie richtete sichtlich ihre Schritte nach dem Gang, den sie nahmen. Wie rasch hatte man sich zu dem Einfall in Pommern entschlossen, als die Präliminarien vom 4. Juni ihr die Gefahr jenes Friedens ganz nahe zeigten. Fast zehn Wochen währte es, bevor die Friedensconferenzen auf der Fasaneninsel eröffnet wurden; es gab so schwierige Erörterungen, so harte Differenzen, daß mehr als einmal das Werk daran war, völlig zu scheitern. Der September, der October verging, ohne daß es zum Abschluß kam. Aber endlich hatte Mazarin's Gewandtheit alle Hindernisse überwunden, am 7. November wurde der Friede und der Ehevertrag unterzeichnet.

Es war der größte Sieg, den die französische Politik je errungen. Die Niederlage, die Oestreich 1648 erlitten, war damit erst vollendet.

Natürlich sagten die Oestreicher nicht, daß der acht Tage später erfolgte Abzug von Stettin eine Wirkung von den Pyrenäen her sei; sie blieben ja auf dem andern Ufer der Oder, auf schwedischem Gebiet, stehen. Aber es war der Anfang, den Cours zu ändern. Wozu jetzt noch sich auf den Kampf, zu dem man Frankreich herausgefordert hatte, einlassen, nachdem der Preis nicht mehr da war, um den man hatte kämpfen wollen? Jetzt, nachdem in offenkundigen Acten bezeugt war, daß Pommern nicht für den Kaiser, sondern für Brandenburg hatte genommen werden sollen, und zwar auf Grund eines Rechtstitels, der nach dem Frieden von 1648 nicht mehr gelten konnte, jetzt war es Brandenburg, das der Vorwurf dieser Invasion traf. Oestreich deckte seinen Rückzug, indem es Brandenburg vorschob. Und wenn es den Kurfürsten preisgab, um sich den Weg des Friedens zu öffnen, so hatte es den Vortheil obenein, die werdende norddeutsche Macht stolpern und vielleicht fallen zu machen, diese Macht, die schon mehr zu bedeuten begann, als man in Wien die Absicht hatte, sie gelten zu lassen.

Und gab Oestreich, so zurückweichend, nicht die Möglichkeit, den Frieden im Norden herzustellen? kam es nicht reichspatriotisch den dringenden Wünschen der Reichsstände entgegen, wenn es diesen Frieden ermöglichte?

Freilich, einen Frieden auf den Grundlagen, in den Formen, wie sie Frankreich mit der Drohung des Krieges gefordert hatte. Frankreich war im Begriff, einen zweiten größten Sieg, einen recht eigentlich diplomatischen zu erringen; es war im Begriff, auch der baltischen Welt den Frieden zu geben, sie nach seinem Interesse und seinem politischen System zu ordnen.

Der Frieden von 1660.

„Das französische Geheimniß ist, wenn es eins ist, durchaus nicht Schweden schwächen zu lassen, aus Besorgniß vor Oestreich, da die französischen Grenzen gegen Deutschland ganz offen liegen; darum ist der Einfall in Pommern so allarmirend gewesen.“ So schreibt Brand aus Paris, 31. Jan.; er fügt hinzu: „der Cardinal sei entschlossen, wenn der Kaiser seine Armee aus Pommern nicht bis zum Februar zurückgezogen, mit einer Armee über den Rhein zu gehen, um den Frieden von 1648 zu schützen; und das werde er thun, wenn er auch persönlich die ganze Verantwortung dafür übernehmen müßte.“

Also Frankreichs Meinung war, daß Schweden in Deutschland nichts verlieren dürfe; von Dänemark forderte es, daß der Krone Schweden gelassen werde, was sie im roschilder Frieden gewonnen habe; von der Krone Polen forderte es, daß sie den immer noch aufrecht erhaltenen Anspruch auf Liefland definitiv aufgebe. Solche Bedingungen war Polen bereit anzunehmen, Holland durch das Concert verpflichtet, den Dänen aufzwingen zu helfen, und Oestreich gab es auf sie zu bekämpfen, obschon Frankreich es war, das sie forderte.

Alle Welt schien zu vergessen, wie die Wirren im Norden entstanden, warum die Allianzen gegen Schweden geschlossen waren. Wenn man sich des freventlichen ersten Angriffs auf Polen, des freventlicheren zweiten auf Dänemark erinnerte, wenn man im Haag noch eine Empfindung dafür hatte, wie Schweden das Dominium maris baltici handhaben zu dürfen meinte, wenn man in Wien erkennen mußte, daß das politische System Oestreichs nach dem schweren Wechsel, den der Friede vom 7. Nov. gebracht hatte, der nordischen Dingen um so sicherer bleiben müsse, wie konnte man dann den nordischen Frieden nach dem Maaße schließen wollen, das Frankreich gab, ihn jetzt schließen wollen, wo die Waffen der Verbündeten im vollen Vortheil waren und mit einiger Anstrengung sofort noch größeren gewinnen konnten?

Wurde französischer Seits jetzt gesagt, daß man an Schweden nach so heroischen Thaten, die es vollbracht, nach so staunenswürdigen Siegen, die es gewonnen, nicht erniedrigende Forderungen stellen dürfe, so war das eine Redefigur, die wenigstens für diejenigen, welche jetzt im Siegen waren, nicht gerade überzeugend sein konnte. Schrieb die französische Politik sich das große Verdienst zu, im Verein mit Schweden Europa von der erdrückenden Uebermacht des Hauses Oestreich befreit zu haben, so war ihre immer von Neuem wiederholte Versicherung, nichts als die Ruhe und Sicherheit Europas zu wollen, heuchlerisch, wenn sie nicht selbst die Garantie bot und schuf, das Entstehen eines französischen statt des östreichischen Dominats über Europa unmöglich zu machen.

In dem Eintreten für Schweden, das in so exorbitanter Weise Gewalt geübt und für Recht proclamirt hatte, gab Frankreich eine unzweideutige Probe seiner Principien und eine noch uuzweideutigere seiner Absichten. Es hatte im pyrenäischen Frieden seinen mächtigsten Rivalen an sich gekettet und dessen Mitwirkung für die Pacification des Nordens gewonnen; mit dem Tode Cromwells sank die hochgeschwellte Macht Englands in sich zusammen, und die Staaten unter der vielgepriesenen Leitung de Wittes machten nur noch Politik nach Gelegenheit.[1]) Frankreich war zur Rechten und Linken nicht mehr behindert; es hatte nach Deutschland hinein den rheinischen Bund und weit über dessen unmittelbaren Bereich hinaus Anhang, bezahlten und unbezahlten. Wer konnte zweifeln, daß mit dem Frieden im Norden, wie ihn Frankreich wollte, Oestreich völlig umstellt, daß es den schlimmsten Demüthigungen Preis gegeben war, wenn ihm nicht der norddeutsche militärische Staat den Rücken deckte? Für Oestreich gab es kein größeres Interesse, als in dem Frieden, wenn er geschlossen werden sollte, so viel irgend möglich für die Stärkung dieses Staates zu thun.

1) Weimann sagt zu de Witte: „sie würden es einst noch zu bereuen haben, daß sie . . . . mit einem Wort zu sagen, auf bloße Casus und Zufälle der Zeit gebauet und die Conservation ihres Staates daran gehenket, da sie ihn sonst mit so vieler Ehre ziemlich versichern könnten.“ Bericht vom 24. Febr. 1660.

So die großen Momente in der Frage, die zur Entscheidung stand. Wie wenig kamen sie in den Entscheidungen selbst zur Geltung; es waren Motive anderer Art, aus denen sich das schließliche Ergebniß formte.

Polen war längst des Krieges satt; es wünschte nichts sehnlicher als der Waffengemeinschaft mit Oestreich frei zu werden, durch welche die Republik schlimmer gefährdet schien als je durch Schweden. Man glaubte zu wissen, daß auf östreichischen Anlaß der König von seinem Beichtvater aufgefordert sei die Krone niederzulegen; selbst Gerüchte von einem östreichisch-russischen Plan, Polen zu theilen, wurden verbreitet und geglaubt. Den Angriff auf Pommern nahm man als ein Zeichen, daß Brandenburg mit Oestreich zu den schlimmsten Dingen verbunden sei. Nur um so mehr drängte man endlich mit den Verhandlungen, die seit dem Frühling 1659 eingeleitet, aber immer wieder mit formellen Fragen hingezögert waren, Ernst zu machen.

Mit den ersten Tagen des Jahres 1660 wurden sie im Kloster Oliva eröffnet. Der holländische Gesandte, der sich präsentirte die Mediation mit zu übernehmen, wurde von den schwedischen Herren höflich zurückgewiesen; die Oestreicher, die ebenso als unbetheiligte Dritte hatten mitagiren wollen, zogen es vor, sich nicht einer gleichen Abweisung vielleicht auch von den Polen auszusetzen. Frankreich allein behielt die Rolle des Vermittlers, so offenkundig es für Schweden Parthei hielt. Der nächstweitere Schritt war, daß Oestreich erklärte, als Alliirter Polens in die Friedenshandlung eintreten zu wollen, nur als solcher, aber mit der Bedingung, daß der Friede hier auch Dänemark mit einschließe. Brandenburg konnte nicht umhin seine Betheiligung eben so zu formuliren; aber es fügte die Forderung hinzu, daß auch Dänemark, als eben so mit Polen alliirt, hinzugezogen werde. Das konnte nicht wohl geweigert werden; aber, so sagte man, das, was Dänemark betreffe, sei mit den Bestimmungen des haager Concerts abgethan und die Mächte des Concerts verpflichtet, dessen Bestimmungen durchzuführen! Wenigstens, so war die Ansicht der Polen und der Mediatoren, den Abschluß in

Oliva könne man nicht von dem dänisch-schwedischen Frieden abhängig machen wollen.

Die Alliirten überreichten nicht gemeinschaftliche Propositionen. Die Schwedens ergingen sich in mehr als verletzenden Aeußerungen über Brandenburg; sie lauteten, als wenn Schweden von Brandenburg Genugthuung für das Vergangene und Garantien für die Zukunft zu fordern habe; sie zeigten, wie ein leidenschaftlicher Haß wenigstens noch die Genugthuung suchte sich ausgesprochen zu haben; Brandenburg, hieß es da, sei der eigentliche Feind Schwedens, der Anstifter und Treiber der Coalition gegen Schweden gewesen.[1]) Und nicht bloß die französischen Herren wiesen so unziemliche Aeußerungen nicht zurück und fanden den brandenburgischen Protest dagegen ungehörig; auch die Polen meinten, durch derartige Dinge dürfe die Verhandlung nicht aufgehalten werden; sie ließen merken, daß sie nöthigenfalls allein mit Schweden abschließen würden.

Es lag alles daran, das zu hindern. Und war denn die Lage der Dinge wirklich so, wie sie die französischen und schwedischen Herren mit so großer Geschicklichkeit fingirten? mußte man sich die Fiction gefallen lassen, daß die dänische Frage abgethan sei? Es kam darauf an, dieß Concert, das ohne Zuthun von Oestreich, Polen, Brandenburg hingestellt war, als das zu bezeichnen, was es war, und das ganze Interesse Hollands und Dänemarks an die Verhandlungen in Oliva zu ketten.

Das haager Concert war in Wahrheit längst damit hinfällig, daß Schweden recusant war und blieb, ohne daß man es dafür zu strafen wagte oder vermochte. Aber mit der Schlacht in Fünen war der Kern

1) .... subinde alios de confoederationibus contra M. R. secum ineundis sollicitaret, novos in Eandem hostes stimularet .... quibus suis destinatis tenacissime hactenus inhaesit ..... tamen non tam R. M. est vindictae cupida ut immensas sibi illatas injurias armis ulciscatur, quam amore Pacis et tranquillitatis publicae prona u. s. w. Dieß Schreiben wurde am 22. Jan. 1660 überreicht. Es steht u. a. bei Londorp VIII. p. 655 cf. Schlippenbach geheime Denkschrift an Polen, Act. Pacis Oliv. II. p. 527.

der schwedischen Macht zerstört; die schwedische Flotte lag von de Ruyter eingeschlossen in Landscrona; das Heer in Seeland war in seiner Lagerstadt vor Kopenhagen schon mehr selbst belagert als belagernd; Mangel und Krankheit lichteten die Reihen der Truppen. Der König selbst war nach dem Verlust Fünens nach Gothenburg geeilt, dort Reichstag zu halten; das „Misvergnügen" in Schweden war allgemein, die Mittel erschöpft; „die Nothwendigkeit wird der rechte Keil sein, den Frieden zu treiben." Allerdings erbot sich jetzt Karl Gustav, den Dänen Drontheim und Bornholm zurückzugeben, aber er forderte als Ersatz die reichste Landschaft Norwegens, die von Aggerhus und Christiania.

Wahrlich die Lage war nicht der Art, daß König Friedrich sich jetzt noch dem roschilder Frieden hätte unterwerfen müssen, wie das Concert vorschrieb; er konnte fordern, daß man dessen Schärfe endlich auch gegen Schweden kehrte, oder, da man es so lange zu thun unterlassen, daß Holland aufhörte sich durch dasselbe gebunden zu halten und zu den älteren Verpflichtungen seines Allianzvertrages mit Dänemark zurückkehrte.

Hatte Holland sich aus Furcht vor England zu jenem unglücklichen Concert bestimmen lassen, so war jetzt England nicht mehr zu fürchten. Die Verwirrung in London war auf dem Gipfel; schon setzte sich General Monk von Schottland aus in Marsch, niemand wußte, ob für oder gegen das Parlament, für oder gegen die Republik; im Stillen hofften viele, daß er für König Karl II. sei, wie Montague, der noch in Kopenhagen in einer Kirche mit einem Vertrauten Karls II. sich verständigt hatte.

Auch im Haag sah man, wie die Strömung in England zum Königthum trieb. Und de Witte, der nach Wind und Wetter zu steuern verstand, hielt es zeitgemäß, Weimann aufzusuchen und ihm zu vertrauen, wie er wünsche das alte Vertrauen zwischen dem Hause Oranien und den Provinzen herzustellen, „das englische Seclusionswerk" aus dem Wege zu schaffen und den jungen Prinzen, des Kurfürsten Neffen und Mündel, zum Statthalter zu machen.

Und mehr noch: als Weimann, wie so oft vergebens, auf das höchst verderbliche Verfahren Hollands im Sund hinwies, ihn aufforderte, endlich das haagische Concert bei Seite zu setzen, wenigstens Schonen an Dänemark zurückzubringen, nur einem Generalfrieden zuzustimmen, so versprach de Witte auch dafür sein Bestes zu thun. In der That wurde demnächst (10. Febr.) eine Conferenz gehalten, in der die staatischen Commissäre, de Witte unter ihnen, den Brandenburgern erklärten, sie hätten von den Staaten Auftrag „S. Kf. D. als ihrem ältesten und getreuesten Bundesgenossen bekannt zu machen, daß sie ihrem Gesandten in England aufgegeben, alles anzuwenden, damit Dänemark mehr erhalte als in der letzten Convention bedingt sei, weil Schweden durch Tergiversation dem Könige von Dänemark so großen Schaden zugefügt, und daß sie ihrem Gesandten in Dänemark aufgegeben, den Krieg kräftig führen zu lassen."

Allerdings war die Stimmung in den Provinzen gegen den Rathspensionär und dessen Parthei so übel als möglich. Er selbst bekannte, die Geistlichen, die Miliz und das Volk seien für den Prinzen. Aber auch der Handelsstand, die großen Städte sprachen laut und heftig wider ihn; man fand es empörend, daß er für Admiral Opdam, der verdient habe vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden, noch einen Dank obenein beantragte[1]; was hatte dieser Admiral, was die staatischen Gesandten vom schwedischen Könige sich bieten lassen; und nun gar der Affront in Oliva; wahrlich in den Tagen der Oranier wäre dergleichen unmöglich gewesen. So erbittert waren die Gemüther, daß sich Beverning und Nieuport veranlaßt fanden, „durch einen offnen Eid" in der holländischen Versammlung ihr Bedauern über die Acte van Seclusie auszusprechen; und de Witte erklärte, daß er dasselbe thun werde. Er bat Weimann dringend,

---

1) „Die Opdamsche Sache macht viel Werk und sehr scharfes und bittres Disputiren, wobei die großen Städte wollen erweisen, daß sie endlich von den kleinen und also von der Pluralität des Rathspensionärs nicht denken zu dependiren." Weimann, 13. Febr. 1660.

nach Amsterdam zu gehen und mit den Herren da „das Werk der Harmonie" zu besprechen; er rief Gott zum Zeugen an, daß er ohne alle Passion gegen das Haus Oranien sei, wie man ihm vorgeworfen, und daß ihm nichts so sehr am Herzen liege als der Kurfürst „und dessen Conservation".

Daß auf de Wittes besseren Eifer nicht zu viel zu bauen sei, lag auf der Hand. Aber es war schon etwas, daß man ihn nicht mehr „so gar erschrecklich" wie bisher wider sich hatte; und in Amsterdam war Alles für Oranien, für die Rettung Dänemarks.

Diese Stimmungen glaubte der Kurfürst benutzen zu müssen. Er ließ einigen angesehenen Männern in Amsterdam die Frage vorlegen, ob er wohl ein 20 Kriegsschiffe zu Kauf bekommen könne. Mit Eifer wurde der Antrag aufgenommen, die Kosten berechnet: eine Anleihe auf Hypothek des pillauschen Pfundzolles werde ohne Mühe zu machen sein; sofort seien einige kleinere Schiffe von 10—20 Kanonen zu haben, ganz geeignet für den Krieg in Pommern und in den Strömen dort.[1])

Allerdings hatte der Kurfürst die Frage wegen Pommern noch keinesweges aufgegeben. Ob er, wie Mazarin gegen Brand behauptete, in Wien förmlich vorgeschlagen hat im Frühjahr die Belagerung Stettins wieder aufzunehmen, muß dahin gestellt bleiben.[2]) Aber noch waren mehrere Festen im schwedischen Pommern, namentlich Demmin, Wollin, Damm und der ganze Landstrich, den Schweden im Grenzvertrag von 1653 erpreßt hatte, im Besitz der Alliirten. Die Schweden waren nicht in der Lage, sie hinaus zu treiben. Freilich Frankreich hatte gedroht, im Februar marschieren zu lassen; aber es kam der März heran, und dann wurde Colbert nach Wien gesandt, die Räumung Pommerns zu fordern.[3])

1) Weimanns Berichte aus Anfang März. Er verhandelt besonders mit dem Bürgermeister Spiegel und mit den Brüdern Poelsbroeck.

2) Mazarin sagt zu Brand, 13. März: c'est vouloir renflammer la guerre plus quelle ne l'est.

3) Mazarin sagt bei dieser Mittheilung an Brand que dans trois semaines au plus tard on verroit quel seroit le sort de l'Allemagne. Bericht vom 6. März 1660.

Brand meldete: „die Armee, die auf deutschen Boden geführt werden soll, ist noch unsichtbar;“ und die Fürsten des rheinischen Bundes waren nicht geneigt sich zu rühren, ehe Frankreich da sei. Brands Meinung war, daß Frankreich selbst mit einem Angriff auf Cleve nichts anderes erreichen wolle, als die Trennung Brandenburgs von Oestreich; und Turenne bestätigte diese Auffassung, indem er dem Kurfürsten schrieb; er möge seinen Blick darauf wenden, wie er denen, mit welchen er sich verbündet habe, nur zur Leiter diene.[1])

Aber in Wien fanden Colberts Vorstellungen Eingang, entweder weil man den Krieg mit Frankreich fürchtete, oder ihn nicht führen wollte, um Brandenburgs Macht zu vergrößern, oder aus welchen Gründen sonst. Es wurde der Markgraf von Gonzaga nach Berlin gesandt, den Kurfürsten zu überzeugen, daß der Kaiser, der nach wie vor entschlossen sei, allen übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, die Pflicht habe, nicht weiter zu gehen, daß es für ihn keinen andern Weg gebe, den Frieden des Reichs zu retten, als den allgemeinen Frieden mitzuschließen, wenn derselbe auch nicht alles, was man wünschen müsse, biete; der Kaiser werde sich bemühen, daß Brandenburg wenigstens Stettin, wenigstens das in dem Grenztractate an Schweden überlassene Gebiet erhalte; aber da niemand mehr als der Kurfürst den Generalfrieden gewünscht und für denselben gearbeitet habe, so werde er ihn um so unbedeutender Differenzen willen nicht wollen scheitern machen.

König Karl Gustav war am 23. Febr. nach kurzer Krankheit gestorben; ohne seine gewaltige Hand, unter vormundschaftlicher Regierung schien Schweden, erschöpft und zerrüttet durch so schwere Kriege, für lange hinaus nicht mehr gefährlich werden zu können.

1) Der Kurfürst stand mit Turenne, dem Calvinisten, und dessen Mutter eine Vaterschwester der Kurfürstin war, von früher her in Verbindung. Er hatte ihm jetzt von der unerträglichen Uebermacht Schwedens im Norden und den Motiven des Einfalls in Pommern geschrieben; darauf antwortet Turenne, d. d. Paris, 2. März: . . . je ne doute pas qu' Elle ne tourne aussi les yeux sur les degrés, dont Elle sert à ceux, avec qui Elle est unie pour devenir plus puissant qu'il n'est à désirer pour tout l'Empire.

Auch aus dem Reich, von Mainz, Heidelberg, von andern Höfen kamen dringende Bitten nach Berlin, um Pommerns Willen das Reich doch nicht in einen neuen, unabsehbaren Krieg zu stürzen; Cöln, Hessen, die Braunschweiger erboten sich, „Brandenburg nach erfolgtem Frieden dergestalt zu garantiren, daß es sich keiner weiteren Gefahr zu befürchten haben solle". Und wie hätten die Polen um des Kurfürsten und Pommerns Willen den Frieden auch nur verzögern sollen, der, so sagten sie, ihnen dringend nöthig sei, um dem erneuten Andrängen der Moscowiter zu wehren.

Nur Holland konnte es noch hindern, daß es zu einem Frieden kam, der Frankreichs Siege vollendete. Nichts wurde unterlassen, die Herrn im Haag zu entscheidenden Schritten, zur Aufgebung des haager Concerts, zur Forderung des Generalfriedens zu bewegen: „jetzt werde von den Polen und mit Recht gesagt, Dänemark erhalte nicht weniger, nicht mehr, ob Polen Frieden schließe oder nicht; denn das haager Concert habe bereits entschieden; und von den Schweden werde gesagt: das haager Concert sichere ihnen auf alle Fälle gute Bedingungen, warum also den Schluß mit Dänemark übereilen, oder den Holländern irgend etwas zugestehen, oder sie gar bei den Verhandlungen in Oliva mitsprechen lassen?" De Witte versicherte den Kurfürstlichen, die so zu ihm sprachen, mehr als einmal, daß sie ganz seiner Meinung seien. Aber zu rascheren, zu durchgreifenden Entschlüssen war er nicht zu bewegen; „die unbewegliche Maxime des Staates müsse sein, das Geringste nicht zu hazardiren, wodurch man in Ungelegenheiten mit England kommen könne; den Schweden könne man nichts Lieberes thun, als wenn man sie zu hart angreife, dadurch werde man sofort England zu innerem Frieden treiben." Und doch fürchtete er auf das lebhafteste, daß in Oliva geschlossen werde, ehe die Dinge im Sund fertig seien: „man werde doch Dänemark nicht so schändlich verlassen wollen? der Kaiser und Brandenburg müßten den Abschluß des dänischen Friedens zur Bedingung des Abschlusses in Oliva machen; wenigstens die Waffen nicht eher niederzulegen, bis Däne-

mark gerettet sei, fordere ihre Ehre und die Pflicht." Aber daß der Kurfürst, um dieser Pflicht zu genügen, eifrig bemüht war, sich Kriegsschiffe anzuschaffen, gefiel den Herren im Haag wenig; auf die erneuten Anfragen in Amsterdam wurde ausweichend geantwortet, die gegebene Zusage gedeutet, die allerlei Schwierigkeiten hervorgekehrt, „gleich als sähe man nicht gern, daß S. Kf. D. an Schiffsmacht allmählig gedenken solle".

Mit dem Tode Karl Gustavs schwand auch die letzte Aussicht auf thätiges Eingreifen der Staaten: „Schweden werde jetzt nichts als Frieden suchen, Polen und Brandenburg seien damit außer aller Gefahr, des Kaisers halber habe man nicht zu sorgen." Umsonst forderte Weimann und der dänische Gesandte den Rathspensionär auf, wenigstens Schonen jetzt für Dänemark zu fordern; er antwortete: „man müsse, wenn man Gottes Güte recht erkennen, solche Zufälle nicht zum Argen und zum Kriege, sondern zum Frieden brauchen; in dem jähen Tode des Königs zeige der Himmel den Weg, den man gehen müsse; der Friede sei die vollkommene Genugthuung für alles; wenn man auch den treuen Verbündeten wohl eins und das andere noch wünsche, darum könne man nicht Krieg mit England und Frankreich führen wollen." 1)

Gewiß im Sinn de Wittes war, was indeß im Sund geschah. Das Erbieten Schwedens, Drontheim und Bornholm aufzugeben und sich mit geringerem Ersatz als Aggerhus, mit Geldentschädigung zu begnügen, galt Herrn v. Terlon als das höchste, was zugestanden werden könne; als König Friedrich keinesweges damit zufrieden war, hieß es, er sei recusant; und die holländischen Gesandten, wie nachmals gesagt wurde, „durch unerhörte Drohungen des englischen und französischen Gesandten dazu gebracht", sandten an de Ruyter, welcher die schwedische Flotte in Landscrona eingeschlossen hielt, Befehl, seine Station zu verlassen.

1) De Thou erklärte im Haag, daß Frankreich für die Königin Wittwe von Schweden und ihren Sohn alles einsetzen würde (qu'il mettroit le tout pour le tout), um ihnen den roschildischen Tractat zu erhalten. Aitzema p. 758.

Natürlich liefen die Schweden sofort aus, legten sich vor Kopenhagen; das belagernde Heer hatte damit wieder Verbindung mit dem Meer, Zufuhr, Ersatz an Mannschaft; es war gerettet.

Die Nachricht davon rief in Holland unbeschreibliche Entrüstung hervor; selbst in den Staaten General wurde „schrecklich dagegen getobt und geschmäht, so daß auch de Witte für nöthig hielt, seine Misbilligung auszusprechen". Es wurde beschlossen, an de Ruyter den Befehl zur Fortsetzung der Feindseligkeiten zu senden. Aber damit war das Geschehene nicht ungeschehen gemacht.

Begreiflich, daß in Dänemark auch der letzte Rest des Vertrauens zu Holland schwand. König Friedrich sah die Nothwendigkeit sich mit Schweden, so gut es gehen wollte, zurecht zu finden. Auch dem Kurfürsten vergaß er nicht, daß er die Souveränetät des Herzogs von Gottorf anerkannt, daß er beim Tode des Herzogs dem Sohn die gleiche Anerkennung gewährt hatte. Es wurden mit Schweden neue Verhandlungen eingeleitet, ohne daß man Marwitz davon unterrichtete. Auf die dringenden Einreden desselben erklärte der König: man könne ihm keinen Vorwurf daraus machen, daß er in solchen Extremitäten lieber jede Bedingungen annehme, als sich und seinen Staat völlig zu Grunde richte. (7. April.)

Schon waren in Oliva die meisten Artikel festgestellt, die Abtretung Lieflands an Schweden, die Zurückgabe des königlichen Preußens, die Herstellung des Herzogs von Kurland. Auch dem Kurfürsten waren die in den Verträgen der letzten Jahre von Schweden und Polen gewährten Punkte zuerkannt, die Souveränetät Preußens, die Belehnung mit Lauenburg und Bütow, der pfandweise Besitz von Elbing und Amt Draheim u. s. w. Er machte noch einen Versuch Stettin zu erhalten;

1) „Es wäre eine unerhörte Kühnheit, daß deputati sollten so weit gehen dürfen, und da er seines Ortes zuweilen auch wohl etwas wagete, so müsse er bekennen, wenn er alles zusammenbrächte, was er an Jugend und Credit hätte, so glaubte er nicht, daß er es so weit erstrecken würde." Weimanns Bericht, 30. März 1660.

er ließ am Hofe zu Warschau vertraulich seinen Verzicht auf Elbing anbieten, wenn ihm Stettin zugesprochen werde; der König lehnte es ab: es werde dem entschiedenen Willen Frankreichs gegenüber unmöglich sein.

In Oliva wuchs mit jedem Tage die Ungeduld; die Moscowiter waren in Polen eingebrochen, und die Türken hatten Rakoczy von Neuem geschlagen, waren ins Herz Siebenbürgens eingedrungen, bedrohten Großwardein. Im Reich fürchtete man, daß es doch noch zu einem französischen Angriff kommen werde; Waldeck hatte fleißig geworben und stand drohend im Bremischen; die Stadt Münster, von ihrem Bischof immer von Neuem bedrängt, schien entschlossen sich den Schweden in die Arme zu werfen.[1]) Der Friede im Norden war das dringendste Bedürfniß. Nur Holland wünschte ihn noch zu verzögern, um mit dem dänischen Frieden vorauszukommen, um im Schlepptau desselben die elbinger Erläuterungen durchzubringen. Ein Grund mehr auch für den Kurfürsten, nicht weiter zu zögern.

Am 3. Mai wurde der Friede zu Kloster Oliva unterzeichnet[2]); wenige Wochen später folgte der zwischen Schweden und Dänemark.

Freilich sofort, ehe die Ratificationen ausgewechselt waren, begannen sehr üble Differenzen über die Ausführung dessen, was man vereinbart hatte.

Die Schweden hatten noch Elbing inne, das dem Kurfürsten übergeben werden mußte. Um alles gern hätte man ihm diese wichtige Position vorenthalten; die Elbinger selbst wollten um keinen Preis brandenburgisch werden: der König habe gar nicht das Recht gehabt, sie hinweg=

---

1) Weimann berichtet schon 13. Febr.: er fürchte, Aitzema, dem sich die Stadt Münster ganz anvertraut, (er war ihr Agent im Haag) treibe das Werk, um die Kriegsflamme im westphälischen Kreis wieder anzuzünden, gestallt dadurch die kaiserliche, staatische und brandenburgische Force dahin zu ziehen und also durch Dislocation der Alliirten die Schweden zu erleichtern und ihnen neue Lust zu bringen.

2) Für diese Friedenshandlungen hat mir ein lehrreiches Journal der brandenburgischen Gesandten Hoverbeck, Somnitz und Ostau vorgelegen, beginnend mit der Instruction, d. d. Riepen, 13. Jan. 1659.

zugeben; in Danzig wurde ein Versuch gemacht, sogleich die 400,000 Thlr. aufzubringen, für die die Stadt verschrieben war. Der Kurfürst forderte erst Ueberweisung der Stadt, er werde sonst die Festen im schwedischen Pommern nicht räumen. Die Polen antworteten mit der Drohung, sich nöthigenfalls mit Schweden zu vereinen, um ihn da auszutreiben; einstweilen übergaben die Schweden Elbing ihnen. Lisola rieth dringend, nachzugeben und die Polen vor aller Welt ins Unrecht zu setzen; sonst sei Gefahr, daß der Ort in französische Gewalt komme.[1]) In der That erbot sich demnächst der Prinz Condé, wenn er oder sein Sohn, der Prinz von Enghien, zur Krone Polen gewählt werde — die Königin betrieb es mit allem Eifer — dann Elbing zu lösen und der Republik als Geschenk zurückzugeben. Unter immer neuen, nichtigen Vorwänden vorenthielt man dem Kurfürsten die Stadt. Er hat sie nie erhalten. Daß er dafür Braunsberg zurückbehielt, war bei Weitem kein Ersatz.

Es gab noch andre Streitigkeiten, kleine und große, über die danziger Post mit Polen, über Waldecks Amnestie mit Schweden, über des Gottorfers Souveränetät mit Dänemark, vor Allem über die Souveränetät Preußens mit den preußischen Ständen, ein Streit, der bald zu den härtesten Conflicten führen sollte.

Der Friede war da, und doch nicht Friede. Die Nahestehenden hatten von dem, was geschehen, was Neues geworden war, kaum eine andre Empfindung, als die der Mühe und selbst Gefahr, welche nach der Geburt noch die Nachgeburt mit sich bringt.

Manchen unter ihnen schien nach den Anstrengungen, die Brandenburg gemacht hatte, das Ergebniß unverhältnißmäßig gering. War denn die Souveränetät in Preußen viel mehr als eine Ehrensache? war sie ein Zuwachs an Gebiet und Mitteln? Freilich die kleinen Herrschaften Lauenburg und Bütow hatte der Kurfürst zu Lehn, das Amt Draheim zu

---

1) Hoverbecks Bericht vom 8./18. Aug. 1660: „Lisola sagt, daß es den Polen leid sein möchte, wenn E. Kf. D. nachgeben und durch Benehmung dergleichen Chikane, wie er es nennt, sie vor der Welt in ihr tort setzen."

Pfand gewonnen; aber nicht von Schweden, sondern von Polen, der befreundeten Macht, und die elbinger Frage schien gerade genug, dieser Freundschaft gründlichst ein Ende zu machen. Von der Krone Schweden hatte er nicht das Geringste gewonnen, nicht einmal die Revision des Grenzvertrages von 1653, nicht einmal, daß Schweden nicht mehr an den hinterpommerschen Licenten Theil habe; Schweden blieb nach wie vor Herr der Odermündungen, und im Rücken Brandenburgs im Besitz der offensiven Stellungen gegen die Havel und Elbe, wie gegen die Warte. Und was schlimmer war, Frankreich hatte es in diesem Besitz geschützt, der wiener Hof es geschehen lassen; und unter den deutschen Fürsten hatten viele für die Erhaltung Schwedens in Pommern ihre Stimme erhoben, auch nicht einer für Brandenburg; als wenn es ein deutsches Interesse wäre, daß Schweden stark sei, nicht daß Brandenburg stark werde.

Stand Brandenburg nach dem Frieden nicht isolirter, als es vor dem Frieden gewesen war? Es hatte sich aus den immerhin engen und lähmenden Verhältnissen des Reichs in den Strudel der allgemeinen Politik gewagt; nun in Mitten desselben, dem rachedürstenden Haß Schwedens, der Eifersucht Oestreichs, der unverhohlenen Misgunst Polens, dem beleidigten Stolz Frankreichs gegenüber, war es ohne irgend einen sichern Rückhalt, mit weit auseinander liegenden Gebieten, durch den schweren Krieg auf das höchste erschöpft, Angesichts schwerer innerer Verwickelungen. Mancher Besorgliche mochte seufzen: o weh, wir haben gewonnen.

Dem freieren Blick mußte sich eine andere Auffassung der Lage ergeben.

Als die schwere Krisis begann, hatte Brandenburg zu wählen gehabt, ob es willenlos der Gewalt der Umstände weichen, ob selbstständig wollend und handelnd sie benutzen wolle. Es hatte den kühneren Weg gewählt; es hatte mit höchster Anstrengung aller Macht, mit Kühnheit, List, dreistem Wechsel der Politik, dreisteren Combinationen auch entlegener Verhältnisse am meisten dazu gethan, daß die wilde Politik

Schwedens matt gesetzt, die schützende Hand, die Frankreich über das Reich zu halten sich berufen hielt, zur Seite geschoben wurde.

Mochte schließlich Schweden in dem Besitz der offensiven Stellungen, die es im Frieden von 1648 gewonnen, erhalten sein, es hatte nicht mehr das wehrlose Norddeutschland von damals sich gegenüber. Jetzt gab es dort einen Staat, der verstanden hatte, sich ein Heer zu schaffen, ein Heer, das bei Warschau, in Jütland, auf Fünen erprobt war.

Mochte Frankreich mit dreister Zudringlichkeit in Wien, in Frankfurt, am Sund, überall sein diplomatisches Uebergewicht zur Schau stellen, in Paris selbst empfand man gar wohl, daß am wenigsten Brandenburg davon geblendet war, daß der Kurfürst auch den Krieg mit Frankreich nicht gescheut hätte, und daß dieß stolze Frankreich, wenn nicht die östreichische Politik vorgezogen hätte zu weichen, in der beschämenden Lage gewesen wäre, den Krieg, den es so tapfer gedroht hatte, vorerst zu vertagen.

Mit dem Frieden von Oliva war nicht alles erreicht, was erreicht werden konnte. Aber mehr als dies und jenes Einzelne bedeutete das Ganze; der Friede bezeugte, daß sich im Bereich der baltischen Welt zu Gunsten Deutschlands eine Veränderung von unabsehbarer Wirkung vollzogen habe, und daß sie in das Staatensystem Europa's aufgenommen, daß sie völkerrechtlich begründet sei.

Es war ein Ereigniß für Deutschland und Europa, daß sich aus dem Gewirr deutscher Territorien, aus der Erschlaffung und Ohnmacht des deutschen Wesens ein Staat erhoben hatte, der militärisch, evangelisch, trotz der Libertät seiner Stände und des Particularismus seiner Theile Eine Macht, verkünden konnte, daß er in seinen Interessen die Deutschlands vertrete, — ein Staat, der den Willen und die Macht hatte, die deutsche Freiheit auch ohne Frankreich, das Evangelium auch ohne Schweden gegen die östreichische Politik zu vertreten, und der, in gleichem Recht neben Oestreich, stark genug und bereit war, Hand in Hand mit dem Kaiser Deutschland gegen die Anmaßungen des Auslandes zu schützen.

Die erste Frucht der Erhebung dieses norddeutschen Staates, die

Morgengabe, die er dem deutschen Wesen brachte, war die Befreiung eines deutschen Landes von slavischer Oberherrschaft, seit zwei und mehr Jahrhunderten endloser Verluste an allen Grenzen unserer Nation die erste Wiedereroberung.

Der Gedanke, das Herzogthum dem Reich einzuverleiben, hatte beim Kaiserhofe und beim officiellen Deutschland keinen Anklang gefunden. Es war nur ein neuer Beweis, daß Kaiser und Reich nur noch dem Namen nach das Interesse Deutschlands vertraten. Es hätte schon damals gesagt werden können: Deutschland hat gewonnen, was Brandenburg erworben hat.

Der Versuch, aus den Formen des officiellen Deutschlands eine neue reichsrechtliche Ordnung zu entwickeln, welche die gemeinsamen Interessen Aller umfaßte und zu sichern vermocht hätte, war gescheitert. Und die noch vorhandenen Formen, der Reichshofrath, die Reichsdeputation, die Kreisordnung u. s. w., sie zeigten, wie die alten unwahr gewordenen Bildungen nur noch dazu dienten, Namens des Reichs Willkühr zu üben und fremdem Einfluß das Thor zu öffnen. Um so bedeutsamer war es, daß Brandenburg mit der Souveränetät in Preußen aufhörte, nur ein Glied des Reichs zu sein. Es stand nun mit dem dritten Theil seines Gebietes außerhalb des officiellen Deutschlands. Nicht wie Schweden, Dänemark, Spanien, denen die Reichslande, die sie besaßen, nur Anhängsel ihrer Kronen waren; für Brandenburg blieb der Schwerpunkt seiner Macht und seiner Politik das Kurfürstenthum und die Kurlande. Nicht wie Oestreich, das auch mit seinen Erblanden aufgehört hätte, in der Reichsgemeinschaft zu stehen, wenn man versäumt hätte, es mit der Kaiserwahl an die Spitze desselben zu stellen, sondern darauf gewandt, neben den leeren Formen des Reichs und den allerlei Competenzen, welche die reichspublicistische Theorie jetzt mit wachsendem Eifer in die Luft zeichnete, die thatsächliche Wirkung und Geltung zu gewinnen, welche der Macht gebührte, die, ihre Interessen vertretend, die deutschen vertrat; nicht die des abge-

storbenen und in sich unwahren officiellen Deutschlands, sondern des Deutschlands, das trotz aller territorialen und confessionellen Zerrissenheit erhalten oder hergestellt werden mußte, wenn der Nation ihre Zukunft gerettet werden sollte.

So folgte der Friede von Oliva dem westphälischen, nicht als Ergänzung oder Fortbildung, sondern als dem Schlag der Gegenschlag. In Osnabrück und Münster Deutschland in tiefster Erniedrigung, in Oliva die erste Staffel der Erhebung, die Befreiung des Kerns jener Lande, die unsere Nation einst das neue Deutschland genannt hat. Dort, nach furchtbaren Agonien, der Tod des alten Reiches, die Auflösung des entseelten Riesenleibes; hier der Anfang eines neuen Werkes, der Grundstein für ein dereinstiges nationales Deutschland. Dort die beiden fremden Kronen als Sieger und Schiedsrichter über Deutschland; hier die eine von ihnen durch eine Coalition unter Führung der beginnenden norddeutschen Macht auf das Aeußerste gebracht und nur mit Mühe von der andern aufrecht erhalten. Dort die Grundlegung eines europäischen Staatensystems, das sich um das versunkene Deutschland rings in Willkühr und Gewalt zu erheben eilt; hier die erste maaßgebende Berichtigung desselben, eine neue Machtgestaltung aus dem eingesunkenen Krater emporsteigend, ein Steigen, dem eine Gesammthebung des deutschen Bodens folgen wird.

Es sind nicht bloß die deutschen Verhältnisse, deren große Wendung der Friede von 1660 bezeichnet und besiegelt. Wie furchtbar hatte sich die Zukunft Europa's angelassen, als die drei großen Aggressiv-Mächte sich die Hand boten zu gemeinsamer Action, als der nordische Eroberer sich vermaß, alte Reiche zu theilen und legitime Throne zu vernichten, als das königsmörderische England auf den Oceanen das gleiche Gewaltrecht zu üben begann, als Hand in Hand mit ihnen, welche die Rettung des Evangeliums vor dem Antichrist in Rom auf ihr Banner schrieben, der Cardinal, unter dessen ministeriellem Joch Frankreich keuchte, die deutsche und europäische Freiheit gegen die „Monarchie“ zu beschirmen verkün-

dete. Den Waffen des Schwedenkönigs, der Hypokrisie des Protectors, den diplomatischen Ränken des Cardinals, der großen Lüge dieser großen Politik schien Europa erliegen zu müssen. Selbst die Staaten hatten die Bedingung ihrer Existenz, die Erhaltung des Gleichgewichts, verläugnet, hatten sich vor der Gewalt der usurpatorischen Mächte gebeugt, hatten dem Haß Englands gegen das königliche Blut die Seclusion der Oranier dargebracht; sie hatten im haager Concert das verbündete Dänemark preisgegeben, wie sie im Anfang des Krieges das verbündete Brandenburg im Stiche gelassen, es so gezwungen hatten, den Unterwerfungsvertrag zu unterzeichnen. Daß Friedrich Wilhelm sich loszuwinden, die verlorene mittlere Stellung im Osten wiederzugewinnen verstanden, daß er dort den Vorkampf gegen Schweden, in Frankfurt den gegen Frankreich übernommen hatte, war der Wendepunkt der europäischen Verhältnisse gewesen. Jetzt war der wilde Sturm gebrochen. Polen war nicht getheilt, Dänemark nicht unterjocht; in England hatte die Usurpation und die Republik ein Ende, und unter dem unendlichen Jubel des Volkes war das legitime Königthum hergestellt; schon suchten auch in Holland die Feinde des Hauses Oranien die Versöhnung mit demselben; nur Oestreichs Wille hatte gefehlt, und auch Frankreich wäre in die gebührenden Schranken zurückgewiesen worden.

So, in dem großen Zusammenhang der europäischen Politik, in der Rettung der erhaltenden Kräfte gegen den politischen und religiösen Radicalismus, der Legimität gegen die Usurpation, des öffentlichen Rechts gegen Willkühr und Gewalt hatte Brandenburg seinen ersten großen Waffengang vollbracht.

Es hatte eine Stellung genommen, die auf ein großes europäisches Bedürfniß gegründet war. Und dieß Bedürfniß blieb und wuchs in dem Maaße, als neue Kämpfe das Gleichgewicht Europas heftiger erschütterten.

Es kam darauf an, ob der ruhmgekrönte Fürst im Stande sein werde, seine innere Politik auf der Höhe dieser Aufgabe zu halten, ob er die Mittel finden werde, sie durchzuführen.

Souveränetät oder Libertät.

Niebuhr hat in der traurigen Zeit der Fremdherrschaft sich mit dem Plan getragen, „eine authentische Geschichte der inneren Herstellung der brandenburgischen Staaten nach dem dreißigjährigen Kriege auszuarbeiten," ein Gegenstand, sagt er in einem Briefe vom 1. Juli 1811 an den König, „von practischer Wichtigkeit und tröstlich bei dem Anblick der jetzigen Leiden des Vaterlandes."

Etwas von dem Interesse, das Niebuhr für die Geschichte der Verwaltung jener Zeit in Anspruch nahm, hat jetzt vielleicht die der ihr zur Seite gehenden Verfassung. Nicht so, als ob sich heute die Aufgaben von damals wiederholten; aber die Art, wie der Kurfürst zu seinem Ziele gelangte, zeigt, welcher Maaßhaltung und Besonnenheit, welcher Geduld und Selbstbeherrschung es bedurfte, ein Werk zu gründen, das zwei Jahrhunderte auf den von ihm gelegten Fundamenten sicher gestanden hat. Aber zugleich wird der aufmerksamere Blick nicht verkennen, wie in diesen ersten Formungen die Stärken und die Schwächen des Werkes, das da begründet worden, mitbegründet sind.

Für unsre Betrachtungen steht die Frage, wie aus den brandenburgischen Territorien Ein Staat geworden ist, im Mittelpunkt.

Aus der politischen Theorie, mag sie lehren, daß der Staat eine Entwickelung der Rechtsidee sei, oder daß der Wille des Volkes ihn schaffe, oder daß er auf dem Wege der Naturwüchsigkeit entstehe, ist für die Beantwortung jener Frage eben so wenig zu gewinnen, wie aus jener Thatsache für die Begründung der einen oder andern Theorie.

Wir haben in einer Reihe einzelner Verhandlungen die Richtung kennen lernen, in der sich die innere Politik des Kurfürsten bewegte. Indem wir nun diejenigen darzulegen haben, in denen das, was er „seinen Staat" nannte, einen ersten formellen Abschluß erhielt, hat es ein doppeltes Interesse, die starken und positiven Momente seiner Neuerungen ins Auge zu fassen.

Man kann wohl sagen, daß die Noth der Zeiten ihn in diese Bahnen geführt hatte, als dem verhängnißvollen Kriege, in dem der Nation die längst brüchigen Formen ihrer politischen Existenz zusammenbrachen, der verhängnißvollere Friede folgte, der die gelösten Glieder des Reichs, jedes für sich, der eigenen Ohnmacht und dem selbstsüchtigen Druck fremder Interessen Preis gab. An Brandenburg zuerst schien sich der ganze Jammer dieses Friedensstandes bethätigen, in neuen Demüthigungen, Mishandlungen, Beraubungen dargelegt werden zu sollen, was politisch die Ohnmacht bedeutet. Wir sahen, wie der junge Kurfürst alle Kraft seiner tieferschöpften Lande anspannte, um nicht das Aeußerste zu dulden. Mochten Andere sich getrösten, daß doch Kaiser und Reich noch da seien, und denen die Pflicht obliege, im Fall der Gefahr für sie einzutreten, er sah, daß er, um sicher zu sein, sich selbst sichern müsse, daß seine Ehre, sein Recht, seine Existenz durch die Macht bedingt sei, mit der er für sie eintrat. Mochten die „Publicisten" lehren, wie eigentlich das Reich geformt sein müsse, wie zwischen allen christlichen Staaten Frieden und Recht begründet und in rechtlicher Geltung sei, die sehr derben Wirklichkeiten ließen ihn erkennen, daß in der Staatenwelt Macht gegen Macht steht, und daß das Wesen des Staates zuerst und zuletzt Macht ist, Macht zu Schutz und Trutz für diejenigen, welche er umfaßt, daß erst innerhalb des so festen Rahmens die weiteren Segnungen, die der Staat zu schaffen oder zu erhalten hat, möglich werden.

Gegen diese Nothwendigkeit, stark genug zu Schutz und Trutz zu sein, erschien ihm vorerst jede andere Rücksicht untergeordnet. Von seinen Landen und Ständen forderte er als erste Pflicht, ihm diese Macht

schaffen zu helfen. Wie immer die besonderen Rechte seiner Territorien ihn binden, wie völlig geschieden sich jedes von dem andern fühlen mochte, zu diesem Zweck mußten sie zusammenwirken; in seinem landesherrlichen Amt sah er die Pflicht und das Recht, es zu fordern und nöthigenfalls zu erzwingen.

Ehedem war dies Recht und diese Pflicht bei Kaiser und Reich gewesen; aber in der Erschlaffung der kaiserlichen Macht hatte die Libertät je tiefer hinab, desto breiter sich ausgelegt, bis endlich das letzte Menschenalter über die Resultate dieser Entwicklungen im Reich ein furchtbares Gericht gebracht, die staatliche Bedeutung des Reichs todt gesprochen hatte. Jetzt trat der Kurfürst seinen Ländern für jenes Recht und jene Pflicht ein. Waren die territorialen Rechte und Verfassungen unter Voraussetzung der schützenden Macht des Reiches so geworden, wie sie waren, sie waren unwahr und unmöglich, seitdem das ergänzende Leben des Ganzen, dessen Glieder sie gewesen, erloschen war; erst indem sie sich zu einem neuen Körper zusammenlebten, hörten sie auf, eines Leichnams Glieder zu sein.

Viele Territorien im Reich, der Zahl nach die meisten, kamen nicht dazu, sich so zu sammeln und neu zu beleben; sie blieben in dem Zustand der politischen Versunkenheit, in dem dann das alte Recht und Herkommen „naturwüchsig" genug weiter vegetirte; da hatte die Libertät gute Tage, wie das wimmelnde Leben in der Verwesung. Und in den brandenburgischen Territorien war vorerst Jammer und Erbitterung vollauf, daß es ihnen nicht eben so gut wurde; mit äußerstem Widerstreben fügten sie sich dem harten Willen, der sie emporzwang, und der scharfen Zucht, die sie nicht zurücksinken ließ.

Nicht die Härte, mit der dieser Wille durchgesetzt wurde, begründete sein Recht; nicht darin hat die Idee des Staates ihre geschichtliche Rechtfertigung, daß sie Gewalt üben, beschworenes Recht brechen, die Gewissen verletzen kann. Oft genug ist im Namen des Staats auch Thörichtes, Willkührliches, Empörendes gethan worden; die Gewaltacte

Philipps II. gegen die Niederlande, die monarchische Willkühr der Stuart in England, die dunklen Pläne der deutschen Ferdinande sind zu Schanden geworden, weil sie verkannten, daß die Idee des Staats nur so weit mächtig ist, als sie um ihrer selbst Willen und in der Wahrheit ihres Wesens geltend gemacht, als sie nicht entwürdigt wird, Mittel für confessionelle, dynastische, Partheizwecke zu sein.

Als der Kampf der preußischen Stände gegen die Souveränetät auf seiner Höhe war und einem der Deputirten gesagt wurde, daß sie von keiner Seite Hülfe finden, daß sie selbst nicht stark genug sein würden, ihre Sache durchzusetzen, daß sie sich und ihr Land ins Unglück stürzten, antwortete er: „dann hätten sie immer noch den Trost, daß sie in S. Kf. D. einen gütigen und gnädigen Herrn hätten."

Auch wenn er es nicht gewesen wäre, nicht hätte sein wollen, die Gefahr seiner Lage zwang ihn, schonend, versöhnlich, gemäßigt zu sein. So überzeugt er sein mochte, daß das, was er wollte, recht und nothwendig sei, fast noch wichtiger war, daß er es auch auf die rechte Weise durchführte, nicht durch Ungeduld und Eigenwilligkeit die Durchführung unmöglich machte oder zum Unsegen verkehrte. Er durfte nicht bloß siegen, er mußte die Besiegten versöhnen und emporheben wollen. In dem Maaße, als er es mit seinem Staat wahr und ernst meinte, lag ihm selbst am meisten daran, daß ihnen alle Segnungen zu Theil würden, die in dem Wesen des Staates liegen; je reicher und allseitiger sie sich ergossen, desto mehr erfüllte sich ihm das Wesen des Staates, Macht zu sein.

Denn Macht ist mit Nichten bloß in den Mitteln der rohen Gewalt. Je mehr im Staat die Idee des Rechtes Alles durchdringt und festigt, je mehr geistige und materielle Güter unter seinem Schutz gedeihen und gedeihend einigen, je mehr es denen, die er umfaßt, wie zur angebornen Natur wird, ihm zu gehören und sich in seiner Art und Richtung, in seiner Pflicht und Ehre zu fühlen, je mehr sie so zu Einem Volk zusammenwachsen, dessen Wille ihn trägt, dessen Geist und

Gedanke in ihm seinen Ausdruck hat, desto mächtiger wird er und ist er.

Der Gedanke des Staates war es, der damals aller Orten zu neuen Formungen durchbrach; am glänzendsten in der Monarchie Ludwig XIV., in radicalster Gestalt unter Cromwells Protectorat, wenigstens in confessioneller Energie in den östreichischen Landen. Selbst in Polen wurde nach der Niederlage von 1655 daran gedacht, die Krone absolut zu machen, um die Republik zu retten. Und Ritter Terlon schreibt 1659 seinem Könige: „Dänemark ist nicht zu retten, wenn der König nicht absolut wird"; es folgte da demnächst die Gründung des „Königsgesetzes", das den König über jedes Recht und Gesetz, über jeden Eid stellt, nur dieß Königsgesetz und den Eid darauf ausgenommen, das ihm alle „Macht und Gewalt", alle Attribute der unumschränktesten Machtvollkommenheit, auch diejenigen, „welche noch irgend gefunden werden möchten", beilegt.

Auch Friedrich Wilhelm hat mehr als einmal den Ausdruck gebraucht, daß er sich absolut machen wolle.

Er meinte damit nicht etwa die Befugniß, sultanhaft wie über Rechtlose und Sclaven Herr zu sein, über Personen und Sachen nach Willkühr zu verfügen. Sein Absolutismus war weder practisch von so imponirender Wirkung, wie der des französischen Königs, noch theoretisch so radical, wie der des dänischen; die wüste Frivolität, zu der sich die Unumschränktheit an andern Höfen so bald ausprägte, war an dem des Kurfürsten durch die strenge Ehrbarkeit des Bekenntnisses, dem er mit ganzem Herzen anhing, ausgeschlossen; am wenigsten fiel es ihm ein, seine Gewalt im Interesse seiner Kirche zu misbrauchen, er machte in kirchlichen Dingen seine landesherrliche Macht nur geltend, um den Frieden der Bekenntnisse und die Freiheit der Gewissen zu wahren.

Sein Absolutismus hat wenig von dem an sich, was den Namen nachmals verhaßt und verächtlich gemacht hat. Es ist der Mühe werth, zu beachten, in welchem Sinn er absolut zu sein in Anspruch nahm. Er

traf damit die Libertät und zwar in den beiden Momenten, welche sie so verderblich gemacht haben.

Denn die Summe der hergebrachten Zustände war, daß die öffentliche Macht und ihre Functionen in den Privatbesitz von Einzelnen und Corporationen zerbröckelt und zu nutzbaren Rechten entartet, daß der Unterschied von öffentlichem und Privatrecht so gut wie verwischt war. So war die unterste Stufe dieser intermediären Gewalten unverantwortlich, unumschränkt, zum Herrenthum über Hörige und Leibeigene geworden; jede höhere Stufe war um so viel gebundener und abhängiger, an der Spitze endlich der leere Name der höchsten Obrigkeit. Was die arbeitenden und erwerbenden Classen dem Oeffentlichen zu leisten hatten, das blieb so gut wie ganz in jener unteren Schicht obrigkeitlicher Functionen; und von der Bewilligung derer, die sie inne hatten, den Herren Ständen, hing es ab, was davon für die Zwecke des Ganzen abgegeben und verwendet werden sollte.

Solche Misformungen sicher zu stellen, hatte die Libertät eine Fülle von Anlehnungen und Deckungen, von Competenzen, die gleichsam excentrisch lagen, zu schaffen verstanden. Wie vieles der Art hatte das Doppelverhältniß zum Reich und zur Kirche entwickelt; dann hatten die Territorien in den Reichs- und Kreisordnungen, in der Garantie benachbarter Territorien oder fremder Kronen, in Erbhuldigungen und Eventualbelehnungen Hülfen vollauf.

Man muß diese Gestaltung der deutschen Libertät im Reich wie in den Territorien beachten, um zu begreifen, warum sie nicht fähig war, zu einer rechten Aristokratie zu werden, wie deren England sich rühmt. Mehr egoistisch als politisch, mehr auf ihre Rechte bedacht, als auf ihre Pflichten eifersüchtig, blieb sie stagnirend, unfruchtbar, absterbend, und die Kraft der neuen staatlichen Bildungen erwuchs trotz ihrer, auf ihre Kosten.

Wenn Friedrich Wilhelm des Willens war, sich absolut zu machen, so meinte er damit zweierlei.

Einmal, daß der Staat von denen, die er umfaßt, nicht nach dem Belieben der Herren Stände erhalte, sondern kraft seiner Pflicht fordere, was er braucht, um zu Schutz und Trutz stark genug zu sein, daß die Lande, um nicht immer von Neuem fremder Willkühr und Gewalt Preis gegeben zu sein, das Erforderliche leisten und in dauernder Weise leisten, um die Macht zu erhalten, in der sie die Gesammtbürgschaft ihrer Sicherheit haben.

Sodann, daß über den Fürsten und seinen Staat nicht mehr höhere Competenzen, fremde Garantien für innere Verhältnisse, Interventions- und Aufsichtsrechte unbetheiligter Dritter stehen dürfen, daß die Lande und deren Stände mit ihren Rechten und Freiheiten, mit ihrem Wohl und Wehe sich ihrem Fürsten und seinem Staat anvertrauen, daß sich ihnen innerhalb dieses Staates die Ordnung und Thätigkeit aller staatsrechtlichen Beziehungen zusammenschließe und schließe.

In diesen beiden Richtungen der Souveränetät nach Außen, der Unumschränktheit im Innern bewegte sich die Politik des Kurfürsten. Jeder Schritt weiter in der Souveränetät minderte den Widerstand seiner Stände; jeder Erfolg der Unumschränktheit machte seinen Staat nach Außen hin abgeschlossener und concentrischer. Je weniger in gewaltsamer Weise, je mehr in vertragsmäßiger Form und in rechtlichen Begründungen diese Umbildung durchgeführt werden konnte, desto fester in sich und nach Außen wurde das neue Werk gegründet.

In denjenigen Territorien, die, gleich den Marken, nur innerhalb der Reichs- und Kreisordnungen standen, hatte das keine ernstliche Schwierigkeit. Wenn es auch mit den Ständen von Minden, von Pommern, denen der Marken noch mancherlei harte Erörterung über Contribution, Accise, kirchliche Fragen u. s. w. gab, in Kaiser und Reich eine höhere Instanz zu sehen, waren sie schon seit lange entwöhnt oder verlernten sie in dem Maaß schneller, als ihnen der erstarkende Staat ihres Kurfürsten einen sichern Schwerpunkt gab.

Anders waren die Verhältnisse in Cleve-Mark und in Preußen;

„wir wollen es machen wie die in Cleve", sagte man in Preußen[1]); sie begriffen, daß sie die gleiche Sache hatten.

Die Stände in Cleve-Mark.

Die Stände hatten den vierfachen Rückhalt der Union mit Jülich-Berg, der holländischen Garantie und Besatzung, der Rivalität des Pfalzgrafen gegen Brandenburg, des kaiserlichen Einflusses, zumal so lange die Frage des Erbrechtes noch erst rechtskräftig zu entscheiden, der jetzige Besitz nur provisorisch war.

Wie diese Stände die Gunst ihrer Lage auszubeuten verstanden, zeigten die Recesse von 1649 und 1653. Sie hatten sich Rechte zu ertrotzen gewußt, wie sie in keinem deutschen Territorium erhört waren; und auf diese Recesse wurden die Räthe, die Amtleute, alle „Gebot und Verbot Habenden" vereidigt; das Recht, nach Belieben, ohne landesherrliche Controlle oder Mitwirkung Versammlungen zu halten und Beschlüsse zu fassen, vollendete die Unabhängigkeit dieser Stände.

In dem Maaße, als ihre Freiheiten größer wurden, leisteten sie weniger für die öffentliche Ordnung und die gemeine Wohlfahrt des Landes. Seit Jahren lagen ihnen landesherrliche Entwürfe zu Polizei-, Wasser-, Wegeordnungen, zu einer Land- und Hofgerichtsordnung, Anträge zur Revision der Landesmatrikel u. s. w. vor, ohne daß sie Zeit fanden, darüber in Verhandlung zu treten. Ihnen schien alles gethan, wenn sie die landesherrliche Macht minderten und ihre eigenen Rechte und Freiheiten mehrten.

Die schweren Kriegsjahre hatten Lasten genug über das Land gebracht, zu Klagen Anlaß genug gegeben; aber in Allianz mit Branden-

---

1) Schwerins Bericht aus Königsberg, 24. Juni 1661; er fügt hinzu: „ich möchte wohl wünschen, daß nicht so viele Zeitungen von da anhero geschrieben würden."

burg hatte weder Holland noch der Kaiser sich der Klagenden annehmen können; und daß der Pfalzgraf so entschieden auf französischer Seite stand, lockerte auch das Verhältniß zu ihm und der Union.

Wenn dann Statthalter und Regierung zu Cleve Steuern ausschrieben, Truppen warben, Einquartierung einlegten, so protestirten zwar die Stände, aber sie ließen geschehen, was sie nicht ändern konnten. Und wen trafen am Ende die Lasten? Nach der hergebrachten Quotisation hatten die reichen Städte in Cleve $^1/_6$, die zahlreichen in Mark $^1/_{12}$ der Steuerlast zu tragen; das Uebrige fiel auf das platte Land, natürlich nicht auf die Prälaten, Herren und Ritterschaft, die in ihrer „wohlhergebrachten Freiheit und Exemtion" weder Steuern noch Zölle zahlten. Was sie verwilligten, hatten die Bauern, Büdner, Tagelöhner aufzubringen. So geschah es, daß, „wenn der reiche Bürger in Hamm, Cleve, Wesel 5 bis 6 Thlr. zahlte, der ärmste Mann auf dem Lande 15 Thlr. und darüber, der Bauer 70 bis 80 Thlr. zahlen mußte."

Es hatte seinen guten Grund, daß hier unter den Ständen die Städte am hartnäckigsten waren, die Landesfreiheiten zu behaupten. Auf das Aeußerste fürchteten sie die, wie sie gern sagten, „hochnöthige Revision der Matrikel"; den immer neuen Geldanträgen der Regierung mit Vorbehalten, theilweise, als könnten sie auch das kaum erschwingen, nachgebend, brachten sie dann um so zahlreichere Beschwerden, denen abgeholfen werden müsse, ehe man an Weiteres denken könne.

So wieder 1659; als ihnen die unvermeidliche Einquartierung von drei Regimentern zu Roß und zwei zu Fuß angekündigt wurde, erklärten sie sich nach langem Disputiren bereit, 80,000 Thlr. zu geben, mit der Bedingung, daß ihre Gravamina erledigt würden. Die von Cleve reichten funfzehn, die von Mark sechsunddreißig Artikel ein; aber die landesherrlichen Bescheide, die darauf erfolgten (27. Jan.), schickten sie als ungenügend zurück, „also daß status turbatus fortdauert".

Der Kurfürst ließ am 4. April die Stände nach Duisburg beschei-

den, um diese und andere Dinge in Ordnung zu bringen. Zugleich forderte er die Revision der Matrikel.

Dann folgte der Abschluß des Friedens, die Rückkehr Karls II. nach England. Friedrich Wilhelm befahl, auch diese in den Rheinlanden durch ein kirchliches Dankfest (29. Juli) zu feiern und die Geistlichen zu veranlassen, daß sie „die Gemüther dahin lenken", in welche Tyrannei England durch den Widerstand gegen die Obrigkeit versunken gewesen sei, und wie es jetzt „seinen König ohne Limitation und Beschränkung aufgenommen, sich einzig verlassend auf seine königliche Parole".

Die Stände hatten sich zu Duisburg entschuldigt: der Armuth wegen könnten sie jene 80,000 Thlr. nicht so schnell beschaffen, zum 1. Mai folgenden Jahres wollten sie ein erstes Drittel zahlen, wegen der Matrikel Deputirte ernennen, u. s. w.

Der Kurfürst glaubte den Moment gekommen, diesen Dingen ein Ende zu machen. Er kündigte seine demnächstige Ankunft in Cleve an; er ließ zugleich den Ständen eröffnen (14. Aug.): sein Wunsch sei, daß auch ihre Lande „die lieblichen Früchte des Friedens nun wirklich genießen möchten"; sie hätten so oft ihre vollkommene Devotion und Treue versichert, daß er nicht zweifle, sie würden nun auch „zu den Worten die Thaten folgen lassen"; er habe die Recesse durchsehen und sie so verändern lassen, wie es zum Besten des Landes nothwendig und dem Wunsch vieler getreuen Stände gemäß sei; dieser neue Receß solle den Ständen gegen Rückgabe der früheren von 1649 und 1653 ausgehändigt werden; er habe ihn so eingerichtet, daß die Stände vollkommen damit befriedigt sein könnten; er habe gewisse Ursachen, warum er das Werk in ganz Kurzem abgethan sehen wolle; in Verhandlungen darüber wolle er sich nicht einlassen.

Man hätte sich alles Andern eher versehen, als eines solchen Schrittes. Daß der neue Receß alle hergebrachten Rechte, so weit sie nicht in das landesherrliche Regiment eingriffen, anerkannte, daß er

selbst Dinge, wie das ausschließliche Recht der Landeseingebornen[1]) zu Lehn und Aemtern im Lande unberührt ließ, wurde nicht beachtet. Man sah nur die unerhörte Vernichtung so vieler wohlerworbener Rechte und die nicht minder unerhörte Art, wie sie dem Lande geboten wurde. Man glaubte nicht anders, als daß es auf einen Gewaltact abgesehen sei, daß der Kurfürst nur kommen wolle, um die Stände mit gewaffneter Hand zur Annahme zu zwingen.

In der That kam aus Berlin Befehl an den Obristen Syburg, mit seinem Regiment ins Clevische zu marschieren. Die Bestürzung war grenzenlos. Fürst Moritz eilte, den Kurfürsten auf die höchst bedenklichen Folgen eines Gewaltschrittes aufmerksam zu machen; er bat dringend um ein behutsameres Verfahren, „mit Glimpf und Beruhigung der Gemüther werde man bessern Bestand für die Zukunft und höheren Ruhm bei der Nachwelt gewinnen". Er hoffte die Stände von der Nothwendigkeit der Annahme überzeugen zu können; er ließ, um ihnen den gnädigen Willen des Kurfürsten zu zeigen, ein paar Compagnien von Spaen's Regiment, das im Lande stand, abdanken und weitere Verabschiedung hoffen.

Zum 28. September kamen die Stände in Cleve zusammen; „mit Bekümmerniß" hörten sie des Fürsten Statthalter Eröffnungen. Unter den obwaltenden Verhältnissen, sagten sie, könne von den 94,000 Thlrn., die zur Abdankung der Truppen, zum Unterhalt der Garnisonen in Hamm, Lippstadt, Calcar gefordert wurden, nicht die Rede sein; sie forderten Ausweise über die angeordneten Truppenmärsche, die das Land in Schrecken gesetzt hätten. Den neuen Receß weigerten sie sich, entgegenzunehmen; die von den Städten sagten: sie seien nicht darauf instruirt, sie müßten ihn erst hinter sich an ihre Principalen bringen.

Aber von Berlin erfolgte die Weisung: vor Ankunft des Kurfürsten müsse der Receß angenommen sein, dann erst werde er sich auch in

1) „jus indigenatus, hätte bald gesagt indignitatis," schreibt Wortmann.

Betreff der Regimenter so erklären, daß das Land seine väterliche Affection spüren werde. Er erwarte, daß der Statthalter es zu keinen Weitläufigkeiten werde kommen lassen; es könne an dem Receß nichts geändert oder ausgelassen werden, wenn nicht neuer Streit und Uneinigkeit verursacht werden solle; „wir sind nicht gemeint, hierin einige Verzögerung vorgehen zu lassen, sondern wenn die Stände sich nicht dazu verstehen, noch die Billigkeit annehmen wollen, werden wir Mittel zu finden wissen, dadurch wir zu unserer Intention kommen". (4. Oct.)

Die Stände hatten (5. Oct.) auf die Eröffnungen vom 28. September eine Eingabe nach Berlin gesandt, in der sie sich zu allerunterthänigster Devotion erklärten, ihre Freude aussprachen, demnächst „ihrem gnädigsten Herrn die Hände zu küssen" und dann, wie sie hofften, die noch obwaltenden Bedenken erledigt zu sehen. Inzwischen hielten sie fleißig Berathungen; die „Winnendalisten" waren so rührig wie möglich, wiesen nach, wie alles Beste aus den alten Recessen gestrichen sei, die doch der Kaiser garantirt habe, und daß des Kurfürsten Vorgeben, des Kaisers Zustimmung zu dem neuen Receß nachzuliefern, nur Wind sei. Auch Aitzema war vom Haag aus thätig, die „jungen Doctoren" in den Städten, die gern Aemter erhalten wollten, perorirten von der Freiheit, die man retten müsse, und was man in den Niederlanden sagen werde, wenn es nicht geschähe.

Man war der Meinung, der beste Weg werde sein, wenn man den Prinzen Statthalter mit halben Erbietungen begütige und ihn zum Unterhandeln bringe; man ließ ihn unter der Hand wissen, daß die Stimmung der Stände für die Annahme sei, daß man aber bei einem und dem andern Punkt „wenig eclaircissement" wünschen müsse, auch den berichtigten Receß lieber aus S. Kf. D. eigenen Händen empfangen werde. Am 7. October kamen Beauftragte ins Schloß, dem Prinzen jene Punkte vorzutragen. Er war „ohne Wissenschaft einiges Menschen" abgereist.

Man war auf das Aeußerste bestürzt; man jammerte, daß die Re-

gierung nicht unterhandeln wolle, daß sie den Landtag abgebrochen habe; man glaubte nicht anders, als daß sofortige Verhaftungen beabsichtigt seien; Alles eilte von Cleve hinweg.

Und wenige Tage später traf ein Rescript des Kurfürsten ein, das die Räthe und alle kurfürstlichen Diener und Beamtete ihres Eides auf die alten Recesse entband und befahl, dieß durch ein Placat bekannt zu machen, „damit es zu jedermanns Wissenschaft komme und ein jeder unserer getreuen Unterthanen unserer guten Intention versichert werde". Es hieß weiter in dem Rescript: „wir wollen zwar nicht hoffen, daß sich unsere Stände unterstehen werden, wie sie wohl vormals gethan, der Sache halben an jemanden in oder außer dem Reich eine Klage zu bringen; sollten sie es aber wagen, so würden wir dergleichen Remedirung dagegen bringen, daß sie endlich solche unziemliche Wege wohl vergessen und uns unsern gebührenden Respect zu erweisen lernen sollen".

Zum 28. October wurden die Stände von Neuem nach Duisburg beschieden. Es war nicht mehr zweifelhaft, daß der Kurfürst Ernst zu machen entschlossen sei.[1]) Die meisten von Winnenthal's Anhang erschienen nicht; auch ein paar Städte blieben unvertreten.

In den Acten liegt die Ansprache, mit der Prinz Moritz die Versammlung eröffnete: „nie habe ihnen eine wichtigere Berathung vorgelegen, des Landes Wohlfahrt oder Ruin hänge von ihrem Beschluß ab; er sage ihnen das, damit ihm nicht einst vorgeworfen werde, er habe das Unglück des Landes verschuldet, indem er ihnen nicht die Größe der Gefahr gezeigt". Er legte ihnen die Punkte dar, um deren Willen der Kurfurst die Recesse von 1649 und 1653 nicht halten könne und nicht halten wolle; vor Allem, daß er nur den zum Statthalter ernennen dürfe, den die Stände genehmigten, daß seine Räthe, Diener, Beamtete auf die Recesse vereidigt sein sollten, daß er seine Räthe und Diener

1) Schon am 6. Oct. schrieb Nassau: „bei der Nachricht, daß C. Kf. D. eiligst Völker ins Land führen wollten, sind die Stände herzlich erschrocken."

nicht ohne Gutheißung der Stände wählen und ernennen dürfe, daß er kein Kriegsvolk im Lande werben oder halten, ja persönlich nur mit 300 Mann ins Land kommen dürfe, daß die Stände, wie und wann sie wollten, Zusammenkünfte zu halten befugt seien u. s. w. Solche Befugnisse, die eine völlige ständische Mitregierung und fortwährende Dissidenz begründeten, seien nicht in den alten Rechten des Landes begründet, und noch weniger zum Besten des Landes; sie seien dem Landesherrn in schlimmen Zeiten abgezwungen, einseitig von den Ständen dem Kaiser zur Bestätigung vorgelegt und trotz des landesherrlichen Protestes bestätigt; keine Mediatstände im Reich hätten ähnliche Befugnisse, noch deren je gehabt oder prätendirt; sie seien gegen alle Reichsordnungen und namentlich gegen den jüngsten Reichsabschied; der Kurfürst könne sie nach seinem Gewissen nicht länger dulden, sie würden in seinen anderen Territorien zu hochbedenklichen Consequenzen führen. Der Kurfürst werde ins Land kommen, und zwar, wenn man den Receß weigere, mit hinreichendem Kriegsvolk, um gegen die Uebelgesinnten die nöthige persönliche Sicherheit zu haben; sie möchten eingedenk sein, welche Verantwortung sie mit der Weigerung vor sich selbst, vor Gott und der Posterität auf sich laden würden.

Es war nicht die eindringliche Rede des Prinzen Statthalters allein, welche die Entscheidung brachte. Viele Achtbare vom Adel waren dem Kurfürsten ergeben oder hatten Compagnien, Regimenter in seiner Armee; unter der Hand wurden andere gewonnen; es mochte nicht verschwiegen geblieben sein, daß der Prinz mit General Spaen „Anstalten gemacht habe, bei versuchtem Widerstand die Führer in des Kurfürsten Hand zu liefern". Vergebens versuchten die von Wesel „wie immer, alles zu thun, was gegen S. Kf. D. sein mag"; als sie nicht durchdrangen, verließen sie die Versammlung; die von Reeß, von Hamm, einige Edelleute folgten ihnen. Am 3. November war der Receß unbedingt angenommen; „wir haben, schreibt der Prinz nach Berlin, eine absonderliche unterthänigste Devotion bei ihnen verspürt, so daß E. Kf. D.

mit Freuden in diese Lande kommen können". Noch vor Ablauf des Monats kamen auch die von Wesel und die andern, „die sich von Duisburg absentirt hatten", zum Statthalter: „sie entschuldigen ihre damalige Abwesenheit, loben und approbiren dasjenige, was da beschlossen worden".

„Wir haben nie gezweifelt, antwortete der Kurfürst, daß alles, was sich da widerwärtiges zugetragen, nur durch solche Leute verursacht worden ist, denen der Wohlstand des Landes zuwider gewesen, und die solchen durch alle Mittel zerstören wollen." Er kam im Anfang 1661 nach Cleve und berief die Stände. Nun endlich konnte zu den großen Reformen geschritten werden, die das Land nur zu lange entbehrt hatte. Jene Polizei- und Gerichtsordnungen, die Trennung der Regierung und der Justiz, die Organisation der drei obersten Collegien, Regierungsrath, Justizrath und Amtskammer wurden ins Werk gesetzt; es wurden die zur Erhaltung des Kriegsstaats nöthigen Summen festgestellt, zugleich ein Ausschuß zur Revision der Matrikel niedergesetzt; es wurde die Schiffbarmachung der Ruhr und Lippe begonnen. Kurz das Land bekam endlich den Segen innerer Ruhe und geordneter sorgsamer Regierung zu genießen.

Mit jener Revision der Matrikel, der die Städte den äußersten Widerstand leisteten, mit den Versuchen, andere Besteuerungsformen einzuführen, bald mit der Klage der Städte über erschlichene Jurisdictionen des Adels entwickelte sich der Gegensatz, den die gemeinsame Opposition gegen den Landesherrn verdeckt hatte, der zwischen Städten und Ritterschaft bald zu der äußersten Erbitterung; und doch lag des Landes Gedeihen daran, daß er in Güte ausgetragen, daß er innerhalb des Landrechtes entschieden werde. Daß die Städte sich mit ihrer Klage an das Reichskammergericht gewandt, ward ihnen auf das Nachdrücklichste verwiesen; der Regierung Sache war es, den auf dem Wege Rechtens nicht lösbaren Streit zu beschwichtigen; zwischen den Ständen vermittelnd, und so vermittelnd, daß über dem Hader der Partheien und Sonderinteressen das

Allen Gemeinsame gewahrt werde, gewann sie das volle moralische Uebergewicht, das ihre beste Rechtfertigung war.

Das alles blieb halbes Werk, so lange der immer noch schwebenden Streitfrage über die jülichsche Erbschaft nicht ein Ende gemacht war. Erneute Bedrückungen der Evangelischen in Düsseldorf führten wieder zu ärgerlichen Erörterungen, zu Repressalien gegen die Capuziner in Cleve, und das in einer Zeit, wo die aggressive Politik Frankreichs, nach den spanischen Niederlanden vordringend, fühlen ließ, wie schwere Gefahr dieser immer noch ungeschlichtete Streit in den rheinischen Grenzlanden des Reichs in sich trage. Der kaiserliche Hof selbst empfahl dringend eine gütliche und definitive Verständigung zwischen beiden Fürsten. Andere Verhältnisse der allgemeinen Politik, namentlich des Pfalzgrafen Wunsch, in Polen zum König gewählt zu werden, kamen hinzu, die Verständigung zu ermöglichen.

Nach längerer Verhandlung ohne Vermittelung Dritter ist dann „der beständige Erbvergleich“ vom 9. Sept. 1666 zu Stande gekommen, der den Successionsstreit für immer beendete; unter demselben Tage wurde ein Religionsvertrag geschlossen, der eben so die religiösen und kirchlichen Differenzen zwischen den beiderseitigen Regierungen beseitigte.

In beiden Vergleichen gab der Kurfürst im Einzelnen vieles und bedeutendes nach. Er behielt Cleve, Mark und Ravensberg, also nur $^1/_3$ des Gesammtgebietes; die altunirten Lande, wenn auch nun vollständig und für immer zwischen beiden Fürsten getheilt, sollten für alle Zukunft einen festen und unauflöslichen Bund bilden, namentlich gegen etwaige Versuche anderer prätendirender Fürsten, nicht minder in Betreff des Verkehrs zu Wasser und zu Lande. Gemeinsam sollte das Directorium im westphälischen Kreise geführt, die kaiserliche Belehnung nachgesucht werden u. s. w.

Der Gewinn des Kurfürsten war nicht bloß, daß nun endlich sein Verhältniß zu den schönen rheinischen Landen ein definitives und in sich geschlossenes wurde; er hatte zugleich statt eines eifersüchtigen und immer

seinen Gegnern zugewandten Rivalen einen Nachbar gewonnen, den ein festes Bündniß und gleiches Interesse ihm sicherte und dessen Gebiet ihn in den Richtungen deckte, von woher den brandenburgischen Rheinlanden allein Gefahr kommen konnte.

Die Souveränetät in Preußen.

Volle fünf Jahre hatte der Krieg auf allen Grenzen Preußens gewüthet; er hätte in einzelnen Momenten, in der schwedisch-polnischen Invasion im December 1655, dem Tartareneinfall 1656, einzelnen Streifzügen erst der Polen, dann der Schweden einige Theile des Herzogthums selbst verwüstet. Was wäre aus dem Lande geworden, wenn der Kurfürst es nicht zu den äußersten Anstrengungen gewungen, wenn er nicht die Kräfte seiner andern Territorien mit verwandt hätte, es zu vertheidigen.

Während des ersten Kriegsjahres war man in Preußen voll Dank und Eifer und leistete bereitwillig, was gefordert wurde; und wenn die Königsberger über die Störung ihres Handels und die schwere Accise jammerten, so konnte ihnen der Adel entgegnen, daß sie sich im Kaufhandel wieder zahlen ließen, was sie an Accise ausgelegt, und daß die Tausende reicher Flüchtlinge aus Polen und Lithauen, die Anwesenheit des kurfürstlichen Hofes ihnen reichlichst zu verdienen gäben, während die kleinen Städte und das platte Land schwer leiden müßten. Daß der Kurfürst in seinem ersten, zweiten Vertrage mit Schweden die Souveränetät einleitete, dann sie zugestanden erhielt, fand man zwar hochbedenklich, aber der hergebrachte Zwiespalt zwischen Adel und Städten, zwischen den großen und kleinen Städten, zwischen den einen und andern Adelsfamilien machte es dem Hofe nicht schwer, die sich sammelnden Misstimmungen immer wieder zu zerstreuen.

Nach der Abreise des Kurfürsten und dem Abschluß der bromberger

Verträge begann die Haltung des Landes sich merklich zu ändern; der Krieg, wenigstens die großen Krisen desselben lagen nun weit von Preußen hinweg; man vergaß die Eindrücke der kaum überstandenen Gefahren und gewöhnte sich, ihre Wiederkehr unmöglich zu halten. Es schien unerträglich, immer noch die unerschwinglichen Kriegssteuern zu leisten, die ja eigentlich gar nicht ständisch bewilligt seien; in diesen Klagen fanden sich die sonst getrennten Interessen mehr und mehr zusammen. Das Mistrauen gegen die Souveränetät war allgemein; man dachte sich wer weiß wie schreckliche Dinge dabei; man sagte, der König von Frankreich, der der einzige rechte Souverän sei, nehme seinen Unterthanen, was ihm beliebe; wenn er jemanden frage, wie viel Geld er habe und dessen Angabe erweise sich dann als ungenau, so lasse er ihn ohne Weiteres aufhängen und ziehe sein Vermögen ein; solche souveräne Gewalt wolle der Kurfürst auch über Preußen haben. [1]) Sie begriffen sehr wohl, welchen Zusammenhang der Gang des Krieges mit der Frage der Souveränetät habe; als im Sommer 1659 schwedische Truppen in bedeutender Zahl über See nach Elbing kamen, stellten die Herren Landräthe die Forderung, die Truppen im Herzogthum zu reduciren: die Stärke der Armee müsse nach den Einnahmen des Landes bestimmt werden, nicht nach der feindlichen Macht in der Nähe. Der Statthalter Fürst Radzivill schreibt (Jan. 1660) in Anlaß eines Antrags der Landräthe auf Berufung der Stände: „sie unterwerfen sich in Allem, nur von der Vertheidigung des Landes wollen sie nichts wissen; sie sind wahre Nachbarn der Polen.“ Er versichert, daß ihre Klagen wegen Ueberbürdung unbegründet seien; im Jahre 1659 hätten sie im Ganzen nur 2 Gulden auf die Hufe gezahlt, Königsberg bezahle keinen Heller und die Reichsten des Landes eximirten sich auf tausend Wegen; ihre Absicht sei, der obersten Gewalt die Spitze zu bieten. Und in einem andern Briefe: „ich habe die Steuern beigetrieben, ohne die Stände anzurufen, was sie nur wünschen, um den

1) So Schwerins Schreiben vom 9. Aug. 1661.

Truppen die Löhnung zu weigern; man muß ihnen begreiflich machen, daß das, was zur Erhaltung des Heeres und Vaterlandes geschieht, keine Verletzung ihrer Gerechtsame sei; . . . man will mit Gewalt die Souveränetät antasten.“ Es kam noch während des Krieges so weit, daß nicht bloß Königsberg, sondern auch kleinere Städte, wie Bartenstein, den Truppen die Thore schlossen.

Der Kurfürst hatte die Verträge von Wehlau und Bromberg ohne Zuziehung der Stände geschlossen. Er hatte in denselben (Art. IX.) sich verpflichtet, den Ständen und Einwohnern Preußens alle ihre Rechte und Freiheiten, so weit sie nicht der Souveränetät entgegen seien, zu erhalten. Ein Erlaß des Königs von Polen vom 22. Aug. 1658 hatte den Ständen und gesammten Einwohnern des Herzogthums die vertragsmäßig festgestellte Souveränetät verkündet und die der Krone Polen geschwornen Eide für erloschen erklärt.

Als demgemäß die Huldigung geleistet werden sollte, hatten die Landräthe erklärt: dazu müsse ein Landtag berufen und zuvor den Landesbeschwerden abgeholfen werden. Der Fürst Statthalter hatte die Berufung der Stände dringend widerrathen. Die Huldigung wurde ausgesetzt.

Aber in dem Maaße, als die Uebermacht Schwedens sank, die Friedenshandlung fortschritt, erkaltete die Freundschaft des polnischen Hofes; man bereute, so große Zugeständnisse an Brandenburg gemacht, den Pfandbesitz Elbings versprochen zu haben. Die Königin, die alle Hebel in Bewegung setzte, noch bei Lebzeiten ihres Gemahls den künftigen König wählen zu lassen und die Wahl auf einen französischen Prinzen zu lenken, erwartete den schärfsten Widerstand vom Kurfürsten und that alles, ihm Schwierigkeiten zu schaffen, wozu die Dinge in Preußen nur zu viel Anlaß boten. Unter den polnischen Bischöfen und Senatoren waren wenige, die nicht den Verlust der Lehnsherrlichkeit über das Herzogthum bedauert, nicht lieber trotz aller Verträge den alten Zustand hergestellt hätten; und der Adel in Polen und Lithauen wie der im

königlichen Preußen meinte, man dürfe nicht dulden, daß die Libertät in Preußen untergehe.

Im Herzogthum selbst knüpfte man an diese Stimmungen in Polen und am polnischen Hofe sehr große Hoffnungen. Man hoffte, daß es zunächst über Elbing zu förmlichem Zerwürfniß kommen werde; dem polnischen Schatzmeister Rei, der die Unterhandlungen wegen Ueberweisung der Stadt führte, boten die drei Städte Königsberg 10,000 Thlr., damit er die Sache hintertreibe; daß der jüngere Kalkstein bei ihm gesehen wurde, zeigte, wie auch die Malcontenten von Adel auf ihn rechneten. 1)

Doppelt unerträglich erschien es, daß die Truppen immer noch nicht entlassen wurden. Freilich Anlaß genug, gerüstet zu bleiben, gab dem Kurfürsten der schwere polnisch-russische Krieg, der Lithauen bis hart an die Grenzen des Herzogthums mit seinen Schrecken erfüllte; Wilna, Kowno waren noch in der Hand der Moscowiter. Trotzdem forderte man die Auflösung der Regimenter: das Land sei außer Stande, so viel Soldaten zu erhalten; es könne die Accise und den Zuschlag nicht weiter zahlen, zumal da sie nicht von den Ständen genehmigt seien; wenn der Feind komme, sei ja die Lehns- und Landfolge da, das Land zu schützen. 2)

Die Aufregung wuchs. Daß der Kurfürst vorerst nicht nach Preußen kommen konnte, sondern nach Cleve ging, „ermuthigte die Meuterer", wie Fürst Radzivill schreibt. Und des Fürsten Stellung war nicht von der Art, dem Uebel wehren zu können.

---

1) Diese Notiz ist aus den Kalksteinischen Proceßacten, welche mir für das Studium dieser ständischen Wirren von großem Nutzen gewesen sind. Die Angabe über Königsberg findet sich in einem Brief Radzivills, Nov. 1660, bei Orlich I. p. 287.

2) Fürst Radzivill schreibt 20. Oct. 1660: „man beharrt darauf, den Pöbel zu bewaffnen, glaubt dadurch die Kriegssteuer zu hintertreiben und so indirect die Truppen zu verderben; denn, steigt die Nobelgarde zu Pferde, wird niemand mehr beisteuern wollen" (bei Orlich I. p. 287.) Radzivill giebt 27. Mai 1661 seine Truppenstärke an, bei Orlich II. p. 5, der leider verkehrt excerpirt hat. Gegen Ende des Krieges hatte der Fürst 4000 M. Fußvolk, 2000 Reuter, 2000 Dragoner. Schreiben vom 25. Jan. 1660.

Allerdings hatte der Kurfürst ihn, als er 1657 das Herzogthum verließ, als Statthalter des Herzogthums bestellt, und einen treueren, gewissenhafteren, hochherzigeren Vertreter hätte er nicht finden können. 1) Aber der Fürst war ein Fremder, war reformirt. Man begann davon zu sprechen, daß eine Statthalterschaft nach den Landesrechten unmöglich sei: der abwesende Landesherr werde verfassungsmäßig vertreten durch die vier Oberräthe und die vier ersten Hauptmannschaften, das seien die „Regenten"; die Regierung des Landes, die Defension, die Domainen und Einkünfte des Landesherrn hätten sie und nur sie wahrzunehmen.

Die Oberräthe, die Hauptleute hatten ihr Amt durch landesherrliche Ernennung; aber sie waren auf die Freiheiten und Rechte des Landes verpflichtet. Die Oberräthe hatten sich lange besonnen, bevor sie dem Kurfürsten als souveränen Herrn den Eid leisteten; es geschah erst im Frühling 1660 beim Eintritt Wallenrodts, der eben, weil er sich dazu verstand, zum Landhofmeister und ersten der Oberräthe ernannt wurde. Man sah ihn im Lande dafür fast als einen Verräther an.

Diese Herren Regenten waren Landeseingesessene, eingewöhnt in des Landes Art, die ihnen vortrefflich schien. Sie vermieden es gern, zu strenge Aufsicht zu führen, fest einzugreifen. Wie hätten sie es mit allen den Brüdern, Schwägern und Vettern im Lande, mit den Kaufherren in Königsberg, die das Holz, Flachs, Getreide ihrer Güter kauften, mit den Herren Pastoren, die auf den Kanzeln auch die Namen der Vornehmsten nicht schonten, verderben sollen? Entschuldigen und beschönigen hieß ihnen für des Landes Frieden sorgen.

Darüber ging denn freilich die Regierung und Verwaltung so kläg-

---

1) Ungern versage ich es mir, bei der edlen Gestalt des Fürsten Bogislav Radzivill zu verweilen. Die reiche Literatur über ihn erschöpft bei Weitem nicht die Aufgabe. Es ist nicht ohne Interesse, daß schon 1654, dann wieder 1663 auf dem Reichstag der Kurfürst bemüht war, für ihn den deutschen Reichsfürstenstand zu gewinnen; der Fürst wollte seine polnischen Herrschaften verkaufen und ganz ins Reich übersiedeln. Johann Ulrich von Dobrczensky war ihm als persönlicher Rath beigegeben.

lich wie möglich.[1]) Es war einmal hergebracht, daß jedermann an den landesherrlichen Rechten, Gütern, Renten zehrte.[2]) Die Hauptleute, Kammermeister, Rentschreiber, Richter u. s. w. führten ihre Aemter nach Art der Castellane, Starosten und Podskarbi, als Herren in eignem Recht. Von dem Hauptmann auf Lötzen, dem v. Fincke, heißt es: er habe die Amtsunterthanen ganz unbilliger Weise ausgesogen und so eigenmächtig mit ihnen gehaust, so unbarmherzig mit ihnen umgegangen, daß es nicht zu beschreiben sei; er habe große Summen aus dem Amte gezogen, Bauerngüter an sich gebracht und sei obenein mit mehr als 12,000 Thlr. im Rückstand. Der Obrist von Kalkstein hauste in seiner Hauptmannschaft, Amt Oletzko, in derselben Art, bis der Amtschreiber gegen ihn denuncirte, dem er wieder nachwies, wie er Geld unterschlagen, die Kornböden beraubt habe u. s. w. In den Domainen wie Gutsherrschaften war die Behandlung der „Unterthanen" in der übelsten Art patrimonial; da diente die Karbatsche mit eingeknotetem Blei zur Aufmunterung bei der Arbeit; und wenn auf einem Gut, das von Seiten des Hofgerichts in Sequester genommen wurde, u. a. ein Unterthan im Gefängniß lag, der seit Jahren „in die Eisen geschlagen war", so fand niemand daran weiter Auffallendes.

1) Die beste Nachricht hierüber giebt ein Schreiben Dobrczenskys vom 8. Febr. 1662, von dem Puf. IX. 41 einen Auszug giebt. Die kurf. Aemter bespricht er in drei Klassen: 1) solche die gegen ein gewisses Geld verpfändet, die nach den landesüblichen Zinsen (6 %) verschrieben, die so überlassen sind, daß in einer gewissen Reihe von Jahren Capital und Zinsen in ihnen abgewohnt werden, die wegen Kriegsexpensen Officieren eingeräumt sind; er fügt hinzu, daß in allen diesen Kategorien sehr viel Unordnung sei und eine gründliche Revision vorgenommen werden müsse. 2) Solche, die arrendirt sind; da überall sei theils die Pacht zu niedrig, theils werde sie gar nicht gezahlt. 3) Solche, die unter Kammerverwaltung seien; „hier ist ein wildes wüstes Moor aller Confusion und Unordnung; in den Aemtern sind die Amtsartikel ganz vergessen, es sieht jeder auf sein Bestes und regiert nach eignem Wohlgefallen". Die Oberräthe haben bisher das Werk schläfrig und ohne Nachdruck betrieben, die Kammer hat keine Autorität, auch wenig Leute, die es verstehen und arbeiten wollen u. s. w.

2) Aus Berichten der Oberräthe 1648 ergiebt sich, daß in Preußen 48,354 Hufen dem Kurfürsten gehörten, von denen damals 13,611 verpfändet oder arrendirt waren. Im Jahr 1649 schreiben sie, daß von dem gesammten Domanialbesitz „nicht mehr als 5940 Thlr. erzwungen werden können."

„S. Kf. D. wollen Auskunft", heißt es in einem Rescript vom 3. Oct. 1661, „da in dem Testament Herzog Albrechts die Leibeigenschaft ganz aufgehoben, warum dieselbe gleichwohl im ganzen Lande, sowohl in S. Kf. D. Domainen, als bei den Adligen continuirt wird." In allem, was dieß Testament zu Gunsten der Libertät enthielt, galt es für eins der Fundamentalgesetze des Landes, aber daß jeder Preuße wie es da heißt, „hinfort freier Geburt sein solle," ward nicht einmal auf den Domainen und Aemtern beachtet; es war der Vortheil der Herrn von Adel, die über sie gesetzt waren, die armen Leute vollständig als Leibeigne zu halten und frohnden zu lassen. In einem andern Rescript (28. März 1662) heißt es, die Oberräthe widerstrebten jeder Aenderung, „weil sie sähen, daß ihre bisher angemaaßte und misbrauchte Macht besonders mit Wegschenkung Unserer Domainen ihnen in etwas beschnitten und zu Unserem und des Landes Aufnehmen besser eingericht werden soll." Während der Kriegsjahre waren Domainen bis zum Betrage von 14 Tonnen Goldes[1]) versetzt worden; es war kaum so viel übrig, den nothwendigsten Bedarf des Schlosses zu Königsberg zu decken; Schwerin, der im Frühling 1661 nach Preußen gesandt wurde, schreibt: „es ist so gut wie gar nichts mehr zu versetzen". Er fand die Rechnungen der Landesregierung „in erschrecklicher Confusion", die ganze Oeconomie des kurfürstlichen Status vollkommen zerrüttet; die Herren wirthschaften nach seiner Meinung „in Hoffnung, daß die Rechnung nimmer oder erst nach Jahren wird nachgesehen werden." War so Unordnung wie in der obersten Regierung, so in den Vogteien, Hauptmannschaften, und Aemtern, so hatten natürlich die Rentmeister und Amtschreiber und Förster, die bei der Accise, dem Hufenschoß, dem Bernsteingefälle rc. Beschäftigten keinen Anlaß, anders zu verfahren; und wenn dann über Druck und Willkühr geklagt wurde, so hieß es, daß die Souveränetät das so mit sich bringe.

---

1) So Schwerins Bericht, 24. Juni 1661. Die genaueren Angaben auf 1,381,071 Thlr. hat Orlich I. p. 307.

Kurz, das vielgepriesene System der angeblichen Selbstverwaltung zeigte sich hier, in der ganzen Fülle seines Wesens, recht eigentlich als ein fressender Schade, dem ein Ende gemacht werden mußte, wenn Land und Volk nicht an dieser polnischen Wirthschaft zu Grunde gehen sollte.

Der Kurfürst hat zum Gedächtniß der Souveränetät eine Denkmünze prägen lassen mit der Umschrift: pro deo et populo. Er war sich dessen bewußt, daß er ein großes populäres Interesse vertrete, wenn er diesem Unwesen entgegentrat und die Zügel der Herrschaft fester anzog. Diese Verfassung mit ihrer überwuchernden Libertät war nur zu Gunsten der herrschenden Classe; der Herren Stände eigene Interessen waren es, die von ihnen mit den Freiheiten und Rechten des Landes gemeint und ständisch vertreten wurden; für die untere Masse war in ihnen keinerlei Schutz, für diese gab es keine andre Hoffnung, als daß der Landesherr die Macht gewann und den Willen hatte, sie zu vertreten; es war gleichsam die tribunicische Gewalt das lebendige Moment des neuen souveränen Fürstenthums.

Wenn es in jener Umschrift auch pro Deo hieß, so hat dieser Ausdruck etwas mehr und bestimmteres zu bedeuten, als er zunächst zu besagen scheint. Denn wahrlich nicht zu Gottes Ehre und im evangelischen Geist war der Zustand der Kirche im Lande. So leidenschaftlich wie nur irgendwo war hier der orthodoxe Eifer der lutherischen Theologen, nicht gegen die römische Kirche, wie ihr denn nach den Landesrechten jede Freiheit im Lande sicher gestellt war, desto mehr gegen das reformirte Bekenntniß, „das Teufelswerk", wie es die Pastoren auf der Kanzel nannten. Daß der Kurfürst und sein Haus demselben angehörten, gab dem Eifer nur um so größere Schärfe, um so mehr Erfolg; die Predigten waren voll politischer Demagogie, und das Lutherthum vertrat die Sache der ständischen Libertät, als wenn sie zu den Heilsmitteln gehöre. Eins der wirksamsten Agitationsmittel war, daß die neuen Verträge dem Kurfürsten die Befugniß gegeben hatten, in Königsberg eine reformirte

Kirche zu bauen; die Bürger der Stadt erklärten, sie wollten eher untergehen, als das geschehen lassen.

Wenn der Kurfürst einige Theologen versöhnlicherer Richtung an die Universität Königsberg gebracht hatte, so war das Geschrei über Verletzung ihrer Privilegien und über die Gefahr Zions unermeßlich; beim Beginn des schwedischen Krieges, den man als eine Strafe des Himmels dafür ansah, daß die Reinigkeit der christlichen Lehre nicht bewahrt sei, baten die Stände den Kurfürsten, den letzten von jenen, Dr. Dreyer, außerhalb Landes zu versorgen und seine Stelle mit einem orthodoxen lutherischen Geistlichen zu besetzen, „damit man mit seinem Gott gut eingerichtet sei". Wohl fand die mildere Ansicht Dreyers unter den jüngeren Geistlichen im Lande mehr und mehr Eingang; aber wie hätten sie gegen den lärmenden Eifer der Rechtgläubigen aufkommen können, wie er in Königsberg gepflegt und von Thorn, Elbing, Danzig her unterstützt wurde? Einstweilen wuchsen die Schulen, die die Jesuiten im Lande angelegt hatten, ungehindert weiter, namentlich die in Königsberg, die „vieler Leute Kind" an sich zog. 1)

Es gehört zur Charakteristik dieses verworrenen Zustandes, daß im westpreußischen Lande die römische Kirche in vollster Arbeit gegen die Evangelischen war, daß sie die strengen Gesetze gegen die Arianen auch gegen solche anwandte, die, obschon Lutheraner, des Arianismus verdächtigt werden konnten, daß beispielshalber in den zum Bisthum Pomesanien gehörigen Dörfern den Evangelischen Namens des Bischofs angekündigt wurde, entweder römisch zu werden oder wegzuziehen; „wir aber, heißt es in einem Brief aus Danzig 4. Oct. 1661, werden die Staffel zur spanischen Inquisition legen zu lassen nicht verstatten; wir sehen klärlich wohin es gemeint ist; die Landsassen und die kleinen Städte wird

1) Nach Hoverbecks Bericht aus Warschau, 31. Mai 1661. Die in Königsberg stand, wie es scheint, unter Pater Radau, der später die geheime Correspondenz zwischen Obrist Kalkstein in Warschau und Preußen vermittelt; Briefe anhin gehen von Pater Radau an Pater Paul Branicky, Soc. Jes. in Warschau.

es zuvörderst treffen; den großen wird Gott beistehen und seine Kirche wohl zu schützen wissen."

Alle diesem geistlichen und weltlichen Partheitreiben gegenüber war die Aufgabe des Kurfürsten einfach und klar genug. Aber sie war darum nicht minder schwierig; sie war es um so mehr, als sich der Widerstand gegen ihn auf das formale Recht stützen zu können schien.

Allerdings war ihm von der Krone Polen die Souveränetät über das Herzogthum, die sie besaß, abgetreten worden; aber Preußen, sagte man ständischer Seits, sei nicht durch Waffengewalt an die Krone gekommen, sondern durch freien Entschluß, kraft der Verträge von 1454 ein integrirender Theil der Republik geworden [1]); das Fundamentalgesetz des Herzogthums sei, daß das Herzogrecht und das Majestätsrecht (dominium utile und dominium supremum) nie in einer Hand sei; die Krone Polen habe über das Dominium supremum des Landes nichts verfügen können ohne Zustimmung der Stände, sie habe nicht das Recht, Land und Leute nach Belieben zu verschenken; die Souveränetät sei nichtig, so lange sie nicht durch den freien Willen der Stände genehmigt sei.

Es war in dieser Argumentation ein wesentlicher Umstand übersehen. Die Polen, die Lithauer hatten im Herbst 1655 die Sache ihres Königs aufgegeben, die Republik hatte sich in die Arme Schwedens geworfen; die Heere der Republik waren mit dem Schwedenkönig nach Preußen marschirt, den Kurfürsten und das Land zur Theilnahme an dem allgemeinen Abfall zu zwingen. Mit Gutheißung der Oberräthe, der Landräthe und der gerade anwesenden Deputirten von Adel und Städten hatte er in dem königsberger Vertrage die geforderte schwedische Oberlehnsherrlichkeit statt der polnischen anerkannt; und der im Frühjahr 1656 versammelte Landtag hatte keineswegs beschlossen, diesen

1) nec . . . a corpore et integritate Regni Nostri Poloniae alienari sequestrari scindi patiemur, heißt es in dem Vertrage von 1454. Wie diese Verträge durch Abfall der Stände vom Orden begründet worden sind, ist oben II. 1. p. 157 dargelegt.

Vertrag zu cassiren, weil er ohne den förmlich berufenen Landtag geschlossen sei; noch weniger hatte die Krone Polen die alten Verpflichtungen von 1454 aufrecht zu erhalten oder wieder geltend zu machen vermocht. Die Rechtscontinuetät, auf welche sich die Opposition berief, war so gründlich wie möglich durchwissen.

Wenn seitdem der Kurfürst mit Polen in Allianz getreten war, so hatten das nicht die Stände Preußens veranlaßt, etwa mit dem tapfern Entschluß, ihr Letztes daran zu geben, um die alte Verbindung mit der Republik herzustellen; vielmehr aus Motiven der allgemeinen Politik und nach dem Machtgewicht seines gesammten Staates hatte der Kurfürst die Verträge von Welau und Bromberg geschlossen, als Souverän in Preußen, wie er es nach den Verträgen mit Schweden war, keineswegs auf Grund der alten Verhältnisse zu Polen, noch weniger zur Herstellung derselben. Nur Ein Verhältniß blieb fortan den Ständen des Herzogthums zum Königreich, das der Eventualhuldigung, da nach den Verträgen von 1657 das Land beim Aussterben des Kurhauses an die Krone Polen fallen sollte.

Es war nicht bloß politisch angemessen, sondern rechtlich begründet, wenn der Kurfürst seine Souveränetät in Kraft der Verträge mit Polen und der Garantie so vieler Mächte als eine abgemachte Sache hinstellte. Er war im Uebrigen Willens und nach dem bromberger Vertrage verpflichtet, die Rechte und Freiheiten des Landes, soweit sie der Souveränetät nicht widersprächen, in Geltung zu lassen.

Wenn die „Querulirenden" forderten, daß ihre alten Rechte und Freiheiten bestätigt werden müßten, bevor sie die Souveränetät anerkennen könnten, so enthielt das zwiefach einen Widerspruch in sich. Konnte es denn als ungeschehen angesehen werden, daß 1655 die Krone Polen ihr supremum Dominium thatsächlich verloren und 1657 in der bindendsten Form Rechtens aufgegeben hatte? Konnte ein Votum von Landständen ein Verhältniß zu der Krone Polen herstellen, auf das diese vollständig und für immer, ja in dem Maaße, verzichtet hatte, daß

der Kurfürst schreiben konnte: „wenn sie den Huldigungseid nicht leisten wollen, ist der König von Polen schuldig, sie dazu anzuhalten.“[1])

Mochten die Preußen es beklagen, daß der Krieg ein so feines und wohlclausulirtes Werk, wie ihre Verfassung und die Doppelstellung des Herzogthums gewesen war, in Trümmer geschlagen habe, es war eine publicistische Nullität zu sagen, daß es rechtlich noch bestehe; es hieß von dem Kurfürsten fordern, daß er es von Neuem entstehen lasse, und zwar durch einen Act freiwilligen Verzichtes auf das, was der einzige Lohn für große Anstrengungen und große Verdienste war, durch einen Act erneuter Unterwerfung unter die Krone Polen, nicht weil diese die Kraft hatte, ihn dazu zu zwingen, sondern obschon das Gegentheil der Fall war.

Wie aber, wenn trotzdem die Opposition dabei beharrte, daß der bromberger Vertrag dem Recht nach nicht habe geschlossen werden können? wenn sie das Land überzeugte, daß nach der preußischen Verfassung weder die Krone Polen das Recht gehabt habe zu gewähren, was sie gewährt, noch der Kurfürst anzunehmen, was er angenommen hatte? Es lag ja auf der Hand, daß die Verfassung des Landes zwischen Majestätsrecht und Herzogrecht nicht unterschied, um die Gewalten theoretisch zu definiren, sondern um sie practisch auseinander zu halten; die Libertät hatte ein Ende, wenn beide in einer Hand vereinigt waren; sollte man sich in die Knechtschaft hineinargumentiren lassen? Mochten die Verträge zwischen Polen und dem Kurfürsten formell noch so bindend und ordnungsmäßig geschlossen sein, materiell verletzten sie dasjenige Recht, kraft dessen die Krone Polen die Majestät über Preußen, der Kurfürst das Herzogthum hatte; mochte mit Gewalt die Souveränetät durchgesetzt, mochte thatsächlich ein neuer Zustand erzwungen werden können, den Ständen war er, wenn sie nicht ihre Zustimmung dazu gaben, ohne rechtliche Basis, und dem Lande blieb sein Recht, so lange sie es nicht aufgaben.

---

1) Eigenhändiges Schreiben an Schwerin, 21. Febr. 1662.

Die Opposition versäumte es nicht, dieß Moment ihres Widerstandes zur Geltung zu bringen; sie verstand es andere und andere Fragen mit heranzuziehen, um die Gemüther zu verbittern und die Begriffe zu verwirren; sie veränderte mehr als einmal den Standpunkt oder doch die Richtung ihres Angriffs. Sie stellte zuerst den Steuerdruck, der auf dem Lande laste, die Gefahr, die der reinen Lehre drohe, voran; dann würde ihre Losung die einbrechende Fremdherrschaft, „das märkische Joch"; und wer sah nicht, daß jedes Recht verloren sei ohne den Schutz eines Oberherrn gegen den Landesherrn? sie beharrte dabei, dem Landesherrn kein Recht versagen zu wollen, das ihm zustehe, aber wo er es überschreite, auch die Hülfe derer benutzen zu dürfen, die ihm feind seien. Sie kämpfte, man muß es bekennen, mit Geschick, Kühnheit, ächt preußischer Hartnäckigkeit; selbst vor dem Aeußersten schreckte sie nicht zurück.

Der Kurfürst hatte ihr gegenüber einen doppelt harten Stand. Er konnte das Land nicht auf das Spiel setzen, wie die Opposition; er hätte das Spiel verloren gehabt, wenn er es mit gewaltiger Hand gewonnen hätte. Und hatte er während des Krieges entweder Polen oder Schweden auf seiner Seite gehabt, so standen jetzt beide zugleich wider ihn, bereit, mit seinem Schaden ihren Gewinn zu machen. Er war in Gefahr, über die Souveränetät, die ihm das Herzogthum doppelt sichern, ihn und seinen Staat dort doppelt stark machen sollte, das Land selbst zu verlieren.

So entspann sich ein Kampf höchst denkwürdiger Art, ein Kampf zwischen Libertät und Souveränetät, der unter so vielen ähnlichen jener Zeit vielleicht am schärfsten und reinsten eben diesen Gegensatz herausstellt. Dem Kurfürsten half nicht, wie dem dänischen Könige, der Bürger- und Bauernstand gegen einen verhaßten Adel, nicht, wie dem hergestellten Königthum in England, eine eifrige Aristocratie zur Niederhaltung der populären Elemente[1]), nicht wie dem Kaiser demnächst in

1) Aus einem Bericht von Weimann und Copes, Amsterdam, 13. Febr. 1660: Gen. Monk habe mehreren Provinzen, die ein freies Parlament gefordert,

Ungarn der propagandistische Eifer einer mächtigen Hierarchie. Ihm waren die Pastoren der lutherischen Rechtgläubigkeit nicht minder feind als der katholische Klerus, die Jesuiten an der Spitze; es gab in Preußen keine brandenburgische Parthei; selbst die Regierung des Landes war weniger kurfürstlich als preußisch; und alle Stände waren einig gegen die Souveränetät.

Wenigstens die Hauptstadien dieses Kampfes müssen wir verfolgen.

Der allgemeine Landtag.

Zunächst nach dem Abschluß des Friedens trat die Frage über die schwere Steuerlast, die das Land zu tragen habe, in den Vordergrund.

Für den Unterhalt der Truppen waren monatlich 20,000 Thlr. erforderlich, die durch die Accise und den Aufschlag aufgebracht werden mußten. „Es haben uns, schreibt der Kurfürst den Oberräthen, die Stände zu Anfang des Krieges die Anordnung der Mittel aufgetragen; daß bisher der Landtag zur Bewilligung einer Contribution nicht berufen werden können, wisset ihr gar wohl; es ist nicht unterlassen worden, um den Ständen ihre Privilegien zu nehmen, sondern weil es noch nicht möglich gewesen." Vorerst wurde denen, welche Einquartirung hatten, ein Erlaß in den Abgaben gewährt.

Das schien so gut wie nichts. Die Landräthe kamen zusammen, an den Kurfürsten eine Eingabe um Beseitigung des schweren Steuerdrucks zu richten. Auch die drei Städte Königsberg sandten ein Memorial nach Berlin mit ähnlichen Bitten, da die Accise sie gänzlich zu Grunde richte; sie fügten hinzu, daß mit der Zurückhaltung des Pfund-

---

die Antwort gegeben, „daß nunmehr England nothwendig durch ein Parlament oder Aristocratie müsse geregelt werden". Damals noch sagte er denen, welche die Monarchie wollten, „daß eine monarchiale Regierung die Schwierigkeiten der vielen Secten und Partheien nicht werde exhauriren können".

zolles, von dem ihnen ein Drittel zukomme, ihre Kämmerei in schweren Schaden gekommen sei, und baten um Ersatz dafür; sie sprachen ihr Bedauern aus, daß der Kurfürst ihnen seine Gnade entzogen habe; sie wie die Landräthe versicherten im Uebrigen ihre unterthänigste Devotion.

Der Kurfürst hatte den Fürsten Statthalter nach Berlin beschieden; er erfuhr von ihm, wie bedenklich die Stimmung in Preußen und wie nothwendig es sei, Uebergriffen zu begegnen, die, immerhin unter der Versicherung loyalster Unterthänigkeit, gemacht würden. Er verwies den Landräthen, daß sie sich als erster Stand des Landes unberufen versammelt hätten; er sprach gegen die Königsberger die Hoffnung aus, daß sie endlich seine beständige gnädige Affection erkennen und ihre Versicherungen auch bethätigen würden, da sie bisher auch in hochgefährlichen Zeiten gesäumt hätten und unwillig gewesen seien, gleich andern Ständen ihm an die Hand zu gehen; der Pfundzoll sei in den letzten Jahren so gering gewesen, daß er für die Erhaltung der Garnison in Pillau bei Weitem nicht ausgereicht; doch solle ihnen ihr Theil wieder entrichtet werden, wenn, wie zu hoffen, die Commercien sich wieder höben (7. Juni).

Man empfing diese Erklärungen mit großer Entrüstung. Die Landräthe beschwerten sich, daß ihnen ein Recht bestritten werde, welches sie seit funfzig Jahren geübt hätten; jenes Rescript müsse durch jemanden veranlaßt sein, der Fürst und Volk gegen einander aufbringen wolle. Und die Königsberger kamen zu dem Beschluß, sich mit einer Klage an den polnischen Hof zu wenden; als ihnen die Oberräthe diese Sendung verboten, erklärten sie, sie würden, wenn es sein müsse, mit bewaffneter Hand ihre Händel dorthin bringen. Der Statthalter schickte Dragoner aus, ihren Beauftragten den Weg nach Warschau zu verlegen; aber einer der schlimmsten Wühler, der Jesuit Roth, kam glücklich hindurch. „Man beharrt drauf, schreibt Radzivill, den Pöbel zu bewaffnen." Zu gleicher Zeit wurden jene Dinge wegen Elbings, die oben erwähnt sind, betrieben; was Königsberg dem polnischen Commissar bot, war doppelt so viel, als der Kurfürst ihm versprochen hatte; daß Rei abreiste, ohne

Elbing übergeben zu haben, war für die Königsberger „ein großes Volksfest".

Königsberg war der rechte Heerd der Umtriebe; und die Magistrate der drei Städte hatten bei Weitem nicht die Kraft, der Bürgerschaft und ihren großen Freiheiten gegenüber ihre Autorität zur Geltung zu bringen; die drei Gemeinden, die einzelnen Zünfte, die drei Gerichte unter ihren Schöppenmeistern debattirten und politisirten trotz Bürgermeister und Rath. Der eigentliche Führer dieser städtischen Opposition war der Schöppenmeister Hieronymus Roth [1]), der vom polnischen Hofe als der Edle von Rothenstein Roth geadelt war, während des Krieges einer der eifrigsten Anhänger des Schwedenkönigs, in dessen Hoflager zu Elbing und Marienburg er häufig gesehen worden war, jetzt ein eben so eifriger Anhänger der Krone Polen, in seinem Vermögen heruntergekommen; „Bankerottirer" nennen ihn die Oberräthe; „er ist der standhafteste Mensch von der Welt und unverbesserlich", schreibt der Fürst Statthalter. Er selbst war lutherisch, sein Bruder jener Jesuit; mit ihm pflegte er zu berathen, und am polnischen Hofe gingen die wichtigsten Dinge durch die Hände der frommen Väter. Bald war neben dem Bruder auch der Sohn in Warschau, im Dienst des polnischen Fürsten, der nach einem Jahrzehent König von Polen geworden ist.

Schon gewann auch die Bewegung unter dem Adel Preußens bestimmtere Gestalt; die von Kalkstein, Vater und Sohn, waren da die Führer. Der Sohn, Christian Ludwig, Obrist und Hauptmann von Oletzko [2]) hatte, nachdem ihm mehr als ein Fehltritt in und außer Dienst

---

1) So die eigene Unterschrift des Schöppenmeisters; die Zeitgenossen schreiben Rode oder Rohde, wie auch sein Großvater in dem Commissariatsprotocoll vom 29. April 1609 Hieronymus Rode genannt ist.

2) Diesen Kalkstein lernt man genau aus den Acten der beiden Processe kennen, von denen der eine 1667 auf Denunciation seines Bruders und seiner Schwestern, der andere bekanntere 1670 gegen ihn geführt ist. Im Lauf des letzteren ist die halbofficielle Schrift Chr. Lud. de Kalkstein mores et fata erschienen, von der Stenzel II. p. 213 seltsamer Weise sagt: „eigentlich nur eine Schmähschrift"; Turenne, dem sie mitgetheilt worden, äußerte: „daß wer des

verziehen worden war, endlich wegen brutalen Mißbrauchs seiner Amtsgewalt die Hauptmannschaft verloren. Er ging nach Warschau, trat in polnischen Dienst; durch seine Hand gingen die Erbietungen der Querulirenden von Adel, der Schlieben, Buddenbrok, Packmohr, Landrath Redern u. s. w.; „im Namen von mehr als zwanzig Edelleuten" stellte er den Antrag, nur ein Paar Regimenter in das Herzogthum zu senden, dann werde sich der ganze Adel und die Bürgerschaft von Königsberg erheben; der Kurfürst rüste in Preußen, um Thorn zu überfallen und statt Elbings zu nehmen. Namentlich die Königin ging auf seine Ränke ein; was konnte ihr erwünschter sein, als diese Familie an der Hand zu haben, die unter dem Adel des Herzogthums den größten Einfluß hatte. Der Vater, Generalleutnant Albrecht von Kalkstein auf Knauten, war die Seele der Umtriebe, die sich weit und weiter über das Land verzweigten, ein Edelmann von dem eigenthümlichen Gemisch polnischer und deutscher Art, wie es in Preußen sich entwickelt hatte; zugleich herrisch und höfisch, zugleich intrigant und gleich mit Pistol und Degen zur Hand, bei allem Hochmuth bis zum Kriechen devot, bei allem Stolz habgierig, berechnend, frivol, ein adlicher Demagog, wie Roth ein bürgerlicher war. Der Generalleutnant verstand es, so verdeckt zu spielen, daß er dem Kurfürsten für einen der Bestgesinnten im Lande galt; er war unter denen, die zum nächsten Landtag in einem besondern Schreiben um ihre oft erprobten guten Dienste ersucht wurden; und er betheuerte, daß ihm nichts mehr am Herzen liege, als solcher Gnade sich würdig zu zeigen, während er schon mit Warschau im Verständniß war und die Unzufriedenen um sich sammelte.

Kalkstein mores hätte aufgesetzt, noch alle seine Schelmenstücke nicht gewußt, er hätte ihn auch als einen Schelm von der Armee wegjagen lassen." (Schwerin an den Kurf., 10. Febr. 1671.) Die Proceßacten ergeben, daß Kalkstein dann von dem Vater gezwungen worden, in polnische Dienste zu gehen, daß er eine Zeit lang in moscowitischer Gefangenschaft gewesen, daß er um 1655 zurückgekehrt und in kurfürstlichen Dienst getreten, wofür er die Hauptmannschaft erhielt. Die Untersuchungen wegen Oletzko begannen 1659, wie Kalkstein meint, weil die Wallenrodts ihn tödtlich haßten; er selbst war mit der Tochter des 1656 verstorbenen Obermarschall v. Kittlitz verheirathet. Die „Suspension" erfolgte Herbst 1660.

Anlaß zu Klagen war in der That vorhanden. Der Friede war seit Monaten geschlossen, und noch immer wurde nicht Anstalt gemacht, die unbewilligte außerordentliche Besteuerung auf verfassungsmäßige Weise zu ordnen. Freilich war dazu die Berufung eines Landtags nothwendig; wie oft war gesagt worden, der Kurfürst werde selbst nach Preußen kommen, ihn zu halten; statt nach Preußen war er an den Rhein gegangen. Es schien, als ob man den allgemeinen Landtag nur immer weiter hinausschieben, ihn vielleicht nie wieder berufen wolle. Mit jedem Tage wurde dieser provisorische Zustand unerträglicher, die Aufregung allgemeiner.

Selbst eine energische Regierung hätte Mühe gehabt, das Land hinzuhalten. So thätig und entschlossen der Fürst Statthalter war, er konnte wenig oder nichts ohne den guten Willen der Oberräthe, durch deren Hände alle Geschäfte gingen; und je stärker die Bewegung wurde, desto loser hielten sie die Zügel. Allerdings, schrieben sie im Herbst, sei die Noth groß, dem Adel und den Bürgern werde durch Execution das Dach vom Hause genommen, „so vorher unerhört und fast unglaublich“. Und im December in nicht minder ungeheuerlichem Styl: viele müßten, was ihre Väter seit hundert Jahren besessen, jetzt aus großer Noth verlassen, „deren ein Theil ihr armseliges Leben mit unnatürlicher Speise kümmerlich hinhalte, ein Theil auch zu so unmenschlicher Grausamkeit gerathe, daß sie ihre eigenen Kinder geschlachtet, und, ihren unnatürlichen Hunger zu stillen, selbst gegessen“. Aber, fügen sie nicht minder phrasenhaft hinzu, die Souveränetät betreffend, könnten sie mit voller Wahrheit versichern, daß sie niemanden wüßten, der nicht davon durchaus befriedigt sei; sollten aber „solche Misgeburten“, die nicht einsehen, wie heilvoll sie sei, im Lande gefunden werden, so möge doch der Kurfürst nicht so viele hunderttausend getreue Unterthanen deren Schuld entgelten lassen. [1])

---

1) Schreiben der Oberräthe, des Oberburggrafen Alb. von Kalnein, des Kanzler Joh. v. Kospoth, des Obermarschall Wolf v. Kreytzen, 24. Dec. 1660.

Der Kurfürst wußte sehr wohl, wie es damit stand, wie arge Dinge von den getreuen Unterthanen nicht bloß im Lande selbst, sondern auch am polnischen Hofe über ihn gesprochen wurden; es thue ihm leid, antwortete er den Oberräthen, daß sie, die davon hinreichend Wissenschaft hätten, solche Leute nicht zur Verantwortung gezogen, sondern durch ihre Gelindigkeit solches Unwesen förmlich autorisirt hätten (26. Jan.).

Der Beweis folgte gleich darauf. Mehrere von Adel beschlossen eine Zusammenkunft in Königsberg zu halten, um mit den Königsbergern gemeinsame Sendung an die Krone Polen und die Forderung eines Landtags zu verabreden. Mehr als 200 Edelleute kamen; keine Frage, daß die Regierung die Pflicht und das Recht hatte, solche Versammlung Unbefugter zu verbieten und zu strafen. Die Oberräthe zogen es vor, schleunigst die Landräthe zu berufen, damit diese, als erster Stand, den Adel von den Städten abzögen. Daß es ihnen gelang, beseitigte für dießmal die Gefahr.

Aber wenige Tage später überreichten die drei Städte Königsberg dieselbe Schrift, die gemeinsam hatte ausgefertigt werden sollen (26. Februar); sie fügten die Erklärung hinzu: die Accise müsse abgeschafft werden, „sonst bleibe ihnen nichts übrig, als sich dem Tode zu ergeben"; im Uebrigen wiederholten sie die Versicherung ihrer vollkommensten Treue, mit der sie beim Hause Brandenburg „bis ans Ende der Welt" zu verharren gedächten. Die Oberräthe verweigerten die Annahme der Schrift, verboten die Sendung nach Warschau bei Strafe des Hochverraths.

Noch ehe die Nachricht von diesen Vorgängen nach Cleve kam, hatte der Kurfürst den Entschluß gefaßt, den Landtag zum Juni zu berufen. Ihn bestimmte dazu nicht bloß die Lage der Dinge in Preußen, sondern, und mehr noch, die Rücksicht auf die drohenden Ereignisse in Polen. Es war kein Zweifel, daß auf dem bevorstehenden Reichstag die Königswahl zum Antrag kommen werde; erreichte die Königin ihren Zweck, so war die Macht Frankreichs an der Weichsel gegründet, und,

mit Schweden im Bunde, von unermeßlicher Gefahr für Deutschland. Es lag alles daran, diesen Plan zu kreuzen; die Armee, viele Magnaten, Fürst Lubomirsky an ihrer Spitze, waren gegen denselben; sie trugen dem Kurfürsten die Wahl an; es werde genügen, wenn er ein- oder zweimal im Jahr zur Messe gehe. So dringend schien die Gefahr, daß er den Antrag nicht völlig zurückweisen zu müssen glaubte.

Für den doch möglichen Fall, daß die Intrigue der Königin durchdrang, mußte zur Verständigung mit Preußen die Thür geöffnet werden; er hoffte, bis zum Juni selbst in Königsberg sein zu können: „man wird bei unserer Anwesenheit eher zum Schluß kommen und sich eines und des andern vergleichen können". Er beauftragte die Regierung (3. März), seine Absicht den Ständen mitzutheilen und sie zu versichern: „daß er sich dabei so gnädig und landesväterlich erweisen werde, daß alle diejenigen zu Schanden werden sollten, welche ihm seiner Unterthanen bisherige Treue abwendig zu machen versucht und unverschämter Weise vorgegeben hätten, als wenn er durch die erlangte Souveränetät sie zu unterdrücken und um ihre Privilegien und Vortheile zu bringen gemeint sei; der Ausgang werde es geben".

Theils die Fülle dringender Geschäfte, die in Cleve noch zu erledigen waren, theils die Rüstungen der Schweden im Bremischen, die, wie man erfuhr, gegen Minden und Cleve gerichtet waren[1]), veranlaßten den Kurfürsten am Rhein zu bleiben. Er sandte Schwerin nach Preußen voraus, um mit dem Statthalter und den Oberräthen gemeinschaftlich als kurfürstliche Commission den Landtag zu eröffnen. Die Instruction, die für diesen Zweck Schwerin mit sich nahm, beauftragte die Commis-

1) Eigenhändig Schreiben des Kurfürsten an Schwerin, 4. Mai 1661. „Von allen Orten kommt Bericht, daß die Schweden zu Wasser und zu Land stark armiren"; und am 17. Mai: „von der Schweden dessein habe nun so viel Nachricht, daß es nicht auf Bremen, sondern auf Minden und diese Orte abgesehen ist." Und Fürst Radzivill schreibt 27. Mai: „daß die schwedische Flotte einen Anschlag auf Memel und Pillau, ja auf ganz Preußen habe."

sarien, diejenigen Punkte an den alten Privilegien, welche nicht mit der Souveränetät vereinbar seien, abzustellen.

Schwerin erhielt noch zwei weitere Aufträge. Der eine bezog sich auf „das bewußte geheime Werk". Es wurde ihm anheimgestellt, ob er selbst nach Warschau zu gehen für nöthig halte; von einer Annahme der polnischen Krone könne nur die Rede sein, wenn die Bedingung in Betreff der Religion aufgegeben werde; „denn nimmer begehre ich das Zeitliche für das Ewige"; eine solche Wahl sei den Polen zu so großem Nutzen, daß sie dafür jene Bedingung in ihrem Interesse aufgeben könnten. [1])

Der zweite Auftrag war in wiederholten mündlichen Besprechungen des Kurfürsten mit Schwerin festgestellt worden. Daß die landesherrlichen Güter und Einkünfte in Preußen höchst elend verwaltet wurden, war nur zu klar; die Verwaltung selbst verschlang so gut wie alle Erträge; und es galt vielen dafür, daß das so sein müsse; denn, so hatte einst einer von den Vornehmen des Landes zum Kurfürsten gesagt, wenn man ihm seine reichen Erträge aus dem Lande zukommen lasse, so werde er nach ihnen nichts mehr fragen, darum müsse man es nie dazu kommen lassen. [2]) Wenigstens bei den Oberräthen schien diese Ansicht nicht mehr zu sein. Der Landhofmeister hatte sich erboten, Wege anzugeben, wie wenigstens 100,000 Thlr. jährlich gewonnen werden könnten. Noch wichtiger als die finanzielle Rücksicht — der Kurfürst forderte zunächst nur 24,000 Thlr. Ueberschuß [3]) — durfte eine andere erscheinen. In

1) Eigenhändiges Schreiben des Kurfürsten an Schwerin, Cleve, 17. Mai 1661. An die Kurfürstin, die äußerst besorgt war, daß ihr Gemahl der Politik ein gleiches Opfer wie Heinrich IV. von Frankreich zu bringen sich entschließe, schrieb Schwerin, 3. Mai: der Kurfürst habe ihm respondu avec grande assurance, que s'il ne la (die polnische Krone) pouvoit avoir avec ceste condition, qu'il n'y voudroit jamais songer.

2) So der Kurfürst in dem Schreiben an Schwerin, Cöln a./S., 31. Oct. 1661: „Will hoffen, daß diese böse Maxime durch Absterben solcher Leute ganz werde erstorben und keine Wurzel oder Samen des bösen Unkrautes übrig geblieben sein, da ich in die jetzigen Oberräthe viel besseres Vertrauen gesetzt habe."

3) Er sagt: „während kleine Fürstenthümer und Lande, die etwa nur vier

diese wüste Wirthschaft eingreifen, Rechnung fordern und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen, hieß dem Unwesen, das für hochpatriotische Vertheidigung der Landesrechte gelten wollte, die Maske abreißen, es hieß diejenigen, die freilich nach althergebrachtem Misbrauch verwaltet und geamtet hatten, als gäbe es keine Aufsicht und Rechenschaft, wenn der Landesherr hinweg sei, fühlen lassen, daß ihnen das Schwert über dem Nacken hänge. Des Kurfürsten Wille war nicht, daß sofort die ganze Strenge seines Rechtes geltend gemacht werde; das Beispiel der Reductionen in Schweden zeigte ihm die Gefahr eines solchen Verfahrens; sein letztes Wort an Schwerin war gewesen: allen Fleiß darauf zu richten, daß „die anderen Stände sich von Königsberg trennten". [1]) Mit zu rücksichtslosem Einschreiten hätte er den Adel zu den wildesten Entschlüssen, zur Einigung mit den Städten getrieben. Es genügte vorerst, fürchten zu lassen; es wurde der Regierung aufgegeben, die Rechnungen über die Erträge und Ausgaben des letzten Jahres und über die vor dem Kriege, Nachweise über die versetzten Domänen, über den Unterhalt der Garnisonen und der Miliz einzureichen; Schwerin erhielt den Auftrag, diese Arbeiten zu veranlassen und zu betreiben, und im Weiteren nach den Umständen zu verfahren.

Schon in Berlin traf ihn die Nachricht von der Aufregung, die diese Befehle in Preußen hervorgebracht. „Die Cassirer der Landschaft, schrieb ihm Radzivill, die zur Prüfung des von den Oberräthen entworfenen Berichtes berufen sind, haben diesen mit bitteren Thränen vorgeworfen, daß sie feindselig gegen ihr Vaterland handelten und auf die Freiheiten verzichteten; sie würden eher sterben, als zugeben, daß solch ein Bericht eingesandt werde". Wenig später erfuhr er, daß ein Vertrauter der Königin in Königsberg gewesen sei, die Stimmung zu erfor-

---

oder fünf Aemter haben, und gegen die preußischen Aemter nichts zu achten sind, uns ein merkliches, auf etliche 1000 Thlr. erstreckendes ausbringen." Rescript Cleve, 16. Mai 1661.

1) So Schwerin an den Kurfürsten, Königsberg, 12./2. Juni 1662.

schen, daß er nach Warschau gemeldet habe, wie erbittert alle gegen den Kurfürsten seien; mehr als zwanzig Edelleute habe er in seinem Bericht mit Namen angeführt, die entschlossen seien, das Aeußerste für die Libertät zu wagen, da sie jetzt ein mehr als türkisches Joch trügen; wenn die bäurischen Kosacken sich hätten befreien können, so würde es ja wohl auch preußischen Edelleuten glücken, zumal wenn ihre polnischen Brüder ihnen Beistand leisteten.

Mitte Mai war Schwerin in Preußen. Die nächste Schwierigkeit, die er fürchten mußte, die, daß die Oberräthe ihn als Nicht-Preußen von den Geschäften der Regierung und Verwaltung des Landes zurückwiesen, erledigte sich ohne Weiteres, entweder, weil sie Anstand nahmen, dem ersten Minister ihres Landesherrn sich entgegenzustellen, oder in Rücksicht darauf, daß Schwerin im Herzogthum begütert und mit dem Obermarschall, dem Hauptmann von Rastenburg, den bedeutendsten Familien des Landes verschwägert war.[1]

Das Ausschreiben zum Landtag war bereits ergangen. Es hatte wenigstens so viel bewirkt, daß die Räthe von Königsberg den Beschluß durchsetzten, die Sendung nach Warschau aufzuschieben.[2] Am 31. Mai wurden die Propositionen verlesen; sie versicherten des Kurfürsten Gnade und besten Willen, den Beschwerden des Landes abzuhelfen, aber die Rüstungen aller Orten und der währende Krieg an der nahen Grenze mache nöthig, in Verfassung zu bleiben; die Stände möchten wegen des zum Unterhalt der Truppen Nöthigen einen solchen Beschluß fassen, daß jeder künftig zu Hause bleiben und seiner Wirthschaft warten könne.

Die Stände begannen zu berathen. Daß Schwerin täglich ihrer mehrere auch von den Städten bei sich zu Tisch hatte und ihnen die Lage der Dinge und die Gefahren des Widerstandes darlegte, blieb nicht

1) Schwerin war in zweiter Ehe mit der Tochter des 1640 verstorbenen Landhofmeisters Andreas von Kreyzen vermählt.

2) So sagt der Bürgermeister der Altstadt Königsberg, Henckel, zu Hoverbeck (dessen Bericht vom 3. Mai): sie hätten beschlossen, des Landtags abzuwarten, den die Vorfahren pro remedio omnium gravaminum gehalten.

ohne Wirkung; die kleinen Städte trennten sich von den Königsbergern; die Landräthe und die vom Herrenstand riethen dringend, daß man die gebotene Hand ergreife, die Sachen zu ordnen. Die Oberräthe bemühten sich, bestens die Souveränetät zu empfehlen, die ja mit den Freiheiten des Landes völlig verträglich sei. Schwerin hatte es nothwendig gehalten, ihnen nicht die Instruction mitzutheilen, die freilich Anderes enthielt; auch mit der Untersuchung hielt er noch zurück; alles lag daran, nur erst die Gemüther zu beruhigen; er war unermüdlich aufzuklären, zu begütigen, zu gewinnen.

Auch Gen. Kalkstein und dessen Sohn, der aus Warschau gekommen, wurden zu Tafel geladen; der General erbot sich, wenn seinem Sohn die Hauptmannschaft wiedergegeben werde, sein Bestes zu thun; er bat, daß das scharfe Duellmandat aufgehoben werde, sonst könne er im Lande nicht bleiben. Schwerin war durch Hoverbeck unterrichtet, was Obrist Kalkstein in Warschau unterhandelt habe, wie weit da bereits die Dinge seien; das einzige Mittel, großem Schaden vorzubeugen, schien ihm die Rückgabe der Hauptmannschaft; in diesem Sinn schrieb er nach Cleve. Einstweilen begann der General als Deputirter der Ritterschaft sein Spiel. Er empfahl in den Besprechungen des Adels die Sendung nach Warschau, erbot sich 10,000 Thlr. dazu vorzustrecken; er setzte es durch, daß die Deputirten von Königsberg wegen der Güter der Stadt im Amt Brandenburg zu den Berathungen des Adels dieses Amtes eingeladen wurden, wider alles Herkommen. „Es klagen viele, daß er sich so große Autorität anmaaßt und, was sonst unerhört, die Deputirten aus dem Amt Brandenburg sind in ihrer Vollmacht befehligt, nichts ohne ihn zu thun.“

Mitte Juni überreichten die Stände eine Schrift, in der sie nach einem Glückwunsch zum glücklich beendeten Kriege die Erklärung folgen ließen: es sei die Fundamentalverfassung des Landes, an die auch die allerhöchsten Potentaten gebunden seien, durch den Abschluß des wehlauer Vertrages verletzt, indem die Stände hätten hinzugezogen werden müssen;

durch diesen neuen Pact seien alle Privilegien in Religions- und Profansachen in Gefahr und Zweifel gestellt. Sie führten aus: daß die Souveränetät für S. Kf. D. schädlich sei, daß sie bei dem geringen Umfang des Landes nicht bestehen könne, daß den Ständen noch nicht Gewißheit darüber zugekommen sei, was der Krone Willen sei, daß sie deshalb nöthig erachteten, ihrer Seits an den Reichstag zu senden.

Schwerin war nicht wenig betreten; er hätte wenigstens von den Landräthen erwartet, daß sie sich bei einer so schlimmen Schrift nicht betheiligen würden. Freilich sei sie schlimm, gestand ihm Landrath Tettau, Hauptmann zu Barten, und er möge sie so gut möglich entschuldigen, aber um sich bei den Uebrigen und der Posterität zu verantworten, müßten sie etwas thun; die Landräthe wären so schon bei den übrigen Ständen in Verdacht und müßten sich in Acht nehmen.

Auch die königsberger Pastoren fühlten sich gemüßigt, eine Schrift einzureichen zur Rettung der Privilegien. Schwerin forderte die Oberräthe auf, denselben einen Verweis zu ertheilen; die Herren wollten nicht recht daran; es blieb ihm nichts übrig, als die Geistlichen selbst vorzuladen; er verwies ihnen ihr Thun: es sei nicht ihres Amtes, über die Rechte des Landes zu wachen. Natürlich protestirten sie gegen solche Eingriffe in ihr Amt und ihr Gewissen. „Bei ihnen, schreibt Schwerin dem Kurfürsten, ist alle Mühe vergeblich; sie halten meine Frau für reformirt, weil sie ihnen nicht in Allem recht geben will.“

Den Schürern der Bewegung wurde es nicht schwer, die Aufregung zu steigern. Immer neue Gerüchte wurden erfunden und geglaubt. Der Graf Waldeck, hieß es, sei wieder an des Kurfürsten Hof und in größerer Gnade wie je, und der werde demnächst nach Preußen gesandt werden, wo die Kinder auf den Straßen wüßten, wie er des Landes Untergang gesucht und das Geld aus dem Lande geschickt.[2]) Dann wieder wurde

1) Schwerins Bericht vom 17./7. Juni. Die ständische Denkschrift giebt Puf. IX. 38 im Auszug.

2) Allerdings kam Waldeck nach Berlin, aber um seine Ansprüche auf die ihm

erzählt: was der Kurfürst mit seinem absoluten Regieren meine, das zeige Brandenburg, da müßten die Stände auf einen Glockenschlag kommen und die Steuern bringen, und ein armer Schneider zahle da monatlich 8 Thlr.; da sei auch nicht mehr ein Schatten von Freiheit. Der Landrath von Schlieben berichtete in der Versammlung von einem Kaufmann, den der Landhofmeister mit Zahlungen auf den August vertröstet habe, wo er Contribution ausschreiben werde. Darauf erhob sich Gen. Kalkstein: dazu dürfe man nicht schweigen, alle seien sie Brüder, man müsse gleich zu den Oberräthen, sie zur Rede zu setzen. Aber eine Nachfrage bei dem Kaufmann ergab, daß er seit zwei Jahren den Landhofmeister nicht gesehen habe, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort sei. Dann wieder rief Kalkstein: es seien Bestechliche und Bestochene unter den Landräthen, die aus der Schule schwatzten, man müsse einen pragischen Proceß mit ihnen machen. Als Schwerin das den Oberräthen mittheilte und sie aufforderte, dem Unfug zu steuern, hielten sie für besser, es zu ignoriren, „um nicht aus schlimm ärger zu machen." Schwerin gab dießmal nicht nach; vorgefordert entschuldigte sich Schlieben damit, daß er ohne Nachdenken gesprochen, und der General, er habe nur einen Scherz gemacht.

Indeß trieben die Partheiführer mit einer gewissen Hast weiter; es lag ihnen alles daran, mit Warschau, so lange dort noch der Reichstag versammelt war, in officielle Beziehung zu treten; sie kannten die üble Stimmung, die unter den Landboten und im Senat gegen Brandenburg wegen Elbing und Braunsberg, wegen Lauenburg und Bütow, wegen der danziger Post u. s. w. herrschte; sie wußten daß Hoverbeck nur mit der äußersten Anstrengung dem Groll der Königin und den Schlingen der französischen Wahlintrigue auswich. Sie durften hoffen, entweder mit dem irgend wie herbeigeführten Bruch

---

entzogene Comthurei Lagow u. a. durchzusetzen. Die betreffenden Acten geben einigen Aufschluß über seinen Uebertritt zu Schweden.

in Königsberg den offnen Beistand der Republik zu erhalten, oder mit der Furcht davor die Regierung zu immer weiteren Zugeständnissen zu zwingen.

Am 12. Juli überreichten die Stände ein neues Schriftstück, über das sie lange heftig gestritten, gegen dessen Vollziehung Schwerin auf das Eindringlichste gewarnt hatte; sie forderten Abdankung aller Truppen, Demolirung der neuen Befestigungen, Herstellung der Landesvertheidigung auf den alten Stand und unter einem Landobersten, noch andere Dinge unglaublichster Art, „Freiheiten, schreibt Radziwill, wie sie bei keinem Volk der Christenheit zu finden", ja selbst, daß beim Eintritt einer minderjährigen Regierung Polen die Vormundschaft führe, polnische Commissare, wenn Streit zwischen dem Landesherrn und den Ständen entstehe, an der Entscheidung Theil nähmen; wenn der Kurfürst das alles gewährt habe, seien sie bereit, ihm mit einer guten Summe Geldes unter die Arme zu greifen; aber die Accise und der Aufschlag sei nur für gewisse Zeit gewilligt, sie würden beide nicht weiter zahlen und zahlen lassen. Die besonderen Gravamina jedes einzelnen Standes sollten nachfolgen.

Noch in einem Rescript vom 6. Juli hatte der Kurfürst ausdrücklich gesagt, daß er den Ständen jede mit der Souveränetät nicht streitende Satisfaction geben, daß er ausdrückliche Reverse darüber ausstellen, auch sich verpflichten wolle, von der Krone Polen Reverse der Religion halber beizubringen für den Fall, wenn das Land an Polen komme. Aber entschieden lehnte er es ab, mit den Ständen „über die erhaltene Souveränetät" zu verhandeln, oder gar ihnen irgend eine directe Beziehung zu Polen zu gestatten. Die Rescripte des Kurfürsten, die jetzt Jena concipirte, ließen deutlich erkennen, daß man am Hofe zu Cleve im Gefühl des bei den clevischen Ständen erreichten Ergebnisses durchaus nicht gemeint war, in irgend einem wesentlichen Punkt zu weichen, daß man dort die Dinge in Preußen für nicht so gefährlich ansah, wie sie in der Nähe erschienen. Und doch zeigte sich deutlich, daß selbst die

Oberräthe wankten [1]), daß den Gegnern der Muth wachse, daß sie sich des Rückhaltes in Polen versichert hielten; hatten sie doch erklärt: sie wüßten nicht, ob die Krone das Diplom vom 22. Aug. 1658 noch anerkenne. Es schien nothwendig, für alle Fälle eine neue Erklärung des Königs zu erhalten; Radzivill, der nach Warschau als Landbote für Lithauen gegangen war, übernahm es, dafür zu sorgen.

Es wäre völlig vergebliche Mühe gewesen, jetzt, wo die Bewegung im Steigen war, mit dem Landtag zu unterhandeln. Schwerin fuhr fort, persönliche Einwirkung auf Einzelne zu suchen, meist mit geringem Erfolg. Freilich fast jeder von den Landräthen beklagte, daß sie, um nicht allen Credit zu verlieren, dem Strome folgen müßten. Mehr als einer von der Ritterschaft gestand in der Stille, daß der Uebermuth des Bürgervolkes und der Trotz Rothes unerträglich sei. Kalkstein nahm den Schein an, als werde er den Königsbergern zum Aerger sich für die Souveränetät erklären, „aber, schreibt Schwerin, er ist wohl fähig Böses zu thun, aber nicht Gutes zu befördern"; in der That, zwei Tage drauf, schickte er den Oberräthen einen Zettel, sich zu entschuldigen: „es werde ihm Verdacht bei den Ständen geben", als wenn er seinen Einfluß im Interesse des Kurfürsten bewahren müsse.

Die Verhandlungen ließen keinen Zweifel mehr, daß die Opposition ihren Angriff unmittelbar auf die Souveränetät zu richten entschlossen sei. Es kam darauf an, es nicht zu gemeinsamen Schritten des ganzen Landtags kommen zu lassen.

Einigen Eindruck machte das neue Diplom des polnischen Königs, das in bestimmteren Ausdruck als das von 1658 abgefaßt war. Schwerin überzeugte die Landräthe, viele von Adel, daß sie auf dem Wege seien, sich und dem Lande schwere Gefahr zu bereiten; wenigstens so

1) Des Kurfürsten eigenhändiges Schreiben an Schwerin, Cleve 26. Juli: „und sehe ich wohl so viel, daß die Oberräthe selbst mit hierunter spielen, und bin ich unglücklich, daß, wenn ein Landtag in Preußen ist, meine eigenen Diener die sind, welche mir die meisten Widerwärtigkeiten verursachen, nur allein, damit ihrer Autorität nichts abgehn möge."

weit brachte er es, daß sich die beiden Oberstände von den Königsbergern trennten, daß sie erklärten, wenn nur die unbewilligte Accise aufgegeben werde, so sei der schlimmste Streitpunkt entfernt und sie wollten dafür einstehen, daß sie dann aufs Neue bewilligt werden solle; wenn zwei Stände einig seien, müsse der dritte folgen.

Schwerins Gedanke war — er entwickelt ihn in dem Bericht vom 4. Aug. — diesen Punkt der Accise zu ergreifen, um da nachgebend zu einem einstweiligen Schluß zu kommen; er habe nichts zugesagt, aber des Kurfürsten Befehle einzuholen versprochen; diese Aussicht schon habe den Erfolg gehabt, daß die Königsberger, die eine große Versammlung zur Aufhebung der Accise angesetzt hätten, auf dringende Mahnung ihrer Magistrate, noch davon abgestanden seien. Es schien ihm nothwendig, durch eine Vertagung des Landtages die erhitzten Gemüther abzukühlen, und namentlich Zeit zu gewinnen für die Herkunft des Kurfürsten. „Es giebt keinen, der es mit Ew. Kf. D. wohl meint, der nicht heftig bittet und räth, daß Sie kommen. Denn jetzt stehen sie in den Gedanken, daß in den vorigen Pacten nichts geändert werden solle; sobald man beim Wiederbeginn des Landtages ihnen dieß und das wird klar machen müssen, und Ew. Kf. D. sind nicht zur Stelle, so fürchte ich, daß sie von der warschauer Schickung nicht mehr sprechen, aber sie, ehe man es gewahr wird, ausführen; die Instruction haben sie längst fertig gehabt, und die Wahl, die die Königin eifriger betreibt als früher, fordert Ew. Kf. D. Nähe."

Nichts konnte den Querulirenden ungelegner kommen, als eine Vertagung; Roth berief Versammlungen, um förmlichen Protest dagegen einzulegen; die Einwendungen der Magistrate wurden überschrien. Jenes neue polnische Diplom, sagte Roth, bedeute nichts; der König von Polen habe gar nicht das Recht, sie „wie Aepfel und Birnen" wegzuschenken; er sprach von Zeitungen ganz anderer Art, die er aus Warschau habe. Die Menge glaubte ihm alles; er beherrschte sie ganz. Auch sein Sohn war nun in Warschau, mit den Schweden in Riga stand er in geheimer

Correspondenz; der Statthalter fand nothwendig die Besatzung in Pillau und Memel zu verstärken. In Königsberg selbst schien alles zum Aeußersten bereit.

Der Schöppenmeister war bereits in einer Lage, die ihm keine Wahl mehr ließ. Schwerin hatte ihn zu sich bescheiden lassen, um ihn zu überzeugen, daß er mit seinem Argwohn dem Kurfürsten unrecht thue, daß er das Wohl der Stadt und des Landes so nicht fördere; der Kurfürst habe vor aller Welt den Ruhm, ein gütiger Herr zu sein, und wünsche das auch an Preußen zu bewähren. Darauf Roth: „an ihrem Rathhaus stehe geschrieben, es wäre kein Fürst so fromm, er trage doch einen Tyrannen in seiner Brust; der Kurfürst habe sie zu armen Leuten gemacht und nun wolle er sie auch zu Sclaven machten; er und seine Vorfahren hätten allein auf das Vaterland gesehen und sich um den Hof nicht gekümmert; sein Großvater wäre von Kurfürst Johann Sigismund zu Dienst berufen und wie er vors Schloß gefahren gekommen, und ihm daselbst angedeutet worden, daß der Kurfürst ihm 70 Hufen schenken wolle, habe er zum Kutscher gesagt: kehre wieder um, was will mir der Herr geben, der ja selbst nichts hat; die Städte Königsberg seien es gewesen, die das Land beim Hause Brandenburg gehalten, denn nur noch drei Edelleute wären auf ihrer Seite gewesen; und nun werde ihnen so gedankt." Als ihn Schwerin unterbrach, ihn auf das Verbrecherische seiner Reden aufmerksam zu machen, fuhr er fort: „das wolle er dem Kurfürsten ins Gesicht sagen"; dann, als wenn er zu dem Fürsten selbst spräche: „hast du nicht genug daran, Kurfürst, daß du all unser Vermögen weg hast? willst du auch unsre Freiheit haben? kannst du dich an deiner Vorfahren Stand nicht begnügen und uns den unsern lassen? wir werden uns nicht verhandeln lassen; unsre Sache ist nur bis zum künftigen Reichstag ausgesetzt; da soll sich alles wohl geben; aller ehrlichen Leute Meinung ist, daß der Kurfürst die Souveränetät nicht haben soll." Schwerin stand auf, den Frechen zur Thür hinauszu-

führen, der fortfuhr, „unverantwortliche und höchst strafbare Reden zu führen", bis er hinaus war.

Schwerin machte sogleich Anzeige an die Oberräthe, forderte sofortige Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens. Die Herren fanden besser, erst zu sehen, „ob der Mensch nicht einige Reue empfinde". Roth war weit davon entfernt; er rühmte sich zu Freunden und öffentlich, daß er so gesprochen. Die Bürgerschaft jubelte dem Hochherzigen, dem Freiheitsmann zu, beschloß tapfer jenen Protest gegen eine etwaige Vertagung. Die Magistrate selbst kamen auf das Schloß, ihre Bekümmerniß auszusprechen: es seien die Zünfte, die alle Schuld trügen; sie klagten heftig, wie diese ihnen zusetzten, ihnen allen Respect entzögen, sie schwer bedrohten. Mit Lärmen und Drohen suchten die Bürger auch die Herrn Regenten in Furcht zu setzen: „Vor etlichen Tagen, schreibt Schwerin 9. Aug., sind sie über hundert Personen stark hier oben auf dem Schloß gewesen, und wer alsdann zum heftigsten über die Souveränetät schreien kann, der wird zum Himmel erhoben."

Aber auch Schwerin meinte, man komme mit Gelindigkeit weiter, als mit Härte; er bitte den Kurfürsten, „in seinem Gott Geduld zu haben".

Freilich einer von den Landräthen, Johann Casimir von Eulenburg, Hauptmann zu Brandenburg, hatte den Muth, jetzt vor den Oberräthen zu erklären, daß er den Kurfürsten als seinen Souverän anerkenne. Aber keiner der andern wagte seinem Beispiel zu folgen: sie und die andern Stände würden dem Kurfürsten die Souveränetät „gern gönnen", aber sie müßten zuvor ihrer Privilegien versichert sein.

Es zeigten sich einige Pestfälle in Königsberg; die Stände begannen sehr ungeduldig zu werden. Dringend forderte man von ihnen, wenigstens einstweilen die Accise bestehen zu lassen, damit die Truppen erhalten werden könnten. Ganz zuletzt bewilligten die oberen Stände die Forterhebung bis zum Wiederzusammentreten des Landtags. Am 9. Aug. wurde er vertagt, bis zum 16. Sept.

„Wie man es mit so vielen eigensinnigen Leuten, die bloß und allein auf ihre Worte bestehen, beginnen soll, dazu sehe ich keinen Rath mehr, und dürfte fast sagen, daß wenn am 16. Sept. keine sichre Nachricht von Ew. Kf. D. Herkunft hier ist, wir allerseits bereuen werden, den Landtag reassumirt zu haben. All ihr Reden ist, daß sie durch Aufsetzen alles des Ihrigen noch viel größere Privilegien verdient hätten, und nimmer erwarten wollten, daß man ihnen etwas änderte oder entzöge. Bei diesem Punkt werden Ew. Kf. D. und ich ganz allein stehen." So Schwerin.

Reassumtion des Landtags.

„Wenn die Souveränetät festgestellt ist, dann werden erst die rechten schweren Bedenken angehen," schreibt Schwerin am 4. August.

Dann erst mußte bestimmt werden, welche von den alten Rechten und Freiheiten des Landes mit der Souveränetät nicht vereinbar seien; es mußten die vielen tiefwurzelnden Beziehungen der preußischen Verfassung zur Republik Polen durchschnitten, die Competenzen der Aufsicht und des Rechtsschutzes, die bisher gleichsam excentrisch bei der Krone Polen gewesen, nach innen verlegt werden. War das geschehen, so blieb noch das Schwerste zu thun. In dieser polnischen Verbindung war die Verwaltung und Regierung des Landes so geworden, wie sie nun war, und eben darum, weil sie völlig lose, völlig ohne Zügel und Controlle war, machte sie die Libertät denen, die den Vortheil davon hatten und die sie ständisch repräsentirten, so werth und unentbehrlich. Diese Regierung und Verwaltung des Landes, wie sie sich aus den Regimentsnotel von 1542 und Herzog Albrechts Testament von 1567 „naturwüchsig" genug weiterwuchernd geformt hatte, mußte reformirt, sie mußte im Interesse des Landes selbst und dem Staatszweck entsprechend aus der Zerstreuung gesammelt, aus der Willkühr zur Ordnung, aus den Händen

des Privatinteresses in die Controlle und die Leitung der öffentlichen Macht hinübergenommen werden.

Die zahlreichen kurfürstlichen Rescripte an Schwerin, an die Oberräthe — sie sind immer von Jena concipirt — lassen nicht den geringsten Zweifel darüber, wie Friedrich Wilhelm seine Aufgabe faßte; er wiederholt, „daß er den starken Vorsatz habe, eines guten und löblichen Regenten und Fürsten Amt nach allem Vermögen zu erfüllen und dawider mit Willen auch nicht das Geringste geschehen zu lassen"; er bleibt „beständiglich" dabei, den Ständen „in allen billigen Desiderien vollkommene Satisfaction zu geben"; es sei nie seine Meinung gewesen, sie in ihren redlichen und wohlhergebrachten Privilegien zu schwächen. Aber er fordert von ihnen, nicht zu vergessen, daß sie „seine geschwornen Unterthanen seien und ihn in seinen legitimen fürstlichen Rechten ungekränkt und unangefochten lassen", daß sie nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten haben, daß sie nicht sich einbilden, allein des Landes Interesse zu vertreten, daß vielmehr die allgemeinen Interessen des Landes in der Obhut des Landesherrn stehen und endlich einmal zur Geltung kommen sollen. Er wünscht, daß die Stände sich in Güte und durch Gründe der Vernunft bestimmen lassen, mit ihm Hand in Hand für die Wohlfahrt des Landes zu sorgen; er warnt vor den Gefahren, die ihr Widerstand über Land und Volk und über sie selbst bringen wird. In dem vollen Gefühl, in seinem Recht und auf dem rechten Wege zu sein, ist er ohne Ungeduld, ohne Bitterkeit, ohne Lust zu Gewalt, aber fest in seinem Willen, eifrig gegen die „Aufwiegler", entschlossen, gegen sie der strafenden Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen.[1])

Die Vertagung des Landtags hatte er nicht ohne Weiteres gut-

1) In Betreff des „unbesonnenen und fast rasenden" Roth schreibt der Kurfürst, Cleve, 10. Aug., „könnt ihr einige Mittel finden und practisiren, wodurch dieser Rhode als ein notorischer Rebell und Aufwiegler mit Manier über die Seite gebracht würde, würde ohne Zweifel daran uns und dem ganzen Lande ein guter Dienst geleistet werden." Dieß zur Erklärung der Chiffer bei Orlich III. p. 82.

geheißen; er besorgte, daß „die Widerwärtigen die Zeit benutzen würden, die Leute noch mehr wirr und widrig zu machen, daß die Conjuncturen der allgemeinen Politik sich verschlimmern möchten". In der That wurde das Verhalten des warschauer Hofes immer zweideutiger und verworrner. Daß der Reichstag beschlossen hatte, noch nicht den künftigen König zu wählen, erbitterte die Königin und ihre Parthei nur noch mehr gegen den Kurfürsten, dessen Gesandten in jenem Sinn gewirkt hatten. Schon verhandelten Schweden und Frankreich um ein Bündniß, die von ihr gewünschte Wahl durchzusetzen, um dann die drei Kronen zu einer dauernden Allianz zu vereinigen, die für niemanden bedrohlicher war, als für den Kurfürsten. Für ihn war es ein Glück, daß Polen selbst jetzt mehr wie je von Partheien zerrissen war. Schon hatte sich das Heer, das gegen die Moscowiter im Felde lag, gegen die Wahl erklärt; dieß und daß der Sold nicht gezahlt wurde, trieb erst einzelne Schaaren in der polnischen, dann auch in der lithauischen Armee dazu, sich zu conföderiren, d. h. sich des Gehorsams gegen den König loszusagen und statt der königlichen Generale Führer aus ihrer Mitte zu wählen; reißend schnell wuchs die Masse des conföderirten Volkes, zog in einzelnen Haufen im Land umher, Quartier und Brod zu suchen, heerte und brandschatzte wie in Feindes Land; dem Feinde gegenüber blieben kaum so viele, um die Grenzen zu decken. Damit war bis auf Weiteres die Kraft Polens gelähmt.

Um so lebhafter wünschte der Kurfürst mit den preußischen Dingen zum Abschluß zu kommen, bevor das Wetter in Polen umsetzte. Die erste Bedingung dazu war, daß die Stände aufhörten, die Souveränetät in Frage zu stellen. Schwerin verwandte die Pause, die eingetreten war, dazu, mit Besuchen da und dort für sie zu werben und die Aemter zu bessern Instructionen für die bevorstehende Versammlung zu bewegen. Das „heftige Sterben im Land" — in Königsberg allein raffte die Pest in fünf Monaten 3580 Menschen hin[1]), verfehlte nicht, auf die Stim-

1) Becks Naturgeschichte Preußens p. 734.

mungen zu wirken. Daß Schwerin die Oberräthe bestimmte, den v. Finke, Hauptmann von Lötzen, zur Untersuchung zu ziehen, daß dessen Schwager, der v. Tettau, Vogt von Fischhausen, sich offen für die Untersuchung so schweren Unrechts erklärte, machte außerordentlichen Eindruck. Dann wurde auch der Rittmeister von Schlieben auf Birkenfeld vorgeladen, „obschon er viele mächtige Patrone hat"; er hatte seinem frühern Adjudanten, der eine alte Zahlung von ihm forderte, die Ohren abschneiden lassen, und nur die dringende Bitte eines Geistlichen hatte weitere Verstümmelungen gehindert; dieser Schlieben hatte früher in des Kurfürsten Garde gestanden, war jetzt in polnischem Dienst; er war noch in Untersuchung, weil er kurfürstliche Rescripte anzunehmen sich geweigert hatte; er drohte, „am warschauer Hofe zu klagen, wenn ihm hier im Lande nicht geholfen werde".

Die Misvergnügten sahen wohl, daß Vorgänge wie diese ihnen nicht günstig waren, daß die Einzelnen ohne den Druck der leidenschaftlichen Versammlung ihnen aus der Hand gingen. Die Gemüther in Aufregung zu erhalten, verbreiteten sie die ungeheuerlichsten Gerüchte. General Kalksteins zweiter Sohn [1]) war durch die Mark und Pommern gekommen: es sei unerhört, wie die Unterthanen da bedrängt würden, er habe auf der Landstraße viele gesehen, die mit Weib und Kind auswanderten. Dann wieder hieß es: in Stendal habe der Kurfürst dem Burgemeister die Schlüssel der Stadt abgefordert, ihn weggejagt, einen Calvinisten an seine Stelle gesetzt; besser Unterrichtete wollten wissen, das sei in Prenzlau geschehen, durch Einquartierung sei die ganze Bürgerschaft weggeschafft und dann die Stadt mit lauter Reformirten besetzt. Darum, hieß es, werde die Miliz in Preußen nicht entlassen, weil man sie zu gleichen Executionen verwenden wolle.

---

1) Obristleutnant Christian Albrecht v. Kalkstein zu Wogau, 1667 Denunciant seines Bruders, als sich die Brüder und Schwestern über die Erbschaft des Vaters stritten; der Verklagte konnte dem Bruder mit Denunciationen über Blutschande und ähnliche Dinge erwidern.

In Warschau wurde von Neuem von der Gefahr, die Thorn bedrohe, gesprochen. Die Königin selbst mit großem Gefolge begab sich dorthin, als gälte es, diesen wichtigen Posten zu decken. Sie wollte dem Herzogthum näher sein; sie brannte darauf, dort einzuschreiten. War Polen nicht befugt, verpflichtet dazu, da die Verträge von 1657 in einem wesentlichen Punkt unausgeführt geblieben waren? Da hatte sich der Kurfürst verpflichtet, den Preußen alle Rechte und Freiheiten zu bestätigen, die der Souveränetät nicht Eintrag thäten; und bis jetzt war alles andre, nur nicht diese Bestätigung erfolgt; war nicht jetzt das Land so gut wie rechtlos? war es nicht Polens Pflicht, dem Hülferuf des Herzogthums Folge zu geben?[1])

Aber der Reichstag war zu Ende, die drohende Haltung der Armee gab dem Senat Sorge vollauf; die Partheien und Intriguen am Hofe gingen so wüst wie je durcheinander. Fürst Lubomirsky erneute beim Kurfürsten seine Anträge wegen der polnischen Krone; am französischen Hofe glaubte man zu wissen, daß der Kurfürst seine Religion wechseln wolle, um sie zu erhalten. Frankreich arbeitete in Warschau mit erneutem Eifer. Schweden schien nur das Zeichen zum Losbrechen zu erwarten.

Zum 16. September waren die Stände nach Brandenburg beschieden; auch dort war die Pest; es kamen wenige; man vertagte die Versammlung bis zum 12. October. Aber die königsberger Deputirten, die gekommen waren, erklärten: die Accise sei nur bis zu diesem Tage bewilligt, sie sei nunmehr zu Ende; sie protestirten gegen die Contribution, die inzwischen von den kleinen Städten und den Bauern, auch ihren Bauern gefordert sei u. s. w., und im Uebrigen versicherten sie von Neuem ihre beständige Pflicht und Treue gegen S. Kf. D. und baten, des Pfundzolles nicht zu vergessen.

---

1) Ausführlicheres bei Puf. IX. 54, wo es 1663 nachträglich (superiore anno) erzählt wird.

Ihr Protest gegen die Accise hatte vortreffliche Wirkung; fast überall in den Städten, wie auf den Mühlen und Brauereien der Gutsherren hörte sie auf; „woher indeß die Truppen erhalten werden sollen, weiß ich nicht, schreibt Schwerin (22. Sept.), es ist so gut wie nichts mehr zu versetzen". Man mußte sich helfen, so gut es ging. Aus den Berichten der Hauptleute ergab sich, daß in den Aemtern und kleinen Städten doch das Bedenken erwachte, ob nicht S. Kf. D. endlich ungnädig werden möchte, ob man recht thue, für die Königsberger „die Fische zu fangen", ob mit dem Eifer gegen die Souveränetät viel gewonnen werde. Die Instructionen für die nächste Zusammenkunft versprachen erwünschter zu lauten, als man hätte erwarten können.

Am 18. October wurde der Landtag in Bartenstein eröffnet. Die Propositionen lauteten völlig milde und beruhigend, sie vermieden den Ausdruck Souveränetät; die schwere Pest fordere Beschleunigung der Verhandlung, dazu werde nichts mehr helfen, als wenn sich die Stände in Betreff des dominium directum erklärten, das polnischer Seits durch so viele Verträge und Reichstagsbeschlüsse festgestellt sei, daß sie ohne gefährliche Extremitäten nicht gelöst werden könnten. Um dem Land die schwere Steuerlast, die niemand aufrichtiger beklage als der Kurfürst, in etwas zu erleichtern, seien bereits 4 Compagnien zu Roß und 4 zu Fuß abgedankt; aber jeder werde erkennen, wie nothwendig es sei, die Festungen und die Grenzpässe besetzt zu halten, zumal bei den „grausamen Empörungen in der Nähe und trüb aufsteigenden Wolken, die ein schweres Gewitter drohten", Gefahren, „die keinem Lande schwerer als demjenigen, welches in ihm selbst uneins und zwiespaltig und sonder Vertrauen und Rüstung sei". Man möge die Accise noch so lange gewähren, bis andere Mittel, die noch übrigen Truppen zu erhalten, gefunden seien. Der Kurfürst habe sich oft genug erklärt, daß er nichts anderes als heilsames Vertrauen, Erhaltung der Freiheiten und Rechte der Stände, Abstellung der Beschwerden wünsche; er hoffe, daß die Stände auch an ihrem Ort es nicht an sich fehlen lassen und sich so, wie

es sich gebühre, gegen ihn verhalten würden, als ihren Landesherrn, dem jetzt das dominium directum nicht als einem Fremden, sondern als ihrem eigenen Landesfürsten zuständig sei.

Der Eindruck, den die Propositionen machten, war ein recht günstiger; nicht minder ließ die Nachricht, daß der Kurfürst vom Rhein abgereist und wohl bereits in den Marken sei, manchen nachdenklicher werden. Es kam ein Vorgang in der Versammlung selbst hinzu, der die Opposition völlig lockerte.

Der alte Landmarschall v. Flanß hatte sich unter allgemeiner Zustimmung der Deputirten des Adels die Obersten v. Eulenburg und v. Leschewang zu Substituten gewählt. General Kalkstein, der nicht zugegen gewesen, erfuhr Abends davon in einer Gesellschaft, begann heftig zu drohen, erklärte unter den stärksten Schimpfreden, er werde die Herren folgenden Tages zwingen, die Wahl zu cassiren; ihm, als dem Deputirten des Amtes Brandenburg, gebühre die Stelle. Andern Tages gab es in der Ritterstube eine völlig scandalöse Scene. Auf des Landmarschalls Befragen, ob der General so anzügliche Worte gesprochen, wie das Gerücht sage, erklärte er: „allerdings, und die Substituten müsten herunter, er werde seinen Säbel hohlen lassen und darunter fahren, daß die Fetzen herumfliegen sollten, die Engel im Himmel sollten darüber lachen; es solle kein Adjunct sein, und wenn der ganze Landtag darüber in Stücken gehe". Er schimpfte den Landmarschall mit den gemeinsten Worten, er forderte ihn; er nannte alle die zugestimmt, Hundsfötter u. s. w.[1])

Schwerin und Radzivill forderten die Oberräthe auf, eine so schwere Verletzung des Landtags zu ahnden, zunächst dem General das weitere Erscheinen in der Versammlung zu verbieten. Die Herren Regenten hatten wenig Lust dazu, fanden das und jenes Bedenken. Aber unter den Deputirten selbst war die Erbitterung so groß wie möglich, und

1) Schwerins Bericht, 21. Oct. Die Anwesenden sagen: „sie hätten ihn wohl mit der Faust tractiren können als die mehreren; aber weil sie öffentliche Personen seien, hätten sie es nicht thun wollen."

Schwerin that das Seine, sie zu einem Entschluß zu treiben. So reichten die Landboten vom Adel eine Klageschrift an den Kurfürsten ein, forderten, daß mit dem Generallieutenant, der nicht bloß das Duellmandat unter so erschwerenden Umständen verletzt, sondern den Adel des Landes und den ganzen Landtag auf so unerhörte Weise beschimpft habe, nach der ganzen Schärfe des Rechts verfahren werde. Nun wiesen die Oberräthe ihn vom Landtag und leiteten die Untersuchung ein. Daß jetzt plötzlich ein paar seiner Jäger verschwanden, nach Polen gingen, galt für eine Bestätigung des Gerüchtes, daß er mehr als 500 Stück Elennthiere habe wilddieben lassen; schon flüsterte man auch von jenem Schuß durchs Fenster, der seinen reichen Neffen habe treffen sollen, und einen Trompeter, der zufällig an dessen Platz gesessen, getödtet habe; auch andere, schlimmere Dinge drohte die Untersuchung aufzudecken.[1])

Der alte Cavalier war wüthend, daß man ihm so sein Spiel störe. Nur im ersten Augenblick hatten seine guten Freunde unter den Landboten schweigen müssen; nach wenigen Tagen waren sie unter der Hand thätig, die Sache in Güte beizulegen; sie schrieben dem General: es seien nur wenige, die die harten Maaßregeln betrieben hätten, die meisten seien der Meinung, daß er wiederkommen müsse, da man ihn auf dem Landtage gar nicht entbehren könne.[2]) Er selbst bat Schwerin um eine Zusammenkunft; sie wurde, da er nicht in Bartenstein erscheinen durfte, auf einem nahegelegenen Gut gehalten; da ergoß er sich über die Falschheit seiner Landsleute, er wolle nichts mehr mit ihnen zu thun haben, er

1) Nach der Zeugenaussage des Pastor Dammler hat Obrist Kalkstein 1665 in seiner und anderer Gegenwart „unterschiedliche Sünden, so zu Knauten im Schwange gingen, als Ehebruch, Blutschande, Mord u. dergl. erzählt, und könnt zu Sodoma nicht ärger gehn." Diese Dinge kommen dann in dem Proceß auf das Schmutzigste und Greulichste zu Tage.

2) Es liegen die Briefe von Jacob v. Manteufel, Both v. Buddenbrock, Graf v. Prembock, Obrist Christian von Dobeneck, Laurentius v. Milewsky (polnisch) Hans Georg v. Auerswald, Hans v. Schlubit und Joh. Adam v. Gröben in den Acten. Außer diesen sind besonders Obrist Zeige, Landrath v. Redern, Rittmeister v. Schlieben für Kalkstein thätig.

werde sich in „den Marken ankaufen und seine Landsleute dem Teufel übergeben". Aber es blieb bei der Verweisung und der eingeleiteten Untersuchung.

„Es ist nun ein Anfang gemacht, Ernst zu zeigen," schreibt Schwerin dem Kurfürsten, „mein Gewissen verpflichtet mich, E. Kf. D. zu rathen, daß dem Werk ein Nachdruck gegeben werde, sonst ist es hier um allen Respect und Gehorsam gethan."

Der Schöppenmeister Roth gab ein Beispiel dafür. Die Untersuchung gegen ihn war immer noch nicht eingeleitet; jetzt war er als Deputirter für Königsberg zum Landtag gekommen. Vor der Eröffnung hatte Schwerin den Landräthen mitgetheilt, daß er nach bestimmten Weisungen des Kurfürsten die Einleitung der Untersuchung gegen Roth fordern müsse; es gehe durchaus nicht an, daß S. K. D. Bevollmächtigte bei Eröffnung des Landtages einen unter solcher Anklage stehenden Mann vor sich sähen. Die Herren Oberräthe fanden für gut, nicht so gar hart zu verfahren; sie besprachen sich mit den Landräthen, sie ließen nach deren Rath den Abgeordneten von Königsberg den Wunsch äußern, daß Roth nicht bei der feierlichen Eröffnung erscheinen möge. Die Königsberger antworteten: sie hätten keine Befugniß, einen von ihren Mitdeputirten auszuschließen. Aber bei der Eröffnung erschien Roth nicht; er war verreist, er hatte im nahen Ermeland eine Besprechung mit seinem Bruder, dem Jesuiten. Zwei Tage darauf war er wieder in Bartenstein. Die Herren Oberräthe hielten für nothwendig, mit ihm Geduld zu haben, bis die Stände ihr Bedenken abgegeben, „dann wolle man suchen, ihn mit guter Manier wegzubringen, da man ihn in seiner Eigenschaft als Deputirter nicht wohl anfassen könne".

Mochte Roth trotzen und pochen, jedermann wußte, daß ihm eine peinliche Anklage bevorstehe. Und die Zeit der Nachsicht schien vorüber zu sein. Der Prediger in Bartenstein wurde wegen der „ganz unverantwortlichen Landtagspredigt", die er gehalten, wegen des Kirchengebets für den König von Polen, das er sich erlaubt, auf Schwerins

Drängen zur Untersuchung gezogen. Daß man selbst den General Kalkstein anzufassen gewagt hatte und weiter gegen ihn verfuhr, erschreckte die Misvergnügten und verwirrte ihre Pläne.

Die Stimmung auf dem Landtag schien sich zu entnüchtern. Es war ein „vereinigtes Bedenken" der drei Stände zur Anerkennung der Souveränetät in Arbeit. Auch die Magistrate und Gerichte von Königsberg waren für die Anerkennung; nur die Zünfte widersprachen. Nun stellte man den königsberger Deputirten vor, daß sie doch unmöglich auf die besonderen Bedenken einzelner Zünfte achten, daß sie sich nur an die Weisung der städtischen Obrigkeit, von der ihr Mandat sei, halten könnten. Sie versprachen, das Ihrige zu thun; sie baten die Herren Landräthe, ein „bewegliches Schreiben" an die Bürgerschaft von Königsberg zu schicken. Wie hätte das wirken sollen? mit Ungestüm, mit Drohungen forderte man da energische Beschlüsse, Proteste, Sprengung des Landtags. Aber die Magistrate blieben fest; ja, sie riefen Roth vom Landtage zurück.

Damit hatte dessen Eigenschaft, welche die Oberräthe so gescheut hatten, ein Ende. Sofort forderte Schwerin, den Fiscal zur Eröffnung des Processes beim Criminalgericht anzuweisen. Aber die Herren vom Gericht, hieß es nun, seien der Pest wegen von Königsberg abwesend. Ehe die Sache einen Schritt weiter kam, war der Landtag in Mitten neuer Verwirrungen.

Die Berathungen über das gemeinsame Bedenken waren im besten Gang; aber, so erklärte eine Deputation der Stände, schließen könne man nicht eher, als bis die Accise aufgegeben sei. Schwerin hatte beim Kurfürsten dringend gebeten, daß sie auf vier Wochen aufgegeben werde, da sie doch nichts einbringe; ein solches Nachgeben werde jetzt, wo die Annahme der Souveränetät so gut wie fertig sei, um so günstiger wirken. Den Ständen gegenüber unterließ er nicht, die Unangemessenheit ihrer Forderung hervorzuheben: wenn man nicht davon abstehe, werde er zu seinem Bedauern endlich doch nach den Befehlen handeln müssen, die ihm

der Kurfürst für den Fall weiteren Widerstandes gegeben habe. Aber er sagte zugleich dem Voigt von Fischhausen: der Kurfürst fordere die Accise nur, weil er kein anderes Mittel habe, die Truppen zu erhalten; damit sie jedoch sähen, daß er keinesweges der Absicht sei, ihre Privilegien zu verletzen, werde der Kurfürst gern bereit sein, die Accise aufzugeben, wenn man verspräche, sie noch vier Wochen zu zahlen und bis dahin andere Mittel zu schaffen (10. Nov.).

Schwerin berührte den Punkt nicht, auf welchen Alles ankam; er ließ die Oberräthe, die Landräthe, die gesammten Stände in dem Glauben, daß die Rechte und Freiheiten des Landes im Wesentlichen so, wie sie waren, mit der Souveränetät vereinbar seien. Und die Stände eilten, eben diesen Punkt, der ihnen vor Allem am Herzen lag, in Sicherheit zu bringen.

Am 16. Nov. überreichten sie ihr „vereinigtes Bedenken"; es enthielt allerdings die Anerkennung der Souveränetät von Seiten aller Stände, auch der drei Städte Königsberg, und zwar der Magistrate, der Gerichte in denselben, sowie der Schneider- und Riemerzunft im Löbenicht; sie verpflichteten sich zugleich, dem Kurfürsten mit einer stattlichen Summe unter die Arme zu greifen. Aber als Bedingung dieser Anerkennung forderten sie, daß der Kurfürst zuvor alle ihre Gravamina abstelle und daß er eine Assecuration ihrer Rechte und Freiheiten, die sie ausgefertigt vorlegten, „in allen ihren Clauseln und Punkten vollziehe und in vim capitulationis mit einem Eide bekräftige".

Denen, die zu dieser Wendung der Frage gerathen, schien es entgangen zu sein, wie sehr sie damit die Sachlage veränderten. Die Stände hatten eine starke Stellung, so lange sie sich der Souveränetät gegenüber einfach in der Negative verhielten und abwarteten, was ihnen der Kurfürst bieten würde, um das, was sie für ihr Recht hielten, aufzugeben; ihre Stärke war, daß sie die rechtliche Unmöglichkeit der Souveränetät festhielten. Diese völlig gedeckte Stellung gaben sie auf, indem sie jetzt von sich aus, ohne Rücksicht auf ihre Pflichten gegen die Krone

Polen, die sie so oft vorgeschützt, Bedingungen stellten, unter denen sie sich ergeben zu können glaubten. Sie vernichteten ihre eigene rechtliche Basis, indem sie in Anspruch nahmen, sie einseitig aufheben zu können.[1])

Nicht minder bedenklich war die Form der Capitulation, die sie forderten, gleich als handle es sich darum, überhaupt erst einen Landesherrn zu bestellen. Das war ein unzweifelhafter Uebergriff der ständischen Competenz; denn man hatte einen „gehuldigten Herrn", dem nur gewisse Rechte mehr, als er gehabt, überwiesen worden waren, Rechte, die nicht die Stände besessen hatten, die sie nicht geben oder versagen, die sie höchstens als für sie nicht zu Recht bestehend bestreiten konnten, wenn ihnen praktische Folge gegeben werden wollte.

Endlich was die Stände in ihrer Assecuration forderten, war sehr weit entfernt, gemäßigt, im Interesse des Landes, ausführbar zu sein. Daß nicht das Geringste in der Regierung und Verwaltung des Landes geändert, daß jeder in den Gütern, Lehen, Aemtern, Pfandschaften, die er inne habe, „unverbrüchlich in allen Punkten ohne Ausnahme" erhalten werde, daß die getreuen Stände zu keiner Zeit weder mit Werbungen noch Einquartierungen fremder oder kurfürstlicher Truppen beschwert werden dürften, daß die 1500 Mann, die nach dem wehlauer Vertrag der Krone Polen zu stellen seien, von den kurfürstlichen Domainen geleistet würden, das und ähnliches sollte der Kurfürst für sich und seine Nachkommen eidlich geloben, und zwar so, daß die Stände, wenn ihnen irgend ein Artikel dieser Capitulation nicht gehalten werde, ihres Unterthaneneides entbunden sein sollten; vor jedem Landtag, der ohne weitere Berufung in jedem zweiten Jahre zusammentreten werde, sollte die Verwaltung darauf untersucht werden, ob irgendwo ein Privilegium verletzt sei.

Dafür wollten die Stände die Souveränetät anerkennen, die so

---

1) Eben diesen Gesichtspunkt hebt das Minoritätsvotum der königsberger Bürgerschaft hervor: es sei mit Polen ein nexus in aeternum, der nicht einseitig gelöst werden könne. Die Art, wie die Stände in ihrem Bedenken diese Ansicht zurückweisen, zeigt die Unhaltbarkeit der Position, die sie mit demselben zu nehmen versuchen.

formulirt ein leerer Name war; oder vielmehr die Souveränetät war bei den Ständen, wenn sie zu bestimmen hatten, ob die Assecuration gehalten, ob die Unterthanenpflicht zu leisten sei oder nicht.

Die Stände meinten ihre Sache vortrefflich bestellt zu haben; sie gingen nun daran, „wieder einen Haufen Gravamina" aufzustellen. Die Herren Oberräthe — namentlich der Obermarschall war ein eifriger Vertreter der Privilegien — fanden zwar das Vornehmen der Stände ein wenig scharf, aber doch auch im Interesse einer wirklich unabhängigen Landesregierung; sie sandten das vereinigte Bedenken nach Berlin ohne irgend weitere Bemerkungen hinzuzufügen. Unter den Landräthen hatte sich doch einiger Widerspruch geregt; sie und mehrere von Adel äußerten den Wunsch, eine Deputation nach Berlin zu senden, um die etwa nöthigen Erläuterungen mündlich zu geben.

Nur die königsberger Bürgerschaft versagte durchaus ihre Zustimmung zu dem Bedenken. Ihre klugen Führer erkannten sehr richtig, daß die noch so bedingte Anerkennung der Souveränetät die Rechtsfiction zerstöre, mit der man sie unmöglich machen konnte. Sie tadelten die Nachgiebigkeit der drei Magistrate auf das Heftigste, forderten, daß sie ihre Unterschrift zurücknehmen, ihr Votum widerrufen sollten. Sie behaupteten, wenn auch nur Eine Zunft widerspreche, müsse das ganze Werk stecken bleiben — „ganz nach der polnischen Manier", das förmliche liberum veto. Die „Freiheit der edlen Preußen" war in den drei Städten oben auf; schon schwankten auch die drei Gerichte; auf dem Altar der großen Kirche fand man Aufrufe höchst bedenklicher Art.[1]) Und die Pastoren der drei Städte eiferten heftiger denn je, fuhren fort, das Kirchengebet für den König und die Republik Polen als höchste Obrigkeit zu sprechen.

---

1) „Die vom Herrenstand sind bestochen, | Die Ritterschaft hat nichts gesprochen, | Die Königsberger lassen nun ihr Pochen, | Die kleinen Städte wirft man mit Knochen. | Was dünkt euch, edle Preußen fein, | Wollt ihr märkische Sclaven sein? | Da schlage Blitz und Donner drein."

In Berlin hatte einstweilen der Kurfürst untersuchen lassen, wie die Regierung und die alten Privilegien Preußens in Folge der Souveränetät geändert werden müßten. Er war nicht ganz mit Schwerins Auffassung der Lage einverstanden, der die Gefahr zu großer Nachgiebigkeit zu gering anzuschlagen schien. Dobrczensky hatte richtiger geurtheilt, wenn er (30. Aug.) schrieb: „die Stände würden, was sie auf der einen Seite, in Betreff der Souveränetät, nachgäben, auf der andern Seite kraftlos und nichtig zu machen suchen, nemlich durch die Forderung einer Generalconfirmation ihrer Privilegien und besonders der Regimentsform; sie würden die Autorität der Oberräthe in einer Ausdehnung, die mit der Souveränetät unvereinbar sei, zu behaupten suchen." Hatte Dobrczensky so richtig vorausgesehen, so schien es doppelt beachtenswerth, wenn er empfahl: „bei dieser Gelegenheit die Wunden des preußischen Wesens aus dem Grund zu curiren und nicht bloß zuzudecken". Eben dies war die Ansicht des Kurfürsten; im Entferntesten nicht wollte er Ungebührliches; aber „man weiß sehr wohl, schreibt er, daß sie sich Dinge gegen meine Vorfahren angemaaßt und vorgenommen, welche in ihren Freiheiten nicht begriffen sind". Vor Allem die Regierung des Landes war so gut wie autonom und seiner Hand entzogen; die neue Ordnung der Dinge mußte so gefaßt werden, daß endlich eine rechte Regierung möglich würde.

In solchem Sinn war „die neue Regierungsverfassung" zusammengestellt und vom Kurfürsten vollzogen, mit dem „Majestätssiegel" versehen worden. Am 25. Nov., zwei Tage vor Eingang des vereinigten Bedenkens, wurde sie abgesandt; „er habe das Werk so einrichten lassen, daß getreue und gehorsame Unterthanen damit wohl zufrieden sein, er aber ohne Schaden seiner landesherrlichen Hoheit und seines Gewissens ein mehreres nicht nachgeben oder davon abweichen könne; er erwarte, daß die Oberräthe wie die Stände damit zufrieden sein würden, und sei bereit, im Uebrigen auf ihre billigen Desiderien sich so finden zu lassen, wie es getreue und gehorsame Unterthanen mit Fug und Recht verlangen

mögen". Zugleich sandte er an Schwerin eine Verordnung, die Accise bedingungsweise auf vier Wochen abzustellen.

Am 30. Nov. war die Sendung in Schwerins Händen. Er erschrak, daß schon jetzt mit so scharfer Linie abgeschlossen wurde; er hätte vorgezogen, langsamer, den schon regen Zwiespalt der Oberstände und der Städte benutzend, weiter zu arbeiten. Das Rescript wegen der Accise schien ihm, so limitirt wie es war, gar nicht verwendbar zu sein.

Nur die „Regierungsverfassung" theilte er sogleich den Oberräthen mit. Am folgenden Tage ersuchten sie ihn, sich in der Rathsstube einzufinden. Sie erklärten ihm: sie seien als S. Kf. D. Beamtete schuldig, das Instrument den Ständen vorzulegen; aber als Landeseingesessene und die bei der Wohlfahrt des Landes interessirt seien, könnten sie nicht umhin, anzuzeigen, daß sie im Grund ihres Herzens betrübt seien, statt der gehofften Bestätigung ihrer Privilegien etwas sehr anderes zu finden; nur unter der Bedingung, „daß sie ihren Consenz zu dem Actenstück nicht geben könnten", seien sie in der Lage, es den Ständen vorzulegen.

Schwerin war in äußerster Verlegenheit: in solchem Fall könne die Sache den Ständen gar nicht vorgelegt werden, und er sei außer Verantwortung, wenn S. Kf. D. Befehl unausgeführt bleiben müsse. Er bat die Herren dringend, die Sache wohl zu erwägen; es kostete nicht wenig Mühe, sie von ihrer Erklärung abzubringen; es gelang nur mit der Wendung, daß der Kurfürst weitere Wünsche gewiß gern beachten werde.

Dann wurde das Instrument den Ständen mitgetheilt; was da folgen werde, war vorauszusehen. Noch denselben Abend meldeten die Oberräthe an Schwerin: unter den Ständen sei die höchste Aufregung; die Landräthe hätten ihnen sagen lassen, wie sie selbst vor Weinen fast nicht reden könnten, so sei unter den Ständen keiner, der das Instrument ohne Thränen angehört habe; alle Principia des Landes seien umgestoßen, jedermann sei rathlos, in Jammer und Verzweiflung. Schwerin antwortete ihnen: sie sollten doch nicht gestatten, daß solches Lamentiren

den Haufen unwissender Leute verleite; wohl hätten die Stände zu weinen, aber über ihre vielfältigen und heftigen Sünden, unter denen ihre Widersetzlichkeit gegen die Obrigkeit nicht die geringste sei; sie sollten die Landräthe vorladen und von ihnen Erklärung fordern, worüber sie sich zu beschweren hätten.

Die Herren Landräthe erschienen; sie erklärten: sie könnten sich nicht weiter auslassen, da sie bereits dabei seien, eine Schrift aufzusetzen, die sie in ihrem und der Stände Namen überreichen würden, sie könnten sich in so schwerer Bedrängniß von den Mitständen nicht trennen; aber eins könnten sie sagen: ein solches Verfahren, daß ihnen eine fertige Verfassung aus der Fremde zugeschickt werde, sei ein hochgefährliches Präjudiz, und in keinem Fürstenthum oder Königreich, so souverain es sein möge, erhört; man habe ihnen verheißen, ihre Rechte und Freiheiten zu erhalten, nun sei alles mit einem Male über den Haufen gestoßen und ihnen nichts übrig gelassen, denn als Leibeigene alles zu thun, was ihnen vorgeschrieben werde. Sehr ernst hielt ihnen Schwerin vor, daß sie ihrem Amt nach der Regierung an die Hand zu gehen hätten, die etwa vorhandenen Schwierigkeiten zu lösen; er ermahnte sie, von solchem Lamentiren abzustehen und nicht Ursach zu geben, daß das ganze Land von solchem Geschrei erfüllt und auf den Gedanken gebracht werde, als habe der Kurfürst ihnen Unerträgliches zugemuthet; der Kurfürst habe das von ihm selbst vollzogene Instrument hergesandt, damit die Stände nicht mehr Vorwand hätten zu zweifeln, ob es auch des Kurfürsten Wille sei, was ihnen mitgetheilt werde. Er fügte hinzu: daß die Stände sich herausgenommen, dem Kurfürsten eine fertige Assecuration und Pflichtnotel vorzulegen, die er zuerst vollziehen sollen, sei etwas noch viel unerhörteres; und er halte es für seine Pflicht, ihnen anzudeuten, daß, wenn sie sich nicht bald eines andern besönnen, auch die neue Vorlage gänzlich zurückgezogen und mit ihnen nicht weiter tractirt werden solle; er rathe ihnen, „sie möchten sich nicht selbst die Thür der Gnade verschließen und keine Ungeduld verursachen“.

In einer zweiten, dritten Besprechung kam Schwerin um nichts weiter; vergebens erinnerte er sie an die Folgen, die ihre Widersetzlichkeit haben werde, warnte, es dahin kommen zu lassen, daß der Kurfürst sich bloß seines Rechtes bediene; es sei nicht die Frage, ob ihnen von ihren Privilegien etwas solle entzogen werden, sondern auf welche Weise sie bei denselben versichert werden könnten; der Kurfürst werde ihre Bedenken und Wünsche gnädig entgegennehmen und berücksichtigen, aber sie möchten den Gedanken aufgeben, daß er alles nach ihrem Willen thun müsse. Sie wiederholten, daß sie weder mündlich noch schriftlich auf irgend Weiteres sich einlassen würden, bevor ihren Beschwerden Abhülfe gegeben sei; und damit man nicht meine, daß es nur einige Personen seien, so declarirten sie, daß dieß ihrer Aller Meinung sei, mit einem einhelligen Ja und verließen damit den Saal. Dieß war am 7. Dec.

Nach diesem „ganz unverhofften und ungewöhnlichen Vorgang" erklärte Schwerin den Herren Oberräthen, daß es an ihnen sei, an die Stände eine „scharfe Vorstellung ihres Unfugs" zu erlassen, daß er, ohne den Respect S. K. D. zu verletzen, nicht länger sich bei den Verhandlungen betheiligen könne. So verließ auch er den Saal.

Der Bruch schien unheilbar. Es war nicht mehr die Opposition allein, die sich abkehrte; auch die bisher Ergebenen, die hohen Beamteten, die Oberräthe selbst, das ganze Land wandte sich gegen das Instrument. Es schien, daß mit der Souveränetät der alte glückliche Zustand der Freiheit zu Ende gehe.

War denn wirklich der Inhalt des Instrumentes der Art, daß die Stände darüber zum Aeußersten schreiten mußten? Von einem der Herren erfuhr Schwerin im tiefsten Vertrauen die Beschwerdepunkte. Darunter waren die wichtigsten folgende.[1])

Die reformirte Religion sei in allen Stücken der lutherischen gleich-

1) Davon berichtet Schwerin, 8. Dec. Das kurfürstliche Rescript vom 12. (22.) Dec. 1661 bei Orlich III. p. 108 beantwortet die einzelnen Punkte.

gesetzt. Es stand im Instrument nur, daß die beiderseitigen Geistlichen sich des unzeitigen Lästerns und Verdammens enthalten sollten, und ähnliches mehr.

Es sei angeordnet, daß immer ein Statthalter im Lande sein solle, und nicht einmal bestimmt, wie derselbe qualificirt sein müsse. Der Kurfürst hatte sich und seinen Nachkommen nur das Recht vorbehalten, einen solchen zu bestellen, wenn es nöthig scheine.

Den Oberräthen sei aller Respect benommen, und sie sollten fortan auch in den kleinsten Dingen an den Kurfürsten berichten müssen, so doch in keiner Regierung geschehe, auch nie ausführbar sei. Das Instrument bezeichnete sehr bestimmt, in wie weitem Umfang die Oberräthe selbstständig zu verfahren hätten.

Es solle hinfort keine Kirchenbuße geschehen, bis es das Consistorium verordnet habe, da doch jetzt solche als geringe Dinge von jeder Unterobrigkeit, also jedem Gutsherrn, mit Zuziehung der Geistlichen verfügt würden. Das freilich stand in dem Instrument.

Es könne mit dem Verbot von Zusammenkünften künftig auch die Feier von Hochzeiten und Kindtaufen untersagt werden. In dem Instrument war nur von den Ständen und deren Zusammenkünften die Rede.

So noch einige Punkte. Natürlich diese waren es nicht, um die „solch Weinen und Lamentiren" gemacht wurde. Ein Paar Tage später erfuhr Schwerin, „sie klagen auch darüber, daß den Hauptleuten die Oeconomie ganz genommen sei, daß die Oberräthe nicht Macht haben sollen, einen einzigen Prediger zu berufen, daß dieß von Berlin aus geschehen solle, damit man alles mit Reformirten füllen könne". Der Landvogt von Schacken äußerte sich im Vertrauen: wie viel Gutes das Instrument auch enthalten möge, die Art der Uebergabe erscheine so gefährlich, daß, wie er glaube, auch nicht ein einziger von ihnen allen sich je dazu verstehen werde.

Die Art der Uebergabe, das will sagen, daß der Kurfürst ihnen

das vollzogene Instrument zustellen ließ, daß er ihnen die neue Verfassung gleichsam octroyirte. Sie hatten so eben ihre Assecuration fertig gemacht und nach Berlin gesandt, in der sie, um sich für den Vortheil, zwei Herren zu haben, Ersatz zu schaffen, die vollständige Autonomie des Landes, die ständische Souveränetät entwickelt hatten; und indem sie diese als eine Capitulation bezeichneten, hatten sie ihrer Seits dem Landesherren eine Verfassung zu octroyiren versucht, eine Verfassung, die ihn schlechter stellte, als er vor der Souveränetät gestanden. Denn früher hatte er — oft genug war es geschehen — sich mit dem Lehnsherren verständigen, mit seinem Beistand den Widerstand der Stände niederwerfen können; bei der Assecuration wäre dem Landesherren nichts geblieben, als der Titel des Landes und so viel von den Einkünften seiner Domainen, als man ihm zukommen lassen wollte.

Diesen schönen Traum hatte die Regierungsverfassung zerstört. Wie wenig unbillig, übergreifend, herrisch sie sein mochte, man sah, daß sie von Principien ausging, die der Tod aller Libertät waren. Wie hätte man sich ihnen beugen sollen? wie hätte man es gegen die Posterität verantworten können, das theure Erbe der Väter aufzugeben? Alle Stände, das ganze Land schien nur Ein Interesse zu haben; „die freien edlen Preußen" durften „das märkische Joch" nun und nimmermehr auf sich nehmen.

Es war ohne alle Wirkung, daß die Versicherung gegeben wurde, der Kurfürst werde die Desiderien der Stände im Einzelnen gern hören und berücksichtigen; vergebens empfahl Schwerin, die Deputation nach Berlin abzusenden, um dort die Wünsche des Landes vorzutragen; nicht einmal dahin konnte er es bringen, daß man zu einer Berathung des Instrumentes schritt, um festzustellen, was etwa zu ändern sei. Die Stände beharrten dabei, daß auf Grundlage dieses Instrumentes gar nicht verhandelt werden könne; der Kurfürst habe Befugnisse in Anspruch genommen, die ihm in keiner Weise hätten zu Theil werden können; der König von Polen habe ihm nicht mehr Recht übertragen können, als er

selbst besessen, und nie sei er unumschränkter Herr über das Herzogthum gewesen, nie habe er aus eignem Belieben das Recht des Landes ändern können; sie hätten gar nicht Mandate dazu, über so weitreichende Dinge zu beschließen; sie seien nur gesandt mit dem Auftrag, über die Anerkennung des supremum dominium und über die Landesbeschwerden zu unterhandeln.

In den letzten Verhandlungen hatte Schwerin die Bemerkung fallen lassen, daß der Landtag vielleicht entlassen werden könnte ohne Bestimmung eines Termins zur Wiederberufung. Die Drohung wirkte wenigstens soviel, daß die von der Ritterschaft erklärten, „sie könnten nach ihren Mandaten keine weiteren Erklärungen geben und müßten wünschen, erst heimzureisen, um neue Instructionen zu empfangen".

In der That war für den Augenblick nichts weiter möglich; das nahe Weihnachtsfest gab Anlaß, den Landtag bis Ende Januar zu vertagen.

Die zweite Reassumtion des Landtags.

In den letzten Wochen des Jahres 1661 hatten Sapieha und Czarnecky mit den königstreuen Truppen große Siege über die Moscowiter erfochten, selbst Kowno war von diesen geräumt worden. Der Reichstag, der im Februar 1662 zusammentreten sollte, ließ die völlige Verständigung mit der Armee, das Ende der Conförderation hoffen. Man trug sich in Warschau mit großen Projecten. Sie schienen mit den starken schwedischen Werbungen in Elbing, mit dem Aufenthalt Wrangels in Marienburg in Zusammenhang zu stehen. Noch im Januar wurde der östreichische Gesandte Lisola angewiesen, in vier Tagen abzureisen oder eines Affronts gewärtig zu sein.

Schwerin so gut wie Dobrczensky bemerkten, wie bedenklich das alles auf die Stimmungen in Preußen wirkte; „es wächst ihnen hier der Muth."

Schwerins Ansicht war, daß Polen sich in die preußischen Dinge einmischen, daß es die im bromberger Vertrage enthaltene Bestimmung über die preußischen Privilegien zum Vorwand nehmen werde. Er empfahl dem Kurfürsten, nicht zu warten, bis die Stände ihn drängten; es seien in der Regierungsverfassung viele Dinge scharf angezogen, in denen des Kurfürsten Hoheit nicht in Frage sei; das Land sei von mächtigen Kronen umgeben, die es dem Kurfürsten misgönnten; er selbst könne nicht immer dort sein, er müsse es in einen Zustand setzen, in dem es ihm sicher sei; in solchem Fall würde jeder Potentat etwas nachgeben. Er bat dringend, daß der Kurfürst selbst kommen möge, nichts werde besser zur Beruhigung des Landes wirken. Er sandte den Entwurf einer Confirmation ein, die, so hoffte er, die Stände beruhigen und den endlichen Abschluß ermöglichen werde.

Friedrich Wilhelm hatte vorerst mit seinen märkischen Ständen vollauf zu thun[1]). Es gab aller Orten so drohende Verwickelungen, daß es ihm wichtig sein mußte, sich vorerst nicht von dem Mittelpunkt seiner Territorien zu entfernen; namentlich hielt ihn zurück, daß der Türkengefahr wegen ein Reichstag — und wie große Fragen galt es da zu verhandeln — nach Regensburg berufen war; wenn er dann in Königsberg war, brauchten seine Posten hin und zurück fünf Wochen und mehr. Endlich mochten ihm die Dinge in Preußen noch nicht so weit reif erscheinen, um unmittelbar einzugreifen; es konnte nothwendig scheinen, erst die Absichten Polens, oder Frankreichs und Schwedens in Betreff Polens sich deutlicher entwickeln zu lassen, um darnach die Entschlüsse zu fassen.

Allerdings hatte er den lebhaften Wunsch, mit der neuen Verfassung die Dinge in Preußen in den Zusammenhang und auf das Niveau seines

---

1) Auf diese Verhandlungen in den Marken ist später zurückzukommen, wenn die Verhandlungen über die Accise, das „Generalmittel", das sie jetzt noch zurückwiesen, zu einem Schluß geführt werden. Die Verhandlungen jetzt begannen am 19. Nov. 1661 und endeten 14. Jan. 1662, mit der Bewilligung von 240,000 Thlr. jährlich für die Erhaltung der schon so bedeutend reducirten Miliz.

Staates zu bringen; und die scharfe Feder Jenas hatte in dem Instrument eben diesen Gesichtspunkt durchgeführt. Daß selbst die sonst wohlgesinnten unter den Landräthen, selbst die Oberräthe zurückwichen, zeigte zwar nicht, daß das Instrument an sich verfehlt, wohl aber, daß mit ihm jetzt nicht durchzudringen sei. Wenigstens in der Weise nicht, die allein zu wünschen war; wer hätte dazu rathen können, das große Recht, das der Kurfürst hatte, die gute Sache, die er vertrat, durch ein blindes Durchsetzen und Durchzwingen, durch „passionirte" Schritte ins Unrecht zu setzen? Wenn auf der Seite des Widerstandes auch nur einiges Recht, auch nur der gute Glaube, im Recht zu sein, war, so durfte man es nicht einseitig negiren, so mußte man sich damit auseinandersetzen wollen, oder man erschütterte das Fundament der Autorität, den Glauben an ihre Gerechtigkeit und Gewissenhaftigkeit. Sollte die Souveränetät sich als einen Gewaltzustand constituiren? wurde der Staat in dem Maaße stärker, als Gewalt innerlich Empörten den Schein der Unterwerfung aufzwang? sollte man, indem man die Wirkungen der Souveränetät zu rasch ergreifen wollte, sie selbst in ihrem innersten Wesen vergiften? Dobrczensky schrieb: es komme darauf an, sich mit den Ständen je eher je lieber in ein gutes und beständiges Vertrauen zu setzen, sie jetzt auf das allergelindeste zu behandeln, ihnen in der That zu zeigen, daß sie einen gnädigen Herrn hätten; der Kurfürst möge seine Intentionen nicht auf einmal, sondern allmählig, nicht offenbar und mit Gewalt, sondern unvermerkt und gelinde ins Werk setzen; es werde, wenn er erst hier stabilirt sei, die Zeit künftig an die Hand geben, was jetzt noch „die Zärtlichkeit der Sache" und die Staatsraison verhehlt und bedeckt haben wolle.

Der Kurfürst hatte sich zu weiteren Erläuterungen und Gewährungen bereit erklärt; er hatte sich damit den Weg zur Seite offen gehalten, der es möglich machte, den starren Gegensatz, zu dem es gekommen war, zu umgehen. Er hatte nicht die Furcht kleinlicher Naturen, nachgebend schwach zu erscheinen; er hielt es nicht für fürstlich, dem

Widerstand gegenüber desto eigensinniger Unwesentliches festzuhalten. Mit großem Sinn, ruhig in Mitten des Gewirres der kleinen Interessen und überreizten Leidenschaften verfolgte er das, worauf es ankam.

Die Stände hatten bereits sein Dominium directum anerkannt, freilich unter Bedingungen, wie sie von ihrem Standpunkte aus erklärlich waren. Hatten sie so anerkannt, daß die Souveränetät rechtlich möglich sei, so war sie thatsächlich in seiner Hand, und die Verträge von 1657 legten nicht den Ständen das Recht bei, zu bestimmen, welche von den alten Privilegien mit der Souveränetät bestehen oder nicht bestehen konnten. Die Bedingungen durften die Stände nicht, wie in der Assecuration geschehen waren, ihm octroyiren wollen; und er konnte darauf verzichten ihnen zu octroyiren, was er mit Unterhandeln von ihnen zu erreichen hoffen durfte; er konnte mit ihnen unterhandeln, nachdem die Basis dafür in der anerkannten Souveränetät gegeben war. Ganz bezeichnend schreibt 17. Jan. Schwerin: Ew. Kf. D. haben nicht allein von der Souveränetät bereits so viel weg, daß Sie ohne Gefahr sein können, sondern sie kann auch beim Landtagsschluß ferner befestigt, und zugleich die Zeit zur Huldigung angesetzt werden." Er empfahl in Warschau auf Ernennung der Commissarien anzutragen, die bei der Huldigung zugleich die Eventualhuldigung für die Krone Polen entgegennehmen könnten.

So vollzog der Kurfürst die von Schwerin entworfene Confirmation mit wenigen Aenderungen [1]), milderte demgemäß einige besonders beanstandete Punkte im Instrument, verordnete, daß den Ständen eine Copie der Confirmation vorgelegt werde, mit dem Bemerken, daß nach erfolgter

1) Es heißt darin: „der Kurfürst wolle keine gemeine ewig währende Rechte, Ordnungen u. s. w., in den alten aber keine Neuerung oder Aenderung ohne Vorwissen, Rath und Belieben der Stände machen oder gestatten, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß diejenigen Dinge darunter nicht begriffen, vielweniger hiermit confirmirt werden, welche nunmehr durch das erlangte jus supremi Dominii aufgehoben und davon in unserer ertheilten Regierungsverfassung meistentheils deutlicher disponirt ist." Die Confirmation wird 20. Dec. (9. Jan.) nach Preußen gesendet.

Huldigung das Original ihnen ausgehändigt werden solle. Er befahl zugleich, daß die Accise aufgehoben und einstweilen die Miliz auf die Domainen übernommen werde; er minderte die Zahl der Compagnien; er sprach die Erwartung aus, daß die Stände für den weiteren Unterhalt der Truppen das Erforderliche, etwa 400,000 Thlr. auf drei Jahre, bewilligen würden; er überließ ihnen die Form zu bestimmen, in der diese Summe aufgebracht werden solle.

Am 12. Januar sollte der Landtag in Königsberg wieder zusammentreten. Die Deputirten kamen zum Theil später, viele gar nicht; es währte fast vierzehn Tage, ehe man die Verhandlungen beginnen konnte; der Adel des Amtes Brandenburg forderte, daß zuerst die Ausschließung des Gen. Kalkstein aufgehoben werde, da man dessen Proceß mit der Execution begonnen habe. Die Königsberger waren trotziger denn je; hatten sie nicht Recht gehabt mit ihrem Mistrauen, mit ihrem Widerstand? wer hätte jetzt nicht bekennen müssen, daß sie die rechten Patrioten seien. Schwerin glaubte zu sehen, daß der Plan der Opposition sei, jetzt, nachdem die Truppen auf die Domainen übernommen seien, den Landtag so hinzuzögern, bis die Domainen ganz ruinirt seien „und die Miliz in sich selbst zerschmelze."

Daß Roths Einfluß völlig ungeschmälert sei, war nur zu klar. Vergebens hatte der Kurfürst den Befehl, ihm den Proceß zu machen, wiederholt, den Proceß der Majestätsbeleidigung, in dem also die Cognition einzig und allein ihm zustehe[1]). Die Herren Oberräthe hatten Ende December noch einen „gütlichen Versuch" mit dem Schöppenmeister machen wollen; er war auf ihre Vorladung nicht erschienen, „weil er das Exempel anderer habe, die auf dem Schloß verhaftet seien; zu Recht wolle er sich stellen und sich so verantworten, daß S. Kf. D. ein gnädiges

---

1) Daß in solchen Sachen, welche crimen laesae majestatis mit sich führen, „diese Apellation nicht zulässig und dem Kurfürsten allein die Cognition zustehe," setzen die kurfürstlichen Rescripte vom 26. Jan. (5. Febr.) und 17. (27.) Febr. 1662 auseinander.

Gefallen daran haben solle." Dem Befehl, ihn zu sistiren, erklärte der kneiphöfer Rath nicht Folge leisten zu können, „es werde sonst unfehlbar ein Tumult entstehen". Der Befehl wurde bei 5000 Thlr. Strafe wiederholt, es wurden zugleich Maaßregeln getroffen, wenn Roth sich außer der Stadt Gerichten sehen lasse, ihn zu verhaften. Aber er ließ sich nicht betreffen, und der Magistrat wiederholte seine Weigerung mit der Anzeige, daß er gegen das Pönalmandat Appellation einlegen werde; man möge Roth vor das Criminalgericht laden und da für seine Inhaftirung sorgen lassen.

Eben so wenig kam der Proceß Kalksteins, die Untersuchung gegen den von Fincke auf Lötzen, die gegen den von Schlieben, der sich einen Grafen nannte, aus der Stelle. Tausend Rechtsvorwände schützten jedes Unrecht, und das Recht war unfindbar. Eben so wenig rückte die Landtagshandlung aus der Stelle, und die vier Wochen, für welche die Accise aufgehoben war, liefen zu Ende. Das Land zahlte weder Accise noch Contribution noch irgend eine Steuer.

Ein strenges kurfürstliches Rescript an Schwerin und die Oberräthe (9. Febr.) befahl ihnen „die Handlungen mit mehr Eifer als bisher zu treiben" und mit den Ständen der Instruction gemäß „Punkt vor Punkt zu verhandeln".

Unter den Landräthen waren wenigstens einige, namentlich Eulenburg und Tettau, die das jetzige Verhalten der Stände nicht billigten; und in der Ritterschaft erschien es manchem doch nicht eben in der Ordnung, daß die Königsberger thaten, als wenn sie das Heft in Händen hätten. So ließen sich die Oberstände endlich zu einer Erörterung der Confirmation herbei, freilich in den vorsichtigsten Formen: wennschon das formelle Bedenken in Betreff des Instrumentes gehoben und dasselbe gleichsam in eine neue Proposition verwandelt sei, so bleibe dasselbe doch seinem Inhalt nach hochbedenklich; damit es nicht scheine, als suchten sie Neuerungen, so hätten sie die Punkte in demselben untersucht, welche den Landesrechten widersprächen; sie legten dem Kurfürsten nicht die

geringste Schuld bei, daß darin wider die Landesverfassung gehandelt, sondern schöben es vielmehr einem Irrthum zu, in der Ueberzeugung, daß der Kurfürst, wenn er nur besser von der Sache unterrichtet sei, es bei den alten Rechten zu lassen geruhen würde [1]). Folgte dann die lange Reihe von Verstößen, welche das Instrument enthalte.

Aber man konnte doch nicht leugnen, daß man sich zu neuen Bewilligungen nach Aufhebung der Accise verpflichtet habe. Mochte man von der Souveränetät denken, wie man wollte, die Truppen der Festungen und der festen Häuser an der Grenze konnten doch unmöglich entlassen, sie mußten also unterhalten werden. Weder über die Summe, noch über die Art, das Geld beizubringen, stimmten die Stände überein; aber die radicale Ansicht der Königsberger, alles zu weigern, bis der Kurfürst den Forderungen des Landes gerecht geworden, fand schon nicht mehr die Zustimmung der übrigen Stände.

Die Opposition, Roth an der Spitze, glaubte, der ermattenden Stimmung mit neuen Agitationen entgegen treten zu müssen. Daß auf der Schloßfreiheit schon ein Platz für die reformirte Kirche abgesteckt wurde, gab ja den handgreiflichen Beweis, daß die reine Lehre in Preußen ausgerottet werden solle. Gegen Dreyer erhob sich die gesammte Geistlichkeit von Königsberg mit einer höchst erbitterten Druckschrift, welche den Oberräthen dedicirt wurde. Als diese die Schrift mit Beschlag belegen ließen, wurde der Streit nur um so salbungsvoller auf den Kanzeln fortgeführt. Die Bürgerschaft war voll Wuth über die Syncretisten, welche allein Schuld seien, daß die Jesuiten immer mehr Anhang in der Stadt gewönnen und daß ihre Schulanstalt so rasch wachse.

Zugleich wurde eine Geschichte auf die Bahn gebracht, welche sehr geeignet war, jeden zu überzeugen, daß es bis zum Aeußersten gekommen sei. Unter dem Kneiphof, am linken Ufer des Pregel, war in der Kriegszeit

---

1) quoniam princeps non praesumitur velle nisi quae justa sunt. Aus der „unvorgreiflichen, unterthänigsten Deduction" u. s. w., vom 27. Jan. 1662.

zur Deckung Königsbergs, die kleine Feste Friedrichsburg angelegt. Der Obrist Bellicum, der da Commandant war, ließ auf der Contrescarpe, an dem Damm, der zur Stadt führte, ein Wachthaus errichten an einer Stelle, wohin man neuerdings auf Anordnung des wohlweisen Rathes den Schutt und Unrath der Stadt abzuführen begonnen hatte. Der kneiphöfer Rath forderte vom Obristen, das Wachthaus, da es auf städtischem Grund und Boden stehe, abzureißen, widrigen Falls er selbst es werde thun lassen. Der Kurfürst, erklärten sie den Oberräthen, habe ihnen immer die Gnade gethan, sie auch um das geringste zu bitten, und so sei es auch geschehen, als die Schanze angelegt worden; aber der Obrist habe diesen Bau ohne Weiteres auf eigene Hand angefangen; er habe ihnen ins Gesicht gesagt, alles, was unter den Kanonen der Feste liege, stehe ihm zu; er habe sich verlauten lassen, er wolle einen Bierschank dort anlegen; seinen Soldaten erlaube er alle möglichen Excesse gegen die Bürger und ihr Eigenthum.

Auf Schwerins Rath forderten die Oberräthe den General Görtzke auf, eine Besichtigung vorzunehmen und verwiesen den Magistrat auf das Ergebniß derselben. Aber die Bürger, „ganz rasend" wie sie waren, beschlossen, sofort das Recht der Stadt geltend zu machen und das Haus zu demoliren. Der Versuch dazu wurde mit bewaffneter Hand zurückgewiesen, auch ein paar Schüsse fielen dabei. [1])

Die Besichtigung ergab, daß das Haus noch innerhalb der Werke lag, daß die Aufschüttungen dort eine Höhe erreicht hatten, „von der aus man die Festung incommodiren und derselben Schaden thun könne". Aber die vom Kneiphof thaten, als wenn sie im vollsten Recht und im Uebrigen S. Kf. D. treugehorsamste Unterthanen seien, und forderten, daß der Obrist und seine Soldaten nach der Strenge des Rechts bestraft würden.

---

2) So Schwerins Bericht vom 31. Jan. und das kurfürstliche Rescript vom 30. Jan. (9. Febr.) 1662. Auch in dieser Geschichte ist die hergebrachte Ueberlieferung voller Unrichtigkeiten.

Diese Dinge waren sofort nach Berlin gemeldet. Der Kurfürst war entrüstet, er schien zu den strengsten Maaßregeln entschlossen[1]). Aber hätten sie ihn zu seinem Zweck geführt? erlaubte ihm das Interesse seines Staates, jetzt mit gewaltiger Hand drein zu schlagen? Schwerin empfahl dringend „die große Erbitterung der Bürger nicht durch Strenge voll zu machen, der Obrist habe wohl dem Magistrat erst Anzeige machen können; auch er verdiene einen Verweis". Des Kurfürsten Rescript (9. Febr.) lautete: obschon er das von der Stadt Geschehene als ein offenbares Verbrechen behandeln könne, wolle er es für dießmal „mit einer bloßen Verweisung" genug sein lassen und den Grund und Boden, der benutzt worden, nach dem Taxwerth bezahlen; zugleich sei dem Obristen zu eröffnen, daß die Anlegung eines Bierschankes nicht gestattet werden könne und diejenigen bestraft werden sollten, welche Excesse, wie sie geklagt wurden, begangen hätten.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Treiber in der Stadt einen ernsteren Zusammenstoß beabsichtigt hatten. Auffallend war es, daß jetzt Roth andere Saiten aufspannte, daß er jene Unterredung mit Schwerin leugnete: wenn er so geredet hätte, wäre er werth gewesen, daß ihm S. Excellenz sofort den Degen durch den Leib gestoßen. Aber die Zünfte — natürlich auf seine Anregung — forderten jetzt die Abschickung nach Warschau; und der Magistrat hatte Mühe durchzusetzen, daß man damit sich gedulde, bis vom Kurfürsten Antwort auf die gegen das neue Instrument eingesandte Schrift gekommen sei.

Diese Antwort kam Mitte Februar; sie lautete ruhig und nachsichtig, sie stellte eine Declaration in Aussicht, welche die weiteren Bedenken erledigen werde. Die beiden Oberstände erklärten sich bereit, 450,000 Thlr. zu bewilligen, wovon 300,000 auf Einlösung von Domainen ver-

1) Hoverbeck schreibt an Schwerin, Berlin, 23. Jan.: der Kurfürst habe über die Sache überaus großen Eifer bezeugt, und werde gewiß eher das Aeußerste versuchen, als etwas nachgeben.

wendet werden sollten. Sie forderten die Städte auf, sich zu diesem Beschluß mit ihnen zu vereinigen.

Da plötzlich wurde ruchbar, daß Roth in Ermeland auf dem Wege nach Warschau gesehen sei, an der Seite seines Bruders, des Jesuiten, er selbst in Mönchskleidern; es hieß, er sei katholisch geworden, wie er längst gewollt, er werde in ein Kloster gehen.

Also der Angeklagte, für dessen Gestellung die höchste Landesbehörde seine Obrigkeit verantwortlich gemacht, hatte sich davon machen können. Rath und Gericht im Kneiphof erklärten, von seiner Flucht keine Wissenschaft zu haben. Auf dem Schloß glaubte man, daß er von den drei Städten nach Warschau abgeschickt sei. 1)

In Königsberg selbst war die Stimmung wie nach einem vollständigen Siege. Die Bürgerschaft forderte stürmisch, daß der Magistrat die am 16. Nov. gegebene Erklärung der Souveränetät förmlich zurückziehe; die Gerichte, die früher mit den Magistraten gewesen waren, traten auf die Seite der Bürgerschaft. Sie selbst verfuhr, als sei sie vollkommen autonom, als stehe ihr zu, zu thun, was ihr gut scheine. Die Rathskur, die den 5. März gehalten werden mußte, vertagte sie auf Ende April; man bemerkte auf dem Schloß wohl, daß dieß aus politischen Gründen geschehe, aber die Oberräthe wagten nicht, dagegen Einsprache zu thun.

Der Kurfürst hatte in Betreff der Sendung nach Warschau geschrieben: „wir werden, geschehe da endlich, was da wolle, nichts unterlassen zu thun, was unsres Amtes und dem uns zustehenden Rechte gemäß ist". Jetzt auf die Nachricht von Roths Reise oder Sendung befahl er „gegen ihn als einen flüchtigen Deliquenten zu verfahren", gegen den kneiphöfer Rath, der ihm gestattet habe, sich der Justiz zu entziehen, den Fiscal einschreiten zu lassen.

In Warschau trat eben jetzt der Reichstag zusammen; die Königin,

---

1) Die Flucht meldet Schwerin am 28. Feb. Den Tag derselben kann ich nicht genauer bestimmen.

die Jesuiten waren thätiger denn je. Der Kurfürst hatte Nachricht von „Discursen, die der Kanzler v. Kospoth mit einigen Polen gehabt", und befremdlicher Weise stand in dessen Berichten nichts davon. „Die Polen, schreibt der Kurfürst an Schwerin, halten unsere Posten auf, und erbrechen die Briefe". Er sandte Hoverbeck wieder nach Warschau; auch Fürst Radzivill, als lithauischer Landbote, ging hin. Gemeinsam beschwerten sie sich beim Könige über die Aufnahme Roths, forderten dessen Auslieferung. Der König versicherte, daß er nie des Mannes Namen gehört habe, noch viel weniger sei ihm bekannt, daß er sich in Warschau aufhalte. Daß Roth mit der Königin, mit den Häuptern der Republik in fast täglichem Verkehr sei, war stadtkundig.

Die Besorgniß des Kurfürsten, daß in Warschau weitgehende Dinge geplant würden, konnten Radzivill und Hoverbeck nur bestätigen. Den heftigen Anträgen gegen die Dissidenten, die auf dem Reichstag eingebracht wurden, warf sich Radzivill mit der ganzen Kraft seiner Ueberzeugung und seines Einflusses entgegen; aber sie zeigten, daß man die schon hoch aufgeregte Stimmung zu fanatisiren wünschte. Ueber den ganzen Boden der Republik flutheten die losen Heerhaufen der Conföderirten; aber die Geldmittel, ihnen ihren Sold zu zahlen, fand man nicht; so aufgelöst waren sie den Plänen der Königin, gegen die sie sich erklärt hatten, minder gefährlich; und noch war ein polnisches Heer von Königstreuen unter Czarnecky, ein lithauisches unter Sapieha bei einander. Radzivill wiederholte die dringende Mahnung, Preußen in gute Verfassung zu setzen, die Festungen, namentlich die Friedrichsburg, schleunigst auf Kriegsfuß zu setzen.[1])

Freilich, in Warschau war Alles, die Feindseligsten, die Anhänger der Königin am meisten, voll Lobpreisens über den heroischen und großmüthigen Kurfürsten, zu unterthänigster Devotion bereit; hatte doch auch

1) Das ist der Inhalt der Chiffer in des Kurfürsten Rescript vom 24. März (7. April) 1662, bei Orlich III. p. 152.

Roth die Stirn, zu Hoverbeck zu kommen und ihm zu versichern, wie er seinen gnädigsten Landesherrn liebe und verehre; die Reden, die ihm nachgesagt würden, habe er nie geführt; er sei nur her zu Hofe gekommen, sich um ein Secretariat zu bewerben, damit einst seine Kinder sich in Polen niederlassen könnten und er als polnischer Beamteter einen Schutz gegen seine Creditoren habe; er werde allernächst nach Königsberg zurückgehen und sich dem Hofgericht stellen.

Daß die Königsberger Roths Reise nicht eben als eine Flucht ansahen, daß sie vielmehr entscheidende Wirkungen von ihr erwarteten, wurde in der Frage über die Bewilligung nur zu klar.

Schon vierzehn Tage schob sich die Verhandlung über die Form der Leistung her und hin. Die Drohung Schwerins, daß, wenn es nicht endlich zum Schluß komme, die frühere Accise wieder eingeführt werden solle, brachte endlich die Landräthe zum Schluß. Sie natürlich waren der Meinung, daß man die 450,000 Thlr. durch eine Accise aufbringen müsse, die die Städte schwerer als das platte Land und die Handelsstädte am schwersten traf. Die Königsberger widersetzten sich der Accise auf das Aeußerste[1]; sie baten dringend, wenigstens noch einige Zeit zu warten, damit sie bei sich schlüssig würden. Aber am 28. März überreichten die Oberstände ihren gefaßten Beschluß.

Die Königsberger suchten trotz dem Zeit zu gewinnen. In Gegenwart der Oberräthe klagten ihre Deputirten, daß die Landräthe und der Adel sie um ihr theuerstes Recht brächten, sich anmaaßten, sie in ihre Botmäßigkeit zu zwingen; auch nicht ein paar Tage hätten sie warten wollen; sie könnten sich solchem Beschluß nicht fügen. Ihnen wurde erwiedert: sie vielmehr hätten den Adel zwingen wollen, nach ihrem Willen zu thun; die Oberstände seien nicht gemeint, ihnen eine unziem-

1) Aus einer späteren Angabe geht hervor, daß die Königsberger selbst erst die Accise vorgeschlagen hatten; ich habe in den Acten nicht gefunden, wann es geschehen ist, vielleicht bei der Abfassung der Assecuration und wohl zu dem Zweck, die Stimmung des Adels zu gewinnen.

liche Gewalt zu gestatten. Landräthe und Ritterschaft setzten sofort eine Commission nieder, die eine Acciseordnung zu entwerfen beauftragt wurde.

Aber inzwischen kam das Osterfest heran; daß der Landhofmeister auf seine Güter reiste, war das Signal zum allgemeinen Aufbruch; man mußte die Berathungen bis zum 17. April vertagen.

Es war nicht bloß, daß damit auf Wochen hinaus die dringend nöthige Einnahme, die Entlastung der Domänen verzögert wurde. Schlimmer war, daß das ganze Werk, wie Dobrczenski 4. April schreibt, „zum höchsten Nachtheil in suspenso bleibt und man besorgen muß, die Deputirten werden mit anderen Gedanken wieder kommen; nicht ein einziger Punkt ist in Richtigkeit gebracht". Hatten sich doch viele vom Adel geäußert: wenn auch die Regierungsverfassung völlig nach ihren Bemerkungen geändert werde, so würden sie sie doch nicht annehmen, weil sie ohne ihr Zuthun gemacht sei. Und wenn ihnen entgegnet wurde, daß dann endlich zu den äußersten Mitteln geschritten werden müsse, hatten sie erklärt: sie würden sich nicht mit Thätlichkeiten widersetzen, aber jeder werde sich vorsehen, seinen Willen nicht drein zu geben, damit ihr Recht unversehrt bleibe. 1)

Schwerin sah mit schwerer Sorge in die Zukunft. Noch wies er den Argwohn Anderer zurück, als sei der Adel mit den Städten unter der Hand verständigt, als sei ihr Streit über Accise oder Contribution nur zum Schein, damit schließlich nichts gezahlt werde, bis die Domänen aufgezehrt wären und endlich die Armee sich von selbst auflöste. Aber einen Ausweg sah er nicht mehr. Er bat von Neuem, daß der Kurfürst kommen möge, um selbst die nöthigen Entscheidungen zu treffen; sei das unmöglich, so möge er eine Deputation der Stände nach Rügenwalde oder Driesen laden, mit ihnen sich zu verständigen, oder auch die nach den Bemerkungen der Stände geänderte Regierungsverfassung in die Aemter schicken, sie dort annehmen lassen und die Huldigung ansetzen;

1) Schwerins Schreiben vom 4. April 1662.

sonst bleibe kein anderer Weg, als die Annahme der Verfassung ohne Weiteres zu befehlen und sie mit Gewalt durchzusetzen.

Man konnte sich in Berlin nicht verhehlen, daß die Wege der Geduld so ziemlich zu Ende seien. Noch war Polen nicht in der Lage, Ernstliches zu unternehmen. Der Reichstag ging zu Ende ohne die gewünschte Versöhnung der Conföderirten; die lithauische und Kron-Armee war mit dem Reichstagsschluß unzufrieden, während die Königin ihre Wahlumtriebe zu Gunsten Frankreichs mit Gewalt durchsetzen zu wollen schien; aus Warschau zurückkehrend sagte Radzivill, daß es sich zu einem innern Kriege in Polen anlasse: „die Königin und ihre Creaturen sind Capitalfeinde Brandenburgs und man glaubt, sie wird mit ihrem Plane durchdringen". Schwerin hielt es „für gewiß, daß Königsberg davon einen Wink habe, sonst würde man nicht so erschrecklich verhärtet sein". Roth war seit den Ostertagen wieder in Königsberg, verrichtete nach wie vor seine amtlichen Geschäfte, stand in der Volksgunst höher denn je.

Das war in der That ein völlig unerträglicher Zustand, und dem gehuldigten Landesherrn, selbst wenn er nur der Herzog nach alter Weise gewesen wäre, in aller Weise verkleinerlich. Die geordneten Behörden, Oberräthe, Vögte und Hauptleute, Magistrate faßten nirgend mehr an, theils aus Furcht vor dem tapfern Geschrei der Königsberger und aller Patrioten im Land, theils weil sie selbst diesen faulen und verwilderten Zustand den Freiheiten des Landes entsprechender und förderlicher fanden als die Ordnung und Botmäßigkeit, die mit der neuen Regierungsverfassung drohte.

Trotzdem verschob der Kurfürst noch seine Reise nach Preußen. Er hoffte, daß die Trennung der Stände sich weiter entwickeln, daß Königsberg sich mehr ins Unrecht setzen, daß die Opposition zu Schritten kommen werde, die von den Verständigen im Lande, von dem polnischen Hofe selbst verleugnet werden müßten.

Bald genug erfüllte sich wenigstens die eine Hälfte seiner Erwartungen, die schlimmere.

Die dritte Reassumtion des Landtags.

Gleich beim Wiederbeginn der Verhandlungen trat die Frage der Accise in den Vordergrund. Der Kurfürst hatte den Oberständen seinen Dank für ihre Bewilligung aussprechen lassen, ein weiteres Nachgeben in Betreff ihrer Beschwerden in Aussicht gestellt. Es machte einen günstigen Eindruck, daß in einem Diplom der Krone Polen an die Stände (12. April), das Hoverbeck zu erhalten verstanden hatte, und welches von Neuem die vollzogene Uebertragung der Souveränetät aussprach, ausdrücklich anerkannt wurde, daß nur die Ungunst der Zeitumstände die Zuziehung der Stände zum bromberger Vertrage gehindert habe.

Nun wurde die neue Acciseordnung fertig. Die Städte erhoben sich dagegen mit äußerster Schärfe. Freilich, die Abgeordneten der kleineren erklärten, vor die Oberräthe geladen: sie wüßten sich nicht zu helfen und zu rathen; auf der einen Seite stehe die verdiente Ungnade des Kurfürsten, auf der andern das heftige Einreden derer von Königsberg; und von ihren Principalen seien sie gegen die Accise, für Kopfgeld und Vermögenssteuer instruirt. Mit ihnen hätte man wohl zum Schluß kommen können.

Aber die Königsberger beharrten in ihrem Widerspruch: ehe sie die Accise einrichteten, würden sie lieber aufhören zu backen und zu brauen. Sie drohten mit förmlichem Aufstand: sie würden zum Könige schicken, sie könnten nicht leiden, daß zwölf Landräthe und etliche wenige von Adel etwas, dawider so viel tausend Bürger wären, bewilligten. Es geschah, daß ihrer mehr als tausend „zum höchsten Ungebühr und strafbarer Weise" auf einmal ins Rathhaus kamen und da tumultuirten.

Die polnischen Conföderirten zogen sich im Frühjahr in die Woiwodschaften längs der Grenze des Herzogthums zusammen, ein Theil von ihnen rückte in das Bisthum Ermeland[1]); wie hätte man sie, die

1) Schwerins Schreiben vom 4. Mai.

die Sache der Freiheit vertraten, nicht als die natürlichen Bundesgenossen ansehen sollen? Und Roth verpfändete sein Wort dafür, daß jenes Diplom des Königs nicht im Ernst gemeint, daß der Hof die Königsberger zu unterstützen entschlossen sei. „Sie werden nur immer stolzer, schreibt Schwerin 2. Mai, daß sie mit der Opposition also hindurchdringen; es giebt ihnen einen großen Muth und gloriiren sie nicht wenig damit, daß das ganze Land die Souveränetät unterthänigst erkennt, sie allein in ihren Städten für den König und die Krone Polen, als ihren Oberherrn, das Gebet halten lassen".

Schon war in der Regierung die Rede davon, daß man doch wohl den Städten weichen müsse. „Der Soldat und der Bauer essen das bittere Hungerbrod; die Miliz wird, wenn nicht bald Hülfe kommt, mit S. Kf. D. unmittelbaren Unterthanen, denen sie längst auf dem Halse liegt, endlich ganz zu Grunde gehen". Und es gab keine andere Hülfe, als daß die Städte gewonnen wurden.

Von Neuem wurden die drei Burgemeister von Königsberg auf das Schloß geladen; sie wiederholten, daß sie außer Stande seien, etwas zu thun, die Bürgerschaft wolle durchaus nicht die Accise, die drei Städte würden sich jetzt an den König wenden. Man redete ihnen scharf zu; der Kanzler erinnerte, „daß sie erst selbst die Accise ins Mittel gebracht", er las ihnen aus dem Privilegienbuch vor, daß dem Kurfürsten, wenn die Stände sich über eine Steuer nicht vereinigen könnten, das Recht der Complanation zustehe, und daß er es in diesem Fall in Anwendung gebracht habe.[1]) Schwerin, der ein schärfere Zurechtweisung für nöthig

1) Baczko V. p. 328 verkennt die Rechtsverhältnisse Preußens, wenn er von einem „neuen Recht" der Complanation spricht; und ihm haben dann die Späteren in gutem Glauben nachgeschrieben. Es heißt in den actis et decretis von 1609 (Privilegienbuch p. 105): ac quemadmodum omnes aliae causae hic in provincia terminari debent ex praescripto Jurium Ducatus, ita et differentiae eo nomine (der contributiones publicae) inter status emergentes auctoritate principis veluti supremi in ducatu magistratus, si praesens fuerit, absente vero eo, dominorum consiliariorum accedente tamen communicatione Principis complanari nec alio reduci vocarique debent.

hielt, fügte hinzu: „sie, als Magistratspersonen, sollten nicht vergessen, daß sie es vor dem Kurfürsten zu verantworten hätten, wenn sie so des gemeinen Pöbels Anbringen auf sich nähmen und solche Dinge, wie sie gethan, hier vorbrächten; sie hätten jüngst Haufen von tausend und mehr Menschen ins Rathhaus dringen und tumultuiren lassen, statt als Obrigkeit zu verfahren; indem sie sich auf einen fremden König beriefen, könne S. K. D. sie nicht anders als für Rebellen halten". Die Herren Burgemeister waren sehr betreten, wälzten alles von sich auf die Bürgerschaft: sie wären gezwungen worden, das vorzutragen, was sie gesagt hätten. Sie fügten hinzu, daß sie zu der Accise nicht rathen könnten, sie würde zum Verderben der Stadt sein.

Schon früher war dem Magistrat zu verstehen gegeben, daß man, wenn die drei Städte für die Accise eine runde Summe Geldes bewilligten, sich damit wohl zufrieden geben werde; man hoffte, daß die Herren jetzt sich dazu erbieten würden. Sie blieben bei ihrer früheren Aeußerung: wenn alles abgethan, der Landtag glücklich beendet und die Assecuration aller Rechte des Landes erfolgt sei, dann sei Königsberg Willens, eine Summe von 300,000 Thlrn. zu zahlen.

Am 1. Juni wurde die neue Accise publicirt; die kleinen Städte fügten sich. Es mußte sich zeigen, ob die Regierung ihren Willen, oder die Stadt Königsberg ihren Widerspruch durchsetzen werde.

Freilich, nun wurde auch den Herren Oberräthen bange; sie erklärten, daß in dieser Acciseordnung vieles gar ungleich, daß sie „nur den Städten zum Schrecken, sie zum Nachgeben zu bringen, gemacht sei". Auf Schwerins Forderung setzten auch sie ein Gutachten in Betreff der Regierungsverfassung auf; aber sie hatten darin „ihre Hoheit so weit ausgedehnt", daß Schwerin es ihnen zu nochmaliger Erwägung zurückgab, worauf sie versicherten: sie, an ihrem Theil, würden sich gern in alles fügen, aber sie müßten Gott zum Zeugen anrufen, daß die Stände auf keinen Punkt härter beständen, als daß die alte Verfassung in Betreff

der Oberräthe in voller Kraft bleibe.[1]) Auch die Landräthe und Ritterschaft wurden unsicher; sie empfanden höchst peinlich, daß man in der Stadt von ihnen sprach, als hätten sie die Freiheiten des Landes für „Privatbeneficien" preisgegeben; sie glaubten etwas thun zu müssen. Sie verfaßten ein Schreiben an den König als Antwort auf dessen Diplom vom 17. April, in dem sie ihn baten, Commissarien zu senden, um die preußischen Stände ihres Eides zu entbinden; sie stellten also die Souveränetät von Neuem in Frage; aber sie legten dieß Schreiben der Regierung vor, um deren Erlaubniß zur Absendung zu erhalten.

Es kam darauf an, sie festzuhalten, Königsberg zu isoliren, unter den Königsbergern selbst den Gemäßigteren Raum zu schaffen, um die eigentlichen Treiber immer engere Kreise zu ziehen. Mochten die Herren in der Regierung, die zahlreichen Assessoren, Cassirer, Secretaire u. s. w. in den verschiedenen Kanzleien den Kopf schütteln und die Faust in der Tasche machen — denn sie alle waren Landeskinder — Schwerin und der Fürst Statthalter gingen festen Schrittes den Weg weiter, den ihnen der Erlaß vom 1. Juni geöffnet hatte.

Nur eins schien nothwendig, wenn das Ziel sicher erreicht werden sollte. Von Neuem hatte Schwerin um die Ausfertigung einer Generalassecuration gebeten; er hoffte auf ihr baldiges Eintreffen; mit der Aussicht darauf hielt er die Stände mit jenem Schreiben an den König hin. Er wandte sich mit ganzem Eifer gegen die Königsberger.

Am 5. Juni kam eine große Deputation von Rath, Gerichten und Zünften der drei Städte auf das Schloß, eine Schrift zu überreichen, in der sie erklärten, daß sie sich wegen der Complanation an den König nach

1) Auch Radzivill schreibt 13. Juni: „man spürt bei der ganzen Landschaft und E. Kf. D. vornehmsten Dienern eine unaufhörliche Begierde, sich in dem alten Stand ihrer Freiheit zu conserviren, und zwar nur zur Bestätigung ihrer Privatautorität und ihres eignen Nutzens, wie es denn in den Aemtern ganz übel hergeht, weil weder den Justiz- noch öconomischen Sachen der gehörige Nachdruck gegeben wird, sondern bald diesem bald jenem zu Lieb die Malversation verschwiegen und verborgen bleibt." (Chiffer.)

Warschau wenden müßten; der habe das Gesetz gemacht, er allein könne es interpretiren. Die Schrift wurde zurückgewiesen mit einem harten Verweise, in dem von „Rebellion, von Lust an Blutvergießen und pflichtvergessenen Scribenten" gesprochen wurde.

Die Entrüstung darüber war maaßlos; in allen Bierschenken, in den Zünften, den Gerichten wurde auf das Leidenschaftlichste darüber gesprochen, daß man ruhigen und treugehorsamen Bürgern solche Dinge sage. Vergebens äußerten die Herren im altstädter Gericht Bedenken über den Protest gegen die Complanation und die Berufung nach Warschau; man ließ sich dadurch nicht mehr irre machen. Man beschloß eine zweite Deputation auf das Schloß zu senden. Am 9. Juni, während Schwerin und Radzivill mit den drei Bürgermeistern verhandelten, sie dringend ermahnten, „der verspürten Opposition" der Büg erschaft entgegenzutreten, schickten die Oberräthe zu ihnen und baten sie, in die Rathsstube zu kommen, da sich eine Deputation der Bürgerschaft habe anmelden lassen. „In einer langen und auswendig gelernten Oration" beschwerte sich die „edle Bürgerschaft", wie der Ausdruck lautete, über die ihr jüngst gemachten Vorwürfe; es sei ungewöhnlich, ihnen als getreuen Unterthanen S. K. D. solche Dinge zu sagen; sie seien bereit, nun die letzte Ader ihres Vermögens springen zu lassen, und erböten sich, in drei Jahren 200,000 poln. Gulden zu zahlen, mit Bitte, nicht weiter in sie zu dringen, die Accise abzuthun und auch des Pfundzolles nicht zu vergessen. Ihnen wurde geantwortet: das sei ein Erbieten, von dem man S. K. D. nicht einmal Meldung zu thun wagen dürfe, sie hätten sich nach der Complanation zu richten. Schwerin fügte noch insbesondere hinzu: „der Vorwurf der Rebellion treffe jeden von S. K. D. Unterthanen, der das von Gott erlangte Recht supremi Dominii anfechte; wenn fremde Potentaten, was doch von niemand geschehen, dieß Recht S. K. D. in Zweifel zögen, so würde derselbe es für eine Kriegserklärung halten."

Daß die edle Bürgerschaft sich nicht dabei beruhigen werde, war

vorauszusehen; aber Tag auf Tag verging, ohne daß irgend etwas bemerkbar wurde. Dann hörte man, daß die Bürgerschaft mit den Oberständen verhandle, daß davon die Rede sei, sie sollten ihr Schreiben an den König absenden. Die Acciseordnung war an die drei Räthe von Königsberg geschickt, aber sie wurde von ihnen nicht publicirt; es wurde ihnen durch ein Pönalmandat bei 10,000 Thlr. Strafe befohlen; ohne Erfolg. Alles ließ vermuthen, daß irgend etwas im Werke sei; aber was, erfuhr man auf dem Schloß nicht; alles Bemühen, Kunde zu erhalten, war vergebens. Man hatte den Faden aus der Hand verloren. Man berieth, ob es gerathen sei, wenn die Bürger ihr Korn auf die Mühlen vor die Stadt schickten, die Accise zu fordern oder die Mühlen zu schließen.

Vielleicht hatte der Hof in Berlin von Warschau her genauere Nachrichten über den äußerst beunruhigenden Zustand der Dinge in Preußen; vielleicht fand man darin, daß Roth immer noch auf freiem Fuß war, daß die Untersuchungen gegen den von Finke, den von Schlieben u. s. w. nicht aus der Stelle kamen, daß von den geforderten Amts- und Kammerrechnungen auch noch nicht das Geringste eingekommen war, Zeichen einer bedenklichen Langmuth. Schon am 29. Mai sandte der Kurfürst ein sehr ernstes Rescript an Schwerin und die Regierung: nicht ohne Bewegung habe er bisher erfahren müssen, wie wenig die Stände insgesammt auf seine billigen und rechtmäßigen Weisungen eingegangen seien; wie vieles er nachgegeben, die Stände seien nur immer eigensinniger geworden; die begehrte Assecuration müsse so lange anstehen, bis die Landtagshandlungen zu Ende gebracht seien. Ein gleichzeitiges Schreiben von Somnitz an Schwerin sprach sich über die von ihm so lebhaft befürwortete Assecuration deutlicher aus: „der Kurfürst habe sich das Werk sehr zu Herzen genommen, sehr beweglich davon geredet, als möchten die Stände wohl, wie Schwerin erinnert, damit auf mildere Gedanken gebracht werden; aber eine Generalassecuranz sei schon in dem wehlauer Vertrage enthalten, und die Stände könnten eine solche leicht als ein Fundament gegen ihn selbst anziehen“.

Dieß Rescript traf Tags nach jener ersten Demonstration der Königsberger ein. Sofort antwortete Schwerin: „mit unglaublicher Mühe sei es ihm gelungen, die Stände zu separiren, auch die Schickung nach Warschau sei bisher durch gütliche Mittel gehindert, die Accise eingeführt, alles auf dem besten Wege; aber wenn jetzt die Assecuration nicht komme, wenn sie bis auf des Kurfürsten Ankunft verschoben werden solle, so werde man glauben, es sei die Absicht, alles im Ungewissen stecken zu lassen; immerhin möge es thunlich erscheinen, ihnen jetzt mit einem Male anzudeuten, wobei es bleiben solle, aber dem Kurfürsten selbst müsse es wichtiger sein, jetzt etwas Beständiges zu gewinnen, als daß künftig die Stände sagen könnten, es sei wider ihren Willen gemacht."

War es ein Zeichen nicht völliger Zufriedenheit oder ein Eingehen auf diese Anträge, ein kurfürstliches Rescript vom 12. Juni befahl Schwerin sofort nach Berlin zu kommen, um zur Feststellung der Assecuration und der Resolution auf die Gravamina seinen Rath zu geben.[1]) Gleich drauf erfolgte ein zweites Rescript auf Anlaß jenes von den Königsbergern überreichten Schriftstückes: die Bürgerschaft noch einmal zum Ueberfluß vorzufordern, um ihr die Zurücknahme jener Schrift aufzugeben und sie zu versichern, daß der Kurfürst nichts als ihr und des Landes Bestes suche; „aber wenn es nicht hilft, so soll nicht allein die Schrift confiscirt und von dem Gewaltiger öffentlich verbrannt, sondern auch der Verfasser und die Rädelsführer bis zu gehöriger Strafe in Haft gehalten werden".

Ehe noch dieser Befehl nach Königsberg gelangt, waren die Dinge dort einen schlimmen Schritt weiter gekommen.

Am 17. Juni hatten die drei Gemeinden und die Gerichte von

---

1) „Weil wir dann nichts lieberes wünschen, als daß die Landtagshandlungen dermaleinst zu gewünschtem Ende ausschlagen mögen und wir zu solchem Zweck desto eher zu gelangen, den Landtagsabschied, Assecuration und Resolution der Gravamina also einrichten lassen wollen, wie es sein Verbleiben dabei haben solle u. s. w." Bei Orlich III. p. 165.

Kneiphof und Löbenicht ihre Klageschrift an den König fertig [1]) und mit Hunderten von Namen und Siegeln bedeckt; sie schickten den jungen Roth damit nach Warschau ab. Er war längst in Warschau, bevor die Regierung in Königsberg erfuhr, daß er abgereist sei. Es war in den letzten Tagen von Schwerins Abreise; er veranlaßte, daß sofort die drei Bürgermeister vorgeladen wurden; sie erklärten, es sei gegen ihren Willen geschehen, sie hätten auch das geforderte Siegel der Altstadt nicht hergeliehen und auch vor der Absendung gewarnt. Auf erneute Vorhaltung wegen der Accise gaben die drei Herren an: die Accise sei der Ruin der Stadt und wenn sie gebilligt werde, müßten sie zu Fuß von dannen gehen; allerdings gäbe es viele Bürger, die sich gern fügen würden und über das, was geschehen, schwer eiferten; auch sie für sich würden lieber Accise geben, als vom Vermögen steuern. Auf die Bemerkung, daß sie hier auf dem Schloß anders als auf dem Rathhaus sprächen, „antworteten sie mit einem Rothwerden".

Weiter erfuhr man, in der Stadt sei das Gerücht: Königsberg stehe schon fest zum polnischen Hofe und wisse gar wohl, worauf man so trotzen könne, der Kurfürst werde schon mürbe werden und mit der Stadt besonders tractiren. In der ständischen Versammlung sprachen die Königsberger „erschreckliche Worte, besonders in Sachen der Religion". Die dreyersche Sache war noch ungeschlichtet. Die Pastoren auf den Kanzeln sprachen so, als wenn dem Antichrist nun der letzte Stoß gegeben werden müsse. Hoverbeck aus Warschau schrieb (24. Juni), „der junge Roth sei angekommen, Dienst am Hofe zu suchen, auch zu dem Ende katholisch zu werden; er habe viel Redens gemacht, wie man in Königsberg die Privilegien handhabe und die lutherische Religion auszutilgen suche".

1) Das kurf. Rescript vom 6. März 1663 sagt, eine Schrift, „worin unsre Regierung und actiones auf das Aergerlichste und mehr als tyrannisch dargestellt wird." Sie enthält in der That die heftigsten Anklagen, als wolle der Kurfürst das Land aller seiner Rechte berauben, die edlen Preußen zu Sclaven machen, ein „famos Libell" im vollsten Sinn des Wortes.

In Warschau hatte man jene Klageschrift mit großer Genugthuung entgegengenommen; nur überraschte es, daß darin gesagt war, was man bisher nicht gewußt oder geglaubt hatte, daß die Souveränetät von den Ständen anerkannt sei und nur noch Königsberg sich in gebührender Treue gegen die Krone und Republik halte. Der König war schwach genug, ein Schreiben an die Königsberger zu unterzeichnen, in dem er ihre Treue lobte und sie seines Schutzes in Behauptung ihrer Rechte und Freiheiten versicherte. Er fügte ein Schreiben an den Schöppenmeister Roth hinzu, in dem er ihn zum Ausharren in seiner Treue ermahnte. [1])

Mit diesem Schreiben kam der junge Roth am 5. Juli nach Königsberg zurück; sofort berief er eine Versammlung der zwei Gerichte und drei Gemeinden, dort wurde das mit dem großen Reichssiegel versehene Schreiben geöffnet und verlesen. Der Inhalt war bald stadtkundig; alles war voll Frohlocken.

Der Unterstützung Polens gewiß, konnte man den entscheidenden Schritt thun. Einst war die Freiheit des Landes damit gegründet worden, daß man unter dem Beistand Polens dem Souverain des Landes, dem Orden, den Gehorsam aufsagte; der Bundesbrief von 1454, der eidlich ausgesprochene Wille des Landes, frei zu sein, hatte der Krone Polen die Möglichkeit gegeben, gegen den damaligen Souverain einzutreten. Jetzt kam die Souveränetät wider den Willen und das Recht des Landes; feierlich wie damals aussprechen, daß man sie nicht wolle, hieß der Krone Polen das Recht geben, ja sie verpflichten, das Werk von 1454 aufrecht zu erhalten.

Nun wurde Geld zusammengebracht, das theils zur Förderung der Sache nach Warschau geschickt, theils Truppen von der conföderirten Armee zu erhalten verwendet werden sollte. Am 4. Juli (Sonnabend) wurden die drei Gemeinden in der kneiphöfer Kirche versammelt; es

1) ut porro Fidel. Vest. eandem ulterius etiam retinere pergat nec ullis infringi difficultatibus patiatur. Beide Schreiben, d. d. Vratislaviae, 30. Juni sind abgedruckt bei Baczko V. p. 482.

wurde ihnen „die Eidesformel eines Bundes" vorgelegt, in dem es hieß, daß sie Gut und Blut daran setzen wollten, bei der Krone Polen und der Republik zu bleiben, „allein zur Ehre Gottes und um unsre Freiheit zu erhalten, den Rechten des Kurfürsten unbeschadet". Es kam noch nicht zur Ableistung des körperlichen Eides, sie wurde auf den Montag angesetzt; aber der junge Roth eilte denselben Tag wieder nach Warschau, „vielleicht um diesen Bundeseid bestätigen zu lassen."

„Sie haben die öffentliche Rebellion begonnen", schrieb der Fürst Statthalter nach Berlin. Er hatte am Sonntag eine Abschrift jenes Bundeseides; er ließ sofort die Burgemeister kommen, die mit Bestürzung erklärten, von dem allen wüßten sie nichts. Es wurde ein Anschlag der Regierung erlassen, der alle Zusammenkünfte bei schwerer Strafe verbot und alle öffentlichen Orte zu schließen befahl. So unterblieb die Zusammenkunft am Montag.

Denn durchaus nicht wollte man dafür gelten, irgend etwas wider das strenge Recht zu thun; und die Meisten waren gewiß des guten Glaubens, daß das, was bisher gethan sei, dem Landesrecht und den städtischen Freiheiten gemäß sei; sie wollten sich, erklärte die versammelte Bürgerschaft am 10. Juli, lieber den jüngsten Tag wünschen, als von S. K. D. und dessen Haus weichen, aber für die Erhaltung ihrer Freiheit würden sie alles aufsetzen. Wenn Einzelnen vorgehalten wurde, wie sie sich der Führung eines so übel berüchtigten Mannes anvertrauen könnten, der nur so verzweifelte Anschläge mache, um sich in seinem zerrütteten Vermögen zu retten, so hieß die Antwort: es würde nicht geschehen sein, wenn die drei Magistrate und das altstädter Gericht nicht die gemeine Wohlfahrt hintangesetzt hätten. Jetzt erklärte sich auch dieß Gericht für die Bürgerschaft.

Die Herren Oberräthe waren in unbeschreiblicher Verlegenheit; gern stimmten sie dem Statthalter bei, unter so ernsten Umständen auch die vier Hauptämter in die Rathsstube zu laden; nur zwei von den Herren erschienen; sie empfahlen, die Gerichte, Aelterleute und Zünfte vorzu-

fordern, um ihnen im Beisein der Oberstände ihr unbesonnenes Beginnen vorzuhalten; die Oberräthe fanden es bedenklich, da harte Reden fallen könnten, welche zu härteren Maaßregeln zwängen, als jetzt thunlich seien; lieber möchten die Herren Oberstände in Güte einzuwirken suchen. Aber diese und das ganze Land waren, so meinte Fürst Radzivill, in der Sache mit den Königsbergern einig, wenn sie auch nicht die Art, sie zu vertreten, gut hießen. Eben jetzt verhandelten die Führer der Stadt mit ihnen über eine gemeinsame Schickung nach Warschau, um dort vor dem noch versammelten Senat die Freiheiten des Landes zu vertheidigen.

Es ist später bekannt geworden, daß der Königin von mehreren preußischen Ständen 200,000 Gulden versprochen worden seien, wenn sie das Land von der Souveränetät befreie, und daß sie den jungen Roth aufgefordert habe, die conföderirte Armee zum Einrücken in Preußen zu bestimmen, der König könne sich dann damit entschuldigen, daß die Conföderirten außer seinem Befehl stünden. Gewiß ist, daß, so wie der junge Roth wieder in Königsberg eintraf, die Gerichte und Gemeinden beschlossen, eine feierliche Deputation, bestehend aus beiden Rothes und dem löbenichter Schöppenmeister Schimmelpfennig, nach Warschau zu senden. Der 18. Juli war zur Abreise bestimmt; am Tage vorher ging Schimmelpfennig zum Abendmahl. Sie erwarteten, daß ihnen der Weg mit Truppen verlegt sein werde; die junge Bürgerschaft in Waffen sollte sie begleiten.

Allerdings hatte der Fürst Statthalter die nöthigen militärischen Maaßregeln getroffen. Er hatte die Besatzung der Friedrichsburg auf 380 Mann verstärkt, im Schloß standen 200 Mann; 300 Reuter und 200 Dragoner waren im Anzuge. [1]) Er ließ ein Paar Rotten hin und

1) Radzivill sendet 20. Juli dem Kurfürsten die genaue Disposition seiner Truppen. Er hat Fußvolk: Obrist Eulenburg 6 Comp. 800 Mann, Ob. Schwerin 6 Comp. 800 M.; Leibgarde: Ob. de la Cave 4 Comp. 300 M., Fürst Statthalter Leibcompagnie 80 M., Ob. Nettelhorst 1 Comp. 100 M., Ob. Bellicum 1 Comp. 80 M.; — Reuter: Fürst Statthalter 4 Comp. 400 M., Landhofmeister v. Wallenrodt 1 Comp. 100 M.; — Dragoner: Fürst Statthalter 3 Comp. 300

her ziehen, „zum Schrecken“, wie er schreibt, die Ausgänge aus der Stadt so wie die Fahrt auf den Pregel sperren. Er ließ die drei Räthe kommen und erklärte ihnen: er werde jene Schickung nach Warschau nicht dulden, wenn daraus Unglück entstehe, so sei es nicht seine Schuld; wenn sie die Sendung hinderten und Roth fest machen wollten, so sollten die Truppen zurückgenommen, die Wege und Stege wieder geöffnet werden.

Die Bürgerschaft, wenigstens im Kneiphof, war zum Aeußersten entschlossen; sie war am 18. bereits mit sechs fliegenden Fahnen aufgezogen; es hieß, der Stadt sei vom Statthalter ein nächtlicher Ueberfall zugedacht; schleunigst wurden die Bürgerposten verstärkt, die Wälle besetzt, Kanonen aufgefahren. Da die Nacht hindurch nichts geschah, schoben die Bürger andern Tages ihre Posten bis an den Graben der Friedrichsburg vor, wurden aber, da sie angerufen nicht Antwort gaben, mit Hieben davon gejagt. Sie beschlossen nun, auf dem höheren Terrain südwärts der Schanze sich festzusetzen, dort ein Erdwerk aufzuwerfen; die Kanonen der Schanze wurden dorthin gerichtet, worauf die Bürger die begonnene Erdarbeit wieder aufgaben und sich näher an die Stadt zurückzogen. Es geschah auch die folgende Nacht nichts weiter, als daß ein Paar Bürger, die sich bei Langerfeldskrug am untern Pregel verspätet hatten, bis zum Morgen draußen behalten wurden. Die vom Kneiphof zogen immer wieder aus und kamen nicht dazu, Thaten zu thun; was schlimmer war, die Altstädter und Löbenichter „lachten sie aus, daß sie auszögen“.

„Ich schnarche die Bürger jetzt an auf schwedische Manier, schreibt Radzivill, obschon mir nicht allezeit wohl dabei ist“. Freilich die polnischen Officiere von den Truppen in Ermeland, die zu Roth kamen und mit ihm im tiefsten Geheimniß conferirten, schienen alles Schlimmste zu bedeuten; aber die Herren nahmen auch eine Einladung Radzivills

---

M., Gen. Görtzke, 1 Comp. 100 M. Summa: zu Fuß 2160 M., zu Roß 500 M. Dragoner 400 M.

zur Tafel auf dem Schloß an, und was sie mittheilten, zeigte, daß von Seiten der Conföderirten nicht eben rasche und gewagte Entschlüsse zu fürchten seien. Der Fürst unterließ nicht, in verbindlichster Weise an ihren Führer zu schreiben und ihm im Namen des Kurfürsten für sein bisheriges Verhalten zu danken.

Ein Umstand blieb, der ihm ernste Sorge machte: es gebrach ihm durchaus an Mitteln für die Truppen; „die Kammereinnahmen sind so verschwunden und vor mir verborgen, daß ich davon manchen Monat nicht 20 Thlr. zu den nöthigsten Ausgaben habe erhalten können" (14. Juli). Und wenige Tage später: „ich schäme mich, von meiner Noth zu sprechen, aber ich habe nichts mehr zu versetzen; die Accise bringt nicht einen Pfennig; die Städte bezahlen nichts, weil sie sagen, daß auf dem Lande nichts gefordert werde, und der Adel fordert eben so gelinde behandelt zu werden, wie die Bürger, die doch nichts zahlten. . . . Es werden die Truppen und Festungen zu Grunde gehen, denn wovon soll der Soldat leben". Immer mehr gewann er die Ueberzeugung, „daß die beiden Oberstände mit den Städten einverstanden sind, und daß sie nur deshalb sich das Ansehen geben, die Souveränetät und die Accise gewilligt zu haben, weil sie hoffen, daß Königsberg beide bestreiten wird". Er wußte keine andere Rettung, als daß der Kurfürst komme.

Am 26. Juli kam die Nachricht, daß der Kurfürst gleich nach beendeter Erndte aufbrechen werde. Tags drauf wurde bekannt, daß die polnischen Truppen aus dem Ermeland nach der Weichsel abmarschirt seien. „Die Bürger sind nach diesen Nachrichten etwas kleinmüthiger geworden", schreibt Radzivill. Die Oberstände hatten sich bewegen lassen, ihr Schreiben nach Warschau für jetzt aufzugeben, indem ihnen dafür jetzt zur Aerndte die Vertagung des Landtags bis zum 24. August gewährt wurde. „Den Königsbergern ist diese unvermuthete Veränderung sehr befremdlich erschienen, haben aber nichts dagegen machen können."

Noch hofften sie auf Warschau: „wenn nur der Hof sie nicht ver-

lasse, schrieben sie dorthin, würden die übrigen Stände bald auf ihre Seite treten". Wie gern hätte der Hof große Dinge vollbracht; aber daß das Heer in legitimer Empörung war, daß Fürst Lubomirsky und sein Anhang im Senat der Königin Pläne auf jedem Schritt kreuzte, daß in der allgemeinen Confusion jeder so viel möglich noch seine besondere Politik machte und, wenn es ging, sich bezahlen ließ, das machte die Republik unfähig zu irgend welcher Action.

Freilich waren am 30. Juni jene königlichen Schreiben unter dem großen Reichssiegel ausgefertigt. Aber wenn dann an demselben Tage Hoverbeck beim Könige Audienz hatte, sich über die von dem jüngeren Roth überbrachten Schreiben beschwerte, den König ersuchte, die Hand zu bieten, daß die an seinen Hof gekommenen Aufwiegler zu gebührender Strafe gezogen würden, so erklärte der König: derartige Schriften seien ihm gar nicht zu Gesicht gekommen; er fügte hinzu, er habe von seinem Bruder, dem verstorbenen Könige, oft sagen hören und es selbst erfahren, daß die Königsberger gern zwei Herren hätten, um keinem zu Willen zu sein, und daß die Danziger es gern eben so haben möchten. Nicht minder stellte er später, als Hoverbeck über jene Schreiben vom 30. Juni Beschwerde führte, durchaus in Abrede, Schriftstücke der Art unterzeichnet zu haben; nicht minder behauptete der Großkanzler, durchaus nichts von ihnen zu wissen, Unterschrift und Siegel müßten erschlichen sein. Natürlich forderte Hoverbeck, daß man sie auch öffentlich verleugne; er wies auf den Wortlaut des beschwornen Vertrages, in dem sich die Krone Polen jeder künftigen Einmischung in die preußischen Dinge entäußert habe[1]); er erinnerte daran, daß es in des Kurfürsten Hand liege, die Garanten des Friedens von Oliva aufzurufen. Er brachte es dahin, daß ihm eine Erklärung des Königs unter dem großen Reichssiegel ausgefertigt wurde (20. Juli), welche die Aufrechterhaltung der Verträge mit aller Bestimmt-

1) Pact. Velav. Art. 9. nec subditi querelas suas ad Regem regnumque Poloniae ullo modo deferre poterunt aut ab iis admitti.

heit aussprach und den Schreiben vom 30. Juni eine Deutung gab, die freilich nicht in ihrem Wortlaut zu finden war.[1])

Begreiflich, daß eine solche Erklärung die Stimmung in Königsberg drückte. Mehr noch drückte es, daß die Benutzung der Mühlen versagt wurde, so lange man sich nicht entschließen wolle, die Accise zu zahlen; es begann in der Stadt an Brod zu mangeln. Und dazu die Aussicht, daß der Kurfürst demnächst kommen werde, man sagte, mit einer ganzen Armee, und um streng Gericht zu halten. Freilich versicherte Roth die Bürger: der Kurfürst werde nicht kommen, er habe hier nichts zu leben, außer was ihm die Accise abwerfe, und wenn man diese nicht zahle, müsse S. Kf. D. draußen bleiben. Aber es ließ schon mancher den Kopf hängen; das altstädter Gericht erklärte: die Schickung nach Warschau gäbe man besser auf, so lange der Landtag noch währe; es verließ zum zweiten Male die gemeinsame Sache.

Der steigende Mangel ließ das Schlimmste fürchten, wenn der kühne Volksführer einen Aufstand in seinem Interesse hielt. Die wiederholten Versuche, ihn abzufangen, misglückten; jeden Anschlag, der noch so geheim im Schloß berathen war, erfuhr er im Voraus[2]); er spottete der öffentlichen Macht; tausend Fäuste hätten sich für ihn erhoben. „Man hat mehrfach auf unsere Schildwachen geschossen, ihnen zugerufen, sie wären brandenburgische Schelme; man will nicht die Aufrechterhaltung des Staats, sondern statum novum et spirant bellum."

In so großer Gefahr schien es angemessen, Ungewöhnliches zu versuchen. Trotz des noch währenden Landtags berief man das sogenannte

---

1) repperiri nonnullos qui occasione et praetextu certarum literarum hanc optimam nostram intentionem in diversum trahere praesumant exindeque memoratorum Pactorum auctoritatem contra omne fas delibare non desinant u. s. w. Schreiben vom 20. Juli 1662.

2) So schreibt Radzivill 11. Aug.: „er ist gewarnt worden, durch wen, ist schwer zu sagen; solche Sachen sind nicht geheim zu halten, die man in der Oberrathsstube überlegen und durch preußische Officiere ausführen muß." Und am 8. Aug. wegen des Brodmangels, „worüber ich mich am meisten eines Tumultes der populace befahren muß."

kleine Consilium, die Landräthe, beauftragte sie, die Vermittelung mit der Bürgerschaft zu versuchen. Sie empfahlen, zwischen den Urhebern des Unwesens und den Verführten zu unterscheiden, diesen möglichst viel nachzugeben, namentlich die Abführung der Truppen, die Oeffnung der Mühlen u. s. w., wenn sie dagegen sich verpflichteten, „sich aller Correspondenz mit fremden Völkern zu enthalten und statt der Accise eine Summe Geldes zu zahlen"; die Schickung nach Warschau riethen sie mit einem Pönalmandat von etlichen tausend Ducaten zu verbieten. Es lag nahe, einzuwenden, die Königsberger, deren Ungehorsam notorisch sei, würden sich um ein neues Pönalmandat so wenig kümmern, als um die 61 früheren, die sie bekommen zu haben sich rühmten. Die Unterhandlung blieb völlig erfolglos.

Immer dringender wurden des Kurfürsten Befehle, den Roth festzunehmen. Erneute Versuche ihn aufzugreifen, mislangen, wie die früheren; er ging unbehindert in die Kirche, zu Versammlungen; Berichte aus Warschau, aus Mitau ergaben, daß er seine Pläne nach wie vor trieb. Der Kurfürst befahl dem kneiphöfer Rath, bei Verlust aller Gnaden und Rechte, den Roth gefangen zu setzen und an die Oberräthe auszuliefern; er fügte hinzu, daß mit demselben nach den Gesetzen verfahren, einige Mitglieder des kneiphöfer Gerichts mit zugezogen werden sollten. Das Rescript wurde am 23. August dem Rath übergeben; es wurde angeführt, daß neue Thatsachen hinzugekommen seien, Dinge, die zu dem Verbrechen der beleidigten Majestät das des Hochverraths fügten; es wurden ihnen Schreiben des polnischen Großkanzlers, des Herzogs von Curland, des polnischen Königs [1]) vorgelegt, aus denen

1) In dem Schreiben des Königs vom 5. Aug. heißt es: „Verendum est quod nos non leviter afficit, ne in extremam acti desperationem populi, exuta penitus S^{tis} V^{ae}, sui directi domini, subjectione, tum nostra etiam ad quam sese referre necesse habent reverentia, alienam eamque non modo S^{ti} V^{ae} praejudiciosam, verum quoque nostrae viciniae minime aspernendam, quod neutiquam vellemus, respiciant subjectionem. In dem Originalschreiben, das im Archiv liegt, sind die gesperrt gedruckten Worte durchstrichen; Baczko giebt dafür: tum nostra quoque, quam prae se ferunt reverentia. (V. p. 485).

hervorging, daß Roth auch mit den Schweden in Riga in Unterhandlungen stehe.

Diese Nachricht brachte allerdings einige Wirkung hervor; die drei Gemeinden ließen durch den altstädter Schöppenmeister erklären: daß sie denjenigen, der mit der conföderirten Armee oder den Schweden einiges Werk treibe, für einen Verräther des Vaterlandes halten würden. Um so weniger, meinte der kneiphöfer Rath, sei es nöthig, jetzt Roth anzufassen, da ja alle sich von ihm lossagen würden, wenn er so schreckliche Verbrechen begangen habe.

Aber sie blieben dabei, daß das Alles erst bewiesen werden müsse, daß man doch nicht mit der Execution anfangen könne. Die zwei Schriften, die sie am 25. August an den Kurfürsten sandten, die eine über die „Blockirung und Berennung der Stadt durch die kurfürstliche Soldateska", die andere über alle anderen Beschwerden der Stadt Königsberg, lauteten nichts weniger als versöhnlich oder deprecirend. Eine neue Verhandlung mit den Burgemeistern, Alterleuten und Zünften in des Kanzlers Haus, in der ihnen die Wege zur Versöhnung angedeutet wurden,[1]) führte eben auch nicht weiter; die Gemeinden erklärten, daß man die Erbietungen der Regierung schriftlich haben müsse, da man sonst fürchten müsse, daß es nur zum Truge gesagt sei; und Roth sprach vor den Versammelten, wie immer, alles mit sich reißend: er mahnte zur Standhaftigkeit, Recht müsse doch Recht bleiben, man solle die Dinge nur hinziehen, bis die Stände wieder versammelt seien; auch der Adel merke, daß man ihm nur leere Vorspiegelungen gemacht habe, um ihn um seine und des Landes Freiheiten zu betrügen.

„Die Widerspenstigen suchen Zeit zu gewinnen, schreibt Radzivill,

---

1) Das Kurf. Rescript vom 15. (25.) Aug. (Baczko V. p. 485) erklärt als genügend, wenn Königsberg 300,000 fl. bewillige, und pro forma auch nur acht Tage die Accise zahle, deren Ertrag von jenen 300,000 abgezogen werden solle; doch müßte dann Königsberg von der Schickung nach Warschau abstehen und den Widerspruch gegen die Souveränetät aufgeben.

und ich weiß von guter Hand, daß ihnen der polnische Hof von Neuem Schutz versprochen hat".

Zum 24. August hatte der Landtag sich wieder versammeln sollen. Die ersehnten Schriftstücke, Assecuration und Resolution der Gravamina, waren nicht eingelaufen; die Regierung hatte allen Grund, den übeln Eindruck zu fürchten, den es auf die Wohlgesinnten machen werde, wenn ihnen nichts vorzulegen da war. Die Führer der Bewegung versicherten, aus Berlin sei Nachricht gekommen, daß die Reise des Kurfürsten aufgegeben sei; ihn desto sicherer fern zu halten, wurde ausgebreitet, die Pest sei wieder da; „ich weiß, schreibt Radzivill, daß drei leere Särge aus einem Hause im Kneiphof getragen sind". Die Regierung nahm diese angebliche Pest zum Vorwand, den Landtag auf den 14. September zu vertagen.

Schon liefen aus mehreren Aemtern formelle Erklärungen von Edelleuten ein, daß sie die Accise nicht zahlen würden, natürlich die Packmohr, Schlieben, Buddenbrok u. s. w. an der Spitze. Die so mühsam gelöste Verbindung des Adels mit den Demagogen von Königsberg schien sich in aller Stille zu erneuen. Freilich, die Burgemeister von Königsberg versicherten immer von Neuem, die Gemeinden würden sich auf die gethanen Eröffnungen ganz nach Wunsch erklären; und die Oberräthe meinten, man müsse noch mit der Captivation Roth's anstehen und gütliche Mittel versuchen; aber die Verhandlungen kamen keinen Schritt weiter. Der Fürst Statthalter schrieb an Schwerin: „So lange Roth das Staatsruder führt, so lange er durch seine listigen Anschläge sich noch geltend zu machen weiß, werden wir schwerlich etwas ausrichten; obgleich die Meinungen ihm entgegen sind, so wagt doch Keiner, ihm zu widersprechen, da ihm alles gelingt; Roth will eine Staatsveränderung und wird sein Lebelang die Souveränetät verfolgen; des Kurfürsten Ankunft und Roth's Haft wird alles beruhigen, sonst ist Preußen verloren."

Allerdings war der Kurfürst in den ersten Septembertagen aufge-

brochen; begleitet von 1200 M. Leibregiment und 800 M. Garde zu Pferde, konnte er nur langsam reisen. In Königsberg lachte man über die Reisenachrichten: er werde überhaupt nicht kommen.

Am 14. September hatten sich zum Landtag nur zwei Landräthe und einer vom Adel eingefunden; man verschob die Eröffnung auf den 6. October. An diesem Tage schrieb Radziwill an Schwerin: „ich weiß nicht, was ich sagen soll, wenn ich bedenke, daß Wetten angestellt werden, der Kurfürst werde nicht kommen, und einige vom Hofe spöttisch über diese Reise schreiben; alle milden Mittel und der Weg des Rechts, den man einschlug, Roth festzunehmen, haben nur zum Gespött gedient. Der Magistrat ist nicht so schuldlos, wie man glaubt; wir haben einige Pröbchen von seiner Durchstecherei. Von Herzen wünsche ich, daß S. Kf. D. aus dem jetzigen Irrgarten der preußischen Affairen glücklich kommen und alles wohl beruhigen möge."

Endlich, am 18. October, landete der Kurfürst, von Danzig kommend, in Pillau.

Die Entscheidung.

Man kann zweifeln, ob Friedrich Wilhelm im Interesse Preußens recht gethan hat, seine Ankunft so lange zu verzögern. Sein Verhalten wurde nicht durch Preußen allein bestimmt; manches, was in demselben auffallend erscheint, erklärt sich durch die unberechenbare Haltung der Republik Polen und aus dem Zusammenhang der allgemeinen Politik, für die Polen mehr und mehr ein Tummelplatz ihrer Rivalitäten wurde.

Wenn irgend abgeschlossene und beschworene Tractaten Geltung hatten, so konnte nach dem bromberger Vertrag der Krone Polen weder über die Souveränetät Preußens noch über die Abtretung Elbings ein Zweifel bleiben. Wie sich die Libertät der preußischen Stände mit der Souveränetät zu verständigen habe, war eine innere Frage, in die

sich Polen nur auf Anrufen des Kurfürsten und um das ihm durch die Verträge zugestandene Recht zur Geltung zu bringen, mischen durfte. Und in Betreff Elbings war das Recht des Kurfürsten um so unzweifelhafter, da er die in Wehlau ausbedungene dauernde Abtretung der Stadt in Bromberg auf deren pfandweisen Besitz ermäßigt hatte. Er war erbötig, wenn ihm die Pfandsumme von 400,000 Thlrn. gleich bezahlt werde, auf das Recht zu verzichten, daß ihm die Stadt erst überliefert sein müsse, bevor er die Zahlung annehme; aber es hieß mit den Verträgen Hohn treiben, wenn man die bereits von polnischen Truppen besetzte Stadt ihm nicht übergab, obschon man außer Stande war, die Pfandsumme zu zahlen. Daß dafür Braunsberg von den Brandenburgern besetzt gehalten wurde, war bei Weitem kein Ersatz.

Der Kurfürst wußte sehr wohl, daß er in Betreff Elbings nicht bloß die höchst illoyale Politik der Polen wider sich habe; ihm wurde bekannt, daß Graf Schlippenbach Ausgangs 1660 nach Warschau geschrieben habe: „man möge dem Kurfürsten Elbing durchaus nicht geben; er komme demnächst und bringe gute Nachricht wider den Kurfürsten". Auf der Ueberfahrt war er im Schiffbruch umgekommen.

Wie hätten die Schweden dem Brandenburger die Demüthigungen vergessen sollen, die ihnen der Friede von Oliva gebracht? sein Aufkommen war ihr Sinken. So tief erschöpft ihr Königreich war, gab es ein anderes Mittel, sich wieder zu stärken und die krampfige Frage der Reductionen zu vertagen, als neue Siege jenseits des Meeres? Ich vermag nicht zu sagen, ob Friedrich Wilhelm von dem ganzen Inhalt des schwedisch-französischen Bündnisses vom 29. September 1661 und den geheimen Artikeln, die im Januar 1662 hinzugefügt wurden, Kunde hatte.[1]) Aber daß im schwedischen Reichsrath eine Parthei war, die Krieg wollte, daß Frankreich sie mit seinem ganzen Einfluß stützte, war kein Geheimniß;

1) Wenigsten Lessains Eröffnungen (Puf. IX. 34) im Januar 1662 enthüllten nicht alles.

und Wrangels Aufenthalt in Marienburg, die Beziehungen der Königin zu ihm zeigten, was im Werk sei.

Schon während der Verhandlungen in Oliva war die Rede davon gewesen, daß französischen Truppen Elbing übergeben werden könnte. Es wurde gesagt, der Herzog von Enghien werde, wenn die Polen ihn wählten, Elbing lösen und der Republik als Geschenk zurückgeben. Wir wissen, wie die Königin für ihn arbeitete. Eben diese Wahl, trotz des Reichstagsbeschlusses von 1661, der jede Wahl vor des Königs Ableben untersagte, auch mit gewaffneter Hand und gegen das conföderirte Heer durchzusetzen, das war der Inhalt jener schwedisch-französischen Artikel vom Januar 1662. Und ein schwedisches Heer war zum Frühjahr gerüstet, nach Polen zu gehen und die Wahl zu erzwingen.

Ein Project, in dem für Brandenburg und Deutschland unermeßliche Gefahr lag. Kam ein französischer Prinz auf den Thron der Republik, so hatte Deutschland die französische Macht zugleich in der Front und im Rücken; mit Frankreich und Polen verbündet, hätte Schweden Rache genommen für den Frieden von 1660; zwischen diesen Mächten wäre Brandenburg erdrückt worden.

Auch Oestreich hatte sich Anhang in Polen zu gewinnen gesucht, hoffte auf die dereinstige Wahl eines Erzherzogs; die Gefahr wäre für Brandenburg fast nicht minder groß gewesen. Die Schweden hätten sich gegen Brandenburg mit Oestreich eben so gut verbunden wie mit Frankreich. Aber der östreichische Anhang in Polen schmolz rasch zusammen, selbst die Jesuiten wandten sich ab. Und eben jetzt begannen für den Kaiser jene schweren Verwickelungen in Ungarn. Während Oestreich alle Kraft dorthin wenden mußte, — in Wien zitterte man, als ständen die Ungläubigen schon vor den Thoren" — hatte Frankreich desto leichteres Spiel in Polen.

Noch waren in Polen selbst mächtige Partheien, es waren vor Allem die Conföderirten gegen die französische Wahl. Schon einmal war von dieser Seite her dem Kurfürsten die Krone angeboten; jetzt, im Frühjahr

1662, hieß es, er habe den Conföderirten unter der Hand mittheilen lassen, daß er, wenn man ihn wähle, katholisch werden wolle. Wenigstens diente das Gerücht dazu, dem Widerstand neuen Eifer und Zuversicht zu geben.

Aber zugleich entwickelten sich in Deutschland die Consequenzen des Bundes von 1658 in bedrohlichster Art. Der wiener Hof forderte des Reiches Hülfe zum Türkenkrieg; ohne Reichstag war sie nicht zu gewinnen; schon Anfangs 1661 versprach der Kaiser ihn zu berufen. Man glaubte im Reich nicht, daß er Ernst machen werde; es währte ein ganzes Jahr, bevor das Ausschreiben erfolgte (8. Febr. 1662). Aber zum anberaumten Termin, im Juli, fand sich außer der brandenburgischen Gesandtschaft fast niemand in Regensburg ein; die „frankfurter Alürten", Frankreichs Freunde, meinten, der Deputationstag in Frankfurt, d. h. die da versammelte Minorität, müsse erst einen Deputationsabschied verfassen, dieser müsse erst vom ganzen Reich angenommen und confirmirt sein, dann erst könne vom Reichstag gehandelt werden. In dieser frankfurter Minorität war Schweden für Bremen, war Pfalz-Neuburg, beide im Einverständniß mit der Königin von Polen. Während die östreichische Macht tiefer und tiefer in die Bedrängnisse des Türkenkrieges verwickelt wurde, schloß sich der rheinische Bund unter französischem Protectorat vollständig; schon längst hieß es, daß, wenn überhaupt gegen den Erzfeind der Christenheit Hülfe geleistet werden solle, die Fürsten des rheinischen Bundes nicht als Reichsglieder und im Reichsheer, sondern nach der Kriegsverfassung des Bundes und in Gemeinschaft mit Frankreich ausziehen würden.

So die allgemeinen Verhältnisse bis zum Herbst 1662. Aus ihnen ergeben sich die Gesichtspunkte, die Friedrich Wilhelms Verhalten Polen gegenüber bestimmen mußten und bestimmten.

Sein Streit mit den Ständen in Preußen gab der ihm gefährlichsten Richtung in Polen, seine Differenzen mit der Krone Polen der Opposition in Preußen Nahrung. Wie die Königsberger gejubelt hatten,

als im Herbst 1660 die Elbinger Handlung sich zerschlug, so stellte die Königin ihre Hoffnung auf Roth und Kalkstein und deren Anhang.

Der Kurfürst hatte nichts unterlassen, die Differenzen mit Polen aus dem Wege zu räumen; er hatte nicht geringe Opfer gebracht, um mit der Krone im Frieden zu bleiben. Als der preußische Landtag im Sommer 1661 begann, hatte er sich in Warschau erboten, an der elbingischen Pfandsumme ein Viertel zu kürzen, sich mit Braunsberg und Frauenburg als Pfand für den Rest zu begnügen. Man konnte in Warschau nicht umhin, „das genereuse Erbieten, das seine Wohlgeneigtheit für die Republik von Neuem beweise", mit Dank anzuerkennen; die Gefahr eines Conflictes mit den Polen schien nun aus dem Wege geräumt.

Er meinte nicht, um so rücksichtsloser das ihm vertragsmäßig zugestandene Recht in Preußen geltend machen zu sollen. Wie wünschenswerth es scheinen konnte, mit der Anerkennung des veränderten Besitzstandes zugleich die dringend nothwendige Reform der Verfassung durchzusetzen, die Hauptsache war, die Souveränetät nach Außen hin sicher zu stellen, und in dieser Sicherstellung selbst jede Einmischung von Außen her abzuschneiden, deren Beseitigung in seinen Augen das Wesentliche dieser Souveränetät war. Wenn er mit unermüdlicher Geduld mit den Ständen unterhandelte, wenn er sich zu immer weiteren Zugeständnissen herbeiließ, so geschah es nicht, weil er das, was die Stände forderten, für das Bessere oder Begründetere hielt; er bog sich so weit zu ihnen hinüber, um sie nicht aus der Hand zu verlieren.

Wir sahen, wie es mit den Oberständen zu gelingen schien; in dem Eifer, möglichst viele Privilegien, Sondervortheile, gutes und übles Herkommen aus der polnischen Zeit in die brandenburgische hinüberzuretten, schienen sie nicht darauf zu achten, daß sie mit dem, was sie gewannen, ein Princip zugestanden, das die Basis ihres alten Rechtes aufhob. Vollkommen richtig erkannten die königsberger Bürger diese Gefahr; mit musterhafter Folgerichtigkeit benutzten ihre Führer, indem sie die Souveränetät als noch nicht rechtlich begründet bezeichneten, wie

von Rechts wegen alle Chicane der alten Libertät, der Krone Polen die Einmischung im geeigneten Moment offen zu halten.

Nur daß die Leidenschaftlichkeit ihrer Führer sie ins Unrecht brachte und die Ränke der Königin sie bloßstellten.

Die innere Unwahrheit ihrer Sache trieb die Opposition über die feste Defensive hinaus, in der sie schwer zu bezwingen gewesen wäre.

Der Königin und ihrer Parthei war der Widerstand in Preußen nur eine von den Hülfen, die sie für ihre Zwecke verwandte; sie hatte ihn in der Absicht geschürt, den Kurfürsten mürbe zu machen; wenn die Wahl in Polen, sagte ihm der französische Gesandte, nach Wunsch falle, so würde mit ihr die jetzt noch sehr unsichere Souveränetät sicher gestellt sein. Die Königin suchte ihn zu einer Expedition gegen die Conföderirten zu gewinnen; sie forderte ihn auf, zu den königstreuen Truppen 4000 Mann stoßen zu lassen; Frankreich bot ihm ein Bündniß, Subsidien, die Stelle des Generalissimus. Er schlug es aus. [1])

Sofort folgten jene Acte förmlicher Rebellion in Königsberg, jene königlichen Schreiben vom 30. Juni, welche sie förmlich legalisirten. Es kam die unzweifelhafte Nachricht, daß Schweden 6000 Mann Fußvolk und 2000 Reuter in Schonen einschiffen lasse; von Danzig und Mitau wurde gemeldet, sie seien nach Preußen bestimmt. Daß Roth mit Riga in Correspondenz stehe, daß ihm von dort Hülfe zugesagt sei, wurde glaubwürdig berichtet. So nahe schien im August dem Fürsten Statthalter die Gefahr feindlicher Landung, daß er seine Reuter und Dragoner in Samland zusammenzog.

---

1) Aus einem warschauer Schreiben an Fürst Radzivill 19. Juli 1662: si cela est vrai, comme les soldats mesmes l'assurent, je trouve que S. A. E. aura un puissant ennemy, qui est la France, dont le Roy n'est pas en estat de souffrir des injures d'une personne, qui est au dessous de luy et qui peut le ruiner à ce que croit tout le monde. Und am 21. Juli: quant à S. A. E. cette cour désespère de l'avoir en bonne intelligence, après que le France a fait ce qu'elle a pu pour le gaigner et n'en a pu venir à bout mesme, qu'il ait refusé d'assister cet estat en cas que quelqu'un le voulust opprimer et diviser. Cela monstre qu'elle est très mal intentionée, supposé que cela soit vray.

So gern gerade jetzt der Kurfürst in den Marken geblieben wäre — nicht bloß um des Reichstags Willen, der Türkengefahr wegen; am Rhein und in Westphalen gab es Zerwürfnisse sehr bedrohlicher Art; Erfurt war in schwerem Hader mit seinem Landesherrn, dem Kurfürsten von Mainz, und man hatte Grund zu fürchten, daß er in Kraft des Rheinbundes französische Truppen ins Reich rufen werde, die Stadt zu unterwerfen — dringender als alles war die Gefahr, welche die schwedischen Rüstungen befürchten ließen. Sie schien gebieterisch zu fordern, daß es in Preußen zum festen Abschluß komme. Der Kurfürst beschloß die Reise nach Preußen. Sein Wille war, daß vor seiner Ankunft Roth festgenommen und sein Proceß eingeleitet werde, daß in den Verhandlungen mit den Ständen alles Wesentliche in Ordnung gebracht sei, damit gleich nach seiner Ankunft der Landtagsabschied vollzogen und die Huldigung vorgenommen werden könne.

Demgemäß hatte er jene Assecuration, so wie eine möglichst nachgiebige Erklärung über die meisten Gravamina vorausgesandt; Fürst Radzivill war der Ueberzeugung, daß, nachdem den Ständen ein solches Pfand des Vertrauens gegeben sei, aller Widerstand ein Ende haben und die Freude allgemein sein werde (22. Sept.).

Bald genug sah er, wie er sich getäuscht habe: „es wird in der Assecuration von denen, die sie gelesen, noch das und jenes desiderirt"; und von den Königsbergern fügt er hinzu: „bei ihnen wächst die Zuversicht, bei des Kurfürsten Ankunft alles mit geringer Mühe zu erhalten, was man bisher weder ihnen geben noch gutheißen konnte".

Noch weniger gelang es Roth festzunehmen. Auf ausdrückliche Forderung des Fiscals hatte der kneiphöfer Rath ihn am 28. Sept. vorgeladen; er erschien nicht; der Rath ließ ihm durch den Amtsdiener Arrest ankündigen; Roth ließ antworten: er nehme den Arrest nicht an, die Herren möchten sich vorsehen. Er reichte gegen den Arrest eine Appellation an das Hofgericht ein. Nun wurde der Fiscal selbst irre, ob er Recht habe weiter zu verfahren. Roth erschien nach wie vor auf

der Straße, in der Kirche; er sagte: „es sei nicht seine Absicht, flüchtig zu werden, möchte man solches in eines Schelmen Busen suchen, der seinen König und Kurfürsten gedächte zu verrathen.“ Viele hundert Bürger kamen auf das altstädtische Rathhaus zu fragen, „was der Fiscal mit Roth vorhabe;“ sie ließen keinen Zweifel, daß sie ihn schützen würden. Als Obrist Hille den Versuch machen mußte, ihn militärisch festzunehmen, waren Tausende mit Spießen, Stangen, Gewehren da, die Musquetiere zurückzutreiben. Daß der Rath eine Wache vor das Haus stellte, daß auch zwei kurfürstliche Posten hingestellt wurden, ließen die Bürger geschehen. Trotz des bestimmten kurfürstlichen Befehles wagte Radzivill nicht mit offner Gewalt einzuschreiten, „ein schweres Blutbad, schrieb er, das Unglück vieler Unschuldiger würde unvermeidlich sein.“ Nur um so trotziger wurden die Bürger; „noch am Abend vor des Kurfürsten Ankunft, schreibt Radzivill an Schwerin, haben sie den Obristleutnant Raesfeld auf der Gasse angefallen und eine Menge Ungezogenheiten begangen; solchen Spott treibt man mit uns“.

Der Kurfürst kam am 18. Oct. über Danzig in Pillau an; am 25. hielt er seinen Einzug in Königsberg; so im Festglanz paradirte die Straßen entlang die Bürgerschaft der drei Städte, so voll Devotion und treuergebenster Freude war die Begrüßung der drei Magistrate, der Gerichte, der Zünfte, so zahlreich das Gefolge von Deputirten der Ritterschaft und andern Edelleuten, die dem gnädigsten Herren aufzuwarten bis Pillau, bis Danzig ihm entgegen gezogen waren, daß man hätte glauben mögen, aller Hader sei abgethan. Dann folgte ein glänzendes Gastmahl, das Fürst Radzivill gab; die Studenten feierten den Abend „mit einer glänzenden Musica vor dem Schloß“; „Jedermann bezeugt wegen dieser so hoch verlangten kurfürstlichen Ankunft eine sonderbare Freude.“

Sofort befahl der Kurfürst den entscheidenden Schritt. Am 30. Oct., während die Bürgerschaft in den drei Rathhäusern versammelt war, wurde das Schmiedethor, das Honigthor, das altstädter Thor mit Truppen besetzt, ein Paar Schiffe mit 50 Mann an die Honigbrücke ge-

legt; dann zog Obrist Hille mit hundert Reutern vom Schloß hinab durch das Schmiedethor nach dem Kneiphof; vom Domplatz bis zur Honigbrücke — dort lag Roth's Haus, er selbst sah zum Fenster hinaus — sperrte der Zug die Straße, ein Paar Reuter stiegen ab, holten ihn herunter, führten ihn in eins der bereitliegenden Schiffe, das ihn in der Schloßfreiheit landete; von dort wurde er ins Schloß gebracht. Auf dem Schloßhofe standen die Regimenter in Reih und Glied, einige Geschütze waren aufgefahren; der Friedrichsburg war Befehl gegeben, wenn zu der rothen Fahne auf dem Schloß eine zweite aufgezogen würde, ihre Stücke gegen den Kneiphof spielen zu lassen.[1] Aber alles blieb ruhig. Der Kurfürst sandte an die drei Rathhäuser die Meldung des Geschehenen, die Mahnung „zu bürgerlichem Gehorsam," die Versicherung, „daß er mit der Stadt als ein rechtschaffener und billiger Herr verfahren werde".

General Kalkstein, der nach Königsberg gekommen war, ließ, wie er Roth's Verhaftung erfuhr, anspannen und fuhr eiligst nach Knauten zurück. Ein Jesuit, der seit einigen Tagen in der Stadt war, machte, daß er hinweg kam. „Daher ich vermuthe, schreibt der Kurfürst, daß sie Wissenschaft von des Roth Actionen gehabt". Die Stadt war wie betäubt, als wäre Unmögliches geschehen. Roth's Freunde schlichen umher; aber noch sei nicht aller Tage Abend, er werde mit voller Pracht in die Stadt zurückgebracht werden, es werde ein königlicher Commissar kommen, ihn los zu machen, und wenn das nicht helfe, werde der König selbst kommen.

„Desto mehr hab ich Ursach zu eilen," schreibt der Kurfürst an Schwerin: „ich habe so verfahren müssen, um mehr Unheil zu verhüten."

---

1) Die Befehle Radzivills vom 29. Oct. an Obrist Hille, Obrist Bellicum, Obristleutnant Souteland (von den Leibtrabanten) und Obristleutnant Raesfeld lassen über die Vorgänge des 30. Oct. keinen Zweifel. Pufend. IX. 49. hat keinen andern Bericht vor sich gehabt, als den des Theat. Eur. IX. 620, dessen Original — wahrscheinlich ein gedrucktes Extrat Schreibers — mir nicht bekannt geworden ist.

Es wurde eine Commission niedergesetzt, Roth zu vernehmen[1]). Die Anklage, die ihm verlesen wurde, lautete auf Hochverrath: „aus angeborner Clemenz und zur eigenen besseren Beruhigung habe S. Kf. D. dieß judicium verordnet." In wiederholten Verhören bekannte Roth, daß er den Bundesbrief verfaßt und die Bürger zu bewegen gesucht habe, denselben zu beschwören, auch daß er das Schreiben aufgesetzt habe, das des Königs Hülfe anrufe; wenn er darin Unrecht gethan, so bitte er um des Kurfürsten Gnade. In den meisten andern Punkten behauptete er entweder nicht nach seinem, sondern der Bürger Willen, wie sein Amt ihm gebiete, gehandelt zu haben, oder auch nach dem alten Recht des Landes, das die wehlauer Verträge nicht cassirt hätten, gerechtfertigt zu sein; er läugnete, in irgend einer Verbindung mit Jesuiten gestanden, bei seinem Besuch in Warschau irgend andere als Privatgeschäfte besorgt zu haben; er stellte seine Correspondenz mit dem Bischof von Ermeland und nach Riga durchaus in Abrede.

Fürbitten der Stadt, des Polenkönigs wies der Kurfürst zurück, da die Untersuchung noch nicht beendet sei. Roth weigerte sich, weitere Geständnisse zu machen; und die sonst üblichen Mittel, deren zu erzwingen, wurden nicht in Anwendung gebracht[2]). Nach dem Gutachten von Schwerin und Somnitz waren schon die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung der Art, „daß ohne des Kurfürsten Gnade Roth's Leben wohl verwirkt sei"; auf die Frage, ob diese Gnade zu gewähren, erklärten

1) In der Commission waren Fürst Radzivill, Fürst Anhalt, der Landhofmeister v. Wallenrodt, Obristburggraf Kalnein, Landrath v. Eulenburg, Vogt von Fischhausen v. Tettau, die Oberappellationsräthe Ostau, Wegener, Kreyzen, Leschewang, die drei Königsberger Burgemeister (Henckel von der Altstadt, Holländer vom Kneiphof, Zetke vom Löbenicht), der Stadtschreiber von Holland Forster, die Secretaire Calow, Meinders, Sturm. Die Namen hat theilweise auch Theat. Eur. IX. p. 620.

2) In dem kurf. Rescript vom 6. März 1663, das ein Gutachten von Schwerin und Somnitz fordert, heißt es: „nun könnte wohl aus gedachtem Rohde ein Mehreres gebracht werden, dieweil wir aber erhebliche Ursach und Bedenken haben, genauer auf alles und was dabei mehre interessirt sein mögen, zu inquiriren, und ihn doch beide vorgenannte Punkte genug graviren, so u. s. w.

sie, daß darüber erst, wenn ein Urtheil vorliege, zu sprechen sei; sie riethen, die Sache „an einen unpartheiischen Ort zu verschicken, oder durch niedergesetzte unverdächtige Richter judiciren zu lassen; jedenfalls dürfe er nicht in Königsberg bleiben." Er wurde im Sept. 1663 über Colberg nach Peitz transportirt.

Vierzehn Tage nach Roth's Verhaftung waren vergangen, ohne daß in der Stadt oder von Außen her irgend etwas von dem geschah, was seine Freunde mit Zuversicht vorausgesagt hatten. Am 8. Nov. ließ der Kurfürst die angesehensten aus den drei Gemeinden, den Zünften und Gerichten auf das Schloß kommen, und ihnen durch Friedrich von Jena vortragen: sein Wunsch und Wille sei, der Stadt die durch den Krieg entstandenen Kosten möglichst zu erleichtern und ihr zu alter Blüthe und Wohlfahrt zu helfen; er sei gekommen, selbst zu sehen und sich zu unterrichten; sie möchten erkennen, wie der Weg, auf den einzelne unruhige und passionirte Köpfe sie geführt, sie ins Verderben bringe; seine Absicht sei nicht, sie zu Sclaven zu machen, sondern sie in ihrer Freiheit zu schützen; das Vergangene solle für immer vergessen sein, wenn sie seine landesväterliche Stimme hören wollten; auch in Betreff der Accise, obschon er sie für die beste Form der nothwendigen Leistungen halte und deren Verwaltung nie den städtischen Behörden habe entziehen wollen, werde er zu allem Billigen bereit sein, auch wegen des Pfundzolles ihnen willfahren.[1])

Die Berufenen baten um acht Tage Bedenkzeit; am 16. Nov. erschienen sie wieder, Namens der drei Städte das Geschehene zu entschuldigen, des Kurfürsten Souveränetät förmlich anzuerkennen, die, so war ihr Ausdruck, bis ans Ende der Welt wachsen möge. Der Kurfürst versicherte sie aller Huld, versprach ihnen ihre Privilegien nicht bloß zu bestätigen, sondern zu vermehren. Ihre Fürbitte für den gefangenen

---

1) Diese merkwürdige Ansprache ist auch im Theat. Eur. IX. p. 620 im Wesentlichen richtig abgedruckt.

Roth lehnte er ab, da dessen Sache in gerichtlicher Untersuchung sei, doch solle ihm nichts geschehen, worüber man sich mit Recht beklagen könne.

Es fehlte in der Bürgerschaft nicht an solchen, die mit dieser Unterwerfung unzufrieden waren, die noch darauf dachten, den Schritt rückgängig zu machen, die auf die polnischen Huldigungscommissarien hofften. Aber bei Weitem die meisten dankten Gott, daß es so weit sei; bald waren die Königsberger und die kleinen Städte des Kurfürsten Stütze gegen die Oberstände.[1])

Denn so wie die Verhandlungen im Landtag begannen, schlugen diese ein Verfahren ein, das schlimmer als offener Widerstand war: „es ist bei ihnen ein gemachter Schluß, dafern sie jetzt nicht alles nach ihrem Wunsch und Willen erlangen können, es bis auf eine andre Zeit zu versparen ... sie lassen sich verlauten, sie würden die Schultern einziehen, alles eingehen und auf gelegene Zeit warten".[2]) Der Landhofmeister sagte zu Hoverbeck: „wenn der Kurfürst von 100 gravamina der Stände 99 nach deren Willen abgethan hätte und das hundertste nicht, so würden sie doch nichts thun, noch den Eid ablegen." Der Kanzler v. Kospoth äußerte sich gegen den Kurfürsten so, als ob es den Ständen nur um die Religion zu thun wäre, „das liege ihnen auf dem Gewissen, und davon könnten sie nicht abweichen"; aber er war es, der „den Ständen die Anschläge gab, wie sie es machen sollten".[3]) Bald zeigte sich, daß auch der Obermarschall Kreytzen in der Stille machiniere, „er ist gar bitter in

---

1) Schon am 20. Nov. schreibt der Kurfürst in einem eigenhändigen Briefe an Schwerin: „die Städte lassen sich verlauten, daß, da die Stände noch mehr Weitläuftigkeit gebrauchen, würden sie von ihnen abgehen und sich zu mir setzen".

2) Aus des Kurfürsten eigenhändigen Briefen an Schwerin 6. Nov. 30. Nov. 1662.

3) Der Kurfürst an Schwerin 19. Jan. 1663: „Der Kanzler ist einer von denen, so mir die meisten Händel machen; zwar wenn er bei mir ist, so stellt er sich wie ein Engel, aber man kann es doch sehen, daß es ihm nicht von Herzen geht". Auch die folgenden Anführungen sind aus des Kurfürsten eigenhändigen Briefen an Schwerin.

der Religion, wie auch der Landhofmeister, welches verursacht, daß die Stände so hart darauf bestehen."

Weder die Formel der Assecuration, die der Kurfürst am 24. Nov. vorlegen ließ, genügte den Ständen, noch wollten sie sich auf die Forderung, daß einige Stellen im Lande mit eingebornen Reformirten besetzt würden, einlassen; schlimmer als alles schien ihnen, daß die Herren Oberräthe nicht die ganze unbeschränkte Selbstständigkeit der Verwaltung behalten, daß die Hauptleute und Vögte in ihren Aemtern nicht völlig ohne Controlle und Verantwortung sein sollten. Selbst die Landräthe forderten, (2. Decb.) daß erst polnische Commissarien den Eid, mit dem man der Krone Polen verbunden sei, zurückgeben müßten; sie forderten die Zusicherung, daß regelmäßige Landtage berufen[1]) werden sollten, daß des Kurfürsten Nachfolger, bevor sie die Regierung antreten könnten, erst die Assecuration beschworen haben müßten. „Ich sorge, schreibt der Kurfürst, daß die Leute nicht Lust haben mit mir in gutem Vernehmen zu sein, weil sie allemal Neues bringen; man richtet sich nach den Zeitungen, so vom Hofe kommen."

Natürlich unterließen auch die Geistlichen nicht, ihre Klage gegen Dr. Dreyer zu wiederholen und dessen Beseitigung zu fordern; den Vorschlag, in seiner Sache eine Synode zu berufen, wiesen sie durchaus von der Hand: die symbolischen Bücher dürfe man keiner Disputation unterwerfen, und er sei der Irrlehre hinlänglich überwiesen; von einem Fürsten berufen, der es gern sehe, daß überall calvinistisches Unkraut aufschieße, könne eine Synode nicht von Nutzen sein, in der nur der schon zu große Anhang des Syncretisten Dreyer sich geltend machen werde. Auch die Herren Stände eiferten stark für die reine Lehre und die ungeänderte

1) Unvorgreifliches Bedenken des Herrenstandes und der Landräthe vom 2. Dec., „es sind die Landtage das einzige Mittel, das gute Vernehmen zwischen der hohen Herrschaft und den getreuen Unterthanen zu erhalten, sie sind der Herrschaft niemals schädlich und haben den Ständen nicht versagt werden können".

augsburgische Confession, und daß die Kirchenbuße in der Hand des Pfarrers und Gutsherren bleiben müsse.

Die kleinen Herren erkannten sehr richtig, um was es sich für sie handle. Und wenn der Kurfürst zum Kanzler gesagt hatte: „er begehre nichts Unbilliges, aber er wolle der Herr und sie sollten seine Unterthanen sein, denen er dann sich als gnädiger und landesväterlicher Fürst erzeigen werde," so war es eben das Unterthansein, was sie verabscheuten; sie wollten Herren sein und bleiben, Mitherren des Landes.

Der Widerstand wuchs in dem Maaße, als die eingeleiteten Untersuchungen über die Domainen, die Amtswirthschaften, die Verschreibungen der Oberräthe, die Unordnungen und Uebergriffe in den Aemtern vorwärts gingen. Es kam zum Vorschein, wie unverantwortlich, seit der Kurfürst 1657 das Land verlassen, gewirthschaftet war. „Mit der Untersuchung der Aemter, schreibt er, geht es sehr langsam; seit sechs Jahren ist keine Rechnung genommen worden; in dem Holzgarten ist kein Holz, und muß ich jetzt das Holz, so im Schloß gebraucht wird, kaufen, während ich vor diesem viele Tausende aus dem Holzverkauf gelöst und überflüssig für den Hofstaat behalten habe." Und später: „die Revision der Aemter geht sehr langsam und gefällt den Oberständen gar nicht, sie suchen sie unter der Hand zu hindern." „Die Oberräthe wollen nicht, daß von den unbilligen Verschreibungen, die hier gegeben sind, Rechenschaft gefordert werde." Der von Canstein, freilich kein Preuße, hatte die Aemter in Lithauen revidirt, „er hat sich, schreibt der Kurfürst, damit viele Feinde gemacht, aber ich werde die Hand über ihn halten." Was konnte die Libertät Schlimmeres treffen, als daß der Wust und Schmutz ihrer Verwaltung einmal aufgedeckt wurde?

Auch die drei Magistrate von Königsberg mochten manches haben was besser unaufgedeckt blieb; ihre Beauftragten waren in den Ständen nicht minder schwierig, als die Herren Landräthe und Edelleute. „Aber die Gemeinde, schreibt der Kurfürst, ist sehr gut und hoffe ich, mit Hülfe derselben durchzudringen; sie hat anzeigen lassen, daß, wenn ich sie auf-

fordern lasse, würde sie in Gegenwart des Rathes die Assecuration und die Erklärung auf die Gravamina einfach annehmen; die Bürger beschweren sich sehr über den Rath und bitten, daß er möge abgeschafft und andere eingesetzt werden."

Endlich in der Mitte März war eine Formel der Assecuration zu Stande gekommen, in der der Kurfürst mit möglichst weitgehender Nachgiebigkeit wenigstens die für ihn wesentlichsten Gesichtspunkte gerettet hatte: daß nicht erst ein neuer Act Seitens der Krone Polen seine Souveränetät anzuerkennen, und daß künftig beim Wechsel der Regierung die Beschwörung der Assecuration nicht der Uebernahme des Regiments vorauszugehen habe. Nun reisten die Deputirten heim, um für das zu Stande gebrachte Werk die Zustimmung ihrer Auftraggeber einzuholen.

So wie sie wieder zusammenkamen, fingen die Schwierigkeiten von vorn an; und nun sollten noch die Gravamina erledigt, es mußte die Formel des Landtagsabschiedes festgestellt werden; „sie haben darin, schreibt der Kurfürst, ausdrücklich setzen dürfen, daß meine Religion schlimmer als die römisch-katholische sei;" und die Herren Oberräthe bestärkten sie in ihrem Widerstand. „Ich bin es von Herzen müde; ich gehe in Allem den gelindesten Weg, es will aber nichts bei den bösen Leuten verfangen, welches verursachen wird, daß ich ihnen endlich die Zähne weisen und mich meines Amtes bedienen werde, was ihnen alsdann nicht lieb sein wird. Ich thue allhier nichts, als mich innerlich zu ereifern und viele harte Pillen in mich zu schlucken. Gott helfe mir von so bösen Leuten, bei denen keine Rationes gelten; diese Leute lassen die Clevischen fromm erscheinen; ich fürchte sehr, daß, wenn sie nicht wie Winnenthal gezüchtigt werden, keine Besserung zu erwarten ist."

Er war von Gicht gequält, voll Sorge um seine Kinder in Berlin, wo die Pocken grassirten, voll Unruhe über die wachsenden Gefahren des Türkenkrieges, über die französischen Umtriebe im Reich, in Polen; einen schwedischen Agenten, der von Danzig nach Königsberg kam, mußte

er seiner Wühlereien wegen ausweisen lassen. „Wie es mit dem Landtag ablaufen wird, ist Gott bekannt; ich wollte, daß es bald zu Ende wäre, und ich wieder meine Gesundheit erlangte; ich habe hier keine gesunde Stunde.“

Von dem, was innerhalb der Stände vorging, von den Beziehungen der Opposition zu Polen in dieser Zeit geben die kalksteinschen Proceßacten von 1668 wenigstens einen bezeichnenden Zug.

Die wüste Wirthschaft der Conföderationen ging rastlos weiter, wurde immer anarchischer; auch in den bisher festen Truppen, dem polnischen Heer unter Czarnecky, dem lithauischen unter Sapieha auf dem rechten, Gonsiewsky auf dem linken Flügel begann Abfall und Meuterei; Gonsiewsky wurde von seinen Truppen zum Tode verurtheilt und meuchlings erschossen; Paul Sapieha fügte sich dem Drängen seiner Armee. Schon begannen die zuchtlosen Banden ihre Quartiere bis hart an die Grenzen des Herzogthums auszudehnen; man fürchtete, daß Noth und Raubgier sie auf das diesseitige Gebiet führen werde. Anfang Januar war in Preußen das Gerücht, daß ein förmlicher Einfall beabsichtigt werde.[1])

In Sapieha's Heer stand Obrist Kalkstein; er brannte vor Begier, sich zu rächen; in der Suspension von der oletzker Hauptmannschaft glaubte er ein himmelschreiendes Unrecht erlitten zu haben. Sein Vater, der General, sandte ihm fleißig die Landtagsacten zu, die ihm aus der Landbotenstube unter der Hand mitgetheilt wurden; sie zeigten, wie heftig gegen die „Tyrannei“ gekämpft wurde; es schien gewiß, daß, wenn nur ein tapferer Angriff gemacht würde, der beste Theil derer von Adel aufsitzen würde, die Libertät in ähnlicher Weise zu retten, wie sie sich in Polen jetzt in so glorwürdiger Energie bewährte. Obrist Kalkstein erhielt von Sapieha die Zusicherung, daß ihm einige tausend Mann unter-

1) Der Kurfürst eigenhändig an Schwerin 28. Dec. 1662, gegen den Einfall von Polen her wolle er jemand nach Warschau schicken mit der Anzeige, daß er „Gewalt mit Gewalt“ vertreiben werde: „es sind nur Canaillen, so solches thun, die Principalen werden sich so leicht nicht an meinem Lande vergreifen“.

geben werden sollten zum Einfall in Preußen; „dann solle, sagte Kalkstein, das Kind im Mutterleibe nicht geschont werden, dann werde er an des Kurfürsten Schlösser schreiben „suspendirt!" und sie in die Luft sprengen; den Kurfürsten und seine Kinder werde er, wenn er sie treffe, nicht schonen, denn sie würden doch wieder solche Tyrannen werden, wie der Vater". Er ließ in Knauten wissen, daß man alles Werthvolle über Seite schaffen möge; der General und mancher Befreundete, dem er das Geheimniß vertraute, schaffte dieß und das nach Danzig.

Es kam nicht zur Invasion. Vielleicht aber mochte der Schrecken, den schon das Gerücht verbreitet hatte, manchen zur Besinnung bringen. Die Verhandlungen kamen endlich in besseren Gang; am 1. Mai war der Landtagsabschied fertig.

Er war Alles in Allem befriedigender, als ihn der Kurfürst selbst erwartet hatte. 2) Vor Allem wichtig war ihm, daß den Reformirten drei Kirchen bewilligt, daß für Reformirte vier von den Hauptmannschaften, je zwei Stellen im Hofgericht, Halsgericht, Appellationsgericht zugestanden waren. Es war dieß nicht bloß ein Schritt weiter zur Gleichstellung der beiden evangelischen Bekenntnisse, deren Einigung seiner Ueberzeugung nach vollzogen war seit der Augustana von 1540, zu der er sich von ganzem Herzen bekannte. Auch politisch hatten ihm

---

1) Leider ergeben die Zeugenaussagen für diesen projectirten Einfall keine genaue Zeitbestimmung; Oberst Dobeneck sagt aus (Sept. 1667), jene Aeußerungen habe Kallstein vor vier Jahren bei währendem Landtag gemacht; andere Aussagen, daß nur Sapiehas Tod die Sache gehindert, sind wohl nicht richtig, da, so weit ich nachkommen kann, Paul Sapieha noch Ende 1663 den rechten Flügel der Lithauer führte.

2) Der Kurfürst schreibt eigenhändig an Schwerin (15. Mai): „Mit diesem Landtag ist es wie mit dem clevischen abgelaufen, da der Receß wieder verändert worden; und hier ist die Regimentsverfassung ganz geändert und hätten die Stände mit ihr mehr erhalten, als itzo bei dem Landtagsabschied". Und später (28. Sept.): „daß die Stände allhier in meiner Anwesenheit ein Mehreres, als zu Cleve gut befunden worden, erhalten haben, solches werden die Landtagsacten anders ausweisen, wenn man sie nur ohne Passion durchsehen wird". Dieser Brief in auffallend strengem Ton bezieht sich auf die Spannung zwischen Schwerin und Jena, über welche in dem vertrautesten Kreise so viel her und hin verhandelt worden ist. Einiges davon geben die Briefe bei Orlich I. p. 264, III. 450 ff.

diese Zugeständnisse eine hohe Bedeutung; dem zähen lutherisch-ständischen Wesen gegenüber war damit derjenigen Richtung, in der sein Staat sich bewegte und bewegen mußte, auch in Preußen eine Stellung in der Justiz und Verwaltung gesichert. Jetzt erst konnten die Dohna, Truchseß, Sternberg, Oelsnitz wieder in den Aemtern ihrer Heimath Verwendung finden, die ihnen seit dem königlichen Receß von 1617 versagt gewesen war. 1)

Nach dem Schluß des Landtags blieb nur noch ein wichtiger Act zu vollziehen, die Huldigung der Stände. Die Assecuration bestimmte, daß polnische Commissare derselben beiwohnen sollten, um gleichzeitig die Eventualhuldigung in Empfang zu nehmen; die Frage, ob sie den Ständen noch erst den früheren Pflichteid gegen die Krone Polen zurückzugeben hätten, war durch einen zweideutigen Ausdruck umgangen. 2)

Bei den Ständen war die Ansicht, daß sie nicht gebunden seien, so lange sie den Huldigungseid nicht geschworen; und viele hofften, daß der warschauer Hof seine geforderte Mitwirkung bei derselben dazu benutzen werde, die Huldigung zu verzögern und schließlich ganz zu vereiteln. Zwar waren die Commissare schon auf dem Reichstag von 1662 ernannt, der Bischof von Ermeland und der Untercanzler Graf Lesczinsky; aber es hing von ihrem und der Krone gutem Willen ab, ob sie der an sie gerichteten Einladung jetzt oder überhaupt Folge leisten wollten; wenigstens der Königin Meinung, hieß es, gehe dahin, daß, so lange die Republik nicht in sich beruhigt sei, die Huldigung nicht stattfinden könne.

Die Lage der Republik war trostlos. Die Russen drangen von Neuem „mit großer Macht" vor. Kaum daß noch Czarnecky sein Volk zusammenhielt; von der lithauschen Armee war nach Gonsiewsky's scheuß-

---

1) Qui vero ad publica officia vocantur, ii sint vel catholici vel certe tales, qui calvinismo contradicant et corpori doctrinae Prutenico subscribant. Den Protest von 1641 unterschrieben acht Dohna, vier Finke, ein Kreyzen, Oelsnitz, Waldburg, Sternberg, Podewils.

2) Die Commissarien sollen sich einfinden, „dasjenige, was über die bereits geschehene relaxation a juramento noch übrig, vollends zum Effect zu bringen".

licher Ermordung der linke Flügel ein wenig wieder in Ordnung gebracht; aber ganze Haufen zogen nun zu Sapieha hinüber, „sie wollen nichts mehr mit dem Hofe zu thun haben". Die Conföderirten aller Orten forderten den oft versprochenen Sold. Während der Senat, nichts weniger als zufrieden mit dem Hofe, sich bemühte, zwischen dem Hofe und den Conföderationen zu vermitteln, rief die Königin gegen sie Kosacken nnd Tartaren heran; „in Summa, es sieht sehr wunderlich aus; man correspondirt sehr fleißig mit Frankreich und Schweden, und es scheint, die Königin hat sich vorgenommen, das Wahlwerk mit Gewalt durchzusetzen, sollte auch die Krone ganz darüber zu Grunde gehen". [1])

Sie mochte hoffen, daß das furchtbare Vordringen der Türkenmacht unter dem Großvezier die Lage der Dinge ändern, daß Frankreich einen großen Schlag thun werde. Die Türken errangen rasch große Erfolge, sie durchbrachen im August von Gran aus die Festungslinie auf dem Norduser der Donau; die ihnen verbündeten Tartaren heerten bis tief nach Mähren hinein; in Schlesien, ja in den Marken begann man zu flüchten, das Werthvolle in die Festungen zu retten. Ein Paar tausend Mann Brandenburger eilten nach Mähren. Um nur Hülfe zu erhalten, ward in Regensburg den frankfurter Alliirten nachgegeben, daß sie ihr eigenes „Allianzheer" ins Feld sendeten, daß auch Frankreich sein Contingent ins Reich sende. Da verbreitete sich die Nachricht, daß der junge Kaiser schwer erkrankt sei; jetzt eine Wahl im Reich, und Frankreichs Uebermacht wäre entschieden gewesen. Sie war es, gegen die Friedrich Wilhelm in Polen rang: „ich will lieber, schrieb er an Schwerin (9. Juli), unter der Türken Protection sein, als in französischer Dienstbarkeit".

Er war auf das Aeußerste ungeduldig auf die Huldigung. „Hierin liegt die Wohlfahrt meines ganzen Staates und meine Reputation; wie

---

1) So legt der Kurfürst in einem eigenhändigen Schreiben an Schwerin 7. Juni die Lage dar, sehr abweichend von den gewöhnlichen Ueberlieferungen, nach denen die Conföderationen schon im Dec. 1662 und im April 1663 ein Ende nehmen.

würde es meinen Kindern ergehen, wenn ich plötzlich stürbe; die Leute hier haben noch große Reflexion auf Polen."

Der August kam heran, ohne daß die Commissarien erschienen. Ein Versuch, die Stände zur Huldigung auch ohne sie zu bewegen, scheiterte in der Vorfrage.

Wenigstens die Conföderationen nahm jetzt ihr Ende, die Conföderirten hatten ihren Sold bekommen; aber die meisten verließen den Dienst. Und die geworbenen Regimenter waren in voller Rebellion, daß sie nichts erhielten. „Der König sitzt jetzt ohne Geld und ohne Volk"; und Lubomirsky zog alles Volk an sich, was dort frei wurde, „es wird aus schlimm ärger". [1])

Bei der rothischen Untersuchung waren jene Schreiben des Königs vom 30. Juni 1662 in des Kurfürsten Hand gekommen: „ich wollte um vieles nicht, daß sie mir fehlten, da ich damit dem Könige und dem Reichstag beweisen kann, daß er die Verträge gebrochen und meine Unterthanen gegen mich aufgereizt hat". Die Conföderirten hatten, als sie sich auflösten, alle ihre Papiere dem Hof überreicht; man fand auch nicht eine Zeile, die einen Verdacht gegen den Kurfürsten gerechtfertigt hätte.

Endlich auf besondere Einladung des Kurfürsten kam der Unterkanzler nach Heilsberg; er sprach die Hoffnung aus, daß der Bischof bald nachkommen werde. Aber „sie haben in ihrer Instruction nicht eher zur Huldigung zu schreiten, als bis Braunsberg geräumt ist". Daß Braunsberg als Ersatz für Elbing in Pfand genommen, daß das Geld zur Lösung des Pfandes, das mit einem Weichselzoll aufgebracht wurde, auf die Conföderirten gewandt sei, wurde nicht geleugnet; aber, hieß es, der Kurfürst habe seiner Seits den bromberger Vertrag nicht erfüllt, so lange er nicht die 1500 Mann stelle, zu denen er verpflichtet sei.

Auf das Hartnäckigste wurde um Braunsberg und die 1500 Mann

1) Eigenhändiges Schreiben des Kurfürsten an Schwerin 24. Aug. Pufendorf hat diese höchst lehrreiche Correspondenz, der ich folge, noch nicht gekannt, daher seine Darstellung IX. 51 ff. Einzelnes anders giebt.

unterhandelt; wie energisch Jena das Recht seines Herrn vertrat, wie überzeugend der Nachweis war, daß der Kurfürst bereits viel mehr nachgegeben habe, als die Stellung der 1500 Mann an Kosten betragen haben würde, die Königin war unerschöpflich an Ausflüchten, und für den Bischof handelte es sich um den besten Besitz in seinem Bisthum; überdieß wurden ihm von preußischen Ständen 100,000 Gulden geboten, wenn er den Handel scheitern mache.

Der Kurfürst entschloß sich, Braunsberg zu opfern, um die Huldigung zu erhalten. Sein Erbieten, die Stadt vierzehn Tage nach geschehener Huldigung zu räumen, half noch nicht zum Ziel; er wies Jena an, auch die Räumung vor der Huldigung zuzugestehen, wenn der Bischof sich schriftlich verpflichte, dann keine weitere Schwierigkeiten zu machen; er befahl zugleich, dem Prälaten zu Gemüth zu führen, daß die Dinge wohl auch auf anderm Wege abgemacht werden könnten, daß die Schuld alles Unheils, welches folgen werde, auf ihn falle. Auch Lesczinsky warnte den Bischof, die Dinge nicht zum Aeußersten kommen zu lassen; er drohte, daß er ohne ihn nach Königsberg gehen und nach seinem Auftrag verfahren werde. Nun endlich gab der Bischof eine Verschreibung: wenn Braunsberg geräumt, wegen der 1500 Mann genügende Sicherheit gegeben, die Zustimmung der Stände ausgesprochen sei, dann werde er dem ihm gegebenen Auftrag Folge geben. Er hoffte, daß die Stände etwa bei dem Act der Huldigung selbst protestiren würden, und dann hatte er Braunsberg vorweg. Aber Jena wies diese Verschreibung zurück, erklärte, daß er sofort abreisen werde, wenn ihm nicht ein völlig genügendes Schriftstück ausgehändigt werde. Das endlich half; der Bischof schrieb so, wie man von ihm forderte, empfing dafür das kurfürstliche Handschreiben, das ihm die Räumung Braunsbergs vor der Huldigung zusicherte, und bedankte sich mündlich und schriftlich für die überaus große Gnade, mit der der Kurfürst ihn beglücke.

So konnte endlich am 18. Oct. zur feierlichen Huldigung geschritten werden.

Von nochmaliger Aufhebung der alten Eide, die der Krone Polen geleistet waren, war nicht die Rede; die Anwesenheit der polnischen Commission bewies, daß die Krone und die Republik keinen Anspruch weiter habe, als den, die Eventualhuldigung zu empfangen.

Der Kurfürst saß auf einem Thron, die Commissarien rechts und links neben ihm. Nachdem der Kanzler v. Kospoth die Ansprache gehalten, der fischhauser Landvogt v. Tettau sie beantwortet hatte, las der Geheimsecretair Colow die Formel des Souveränetätseides, den die versammelten Stände schworen.

Dann hielt der Bischof von Ermeland eine lateinische Anrede [1]), die der Landvogt v. Tettau lateinisch beantwortete, worauf der Eid der Eventualhuldigung deutsch gelesen und geschworen wurde.

Große Festlichkeiten füllten die nächsten Tage. Der Kurfürst schreibt an Schwerin 23. Oct.: „nunmehr ist in der Stadt Königsberg alles ganz still und ein jeder zufrieden; es hat härter gehalten, daß die Stände den polnischen Commissarien geschworen, denn mir."

Am 30. Oct. nach einem Abschiedsmahl der Stadt Königsberg im altstädter Rathhaus, unter dem Zuruf der dichtgedrängten Menge, trat er seine Rückreise an.

So der denkwürdige Verlauf der Dinge in Preußen. Es war nicht Alles erreicht, was der Kurfürst für nothwendig, für erreichbar gehalten hatte; bald genug sollte sich zeigen, daß „der preußische Zustand" noch sehr ernste Gefahren in sich barg.

Aber in dem, was erreicht war, hatte man das Recht und die Mittel, ihnen zu begegnen. Sie konnten nur noch in der Gestalt innerer Fragen auftreten, oder das Strafrecht schritt gegen sie ein.

---

1) Die Rede war nicht ohne Anzüglichkeiten: Regem Poloniae servare illud jus primogenitum radicale et originale in ducatum Borussiae sic, ut semper cogitaturus sit: haec mea non mea sunt, sed erunt mea".

Daß in Preußen selbst Viele in dem, was geschehen war, die Vernichtung des Rechtes und den Untergang der Freiheit sahen, daß in der preußischen Ueberlieferung das Verfahren gegen Roth, das gegen Obrist Kalkstein, von dem später zu sprechen sein wird, als dunkle Flecken in der Regierungsgeschichte des Kurfürsten erscheinen, ist erklärlich. Nach dem, was die authentischen Acten ergeben, wird man nicht den Zweck, den er verfolgte, die Ideen des Fortschritts, die er vertrat, zur Rechtfertigung der Mittel, deren er sich bedient hat, anzurufen haben. Auch auf seiner Seite war ein großes und ganz positives Recht, und er hat sich dessen wenigstens in eben so gutem Glauben, gewiß mit größerer Mäßigung bedient, als diejenigen, die wider ihn standen, des ihrigen. Nicht auf die zweischneidige Maxime, daß Macht über Recht gehe, hat er seine Stellung in Preußen, hat er seinen Staat gründen wollen. Er hat Geduld und Eifer, gute Worte und ernste Mahnung, selbst bedeutende Opfer der Krone Polen, Zugeständnisse den Ständen gegenüber nicht gespart, um zu einem Abschluß in aller Form Rechtens zu gelangen.

Ein Gesichtspunkt, bei dem es der Mühe werth ist, noch einen Augenblick zu verweilen.

In des Kurfürsten Umgebung hatte es nicht an solchen gefehlt, die ihm rascher, energischer, nach der ganzen Strenge seines Rechts, nach seiner fürstlichen Machtvollkommenheit zu verfahren empfahlen. Wie seine hohen Officiere über Vorgänge, wie die bei der Friedrichsburg, bei der ersten Verhaftung Roths, wie die Insulten gegen Obristleutnant Raesfeld und andere sich geäußert haben, liegt nicht mehr actenmäßig vor, außer daß Fürst Radzivill wiederholentlich warnt, „den Despect gegen S. Kf. D. Truppen so gar überhand nehmen zu lassen". Im Geheimenrath waren freilich die Ansichten getheilt; aber der durch und durch rechtschaffene Kanzler Somnitz vertrat mit Nachdruck die Nothwendigkeit, dem unzweifelhaften Recht und dem Respect der Obrigkeit Achtung zu schaffen und die pflichtschuldige Parition bei denen, die ihr geistliches oder weltliches Amt dazu verpflichte, zu erzwingen. Und

Friedrich von Jena, der während Schwerins Abwesenheit die preußischen Sachen bearbeitete und dann mit nach Preußen ging, lebte und webte in den damals modernsten Doctrinen von der fürstlichen Unumschränktheit, wie er denn bei einem andern Anlaß zum Beweis, was der Souverain zu thun befugt sei, sich auf die Ermordung Wallensteins, auf Philipps II. Verfahren gegen Don Carlos, auf die Maaßregeln gegen Heinrich von Guise, Biron, d'Ancre berief. Wie oft war Schwerin während seiner Mission in Preußen voll Sorge, daß solche Rathschläge durchdringen, daß die herausfordernden Schritte der Stände und der Königsberger den Kurfürsten zu raschen und zornigen Entschlüssen treiben möchten; wie erschrak er, wenn ihm der Kurfürst mit eigner Hand schrieb: „wenn sie nicht huldigen wollen, werde ich die Macht, so mir Gott gegeben, gebrauchen und, da einer etwas dawider thun wird, ihm den Kopf vor die Füße legen lassen".[1]) Dann bat er ihn wohl „in seinem Gott Geduld zu haben", zeigte, wie doch schon durch Güte so viel erreicht sei und sich alles zum Besten wende; nur daß dann immer wieder, was er mühsam und mit weicher Hand aufgebaut zu haben glaubte, wie ein Kartenhaus zusammenbrach.

Allerdings war der Kurfürst heftig und rasch zum Zorn; selbst der milden Stimme der Kurfürstin gelang es nicht immer, ihn dann zu beruhigen; aber „wenn er des ersten Moments oft nicht Meister war, den zweiten beherrschte er".[2]) Nach den ersten unklaren Wallungen zu handeln erlaubte er sich nicht; er forderte von seinen Räthen, daß sie ruhig, aus der Sache, nach ihrem Gewissen sich äußerten; mochten die Ansichten noch so weit auseinandergehen, um so gewisser kamen alle Momente, die in der Sache lagen, zur Sprache. Nur „passionirte Rathschläge" hätte niemand vorbringen dürfen, solche, in denen ein anderes als das Interesse

1) Eigenhändiges Schreiben an Schwerin 1. Febr. 1662.

2) „Son tempérament vif et colère le rendait sujet aux emportemens, mais s'il n'étoit pas maître du premier mouvement, il l'était toujours du second et son coeur réparait avec abondance les fautes qu'un sang trop facile à émouvoir lui faisait commettre." So Friedrich II.

des Staates maaßgebend war; und wer ihm hätte empfehlen wollen, das an sich Gute mit Willkühr und Gewalt durchzusetzen, um unter dem deckenden Schein eines guten Zweckes ein Regiment der Willkühr und Gewalt zu begründen, wie etwa in Dänemark mit der lex Regia gemeint war, den hätte er für einen Treulosen und Frevler an seiner fürstlichen Pflicht gehalten.

In dem Bericht eines englischen Gesandten heißt es: „dem Mistrauen in sein eigenes Urtheil über große Angelegenheiten und der Festigkeit bei der Ausführung des Beschlossenen schreibt man das große Glück zu, welches diesen Fürsten in Krieg und Frieden immer begleitet hat; sollten seine Minister lieber auf seine Leidenschaften eingehen, als versuchen, ihn zu besänftigen, so würde er vielleicht große Fehler begehen und seine Festigkeit ihm gefährlich werden."

Es war nicht ganz so; weder Schwerin noch Jena, weder Sparr noch Derfflinger beherrschten sein Urtheil, lenkten seine Stimmungen. Er verstand es, wie sein Geschichtsschreiber sagt, zwischen den entgegengesetzten Meinungen wie mit der Wünschelruthe dieienige zu finden, die dann der Ausgang als die richtige bewährte.

Nicht die begütigende Art Schwerins hätte die Dinge in Preußen zu Ende gebracht, und der einseitige Eifer Jena's würde alles verdorben haben; mit jener hätte er, nur den Umständen sich fügend, ein Scheinresultat gewonnen, mit diesem, nur nach den Doctrinen verfahrend, den Boden unter den Füßen verloren.

Zwischen beiden lag der Weg, den er einschlug. Er hielt das Eine, Wesentliche fest und gab in dem Andern so weit nach, wie nöthig war, zum Ziel zu gelangen. Er ließ sich weder von dem leidenschaftlichen Eifer für die absolutistischen Principien, noch durch die raffinirte Demagogie der Roth und Kalkstein auf die falsche Alternative „entweder Unumschränktheit oder Libertät" drängen; sein ächt monarchischer Sinn wies den Radicalismus, der in jedem solchen Entweder Oder liegt,

zurück; behutsam und gewissenhaft suchend, fand er innerhalb der Souveränetät für die berechtigte Freiheit, und über den wohlhergebrachten Rechten für die Souveränetät die rechte Stelle.

Ein so gegründetes, so geartetes Ergebniß trug noch Weiteres in sich.

Mochten die preußischen Stände in dem Vereinbarten das Letzte und Aeußerste, über das nicht hinausgegangen werden könne, einen für immer gemachten Abschluß ihrer ständischen und staatsrechtlichen Verhältnisse sehen, war es möglich, daß die nun anerkannte, gleichsam in das Land hineingepflanzte Souveränetät ein todtes Reis, eine Kraft ohne Wirkung blieb? In den Augen des Kurfürsten war die Huldigung von 1663 nur ein Anfang, der Ausgangspunkt, von dem das lebendige Wachsthum seines Staates und seiner Macht desto fester wurzeln, desto sicherer emporsteigen sollte.

Denn bis dahin war sein Staat nur ein Postulat, ein mehr oder weniger glückender Versuch, ein unfertiger Bau; erst mit der Souveränetät Preußens schloß sich das Gewölbe, das alle seine Territorien zusammenhalten und sie in der Stätigkeit der Spannung fest, mit dem gleich getragenen Druck der Deckung sicher machen sollte.

Funfzig Jahre früher hatte „des von Ulm Bedenken" dem Kaiserhofe gezeigt, welche Gefahren für Oestreich und die katholische Welt in dem Emporkommen Brandenburgs lägen, wie bedeutsam vor Allem der Besitz Preußens mit seinen Seehäfen und seinen großen militärischen Mitteln werden könne, Preußens, „so wohl für sich ein Königreich zu nennen sei". In den Gefahren des letzten Krieges hatten Kaiser und Reich von der Hand gewiesen, das preußische Land „als ein Reichslehen zu erkennen". Jetzt hatte der Kurfürst in diesem Lande einen völlig souveränen Besitz außer dem Reich und einen vorgeschobenen Posten in die Bereiche der östlichen Barbaren, wie das Haus Oestreich in der Krone Ungarn.

An die Seite der an der Libertät unheilbar kranken Republik Polen trat nun, aus ihrem chaotischen Getreibe herausgelöst, das sou-

veräne Herzogthum, mitgetragen durch alle Machtmittel der anderen brandenburgischen Territorien; wie auf der Vorhut in den östlichen Bereichen, deren Zukunft das polnische Wesen unberechenbar machte, stand dieser deutsche Staat, der mit der ganzen Spannkraft der Souveränetät zu arbeiten begann.

Nicht minder bedeutsam mußte die Rückwirkung auf die deutschen Lande des Kurfürsten, auf seine Stellung im Reich sein. In seinen Reichsterritorien war er nach dem Maaß des Friedensinstrumentes souverän, wenn auch das Haus Oestreich fortfuhr, Competenzen der Reichsgewalt geltend zu machen, denen es seine eigenen Gebiete im Reich längst entzogen hatte. Mit dem Machtgewicht der preußischen Souveränetät stand Brandenburg im Reich dem Haus Oestreich zur Seite, nicht, um mit ihm um den gleichen Misbrauch der Reichsgewalt zu rivalisiren, sondern stark und unabhängig genug, denselben abzuwehren, nicht darauf gewandt, die politische Gemeinschaft der deutschen Nation in ihren letzten Resten zu sprengen, sondern durch die Natur der Dinge darauf hingewiesen, trotz dieser Trümmerreste neue Formen der Einigung zu suchen, Formen, in denen einst statt des versunkenen officiellen Deutschlands ein nationales Deutschland erstehen könne. Mochte das Haus Oestreich den alten, verschlissenen Prunk des Kaiserthums im heiligen römischen Reich immer wieder auf die Bühne führen, das Haus Brandenburg durfte und mußte auf ein künftiges Reich deutscher Nation den Blick richten.

Das durfte es, nicht in Folge seiner Machtmittel, sondern obschon sie geringer waren, als die der großen Mächte, welche im Vordergrund der Weltbühne standen; auch nicht, weil Friedrich Wilhelm an Ehrgeiz und Leidenschaft der Größe, an diplomatischer Uebung und militärischer Tüchtigkeit kaum irgend einem Regenten seiner Zeit nachstand; Karl Gustavs Vorbild lockte ihn nicht.

Sein eigenster Sinn und seine Lage führten ihn, wie in den preußischen Dingen so überall, auf eine mittlere Linie, die, ähnlich wie die

Diagonale der Kräfte, das Auseinanderfahrende, das sich gegenseitig Negierende beherrschte und zu gedeihlichem Zusammenwirken vereinte. Den falschen Alternativen gegenüber ergriff er den höheren Gedanken, der sie überholte.

Hieß es im Reich: entweder östreichisch und spanisch, oder französisch und schwedisch, so wollte seine Politik deutsch sein, und sie war es.

Zerriß sich die Christenwelt nach dem Gegensatz der Bekenntnisse, so hatte er schon auf dem Congreß zu Osnabrück sein bedeutsames Wort gesagt: weder lutherisch noch calvinisch, sondern evangelisch. Und daß auch die Anhänger der römischen Kirche, die Arianer, Menoniten u. s. w. in seinen Landen ungestört ihres Glaubens leben konnten, zeigte, — es war das erste Beispiel — daß ein Staat sich von den Vermengungen mit der Kirche reinigen, sich in seiner rein politischen Natur begreifen könne.

War überall, zumal in den deutschen Territorien, die innere Politik bewegt und erschüttert von dem Kampfe zwischen den ständischen und landesherrlichen Rechten, von der Frage, ob die öffentliche Macht im Lande mehr ein Privatbesitz des Fürsten oder zum Privatinteresse der Stände sei, so erhob er über diese falsche Alternative: „ob dynastisch oder ständisch, ob Libertät oder Landeshoheit," den Gedanken des Staates und gab demselben in dem geordneten Verhältniß des Landesrechts zum Staatsrecht, der Staatsregierung zur Landesverwaltung seine innere Gliederung.

Das sind die großen Motive, die der Kurfürst in den Grundstein der Monarchie, die er gründete, gelegt hat. Was immer die zwei Jahrhunderte seitdem geändert haben mögen, Staaten, so lautet der alte Spruch, werden nur mit den Mitteln erhalten, durch welche sie gegründet worden sind.

Leipzig, Druck von Giesecke & Devrient.

Druckfehler.

Seite 13	Z. 14 v. u.	statt:	Erfolgen	lies: Erfolge
„ 20	Z. 13 v. u.	„	Repressation	lies: Repressalien
„ 24	Z. 2 v. o.	„	seit ein	lies: im
„ 72	Z. 15 v. o.	„	einheiliches	lies: einheitliches
„ 168	Z. 9 v. o.	„	kommen	lies: gekommen
„ 184	Z. 1 v. o.	„	geschichtlichen	lies: geschichtlicher
„ 230	Z. 4 v. o.	„	seinen	lies: seiner
„ 255	Z. 6 v. o.	„	lader	lies: laden
„ 283	Z. 8 v. o.	„	der zweite	lies: das zweite
„ 309	Z. 13 v. o.	„	er	lies: es.